

ARCHIE BROWN

# DER MYTHOS

POLITISCHE FÜHRUNG IM

# VOM STARKEN

20. UND 21. JAHRHUNDERT

# FÜHRER



»Eins der  
wichtigsten  
politischen Werke  
seit Langem.«  
Ian Kershaw

PROPYLÄEN

»Ein halbes Jahrhundert brillanter  
Wissenschaft in einem Buch.«

*The Times*

Politiker, die sich als starke Führer präsentieren, haben weltweit großen Zulauf. Diese Entwicklung macht auch vor den großen Demokratien nicht halt. Welche katastrophalen Folgen das haben kann, zeigt der renommierte Oxford-Wissenschaftler Archie Brown in seiner profunden Analyse über politische Führung.

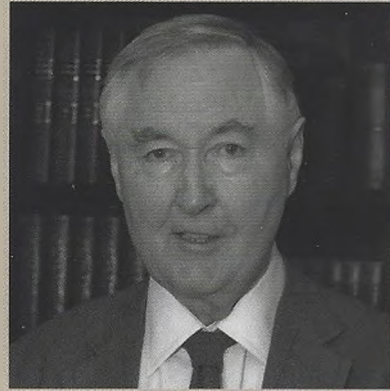
»Archie Brown ist sowohl ein herausragender Politikwissenschaftler als auch eine geistreiche Edelfeder.«

*The Guardian*



»In den letzten Jahren wurden die großen Demokratien von inneren Konflikten erschüttert und mit schwerwiegenden äußeren Herausforderungen konfrontiert. In solchen Zeiten wirkt die Vorstellung verlockend, man müsse nur den richtigen politischen Führer finden, eine heroische Figur, die alle Probleme resolut in Angriff nehmen wird.«

In seinem epochalen Werk beleuchtet Archie Brown die Erfolge und Misserfolge der größten Demokraten und Diktatoren der vergangenen hundert Jahre und zeigt: Wenn wir einem einzelnen Menschen erlauben, viel Macht anzuhäufen, ebnen wir den Weg für gravierende Fehler und im schlimmsten Fall für katastrophales Blutvergießen. Von Hitler und Stalin über Trump, Putin und Erdoğan bis hin zu Brandt, Mandela und Gorbatschow untersucht Brown verschiedene Führungsstile und stellt weitverbreitete Annahmen über politische Wirksamkeit und Stärke in Frage. Anhand zahlreicher Beispiele belegt er, dass das Modell einer kollektiven Führerschaft viel effektiver ist als die Stärke eines Einzelnen. Eine scharfsichtige Lektüre, aus der wir viel für unsere Gegenwart lernen können.



Archie Brown, geboren 1938, Historiker und Politologe, war bis zu seiner Emeritierung Professor für Politikwissenschaften an der Oxford University und Fellow des St Antony's College. Er hatte zahlreiche Gastprofessuren im In- und Ausland inne, ist Mitglied der British Academy und Ehrenmitglied der American Academy of Arts and Sciences.

Archie Brown

# DER MYTHOS VOM STARKEN FÜHRER

**Politische Führung im  
20. und 21. Jahrhundert**

Aus dem Amerikanischen  
von Stephan Gebauer

Propyläen

Die Originalausgabe erschien 2014 unter dem Titel  
**The Myth of the Strong Leader**  
bei The Bodley Head, London.



Propyläen ist ein Verlag der Ullstein Buchverlage GmbH  
[www. propylaeen-verlag. de](http://www.propylaeen-verlag.de)

ISBN 978-3-549-07493-0

© 2014 Archie Brown

© der deutschen Ausgabe

Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2018

Die deutsche Ausgabe wurde in Absprache mit dem Autor gekürzt

Alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Jan Martin Ogiermann

Gesetzt aus der Quadraat Pro

Satz: L42 AG, Berlin

Druck und Bindearbeiten: GGP Media GmbH, Pössneck

Printed in Germany

Eingelesen mit **ABBYY Fine Reader**

# INHALT

## VORWORT 9

## EINLEITUNG 29

Individuelle und kollektive Führung 39 • Führung und Macht 44 • Die Auswahl politischer Führer in Demokratien 49

## 1 FÜHRUNG IM KONTEXT 55

Die Entwicklung der politischen Systeme und der Vorstellungen von der Führung 57 • Der britische «Exzeptionalismus» 63 • Die amerikanische Verfassung und ihr Vermächtnis 64 • Die Französische Revolution 68 • Die Entwicklung der Demokratie und der demokratischen Führung 70 • Der kulturelle Kontext 74 • Politische Kultur 78 • Psychologische Dimensionen 87 • Führungsinstitutionen 93 • Politische Führer und Parteien 97 • Politische Führer und Regierungsformen 100

## 2 DEMOKRATISCHE FÜHRUNG: MYTHEN, MACHT-VERHÄLTNISSE, STILE 103

Politische Führer und Wahlergebnisse 104 • Der individuelle Einfluss politischer Führer auf die Wahlergebnisse in Grossbritannien 110 • Sind die politischen Führer in den Demokratien im Lauf der Zeit dominanter geworden? 115 • Die Beschränkungen des amerikanischen

Präsidentenamts 116 • Präsidiale Befugnisse und Führungsstile: Der amerikanische Fall 121 • Befugnisse und Führungsstile von Regierungschefs: Der britische Fall 129 • Churchill und Attlee 130 • Der Regierungsvorsitz Macmillans 143 • Thatcher und Blair 146

### 3 NEUDEFINIERENDE FÜHRUNG 153

Amerikanische Präsidenten als neudefinierende Führer 154 • Franklin D. Roosevelt 154 • Lyndon B. Johnson 160 • Neudefinierende Führer in Grossbritannien 165 • Die liberale Regierung vor dem Ersten Weltkrieg (1905-1915) 166 • Die Labour-Nachkriegsregierung (1945-1951) 169 • Margaret Thatcher als neudefinierende Führerin 170 • Neudefinierende Führung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg 177 • Konrad Adenauer 179 • Willy Brandt 182 • Helmut Kohl 186 • Neudefinierende Führung: Allgemeingültige Erkenntnisse 191

### 4 TRANSFORMATIVE POLITISCHE FÜHRUNG 195

Charles de Gaulle 196 • Adolfo Suarez 205 • Michail Gorbatschow 214 • Überzeugungskraft 223 • Deng Xiaoping 230 • Nelson Mandela 237 • Transformative und inspirierende politische Führer 245

### 5 REVOLUTIONEN UND REVOLUTIONÄRE FÜHRUNG 250

Charakteristika und Konsequenzen von Revolutionen 252 • Die chinesische Revolution von 1911-12 255 • Kommunistische Revolutionen in Europa 262 • Die russischen Revolutionen von 1917 262 • Kommunistische Revolutionen in Südosteuropa 272 • Kommunistische Revolutionen in Asien 277 • Die Machtergreifung der chinesischen Kommunisten 277 • Pol Pot und die Killing Fields von Kambodscha 279 • Der Zusammenbruch des Kommunismus in Europa:

Keine Revolutionen 281 • Führerlose Revolutionen 286 • Die iranische Revolution 286 • Die arabischen Revolutionen im 21. Jahrhundert 290

## 6 TOTALITÄRE UND AUTORITÄRE FÜHRUNG 298

Stalins Diktatur und die sowjetischen Oligarchien 304 • Alleinherrschaft und Oligarchie in China 312 • Von Mao zu Deng 318 • Der Führer im Kommunismus 324 • Der Führer im Faschismus 328 • Mussolini 329 • Hitlers Aufstieg zur Macht 333 • Mythen über diktatorische Regime 342

## 7 AUSSENPOLITISCHE ILLUSIONEN

### ÜBER «STARKE FÜHRUNG» 348

Aussenpolitische Illusionen totalitärer und autoritärer Führer 350 • Die Fehleinschätzungen Hitlers und Mussolinis 351 • Stalin: Eine Mischung aus Realismus und Illusionen 355 • Die Selbsttäuschung «starker Führer» in Grossbritannien 361 • Chamberlain und die Appeasement-Politik 362 • Blair und der Irakkrieg 369 • Lehren aus dem Irakkrieg: Politik, Prozess und «starke Führer» 380

## 8 WELCHE ART VON FÜHRUNG

### IST WÜNSCHENSWERT? 387

Eine «napoleonische» Herrschaft in Grossbritannien? 395 • Politische Führer und ihre Parteien 402 • Führung in autoritären Regimen und in Demokratien 410

## ANMERKUNGEN UND QUELLEN 415



## VORWORT

In den heutigen Demokratien muss man nicht lange nach Menschen suchen, die sich nach einem «starken Führer» sehnen. Und in Ländern, die sich von der Demokratie abkehren, sind «starke Männer» eifrig damit beschäftigt, ihre Macht zu festigen. In den letzten Jahren wurden die grossen Demokratien von gravierenden inneren Konflikten erschüttert und mit grossen äusseren Herausforderungen konfrontiert. In solchen Zeiten wirkt die Vorstellung verlockend, man müsse nur den richtigen politischen Führer finden, eine heroische Figur, die alle Probleme resolut in Angriff nehmen wird.

Kaum ein Land kennt die vom Führerprinzip ausgehende Gefahr besser als Deutschland. Die schlimmen Erfahrungen in der Zwischenkriegszeit und im Zweiten Weltkrieg und die positive Entwicklung von Wirtschaft, politischer Kultur und Bildung seit dem Krieg haben die deutschen Bürger besonders gut darauf vorbereitet, dem Mythos des starken Führers zu widerstehen. Doch selbst in Deutschland ist die Zahl derer, die es für vorteilhaft halten, von einem «starken Führer» regiert zu werden, der nicht auf die Zustimmung des Parlaments und der Bevölkerungsmehrheit angewiesen ist, in den letzten Jahren deutlich gewachsen.<sup>1</sup> Ähnliches ist in vielen anderen Ländern zu beobachten, zum Beispiel in den Vereinigten Staaten und – was weniger überraschend ist – in Russland und der Türkei. Wie eine deutsche Studie gezeigt hat, befürwortet zwar die grosse Mehrheit der Bürger die

Demokratie, aber lediglich die Hälfte ist mit der Demokratie «in ihrer derzeitigen Form» zufrieden. Mehr als ein Fünftel der Befragten stimmt der Aussage zu, dass Deutschland heute «eine einzige starke Partei» braucht, die «das Volk vertritt».<sup>2</sup> Im politischen Alltag kann es kaum überraschen, dass Angela Merkels Popularität nach einer sehr langen Amtszeit (und aufgrund der wachsenden Sorge über die Einwanderung) schwindet. Doch sie ist die angesehenste und einflussreichste politische Führerin nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Sie ist gefeit gegen Selbstüberhöhung und hat sich den wohlverdienten Ruf erworben, eine abwägende und ruhige Politikerin, eine gute ZuhörerIn, eine Teamspielerin und eine pragmatische Führungspersönlichkeit zu sein, die durch politische Argumente überzeugt werden kann. Und wie von einer Physikerin zu erwarten, bevorzugt sie eine auf Fakten und Vernunft beruhende Politik.<sup>3</sup>

Niemand kann Angela Merkel Narzissmus oder einen Hang zur Selbstdarstellung vorwerfen. Sie zeichnet sich durch Realismus aus und ist eine sehr kompetente politische Führerin, weshalb sie nicht als «starke Führerin» gemäss der in diesem Buch vorgenommenen Definition einzustufen ist. Der Kontrast zwischen der Bundeskanzlerin und dem amerikanischen Präsidenten Donald J. Trump könnte nicht grösser sein, und zwar sowohl in Bezug auf den Führungsstil als auch was die politische Substanz angeht. Trump verdankte seinen Sieg bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl im Jahr 2016 nicht zuletzt der Tatsache, dass viele Wähler ihn als «stark» wahrnahmen. Die Sehnsucht nach einem starken Führer hatte im Jahr 2016 doppelt so grosse Bedeutung für die Wähler wie bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2012: Damals hatten 18 Prozent der befragten Amerikaner erklärt, sie wünschten sich vor allem einen starken Politiker an der Spitze der Regierung; vier Jahre später war dieser Anteil auf 36 Prozent gestiegen.<sup>4</sup> Trump versuchte im Wahlkampf, Härte zu demonstrieren, und wurde tatsächlich von grossen Teilen der Öffentlichkeit als starker Führer wahrgenommen. Ausserdem war er seit

Langem als Bewunderer von Machtfülle und Politikern bekannt, die Stärke zur Schau tragen. Seine demokratische Rivalin Hillary Clinton erinnert daran, dass Trump die brutale Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Jahr 1989 gutgeheissen und erklärt hatte, das kommunistische Regime habe mit seinem Vorgehen «Stärke bewiesen». Clinton fügt hinzu: «Stärke ist das Einzige, was zählt. Trump interessiert sich nicht für Moralität oder Menschenrechte. Für ihn zählen nur Macht und Herrschaft.»<sup>5</sup> Tatsächlich stellte Trump im März 1990 in einem Interview die vom chinesischen Regime unter Beweis gestellte «Macht der Stärke» Michail Gorbatschows Unfähigkeit gegenüber, in der Sowjetunion «mit ausreichend harter Hand» durchzugreifen, womit Gorbatschow das Land «zerstört» habe. (Zumindest räumte Trump ein, das Vorgehen der chinesischen Machthaber sei «grausam» gewesen.)<sup>6</sup>

Es gibt zahlreiche Gründe für Trumps Wahlsieg im Jahr 2016,<sup>7</sup> aber die Tatsache, dass er von vielen Wählern als «starker Führer» wahrgenommen wurde, spielte eine wichtige Rolle. Natürlich dürfen wir nicht vergessen, dass Hillary Clinton ins Weisse Haus eingezogen wäre, hätte nicht eine Eigentümlichkeit des amerikanischen Wahlrechts dafür gesorgt, dass sie die Wahl verlor, obwohl sie fast 3 Millionen Stimmen mehr erhielt als Trump. Dies ist ein gravierender Fehler im politischen System der Vereinigten Staaten. Das ändert jedoch nichts daran, dass sich trotz Trumps Mangel an Erfahrung und seiner offenkundig dürftigen politischen Kenntnisse ein grosser Teil der Wähler für diesen Kandidaten entschied. Unter seinen Anhängern waren Angehörige sozialer Gruppen, die sich eigentlich von der demokratischen Kandidatin eher als von einem Immobilienmagnaten eine Politik erwarten durften, die ihren Interessen dienen würde. Nach Trumps Wahl hoben Mitglieder seiner Regierung wiederholt hervor, der Präsident sei ein «starker Führer», selbst wenn das für sie bedeutete, in der Öffentlichkeit Ziel seiner Wut zu werden. Beispielsweise reagierte Trump erbost auf die Entscheidung von Innenminister Jeff

Sessions, sich in der FBI-Untersuchung zur russischen Einflussnahme auf den amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf (durch Cyber-Attacken auf die Demokraten und Kontakte zu Trumps Wahlkampfstab) für befangen zu erklären. Nach seiner Meinung zur öffentlichen Rüge des Präsidenten gefragt, erklärte Sessions gegenüber Fox News: «Es ist schmerzhaft, aber der Präsident der Vereinigten Staaten ist ein starker Führer» (ich habe die Worte kursiv gesetzt, weil der Minister sie betonte).<sup>8</sup>

Eine Studie zur Wahrnehmung des amerikanischen Präsidenten (sowie der Vereinigten Staaten) in 37 Ländern hat gezeigt, dass Trump auch international als starker Führer eingeschätzt wird. Die Studie des angesehenen Pew Research Center zeigt, dass ein «starker» Führer keineswegs automatisch ein effektiver Führer ist. Die Forscher haben festgestellt, dass im Mittel 55 Prozent der Befragten in verschiedenen Ländern Trump für einen «starken» Führer halten. Gleichzeitig bezeichnet ihn jedoch eine Mehrheit als «arrogant, intolerant und gefährlich».<sup>9</sup> Selbst in den ersten Monaten seiner Amtszeit, das heisst in einer Zeit, in der das Ansehen des Präsidenten normalerweise sehr viel höher ist als nach einigen Jahren im Amt, erhielt Trump im Ausland sehr viel weniger Zustimmung als Barack Obama am Ende seiner zweiten Amtszeit. Nur 22 Prozent der vom Pew Research Center befragten Personen trauten Trump zu, «in der internationalen Politik das Richtige zu tun». Zum Vergleich: 64 Prozent hatten diesbezüglich Vertrauen zu Obama. In nicht weniger als 35 von 37 Ländern, in denen die Studie durchgeführt wurde, wurde Obama besser bewertet als Trump. Die beiden Ausnahmen waren Russland und Israel.<sup>10</sup>

Die geringe Meinung der Weltöffentlichkeit von Trump hat sich auch auf das internationale Ansehen der Vereinigten Staaten ausgewirkt. In den letzten Jahren der Regierung Obama hatten im Mittel 64 Prozent der Befragten ein vorteilhaftes Bild von den USA. Im Frühsommer 2017 war dieser Anteil auf 49 Prozent geschrumpft. Besonders deutlich ist die Wertschätzung für die Vereinigten Staaten in Eu-

ropa und in den Nachbarländern Kanada und Mexiko gesunken.<sup>11</sup> In Deutschland bezeichneten im Februar 2017 nur noch 22 Prozent der Befragten die Vereinigten Staaten als vertrauenswürdigen Verbündeten, nachdem dieser Anteil drei Monate früher, kurz vor Trumps Wahlsieg, noch bei 59 Prozent gelegen hatte.<sup>12</sup> Hier ist ein politischer Führer, der versucht, sich als stark zu präsentieren, und von der Öffentlichkeit auch so wahrgenommen wird, an der Aufgabe gescheitert, weltweit Freunde zu gewinnen und Einfluss auszuüben. Und in den USA war die Zustimmung zu Trumps Amtsführung in seinem ersten Jahr im Weissen Haus historisch gering (obwohl er in der republikanischen Kernwählerschaft weiterhin beträchtliche Unterstützung genießt). Mitte Oktober 2017 stimmten 27 Prozent der Amerikaner Trumps Amtsführung uneingeschränkt zu, während 47 Prozent sie «vollkommen ablehnten»; insgesamt waren 43 Prozent mit seiner Amtsführung einverstanden, während 56 Prozent sie ablehnten.<sup>13</sup> Seit Einführung der modernen Meinungsumfragen ist Donald Trump der erste amerikanische Präsident, der zu keinem Zeitpunkt nach seiner Amtseinführung die Zustimmung einer Mehrheit der Bevölkerung gewonnen hat.

Abgesehen davon, dass Trumps Umfragewerte sowohl international als auch in den Vereinigten Staaten historisch schlecht für einen Präsidenten im ersten Amtsjahr sind, hat er nur minimale gesetzgeberischen Erfolge vorzuweisen. Im Weissen Haus herrscht ständiger Aufruhr. Bis Ende Juli 2017 verlor der Präsident den Nationalen Sicherheitsberater seiner Wahl, seinen Wunschkandidaten für die Leitung der Präsidentschaftsverwaltung sowie zwei Kommunikationsdirektoren – wobei der zweite (Anthony Scaramucci) lediglich zehn Tage im Amt war. Im August 2017 verlor Trump einen engen Verbündeten, als sein Chefstrategie Steve Bannon, auf Betreiben des Stabschefs des Weissen Hauses, General John F. Kelly, entlassen wurde. Trump konnte sich nicht von seiner Gewohnheit lösen, politische Verlautbarungen über Twitter zu machen, und sandte weiterhin widersprüchli-

che Signale aus, womit er nicht zu einer kohärenten Politik oder zu einer sachlichen Entscheidungsfindung beitrug.

Sogar *Foreign Affairs*, die Zeitschrift der im politischen Establishment verwurzelten Denkfabrik Council on Foreign Relations, warnt vor einer zunehmend autoritären Strömung in der amerikanischen Politik. Präsident Trump profitiert von dieser Strömung und gehört zu ihren Betreibern. Drei prominente amerikanische Politikwissenschaftler verweisen in *Foreign Affairs* darauf, dass sich Trump auf der politischen Bühne vor allem dadurch hervortat, dass er «Zweifel an der Staatsbürgerschaft von Präsident Barack Obama weckte» und seine demokratische Gegenkandidatin Hillary Clinton als «Kriminelle» bezeichnete. Die Autoren erklären, dass Politiker und Parteien, die «ihren politischen Gegnern jegliche Legitimität absprechen, eher zu extremen Massnahmen greifen werden, um diese Rivalen zu schwächen».<sup>14</sup> Und sie stellen fest: «Trump hat die unabhängige Justiz und die freie Presse bereits als Sicherheitsbedrohungen dargestellt und beschuldigt den Richter, der sein ursprüngliches Einreiseverbot für Bürger bestimmter Staaten aufhob, das Land in «Gefahr» zu bringen. Die massgeblichen US-Medien betrachtet er als seine «Feinde».<sup>15</sup> Sollte es in den Vereinigten Staaten erneut zu einem Terrorangriff wie dem vom 11. September 2001 kommen, so würden «Versuche, die Medien, abweichende Meinungen oder ethnische und religiöse Minderheiten zu unterdrücken, auf sehr viel weniger Hindernisse stossen». Das Fazit der Experten: Trumps Präsidentschaft hat «die Vorstellung der Amerikaner von der politischen Sonderstellung ihres Landes erschüttert» und ihnen vor Augen geführt, dass die amerikanische Demokratie «nicht gegen Rückschritte gefeit ist».<sup>16</sup>

Es überrascht, dass autoritäre Neigungen und der Mythos vom starken Führer in den Vereinigten Staaten auf dem Vormarsch sind. Hingegen war durchaus zu erwarten, dass dieser Mythos in Russland zu neuem Leben erwachen würde. Georgi Schachnasarow, ein enger Berater Michail Gorbatschows, erklärte: «In Russland bewundern die Menschen seit jeher strenge Herrscher, ja sie liegen sie sogar.»<sup>17</sup>

(Mehr dazu später.) Das jüngste Beispiel für diese Haltung: Als Russlands führendes unabhängiges Meinungsforschungsinstitut Lewada im Jahr 2017 russische Bürger bat, die zehn herausragenden Persönlichkeiten der Weltgeschichte zu nennen, landete Josef Stalin (nicht zum ersten Mal) auf dem ersten Rang. 38 Prozent der Befragten zählten den sowjetischen Diktator zu den bedeutendsten Menschen der Geschichte. Den zweiten Rang teilten sich Wladimir Putin und der russische Nationaldichter Alexander Puschkin (beide wurden von 34 Prozent der Befragten in die Liste aufgenommen).<sup>18</sup> Diese Resultate decken sich mit dem Weltbild Wjatscheslaw Nikonows, eines einflussreichen russischen Politikers: Stalin, Putin und Puschkin zählen zu der eigenwilligen Auswahl von Dichtern, Politikern und Militärs, die er zitiert, um Russlands Sonderrolle zu begründen. Er beruft sich auch auf seinen Grossvater Wjatscheslaw Molotow, der Stalins rechte Hand war.<sup>19</sup> Die Meinungsforscher von Lewada stellen den russischen Bürgern seit der Spätphase der Perestroika alljährlich dieselbe Frage. Im Jahr 1990 nahm noch Wladimir Iljitsch Lenin den Spitzenrang ein (er wurde von 68 Prozent der Befragten genannt), gefolgt von Karl Marx (36 Prozent), Peter dem Grossen (32 Prozent) und Michail Gorbatschow, der zu jener Zeit die lebende Person mit der grössten Zustimmung war (22 Prozent). Stalin wurde damals nur von einem verhältnismässig kleinen Teil der Befragten genannt (15 Prozent).<sup>20</sup> Marx war die wichtigste Ausnahme von ausgesprochen russozentrischen Antworten – die im Lauf der Jahre noch russozentrischer geworden sind. Während der Perestroika wurde die russische Öffentlichkeit über zahlreiche Verbrechen Stalins aufgeklärt, aber im post-sowjetischen Russland kritisieren die Massenmedien Gorbatschow sehr viel härter als Stalin. Das ist einer der Gründe dafür, dass die Beliebtheit des ersten ebenso deutlich gesunken ist wie die des zweiten zugenommen hat.

Der Personenkult um Wladimir Putin im heutigen Russland ist nicht mit dem um Stalin vergleichbar, aber er ist allgegenwärtig. Mitt-

lerweile ist es unmöglich, im Fernsehen Kritik an Putin zu üben, und es gibt nur noch wenige unabhängige Printmedien. Russland hat einen autoritären Weg eingeschlagen, obwohl das politische System noch pluralistische Elemente enthält: Der politische Wettbewerb und die Meinungsvielfalt in den Massenmedien sind im Vergleich zu den letzten Jahren der Gorbatschow-Zeit stark eingeschränkt, aber der Pluralismus ist immer noch sehr viel deutlicher ausgeprägt als in der Sowjetunion vor der Perestroika. Der Mythos des starken Führers ist in der russischen Gesellschaft tief verwurzelt, obwohl sein Einfluss von Gruppe zu Gruppe schwankt. Wie die Autoren einer neueren Studie erklären, geht «die Vorstellung, nur ein starker Führer, der nicht von demokratischen Verfahren behindert wird, könne die Probleme eines Landes lösen», nicht zwangsläufig mit einer Vorliebe für autoritäre Regime einher, aber sie ist gefährlich, weil sie eine Bewegung in diese Richtung begünstigt.<sup>21</sup> Studien haben gezeigt, dass die Mehrheit der Russen «einen starken Führer bevorzugt», wobei diese Vorliebe in verschiedenen Altersgruppen und Bildungsschichten unterschiedlich ausgeprägt ist. Während sich 76,3 Prozent der Gesamtbevölkerung einen starken Führer wünschen, steigt der Anteil der Befürworter einer individuellen Führung unter den Über-61-Jährigen, die maximal eine Mittelschulbildung besitzen, auf 93,8 Prozent, während er unter den Angehörigen derselben Altersgruppe, die eine höhere Bildung besitzen, auf 65 Prozent sinkt.<sup>22</sup> In Russland besteht eine enge Korrelation zwischen nationalistischen Gefühlen und der Vorliebe für starke Führer. Die empirische Forschung deutet darauf hin, dass eine «feindselige Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten die Attraktivität der demokratischen Entscheidungsfindung verringert und den Hang zu einem starken Führer verstärkt».<sup>23</sup>

Es wäre jedoch falsch, die öffentliche Meinung Russlands auf ein Stereotyp zu reduzieren und anzunehmen, das Land neige unvermeidlich zum Autoritarismus oder zu einer quasiautoritären Herrschaft. Wie die von Juri Lewada und seinen Kollegen durchgeführten Umfra-



gen gezeigt haben, wuchs in der Zeit der Perestroika die Unterstützung für demokratische Normen und für Politiker, die diese Normen verfochten (obwohl Boris Jelzin seine Beliebtheit teilweise der Tatsache verdankte, dass er als «starker Führer» wahrgenommen wurde). Das Wiedererwachen der Neigung zu einem Führer, der mit harter Hand durchgreift, hängt eng mit der russischen Erfahrung in postso-wjetischer Zeit und damit zusammen, wie die staatliche Propaganda und die Massenmedien diese Zeit darstellen. Die Demokratie geriet in den neunziger Jahren in Verruf, weil sich in Russland ein oligarchischer und korrupter Raubritterkapitalismus entwickelte, der mehr Verlierer als Gewinner und extreme Ungleichheit hervorbrachte, während die reichen Bodenschätze des Landes in undurchschaubaren Transaktionen zu Schnäppchenpreisen an von den Machthabern ausgewählte Unternehmer verkauft wurden. Nun stellt die offizielle Propaganda den «chaotischen» und «anarchischen» neunziger Jahren die «starke und stabile» Regierung der Putin-Zeit gegenüber. Es stimmt, dass Instrumente der politischen Sozialisierung wie Schulen und Massenmedien die öffentliche Meinung formen, aber wir dürfen nicht vergessen, dass die politische Kultur auf einer grundlegenden Ebene ein Produkt langjähriger konkreter Erfahrung ist.<sup>24</sup> Sie entwickelt sich nicht biologisch, sondern historisch, und positive Erfahrungen mit einem politischen System, in dem die Macht verteilt wird, kann die Neigung dämpfen, das Schicksal des Landes in die Hände eines übermächtigen Führers zu legen. Eine solche positive Erfahrung dauerte in Russland nur sehr kurze Zeit. Ein vollkommen pluralistisches demokratisches System stösst bei der Mehrheit der Russen heute auf Ablehnung, denn der Pluralismus ging mit dem Zerfall der Sowjetunion und anschliessend mit dem Vormarsch von Finanzmagnaten (den sogenannten «Oligarchen») einher, die in der Jelzin-Zeit unverhältnismässig grosse Macht ausübten und von der Gesellschaft nicht zur Rechenschaft gezogen werden konnten.

Heute gibt es weltweit weniger vollkommen ausgereifte autoritäre

Regime als vor einem halben Jahrhundert, aber im 21. Jahrhundert haben wir mit ansehen müssen, wie einige freiheitliche Demokratien ihren liberalen Charakter einbüssten, während Hybridregime wuchsen, die autoritäre mit demokratischen Bestandteilen mischten. In der Europäischen Union haben Ungarn und Polen den Weg des Nationalismus und der Intoleranz beschritten. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban hat sich sogar ausdrücklich für eine in seinen Augen vorteilhafte nichtliberale Demokratie entschieden und präsentiert sich als starker Führer. Orban hat die Kontrolle über die ungarischen Massenmedien verschärft und eine Kampagne gegen den in Ungarn geborenen Finanzier und Philanthropen George Soros gestartet, der in kommunistischer Zeit die Demokratiebewegungen in Mittel- und Osteuropa unterstützte (er finanzierte Ende der achtziger Jahre übrigens Orbans Studium in Oxford) und sich auch weiterhin für die Entwicklung der pluralistischen Demokratie in dieser Region einsetzt. Die von Soros gegründete Central European University in Budapest hat den Zorn Orbans und seiner Regierung geweckt. Einige der Personen, die gemeinsam mit Orban im Jahr 1988 die prodemokratische antikommunistische Partei Fidesz (Bürgerbund) gründeten, beklagen sich darüber, dass die kollektive Führung durch eine personalistische Herrschaft Orbans ersetzt worden ist. Istvan Hegedus, einer der Mitgründer des Fidesz, erklärt: «Wir leben in einer Grauzone zwischen Demokratie und Diktatur.»<sup>25</sup>

In Ungarn ist die demokratische Entwicklung teilweise zurückgeschraubt worden, aber in der Türkei ist die Lage sehr viel bedenklicher. Recep Tayyip Erdogan, der früher als islamischer Politiker galt, der auch ein überzeugter Demokrat sei, hat diesen Ruf mittlerweile eingebüsst. Er nahm einen Putschversuch zum Vorwand, um Kritiker und politische Gegner auszuschalten, die nichts mit dem Versuch zu tun hatten, ihn gewaltsam zu stürzen. Basharat Peer schreibt, dass die Türken «einschliesslich jener, die Erdogans autoritären Führungsstil ablehnten, massenhaft auf die Strasse gingen, um gegen die Putschisten zu demonstrieren.

Der Grossteil der Militärführung und der Truppen stand loyal zur Regierung.»<sup>26</sup> Wie Trump hat sich Erdogan mit früheren Verbündeten überworfen, und ähnlich wie der amerikanische Präsident torpediert der türkische Machthaber die Bemühungen der Diplomaten zur Normalisierung der internationalen Beziehungen seines Landes, indem er die Beleidigungen, welche die Spannungen provozierten, obendrein wiederholt. Beispielsweise hat er sowohl Kanzlerin Merkel als auch den niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte beschuldigt, sich «wie Nazis» zu verhalten. «Während die Krise schwelte», berichtete die Financial Times, «versicherten türkische Regierungsvertreter, darunter Ministerpräsident Binali Yildirim, ihren europäischen Kollegen, die Probleme würden diskret beigelegt – und dann wiederholte Erdogan seine Äusserungen.»<sup>27</sup>

In dem Kapitel, in dem ich mich mit Revolutionen und revolutionärer Führung befasse, erkläre ich, jene Liberalen, welche die Machtübernahme von Präsident Abdel Fattah El-Sisi in Ägypten und das Verbot der Moslembrüderschaft (der grössten sozialen Bewegung des Landes) begrüsst, würden ihre Unterstützung für den Militärputsch möglicherweise irgendwann bereuen. Seit dieser Zeit ist die ägyptische Regierung mindestens so autoritär geworden, wie sie unter Hosni Mubarak war. Menschenrechtsaktivisten und Vertreter zivilgesellschaftlicher Bewegungen werden als «fünfte Kolonne» verunglimpft. Neue Gesetze «erleichtern es der Exekutive, politische Gegner und Andersdenkende zu verfolgen, zu foltern und ins Gefängnis zu stecken».<sup>28</sup> Die durch den Aufstand in Tunesien im Dezember 2010 und die Demokratiebewegungen in weiteren Ländern der Region geweckte Hoffnung auf eine Demokratisierung der arabischen Welt ist verfliegen. Die betroffenen Länder sind entweder zu einer autoritären Herrschaft zurückgekehrt oder in Anarchie, Bürgerkriegen oder von ausländischen Mächten geführten Stellvertreterkriegen versunken. Das einzige Land, in dem die Demokratisierung – mit erheblichen Einschränkungen – überlebt hat, ist Tunesien, wo die Bewe-

gung begann. Alfred Stepan hat darauf hingewiesen, dass in Tunesien drei politische Parteien (zwei säkulare und eine religiöse) «verschiedene, aber komplementäre Führungen» stellten und sich «in der Phase, in der die Verfassung geschrieben wurde, in eine herrschende Troika verwandelten», die zur Entwicklung politischer Konsensfähigkeit beitrug, womit sich die Entwicklung in Tunesien deutlich von der in Ägypten seit Mubaraks Sturz unterscheidet.<sup>29</sup>

Politische Führer, die sich als starke Männer betrachten und als solche wahrgenommen werden möchten, betreiben eine populistische Politik, welche die Rechte von Minderheiten bestenfalls missachtet und schlimmstenfalls offen verletzt. Indien, ein Land von wachsender wirtschaftlicher Bedeutung, wird oft als bevölkerungsreichste Demokratie der Welt bezeichnet. Es ist auch ein multinationales, multikulturelles und multilinguales Land, das sich nur weiterentwickeln kann, solange seine Einheit auf der Anerkennung der Vielfalt beruht. Mahatma Gandhi, der «Vater» des unabhängigen Indien, schrieb: «Wenn die Hindus glauben, dass in Indien nur Hindus leben sollten, leben sie in einem Traumland. Hindus, Muslime, Parsen und Christen, die Indien zu ihrer Heimat gemacht haben, sind Landsleute und müssen geeint Zusammenleben, und sei es auch nur aus Eigennutz.»<sup>30</sup> Es gibt die Sorge, dass Narandra Modi, der seit Mai 2014 an der Spitze der indischen Regierung steht, diese Einschätzung nicht teilt. Er war Gouverneur seiner Heimatprovinz Gujarat, als es dort im Jahr 2002 zu einem Pogrom gegen die Muslime kam; Modi wurde beschuldigt, die Gewalt gegen diese Bevölkerungsgruppe gefördert, zumindest aber geduldet zu haben.<sup>31</sup> Als Ministerpräsident spricht er sich für eine Einbeziehung sämtlicher Bevölkerungsgruppen aus, aber er hat die Minister seiner Partei BJP (Bharatiya Janata Party), die «Geringschätzung für den Säkularismus äussern», nicht zur Ordnung gerufen.<sup>32</sup>

Das schlimmste Beispiel für die Verfolgung von Muslimen sehen wir heute jedoch nicht in Indien, sondern in Birma/Myanmar, wo die-

se religiöse Minderheit nicht von Hindus, sondern von Buddhisten bedrängt wird. Im Fall Myanmar haben wir es nicht mit einem zu starken, sondern mit einem zu schwachen politischen Führer zu tun. Obwohl Aung San Suu Kyi der Titel einer Präsidentin verweigert wurde, führt sie de facto die Regierung. Allerdings ist fraglich, wie lange sie sich in dieser Position halten könnte, würde sie sich offen gegen das Militär stellen, das im Schatten die Macht ausübt und ethnische Säuberungen, die Hunderttausende muslimische Rohingya zur Flucht nach Bangladesch gezwungen haben, zugelassen und in einigen Fällen selbst organisiert hat. Da die muslimische Minderheit bei der mehrheitlich buddhistischen Bevölkerung wenig Sympathie genießt, würde Aung San Suu Kyi ihren grössten Trumpf in der Auseinandersetzung mit der Militärführung – ihr öffentliches Ansehen – aufs Spiel setzen, sollte sie sich schützend vor die Rohingya stellen. Andererseits hat sie dadurch, dass sie die Beweise für die schweren Menschenrechtsverletzungen nicht anerkennt, in den Augen der Weltöffentlichkeit einen Grossteil der moralischen Autorität eingebüsst, die sie sich als Führerin des Widerstands gegen die birmanische Militärdiktatur erworben hatte.<sup>33</sup>

Myanmar ist bestenfalls eine fragile Demokratie mit immensen Problemen. Indien ist immer noch eine funktionierende pluralistische Demokratie. Anders liegen die Dinge im Fall der zweiten aufstrebenden Macht in Asien: China hat ein autoritäres politisches System. Die Macht ist vor allem in seiner dynamischen Volkswirtschaft nicht mehr derart konzentriert wie unter Mao Tse-tung. Wie ich in diesem Buch erkläre, fielen die Verringerung der politischen Gewalt und der politischen Willkür, die Transformation des Wirtschaftssystems und der rasante (wenn auch extrem ungleich verteilte) Anstieg des Lebensstandards in die Zeit der kollektiven Führung nach Maos Tod. Daher sind die jüngsten Bestrebungen besorgniserregend, dem Staats- und Parteichef Xi Jinping eine noch deutlichere Vormachtstellung gegenüber seinen Genossen an der Spitze der KPCh zuzugestehen. Der im

Oktober 2017 einstimmig gefasste Parteitagsbeschluss, das nicht unbedingt mitreißende Kapitel «Xi Jinpings Gedanken zum Sozialismus mit chinesischen Merkmalen für eine neue Ära» in die Verfassung aufzunehmen, wirkt wie ein Versuch, die historische Bedeutung des gegenwärtigen Parteiführers mit jener Maos und Deng Xiaopings gleichzusetzen, obwohl Xis Vorstellungen offenkundig nicht so radikal neu sind wie seinerzeit jene Maos und Dengs.<sup>34</sup> Und während Deng nie einen Kult um seine Person oder seine Ideen förderte (sein Name wurde erst nach seinem Tod in die chinesische Verfassung aufgenommen), planen die Bildungseinrichtungen des Landes, «Xi Jinpings Gedanken» an eigens dafür zu schaffenden Forschungsinstituten zu studieren.<sup>35</sup>

Die *reductio ad absurdum* der Führung durch einen «starken Mann» sehen wir jedoch nicht in China, sondern in Nordkorea, wo Kim Jung-un nicht nur die Nachbarländer, sondern sogar die Vereinigten Staaten mit der Entwicklung von Atomwaffen und der rücksichtslosen Ausweitung der Raketentests aufgeschreckt hat. Die kriegs-erische Rhetorik Pjôngjangs hat Donald Trump mit gleichermassen aggressiven Erklärungen beantwortet. Südkorea, das unter einer Eskalation und einem Krieg mit Nordkorea furchtbar leiden würde, lieferte im Jahr 2017 ein ermutigendes Beispiel dafür, dass eine Führungspersönlichkeit, die zu weit geht, manchmal durchaus ihre wohlverdiente Strafe bekommt. Die Willkürherrschaft der korrupten Park Geun-hye (der Tochter des «starken Mannes» Park Chung-hee, der das Land von 1961 bis 1979 regierte) endete mit einem Amtsenthebungsverfahren, als sowohl das Parlament als auch die Justiz auf friedliche Massenproteste reagierten und ihre Unabhängigkeit von der Regierungschefin bewiesen.

Spanien, das erst Mitte der siebziger Jahre den Übergang von der Franco-Diktatur zur Demokratie bewältigte, ist Mitte des Jahres 2017 in eine Verfassungskrise geschlittert. Adolfo Suarez, der seinerzeit entscheidend zum Erfolg der «Transición» beitrug (im Kapitel über die transformative Führung beschäftige ich mich eingehend mit ihm), pflegte einen geduldischen und kollegialen Führungsstil und bemühte

sich, alle Beteiligten in die politischen Entscheidungen einzubeziehen. Seine konservative politische Herkunft hinderte ihn nicht daran, sowohl die Sozialisten als auch die Kommunisten in den politischen Prozess und in die Entwicklung einer nach deutschem Vorbild entwickelten föderalen Verfassung einzubinden, die auch die Zustimmung des widerspenstigen Baskenlands und Kataloniens fand.

In der eskalierenden Krise des Jahres 2017 vermisste man sowohl in Madrid als auch in Barcelona eine solche Führung. Der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy konnte sich auf die Verfassung berufen, als er Carles Puigdemont, dem Chef der katalanischen Regionalregierung, vorwarf, mit der Abhaltung eines Referendums über die Unabhängigkeit Kataloniens gegen das Gesetz zu verstossen. Aber ein Politiker wie Suarez hätte sicher einen Weg gefunden, um die Krise durch Dialog und Verhandlung beizulegen und die Befugnisse der katalanischen Autonomieregierung auszuweiten.

Dass sich ein ernsthafter Konflikt über die Autonomiekompetenzen zu einer schweren Verfassungskrise auswuchs, lag nicht zuletzt daran, dass der Partido Popular und Regierungschef Rajoy das im Jahr 2006 sowohl vom katalanischen Regionalparlament als auch vom nationalen Parlament in Madrid abgesegnete Autonomiestatut für Katalonien entschieden ablehnten. Omar Encarnacion, der mit gutem Grund beide Seiten für die verfahrenere Situation verantwortlich macht, sieht die Ursache der Krise in den «Provokationen einer neuen Generation katalanischer Politiker, welche die völlige Unabhängigkeit verlangen und die nach der Franco-Diktatur errichteten demokratischen Institutionen missachten», und in der «übertriebenen Reaktion der Zentralregierung auf diese Provokationen und ganz allgemein auf den Wunsch der Katalanen nach grösserer Kontrolle über ihre Angelegenheiten».<sup>36</sup> Rajoys Regierung hätte «mehr politische Initiative und grössere Flexibilität im Umgang mit Katalonien zeigen müssen», anstatt in dem Bemühen, das illegale Unabhängigkeitsreferendum am

1. Oktober 2017 zu verhindern, den radikalen Separatisten den Gefallen zu tun, Bilder von «Schlagstöcke schwingenden Polizisten und verletzten Zivilisten» zu liefern.<sup>37</sup> Obwohl es in Katalonien weiterhin keine Mehrheit für die Unabhängigkeit gibt, hat das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte dazu beigetragen, dass der Anteil der Katalanen, die eine Loslösung von Spanien befürworten, von 41,1 Prozent im Juni 2017 auf 48,7 Prozent Mitte Oktober gestiegen ist. Um den Riss in der katalanischen Gesellschaft zu kitten und den Graben zwischen Madrid und Barcelona zu überbrücken, hätte man auf beiden Seiten keinen «starken Führer», sondern eine geschickte und flexible Führung von der Art gebraucht, wie sie Suarez vorvierjahrzehnten unter Beweis stellte.

Im Vorfeld der französischen Präsidentschaftswahl im Jahr 2017 musste der Amtsinhaber François Hollande erkennen, dass er zu unbeliebt war, um auf eine zweite Amtszeit hoffen zu dürfen. Vor den britischen Parlamentswahlen gelangte Premierministerin Theresa May angesichts ihres grossen Vorsprungs vor dem oppositionellen Labour-Kandidaten zu der entgegengesetzten Einschätzung. Hollande verzichtete auf eine erneute Kandidatur, und Emmanuel Macron stiess in das politische Vakuum vor. Sein Wahlsieg als Kandidat der erst im April 2016 gegründeten Bewegung En Marche! war umso bemerkenswerter, als er mit 39 Jahren der jüngste französische Staatschef seit Napoleon wurde. Er profitierte sehr von der Schwäche seiner Gegenkandidaten und versprach einen Regierungsstil, der an den de Gaulles erinnerte: Wie der erste Präsident der Fünften Republik betrachtet es Macron anscheinend nicht als Aufgabe eines politischen Führers, sich in sämtlichen Politikbereichen zu engagieren, sondern erklärt: «Ich will einen Präsidenten, der den Vorsitz führt, und eine Regierung, die regiert.»<sup>38</sup> Es muss sich noch zeigen, ob Macron dieses Prinzip in die Tat umsetzen kann. Fest steht, dass er bereits von einem General im Ruhestand des «jugendlichen Autoritarismus» bezichtigt worden ist, und General Pierre de Villiers trat als erster Generalstabschefin sechzig Jahren aus Protest gegen die Politik des



französischen Präsidenten zurück (de Villiers lehnte die von Macron durchgesetzte Kürzung der Verteidigungsausgaben ab).<sup>39</sup> Fraglich ist auch, ob es Macron gelingen wird, das Präsidentenamt wieder mit einer von den Niederungen des politischen Alltags abgehobenen gaulistischen oder «monarchischen» Grandeur auszustatten. Anders als Macron konnte de Gaulle bei seiner Rückkehr an die Macht im Jahr 1958 auf eine persönliche Geschichte verweisen, die seiner Präsidentschaft Zauber und Prestige verlieh.

Macron hatte das Glück, bei der Wahl auf schwache Gegenkandidaten zu stossen. Auch Theresa May war überzeugt, einen riesigen Vorsprung vor ihren politischen Rivalen zu haben, und zog in der Hoffnung, eine knappe Mehrheit im Unterhaus durch eine überwältigende Mehrheit zu ersetzen, die Parlamentswahl um drei Jahre vor. Doch anders als der japanische Ministerpräsident Shinzo Abe, der den gleichen Schritt tat und im Oktober 2017 einen deutlichen Sieg über eine geschwächte und gespaltene Opposition errang,<sup>40</sup> brachte sich May in eine sehr unangenehme Lage. Bei der Wahl im Juni 2017 verloren die Konservativen die Mehrheit im Unterhaus und waren von nun an auf die Unterstützung der nordirischen Unionisten von der DUP angewiesen, um eine Minderheitsregierung bilden zu können. Zu Beginn des Wahlkampfs Anfang Mai hatten die Torys noch einen grossen Vorsprung vor der oppositionellen Labour Party, und der persönliche Vorsprung der Premierministerin gegenüber ihrem Gegenkandidaten Jeremy Corbyn war noch grösser. Theresa May war überzeugt, einen überwältigenden Sieg erringen zu können, indem sie ihre Stärke und Verlässlichkeit betonte und der persönlichen Schwäche des Labour-Chefs gegenüberstellte. Und sie glaubte, ein persönliches Mandat erringen zu können, indem sie die Wahl in erster Linie als Entscheidung über ihre Person statt über die Konservative Partei darstellte. So wollte sie ihre Position gegenüber ihren Kollegen in der Regierung festigen und grössere Kontrolle über die konservative Parlamentsfraktion erlangen.

Also wurde der gesamte Wahlkampf der Konservativen Partei auf

die Person der Premierministerin zugeschnitten. Die Wähler wurden darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, May ein Mandat für eine «starke und stabile Führung» zu geben, die es ihr ermöglichen werde, der EU gute Bedingungen für den Austritt Grossbritanniens abzurufen. Die Bedeutung ihrer Partei wurde heruntergespielt, zumeist wurde sie einfach als «Theresa Mays Team» bezeichnet. Als das Wahlprogramm der Konservativen beschlossen wurde, bezeichnete May es als «mein Programm» – weshalb es besonders peinlich für sie war, dass sie nur vier Tage nach Veröffentlichung des Programms Änderungen an einem schlecht durchdachten sozialpolitischen Vorhaben vornehmen musste. Dieser überhastete Rückzug wäre vermeidbar gewesen, hätte die Parteiführung das Programm kollegialer entworfen und die Basis umfassender eingebunden.

Eine seriöse Studie über die britische Parlamentswahl von 2017 hat gezeigt, dass die Labour Party Wähler für sich gewann, die sich beim Referendum für den Verbleib in der EU ausgesprochen hatten und hofften, eine Labour-Regierung könne einen traumatischen Bruch mit Europa vermeiden und einen «weichen Brexit» bewerkstelligen. Die Forscher haben auch herausgefunden, dass die Popularität Mays schwand, während jene Corbyns wuchs. In der Politikwissenschaft wird allgemein davon ausgegangen, dass Wahlkämpfe wenig an den Präferenzen der Wähler ändern und dass eine Partei, die mit einem klaren Vorsprung in die Auseinandersetzung geht, die Wahl auch deutlich gewinnen wird. Aber für die britische Wahl im Jahr 2017 galt das nicht. In diesem Fall hatte der eigentliche Wahlkampf erhebliche Auswirkungen, und viele Wähler änderten in seinem Verlauf ihre Meinung. Eines der Ergebnisse der im August 2017 veröffentlichten Studie ist, dass die Strategie der Konservativen, sich auf ihre «starke und stabile» Führerin zu konzentrieren, ein gravierender Fehler war, der sie letzten Endes die Mehrheit im Unterhaus kostete.<sup>41</sup> Am 4. Oktober 2017 kam May in ihrer Rede auf dem Parteitag der Konservativen beiläufig auf die im Wahlkampf begangenen

Fehler zu sprechen und erklärte, die Kampagne habe «zu wenig Spielraum für Spontaneität» gelassen und sei «übermässig präsidential» gewesen.<sup>42</sup> Wie zahlreiche Kommentatoren beobachtet haben, hat sich eine «starke und stabile» Politikerin seit der britischen Wahl in eine «schwache und schwankende» Führerin verwandelt. Aber kaum jemand hat die Frage gestellt, ob es überhaupt wünschenswert ist, starke Führer zu haben. Ist es richtig, Politiker mit grosser persönlicher Macht auszustatten? Wie ich in diesem Buch zeige, betrifft diese Frage nicht nur bestimmte Länder, sondern sollte überall gestellt werden.

Eine stabile Führung ist im Allgemeinen wünschenswert, und an einer starken kollektiven Führung ist nichts auszusetzen. Jedes Land braucht eine Regierung, die politische Vorhaben durchsetzen kann. Tatsächlich ist eine solche Führung durch die Exekutive zu befürworten, sofern die Regierung dem Parlament und der Gesellschaft umfassend Rechenschaft ablegt (und kontrolliert und kritisiert werden kann) und sofern sie den Regeln des Rechtsstaats unterworfen ist. Masslose persönliche Macht ist etwas ganz anderes. Warum sollten wir uns mit einem politischen Prozess abfinden, der dem Grössenwahn eines Regierungschefs Vorschub leistet, Unterwürfigkeit und Selbstzensur der Kabinettskollegen fördert und das Gruppendenken begünstigt? Warum sollten wir uns einen Regierungschef wünschen, der sein Kabinett vollkommen beherrscht oder es nach Belieben umgehen kann, so dass die Minister nicht als Kollegen mit ihm zusammenarbeiten, sondern bloss Gefolgsleute sind, denen die Entlassung droht, wenn sie das Urteil des Kabinettschefs in Frage stellen?

Wir müssen uns erneut mit der Frage befassen, ob wir in einer Demokratie unsere Hoffnungen und Erwartungen mit einer einzelnen Person verknüpfen und einem individuellen politischen Führer erlauben sollten, die wichtigen Entscheidungen alleine zu fällen. Ein starker Führer ist nicht automatisch ein weiser Führer. Wenn wir einem einzelnen Menschen erlauben, grosse Macht anzuhäufen, ebnen wir den Weg für gravierende Fehler und im schlimmsten Fall für katastro-

phales Blutvergiessen. Auch kollektive Regierungen sind nicht gegen dumme und schädliche Entscheidungen gefeit, aber es gibt zahlreiche Belege dafür, dass die Wahrscheinlichkeit katastrophal schlechter Entscheidungen erheblich steigt, wenn eine einzelne Person unbeschränkte Macht ausübt und wichtige Entscheidungen alleine fällen kann. Das gilt sowohl innerhalb einer Regierung als auch im Verhältnis zwischen Regierung und Parlament. Obwohl ich mich auf den folgenden Seiten auch mit vielen anderen Aspekten der politischen Führung beschäftige, ist der Mythos des starken Führers ein zentrales Thema, das sich durch das Studium der demokratischen, revolutionären, autoritären und totalitären Führung zieht. Selbstverständlich ist eine Regierungschefin einer Demokratie nur selten so mächtig, wie weithin angenommen wird. Und in einem parlamentarischen System haben die Parteiführer nur selten so grossen Einfluss auf ein Wahlergebnis, wie viele Leute glauben. Bedenklicher als solche Fehleinschätzungen ist jedoch die Annahme, dass eine Person, nämlich der Regierungschef oder die Regierungschefin, einen Anspruch darauf hat, in allen wichtigen Entscheidungen das letzte Wort zu haben. Manche Politiker bemühen sich, diese Vorstellung zu fördern und so zu handeln, als entspräche sie der Realität. Ich werde zeigen, dass sie weder eine Grundlage für eine effektive Regierungsarbeit und gute politische Ergebnisse noch ein normativ wünschenswerter Bestandteil der demokratischen Regierung ist.

## EINLEITUNG

In demokratischen Gesellschaften besteht im Grunde Einigkeit darüber, dass eine «starke Führung» etwas Positives ist.<sup>1</sup> Obwohl das Konzept unterschiedlich interpretiert werden kann, ist mit einem starken politischen Führer normalerweise eine Person gemeint, die beträchtliche Macht in ihren Händen bündelt, sowohl in der öffentlichen Politik als auch innerhalb der eigenen Partei eine prägende Rolle spielt und wichtige Entscheidungen persönlich fällt. Wie ich zeigen werde, ist die Vorstellung, ein Mensch verdiene umso grössere Anerkennung, je mehr Macht er persönlich ausübt, eine Illusion, und das gilt unabhängig davon, ob es sich um Demokratien, autoritäre Regime oder Hybridregime handelt, die in keine der beiden Kategorien fallen. Regierungen müssen effektiv arbeiten und Entscheidungen fallen. Aber es ist wichtig, wie sie zu ihren Entscheidungen gelangen. Ein politischer Führer, der in der Überzeugung, die richtigen Antworten besser als alle anderen zu kennen, Abkürzungen wählt, beschwört zwangsläufig Probleme herauf, und die Auswirkungen der individuellen Machtausübung können katastrophal sein. Damit der politische Prozess richtig funktionieren kann, müssen alle hochrangigen Politiker mit Zuständigkeit in den Ressorts in die Entscheidungen eingebunden werden. Und natürlich gehört zu einem angemessenen Prozess, dass das Vorgehen der Regierung den Anforderungen des Rechtsstaats entspricht und dass die Regierung gegenüber Parlament und Volk Rechenschaft ablegt.

Niemand würde auf die Idee kommen zu sagen: «Wir brauchen einen schwachen Führer.» Stärke ist bewundernswert, Schwäche weckt Bedauern. Aber die einfache Dichotomie von Schwach und Stark eignet sich nicht zur Beurteilung eines politischen Führers. Es gibt zahlreiche wünschenswerte Eigenschaften eines Politikers, denen grössere Bedeutung beigemessen werden sollte als dem Kriterium der Stärke. Dieses eignet sich eher zur Beurteilung von Gewichthebern oder Langstreckenläufern. Zu den Eigenschaften, die Politiker mitbringen sollten, zählen Integrität, Intelligenz, Beredsamkeit, Kollegialität, Urteilsvermögen, ein kritischer Geist, die Bereitschaft, sich mit unterschiedlichen Standpunkten zu beschäftigen, Auffassungsgabe, Flexibilität, ein gutes Gedächtnis, Mut, Weitblick, Empathie und unerschöpfliche Energie. Obwohl unvollständig, ist diese Liste anspruchsvoll. Es ist kaum damit zu rechnen, dass politische Führer alle diese Eigenschaften besitzen werden: Sie sind keine Übermenschen – und sie selbst sollten das nie vergessen, obwohl es wohl zu viel verlangt wäre, die Bescheidenheit in unsere Liste vorteilhafter Eigenschaften aufzunehmen.

Trotz all ihrer Unzulänglichkeiten ist die Stark-schwach-Dichotomie ein fester Bestandteil der Diskussionen über die politische Führung in Demokratien. Als Tony Blair noch Oppositionsführer war, bezeichnete er den damaligen britischen Premierminister John Major, der von Margaret Thatcher eine gespaltene konservative Parlamentsfraktion geerbt hatte, gerne als «schwach». Sich selbst versuchte Blair als das Gegenteil von Major zu positionieren: «Ich führe meine Partei. Er folgt seiner.»<sup>2</sup>

Wir beobachten mittlerweile mit ermüdender Regelmässigkeit Versuche politischer Führer, sich selbst als stark und ihre Widersacher als schwach zu porträtieren. In einer Reihe von Ländern ist es eine gängige Praxis, die Person an der Spitze einer rivalisierenden Partei als «schwach» darzustellen. Es liegt auf der Hand, dass Politiker glauben, es werde ihnen bei Wahlen zum Vorteil gereichen, ihren Widersachern das Stigma der «Schwäche» anzuheften. Tatsächlich wirkt es sich aus, wie die Stimmberechtigten die Politiker wahrneh-

men, aber es ist masslos übertrieben zu behaupten, von dieser Wahrnehmung hänge es ab, ob «Wahlen gewonnen oder verloren» werden.<sup>3</sup>

Sehr viel wünschenswerter als das Modell eines politischen Führers als Herr der Regierung ist jenes der kollektiven Führerschaft. In einer Demokratie wäre es unangemessen, grosse Macht in die Hände einer einzigen Person zu legen, und eine Regierung, in der tatsächlich nur eine Person in der Lage wäre, über sämtliche Fragen zu entscheiden, wäre eine sehr inkompetente Regierung. In autoritären Regimen stellt eine oligarchische Führung im Normalfall das geringere Übel verglichen mit der Diktatur eines Einzelnen dar. Eine starke individuelle Führung hat zudem in verschiedenen Kontexten unterschiedliche Bedeutungen. Sie ist nicht nur weniger vorteilhaft als weithin angenommen, sondern unterscheidet sich oft erheblich von dem, was sie zu sein vorgibt. Politische Führer sind zugleich auch Gefolgsleute, und während sie einer Gruppe – bei der es sich sogar (und in manchen Fällen insbesondere) um ihre eigene Partei handeln kann – stolz die Stirn bieten, unterwerfen sie sich möglicherweise einer anderen. Mit anderen Worten: Zwischen dem Eindruck der Stärke, den viele Politiker zu vermitteln versuchen, und der komplexen politischen Realität kann eine tiefe Kluft bestehen. Ein Element des Mythos des starken Führers ist, dass Stärke als ein Kriterium wünschenswerter Führung betrachtet wird, aber ein anderes besteht – in einer Demokratie – darin, dass die Stärke, die Politiker für sich in Anspruch nehmen, oft ein Kunstprodukt oder eine Illusion ist.

In Ländern, in denen ein ausgesprochen autoritäres Regime entweder einer Demokratie oder einem Hybridregime weicht, kann die Vorstellung vom Nutzen einer starken Führung noch verhängnisvoller sein als in voll entwickelten Demokratien. Im Jahr 2007 untersuchten Forscher in einer Umfrage in 13 ehemals kommunistischen europäischen Ländern, wie die Bürger zu folgender Aussage standen: «Man sollte einen Führer unterstützen, der die gegenwärtigen Probleme des Landes lösen könnte, selbst wenn er *dafür die Demokratie*

zerschlagen würde.»<sup>4</sup> In acht dieser Länder bewertete mehr als ein Drittel der Befragten die Herrschaft eines «starken Führers» positiv und legte eine antidemokratische Einstellung an den Tag. In Ungarn, Russland und Lettland stimmten über 40 Prozent, in Bulgarien und der Ukraine sogar mehr als die Hälfte der Befragten dieser Aussage zu. Am geringsten war die Zustimmung in der Tschechischen Republik (16 Prozent) und der Slowakei (15,3 Prozent) – in diesen Ländern war die Unterstützung für die Demokratie also am stärksten und die Skepsis gegenüber einem starken Führer als Heilsbringer am grössten. Es war wohl kein Zufall, dass diese beiden Länder als Bestandteile der Tschechoslowakei zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg mehr Erfahrungen mit der Demokratie gesammelt hatten als die übrigen untersuchten Länder. Allerdings befand sich unter den Ländern, in denen *weniger als ein Viertel* der Bevölkerung einen starken Führer der Demokratie vorzogen, auch Weissrussland (24,6 Prozent), das die Demokratie als Teil der Sowjetunion nicht kennengelernt hatte. Gleichzeitig war Weissrussland nach dem Zerfall der Sowjetunion das autoritärste Land in Europa. Alexander Lukaschenko herrscht dort seit 1994 mit zunehmend diktatorischen Mitteln. In diesem Fall dürfte es die reale, unerfreuliche Erfahrung mit der Autokratie sein, die den Bürgern den Gedanken austrieb, ein starker Führer sei die richtige Lösung für ihre Probleme.\*

In Kriegs- und Krisenzeiten kann eine inspirierende Führung notwendig werden. Manchmal sehnen sich die Menschen selbst dann danach, wenn auch eine prosaische Führung genügen würde. Zumeist

---

\* Hingegen deutet der sehr hohe Prozentsatz der Bulgaren und Ukrainer, die sich für einen starken Führer aussprechen, selbst wenn diese Person die Demokratie beseitigen sollte, auf eine extreme Unzufriedenheit mit der Entwicklung der Demokratie in diesen beiden Ländern hin. Im Fall Bulgariens herrscht unter den Bürgern grosse Wut über die allgegenwärtige Korruption.



wird die inspirierende Führung als charismatisch beschrieben. Ursprünglich bedeutete das Wort Charisma ein gottgegebenes Talent. In der von Max Weber entwickelten Konzeption war die charismatische Führungspersönlichkeit eine «natürliche Führungspersönlichkeit», die besondere und sogar übernatürliche Fähigkeiten besass und nicht auf Institutionen oder ein Amt angewiesen war. Der charismatische Führer wurde als Prophet und Held betrachtet, und seine Anhänger folgten ihm wie Gläubige. Für Weber war das Konzept des Charismas «wertfrei».<sup>5</sup> Tatsächlich können charismatische Führer sowohl bedeutende Leistungen vollbringen als auch verheerenden Schaden anrichten. Wenn wir zwei Beispiele aus dem 20. Jahrhundert nehmen, die Weber nicht mehr erlebte (der grosse Sozialwissenschaftler starb 1920), so kann ein charismatischer Führer ein Martin Luther King, aber auch ein Adolf Hitler sein. Wachsamkeit gegenüber der charismatischen Führung ist also angebracht, denn die Anhänger einer solchen Person sollten nicht auf das kritische Denken verzichten, aber das Urteil über solche Führer hängt letzten Endes vor allem davon ab, wie wir die Anliegen bewerten, für die sie sich einsetzen.

Darüber hinaus kann das Charisma kaum als angeborene Eigenschaft eines Führers bezeichnet werden, sind es doch vor allem seine Anhänger, die ihm Charisma zusprechen, weil er in den Augen seiner Gefolgsleute jene Eigenschaften verkörpert, nach denen sie Ausschau halten.<sup>6</sup> Winston Churchill weckte in seiner politischen Laufbahn lange Zeit ebenso viel Geringschätzung wie Bewunderung. In den dreissiger Jahren galt er weithin als gescheiterter Politiker, der nicht gehalten hatte, was man sich von ihm versprochen hatte. Aber man sollte meinen, dass er aufgrund seiner inspirierenden Präsenz und seiner denkwürdigen Ansprachen im Zweiten Weltkrieg als charismatischer Führer einzustufen ist. Wichtiger als die Frage, ob er in die nebulöse Kategorie der «charismatischen Persönlichkeit» passt, ist jedoch die Tatsache, dass er der richtige Führer zur rechten Zeit am

rechten Ort war. Allerdings feierte er seine Erfolge im Zweiten Weltkrieg in einem bestimmten politischen Kontext: In einem erbittert geführten globalen Krieg verkörperte Churchill jenen Widerstandsgeist, den sich eine Mehrheit der Briten wünschte. Kaum war der Krieg vorüber, erlitt die von Churchill geführte Partei bei der Parlamentswahl im Juli 1945 eine schwere Niederlage. Das ist ein gutes Anschauungsbeispiel für die bedeutsame Tatsache, dass demokratische Parlamentswahlen nicht in erster Linie Auseinandersetzungen zwischen Führungspersönlichkeiten sind. Es gibt keine Umfragedaten zur Popularität Churchills und seines Widersachers, des Labour-Kandidaten Clement Attlee, aber wahrscheinlich hätte Churchill unmittelbar nach dem Krieg in einem solchen Wettbewerb die Nase vorn gehabt. Sein «Charisma» war jedoch instabil. Nachdem er im Krieg eindeutig «einer von uns» gewesen war, verwandelte er sich im Frieden zumindest in den Augen einer Hälfte der Nation rasch wieder in «einen von ihnen».

Eine charismatische Führungsrolle kann man sich aneignen und wieder verlieren; sie wird im Allgemeinen nicht auf Lebenszeit verliehen. Die charismatische Führung ist oft gefährlich und wird vielfach überschätzt. Nützlichere Kategorien sind in meinen Augen die neudefinierende und die transformative Führung. Diesen beiden Formen der Führung ist jeweils ein Kapitel dieses Buchs gewidmet. Als neudefinierend bezeichne ich eine Führung, welche die Grenzen des politisch Möglichen hinausschiebt und eine radikal neue Politik gestaltet. Diese Art von Führung kann individuell oder kollektiv an der Spitze politischer Parteien praktiziert werden. Parteien, die Wahlen gewinnen wollen, sind generell bemüht, eine Position «in der gesellschaftlichen Mitte» zu beziehen. Neudefinierende Führer versuchen, die Mitte in die von ihnen vertretene Richtung zu verschieben. Sie wollen die Vorstellung der Gesellschaft davon, was machbar und wünschenswert ist, verändern. Sie definieren die politische Mitte neu, anstatt einfach die herkömmliche Definition dieses Orts zu akzeptieren, und beziehen dort Stellung. Franklin D. Roosevelt mit dem New

Deal und Lyndon B. Johnson mit seinen «Great Society»-Reformen und den Bürgerrechtsgesetzen sind Beispiele für neudefinierende amerikanische Regierungen im 20. Jahrhundert. In Grossbritannien ist Margaret Thatcher als neudefinierende Führerin einzustufen. Sie zitierte ihren Mentor Keith Joseph, der sich beklagt hatte, die Nachkriegspolitik sei «ein sozialistisches Zahnrad», das von jeder Labour-Regierung ein Stück weiter nach links gedreht worden sei. Obwohl die Konservativen prinzipiell Widerstand leisteten, hätten sie eine «Anpassungspolitik» betrieben und der Verschiebung des politischen Zentrums nichts entgegengesetzt.<sup>7</sup> Die von Tony Blair 1997 bis 2007 und Gordon Brown 2007 bis 2010 geführten Labour-Regierungen siedelten sich in der von Thatcher neudefinierten Mitte an, so wie die konservativen Regierungen von Harold Macmillan und Edward Heath in jener Mitte Position bezogen hatten, die Clement Attlees neudefinierende Labour-Regierung 1945 bis 1951 nach links verschoben hatte.

Als transformative Führer bezeichne ich jene seltenen Politiker, die noch grössere Veränderungen einleiten. Ein transformativer Führer ist einer, der entscheidend dazu beiträgt, das wirtschaftliche oder politische System seines Landes zu verändern, oder der – was noch bemerkenswerter ist – eine wichtige Rolle bei der Veränderung des internationalen Systems spielt. Hier liegt die Latte hoch, aber diese Definition ermöglicht uns die Unterscheidung zwischen wirklich reformorientierten und neudefinierenden Führern auf der einen und solchen Politikern, die eine unverzichtbare Rolle in einer systemischen Transformation spielen, auf der anderen Seite. Der politische Kontext ist von grösster Bedeutung. In Demokratien tauchen sehr selten transformative Führer auf, was einfach daran liegt, dass Demokratien normalerweise keinen plötzlichen Systemwandel durchlaufen. Veränderungen finden schrittweise statt, so dass kein einzelner Politiker zu erkennen ist, der einen entscheidenden Beitrag zu systemischen Veränderungen leistet. In autoritären Regimen sind raschere *grundlegende* Veränderungen – zum Guten oder Schlechten – zu beobachten,

am deutlichsten bei der Errichtung eines autoritären Systems oder beim Übergang von einem solchen Regime zu einer Demokratie. In diesem Buch werden wir uns jedoch auf transformative Führer konzentrieren, die positive systemische Veränderungen herbeiführten.

Die Verwendung des Begriffs beinhaltet also ein normatives Element. Transformative Führer werden in diesem Buch von revolutionären Führern unterschieden (die das Thema von Kapitel 5 sind), obwohl diese nach der Machtübernahme ebenfalls das System verändern. Revolutionäre Führer sind also nicht mit solchen zu verwechseln, die wesentliche Beiträge zur Transformation des politischen oder wirtschaftlichen Systems ihres Landes leisten, ohne die Macht gewaltsam an sich zu reißen oder ihre politischen Gegner durch Zwang gefügig zu machen.

Die Vorstellung, dass es einen Führer gibt oder geben sollte, der aus der Gruppe seiner Kollegen herausragt und den politischen Prozess dominiert, ist in demokratischen Gesellschaften weit verbreitet. Sie wird dem realen Einfluss eines demokratischen Führers zumeist nicht gerecht. Demokratische Politiker, die eine derart beherrschende Stellung anstreben, sind irregeleitet. Tony Blair versuchte als britischer Premierminister von 1997 bis 2007, den politischen Prozess zu dominieren, und gab in den von ihm geführten Regierungen zweifellos den Ton an. Aber seine bleibende politische Wirkung war gering. Zu einer Reihe wichtiger Entscheidungen der Regierung trug der Premierminister wenig bei. Die bedeutsamste Hinterlassenschaft dieser Regierung war die Verfassungsreform, die im Wesentlichen auf Massnahmen beruhte, die Blair geerbt hatte und die ihm nicht am Herzen lagen.

Dass Blair die Regierung nicht in dem Mass dominieren konnte, wie er sich gewünscht hätte, lag an der gespannten und oft alles andere als friedlichen Koexistenz mit einem angesehenen und durchsetzungsfähigen Schatzkanzler. Gordon Brown spielte die beherrschende Rolle im bedeutsamen Bereich der Wirtschaftspolitik. Blair und seine engsten Vertrauten wollten Grossbritannien unbedingt in die

Eurozone führen, was Brown jedoch verhinderte, indem er auf fünf Vorbedingungen bestand, deren Erfüllung Voraussetzung für den Euro-Beitritt des Landes sein sollte. Und diese Bedingungen waren absichtlich so gestaltet, dass sie *unerfüllbar* waren; zumindest hatte der Schatzkanzler das alleinige Recht zu beurteilen, ob sie erfüllt waren. Alistair Darling, der den Labour-Kabinetten zwischen 1997 und 2010 angehörte (und ab 2007 in der von Gordon Brown geführten Regierung Schatzkanzler war), hat bestätigt, dass die Wirtschaftspolitik in Blairs Zeit an der Spitze der Regierung im Wesentlichen in Browns Händen lag und dass die einzige Wirtschaftsfrage, in der sich Blair «sehr engagierte und sogar in ungewöhnlichem Mass das Kabinett konsultierte», die Gemeinschaftswährung war, von der er die Regierung zu überzeugen versuchte.<sup>8</sup> Aber dieses Vorhaben Blairs scheiterte. Darling war nicht der Einzige, der erleichtert darüber war, dass sich der Schatzkanzler in diesem Konflikt mit dem Premierminister durchsetzte. Blair, der stets bemüht war, wie ein starker Regierungschef zu wirken, hatte in Schlüsselbereichen der Wirtschaftspolitik tatsächlich weniger Einfluss als viele seiner Amtsvorgänger.

Anders lagen die Dinge in der Aussenpolitik. Hier spielte Blair eine dominantere Rolle, insbesondere in den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und in der Nahostpolitik. In seinen Memoiren betont Blair wieder und wieder, dass er persönlich im Jahr 2003 entschieden habe, Grossbritannien in den Irakkrieg zu führen, dass er als Premierminister das Recht zu dieser Entscheidung gehabt habe und dass selbst jene britischen Bürger, die mit der Militärintervention nicht einverstanden gewesen seien, das Dilemma verstanden hätten: «Einer musste die Entscheidung treffen, das war klar.»<sup>9</sup>

Besonders ausgeprägt ist die Neigung zur individuellen Entscheidungsgewalt in autoritären und totalitären Regimen, und das hat häufig katastrophale Folgen. Selbstverständlich legen solche Systeme sehr viel grössere Macht in die Hände einzelner politischer Führer, als

in Demokratien möglich ist. Unter Umständen sind dem autoritären Führer innerhalb der Exekutive gewisse Grenzen gesetzt, aber das Parlament dient bestenfalls als demokratische Fassade, die Justiz ist der politischen Führung untergeordnet, und die Massenmedien werden unterschiedlich streng kontrolliert und zensiert. Es versteht sich von selbst, dass die Führung eines autoritären oder totalitären Regimes keine Rechenschaft gegenüber den Bürgern ablegen muss. Aber wie wir in Kapitel 6 sehen werden, macht es selbst in solchen Systemen einen Unterschied, ob die autoritäre Macht von einer Person oder kollektiv ausgeübt wird. In einem totalitären System besitzt ein Mann (bisher sind alle derartigen Systeme von Männern beherrscht worden) eine Vormachtstellung und vielfach uneingeschränkte Macht. Autoritäre Regime hingegen können Autokratien oder Oligarchien sein: Einige werden von einem Diktator beherrscht, andere haben eine kollektive Führung. Wird das Regime von einem Kollektiv geführt, so haben privilegierte Gruppen mehr Möglichkeiten, Einfluss auf die Regierungsspitze zu nehmen. Je offener in einer kollektiven Führung debattiert werden kann, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit besonders schlimmer politischer Exzesse. Aber selbst in einem autoritären Regime mit kollektiver Führung können die Persönlichkeit und die Werte der Person an der Spitze erheblichen Einfluss haben, wie das Beispiel Michail Gorbatschows in der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zeigte. Der potentielle Einfluss eines individuellen Führers ist in solchen Systemen grösser als in einer Demokratie, da die Macht demokratischer Politiker zahlreichen Einschränkungen unterliegt.

## INDIVIDUELLE UND KOLLEKTIVE FÜHRUNG

Unter «starker» Führung wird also allgemein eine Konzentration von Macht in den Händen einer Person verstanden, die diese Macht wirkungsvoll einsetzt. Aber je mehr Macht und Autorität in den Händen einer einzelnen Person gebündelt wird, desto stärker wird der Glaube dieser Person an ihr überlegenes Urteilsvermögen und ihre Unersetzlichkeit. Je mehr Entscheidungen ein individueller politischer Führer fällt, desto weniger Zeit hat er, um sich mit den einzelnen politischen Massnahmen zu befassen und in jedem einzelnen Fall Pro und Contra gegeneinander abzuwägen. Da auch der Tag des stärksten Führers nur 24 Stunden dauert, müssen seine Berater (oft zu ihrer grossen Befriedigung) in seinem Namen Entscheidungen fällen. Das ist nur einer der Gründe dafür, dass wir der Versuchung widerstehen sollten, einer einzelnen Person an der Spitze der politischen Hierarchie die gesamte Entscheidungsgewalt zu überlassen.

In einer Demokratie wird die kollektive Führung von den politischen Parteien ausgeübt. Obwohl die Parteien oft einen schlechten Ruf haben und in den meisten Ländern im Lauf des vergangenen halben Jahrhunderts einen Mitgliederschwund hinnehmen mussten, sind sie weiterhin unverzichtbar für eine funktionierende Demokratie: Sie gewährleisten politische Kohärenz, die Wahl zwischen mehreren Alternativen und die Rechenschaftspflicht der Politiker.<sup>10</sup> Wenn die Wähler, wie weithin angenommen wird, in erster Linie nicht für eine Partei oder deren Politik, sondern für einen bestimmten Politiker stimmen, ist wohl nicht allzu viel daran auszusetzen, dass die Berater des Regierungschefs grösseren Einfluss ausüben als hochrangige Mitglieder der Regierungspartei. Aber wie ich bereits angedeutet habe und in Kapitel 2 zeigen werde, ist die Annahme, die bei einer demokratischen Parlamentswahl abgegebenen Stimmen seien Stimmen für ei-

nen individuellen politischen Führer, eine übermässige Vereinfachung und in der Regel irreführend.

Verlangt der Vorsitzende einer demokratischen Partei in dem Wissen, dass seine Ablösung wenig vorteilhaft wirken würde, von seiner Partei, sie solle sich entweder hinter ihn stellen oder ihn stürzen, so beansprucht er für sich ein überlegenes Urteilsvermögen.<sup>11</sup> Aber die Vorstellung, eine einzelne Person könne am besten geeignet sein, in sämtlichen Politikbereichen die richtigen Entscheidungen zu fällen, ist in einer Demokratie abwegig. Der frühere britische Premierminister Tony Blair schreibt, ein starker politischer Führer brauche loyale Anhänger: «Wenn man der Meinung ist, die Führung liege falsch oder sei irrefeleitet, dann muss man die Führung austauschen, aber man sollte keinen Chef halten, dessen Führungsstil man nicht unterstützt.»<sup>12</sup> Blairs Stabschef Jonathan Powell hat ein ganzes Buch darüber geschrieben, wie ein Regierungschef seine Macht gegenüber seinen Kollegen im Kabinett und seiner politischen Partei erhöhen kann.<sup>13</sup> Je höher die Person an der Spitze die Gruppe der übrigen gewählten Politiker überragt, desto grösser wird der unabhängige Einfluss der nicht gewählten Berater dieser Person. Ein Beispiel dafür ist die Karriere Powells, aus dessen Memoiren hervorgeht, dass er bemerkenswert grossen persönlichen Einfluss auf die Ernennung von Ministern nahm, obwohl er sich zum Konzept des «starken Führers» bekennt und sich grosse Mühe gibt, Blair als solchen darzustellen. Powell ist der Meinung, Machiavellis Maximen für einen Fürsten in einem autoritären politischen System könnten – eine angemessene Aktualisierung vorausgesetzt – auch auf eine Demokratie angewandt werden: «Wann immer auf einen starken Premierminister ein schwacher folgt, kündigt er an, zur Kabinettsregierung zurückzukehren, aber in Wahrheit bedeutet das nur, dass er nicht genug Macht hat, um seine Regierung effektiv zu führen.»<sup>14</sup>

Heute würde kaum noch jemand offen Thomas Carlyle zustimmen, der erklärte: «[D]ie Geschichte dessen, was die Menschen in der Welt vollbracht haben, [ist] im Grunde die Geschichte der grossen



Menschen, die hier wirksam gewesen sind.»<sup>15</sup> Und das nicht nur, weil Carlyle die grossen Frauen vergass. Aber in der Bereitschaft der Öffentlichkeit, ihre Hoffnungen und Erwartungen mit einer einzigen Person in einer Regierung zu verknüpfen, finden wir einen Widerhall von Carlyles falschem Geschichtsverständnis. Es ist beunruhigend, dass sowohl die «politische Klasse» als auch die öffentliche Meinung in vielen Ländern die Vorstellung akzeptieren, in einer demokratischen Regierung müsse eine Person alle anderen deutlich überragen. Auf diese Art wird die Erwartung geweckt, dass sich Regierungschefs noch grössere politische Macht aneignen werden, als ihnen ihr Amt ohnehin zugesteht. Ändert sich die gesellschaftliche Wahrnehmung dessen, was als akzeptables Verhalten eines Regierungschefs einzustufen ist, so kann dies dazu führen, dass seine Amtsbefugnisse ohne formelle Verfassungsänderung neu definiert werden.

Das ist sogar in den USA geschehen, wo die Verfassung grössere Verehrung genießt als in jedem anderen Land. In Artikel 1 des amerikanischen Grundgesetzes ist festgelegt, dass die Entscheidung über Kriegserklärungen dem Kongress obliegt. Der Präsident als Oberbefehlshaber kann im Fall einer Invasion der Vereinigten Staaten einen Militäreinsatz anordnen, aber wenn die Verfassung strikt ausgelegt wird, darf er den Streitkräften in allen anderen Fällen nur befehlen, in einen Krieg einzutreten, nachdem der Kongress ihn dazu ermächtigt hat.<sup>16</sup>

Louis Fisher, ein Experte für die Gewaltentrennung, der vier Jahrzehnte für den Kongress arbeitete, ist der bekannteste und beharrlichste Kritiker der Verschiebung der Befugnis zur Kriegführung vom Kongress zum Weissen Haus. In seinen Augen überschritten die Präsidenten Harry Truman, Lyndon B. Johnson, Ronald Reagan und George W. Bush ihre verfassungsmässigen Kompetenzen, indem sie über ein militärisches Engagement entschieden, bevor der Kongress ihnen eine entsprechende Erlaubnis erteilt hatte. Dies gilt beispielsweise für den Vietnamkrieg (1964-1975) und die Kriege in Afghani-

stan und im Irak zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Nach Ansicht Fishers gewährte der Kongress durch seine Passivität dem Präsidenten von der Verfassung nicht gedeckte Befugnisse, statt auf seinen Rechten zu bestehen. Das Parlament habe die amerikanischen Militäreinsätze nicht ausreichend geprüft. Fisher erklärt, sowohl Republikaner als auch Demokraten müssten «die Vorzüge der präsidialen Kriege überdenken» und «bereit und willens sein, die ihnen zustehenden beträchtlichen Befugnisse wahrzunehmen».<sup>17</sup>

Die Aussenpolitik einschliesslich der Entscheidung über Krieg und Frieden ist jedoch nicht nur in den Vereinigten Staaten ein Bereich, in dem die Regierungschefs seit Mitte des 21. Jahrhunderts ihren Einfluss erweiterten. Wesentlich zu diesem Machtzuwachs beigetragen hat die gewaltige Beschleunigung der Kommunikation, die sich nachhaltig auf die Praxis der politischen Führung ausgewirkt hat. Von grösster Bedeutung war der Bau grenzüberschreitender Telefonleitungen. Das erste transatlantische Telefongespräch fand erst im Jahr 1915 statt, und es dauerte bis Ende der zwanziger Jahre, bis reguläre interkontinentale Telefonverbindungen eingerichtet wurden. Der Flugverkehr hatte noch grössere Auswirkungen auf die aussenpolitische Praxis. Als der britische Premierminister Neville Chamberlain im Jahr 1938 nach München flog, um das unglückselige Abkommen mit Adolf Hitler zu schliessen, waren Reisen, die eigens der Begegnung zwischen zwei Regierungschefs dienten, noch einigermaßen ungewöhnlich. Chamberlains Vorgänger Stanley Baldwin war nie in ein Flugzeug eingestiegen. Aber Baldwin war der letzte britische Premierminister, der Flugreisen vermied. Im Zweiten Weltkrieg fanden in Casablanca, Teheran und Jalta wichtige Gespräche zwischen den alliierten Regierungschefs statt, und nach dem Sieg über Hitler-Deutschland versammelten sie sich in Potsdam. In der Nachkriegszeit wurden «Gipfeltreffen» zwischen potentiellen Widersachern und persönliche Begegnungen zwischen Regierungschefs verbündeter Nationen üblich. Der technische Fortschritt und die Intensivierung der Diplomatie auf höchster politischer Ebene führten dazu, dass der aus-

senpolitische Einfluss nicht nur der Parlamente, sondern auch der Botschafter und sogar Aussenminister sank.

Die technologischen Entwicklungen, welche die Echtzeit-Kommunikation zwischen Regierungschefs ermöglichten, haben die Art und Weise, wie die Angelegenheiten zwischen Regierungen geregelt werden, also einschneidend verändert. Das Internet hat den Strom augenblicklich zugänglicher Information, mit der sich die Politiker auseinandersetzen müssen, noch weiter anschwellen lassen. In ihrer Gesamtheit verringern diese Entwicklungen den Einfluss der Parlamente auf die Politik in internationalen Konflikten und führen dazu, dass sogar Regierungschefs, welche die Diplomatie lieber dem Aussenministerium überlassen würden, keine Möglichkeit dazu haben.

Dennoch ist die wachsende Geschwindigkeit der Kommunikation kein ausreichender Grund dafür, die Diplomatie und insbesondere die Entscheidung über Krieg und Frieden der Person an der Spitze der Regierung zu überlassen, ob es sich nun um den Präsidenten der Vereinigten Staaten oder einen europäischen Regierungschef handelt. Die Vorbereitung eines Militäreinsatzes dauert Zeit, und wer argumentiert, die besonderen Gefahren der heutigen Welt und die Notwendigkeit schneller Reaktionen machten es erforderlich, einem Regierungschef die alleinige Befugnis zur Entscheidung über Militärinterventionen zu überlassen, der misst mit zweierlei Mass. In Bezug auf die USA vertritt Fisher die Ansicht, der Geschwindigkeit der Entscheidung werde übermässiges Gewicht beigemessen und dem Urteil des Präsidenten werde zu sehr vertraut. Nicht nur die Bedrohung für die nationale Sicherheit sei gross, sondern es bestehe auch die Gefahr, dass der Präsident die Situation falsch einschätze oder zur Selbstüberschätzung neige – «ein Grund mehr, darauf zu bestehen, dass Entscheidungen für Militäreinsätze vom Kongress gründlich geprüft und genehmigt werden. Anstatt dem Präsidenten grösseren Spielraum zuzugestehen, sollten seine Entscheidungen sorgfältiger überprüft werden.»<sup>18</sup>

## FÜHRUNG UND MACHT

Es heisst, jede politische Karriere ende mit dem Scheitern. Das ist übertrieben, enthält jedoch ein Körnchen Wahrheit. Viele bis dahin erfolgreiche Politikerleben enden mit einer Wahlniederlage, aber in Demokratien ist es normal, dass Regierungen nach einigen Jahren abgewählt werden. Viele Parteiführer entschliessen sich nach einer Wahlniederlage aus freien Stücken zum Rücktritt. Beispielsweise zog sich Alec Douglas-Home zurück, nachdem die Konservative Partei im Jahr 1964 die Parlamentswahl in Grossbritannien verloren hatte. Neil Kinnock tat dasselbe (ohne je ein Regierungsamt innegehabt zu haben), nachdem die Labour Party unter seiner Führung 1987 und 1992 bei den Wahlen unterlegen war. Gordon Brown trat zurück, nachdem seine Labour Party 2010 deutlich weniger Stimmen erhalten hatte als die Tories.

Mit einer anderen Qualität des Scheiterns haben wir es zu tun, wenn ein Regierungschef von seiner eigenen Partei zum Rücktritt gezwungen wird. Dieses Schicksal droht insbesondere übermässig dominanten politischen Führern, die versuchen, die Macht in ihren Händen zu bündeln, und ihre Kollegen hochmütig behandeln. In Grossbritannien mussten die Premierminister David Lloyd George, Neville Chamberlain, Margaret Thatcher und Tony Blair das Amt (in ihren Augen vorzeitig) aufgeben, weil sie nicht mehr in der Lage waren, in ihrer eigenen Parlamentsfraktion ausreichende Unterstützung zu mobilisieren.

Es gibt jedoch die verbreitete Annahme, es sei vorteilhaft, in einer Demokratie grössere Macht in die Hände einer einzelnen Person an der Spitze der Regierung zu legen.<sup>19</sup> Diese Vorstellung widerspricht der Tatsache, dass sowohl das Land als auch solche Politiker am Ende einen hohen Preis für diese Machtkonzentration bezahlen (mit den Belegen dafür befassen wir uns in den Kapiteln 2 und 7). Ich will keineswegs bestreiten, dass manche Personen – und in einer Demokratie nicht nur das nominelle Regierungsoberhaupt – in der politi-

schen Realität sehr viel bewirken können, sei es zum Guten oder zum Schlechten. Selbst eine Führungsfigur, die schliesslich von ihren eigenen Parteikollegen in die Wüste geschickt wird, kann in ihrer Amtszeit grossen Einfluss auf die Politik und auf die Entwicklung ihres Landes nehmen. Margaret Thatchers Amtszeit als Premierministerin 1979 bis 1990 ist ein gutes Beispiel dafür. Thatcher gehört zu jener Minderheit von Parteiführern und Regierungschefs in Demokratien, welche die Bedingungen der politischen Debatte radikal neu definierten, aber deren Führungsstil am Ende dennoch zu Hybris und zu ihrem Sturz führte.

Das Wissen um die Tatsache, dass manche politische Führer grosse Bedeutung haben, bedeutet also nicht notwendigerweise, dass man ein auf dem Wirken «grosser Männer» oder «grosser Frauen» beruhendes Geschichtsbild akzeptieren muss. Unter den Ökonomen und Wirtschaftshistorikern finden sich viele, die das entgegengesetzte Extrem vertreten und die Vorstellung verfechten, die Geschichte werde ausschliesslich von unpersönlichen Kräften vorangetrieben. Natürlich wäre es kurzichtig, die Bedeutung grundlegender Verschiebungen der Art und Weise, wie die Menschen ihren Lebensunterhalt bestreiten, des technologischen Wandels oder der internationalen Wirtschaftskrisen, die in den letzten Jahren die Politiker (und die meisten Ökonomen) überraschten, zu bestreiten. Die Politiker stehen der Globalisierung vergleichsweise hilflos gegenüber und müssen mit ansehen, wie Industrien in andere Länder und auf andere Kontinente abwandern und hochentwickelte Volkswirtschaften zu umfassenden Strukturanpassungen gezwungen werden. Es wäre jedoch absurd zu behaupten, Regierungen oder internationale Organisationen könnten keinerlei Einfluss auf den Umgang mit dem technologischen Wandel oder Turbulenzen auf den Finanzmärkten nehmen. Um diese Phänomene zu bewältigen, bedarf es der Führung – allerdings muss es eine kollegiale und kollektive Führung sein. Doch in wirtschaftlichen Krisenzeiten erwacht oft nur der Mythos des starken Führers zu neuem

Leben – der Glaube, eine starke und nach Möglichkeit charismatische Figur könne die Antwort auf gravierende Probleme geben. Die Herrschaft Benito Mussolinis in der Zwischenkriegszeit in Italien, insbesondere aber die plötzliche Zunahme der Popularität Adolf Hitlers in der Wahl von 1930 während der Weltwirtschaftskrise sowie sein anschließender Aufstieg zur Macht liefern bedrückende Anschauungsbeispiele für diese Neigung.<sup>20</sup>

Die meisten politischen Führer, mit denen ich mich in diesem Buch beschäftige, bekleideten Regierungsämter. Wenn Politiker als «starke Führer» bezeichnet werden, ist normalerweise ein Parteiführer oder Regierungschef gemeint. Es wird das Bild eines Regierungsoberhauptes gezeichnet, das von Beratern umgeben ist, die es mit Informationen versorgen und ihm Vorschläge machen, sich letzten Endes jedoch seinem Urteil unterwerfen. Aber zu viel Ehrerbietung führt zu schlechter Politik. Ein Regierungschef braucht Kollegen von politischem Gewicht, die ihre Positionen verteidigen und nicht davor zurückschrecken, eine andere Meinung als die Person zu äussern, die formell oder informell den Vorsitz bei ihren Beratungen innehat. Das dürfte kaum einmal zur Folge haben, dass ein Regierungschef von seinem Kabinett oder Schattenkabinett offen überstimmt wird, denn ein demokratischer Führer, der bemerkt, dass seine Kollegen von einer Massnahme nicht überzeugt sind, wird im Normalfall die richtigen Schlüsse daraus ziehen. Nur politische Führer mit autokratischen Neigungen, die fest von der Überlegenheit ihres eigenen Urteils überzeugt sind, werden versuchen, eine Massnahme gegen den Willen der Mehrheit ihrer Kollegen durchzusetzen. Doch da Regierungschefs normalerweise einen gewissen Spielraum in der Frage haben, welche Kabinettsmitglieder befördert oder zurückgestuft werden, können sie sich häufig auf das Wohlverhalten der zahlreichen Minister verlassen, die sich einen Vorteil davon versprechen, den Wünschen des Kabinettschefs zu entsprechen. Diesem zweifellos wirksamen Machtin-

strument sind jedoch Grenzen gesetzt. Ein Regierungschef, der das Vertrauen mehrerer hochrangiger Kollegen verliert, kann in einer demokratischen Partei kaum überleben.

Ob eine Regierung rechenschaftspflichtig oder despotisch, anständig oder korrupt, effektiv oder wirkungslos ist, wirkt sich nachhaltig auf das Leben und Wohlergehen der Bürger eines Landes aus. Daher sollten wir genau darauf achten, wie sich die Politiker an der Spitze einer Regierung verhalten und inwiefern sie für ihre Politik und ihren Führungsstil zur Rechenschaft gezogen werden. Institutionelle Macht verstärkt die potentielle Wirkung eines Führers erheblich. Wir sollten jedoch im Auge behalten, dass Führung in ihrer reinsten Form nicht gleichbedeutend damit ist, an den Schalthebeln der Macht zu sitzen. Die authentischste politische Führung finden wir dort, wo zahlreiche Menschen von jemandem inspiriert werden, der weder Macht noch mächtige Schutzherren, sondern eine Botschaft hat, die diese Menschen anspricht. Diese Art von Führung kann von einer neuen oder aufstrebenden politischen Partei, einer Gruppe oder einer Person ausgeübt werden. Welche Wirkung eine solche politische Führung entfaltet, hängt davon ab, inwieweit andere bereit sind, die Botschaft anzunehmen und sich einer Bewegung anzuschließen. Mahatma Gandhi, der Kopf des indischen Unabhängigkeitskampfes, und Martin Luther King, der Führer der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, sind herausragende Beispiele für eine solche Führung im 20. Jahrhundert. Beide wählten den Weg der Gewaltlosigkeit (King wurde von Gandhi beeinflusst) und zeigten der Welt, dass der Verzicht auf Gewalt nicht mit einem Verzicht auf Widerstand zu verwechseln ist.

Im 21. Jahrhundert haben wir bisher kein bemerkenswerteres Beispiel für Führung – oder Mut – gesehen als das von Malala Yousafzai, einem Mädchen aus dem pakistanischen Swat-Tal, die durch ihren Einsatz für das Recht von Mädchen auf Schulbildung weltberühmt wurde. Malala Yousafzai startete im Alter von elf Jahren eine Kampagne und beschrieb in einem Blog des Urdu-Angebots der BBC, wie

sie darum kämpfte, entgegen des Obskurantismus der radikalislamischen Taliban und deren Ablehnung jeglicher Bildung für Frauen am Unterricht teilzunehmen. Im Oktober 2012 erlitt sie bei einem Mordanschlag der Taliban einen Kopfschuss. Das Attentat sollte nicht nur dem medialen Wirken der fünfzehnjährigen Malala ein Ende machen, sondern auch andere Mädchen vom Schulbesuch abschrecken. Mit mehreren Operationen in Pakistan und später in Grossbritannien retteten die Ärzte ihr Leben. Malala war die jüngste Person, die jemals für den Friedensnobelpreis nominiert wurde.<sup>21</sup> Am 12. Juli 2013 hielt sie an ihrem sechzehnten Geburtstag eine Rede vor den Vereinten Nationen in New York.<sup>22</sup> Zu diesem Zeitpunkt hatten mehr als vier Millionen Menschen eine Petition zur Unterstützung von Malala unterzeichnet, welche fordert, den 75 Millionen Kindern in aller Welt (grossteils Mädchen), die keine Möglichkeit zum Schulbesuch haben, eine Ausbildung zu gewähren.<sup>23</sup> Diese Form der Führung ist, wie erwähnt, eine reinere als jene, die von Regierungschefs ausgeübt wird, die Posten und Gefälligkeiten zu vergeben haben.

Es liegt auf der Hand, dass politische Führung nicht allein deshalb einen moralischen Wert hat, weil sie Menschen bekehrt. Die Art von Führerschaft, die Benito Mussolini nach dem Ersten Weltkrieg und Adolf Hitler von den frühen zwanziger Jahren bis Anfang der dreissiger Jahre verkörperten, zog zahlreiche Unterstützer an. In diesen Jahren konnten die beiden Männer noch keine staatlichen Machtmittel einsetzen, weshalb es sich um eine reinere Form von Führung handelte, obwohl sie in den Augen der Nachwelt moralisch zu verurteilen ist. Mussolini und Hitler zählen zu jenen, die aufgrund ihrer Eindringlichkeit als Redner und ihrer Fähigkeit, spontane Zustimmung zu wecken, aus nachvollziehbaren Gründen weithin als charismatische Führer betrachtet werden. Auch gingen sie von einer Art Führung zu einer anderen über: von einer Führung, die andere dazu inspirierte, ihnen aus freien Stücken zu folgen, zu einer Führung, die sich auf staatliche Zwangsmittel stützte.



Es gibt zahlreiche weitere Beispiele für Personen, die sich zunächst auf die Überzeugungskraft ihrer Argumente und die Ausstrahlung ihrer persönlichen Vorbildfunktion verlassen mussten und später eine auf die Staatsgewalt gestützte Führungsposition einnahmen. Nelson Mandelas Lebensweg führte den Kämpfer gegen die Herrschaft der weissen Minderheit in Südafrika, der wegen seines Widerstands gegen das Apartheidregime kaum vorstellbare 27 Jahre im Gefängnis verbringen musste, schliesslich in den Präsidentenpalast; sein Lebenslauf gehört zu den inspirierenden Beispielen für herausragende Führung im 20. Jahrhundert. Lech Wałęsas Aufstieg vom Streikführer in der Danziger Werft zum Vorsitzenden der grossen unabhängigen Gewerkschaft Solidarnosc im kommunistischen Polen und schliesslich zum Staatspräsidenten seines Landes nach dem Zusammenbruch des Kommunismus ist ein weiteres bemerkenswertes Beispiel für eine spontane politische Führungsrolle, die im Lauf der Zeit ins höchste staatliche Amt mit seiner formalen Autorität mündete.

## **Die Auswahl politischer Führer in Demokratien**

Viele Regierungschefs locken jedoch keine grosse Anhängerschaft an, bevor sie die Führung einer Partei und anschliessend die einer Regierung übernehmen – manche geniessen vor ihrem Aufstieg, von ihrer unmittelbaren Gefolgschaft abgesehen, praktisch keine Unterstützung. Sie werden aus sehr unterschiedlichen Gründen und auf verschiedene Art und Weise ausgewählt. In nichtdemokratischen Regimen erheben sie sich oft selbst ins höchste Amt, zum Beispiel durch einen Militärputsch. In parlamentarischen Demokratien – das galt vor kurzer Zeit auch für Australien – kann die Kandidatenkür auf einen Kreis von Stimmberechtigten beschränkt sein, dem nur die Parlamentsmitglieder der Partei angehören. Oder die Wahl obliegt einer

grösseren Gruppe, zum Beispiel sämtlichen Parteimitgliedern. Dabei können die Stimmen der Parlamentsabgeordneten sehr viel grösseres Gewicht haben als die der gewöhnlichen Parteimitglieder, da die Parlamentarier normalerweise die verschiedenen Kandidaten genauer kennen. So wird beispielsweise in Grossbritannien verfahren. Die siegreichen Kandidaten sollten jedoch nicht glauben, ihre Kollegen und die Parteimitglieder hätten sie aufgrund ihrer herausragenden Qualitäten ausgesucht, um ihnen die alleinige Verantwortung für wichtige Entscheidungen zu übertragen. Aber in Anbetracht dessen, wie manche Parteichefs, einige ihrer Kollegen und die Massenmedien den politischen Prozess darstellen, könnte man den Eindruck gewinnen, als wäre genau dies die Annahme.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sollte man besser nicht davon ausgehen, ein Parteiführer oder Regierungschef sei ausgewählt worden, weil er bereits ein bemerkenswertes Führungstalent nachgewiesen habe, dass ihm andere Menschen unbedingt folgen wollen. In einer Partei, in der ein Richtungsstreit tobt, kann die Wahl auf eine Person fallen, der zugetraut wird, die zerstrittenen Parteiflügel zu einen, oder aber auf eine, die als Repräsentant der Mehrheitsmeinung gilt. Oft setzt sich der Kandidat durch, der als besonders beredter und überzeugender Verfechter der Parteilinie gilt. Manchmal, wenn auch keineswegs immer, entscheiden sich die Parteimitglieder für jemanden, dessen Umfragewerte besonders hoch sind. Ein Kandidat kann auch deshalb ausgewählt werden, weil in der Partei der Eindruck vorherrscht, dass er einen inklusiven politischen Stil pflegt und sich darauf versteht, Koalitionen zu schmieden, sei es innerhalb der eigenen Partei (ernstzunehmende Parteien sind nie homogen) oder im Parlament. Wenn wir die Beispiele zweier bemerkenswerter politischer Führerinnen heranziehen, so weist die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel fraglos die zweite Eigenschaft auf, während das für die ehemalige britische Premierministerin Margaret Thatcher keineswegs gilt. Die Fähigkeit, sich im Parlament zu behaupten, ist in einem parlamentarischen System ein wichtiger Vorzug eines Kandidaten für ei-

ne Führungsposition. Ein solcher Kandidat stärkt die Moral seiner Parlamentsfraktion und macht über die Medien einen positiven Eindruck auf die Wählerschaft. Im vergangenen halben Jahrhundert hat ein gutes Auftreten im Fernsehen in allen Demokratien an Relevanz gewonnen. Aber nichts von alledem bedeutet, dass solche Politiker charismatisch sind oder sein müssen.

Die meisten Regierungschefs in parlamentarischen Systemen haben zuvor Ministerien geleitet, weshalb sie auf nationaler Ebene gesammelte Regierungserfahrung mitbringen. Tony Blair im Jahr 1997 und David Cameron im Jahr 2010 waren zwei britische Ausnahmen von dieser Regel. Dass sie keine Kabinetts Erfahrung besaßen, lag daran, dass sie relativ jung waren und dass ihre Partei lange Zeit keine Regierung gestellt hatte. Amerikanische Präsidenten werden sehr viel häufiger mit dem höchsten Regierungsamt betraut, ohne zuvor in der Bundesregierung gearbeitet zu haben. Im Senat sammelt ein Politiker nur sehr begrenzte Erfahrung mit der Koordinierung politischer Massnahmen und lernt nichts über die Lenkung einer riesigen Bürokratie. Ein Gouverneursamt in einem der Bundesstaaten ist eine unzureichende Vorbereitung auf die aussenpolitische Rolle, die von einem amerikanischen Präsidenten erwartet wird. Allerdings wird die Führungstauglichkeit von Präsidentschaftskandidaten im Wahlkampf getestet. Ihre Fähigkeit, Botschaften wirksam zu vermitteln und die Bürger emotional anzusprechen, wird zunächst in den langwierigen Vorwahlen und anschliessend im Präsidentschaftswahlkampf auf die Probe gestellt. Der gesamte Prozess dauert, verglichen mit anderen Ländern, extrem lang. Die Kandidaten müssen viele Monate kreuz und quer durch das Land reisen, und ein Wahlkampf kostet sehr viel mehr Geld als in jeder anderen Demokratie, was viele potentielle Kandidaten trotz guter Eignung abschreckt. Es besteht die Gefahr, dass grosser persönlicher Reichtum sowie gute Verbindungen zu freigebigen Grossunternehmen und reichen Einzelspendern zur Voraussetzung für eine ernstzunehmende Kandidatur werden, wodurch dem

Land politische Führer vorenthalten werden können, die keinem privilegierten Zirkel angehören.

Allerdings kamen die beiden letzten demokratischen Präsidenten, Bill Clinton und Barack Obama, nicht aus privilegierten Familien. Beide besuchten Eliteuniversitäten, was sie jedoch ihren Fähigkeiten und Leistungen verdanken: Das Studium wurde ihnen durch Stipendien und Studienkredite ermöglicht. Als sie sich um die Nominierung durch ihre Partei bemühten und den Präsidentschaftswahlkampf führten, mussten sie bei Spendern grosse Geldbeträge einsammeln. Insbesondere Obama schaffte es, zahlreiche kleine und mittelständische Spender für sich zu gewinnen, zu denen sich reiche Personen mit einer progressiven politischen Einstellung gesellten. Das verringerte Obamas Abhängigkeit von wirtschaftlichen Interessengruppen. Der langwierige und mühsame Kampf um die Nominierung der eigenen Partei und dann um die Präsidentschaft schult ebenfalls die Führungsqualitäten der Kandidaten. Obama drückte es in einem Interview während seiner ersten Amtszeit so aus:

Ich möchte aber darauf hinweisen, dass zwei Jahre Wahlkampf, in denen man öfter unter ziemlichem Druck steht, einen irgendwie doch auf die Zwangssituationen im Amt vorbereiten. Denn man gewöhnt sich daran, einen Drahtseilakt zu vollführen und ständig beobachtet zu werden, und man gewöhnt sich auch daran, dass viele Leute irgendwie von einem abhängen. Nur jetzt in etwas höherem Masse. Jetzt geht es nicht mehr um Parteipolitik, sondern ums Regieren, und das hat natürlich grösseres Gewicht. Aber [...] es gab nicht einen Moment, wo ich mich plötzlich gefragt [hätte]: Mensch, worauf habe ich mich denn da eingelassen?<sup>24</sup>



Allzu oft wird Führung auf eine Dichotomie reduziert, wobei es viele Varianten des Gegensatzpaars gibt.<sup>25</sup> «Charismatische Führungspersönlichkeiten» werden «blossen Verwaltern des Amts» gegenüberge-

stellt, «Bürokraten» werden an «Neuerern» gemessen, «wirkliche Führer» werden mit «blossenen Managern» verglichen, und «transformative» Führer werden «transaktionalen» gegenübergestellt.<sup>26</sup> Sodann gibt es «grosse politische Führer» und «gewöhnliche Führer», es gibt «gute» oder «schlechte» und natürlich «starke» und «schwache» Führer. Eine derart kategorische Unterscheidung führt zwangsläufig zu einer unangemessenen Vereinfachung. In diesem Buch konzentriere ich mich insbesondere auf die inadäquate Stark-schwach-Dichotomie und untersuche, wie gefährlich der Glaube ist, wir sollten Stärke und ein dominantes Verhalten zu Kriterien für die Auswahl politischer Führer machen. Es gibt viele verschiedene Formen effektiver politischer Führung, so wie es auch unterschiedliche Wege zum politischen Scheitern gibt. Politiker, die in der Überzeugung handeln, sie allein kennen die beste Lösung für alle Probleme, haben zahlreiche furchtbare Irrtümer begangen.

Ich konzentriere mich in diesem Buch auf Kategorien der Führung und Machtausübung, die sich besonders nachhaltig auf das Leben der Menschen ausgewirkt haben. Dies sind die neudefinierende, die transformative, die revolutionäre, die autoritäre und die totalitäre Führung. Aber damit ist keineswegs das gesamte Spektrum abgedeckt. Es gibt bemerkenswerte politische Führer, die nie ein Regierungsamt innehatten. Und es gibt Politiker, die in der Lage sind, eine Regierung effektiv zu führen, ohne radikale Veränderungen herbeizuführen (mit einigen Beispielen werden wir uns im folgenden Kapitel beschäftigen). Und wie wir noch im Detail sehen werden, sind die bedeutsamsten Leistungen einer Regierung manchmal weniger der Person an der Spitze als anderen Mitgliedern des Kabinetts zu verdanken. Von den Figuren an der Spitze der Hierarchie wird zu viel erwartet, und ihnen wird zu viel zugeschrieben. Das gilt insbesondere für Demokratien, die den Handlungsspielraum der Person an der Spitze der Regierung mit gutem Grund erheblich einschränken, was nichts daran ändert, dass eine übermässige Fixierung auf diese Person heute bedauerli-

cherweise sehr verbreitet ist. Die politische Führung hat zahlreiche Facetten. Sie muss in verschiedenen Kontexten und unter unterschiedlichen Gesichtspunkten betrachtet werden. Damit werden wir im folgenden Kapitel beginnen.

# 1 FÜHRUNG IM KONTEXT

Einige der in der Einleitung genannten wünschenswerten Eigenschaften einer modernen Führungspersönlichkeit haben sich zu allen Zeiten bewährt, darunter Intelligenz, ein gutes Gedächtnis, Mut, Flexibilität und Beharrungsvermögen. Aber wenn wir die Führung wirklich verstehen wollen, müssen wir sie im Kontext betrachten. In diesem Kapitel werden wir uns vier verschiedene, aber zusammenhängende Bezugsrahmen für die Beurteilung der Führung ansehen: den historischen, den kulturellen, den psychologischen und den institutionellen. Führung ist in hohem Mass kontextabhängig, und was in einer Situation angemessen oder machbar ist, kann in einer anderen unangemessen oder unmöglich sein. Führung nimmt im Krieg andere Formen an als in Friedenszeiten, und in Krisensituationen wird ein anderer Führungsstil benötigt als in stabilen Verhältnissen. In einer Demokratie hat ein Regierungschef, dessen Partei im Parlament über eine solide Mehrheit verfügt, sehr viel grösseren Entscheidungsspielraum als einer, der im Parlament nur eine knappe Mehrheit hat oder sogar eine Minderheitsregierung führt. Was gemeinhin als starke Führung gepriesen wird, ist nicht identisch mit guter Führung, und die zweite ist keine abstrakte Eigenschaft, sondern eine unter spezifischen Bedingungen – zu einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort – angemessene Reaktion.

Hinzu kommt, dass die Bedingungen von Ort zu Ort unterschiedlich sind. Das war einigen Denkern des 18. Jahrhunderts vollkommen

bewusst, als sie begannen, sich ernsthaft mit der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft auseinanderzusetzen. Vertreter der Aufklärung in Schottland und Frankreich entwickelten um das Jahr 1750 eine Vier-Stufen-Theorie der Entwicklung, die ihrer Meinung nach wesentlich zu einer Erklärung der Gesetze und Institutionen in jeder einzelnen Phase beitrug.<sup>1</sup> Obwohl ihr Modell zu schematisch war – die menschliche Entwicklung verläuft keineswegs so geradlinig, wie ihre Theorie nahelegte<sup>2</sup>-, gewannen diese Denker wertvolle Einsichten. Ihre Entwicklungstheorie fasste das vorhandene Wissen zusammen und liess Raum für Ausnahmen in allen vier Stadien.<sup>3</sup> Adam Smith, ihr originellster Vertreter, war alles andere als ein dogmatischer Denker; tatsächlich bereitete es ihm Vergnügen, Ausnahmen von den Regeln zu finden, die er selbst aufgestellt hatte.<sup>4\*</sup>

---

\* Auch Smith' Eintreten für politische und wirtschaftliche Freiheit hatte nichts mit einer unkritischen Verteidigung wirtschaftlicher Interessen zu tun. Im Gegenteil, es war Smith, der schrieb: «Geschäftsleute des gleichen Gewerbes kommen selten, selbst zu Festen und zur Zerstreung, zusammen, ohne dass das Gespräch in einer Verschwörung gegen die Öffentlichkeit endet oder irgendein Plan ausgeheckt wird, wie man die Preise erhöhen kann.» (Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen*, 13. Aufl. [München: dtv, 2013], S. 112) Um im 21. Jahrhundert Beispiele für jene Phänomene zu finden, die Smith im Sinn hatte, müssen wir uns lediglich die Welt der Hochfinanz und die innigen Beziehungen ansehen, die über die Gehälter der Topmanager von Finanzinstituten mitentscheiden.



## DIE ENTWICKLUNG DER POLITISCHEN SYSTEME UND DER VORSTELLUNGEN VON DER FÜHRUNG

Die Denker der Aufklärung interessierten sich für den «Fortschritt der Regierung» und versuchten unter anderem, sowohl das Auftauchen von Stammesfürsten und Monarchen als auch das Wesen von Führung und Gefolgschaft zu berücksichtigen. Zwar versuchten sie, die Geschichte in Schablonen zu pressen, aber sie griffen auf eine Vielzahl von Quellen zurück, vom Alten Testament über die antike griechische und römische Literatur (insbesondere den römischen Historiker Tacitus) bis hin zu Reiseberichten, in denen die Gesellschaften von Jägern und Sammlern geschildert wurden. Besondere Aufmerksamkeit wurde den indigenen Völkern Amerikas zuteil. Einige Autoren des 18. Jahrhunderts gelangten zu der Überzeugung, dass primitive Gesellschaften die Führungsposition zumeist dem stärksten oder grössten Mann in der Gemeinschaft übertrugen. Und bei aufstrebenden Führungsfiguren ist bei ansonsten gleichen Voraussetzungen (was eine entscheidende Einschränkung darstellt) eine überdurchschnittliche Körpergrösse noch immer von Vorteil.\*

---

\* Der letzte amerikanische Präsident von unterdurchschnittlicher Körpergrösse war William McKinley am Ende des 19. Jahrhunderts (vgl. Tim Harford, «Since you asked», in: Financial Times, 11. Mai 2013). Seit damals hat sich in amerikanischen Präsidentschaftswahlen in rund 60 Prozent der Fälle der grösere der beiden Kandidaten durchgesetzt. Dass der siegreiche Kandidat in den letzten 110 Jahren durchweg grösser gewesen ist als der durchschnittliche amerikanische Mann, hat vermutlich mindestens so viel damit zu tun, dass die meisten Präsidenten (sieht man von einigen bemerkenswerten Ausnahmen ab) aus relativ privilegierten Familien stammten. Sofern die Verallgemeinerung, dass die Körpergrösse eine Rolle spielt, überhaupt zutrifft, bezieht sie sich auf Führungspersonlichkeiten, die von einer grösseren Gruppe – einem Stamm, einer

Im ersten Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung – dem der Subsistenz, als die Menschen jagten und von den «spontanen Früchten der Erde» lebten – gab es kaum etwas, was die Bezeichnung «Regierung» verdient gehabt hätte, wie Adam Smith feststellt:<sup>5</sup> «Im Zeitalter der Jäger konnte es kaum irgendeine Form von Regierung geben, aber sofern es Ansätze dazu gab, waren sie demokratischer Natur.» Smith erkannte, dass Führung nicht dasselbe ist wie Macht. In so unterschiedlichen Gruppen wie Jäger- und Sammlergemeinschaften auf der einen und einem Club oder einer Versammlung im Grossbritannien des 18. Jahrhunderts hatten einige Menschen grösseren Einfluss als andere, doch verdankten sie ihren Vorrang «überlegenem Wissen, besonderem Mut und ähnlichen Vorzügen», und die anderen Mitglieder der Gruppe entschieden, ob sie sich von ihnen führen lassen wollten oder nicht. Führung im Unterschied zu Machtausübung war also dort zu beobachten, wo alle Mitglieder einer Gruppe «gleichberechtigt» waren, wobei es «im Allgemeinen eine Person gab, deren Rat eher befolgt wurde» als der anderer.<sup>6</sup> Das ist Führung in ihrer reinsten Form: Der Führer wird hier als eine Person definiert, von der sich andere Menschen führen lassen wollen.

Eine Regierung wurde erforderlich, weil das Eigentum geschützt werden musste.<sup>7</sup> Im zweiten Stadium der Entwicklung- der Hirtengesellschaft – begannen die Menschen, Eigentum in Form von Tieren zu erwerben. Im dritten Stadium wurden sie zu Landwirten: Sie begannen, den Boden zu bestellen, und verwandelten sich Schritt für Schritt in Eigentümer, die Besitz in Form von Land erwarben.<sup>8</sup> Das

---

politischen Partei oder einem Wahlvolk – ausgewählt werden. Bei den am häufigsten genannten Beispielen für kleinwüchsige politische Führer handelt es sich durchweg um autoritäre Herrscher, deren Erfolg kein Widerspruch zu der These ist, dass körperliche Grösse bei Wahlen ein Vorteil ist. Berühmte Beispiele für kleine Führer sind Napoleon Bonaparte, Josef Stalin und Deng Xiaoping sowie Erbmonarchen wie Königin Elisabeth I. und Königin Viktoria.

vierte Entwicklungsstadium bezeichnete Smith als Stadium des Handels: Die Menschen begannen, Güter auszutauschen. (Smith verwendete nie den Begriff «Kapitalismus», der erst Mitte des 19. Jahrhunderts geprägt wurde.) Der französische Adlige und Staatsmann Anne Robert Jacques Turgot, ein jüngerer Zeitgenosse von Smith, entwickelte eine ähnliche Theorie der Entwicklungsstufen und erklärte, dass bei Streitigkeiten «ein Mann von überlegener Kraft, grösserem Mut oder besonderer Besonnenheit vortrat und die Menschen, die er verteidigte, zunächst überzeugte und dann zwang, ihm Gehorsam zu leisten».<sup>9</sup>

David Hume erklärte, nichts sei «erstaunlicher bei der philosophischen Betrachtung menschlicher Angelegenheiten als die Leichtigkeit, mit der die Vielen von Wenigen regiert werden».<sup>10</sup> Er hielt es für wahrscheinlich, dass «die Vorherrschaft eines Mannes über viele während eines Krieges» begann, «wo sich Überlegenheit in Mut und Klugheit besonders deutlich zeigt, wo Eintracht und Geschlossenheit am nötigsten sind und wo die schädlichen Folgen der Unordnung am deutlichsten empfunden werden».<sup>11</sup> Und wenn «der Anführer ebensoviel Gerechtigkeitssinn wie Klugheit und Tapferkeit besass, wurde er auch in Friedenszeiten zum Schlichter aller Streitigkeiten und konnte so schrittweise und durch eine Mischung aus Zwang und Zustimmung seine Autorität etablieren».<sup>12</sup>

Adam Smith beschäftigte sich noch eingehender mit der Frage, wie einzelne Menschen eine Vorrangstellung gegenüber anderen erlangten und wie sich Führung und Macht parallel zur wachsenden Differenzierung der sozialen Ränge entwickelten. In *The Wealth of Nations* beschrieb er vier Quellen von Autorität und Unterordnung. Anfangs waren persönliche Fähigkeiten wie Stärke und Gewandtheit wichtig. Aber: «Körperliche Fähigkeiten können auf jeder Entwicklungsstufe lediglich geringe Autorität verleihen, wenn sie nicht durch geistige ergänzt werden».<sup>13</sup> Die zweite Quelle der Autorität war das Alter: «In Jägerstämmen, wie den Eingeborenen Nordamerikas, begründet einzig und allein das Alter Stellung und Vorrang.»<sup>14</sup> Doch

spielte das Alter in seinen Augen auch in «den reichsten und zivilisiertesten Völkern» eine wichtige Rolle, bestimmte es doch die Rangordnung «unter jenen, die sonst in jeder Hinsicht einander gleich sind», weshalb zum Beispiel ein Titel immer auf das älteste (oder älteste männliche) Mitglied einer Familie übergang. Die dritte Quelle der Autorität war «Überlegenheit aufgrund des Vermögens».

Reichtum war in jedem Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung ein Vorteil für einen Führer, aber besondere Bedeutung erlangte er in der zweiten Entwicklungsphase – der ersten, die eine grössere Ungleichheit ermöglichte.<sup>15</sup> So erlangte ein Stammesoberhaupt bei den Tartaren, der tausend Männer «aus dem Zuwachs seiner Vieh- und Schafherden unterhält, die Herrschaft über diese Männer, die sich im Krieg seinen Befehlen und in Friedenszeiten seinem Richteranspruch unterwerfen mussten, weil sie für ihren Unterhalt auf ihn angewiesen waren».<sup>16</sup> Auf der Entwicklungsstufe der Handelsgesellschaft konnte ein Mann trotz eines sehr viel grösseren Vermögens unter Umständen nur ein Dutzend Menschen führen, da abgesehen von seinem Haushalt samt Dienerschaft niemand auf seine materielle Unterstützung angewiesen war. Aber, wie Smith beobachtet, «ist das Ansehen aufgrund von Vermögen selbst in solchen Völkern recht gross».<sup>17</sup> Auf jeder Entwicklungsstufe, auf der das Vermögen ungleich verteilt war, hatte es noch grösseres Gewicht als die persönlichen Fähigkeiten oder das Alter.<sup>18</sup> Die vierte Quelle der Autorität, die sich folgerichtig aus der Differenzierung des Reichtums ergab, war die «Überlegenheit durch Geburt».<sup>19</sup> Damit meint Smith jedoch nicht «alte Familien», ein Konzept, über das er sich lustig macht:

Alle Familien sind im Grunde gleich alt, und die Vorfahren eines Fürsten, selbst wenn sie besser bekannt sein mögen, können kaum zahlreicher sein als die eines Bettlers. Hohes Alter der Familie meint demnach überall hohes Alter des Reichtums oder des beträchtlichen Ansehens, das üblicherweise auf Wohlstand beruht oder mit ihm einhergeht.<sup>20</sup>

Smith hält wenig davon, umfassende Machtbefugnisse in die Hände eines einzelnen Menschen zu legen, und erklärt, die scheinbare Stabilität, die eine absolute Monarchie gewährleiste, sei eine Illusion. Verderbtes und unvernünftiges Verhalten eines Herrschers gebe dem Volk das Recht, ihn zu stürzen, und eine einzelne Person neige eher zu einem solchen Verhalten als eine kollektive Regierung: «Die einzelne Person ist sehr viel anfälliger für ein derart abwegiges Verhalten als grosse Versammlungen, weshalb Revolutionen in absoluten Monarchien sehr viel häufiger sind als sonst irgendwo.»<sup>21</sup> Die Türken, erklärt Smith, hätten «selten länger als sechs oder acht Jahre denselben Sultan (obwohl sie immer noch dieselbe absolute Regierung haben)».<sup>22</sup> In einer Vorlesung an der Universität Glasgow fügte Smith im März 1763 hinzu: «Es hat in Russland in den letzten Jahren mehr Revolutionen gegeben als im ganzen übrigen Europa. Die Verrücktheit einzelner Männer erzürnt oft das Volk und gibt ihm das Recht zur Rebellion.»<sup>23</sup>

Die Person, die in einer primitiven Gesellschaft zum Herrscher aufsteigt – oder zum «Fürsten eines einfachen Stamms» wird, wie es John Millar (ein Schüler von Smith) ausdrückte – erlangt diese Position zunächst, indem sie sich zum Befehlshaber der Krieger dieser Gemeinschaft aufschwingt. Die Mitglieder der Gemeinschaft binden sich an diese Person und stellen sich in ihren Dienst.<sup>24</sup> Millar, der die Vier-Stufen-Theorie als Analyserahmen übernahm und weiterentwickelte, schloss sich dem Argument von Smith an, dass die Differenzierung des Reichtums bereits im zweiten Stadium stattfand, «wenn die Menschen erst einmal auf die Zähmung und Haltung von Weidevieh als einem Mittel zur Verbesserung ihrer Lebenslage gekommen» waren,<sup>25</sup> was sich auf die soziale und politische Hierarchie auswirkte:

Die Autorität als Ausfluss des Reichtums ist nicht nur an sich grösser, sondern vor allem in sich gefestigter und von längerer Dauer als die Gewalt, die sich einzig auf persönliche Leistungen stützen kann. Aussergewöhnliche Gaben des Geistes und des Körpers ha-

ben nur zu Lebzeiten der Person eine unmittelbare Wirkung. Nur selten vererben sie sich über längere Zeit hinaus innerhalb des gleichen Geschlechts. Das Vermögen eines Menschen aber überträgt sich gewöhnlich auf seine Nachkommen, und damit übertragen sich auch alle seine Machtmittel, mit denen menschliche Abhängigkeiten geschaffen werden. So behält der Sohn mit dem vom Vater ererbten Vermögen die Möglichkeiten in der Hand, sich in der gleichen Rangstufe zu behaupten. Zugleich verfügt er auch über den gesamten Einfluss, den sich schon der frühere Besitzer verschaffen konnte und der sich überdies durch die Macht der Gewohnheit von Tag zu Tag steigert und von Generation zu Generation weitergetragen und immer bedeutender wird.<sup>26</sup>

Das galt insbesondere für die Stammesoberhäupter. Wurde ein Mann wohlhabender, so konnte er seine Führungsposition festigen und in vielen Fällen erblich machen. Da er vermögender als andere war, verfügte er über grössere Machtmittel «zu Schutz und Belohnung seiner Freunde» und «zur Bestrafung oder Zügelung derer, die seinen Zorn oder Unwillen auf sich gezogen» hatten.<sup>27</sup> Nun hatten andere Menschen Grund, sich um seine Gunst zu bemühen und ihm Gefolgschaft zu leisten, wodurch er ein «bedeutender Fürst oder König» wurde.<sup>28</sup>

Die normalerweise erbliche Monarchie wurde unter Verwendung verschiedener Titel – König, Zar, Kaiser, Khan, Sultan, Pharao, Scheich und so weiter – auf allen Kontinenten zum archetypischen Modus politischer Führung und sollte über Jahrtausende Bestand haben.<sup>29</sup> Die Monarchen unterschieden sich erheblich voneinander, was das Mass an Despotismus, Willkür, Respekt vor dem Gesetz und Bereitschaft zur Teilung der Macht anbelangte.<sup>30</sup> Bevor Napoleon Bonaparte in Frankreich an die Macht kam, nahmen die Monarchen in Europa (mit der Ausnahme Grossbritanniens) für sich in Anspruch, dass ihre Herrschaft «gottgegeben» sei. Aber wie S. E. Finer be-

merkte: «Nach Napoleons Machtergreifung war diese altehrwürdige politische Formel auf dem Rückzug. Nun hatte es den Anschein, als könnten Tom, Dick oder Harry vortreten und den Staat an sich reißen, sofern sie sich ausreichend bemühten, den Anschein zu erwecken, dass sie es auf Wunsch des Volkes taten.»<sup>31</sup>

## Der britische «Exzeptionalismus»

Vor dem 19. Jahrhundert waren Einschränkungen der monarchischen Macht und umfassende Bürgerrechte relativ selten. Die auffälligste Ausnahme war England – und später Grossbritannien –, das klassische Beispiel für eine graduelle Transformation eines erblichen absoluten Herrschaftsanspruchs zu einer in ihrer Macht beschränkten Monarchie, die im 20. Jahrhundert schliesslich auf eine symbolische Autorität reduziert wurde. Die Entwicklung dieses Systems ist als «Demokratie auf Raten» bezeichnet worden, obwohl jene, die in den einzelnen Stadien Zugeständnisse machten, kaum jemals eine vollwertige Demokratie als Endergebnis im Sinn hatten. In den meisten Fällen – so zum Beispiel bei der Verabschiedung der Gesetze, die das Wahlrecht im 19. Jahrhundert auf eine grössere Zahl britischer Bürger ausweiteten – waren sie überzeugt, über den jüngsten Reformschritt könne man nicht mehr hinausgehen, ohne Freiheit und Rechtsstaatlichkeit aufs Spiel zu setzen.<sup>32</sup> Dennoch wurde die Macht der Monarchen in Grossbritannien über mehrere Jahrhunderte hinweg Schritt für Schritt eingeschränkt, während das Parlament an Einfluss gewann und die Politiker zunehmend Rechenschaft gegenüber einer wachsenden Wählerschaft ablegen mussten.

Aber dieser graduelle Übergang war kein reibungsloser und kontinuierlicher Prozess. Insbesondere Mitte des 17. Jahrhunderts wurde er spektakulär unterbrochen. Der englische Bürgerkrieg von 1642 bis 1649 endete mit einem Sieg der parlamentarischen Kräfte über die Anhänger der Monarchie und mit der Enthauptung von Karl I. Zwi-

schen 1649 und 1660 war Grossbritannien eine Republik. Von 1653 bis 1658 regierte Oliver Cromwell, gestützt auf die Parlamentsarmee (die New Model Army), das Land als Lordprotektor. In den Auseinandersetzungen nach Cromwells Tod setzte sich jedoch die stärkste Fraktion in der Armee mit ihrer Forderung nach Rückkehr zur Monarchie (in Person Karls II.) und zum Gradualismus durch. Aber die kurzlebige englische Revolution veränderte die Monarchie. Als James Boswells Vater, Lord Auchinleck, von Samuel Johnson aufgefordert wurde, ihm zu erklären, was der gute Cromwell je Wertvolles geleistet habe, antwortete er: «Er zeigte den Königen, dass sie ein Genick haben.»<sup>33</sup> Im 20. Jahrhundert war der graduelle Übergang zu einer konstitutionellen Monarchie so weit fortgeschritten, dass sich Grossbritannien beinahe in eine «gekrönte Republik» verwandelt hatte.

## **Die amerikanische Verfassung und ihr Vermächtnis**

Die folgenreichsten Brüche mit der Monarchie in der Geschichte der Regierung fanden in der amerikanischen und Französischen Revolution statt. Die Gründerväter der Vereinigten Staaten, die im Jahr 1776 die Unabhängigkeitserklärung unterzeichneten, und die Männer, die im Jahr 1787 in Philadelphia die amerikanische Verfassung entwarfen, waren in zahlreichen Fragen unterschiedlicher Auffassung, aber in einem wesentlichen Punkt waren sie sich einig: Die Regierung der Vereinigten Staaten sollte nicht monarchisch oder aristokratisch, sondern republikanisch sein.<sup>34</sup> Sie gaben sich grosse Mühe, die Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Freiheit jener, welche die Bürgerrechte genossen, in der Verfassung zu verankern. Aber die amerikanische Verfassung war nicht demokratisch und sollte es nach dem Willen der meisten ihrer Autoren auch gar nicht sein. Dieses Grundgesetz verbot die Sklaverei nicht und enthielt mehr als der Hälfte der



Bevölkerung – den Frauen, den Afroamerikanern und den amerikanischen Ureinwohnern – das Wahlrecht vor.

Die amerikanische Verfassung diente ausserdem dazu, die Präsidentschaft sowohl gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit als auch gegen den Einfluss des Kongresses abzuschirmen.<sup>35</sup> Nicht die Verfassung, sondern die wachsende Unterstützung für eine Ausweitung der Demokratie in der amerikanischen Bevölkerung bewirkte, dass das Wahlmännerkollegium, das den Präsidenten indirekt wählen sollte, de facto durch eine Volkswahl ersetzt wurde, die allerdings nicht vollkommen demokratisch war. Robert A. Dahl stellte fest:

Das Wahlkollegium wies weiterhin Merkmale auf, die offen gegen demokratische Grundprinzipien versties: Bürger verschiedener Staaten waren ungleich repräsentiert, und der Präsidentschaftskandidat mit der grössten Zahl von Wählerstimmen konnte trotzdem verlieren, wenn er keine Mehrheit im Wahlkollegium errang. Das war nicht bloss eine theoretische Möglichkeit, sondern geschah bei der Wahl im Jahr 2000 bereits zum vierten Mal.<sup>36</sup>

Die Architekten der Verfassung machten den Präsidenten zur Verkörperung der vollziehenden Gewalt. Der Präsident übt diese Macht weiterhin in einem höheren Mass aus als der Ministerpräsident in einem parlamentarischen System, obwohl einige Inhaber eines solchen Amtes nach ähnlicher Macht streben. Die amerikanische Verfassung ist diesbezüglich vollkommen klar. In Artikel 2, Abschnitt 1 heisst es: «Die vollziehende Gewalt liegt beim Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika.» Aus dem ersten Satz von Abschnitt 2 desselben Artikels geht hervor, dass der Präsident der Oberkommandierende der Streitkräfte ist. Aber um es noch einmal klarzustellen: Die Autoren der Verfassung hatten nicht die Absicht, dem Volk das Recht zu geben, über seinen Präsidenten zu entscheiden. Ihr Ziel war es, die Wahl des Präsidenten in die Hände von Männern mit aussergewöhn-

lichem Wissen zu legen, anstatt diese bedeutsame Entscheidung der grossen Masse der Bevölkerung zu überlassen. Gleichzeitig wollten sie sicherstellen, dass der Präsident keine Möglichkeit erhielt, sich in einen Monarchen in bürgerlichem Gewand zu verwandeln. Indem sie eine strikte Gewaltenteilung in der Verfassung verankerten und die Entscheidungsbefugnisse des Präsidenten erheblich einschränkten, sorgten sie dafür, dass der Präsident (anders als Englands erster und letzter republikanischer Führer Oliver Cromwell) keine Machtfülle erlangen würde, die der eines Königs vergleichbar wäre.

Die Teilnehmer der verfassungsgebenden Versammlung in Philadelphia führten zwei Neuerungen in die Regierungspraxis ein: eine schriftliche Verfassung und eine föderale Gewaltenteilung. So wurde die Macht des Präsidenten durch ein Gesetz über das politische System begrenzt, das die Befugnisse der verschiedenen Institutionen regelte. Dieses Dokument, die Verfassung, wurde zur «Quelle aller Autorität» in der Republik, wie Alexis de Tocqueville es ausdrückte.<sup>37</sup> Die Macht des Präsidenten wurde zudem durch die in der Verfassung festgeschriebene Aufteilung der Befugnisse zwischen der Bundesregierung und den Staaten der Union beschränkt, die eine weitreichende Autonomie genossen. Diese Regelung unterschied sich grundlegend von einer blossen Dezentralisierung, wie sie in anderen Ländern zu finden war – bedeutete sie doch, dass sich grundsätzlich keine Seite in die Jurisdiktion der anderen einmischen konnte. Die Vereinigten Staaten waren das erste Land, das sich ganz bewusst für den Konstitutionalismus sowie den Föderalismus entschied, und inspirierten die Einführung dieser Prinzipien in anderen Ländern, obwohl die konkreten institutioneilen Regelungen der amerikanischen Verfassung auf die Vereinigten Staaten beschränkt blieben.

Die Verfassung und die Föderalisierung der Befugnisse in den USA legte der Macht der politischen Führer neuartige Fesseln an, und dasselbe galt für den besonderen Platz, der dem Recht in der amerikanischen politischen Praxis eingeräumt wurde, wobei die Herrschaft

des Gesetzes manchmal einer Herrschaft der Rechtsanwälte nahekam. Die «legalistischste Verfassung der Welt», wie Finer sie bezeichnet,<sup>38</sup> sorgt dafür, dass Entscheidungen, die in jedem anderen Land der Welt allein der vom Volk gewählten Regierung obliegen, in den Vereinigten Staaten rechtlich angefochten werden. Als es Präsident Barack Obama im Jahr 2010 gelang, ein Gesetz über eine allgemeine Krankenversicherung durch den Kongress zu bringen (obwohl es auch damit noch nicht gelungen war, der gesamten Bevölkerung eine vergleichbare medizinische Versorgung wie in anderen fortschrittlichen demokratischen Ländern zu sichern), machte sich der Oberste Gerichtshof daran, die Verfassungsmässigkeit des Patient Protection and Affordable Health Care Act zu überprüfen.<sup>39</sup> Das Abstimmungsverhalten der meisten Höchstrichter konnte, ausgehend von ihrer politischen und sozialen Grundhaltung, vorausgesagt werden, aber dank der überraschenden Entscheidung des konservativen Vorsitzenden John Roberts für das Gesetz wurde es mit fünf gegen vier Stimmen für verfassungskonform erklärt.<sup>40</sup>

Bei vielen Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs scheint es sich um eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zu handeln. Der angesehene Rechtswissenschaftler Ronald Dworkin behauptete sogar, Roberts habe sich nicht aus juristischer Überzeugung, sondern eher «aus PR-Gründen» für das Gesetz ausgesprochen. Jedenfalls hatte der Oberste Gerichtshof das letzte Wort. Vor mehr als andert-halb Jahrhunderten schrieb Tocqueville: «Es gibt in den Vereinigten Staaten kaum ein politisches Problem, das nicht früher oder später zu einem rechtlichen Problem wird.»<sup>41</sup>

## Die Französische Revolution

So gross der Einfluss der amerikanischen Revolution auf die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft war – die Wirkung der Französischen Revolution war noch grösser.<sup>42</sup> Die Amerikaner beanspruchten das Recht, sich selbst zu regieren, doch die Forderungen der französischen Revolutionäre gingen darüber hinaus. Sie waren überzeugt, ein Modell für Europa und die übrige Welt zu entwickeln. Noch im 20. Jahrhundert beriefen sich Revolutionäre wie die russischen Bolschewisten auf die Französische Revolution und ihre Folgen – sei es, dass sie sich mit den Jakobinern identifizierten oder vor dem Bonapartismus warnen wollten.<sup>43</sup> Die Französische Revolution war im Prinzip demokratischer und egalitärer als die amerikanische. Es gab jedoch einen bedeutsamen Unterschied zwischen der amerikanischen Verfassung und ihrer Bill of Rights auf der einen und der Französischen Revolution und ihrer Menschenrechtserklärung auf der anderen Seite, einen Unterschied, der sich langfristig zugunsten der ersten auswirken sollte: Die Amerikaner schrieben konkrete Rechte nieder, die gesetzlich durchgesetzt werden konnten, während sich die Franzosen auf allgemeine Absichtserklärungen beschränkten.<sup>44</sup>

Die monarchische Herrschaft in Frankreich war ineffizient und unterdrückerisch gewesen, aber dasselbe galt für alle anderen europäischen Länder, und die Franzosen hatten bereits vor 1789 mehr Freiheit genossen als die meisten anderen Europäer. Die Revolutionäre wollten nicht einfach die Monarchie beseitigen, sondern strebten auch Ideale wie die Volkssouveränität und die Gleichheit an, die Teil der Idee der «radikalen Aufklärung» waren. Diese erklären teilweise die Entwicklung der Revolution. Unter den Veränderungen, die in der Französischen Revolution vorangetrieben wurden, waren die Umgestaltung des Rechtssystems, die Beseitigung der Adelsprivilegien und der kirchlichen Autorität sowie die universelle Abschaffung der Sklaverei, eine Änderung des Eherechts mitsamt Einführung der Schei-

derung sowie die Emanzipation der Juden.<sup>45</sup> Nicht nur über die Ursachen der Revolution, sondern auch darüber, wann sie begann und endete, wird noch immer intensiv diskutiert, obwohl der Sturm auf die Bastille am 14. Juli 1789 zum Symbol der Zerstörung der Autorität des alten Regimes und der gewaltsamen Aneignung der Souveränität durch das Volk geworden ist.

Einige der politischen Neuerungen im Zuge der Französischen Revolution hatten bleibende Wirkung, darunter das Konzept von «rechts» und «links» in der Politik, das seinen Ursprung in der Sitzordnung in der Nationalversammlung hat, und der Grundsatz «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit». Dauerhaften Einfluss haben auch die von den Revolutionären verfochtenen säkularen und antikerikalen Vorstellungen gehabt, die nicht auf den Versuch beschränkt waren, eine Religion oder Konfession durch eine andere zu ersetzen. Ob die religiöse oder die säkulare Autorität die politische Vormachtstellung innehaben sollte, ist noch heute in grossen Teilen der Welt umstritten, aber im heutigen Europa sind die religiösen Führer nicht mehr in der Lage, den Regierungen ihre Politik zu diktieren. Ungeachtet ihrer Feindseligkeit gegenüber der Religion entwickelten die französischen Revolutionäre schnell eigene Rituale und Mythen, und sie setzten den Terror in einem Umfang ein, der die anfängliche Begeisterung vieler Europäer für die Revolution und ihre Ideale rasch dämpfte.

Zur Desillusionierung trug auch bei, dass der anfängliche chaotische Egalitarismus einer neuen Hierarchie, militärischen Abenteuern und einer Autokratie wich. Im Jahr 1799 stürzte Napoleon Bonaparte das Direktorium, die seit 1795 amtierende kollektive Regierung, und errichtete ein diktatorisches Regime. Viele Ideale der Revolution wurden ad absurdum geführt, als sich Napoleon im Jahr 1804 vom Papst zum Kaiser krönen liess. Die Französische Revolution war der erste ernsthafte Versuch, einen Staat auf der Grundlage radikaler

Gleichheit und Demokratie zu errichten. Es sollte nicht das letzte Mal gewesen sein, dass eine von ähnlichen Ideen motivierte Revolution in der autokratischen Herrschaft eines starken Mannes endete.

## **Die Entwicklung der Demokratie und der demokratischen Führung**

Im Lauf des 19. Jahrhunderts eroberten in weiten Teilen Europas und in den Vereinigten Staaten immer mehr gesellschaftliche Gruppen einen Platz im politischen System, da das Wahlrecht nicht mehr vom wirtschaftlichen Status abhing. Doch selbst in den Vereinigten Staaten war das Recht zu wählen lange Zeit an das Grundeigentum gekoppelt, und das allgemeine Wahlrecht für männliche weisse Bürger wurde in den einzelnen Bundesstaaten zu unterschiedlichen Zeiten eingeführt. In den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts hatte es sich weitgehend durchgesetzt. Nicht-weisse Männer durften ab 1870 wählen, als ihnen mit dem 15. Zusatzartikel das Wahlrecht – zumindest im Grundsatz – zugestanden wurde. Es war erst fünf Jahre her, dass mit dem 13. Zusatzartikel die Sklaverei abgeschafft worden war. Der 15. Zusatzartikel hinderte die Südstaaten jedoch nicht daran, Afroamerikanern, die ihr Wahlrecht wahrnehmen wollten, Steine in den Weg zu legen. Noch Ende des 20. Jahrhunderts fanden einige Bundesstaaten Mittel und Wege, um die Wahlbeteiligung unter ihren afroamerikanischen Bürgern niedrig zu halten. Die beste Antwort auf diese Bigotterie war die Wahl des Sohns einer weissen US-Amerikanerin und eines schwarzen Afrikaners zum Präsidenten im Jahr 2008 und seine Wiederwahl im Jahr 2012. Bei der ersten dieser Wahlen gewann Obama mehr weisse Wähler (43 Prozent) für sich als John Kerry (41 Prozent) im Jahr 2004.<sup>46</sup>

In vielen europäischen Ländern wurde das Wahlrecht im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts vom Grundeigentum abgekoppelt und erheblich ausgeweitet. In Frankreich durften ab 1871 alle männlichen

Bürger wählen, und die Schweiz übernahm diese Regelung im Jahr 1874. In Grossbritannien erfolgte die Ausweitung des Wahlrechts in so kleinen Schritten, dass im Ersten Weltkrieg noch immer fast ein Viertel der erwachsenen Männer zwar einberufen wurde, aber nicht wählen durfte. Dass eine absolute Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung Europas und der Vereinigten Staaten bis zum 20. Jahrhundert keine politische Stimme hatte, lag jedoch daran, dass die Frauen kein Wahlrecht hatten. Daher lassen sich die europäischen Länder und die Vereinigten Staaten eigentlich erst seit etwa hundert Jahren als Demokratien bezeichnen, und das obwohl sich einige Länder, insbesondere die Vereinigten Staaten und Grossbritannien, im 19. Jahrhundert (und sogar früher) durch umfassende Freiheitsrechte und politischen Pluralismus und durch (eingeschränkte) Rechtsstaatlichkeit auszeichneten. Allgemein lässt sich sagen, dass sich in Europa und den Vereinigten Staaten in einer ungleichmässigen Entwicklung schrittweise eine Regierung durch Überzeugung herausbildete.<sup>47</sup>

Die Entwicklung der Demokratie im 20. Jahrhundert, die mit der Einführung des Frauenwahlrechts einen entscheidenden Schritt vorankam, wirkte sich nachhaltig auf die politische Führung aus. Unter anderem erhielten Frauen die Möglichkeit, sich um das Amt an der Spitze einer Regierung zu bewerben. Erst im Jahr 1893 wurde das aktive und passive Wahlrecht erstmals auch Frauen zugestanden, und auch da nur in einem einzigen Land (Neuseeland). In Europa übernahm bezeichnenderweise Skandinavien die Führungsrolle bei der Ausweitung der Frauenrechte: Finnland und Norwegen gewährten ihrer weiblichen Bevölkerung im Jahr 1907 das Wahlrecht. In den meisten Ländern, darunter auch die Vereinigten Staaten und Grossbritannien, durften Frauen erst nach dem Ersten Weltkrieg wählen. In den USA erhielten sie das Wahlrecht im Jahr 1920 mit der Verabschiedung des 19. Zusatzartikels. Anders als im Fall der Verfassungsänderung, mit der den Schwarzen ein halbes Jahrhundert zuvor das Wahlrecht zugestanden worden war, versuchten die Bundesstaaten diesmal

nicht, die neue Regelung zu umgehen. In Grossbritannien wurde das Frauenwahlrecht in zwei Schritten durchgesetzt – 1918 wurde es Frauen ab dem dreissigsten Lebensjahr gegeben, zehn Jahre darauf allen über 21 Jahren. Damit waren sie endlich den Männern gleichgestellt.

Die politische Emanzipation der Frau war ein wesentlicher Bestandteil der Demokratisierung, aber es dauerte noch eine Weile, bis Frauen auch politische Führungspositionen anstreben konnten. Im Jahr 1960 wurde Sirimavo Bandaranaike die erste Regierungschefin der Welt. Sie erreichte diese Position in Ceylon (dem heutigen Sri Lanka), nachdem ihr Ehemann, der Gründer der Sri Lanka Freedom Party, einem Mordanschlag zum Opfer gefallen war. Die Partei bewegte seine Witwe dazu, seinen Platz einzunehmen. Selbstverständlich hatten schon in früheren Jahrhunderten immer wieder Frauen die Führung von Ländern übernommen, aber sie waren stets Monarchinnen gewesen, welche die Krone geerbt hatten; die wohl berühmtesten Beispiele waren die englische Königin Elisabeth I. im 16. Jahrhundert und die russische Zarin Katharina die Grosse im 18. Jahrhundert. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlangten Frauen als Parteiführerinnen bei Wahlen Regierungsmandate. Bis 2013 gelang es mehr als achtzig Frauen in Ländern auf allen Kontinenten, das höchste Regierungsamt zu erobern, darunter Golda Meir in Israel (1969), Margaret Thatcher in Grossbritannien (1979), Gro Harlem Brundtland in Norwegen (1981), Angela Merkel in Deutschland (2005); Helle Thorning-Schmidt in Dänemark (2011) und Norwegens zweite Ministerpräsidentin Erna Solberg (2013).

Bemerkenswert ist, dass die Frauen in patriarchalischen asiatischen Gesellschaften früher und häufiger politische Führungspositionen errangen als in Europa und Nordamerika (Kanada hat bereits eine Premierministerin gehabt, aber die Vereinigten Staaten warten noch auf ihre erste Präsidentin). Indira Gandhi wurde bereits im Jahr 1966 zur Ministerpräsidentin Indiens gewählt. Aber die asiatischen RegierungschefInnen profitierten allesamt von familiären Beziehungen zu



einem wichtigen Politiker, ob dieser nun ihr Vater oder ihr Ehemann war. Obwohl es sich um einen wichtigen Fortschritt handelte, kann das Auftauchen politischer Führerinnen in Asien also auch als eine Variante des erblichen Herrschaftsanspruchs und der dynastischen Politik betrachtet werden.

Bandaranaike nahm den Platz ihres ermordeten Ehemanns ein. Indira Gandhi war das einzige Kind des ersten Premierministers Indiens nach der Unabhängigkeit, Jawaharlal («Pandit») Nehru. Corazón Aquino, die von 1986 bis 1992 als Präsidentin der Philippinen amtierte, war zuvor mit dem angesehensten Gegner des autoritären und korrupten Herrschers Ferdinand Marcos, Benigno «Ninoy» Aquino, verheiratet gewesen, der für seinen Widerstand gegen das Marcos-Regime mit dem Leben bezahlt hatte. Benazir Bhutto war der erste weibliche Regierungschef Pakistans und führte das Land von 1988 bis 1990 und ein zweites Mal von 1993 bis 1996. Ihr Vater Zulfikar war in den siebziger Jahren zunächst Präsident und dann Ministerpräsident gewesen. Das Ende beider Bhuttos war ein Sinnbild für die Gewalttätigkeit und Instabilität der pakistanischen Politik: Der Vater wurde 1979 zum Tode verurteilt und gehängt, weil er angeblich einen Widersacher hatte ermorden lassen; die Tochter fiel im Dezember 2007 während einer Wahlkampfveranstaltung einem Bombenanschlag zum Opfer. Die erste Präsidentin Südkoreas, Park Geun-hye, wurde im Dezember 2012 demokratisch gewählt. Sie ist die Tochter von Park Chung-hee, der das Land in den sechziger und siebziger Jahren autoritär führte und im Jahr 1979 von seinem Geheimdienstchef ermordet wurde. Sogar die bemerkenswerte birmanische Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi, die als Führerin des demokratischen Widerstands gegen die Militärdiktatur viele Jahre im Hausarrest verbrachte, verdankte ihr Ansehen anfangs der Tatsache, dass sie die Tochter von Aung San war, dem ermordeten Führer des birmanischen Unabhängigkeitskampfes.

Auch in Lateinamerika verdankten die ersten politischen Führerinnen

nen ihren Aufstieg nicht zuletzt ihren familiären Verbindungen. Evita Peron war die zweite Frau von Juan Peron, der Argentiniens erster Präsident nach dem Zweiten Weltkrieg war. Ohne je ein politisches Amt zu bekleiden, nahm sie zu Lebzeiten – und darüber hinaus – beträchtlichen Einfluss auf die Geschicke ihres Landes. Sie hatte großen Anteil daran, dass es im Jahr 1947 gelang, in Argentinien das Frauenwahlrecht durchzusetzen. Perons dritte Frau Isabel wurde nach dem Tod ihres Mannes im Jahr 1975 die erste Präsidentin des Landes. In jüngerer Zeit gewannen in Lateinamerika jedoch auch Frauen ohne dynastische Verbindungen Wahlen. Die Argentinierin Christina Fernandez passte noch in das traditionelle Schema, trat sie doch die Nachfolge ihres verstorbenen Ehemanns Néstor Kirchner an, aber weder die Brasilianerin Dilma Rousseff noch die Chilenin Michelle Bachelet brauchten familiäre Beziehungen, um das oberste Staatsamt zu erlangen. Sie setzten sich ausschliesslich wegen ihrer eigenen Anstrengungen und Fähigkeiten durch und kamen dank ihres Ansehens in ihren Parteien und bei den Wählern an die Macht. Die chilenische Sozialdemokratin Bachelet stand von 2006 bis 2010 an der Spitze der Regierung; Rousseff wurde als Kandidatin der brasilianischen Arbeiterpartei im Jahr 2010 zur Präsidentin gewählt und regierte bis 2016. Eine Gemeinsamkeit der beiden Frauen ist, dass sie sich aktiv gegen die Militärdiktaturen in ihren Ländern aufgelehnt hatten und politisch verfolgt worden waren (sie hatten sogar Folter erdulden müssen).

## **DER KULTURELLE KONTEXT**

Die Erkenntnisse der anthropologischen Forschung haben unser Verständnis der Entwicklung der Führung im Lauf der Zeit und in verschiedenen Gesellschaften erweitert. Anhand dieser Ergebnisse konnten einige der zuvor behandelten Vorstellungen der Aufklärung konkretisiert und gleichzeitig modifiziert werden. Mittlerweile ist

klar, dass die vormodernen Gesellschaften auf sehr vielfältige Art und Weise zu Entscheidungen gelangten. Es gab zahlreiche egalitäre Jäger- und Sammlergesellschaften, in denen keine einzelne Person mit der Führung der Gemeinschaft betraut wurde, während anderen Gruppen Häuptlinge vorstanden.<sup>48</sup> Da sich die Menschheit während 99 Prozent der Zeit, die sie bisher auf der Erde existiert, durch Jagen und Sammeln ernährte, kann es zudem nicht überraschen, dass sich die Methoden der Beschlussfassung und der Konfliktbeilegung von Ort zu Ort und Epoche zu Epoche unterscheiden.<sup>49</sup> Der amerikanische Evolutionsbiologe Jared Diamond weist darauf hin, dass die Grösse der Gruppe erheblichen Einfluss auf die politische Struktur hat. Besteht sie aus mehreren hundert Individuen, die einander nicht nur kennen, sondern auch miteinander verwandt sind, so kann sie ohne einen Anführer auskommen. Diamond beschreibt die «informelle, egalitäre Herrschaftsform» der neuguineischen Stämme:

Grundsätzlich kann jeder Stammesangehörige an Informationen und Entscheidungen teilhaben. [...] In vielen Dörfern im Hochland [Neuguineas] gibt es so etwas wie einen ‚Big-man‘, einen Anführer, der unter den Bewohnern das grösste Ansehen genießt. Diese Stellung ist aber kein offizielles Amt und birgt nur begrenzte Machtbefugnisse. Der Anführer besitzt keine unabhängige Entscheidungsgewalt [...] und kann lediglich versuchen, den gemeinsamen Entscheidungsprozess nach seinen Vorstellungen zu beeinflussen. Sein Status ist auch nicht vererbbar, sondern beruht ausschliesslich auf seinen persönlichen Eigenschaften.<sup>50</sup>

Gelegentlich konnten die «grossen Männer» jedoch zu Stammesfürsten aufsteigen, und wenn ihnen das gelang, nutzten sie ihre Position nach Ansicht des Anthropologen Marshall Sahlins dazu, die egalitären Normen des Stammes zu untergraben, Abgaben zu fordern und die Stammesmitglieder zu zwingen, mehr als für ihre Subsistenz erforderlich zu produzieren. Anfangs wurde die Macht solcher Stam-

mesoberhäupter durch die Vorstellung eingeschränkt, alle Stammesmitglieder seien Teil einer erweiterten Familie, aber einige von ihnen verleugneten die Verwandtschaftsbeziehungen und begannen, die übrigen Stammesmitglieder rücksichtsloser auszubeuten.<sup>51</sup> Was als Führung durch Überzeugung begonnen hatte, verwandelte sich auf diese Art in Machtausübung durch Zwang. Stammesfürstentümer, die sich von Scharen oder Stämmen ohne eine übergeordnete Autoritätsperson unterschieden, entstanden anscheinend vor etwa 7'500 Jahren.<sup>52</sup> Die Wahrscheinlichkeit, dass sich Stammesgruppen zu Gesellschaften mit einem Oberhaupt entwickelten, wuchs «mit der Grösse und Dichte der örtlichen Population sowie der Möglichkeit zur Erzeugung von Nahrungsmittelüberschüssen». Je grösser die Gruppe, desto schwieriger war es, den Aufstieg eines Führers zu vermeiden, und in einigen Fällen herrschte er autoritär. Verschiedene vormoderne Gesellschaften wiesen jeweils eigene Merkmale auf.<sup>53</sup>

Das politische Leben in den afrikanischen Staaten, deren Regierung zumeist erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in die Hände der Einheimischen überging, ist in vielen Fällen von älteren Formen der sozialen Organisation geprägt. Als die britischen Kolonien (normalerweise nach politischen Auseinandersetzungen) in die Unabhängigkeit entlassen wurden und sich eine auf dem «Westminster-Modell» beruhende Verfassung gaben, behinderte ihre traditionelle politische Kultur häufig die offiziellen Institutionen in ihrer Funktion, so dass bald keinerlei Ähnlichkeit mit dem britischen Modell mehr zu erkennen war. Die politischen Führer in Afrika neigen dazu, mit Hilfe «hochgradig personalisierter Netzwerke» zu regieren, die normalerweise (wenn auch nicht immer) auf ethnischen und regionalen Gruppen beruhen. Innerhalb dieser Netzwerke sind sie im Allgemeinen «grosse Männer», die einen unverhältnismässig grossen Einfluss ausüben und «die formalen Spielregeln» umgehen.<sup>54</sup> Ein hartnäckiges Problem afrikanischer Staaten ist, dass ihre Grenzen ein Vermächtnis der Kolonialreiche sind, in denen verschiedene ethni-

sche Gruppen und Glaubensgemeinschaften zum Zusammenleben gezwungen wurden. Eine der grössten Herausforderungen für die politischen Führungen bestand nach der Unabhängigkeit in der Entwicklung einer nationalen Identität. Besonders gut gelang dies den Präsidenten von Tansania und Südafrika, Julius Nyerere und Nelson Mandela.<sup>55</sup> Offenkundig bedarf es guter Institutionen, aber auch die Qualität und Integrität der Führung spielen eine wichtige Rolle. Umgehen die politischen Führer die Institutionen und untergraben dadurch deren Legitimität, so werden solide Strukturen nicht genügen.

Die Führung ist also wichtig, aber die ärmsten und besonders zersplitterten Gesellschaften brauchen keinen starken Mann, sondern eine visionäre und inklusive Führung. Viele der ärmsten Länder der Welt zählen auch zu den ethnisch vielfältigsten. Die ethnische Diversität erschwert einen funktionierenden Wettbewerb bei Wahlen, da die verschiedenen Bevölkerungsgruppen (sofern die Wahlen frei sind) dazu neigen, ihre Entscheidung von ihrer ethnischen Zugehörigkeit abhängig zu machen. Die Versuchung ist gross, daraus den Schluss zu ziehen, dass jene ethnisch heterogenen Gesellschaften, die den Grossteil der ärmsten Milliarde beherbergen, einen «starken Mann» brauchen.<sup>56</sup> Ausgehend von einer langjährigen Beobachtung afrikanischer Staaten und von statistischen Auswertungen der Faktoren, welche die Gewalt zwischen Volksgruppen begünstigen, gelangt Paul Collier zu einem anderen Ergebnis. Er verweist darauf, dass die Gewalt nicht nur verheerende unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der Menschen hat, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung bremst, und gelangt zu dem Schluss: «So schlecht die Demokratie für ethnisch vielfältige Gesellschaften ist, Diktatoren sind weitaus schlechter für sie.»<sup>57</sup>

## Politische Kultur

Mein Augenmerk gilt in diesem Zusammenhang jedoch in erster Linie der Rolle der Führung in den politischen Kulturen moderner Gesellschaften. Sich auf die politische Kultur zu konzentrieren bedeutet, jene Aspekte der Kultur zu berücksichtigen, die für die Politik relevant sind. Ausserdem wird so auch eine Beziehung zwischen Geschichte und Politik hergestellt, denn tief verwurzelte Kulturen sind im Gegensatz zu flüchtigen Einstellungen ein Produkt der historischen Erfahrung von Nationen und Gruppen (wenn auch weniger einer von den Historikern dokumentierten als vielmehr einer von den Menschen erlebten Geschichte). Es gibt sehr unterschiedliche Definitionen des Konzepts der politischen Kultur und noch mehr bezüglich der Kultur im weiteren Sinne.<sup>58</sup> Im Grunde beinhaltet eine politische Kultur alles, was die Menschen als angemessenes und unangemessenes Verhalten von Regierung und Bürgern betrachten, welche Mittel sie für legitim halten, um politische Veränderungen herbeizuführen, wie sie die Geschichte ihrer Gruppe oder Nation beurteilen und welche Werte und grundlegenden politischen Überzeugungen sie haben.<sup>59</sup>

Forscher, die sich mit Wertvorstellungen beschäftigen, räumen ein, dass diese sich im Lauf der Zeit ändern können, erklären jedoch, dass dies in der Regel nur schrittweise geschieht.<sup>60</sup> Die grundlegenden politischen Überzeugungen betreffen nicht die Frage, ob Menschen eine bestimmte politische Partei unterstützen, sondern etwas Grundlegenderes, zum Beispiel die Frage, ob sie glauben, dass alle Bürger das Recht haben sollten, Einfluss auf die Regierenden und auf politische Entscheidungen zu nehmen, oder ob sie im Gegenteil glauben, dass die politischen Entscheidungen den politischen Führern überlassen werden sollten, die sich so wie Wind und Wellen dem Einfluss der Normalsterblichen entziehen (und ihm auch nicht unterworfen werden sollten).

In komplexen modernen Gesellschaften ist die politische Kultur

nicht homogen. Tatsächlich sind *die meisten* Länder ethnisch vielfältig und beherbergen Bevölkerungsgruppen, die unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften angehören oder überhaupt keine Religion haben. Die erfolgreicheren Gesellschaften konzentrieren sich auf das, was die unterschiedlichen Gruppen dennoch gemein haben. Sie zeichnen sich durch ein allgemeines Einvernehmen darüber aus, wie politische Veränderungen herbeigeführt werden dürfen, obwohl Inhalt und Richtung von Veränderungen in einer Demokratie stets umstritten sein werden. Es ist immer eine übermäßige Vereinfachung, von der politischen Kultur eines Landes zu sprechen. Alle Nationen und Staaten beheimaten mehrere Subkulturen. In einigen Fällen kann schon die Zugehörigkeit zu einer Partei einen Hinweis auf eine bestimmte politische Kultur geben. Die Mitglieder der Kommunistischen Partei oder einer konservativen katholischen Partei in der französischen Vierten oder Fünften Republik gehörten sehr verschiedenartigen Subkulturen an. Dessen ungeachtet werden in der einen Gesellschaft gewisse Überzeugungen allgemein akzeptiert, die in einer anderen keineswegs selbstverständlich sind.<sup>61</sup> Beispielsweise kann die Gesellschaft eines Landes bereit sein, einem Führer uneingeschränkte Macht zuzugestehen, damit er «die Ordnung» aufrechterhält, weil diese als wichtigster Wert betrachtet wird, während eine andere Gesellschaft darauf achtet, die Macht der politischen Führer zu beschränken und sie rechtlich und politisch zur Rechenschaft zu ziehen. Russland ist historisch ein Beispiel für die erste Grundhaltung, während die USA zu den Vertretern der zweiten zählen.

Politische Führer bewegen sich also in einer Kultur, die zwar nicht unveränderlich ist, sich jedoch nur langsam wandelt. Eine Unterdrückung der Pressefreiheit durch einen amerikanischen Präsidenten, einen kanadischen Premierminister oder einen französischen Staatspräsidenten würde nicht nur auf institutioneilen, sondern auch auf kulturellen Widerstand stossen. Tatsächlich geriet Nicolas Sarkozy in seiner einzigen Amtszeit als französischer Präsident unter erheblichen

innenpolitischen Druck, weil er angeblich versucht hatte, den Geheimdienst für Ermittlungen gegen kritische Journalisten zu missbrauchen.<sup>62</sup> Die italienische Demokratie leidet seit dem Zweiten Weltkrieg unter zahlreichen Schwächen, aber sie ist nichtsdestotrotz eine Demokratie,<sup>63</sup> weshalb sich beträchtlicher gesellschaftlicher Widerstand gegen Ministerpräsident Silvio Berlusconi regte, als er sein Medienimperium zur Unterdrückung von Widerspruch und von offenen Debatten einsetzte. In Russland hat sich nie eine vollkommen funktionstüchtige Demokratie entwickelt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstand in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ein lebendiger politischer Pluralismus, der jedoch in den folgenden zwei Jahrzehnten Schritt für Schritt untergraben wurde. In den Jahren 2011 und 2012 gelang es der russischen Gesellschaft, ihre Passivität und ihren Konformismus abzulegen, als Zehntausende Menschen in Moskau (und einige auch in anderen Städten) auf die Strasse gingen, um gegen die Manipulation der Parlamentswahlen durch das Putin-Regime zu protestieren. Demgegenüber lehnte sich nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung dagegen auf, dass der Staat mit Rückendeckung der gefügig gemachten Massenmedien seit der Jahrtausendwende Oppositionsführer systematisch schikaniert. Eine demokratische politische Kultur entsteht in langjährigen Erfahrungen mit der Demokratie, und in Russland ist die Erfahrung mit dieser politischen Ordnung kurzlebig und unvollständig gewesen.

Aber politische Kulturen verändern sich im Lauf der Zeit im Wechselspiel von Institutionen und Wertvorstellungen. Eine langjährige Erfahrung mit demokratischen Institutionen trägt dazu bei, demokratische Werte zu formen und zu festigen. Es gibt jedoch Fälle, in denen der vorherrschende Einfluss aus der entgegengesetzten Richtung kommt, zum Beispiel, wenn einem Land ein autoritäres Regime aufgezwungen wurde und die neuen Herrscher eine Ideologie verfechten, die mit den in der Gesellschaft vorherrschenden Überzeugungen kollidiert. Ein gutes Beispiel dafür war die Tschechoslowakei, die von



1918 bis 1992 bestand (in jenem Jahr trennten sich die Tschechische Republik und die Slowakei). Zwischen den Weltkriegen war die Tschechoslowakei unter der Führung ihres wichtigsten Gründervaters Tomas Masaryk das demokratischste Land in Mitteleuropa. In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg litt das Bild der Ersten Republik unter der verzerrten Darstellung durch die Kommunisten sowie darunter, dass viele Menschen die Demokratie mit der Erinnerung an die Massenarbeitslosigkeit der dreissiger Jahre, vor allem aber mit dem Zusammenbruch der Republik angesichts der nationalsozialistischen Aggression verbanden. Doch in zwei Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft lernten die Tschechen (mehr als die Slowaken) die Demokratie der Zwischenkriegszeit sehr viel höher zu schätzen, als sie es noch unmittelbar nach dem Krieg getan hatten. In einer Umfrage im Jahr 1946 hatten nur acht Prozent der befragten Bürger die Erste Republik (1918-38) als glorreichste Zeit in der tschechischen Geschichte bezeichnet, womit die demokratische Phase nur den fünften Rang unter den zur Auswahl stehenden Epochen einnahm. Als ihnen dieselbe Frage im Jahr 1968 erneut gestellt wurde, bezeichneten 39 Prozent der Befragten die Erste Republik als die glorreichste Epoche in der Geschichte des Landes, die nun an die erste Stelle rückte.<sup>64</sup> In den sechziger Jahren begannen sogar viele tschechische und slowakische Kommunisten angesichts der Erfahrung mit dem Unterdrückungsregime sowjetischer Art, die Vorteile des politischen Pluralismus und den moralischen und politischen Stellenwert Masaryks neu zu bewerten.

Die Entwicklung, die als Prager Frühling in die Geschichte einging, war der Höhepunkt einer Reformbewegung in der kommunistischen Partei, aber in der von grösserer Toleranz geprägten politischen Atmosphäre des Jahres 1968 erwachte die gesamte Gesellschaft zu neuem Leben. Bürgergruppen begannen, sich für die Anliegen der nichtkommunistischen Bevölkerungsmehrheit einzusetzen. Diese Entwicklung und insbesondere die von der Parteiführung vorgeschla-

genen Reformen beunruhigten die Führung in Moskau derart, dass sie im August jenes Jahres eine halbe Million Soldaten in die Tschechoslowakei schickte, um die Revolte niederzuschlagen.

Parteichef Alexander Dubcek (ein Slowake) war kein Radikalförderer, aber ein guter Zuhörer, der die Überzeugung mit Argumenten dem Zwang vorzog und eine kritische Debatte sowie eine partielle Öffnung des Systems für politischen Pluralismus duldete. In den Augen der sowjetischen Führung hatte er sich damit in den «Oberschurken» verwandelt.<sup>65</sup> Obwohl Dubcek der Reformbewegung eher den Weg frei machte, als dass er sie aktiv vorangetrieben hätte, war es von grosser Bedeutung gewesen, dass er Anfang des Jahres 1968 die Nachfolge des Hardliners Antonin Novotny als Parteichef angetreten hatte. In einem ausgesprochen autoritären, streng hierarchisch organisierten politischen System hatte es erhebliche Auswirkungen, dass eine Person die Spitze der Hierarchie einnahm, die nicht nur einen anderen Führungsstil pflegte, sondern auch humanere Wertvorstellungen hatte. Im Allgemeinen gilt: Je mehr Macht in einem Amt gebündelt ist, desto mehr kann ein Wechsel der Person bewirken, die dieses Amt ausfüllt.

Kulturelle Einflüsse sind also ein wichtiger Bestandteil des politischen Lebens, was jedoch nie zu kulturellem Determinismus führen sollte. Transnationale Einflüsse, die verschiedene nationale Kulturen überlagern, spielen seit Jahrhunderten eine wichtige Rolle, und ihre Bedeutung ist in den letzten Jahrzehnten noch deutlich gewachsen, da die Kommunikation zwischen Ländern und Kontinenten mittlerweile intensiver ist als je zuvor. Zudem gibt es in allen modernen Staaten eine Vielzahl kultureller Traditionen. Die Tschechen hatten das Glück, auf einen früheren politischen Führer Bezug nehmen zu können, der demokratische Werte verkörperte und sich als aussagekräftiges Symbol für jene anbot, die Veränderungen anstrebten. Im Frühjahr 1968 wurden auf den Strassen Prags Fotos von Tomas Maresy verkauft (ich selbst kaufte in jenem Jahr eines dieser Bilder),

und nachdem sie in den darauffolgenden zwanzig Jahren verboten gewesen waren, tauchten sie Ende 1989 erneut auf. Und diesmal hatte die Sowjetunion der «Samtenen Revolution» nichts mehr entgegenzusetzen.

Einige Länder, die von autoritären oder totalitären Regimen beherrscht werden, können nicht auf eine solche Vergangenheit zurückgreifen. Es hilft, bereits Erfahrung mit der Demokratie zu haben und auf Symbole der Demokratie und der Freiheit zurückgreifen zu können. Nationen, die im Streben nach Demokratisierung nicht auf ein geeignetes Erbe der politischen Kultur zurückgreifen können, sind jedoch nicht dazu verurteilt, in alle Ewigkeit unter diktatorischer Herrschaft zu leben. Weit gefehlt: Jedes Land der heutigen Welt, das als demokratisch gilt, wurde irgendwann in seiner Geschichte von autoritären Kriegsherrn oder absoluten Monarchen beherrscht.

Insbesondere während des Übergangs von einem autoritären Regime zur Demokratie kann politischen Führern eine wichtige Rolle zukommen. Ein uneingeschränktes Bekenntnis zu demokratischen Werten ist in Zeiten politischer Wirren unverzichtbar, um die Demokratisierung zu bewerkstelligen und die neue Ordnung zu festigen. Wie ich in Kapitel 4 erklären werde, war Michail Gorbatschow ein transformativer politischer Führer, aber er und seine Verbündeten mussten sich gegen starke Widerstände durchsetzen. Abgesehen davon, dass mächtige Interessengruppen die vom letzten Führer der Sowjetunion eingeleiteten radikalen Veränderungen ablehnten, konnten sich seine Gegner auch auf Grundpfeiler der politischen Kultur Russlands stützen. Diese kulturellen Elemente erleichterten es auch den postsowjetischen Führern, ihre Herrschaft zu festigen und die in den letzten Jahren der Sowjetunion eingeführten Mechanismen zur Beschränkung der Macht der Führung zu beseitigen, wobei sie formal demokratische Verfahren anwandten, die sie jedoch ihrer Substanz beraubten.

In der russischen Gesellschaft ist ein Rückfall in konformistisches Denken zu beobachten, und es gilt als natürlich und vernünftig, die Autorität der Machthaber nicht in Frage zu stellen.

Die «Popularität» eines Führers hängt in Russland oft davon ab, ob er als Person wahrgenommen wird, die «alles im Griff hat». Das veranschaulicht ein Interview mit einer Wählerin im Vorfeld der Präsidentenwahl im Jahr 1996. Auf die Frage, wen sie unterstütze, nannte die Frau den kommunistischen Kandidaten Gennadi Sjuganow, aber ihre Stimme wollte sie Boris Jelzin geben. Nach einer Erklärung für diesen Widerspruch gefragt, erklärte sie: «Wenn Sjuganow Präsident ist, werde ich ihn wählen.» Macht wird als Quelle von Autorität wahrgenommen und verdient Respekt und Unterwerfung. Wie Ivan Krastev und Stephen Holmes beobachtet haben, würde Putin, wäre er nur «einer von mehreren gleichermassen plausiblen Kandidaten für das Präsidentenamt, nicht länger der Putin sein, den ein aus Opportunismus ehrerbietiges Wahlvolk bereitwillig unterstützt». <sup>66</sup>

Umfragen haben weitere Hinweise auf eine traditionelle Vorstellung geliefert, in der die Legitimität der Regierung mit der Herrschaft eines starken Mannes verknüpft wird. Im Jahr 2000 fragte das Meinungsforschungsinstitut von Juri Lewada, der bis zu seinem Tod im Jahr 2006 der Doyen der russischen Meinungsforscher war, russische Bürger nach dem in ihren Augen herausragenden politischen Führer des Landes im 20. Jahrhundert. Die fünf Personen, die am häufigsten genannt wurden, unterschieden sich in mancher Hinsicht, aber eines hatten sie gemein: eine feindselige Haltung gegenüber der Demokratie. Es handelte sich durchweg um bestenfalls autoritäre und schlimmstenfalls totalitäre Führer. Den ersten Rang belegte Josef Stalin, gefolgt von Wladimir Iljitsch Lenin und Juri Andropow, der fünfzehn Jahre lang den KGB leitete, bevor er von 1982 bis zu seinem Tod im Jahr 1984 Staats- und Parteichef wurde. Den vierten Platz belegte Leonid Breschnew, der die Sowjetunion von 1964 bis 1982 führte, und an fünfter Stelle landete der letzte Zar Nikolaus II., der im Jahr 1917 von den Bolschewiken gestürzt wurde. <sup>67</sup>

Andere Umfragedaten deuten jedoch darauf hin, dass demokratische Prinzipien in der russischen Bevölkerung grössere Unterstüt-

zung geniessen als von der politischen Elite behauptet. Nur eine Minderheit der Russen glaubt, in einer Demokratie zu leben, während eine Mehrheit sie für das geeignete politische System hält. Aber Timothy Colton und Michael McFaul weisen auch auf ein weniger ermutigendes Ergebnis hin: Nur sechs Prozent der Russen würden sich für die Demokratie entscheiden, wenn sie zwischen dieser Regierungsform und einem starken Staat wählen müssten.<sup>68</sup> Auf diese Präferenz deuten auch drei Umfragen hin, die in den Jahren 1993, 1996 und 2004 in Jaroslawl durchgeführt wurden und in denen über 80 Prozent der Befragten der Aussage zustimmten, dass «talentierte, willensstarke Führer in jeder Tätigkeit Erfolg haben werden», während rund drei Viertel mit der Aussage einverstanden waren, starke Führer könnten «mehr für ihr Land tun als alle Gesetze und Debatten».<sup>69</sup>

Aber in Russland gibt es nicht nur wie in jedem modernen Land verschiedene Subkulturen, sondern auch besonders auffällige Unterschiede zwischen den Einstellungen der Generationen. In der erwähnten Lewada-Umfrage durften die Befragten nur eine einzige Person nennen, die sie für den grössten Führer ihres Landes im 20. Jahrhundert hielten. Jene, die Stalin nannten, und jene, die sich für Gorbatschow entschieden, gehörten angesichts der Kluft zwischen den Wertvorstellungen und der politischen Ausrichtung der beiden Männer offenkundig zu sehr unterschiedlichen Subkulturen. Gorbatschow, der von sieben Prozent der Befragten genannt wurde, landete in dieser Umfrage auf dem sechsten Rang. Allerdings war auch ein klarer Zusammenhang zwischen den Antworten und Alter sowie Bildungsstand der Befragten zu erkennen: Stalin erhielt in der Altersgruppe der über 55-Jährigen die meisten Stimmen, während er von den 18- bis 24-Jährigen am wenigsten genannt wurde. Gleichzeitig war die Zahl der Bewunderer Stalins in der Gruppe der Personen mit höherer Bildung am geringsten (die Befragten wurden drei Kategorien zugeordnet: hoher, mittlerer und «weniger als mittlerer» Bildungsstand). Bei Gorbatschow verhielt es sich sowohl am Bildungsstand als auch am Alter

der Befragten gemessen umgekehrt: 14 Prozent der Befragten mit höherer Bildung bezeichneten ihn als den grössten politischen Führer des Jahrhunderts – wobei er in der gebildeten Bevölkerung ebenso viel Zuspruch erhielt wie Stalin.<sup>70</sup> In einer Umfrage im Jahr 2005 waren ähnliche altersabhängige Unterschiede bei der Einstellung der Russen zum sowjetischen System vor den demokratischen Reformen zu beobachten. Auf die Frage, ob es besser gewesen wäre, «wenn alles im Land so geblieben wäre wie vor 1985» (dem Jahr von Gorbatschows Machtantritt), stimmten 48 Prozent der Befragten zu. Aber während 66 Prozent der über 50-Jährigen dieser Meinung waren, stimmten nur 24 Prozent der 18- bis 24-Jährigen dieser Aussage zu.<sup>71</sup>

Politische Kulturen sind historisch gewachsen, doch wir sollten nie die Wirkung persönlich durchlebter Geschichte unterschätzen. Wie Menschen diese Erfahrungen deuten, wird freilich von den Wertvorstellungen und Überzeugungen geprägt, die sie sich in ihrer Kindheit und Jugend angeeignet haben. Studien zum Erwerb politischer Überzeugungen in stabilen Demokratien haben gezeigt, dass sich die politische Haltung der Eltern «erheblich auf die Aufnahme politischer Information durch die Nachkommen auswirkt».<sup>72</sup> Dasselbe gilt zweifellos auch für Gesellschaften unter autoritärer Herrschaft. Insbesondere in Ländern, denen von aussen ein kommunistisches Regime aufgezwungen wurde, konnte die familiäre Sozialisierung ein Gegengewicht zum Einfluss des staatlichen Bildungssystems und der offiziellen Massenmedien sein. In Polen war der Einfluss der Eltern – und damit auch jener der katholischen Kirche – grösser als der eines Einparteienregimes, das sich nie des Makels entledigen konnte, der ihm anhaftete, weil es dem Land im Grunde von der Sowjetunion mit Waffengewalt aufgezwungen worden war. In Polen war die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Bevölkerung von einem mächtigen säkularen Führer die Lösung all ihrer Probleme erhoffte, sehr viel geringer als in Russland.<sup>73</sup>

## PSYCHOLOGISCHE DIMENSIONEN

Das Streben nach Macht und Reichtum wird insbesondere von Wirtschaftswissenschaftlern und ihren Mitreisenden unter den Politikwissenschaftlern oft als Spiel betrachtet, in dem rationale Akteure versuchen, ihr Eigeninteresse durchzusetzen. Doch paradoxerweise ist selbst das Streben nach Reichtum – sieht man von jenen ab, die so arm sind, dass ihr Überleben davon abhängt – oft nicht wirtschaftlich motiviert. Der Psychologe (und Träger des Wirtschaftsnobelpreises) Daniel Kahneman erklärt es so: «Für den Milliardär, der noch eine Milliarde reicher werden will, ebenso wie für den Teilnehmer an einem experimentalökonomischen Forschungsprojekt, der ein paar Dollar zusätzlich verdienen will, ist Geld ein Ersatz für Punkte auf einer Skala der Selbstachtung und des Erfolgs.<sup>74</sup> Wie üblich war Adam Smith klüger als jene, die seine Theorien als vorbehaltlose Verteidigung des wirtschaftlichen Eigennutzes deuten und darin das grundlegende Phänomen des gesellschaftlichen Lebens sehen. Smith war sich der Rolle des Irrationalen im Leben durchaus bewusst, und das schloss auch die Reaktionen der Menschen auf wichtige politische Entwicklungen ein. Beispielsweise bemerkte er: «All das unschuldige Blut, das in den Bürgerkriegen vergossen wurde, rief weniger Empörung hervor als der Tod Karls I.» Er stellte fest: «Ein Beobachter, der keine Kenntnis von der menschlichen Natur hätte, und der die Gleichgültigkeit sähe, mit welcher die Menschen das Elend derer betrachten, die unter ihnen stehen, und auf der anderen Seite das Bedauern und die Empörung wahrnehme, die sie wegen des Missgeschicks und der Leiden derjenigen fühlen, die ihnen übergeordnet sind, der würde geneigt sein anzunehmen, dass für Personen höheren Standes der Schmerz quälender und der Todeskampf schrecklicher sein müssen als für jene, die sich in niedrigerer Stellung befinden.»<sup>75</sup> Er lieferte eine psychologische Erklärung der sozialen und politischen Hierar-

chie, eine Erklärung, die seine Vorstellungen von der Beziehung zwischen den Regierungsformen und den Mitteln der wirtschaftlichen Subsistenz ergänzte. In Theorie der ethischen Gefühle erklärte Smith:

Auf dieser Neigung der Menschen, für alle Affekte der Reichen und Mächtigen Teilnahme zu hegen, beruht jedoch die Unterscheidung der Stände und die Ordnung der Gesellschaft. Unsere Unterwürfigkeit gegen diejenigen, die über uns stehen, entspringt häufiger aus unserer Bewunderung für die Annehmlichkeiten ihrer Situation als aus unserer Hoffnung auf Wohltaten, die wir von ihrem Wohlwollen erwarten dürfen. Ihre Wohltaten können sich nur auf einige wenige erstrecken; aber ihre Schicksale interessieren beinahe jedermann.<sup>76</sup>

In erster Linie die Weisen und Tugendhaften – die, wie Smith feststellt, lediglich eine kleine Gruppe bilden – sind «die wahren und ständigen Bewunderer von Weisheit und Tugend.» Hingegen: Der grosse Haufe der Menschen, der Pöbel, das sind die Bewunderer und Anbeter von Reichtum und Vornehmheit, und was noch sonderbarer scheinen könnte, es sind dies meistens ganz uninteressierte Bewunderer und Anbeter dieser Güter.<sup>77</sup>

Zu dieser Bereitschaft, «Reichtum und Grösse» zu bewundern, kommt die verbreitete Neigung, sich bei der Beurteilung individueller Herrscher – seien sie Monarchen, Präsidenten oder Ministerpräsidenten – an deren sehr vorteilhaftem Selbstbild zu orientieren, das durch die Schmeichelei der Personen gefestigt wird, die um die Gunst des Herrschers buhlen. Mittlerweile widmen einige Autoren den Gefolgsleuten und ihrer komplexen Beziehung zu den Führern grössere Aufmerksamkeit als in der Vergangenheit.<sup>78</sup> Ängstliche und leichtgläubige Anhänger, so die These, bekommen die schlechten Führer, die sie verdienen. Führer brauchen überzeugte Anhänger, die weitere Gefolgsleute rekrutieren, um das heroische Bild und die Botschaft des Führers zu verbreiten. «Die Nichtberücksichtigung der Abhängigkeit



des Führers von seiner Gefolgschaft geht mit einer übertriebenen Vorstellung von der Unabhängigkeit des Führers einher.»<sup>79</sup>

Die Ehrerbietung gegenüber Autoritätspersonen ermöglicht es «toxischen Führern» in verschiedensten Bereichen – nicht nur in der Politik –, sich auf Posten zu halten, die sie eigentlich nicht mehr innehaben sollten. Jean Lipman-Blumen hat eine verbreitete Neigung beobachtet, «toxische Führer solchen vorzuziehen, die uns desillusionieren und mit der Nase auf die Schattenseiten des Lebens stossen».<sup>80</sup> Selbstverständlich gibt es zahlreiche Führer, die weder «toxisch» noch Schwarzmalerei sind. Tatsächlich muss ein politischer Führer in der Lage sein, Hoffnung zu wecken und den Menschen, die ihm folgen, Grund zur Zuversicht zu geben, auch dann, wenn er das Ausmass der zu bewältigenden Probleme nicht beschönigt. Winston Churchill erfüllte diese Aufgabe als Premierminister im Zweiten Weltkrieg. Jimmy Carter nannte als US-Präsident viele der Probleme des Landes beim Namen, aber es gelang ihm nicht besonders gut, die Moral seiner Landsleute zu heben. Obwohl Carter eine intelligente und aufrechte Führungspersönlichkeit war, wurde er als «ein bisschen zu fromm und beinahe freudlos» beschrieben.<sup>81</sup> Er versuchte, vieles selbst zu erledigen, und verliess sich übermässig auf eine nicht durch emotionale Impulse oder politische Neigungen getriebene Rationalität, um seine politischen Ziele zu erreichen. Er war noch Präsident, als einer seiner früheren Mitarbeiter erklärte, ein Nachteil von Carters Führungsmethode sei, dass er «keine über das augenblickliche Problem hinausgehende Vision» anbiete.<sup>82</sup> Carter hatte eine sehr viel genauere Vorstellung von den politischen Fragen als sein Nachfolger Ronald Reagan, aber dessen Unbeschwertheit und Zuversicht trug wesentlich dazu bei, ihm den Wahlsieg über Carter im Jahr 1980 zu sichern. Studien zur amerikanischen Politik haben gezeigt, dass sich die Wähler «vor allem von Emotionen leiten lassen, die wiederum davon abhängen, in welchem Ausmass eine Partei oder ein Kandidat sich ihrer Ansicht nach um ihre Interessen und Wertvorstellungen kümmert»,

und «wenn es zwischen den Gefühlen und den eher rational begründeten Ansichten [der Wähler] zu einem Konflikt kommt, übertrumpfen die Emotionen in der Regel die Überzeugungen».<sup>83</sup>

Oft nehmen politische Führer Erfolge für sich in Anspruch, obwohl nicht klar ist, ob sie wesentlich dazu beigetragen haben (oder überhaupt einen Anteil daran haben).<sup>84</sup> Wie es die Sozialpsychologen Alexander Haslam, Stephen Reicher und Michael Platow ausdrücken: «Es ist kein Geheimnis, warum sich Führer selbst von der Idee der heroischen Führung angezogen fühlen. Erstens legitimiert diese Vorstellung die Position eines Führers, da sie eine Begründung dafür liefert, dass er selbst und nicht irgendeine andere Person die Macht haben sollte ... Zweitens befreit sie ihn von den Fesseln der Gruppen-traditionen, von den Verpflichtungen gegenüber den anderen Mitgliedern der Gruppe ... Drittens erlaubt sie ihm, Erfolge für sich in Anspruch zu nehmen und der Falle des Scheiterns auszuweichen.»<sup>85</sup> Die von Politikern verwendeten Personalpronomen sind aufschlussreich. Ihre Darstellung der eigenen Heldentaten klingt etwa so: «Ich führe, ihr macht Fehler, wir scheitern.»<sup>86</sup> Wie Kahneman feststellt: «Wir wissen, dass Menschen von einem unerschütterlichen Glauben an eine Überzeugung, und sei sie noch so absurd, erfüllt sein können, wenn sie darin von einer Gruppe Gleichgesinnter bestärkt werden.»<sup>87</sup>

Es ist zu begrüßen, dass die Forschung in jüngster Zeit neben den Führern auch die Gefolgschaft zum Untersuchungsgegenstand gemacht hat. Aber wenn man sich auf die eine Person an der Spitze der Hierarchie und auf die Menschen konzentriert, die als ihre Gefolgschaft bezeichnet werden können, lässt man eine wichtige Kategorie von politischen Führern ausser Acht. In Demokratien (und sogar in manchen autoritären Regimen) gibt *es in der Führungsgruppe kompetente Personen, die nicht als «Gefolgsleute» der Person an der Spitze betrachtet werden sollten*. Tatsächlich haben sie an den Erfolgen der Regierung möglicherweise ebenso grossen und manchmal grösseren Anteil als die Person, die der Regierung nominell vorsteht.

Für seriöse Biographen wichtiger Politiker, die nie Regierungschef waren, ist das nichts Neues, aber in Büchern, die sich mit politischer Führung im Allgemeinen beschäftigen, rückt diese Tatsache oft in den Hintergrund.

Es ist ein Axiom der Institutionsanalyse, dass in Bürokratien *der* Standpunkt von der Position abhängt.<sup>88</sup> Bis zu einem gewissen Grad ist es tatsächlich so. Die Beamten in einem Gesundheits- oder Bildungsministerium (und in noch höherem Mass der für das Ministerium zuständige Politiker) werden im Allgemeinen versuchen, ihrem Ressort deutlich mehr Budgetmittel zu sichern. Hingegen wird ein Mitarbeiter des Finanzministeriums in erster Linie daran interessiert sein, die Staatsausgaben in einem vernünftigen Rahmen zu halten. Winston Churchill gilt nicht als Politiker, der eine Verringerung der Verteidigungsausgaben befürwortet hätte, doch als Finanzminister verlangte er im Jahr 1925 massive Einsparungen von der Admiralität und eine Verkleinerung der britischen Flotte, nachdem er als Erster Lord der Admiralität vor dem Ersten Weltkrieg mit Erfolg auf deutlich höhere Ausgaben für die Kriegsmarine gedrängt hatte.<sup>89</sup> Allgemein lässt sich sagen, dass etwas, das für ein Ministerium vorrangig ist, in den Augen eines anderen möglicherweise keine Priorität hat.

Eine der vielen interessanten Erkenntnisse der politischen und Sozialpsychologie ist jedoch, dass der Standpunkt auch davon abhängt, was man sieht.<sup>90</sup> Eine falsche Wahrnehmung von Fakten wirkt sich auf Wertvorstellungen und Ansichten aus.<sup>91</sup> Beispielsweise glaubte in den neunziger Jahren ein Fünftel der Amerikaner, der grösste Posten im Staatshaushalt sei die Auslandshilfe; tatsächlich flossen lediglich 2 Prozent des amerikanischen Budgets in die Entwicklungshilfe.<sup>92</sup> Diese Einschätzung forderte die Ablehnung von Ausgaben für diesen Zweck. Es ist allgemein bekannt, dass die Menschen in ihrer Wahrnehmung dazu neigen, Informationen auszublenden, die ihren vorgefassten Meinungen widersprechen. Sie sind sehr kreativ, wenn es darum geht, ihre Entscheidungen als vernünftig und gerechtfertigt darzustellen, selbst dann, wenn ihre Handlungen ihren erklärten Grundsät-

zen widersprechen.<sup>93</sup> Die Menschen verarbeiten und interpretieren Informationen selektiv, um Widersprüche zu ihrer vorgefassten Meinung zu vermeiden. Die Wahrnehmung der politischen Realität ist «untrennbar mit den politischen Präferenzen und der Identität der Bürger verwoben». Beispielsweise hat sich in Studien über Fernsehdebatten zwischen amerikanischen Präsidentschaftskandidaten gezeigt, dass das Urteil darüber, welcher Politiker die Debatte «gewonnen» hat, «erheblich von der vorgefassten Meinung über die Kandidaten beeinflusst wird».<sup>94</sup>

Es ist gut belegt, dass Emotionen eine wichtige Rolle in der Politik spielen.<sup>95</sup> Daher müssen wir die Faktoren, welche die politische Haltung bestimmen, um einen weiteren ergänzen: *Wo man steht, hängt davon ab, was man fühlt*. Die Vernunft und die Beurteilung unseres Eigeninteresses wirken sich durchaus auf unsere Wahlentscheidungen aus, aber das materielle Eigeninteresse spielt für eine grosse Gruppe von Wählern eine weniger wichtige Rolle, als man annehmen könnte. Insbesondere zur amerikanischen Politik liegen umfangreiche Forschungsergebnisse vor. Die paradoxe Tatsache, dass viele Bürger ihre Entscheidung für einen Kandidaten von Beweggründen abhängig machen, die wenig mit ihren unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen zu tun haben, fasst Drew Westen, ein Psychologe und Experte für politische Strategie, so zusammen: «Wie schwule Menschen ihre Hingabe füreinander ausdrücken, hat keinerlei Auswirkungen auf die Ehen von 95 Prozent der Amerikaner. Dass Männer scharenweise mit ihren Angelkumpels durchbrennen, falls sie die Möglichkeit bekommen, einen schwulen Bund fürs Leben zu schliessen, ist nicht sonderlich wahrscheinlich. Ob jährlich ein paar Dutzend Mörder in lebenslange Haft oder auf den elektrischen Stuhl geschickt werden, macht für das alltägliche Leben der meisten von uns keinen grossen Unterschied.»<sup>96</sup> Bemerkenswert ist nach Ansicht von Westen, in welchem Mass die emotionale Reaktion auf solche gesellschaftlichen Fragen das Wahlverhalten vieler Amerikaner beeinflusst. Dabei spielen

andere Fragen tatsächlich eine viel grössere Rolle im alltäglichen Leben der meisten Bürger, etwa jene, «wer eine Steuersenkung bekommt und wer nicht; ob man seinen Job kündigen und in einem neuen anfangen kann, ohne Angst haben zu müssen, dass man wegen einer Vorerkrankung seine Versicherung verliert; ob man in Mutterschutz gehen kann, ohne gefeuert zu werden».<sup>97</sup>

## FÜHRUNGSINSTITUTIONEN

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass politische Führer im reinen Sinn des Begriffs Menschen sind, die eine Gefolgschaft anziehen und Einfluss auf die gesellschaftliche und politische Entwicklung nehmen, ohne irgendeine Form staatlicher Macht auszuüben. Mahatma Gandhi in der indischen Unabhängigkeitsbewegung, Nelson Mandela im Kampf gegen das Apartheid-Regime in Südafrika und Aung San Suu Kyi als anerkannte Führerin der birmanischen Demokratiebewegung sind herausragende Beispiele für solche Führer im 20. und 21. Jahrhundert.<sup>98</sup> Diese können zweifellos mit demselben Recht als der oder die «Grosse» bezeichnet werden wie jene Monarchen früherer Jahrhunderte, denen dieser Beiname aufgrund militärischer Erfolge verliehen wurde, obwohl sich die Geschichten von «grossen Männern» (oder grossen Frauen) bekanntlich nicht zur ausschliesslichen oder allgemeinen Erklärung historischer Veränderungen eignen.

Aber selbst diese drei Führungspersönlichkeiten waren auf Institutionen angewiesen (wenn auch nicht auf staatliche), um ihre Anliegen durchzusetzen. Gandhi stand an der Spitze des Indischen Nationalkongresses, der die wichtigste Organisation des Widerstands gegen die britischen Kolonialherren war, lange bevor er sich im unabhängigen Indien in die Regierungspartei verwandelte. Mandela war die angesehenste Figur in der Führung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), der viele Jahre gegen die institutionalisierte weisse Vor-

herrschaft in Südafrika kämpfte, bis er schliesslich die Gelegenheit erhielt, das Land zu regieren. Aung San Suu Kyi steht seit Jahren an der Spitze der Nationalen Liga für Demokratie (NLD), einer Organisation, die unter der repressiven birmanischen Militärdiktatur jahrelang nur im Untergrund arbeiten konnte. Aber diese Führer brauchten weder Schutzherren noch staatliche Macht, um moralische Autorität und politische Anziehungskraft zu entwickeln.

Bei den meisten politischen Führern, die auf nationaler Ebene Ansehen erlangen, liegen die Dinge anders. Ihre Fähigkeit zur Führung hängt weitgehend von ihrem Amt ab, wobei ihr Einfluss dann am grössten ist, wenn sie das Amt eines Staats- oder Regierungschefs bekleiden. Sogar talentierte Politiker mit starker Persönlichkeit können in einem bestimmten Amt sehr erfolgreich sein, während sie in einem anderen feststellen müssen, dass sie den Gang der Dinge nicht zu beeinflussen vermögen. Ihr Handlungsspielraum hängt zumeist vom institutionellen Rahmen, das heisst von den Kompetenzen und den Beschränkungen einer Institution ab. Einige Führer finden jedoch selbst in nicht sehr aussichtsreichen Ämtern einen Weg, zu Einfluss zu gelangen. Beispielsweise legte Lyndon B. Johnson ab 1955 als Mehrheitsführer im US-Senat (und vorher als Minderheitsführer) die Fesseln des Senioritätssystems ab, das die Beförderung zum Ausschussvorsitzenden von den Dienstjahren im Senat abhängig machte (eine weniger schmeichelhafte Bezeichnung für dieses System lautet «Senilitätssystem»). Mit einer Mischung aus Überzeugungskraft, Anreizen und manchmal Einschüchterung gelang es Johnson, Posten in wichtigen Ausschüssen zu besetzen und als ebenso rücksichtsloser wie effektiver Senatsführer Abstimmungen zu gewinnen. Tatsächlich erfand er die parlamentarische Führung praktisch neu. Sein Biograph Robert A. Caro schreibt, dass er eine Institution, die «halsstarrig unbeugsam» gewesen war, seinem Willen unterwarf und sich in den «grössten Senatsführer in der amerikanischen Geschichte» verwan-

delte. Er war «der Herr des Senats, einer Institution, die bis dahin nie einen Herrn gehabt hatte und ... seither keinen mehr gehabt hat».<sup>99</sup> Später als US-Präsident verwandelte Johnson sich in einen der seltenen *neudefinierenden* Führer (mehr dazu in Kapitel 3). Er hinterliess ein sehr viel bedeutsameres gesetzgeberisches Erbe als sein Vorgänger John F. Kennedy. Insbesondere gelang es ihm, Bürgerrechtsgesetze durchzusetzen, die weit über jene hinausgingen, die der Kongress Kennedy zugestanden hatte. Johnson verdankte seine Erfolge als Präsident nicht nur seinem taktischen Geschick und seiner Überredungskunst, sondern auch der Kombination seiner ausgezeichneten Kenntnis des Senats mit dem Einsatz der präsidentialen Macht.

Aber zwischen seiner Zeit als Senatsführer und der Übernahme des Präsidentenamts (nach der Ermordung Kennedys) war Johnson Kennedys Vizepräsident. In diesem Amt schien er Anfang der sechziger Jahre jenes Charisma, das ihn als Mehrheitsführer im Senat ausgezeichnet hatte (und das zu Beginn seiner Präsidentschaft erneut erkennbar wurde), vollkommen verloren zu haben. In dieser Funktion wurde er aus dem inneren Kreis der politischen Entscheidungsträger gedrängt. Zu diesen zählte Robert Kennedy, der Bruder des Präsidenten, der Johnson verabscheute (das Gefühl beruhte auf Gegenseitigkeit). Im Amt des Vizepräsidenten konnte sich Johnsons Führungstalent nicht entfalten, da die Funktionen dieses Amtes sehr eng begrenzt waren. John Nance Garner, ein ebenfalls aus Texas stammender Vorgänger Johnsons, fällte ein klares Urteil über dieses Amt: Es sei «keinen Eimer warmer Pisse» wert.<sup>100</sup> Johnson war derselben Meinung: «Zur Vizepräsidentschaft gehören Reisen in alle Welt, Chauffeure, salutierende Soldaten, applaudierende Leute, der Vorsitz in Gremien, aber am Ende ist sie nichts. Ich hasste sie jeden Augenblick.»<sup>101</sup>

Ein amerikanischer Vizepräsident kann eine sehr einflussreiche Figur werden und sogar eine Führungsposition einnehmen, allerdings nur, wenn ihm der Präsident grosses Vertrauen entgegenbringt, wie es George W. Bush mit Dick Cheney tat. Lyndon B. Johnson befand

sich als Stellvertreter Kennedys in einer ganz anderen Lage. Es war ein Fehler zu glauben, er könne einen Grossteil der Autorität, die er im Senat erworben hatte, auf die Vizepräsidentschaft übertragen, aber in anderer Hinsicht schätzte er seine Situation durchaus realistisch ein: Er war überzeugt, dass zu seinen Lebzeiten kein Kandidat aus einem südlichen Bundesstaat (Johnson war Texaner) zum Präsidenten gewählt werden würde (der letzte, dem das gelungen war, war Zachary Taylor im Jahr 1848 gewesen), aber er wusste, dass jeder fünfte Präsident den Platz im Weissen Haus von einem verstorbenen gewählten Amtsinhaber geerbt hatte. Als Kennedy, der seine Chancen bei den Wählern im Süden erhöhen wollte, dem Texaner anbot, an seiner Seite zu kandidieren, begriff Johnson, der seit früher Jugend vom Präsidentenamt geträumt hatte, dass er kaum eine grössere Chance bekommen würde.<sup>102</sup>

Institutionen sind sowohl ermächtigend als auch beschränkend. Sie helfen politischen Führern, ihre Vorhaben durchzusetzen. Gleichzeitig schränken Regeln, Verfahren und kollektiver Ethos der Institutionen den Handlungsspielraum von Politikern ein. Ein amerikanischer Präsident hat innerhalb der Exekutive grössere Macht als die Regierungschefs in den meisten parlamentarischen Systemen. Johnson gehörte wie Franklin D. Roosevelt zu den Amtsinhabern, die diese Machtbefugnisse vollkommen ausschöpften. Aber im Vergleich zu einem Regierungschef, dessen Partei eine absolute Mehrheit im Parlament hat (wie in Grossbritannien, wo im Jahr 2010 zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg eine Koalitionsregierung gebildet wurde), befindet sich der US-Präsident in einer sehr viel schwächeren Position gegenüber den beiden anderen Regierungsgewalten – der Legislative und der Judikative. Johnsons Erfahrung im Senat nützte ihm als Vizepräsident wenig. Aber als er Präsident wurde und die Senatoren der Reihe nach zum Gespräch bat, nützte sie ihm sehr viel. Darüber hinaus ist der US-Präsident nicht nur Regierungschef, sondern auch Staatsoberhaupt, weshalb ihm in Inter-



views und Pressekonferenzen traditionell grössere Ehrerbietung entgegengebracht wird als einem britischen Premierminister – ganz zu schweigen von der harschen Behandlung, die sich ein britischer Regierungschef während einer Fragestunde im Unterhaus gefallen lassen muss. Die besonders strikte Gewaltenteilung in den Vereinigten Staaten wirkt sich auf die Ausübung der präsidentialen Führungsbefugnisse aus. Daher wird die Präsidentschaft als Tribüne (bully pulpit) genutzt, um über die Köpfe der anderen Zweige des politischen Systems hinweg direkt die Öffentlichkeit anzusprechen und die Wähler dazu zu bewegen, Druck auf den Kongress auszuüben. Franklin D. Roosevelt und Ronald Reagan verstanden es auf unterschiedliche Art, was Truman als das stärkste Machtinstrument des Präsidenten betrachtete: die Überzeugungskraft.

## **Politische Führer und Parteien**

In einer Demokratie genießt ein Leiter der Exekutive, der eine politische Partei führt, die Rückendeckung ihrer Gremien und ihre Unterstützung im Wahlkampf. Er ist jedoch gut beraten, die in seiner Partei – und insbesondere in der Parlamentsfraktion – vorherrschende Meinung zu berücksichtigen, wenn ihm an einer guten Beziehung zu dieser Organisation gelegen ist. In einem demokratischen System kann ein Parteichef eine von ihm angestrebte Politik nicht einfach dekretieren, sondern muss Funktionäre und Basis von seinen Vorhaben überzeugen. Aus diesem Grund hat die Partei nicht nur eine ermächtigende, sondern auch eine einschränkende Funktion. Ein Parteiführer, der eine Massnahme durchzusetzen versucht, die den Grundwerten seiner Partei oder der Meinung einer Mehrheit ihrer Mitglieder widerspricht, bringt sich in Schwierigkeiten. Der Präsident der Vereinigten Staaten wird von der eigenen Partei im Allgemeinen weniger eingeschränkt als Regierungschefs in parlamentarischen Demokratien, obwohl er durchaus auch an innerparteiliche Grenzen stösst.

Beispielsweise hielt es Präsident George H.W. Bush für notwendig, die konstruktive und freundliche Beziehung zur sowjetischen Führung, die sich unter seinem Vorgänger Ronald Reagan entwickelt hatte, für längere Zeit ruhen zu lassen. Brent Scowcroft und seine Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat überprüften die bisherige Politik, um zu zeigen, dass die Regierung Bush nicht einfach die Außenpolitik Reagans fortsetzen würde. Condoleezza Rice, die dabei zwei Arbeitsgruppen leitete, erklärte später, in der Politik gegenüber Europa und der Sowjetunion habe das Ziel darin bestanden, «die Annäherung Ronald Reagans an Michail Gorbatschow im Jahr 1988, die weithin als übertrieben betrachtet wurde, zu bremsen». Nur der folgende «rasante Zusammenbruch des Kommunismus bewegte uns dazu, unsere inhärente Vorsicht rechtzeitig zu überwinden».<sup>103</sup>

Nach Ansicht des amerikanischen Botschafters in Moskau, Jack Matlock, lag es nicht einfach daran, dass in Washington die falschen Experten die falschen Ratschläge gaben, sondern auch daran, dass sich Präsident Bush dort politische Unterstützung sichern musste, wo sie am geringsten war: Während Reagan dank seines Ansehens beim rechten Flügel der Republikaner weitgehend (wenn auch nicht vollkommen) immun gegen Kritik aus den eigenen Reihen gewesen war, hatte Bush nach Ansicht Matlocks das Bedürfnis, die Parteirechte «zu beschwichtigen» und «Härte zu demonstrieren, um sich gegen Kritik vom rechten Flügel abzusichern».<sup>104</sup> Außenpolitische Fragen sorgen weiterhin gelegentlich für innerparteilichen Zwist, doch geschieht dies heute seltener als im Kalten Krieg. Die wachsende Bedeutung gesellschaftlicher Fragen in der amerikanischen Politik – Abtreibung, Schulgebet, Homosexuellenehe – hat zu einer Schwächung der Parteistrukturen beigetragen.<sup>105</sup>

Ein amerikanischer Präsident kann zwischen den Wahlen nur durch ein Amtsenthebungsverfahren gestürzt werden. Regierungschefs in parlamentarischen Demokratien genießen keinen solchen Schutz. Verlieren sie das Vertrauen ihrer Partei, insbesondere der

Parlamentsfraktion, so können sie ausgetauscht werden. Es ist leichter, einen ausreichend grossen Teil der Partei gegen einen Regierungschef zu mobilisieren, wenn nicht die einfachen Parteimitglieder, sondern nur die Angehörigen der Parlamentsfraktion über die Zusammensetzung der Parteiführung abstimmen dürfen. Australien ist ein gutes Beispiel für ein Land, in dem derartige Entscheidungen ausschliesslich in den Händen der Parlamentsabgeordneten liegen und in der jüngeren Zeit zahlreiche Parteiführer einschliesslich von Premierministern von ihrer eigenen Partei zu Fall gebracht wurden.

Um sich nicht von hochrangigen Parteikollegen, geschweige denn von einfachen Parteimitgliedern in ihrer Bewegungsfreiheit einschränken zu lassen, machen manche Politiker, die sich nicht vorbehaltlos zu den demokratischen Spielregeln bekennen, eine Tugend daraus, nicht in eine politische Partei einzutreten. In stabilen Demokratien kommt das extrem selten vor. Charles de Gaulle war die Ausnahme, welche die Regel bestätigte, und zwar nicht nur, weil er «über den Parteien» stand, sondern auch, weil er die französische Demokratie letzten Endes nicht untergrub, sondern stabilisierte.

Politische Führer, die behaupten, über dem Parteiensumpf zu stehen, findet man eher in Ländern, die eine autoritäre Herrschaft hinter sich haben. Dass sich solche Führer von den Parteien distanzieren, verhindert einen vollständigen Übergang von einem autoritären Regime zu einer Demokratie. Boris Jelzin und Wladimir Putin stellten sich als Präsidenten des gesamten russischen Volkes dar, die nicht durch Parteizugehörigkeit gefesselt oder korrumpiert seien. Damit leisteten sie der Demokratie im postsowjetischen Russland absichtlich oder unbewusst einen Bärendienst. (Putin trat eine Zeitlang als Führer der Kreml-Partei Einiges Russland auf, ohne ihr jedoch beizutreten.) Dass ein Regierungschef in einer Demokratie einer politischen Partei angehört, ändert nichts daran, dass er auch der politische Führer der Nation ist und im Interesse des gesamten Volkes handelt, so wie er

dieses Interesse versteht. Nicht die Parteizugehörigkeit eines Regierungschefs, sondern schwache oder schlecht funktionierende politische Parteien sind eine Bedrohung für eine junge Demokratie. Und dass ein Regierungschef nicht an der Spitze einer Parteiorganisation steht oder überhaupt keiner Partei angehört, entwertet die politischen Parteien und beeinträchtigt damit den Aufbau demokratischer Institutionen.

## **Politische Führer und Regierungsformen**

Institutionen wirken sich offenkundig darauf aus, welchen Handlungsspielraum Führer geniessen, und die Entscheidungen von Führern wirken sich umgekehrt auf die Institutionen aus. Vieles hängt davon ab, ob sich ein Land, das eine in hohem Mass autoritäre Herrschaft hinter sich hat, für eine Präsidialdemokratie, für eine parlamentarische Demokratie oder für ein Mischsystem entscheidet. Es gibt zahlreiche Studien dazu, wie sich präsidiale und parlamentarische Systeme auf die Entwicklung der Demokratie auswirken. Die Resultate deuten mehrheitlich daraufhin, dass der Parlamentarismus das Gedeihen der Demokratie eher begünstigt als ein Präsidialsystem oder eine Mischform. Im zuletzt genannten System teilen sich ein Präsident und ein Ministerpräsident die Regierungsgewalt.<sup>106</sup> Solche Semipräsidialsysteme oder dualen Systeme gewinnen an Bedeutung: Mehr als fünfzig Länder haben mittlerweile eine duale Exekutive.<sup>107</sup>

Darüber hinaus gibt es einen wichtigen Unterschied zwischen den Ländern mit dualen Regierungssystemen: In einigen sind der Ministerpräsident und sein Kabinett nur dem Parlament gegenüber verantwortlich, in anderen muss die Exekutive nicht nur gegenüber der Legislative, sondern auch gegenüber dem Präsidenten Rechenschaft ablegen. Die zweite Form, die dem Präsidenten sehr viel grössere Macht einräumt, bedingt, dass semipräsidiale Systeme im Schnitt weniger

demokratisch sind als parlamentarische.<sup>108</sup> In einem – gleichwohl demokratischen – Semipräsidentialsystem besteht die Möglichkeit einer unbehaglichen «Kohabitation»: Ein Präsident, der zu einem anderen Zeitpunkt gewählt wurde als das Parlament, muss einen Weg finden, um mit einem Ministerpräsidenten und einer Parlamentsmehrheit, die eine andere politische Ausrichtung als er haben, zusammenzuarbeiten. Das führt zu Spannungen, die das System destabilisieren können, obwohl zum Beispiel die französische Fünfte Republik solche Wahlergebnisse bemerkenswert gut verkraftet hat.

Auf der anderen Seite wurde das Parlament in Russland unter der Präsidentschaft von Wladimir Putin Schritt für Schritt in ein gefügiges und vom Präsidenten abhängiges Organ verwandelt. Anfangs kam es in diesem System zu schweren Konflikten zwischen Legislative und Exekutive, und im Jahr 1993 liess Boris Jelzin das Parlamentsgebäude von Panzern beschossen, um die unbotmässigen Duma-Abgeordneten gefügig zu machen – ein extremer Ausdruck «starker Führung», auf den die meisten westlichen Regierungen nur mit leiser Kritik reagierten. Tatsächlich war Jelzins Vorgehen ein schicksalhafter Schritt hin zur Wiederherstellung eines Systems des «starken Mannes» und lenkte Russland in eine autoritäre Richtung. Mit seiner Entscheidung, Putin zu seinem Nachfolger zu machen, setzte Jelzin diesen Weg fort.<sup>109</sup>

Hier stellt sich die Frage nach der Henne und dem Ei: Neigen politische Führer und Eliten in Ländern mit autoritärer Tradition zu einem semipräsidentialen System mit einem starken Präsidenten, was zu exzessiver Machtkonzentration führt? Wir müssen uns davor hüten, alles mit dem institutioneilen Design zu erklären. Tatsächlich hatte die russische Tradition der personalisierten Macht zur Folge, dass Putin in Wahrheit die Zügel in der Hand behielt, als er nach zwei Amtszeiten die Präsidentschaft für vier Jahre an seinen Protégé Dmitri Medwedew abtrat, weil die Verfassung ihm nicht erlaubte, mehr als zwei *aufeinanderfolgende* Amtszeiten zu absolvieren. Putin behielt die Kontrolle, als er in der dualen Exekutive den bis dahin (und nach

seinem Rückzug erneut) mit geringerer Macht ausgestatteten Posten des Ministerpräsidenten übernahm.<sup>110</sup> Alle Welt wusste, dass Putin der Patron und Medwedew der Klient war.



Politische Führer bewegen sich stets in einer historisch gewachsenen politischen Kultur. Sie können sich nicht nur auf Vernunft und Argumente stützen, sondern müssen auch in der Lage sein, an Emotionen zu appellieren und die Identität ihrer Partei oder Gruppe glaubhaft teilen. Jener Minderheit politischer Führer, die von Zeitgenossen und Nachwelt verehrt wird, gelang es, der von ihr geführten Gesellschaft als Ganzer ein Ziel zu geben, eine Grundlage für Vertrauen zu schaffen und dem Land eine Vision anzubieten, die über die alltäglichen Entscheidungen hinausreichte. Aber in Demokratien und sogar in autoritären Regimen gibt es zahlreiche verschiedene Führungsstile. Persönlichkeit und Überzeugungen der politischen Führer sind bedeutsam – und manche Führer spielen eine sehr viel wichtigere Rolle als andere. Daraus folgt jedoch nicht, dass ein Politiker, der mehr Macht besitzt, deshalb ein herausragender Mensch oder ein besonders effektiver Führer wäre. Mit anderen Worten, es bedeutet nicht, dass das optimale Rollenvorbild für einen Regierungschef das des Bosses ist.

## 2

# DEMOKRATISCHE FÜHRUNG: MYTHEN, MACHTVERHÄLTNIS- SE, STILE

Tony Blair kann sich nur bis zur zweiten Seite der Einleitung seiner Memoiren zurückhalten. Dann muss es heraus: «Ich habe drei Wahlen gewonnen.»<sup>1</sup> Später fügt er hinzu: «Politikforscher wie Politiker spekulieren gerne über diesen und jenen Wählertrend – was ja durchaus auch berechtigt ist –, aber es gibt dabei stets die Tendenz, die Wichtigkeit des Vorsitzenden zu unterschätzen.»<sup>2</sup> Aber wird hier wirklich etwas «unterschätzt», oder sind politische Führer in Wahrheit nicht *ganz so wichtig, wie sie glauben*? Wenn sie selbst und andere meinen, dass sie die entscheidende Rolle bei einem Wahlsieg gespielt haben, müsste sich diese Überzeugung auf die Arbeitsweise der Regierung auswirken. Politiker, die überzeugt sind, dass ein Wahlsieg eher ihr persönlicher Triumph als ein Erfolg ihrer Partei ist, neigen dazu, damit einen persönlichen Machtanspruch zu begründen. Die Zitate von Tony Blair (in Interviews machte er zahlreiche ähnliche Äusserungen) werfen zwei Fragen auf. Die erste und bedeutsamere ist allgemeiner Natur: Stimmen die Bürger parlamentarischer Demokratien, wenn sie zu den Urnen gehen, in erster Linie für (oder gegen) bestimmte Politiker? (Präsidialsysteme, in denen der Regierungschef direkt von den Bürgern gewählt wird, sind ein gesonderter Fall.) Die zweite Frage ist spezifischer: Inwieweit darf Blair in der ersten Person sprechen, wenn er über die Wahlsiege der von ihm geführten Labour Party in den Jahren 1997, 2001 und 2005 spricht? Noch wichtiger als diese beiden Fragen ist jene, wie wir demokrati-

sche Führer beurteilen, nachdem die Wahlen geschlagen sind. Trifft es zu, dass die Regierungschefs in demokratischen Ländern im Lauf der Zeit dominanter geworden sind? Ist die Forderung, grössere Macht in die Hände des Regierungsoberhaupts zu legen, berechtigt? Oder spricht mehr für die kollektive Führung, in der die massgeblichen Personen in einer politischen Partei auf nationaler Ebene die unangefochtene Führung der einzelnen Regierungsressorts innehaben, in wichtigen Fragen jedoch die Unterstützung einer Gruppe hochrangiger Kollegen brauchen, von denen sie zur Rechenschaft gezogen werden (abgesehen davon, dass sie selbstverständlich dem Parlament und letzten Endes den Wählern Rechenschaft schulden)?

## **POLITISCHE FÜHRER UND WAHLERGEBNISSE**

Der Politikwissenschaftler Anthony King bezeichnet den «nahezu universellen Glauben», die Persönlichkeit politischer Führer und Kandidaten habe erheblichen Einfluss auf die Wahlergebnisse, als «schlicht falsch». King bestreitet nicht, dass die persönlichen Merkmale politischer Führer eine Rolle spielen, verweist jedoch darauf, dass sie «nicht annähernd so wichtig sind wie allgemein angenommen». Aus einer Studie über Wahlen in sechs Ländern zieht er den Schluss, es komme selten vor, «dass die Persönlichkeit politischer Führer und Kandidaten und andere persönliche Eigenschaften über den Wahlausgang entscheiden».<sup>3</sup> Die Fachleute, die sich eingehend mit dem Einfluss von Führungspersönlichkeiten auf Wahlergebnisse befasst haben – die Zahl dieser Experten ist seit der Veröffentlichung von Kings Arbeit gestiegen –, sind sich nicht einig: Einige messen individuellen Führern grösseren Einfluss auf Wahlergebnisse bei als andere. Aber ihre Erkenntnisse rechtfertigen kaum die Neigung mancher politischer Führer, Wahlsiege in erster Linie sich selbst zuzuschreiben.



In Anbetracht des allgemeinen Mitgliederschwunds der politischen Parteien in den Demokratien und der schwindenden Parteitreu der Wähler könnte man annehmen, dass die Eigenschaften der Parteiführer an Bedeutung gewonnen haben. Tatsächlich sind einige Belege für die Hypothese ins Feld geführt worden, dass die Eigenschaften der individuellen politischen Führer an Bedeutung für die Wähler gewonnen haben, was im Wesentlichen auf einen Wandel der politischen Berichterstattung in den Massenmedien im vergangenen halben Jahrhundert zurückgeführt wird.<sup>4</sup> Häufig wird eine zunehmende «Personalisierung» als Beleg für eine «Präsidialisierung» der Politik in den parlamentarischen Demokratien genannt.<sup>5</sup> Aber während in vielen Ländern tatsächlich eine zunehmende Konzentration von Parteien und Massenmedien auf die Parteichefs zu beobachten ist, bedeutet dies nicht, dass die Wähler im selben Mass von diesen Figuren besessen sind wie viele Politiker und Journalisten.<sup>6</sup> Abgesehen von der Fragwürdigkeit der These, dass die Bedeutung politischer Führer für die Wahlergebnisse weltweit gewachsen sei, ist es übertrieben, Regierungschefs als zunehmend «präsidiale» Figuren darzustellen, die in der Ausübung ihres Amtes grössere Autonomie als früher geniessen.

In einer neueren Studie über die «Personalisierung» der Politik (die von der «Präsidialisierung» zu unterscheiden ist) fasst Lauri Karvonen Forschungsergebnisse über die meisten stabilen parlamentarischen Demokratien der Welt zusammen. Der finnische Politikwissenschaftler hat «keinen klaren Beleg dafür gefunden, dass das Urteil der Wähler über die Parteiführer im Lauf der Zeit grösseren Einfluss darauf gewonnen hat, für welche Partei sie sich entscheiden». Und entgegen früheren Vermutungen, dass Personen mit geringer Parteibindung der Persönlichkeit der Parteiführer grössere Bedeutung beimessen werden, weisen die wissenschaftlichen Erkenntnisse in die entgegengesetzte Richtung.<sup>7</sup> Loyale Parteigänger unterstützen bestimmte Führer entschiedener, was darauf hindeutet, dass die Unterstützung für den Leiter des Teams von der Loyalität gegenüber der Partei ab-

hängt, anstatt dass der individuelle Führer grossen Einfluss auf die ungebundenen Wähler hätte. Die Autoren einer weiteren Studie weisen daraufhin, dass «die Wähler das Parteiticket bei der Beurteilung von Parteiführern als Stereotyp verwenden, das (in hohem Mass) bestimmt, wie sie diese Politiker wahrnehmen».<sup>8</sup> Wenn ein Wähler also bereits dazu neigt, die Christdemokraten in Deutschland, die Liberal Party in Australien, die Sozialisten in Frankreich oder die Labour Party in Grossbritannien zu wählen, wird er im Vorfeld einer Wahl vermutlich dem Führer dieser Partei positive Eigenschaften zusprechen, wer immer er oder sie auch sein mag.

Die Konzentration auf die Führungspersönlichkeiten ist kein vollkommen neues Phänomen, insbesondere, wenn es sich bei den fraglichen Politikern um herausragende Personen handelt. William Gladstone und Benjamin Disraeli, politische Rivalen im Grossbritannien des 19. Jahrhunderts, sind gute Beispiele. Aber in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verlieh das Fernsehen der Personalisierung der Politik eine neue Dimension: Erscheinung und Auftreten eines Politikers traten als wichtiger Bestandteil des Images einer Partei deutlicher in den Vordergrund als noch zu Beginn des Jahrhunderts. Aber als Informationsquelle zu Spitzenkandidaten hat das Fernsehen mit einiger Sicherheit seinen Zenit überschritten – insbesondere in der Mehrheit der Demokratien, die nicht zulassen, dass das Geld darüber entscheidet, wer Sendezeit bekommt. Die bezahlte politische Fernsehwerbung in den Vereinigten Staaten ist eine partielle Ausnahme. Auch viele Menschen, die Sendungen verfolgen, die nichts mit der ideologischen Debatte zu tun haben, können sich der Wahlpropaganda in den Werbepausen nicht vollkommen entziehen (allerdings nur, sofern sie die Sendungen nicht als Aufzeichnungen, sondern live verfolgen). Aber im Allgemeinen hat die Zunahme der Fernsehkanäle jene Zuschauer, die sich noch keinem politischen Lager angeschlossen haben, in die Lage versetzt, sich den Politikern und den politischen Debatten zu verweigern. Noch wichtiger – und hier sind die USA keineswegs eine Ausnahme – ist jedoch der Vormarsch des In-

ternets, das eine Vielzahl von Alternativen zur öffentlichen politischen Diskussion bietet und zugleich Möglichkeiten zu Debatten eröffnet, die nicht von den Ansichten und Persönlichkeiten der Spitzenpolitiker beeinflusst werden.

Während kein ernsthafter Analyst behaupten würde, die Beurteilung der persönlichen Eigenschaften von Politikern habe keinerlei Einfluss auf die Entscheidung der Wähler, «steht diese Wirkung im Schatten der üblichen Verdächtigen wie Parteibindung und -Präferenzen sowie sozioökonomischer Faktoren».<sup>9</sup> Im Allgemeinen sind weder die Persönlichkeit der Politiker noch ihre Bewertung durch die Bürger die wichtigsten Determinanten für Wählerpräferenzen oder Wahlergebnisse.<sup>10</sup> Eine Studie zum Einfluss politischer Führer auf die Wahlergebnisse in einem halben Jahrhundert in neun Demokratien zeigt, dass die Persönlichkeit der Politiker bei all diesen Wahlen einen Einfluss hatte, der erwartungsgemäss in Präsidialsystemen grösser war als in parlamentarischen Systemen. Insbesondere in den Vereinigten Staaten hatte die Persönlichkeit der Kandidaten erhebliche Auswirkungen auf die Ergebnisse von Präsidentenwahlen.<sup>11</sup> Doch selbst im Fall der USA wird die Bedeutung der Persönlichkeit der Präsidentschaftskandidaten und der Details der Wahlkämpfe einschliesslich der Fernsehdebatten überschätzt. Wenn wir uns die Beispiele von zwei sehr eloquenten Kandidaten mit attraktiven Persönlichkeiten ansehen, die erfolgreiche Wahlkämpfe führten – John F. Kennedy im Jahr 1960 und Barack Obama im Jahr 2008 –, ist die Versuchung gross, ihre Wahlsiege auf ihre persönliche Anziehungskraft zurückzuführen. Aber mit Blick auf die Auswertung der einschlägigen Umfragen, lehnt Anthony King die Hypothese ab, Kennedy habe seinen knappen Sieg über Richard Nixon «seiner Jugend, seinem Charme und seiner Eleganz» zu verdanken gehabt, die sich deutlich von Nixons «unrasiertem Aussehen und seinem allgemein zwielichtigen Erscheinungsbild» abhoben. King erklärt, Kennedy habe gesiegt, «weil er in einem Jahr, in dem die Demokraten ohnehin mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit das Weisse Haus zu-

rückerobert hätten, der Kandidat der Demokratischen Partei war, und nicht zuletzt, weil eine substantielle Mehrheit der amerikanischen Wähler sich mit den Demokraten identifizierte».<sup>12</sup>

Obama setzte sich ebenfalls in einer Wahl durch, in der jeder demokratische Bewerber ohnehin gute Erfolgsaussichten gehabt hätte. Der scheidende republikanische Präsident war aussergewöhnlich unpopulär. Ein Meinungsforscher scherzte im Jahr 2008, die Zustimmung zu George W. Bushs Amtsführung sei «fast so gering wie die der Siedler zur Amtsführung König Georgs III. vor 240 Jahren».<sup>13</sup> In einem Land, in dem das Geld sehr viel grösseren Einfluss auf die Wahlen hat als in Europa – und wo sehr viel höhere Summen in den Wahlkampf fliessen –, gaben die Demokraten mehr Geld aus als die Republikaner, was ungewöhnlich war. Es gelang ihnen, den republikanischen Kandidaten John McCain, der sich vom unpopulären Bush abzugrenzen versuchte, als Kopie des Amtsinhabers darzustellen. Am Ende des Wahlkampfes wurde McCain von vielen Wählern «als McSame wahrgenommen, was teilweise daran lag, dass es den Demokraten mit Unterstützung der Medien gelungen war, sein Image als geradliniger Einzelgänger zu zerstören und ihn mit dem republikanischen Amtsinhaber gleichzusetzen».<sup>14</sup> Angesichts der wirtschaftlichen Lage Ende des Jahres 2008, als die Auswirkungen der Finanzkrise spürbar wurden, half es zudem wenig, die Partei zu vertreten, die seit acht Jahren die Regierung stellte. Obama gewann die Wahl deutlich, obwohl ihm die Wähler in den Umfragen weder grössere «Führungsqualitäten» noch mehr «Vertrauenswürdigkeit» zusprachen als McCain. Nur beim Punkt «Empathie» erhielt er eine deutlich höhere Einstufung als sein republikanischer Widersacher.<sup>15</sup>

Während die Persönlichkeit eines Führers in Präsidialsystemen also eine grössere Rolle spielt als in parlamentarischen Systemen, ist sie normalerweise keineswegs der Faktor mit dem grössten Einfluss auf die Wählerentscheidung. Eine Auswertung von Umfragen zu den französischen Präsidentenwahlen zwischen 1965 und 1995 zeigt, dass

die Persönlichkeit des siegreichen Kandidaten nur in einer von sechs Wahlen nennenswerten Einfluss auf das Ergebnis hatte, nämlich bei der Wahl de Gaulles im Jahr 1965; bei einer weiteren Wahl hatte sie wahrscheinlich eine wichtige Rolle gespielt, und zwar 1969, als Georges Pompidou siegte. Diese Wahl musste anberaumt werden, weil de Gaulle nach einem verlorenen Referendum zurückgetreten war.<sup>16</sup> Roy Pierce schreibt zu de Gaulles früherem Wahlsieg: «Die Wähler müssen die Führungsqualitäten der Kandidaten sehr unterschiedlich einschätzen, um sich von einem Kandidaten abzuwenden, den sie aufgrund ihrer politischen Orientierung normalerweise wählen würden. Im Jahr 1965 nahmen die französischen Wähler tatsächlich einen derart gravierenden Unterschied zwischen den Kandidaten wahr.»<sup>17</sup>

In parlamentarischen Demokratien mit Mehrheitswahlrecht kommt den politischen Führungsfiguren eine etwas grössere Bedeutung zu als in Ländern mit Verhältniswahlrecht. Verhältniswahlen machen Koalitionsregierungen wahrscheinlicher, womit das Wahlvolk weiter von der Entscheidung über die Person des Regierungschefs entfernt ist. Auf die Besetzung dieses Postens müssen sich stattdessen die Koalitionspartner einigen. Es gibt auch eine geringfügige Tendenz zu einem grösseren Einfluss der Führungspersönlichkeiten auf das Wahlergebnis, wenn die programmatischen Unterschiede zwischen den Parteien gering sind. Daraus ziehen zwei Wissenschaftler folgenden Schluss: «Wenn die Parteien abdanken, können die Führungsfiguren in den Vordergrund treten. Aber wenn die Polarisierung zwischen den Parteien in Zukunft zunimmt, ist zu erwarten, dass der Einfluss der Popularität von Parteiführern auf die Wahlergebnisse wieder sinken wird.»<sup>18</sup> Dieselben Autoren beobachten eine langfristig wachsende Wirkung politischer Führer auf die Wahlergebnisse in den USA und Schweden, während der Trend in Kanada rückläufig ist. Das heisst aber auch, dass sie in ihrer vergleichenden Studie keinen klaren Beleg für die Hypothese gefunden haben, dass der Einfluss der Parteiführer auf die Wahlergebnisse allgemein steigt.<sup>19</sup>

## **Der individuelle Einfluss politischer Führer auf die Wahlergebnisse in Grossbritannien**

Bevor wir uns der zuvor zitierten Behauptung des ehemaligen britischen Premierministers Tony Blair und seinem tatsächlichen Beitrag zu den Wahlsiegen von Labour in den Jahren 1997, 2001 und 2005 zuwenden, sollten wir seine Aussage in den Kontext der Wahlen seit dem Zweiten Weltkrieg einordnen. (In der Zeit vor dem Krieg gab es keine auf Umfrageergebnisse gestützte Wahlforschung.) Da die Bewertung politischer Führer in gewissem Mass in die Wählerentscheidungen einfließt, kann sich die relative Popularität der Führer der beiden stärksten Parteien in einer sehr umkämpften Wahl unter Umständen als entscheidend erweisen. Aber das geschieht nur sehr selten. Wenn es nach dem Zweiten Weltkrieg einen britischen Parteiführer gab, der für seine Partei den Ausschlag zwischen Sieg und Niederlage gab, so war es Harold Wilson. Möglicherweise spielte Wilson sogar zweimal – 1964 und im Februar 1974 – eine entscheidende Rolle, was aber daher kam, dass die beiden grössten politischen Parteien bei diesen Wahlen extrem nah beieinanderlagen und die Person Wilsons in der Wählergunst einen besonders grossen Vorsprung vor den Führern der Konservativen Partei genoss. Im Jahr 1964 zeigte sich in den Umfragen, dass Wilson in der Gunst der Wähler deutlich höher stand als Alec Douglas-Home, und im Februar 1974 hatte er einen grossen Vorsprung vor Edward Heath. Aber die Labour Party gewann die Wahl im Jahr 1964 nur mit einem Vorsprung von 0,7 Prozent vor den Konservativen, was jedoch ausreichte, um Wilson zum Premierminister zu küren. Im Februar 1974 erhielt Labour dann in der ersten von zwei Parlamentswahlen in jenem Jahr 0,7 Prozent weniger als die Tories, was jedoch nicht genügte, um der Konservativen Partei im Unterhaus eine Mehrheit zu sichern, so dass Wilson zum zweiten Mal Premierminister wurde.<sup>20</sup>

Der Leiter der konservativen Denkfabrik Policy Exchange schrieb

im Jahr 2012 über die zweite der beiden Parlamentswahlen jenes Jahres: «Seit 1974 hat kein amtierender Premierminister seinen Stimmenanteil erhöhen können.»<sup>21</sup> Wilsons Popularität trug zweifellos zum damaligen Wahlsieg bei, als Labour 18 Sitze mehr errang als im Februar, aber entscheidend war sein Beitrag kaum. Entscheidend ist, dass der Begriff des «Premierministers» synonym für «politische Partei» steht. Als Tatsachenbeschreibung ist die Feststellung falsch. Wir müssen nicht weiter zurückgehen als bis zur Parlamentswahl von 2010, um auf einen amtierenden Premierminister (Gordon Brown) zu stossen, der seinen Stimmenanteil in der einzigen Wahl, in der die Wähler direkt für oder gegen seine Person stimmten – nämlich in seinem Wahlkreis Kirkcaldy and Cowdenbeath –, um mehr als sechs Prozent erhöhte.<sup>22</sup> Die Verwendung des Begriffs «Premierminister» als Synonym für «Partei» ist irreführend und eine erstaunlich verbreitete Begriffsverwirrung.

Tatsächlich kann eine politische Partei eine Parlamentswahl durchaus gewinnen, obwohl ihr Spitzenkandidat weniger populär ist als jener der rivalisierenden Partei. Beispielsweise gewannen die Konservativen die Wahl im Jahr 1970 mit deutlichem Abstand, obwohl ihr Parteichef Edward Heath in den Umfragen sehr viel schlechter abschnitt als die Partei und weniger beliebt war als Labour-Chef Harold Wilson (der zuvor sechs Jahre lang der Regierung vorgestanden hatte).<sup>23</sup> Und als sich die Konservativen im Jahr 1979 mit noch grösserem Vorsprung durchsetzten, lag Margaret Thatcher in der Wählergunst deutlich hinter dem Labour-Chef und scheidenden Premierminister James Callaghan. Die Wahl fand am 3. Mai statt, und in Umfragen zwischen dem 28. und 30. April hatte Callaghan einen Vorsprung von nicht weniger als 24 Prozentpunkten auf Thatcher. In den Tagen unmittelbar vor dem Urnengang schmolz sein persönlicher Vorsprung, aber er blieb weit populärer als Thatcher, während seine Partei auf eine Niederlage zusteuerte.<sup>24</sup>

Was sollen wir also von Tony Blairs Behauptung halten, er habe

drei Wahlen gewonnen? In einem Interview mit der Financial Times erklärte er im Jahr 2012: «Wenn man den Medien zuhört, könnte man manchmal glauben, ich hätte drei Wahlen verloren, anstatt sie zu gewinnen ...»<sup>25</sup> In Wahrheit war es eher so, dass viele Journalisten und andere Blairs Überzeugung, diese Wahlsiege seien vor allem seine Erfolge gewesen, ungeprüft übernahmen, anstatt seine Behauptung zu hinterfragen. Wie sehr es sich eingebürgert hat, die Wahlergebnisse von Parteien ihren Führern zuzuschreiben, und wie illusorisch diese Vorstellung ist, zeigen die Politikwissenschaftler John Bartle und Ivor Crewe in einer gemeinsamen Studie über Parteiführer und Parlamentswahlen in Grossbritannien. Crewe und Bartle schreiben: «Wir haben persönlich die an Feindseligkeit grenzende ungläubige Verblüffung eines nicht-akademischen Publikums erlebt, dem eröffnet wurde, dass der Einfluss der Persönlichkeiten von Blair und [John] Major auf das Wahlergebnis im Jahr 1997 verschwindend gering war.»<sup>26</sup>

Obwohl die Loyalität der Wähler gegenüber den Parteien in Grossbritannien und den meisten Demokratien heute weniger ausgeprägt ist als vor einem halben Jahrhundert, wählen die Bürger immer noch politische Parteien. Die Parlamentswahl von 1997 gewann die grosse Oppositionspartei mit überwältigendem Vorsprung. In einer funktionierenden Demokratie ist es sehr schwierig für eine Regierungspartei, vier oder sogar fünf Wahlen in Folge zu gewinnen. Den britischen Konservativen war es entgegen aller Wahrscheinlichkeit gelungen, vier Wahlen nacheinander für sich zu entscheiden, aber die verbreitete Haltung, es sei «Zeit für einen Wechsel», sprach dagegen, dass es ihnen ein fünftes Mal gelingen würde. Obendrein hatten sie den Ruf eingebüsst, überlegene wirtschaftliche Kompetenz zu besitzen. Noch unter Margaret Thatcher hatte sich die konservative Regierung 1990 dem Wechselkursmechanismus (WKM) angeschlossen, einem Vorläufer der europäischen Gemeinschaftswährung. Am 16. September 1992, der als Schwarzer Mittwoch in die Geschichte einging, geriet das britische Pfund unter Druck. Die Regierung sah sich



gezwungen, aus dem WKM auszusteigen, um die Währung abwerten zu können, nachdem sie die Zinsen auf ein Niveau gehoben hatte, das verheerende Folgen für die britische Wirtschaft haben sollte. Der damalige Premierminister John Major urteilte später durchaus treffend: «An jenem Tag rückte ein fünfter konservativer Wahlsieg in Folge, der, sofern die Opposition nicht selbstzerstörerisch handelte, stets unwahrscheinlich gewesen war, in weite Ferne, wenn er nicht sogar vollkommen undenkbar wurde.»<sup>27</sup>

Bis zu seinem plötzlichen Tod im Mai 1994 galt John Smith als der nächste britische Premierminister. Er hatte in der von James Callaghan geführten Labour-Regierung gedient und galt als vorzüglicher, scharfsinniger und vernünftiger Politiker. Es war unwahrscheinlich, dass die Partei unter seiner Führung «selbstzerstörerisch» handeln würde, um Majors Ausdruck zu verwenden. Dennoch behauptet Peter Mandelson – der ein Vertrauter von Smiths Vorgänger Neil Kinnock gewesen war und sich ausgezeichnet mit Tony Blair verstehen würde, von Smith jedoch auf Distanz gehalten wurde –, unter Smith wäre ein Wahlsieg der Labour Party weniger wahrscheinlich gewesen. Als Beleg für diese Behauptung führt er an, dass die Umfragewerte von Smith Ende 1992 «auf plus 4» gesunken seien, wobei er erwähnt, dass Majors Beliebtheitswert bei «minus 30 Prozent» lag.<sup>28</sup> Mit anderen Worten: Zwischen den beiden Parteiführern klappte eine Lücke von 34 Prozentpunkten. Zwar wurde die Distanz zwischen den Beliebtheitswerten Blairs und Majors noch grösser, aber es gibt keine seriöse Studie zum Einfluss der Parteiführer auf das Wahlergebnis von 1997, die zu dem Ergebnis gelangt wäre, dass die Labour Party ohne Blair etwas anderes als einen überwältigenden Sieg errungen hätte.

Der Erdrutschsieg – Labour sicherte sich eine Mehrheit von 179 Parlamentssitzen – war nicht zuletzt auf ein Wahlsystem zurückzuführen, das einen eher geringen Zugewinn an Wählerstimmen in eine unverhältnismässig grosse Parlamentsmehrheit verwandelt. Der Stimmenanteil der Labour Party war im Jahr 1997 niedriger als in sämtli-

chen Wahlen zwischen 1945 und 1966 – einschliesslich jener, in denen die Partei unterlag. Der Grund für den grossen Vorsprung war, dass die Konservativen ein katastrophal schlechtes Ergebnis ernteten. Sie mussten sich mit dem niedrigsten Stimmenanteil im 20. Jahrhundert abfinden und errangen so wenige Parlamentssitze wie seit 1906 nicht mehr.<sup>29</sup> Ihre Popularität war derart gering, dass jeder Labour-Chef, der die «Selbsterstörung» vermeiden konnte, die Partei zu einer Mehrheit von deutlich über hundert Sitzen im Unterhaus geführt hätte. Bartle und Crewe errechneten, dass die Mehrheit von Labour, «wenn Major und Blair dieselben Beliebtheitswerte erhalten hätten, von 11,9 auf 11,0 Prozentpunkte gesunken wäre, wodurch sich das Mehrheitsverhältnis im Parlament um lediglich vier Sitze verschoben hätte».<sup>30</sup>

Den folgenden Wahlsieg im Jahr 2001 verdankte die Labour Party vor allem der öffentlichen Wahrnehmung, dass sie im Gegensatz zur Vorgängerregierung eine kompetente Wirtschaftspolitik betrieben habe. Dies war «eine ausschlaggebende Determinante für die Wählerentscheidung», wie es in einer grossen Studie über diese Wahl heisst.<sup>31</sup> Entscheidenden Anteil an der Wahlniederlage der Torys im Jahr 1997 hatte die Tatsache, dass die Wähler das Vertrauen in die Wirtschaftskompetenz der Konservativen verloren hatten; in der Vergangenheit hatte eher die Labour Party unter Zweifeln an ihren Fähigkeiten in diesem Bereich gelitten. In Blairs Regierung war Schatzkanzler Gordon Brown für die Wirtschaft zuständig. In fast allen Regierungen spielen die Finanz- und Wirtschaftsminister eine wichtige Rolle, aber es besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass Browns Vormachtstellung in der Wirtschaftspolitik ungewöhnlich stark war. Zweifellos kam Blair im Jahr 2001 genau wie vier Jahre früher bei den Wählern gut an, aber genauso klar ist, dass er weit davon entfernt war, das Wahlergebnis seiner Partei zu bestimmen.

Im Jahr 2005 war Blair aufgrund der schwindenden Popularität des Irakkriegs, der mittlerweile seit zwei Jahren andauerte, noch wei-

ter davon entfernt, den Wahlsieg der Labour Party persönlich für sich in Anspruch nehmen zu können. Die Wähler wussten, dass Blair die Regierung Bush in ihrem Wunsch bestärkt hatte, militärisch gegen Saddam Hussein vorzugehen, und dass er den Amerikanern die Entsendung britischer Truppen zugesagt hatte. Aber da die wichtigste Oppositionspartei, die Konservativen, die Invasion des Irak ebenfalls vorbehaltlos unterstützt hatten, schlugen vor allem die Liberaldemokraten Kapital aus der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Nahostpolitik der Labour-Regierung. Der Stimmenanteil der Liberaldemokraten stieg um fast vier Prozentpunkte auf 22 Prozent, womit sie die Zahl ihrer Parlamentssitze von 52 auf 62 erhöhen konnten.<sup>32</sup> Das war sehr viel weniger gefährlich für den Machterhalt von Labour als ein Zugewinn der Konservativen. Keine der beiden Grossparteien weckte Begeisterung bei der Wählerschaft. Die Labour Party siegte mit etwas mehr als 9,5 Millionen Stimmen – das waren über zwei Millionen weniger gegenüber 1992, als sie bei einer höheren Wahlbeteiligung unter der Führung von Neil Kinnock die Wahlen verloren hatte. In ihrer Gesamtheit deuten die Fakten daraufhin, dass Blair als Wählermagnet weniger wertvoll war, als gemeinhin angenommen wird. So gerne er es auch selbst glauben wollte, seine Person gab bei keiner der drei Wahlen, die Labour mit ihm als Spitzenkandidat gewann, den Ausschlag.

## **SIND DIE POLITISCHEN FÜHRER IN DEN DEMOKRATIEN IM LAUF DER ZEIT DOMINANTER GEWORDEN?**

Im Lauf des 20. Jahrhunderts wuchs die Macht der meisten Zentralregierungen in den Demokratien. Aber eine Vormachtstellung der Zentralregierung ist nicht dasselbe wie eine dominante Position des Regierungschefs innerhalb der Exekutive, selbst wenn es einige Hinweise darauf gibt, dass die politischen Führer in den Demokratien im

Lauf der Zeit an Einfluss gewonnen haben. Zweifellos gilt das für die internationale Rolle der Regierungschefs. Wie in Kapitel 1 erläutert, haben sie dank der beschleunigten Kommunikation eine bestimmende Position in der Aussenpolitik errungen. Die verbesserte Kommunikation erleichtert die Interaktion zwischen den Regierungen und nährt zugleich die Erwartung, dass sie direkt miteinander kommunizieren. Kluge Regierungschefs nutzen die in ihren Aussenministerien angehäufte Sachkenntnis und arbeiten eng mit dem Ressortchef zusammen, da sie um die internationale Politik nicht herumkommen, selbst wenn ihr Interesse bisher in erster Linie der Innenpolitik galt. Die meisten von ihnen finden rasch Gefallen an den Auftritten auf dieser Bühne. Wie Harold Macmillan – jener britische Premierminister, dessen Amtszeit sich mit der von Dwight D. Eisenhower (in dessen letzten Jahren im Weissen Haus) und John F. Kennedy in den Vereinigten Staaten, Charles de Gaulle in Frankreich, Nikita Chruschtschow in der Sowjetunion und Konrad Adenauer in der Bundesrepublik überschchnitt – scharfsinnig feststellte, war er daheim ein «Politiker», aber im Ausland ein «Staatsmann». <sup>33</sup> (Harry Truman drückte es anders, aber nicht weniger ironisch aus, als er sagte, ein Staatsmann sei «ein toter Politiker».) <sup>34</sup>

## **Die Beschränkungen des amerikanischen Präsidentenamts**

Der Begriff der «Präsidentialisierung» ist nicht zuletzt deshalb ungeeignet, um die Rolle der Regierungschefs in parlamentarischen Demokratien zu beschreiben, weil das bekannteste aller Präsidentenämter, jenes der Vereinigten Staaten, in seiner innenpolitischen Macht enger begrenzt ist, als es die meisten europäischen Verfassungen für die Regierungschefs vorsehen. Das ist vor allem auf die strikte Gewaltenteilung in den USA zurückzuführen. Aufgrund der abweichenden Wahlzyklen und der separaten Stimmabgabe für Präsident und Legislative

kann der Kongress von einer anderen Partei als jener kontrolliert werden, die den Präsidenten stellt, und es gibt Zeiten, in denen selbst eine Mehrheit der eigenen Partei im Kongress, der von verschiedenen Interessen unter Druck gesetzt wird, keine Gewähr dafür ist, dass der Präsident seine politischen Vorhaben durchsetzen kann. In den letzten Jahren hat der Gegensatz zwischen der im Weissen Haus vertretenen Partei und jener, die das Repräsentantenhaus kontrolliert, der Macht des Präsidenten noch engere Grenzen gesetzt als in der Vergangenheit. Dies ist die Folge einer zunehmend unflexiblen Parteibindung der Abgeordneten: Immer weniger Kongressmitglieder legen ein unabhängiges Abstimmungsverhalten an den Tag.

Die eigenständige politische Macht des Obersten Gerichtshofs, der nicht davor zurückschreckt, Entscheidungen des Präsidenten oder vom Parlament verabschiedete Gesetze, welche die Rückendeckung des Präsidenten haben, aus vordergründig verfassungsrechtlichen Gründen zu Fall zu bringen, legt dem Präsidenten zudem rechtliche Fesseln an, mit denen die meisten anderen Regierungschefs nicht zu kämpfen haben. Und obwohl der US-Präsident die zentrale Exekutivmacht sehr viel unmittelbarer verkörpert als ein Regierungschef in einer parlamentarischen Demokratie, fällt es dem Präsidenten aufgrund der Grösse und Komplexität der amerikanischen Bundesregierung schwer, die Regierungspolitik zu lenken. Man könnte sogar sagen, dass «der Mitarbeiterstab des Weissen Hauses die *einzig*e Organisation innerhalb der Bundesregierung ist, der ein Präsident seinen persönlichen Stempel aufdrücken und von der er Rechenschaft und Loyalität einfordern kann».<sup>35</sup> Der Gelehrte und ehemalige Regierungsbeamte Harold Seidman hat darauf hingewiesen, dass ein amerikanischer Präsident seinen Kabinettsmitgliedern selbst dann, wenn er eine Abneigung gegen sie hegt, anderer Meinung als sie ist und an ihrer Loyalität zweifelt, die Macht nicht entziehen kann, ohne seine eigene Macht zu untergraben:

Der Inhaber des «mächtigsten Amtes auf Erden» lernt rasch die raue Wirklichkeit kennen. Seine vollziehende Gewalt ruht auf einem zerbrechlichen konstitutionellen Fundament – auf seiner Befugnis, die leitenden Beamten der Vereinigten Staaten zu ernennen. Die Ernennungsbefugnis kann derart eingeschränkt sein, dass seine Entscheidungsfreiheit sehr begrenzt ist. Er kann Beamte mit Verwaltungsaufgaben entlassen, aber auch hier ist seine Macht beschränkt. Die Entlassung eines hochrangigen Funktionärs ist eine Notmassnahme, die er nur angesichts einer extremen Provokation ergreifen kann.<sup>36</sup>

Wie begrenzt die präsidentiale Ernennungsbefugnis ist, verdeutlichen die Schwierigkeiten, auf die Bill Clinton im Jahr 1993 bei dem Versuch stiess, einen Assistenten des Generalbundesanwalts für Bürgerrechtsfragen zu ernennen. Seine erste Wahl fiel auf Lani Guinier, eine Professorin an der University of Pennsylvania, die eine Studienkollegin Clintons in Yale gewesen war. Es stellte sich jedoch rasch heraus, dass sich im Senat so grosser Widerstand gegen sie regte, dass ihre Nominierung kaum Chancen auf Ratifizierung hatte. Angesichts der Aussicht auf eine Niederlage nach einem langwierigen Verfahren entschloss sich Clinton, auf Guiniers Nominierung zu verzichten.<sup>37</sup> Sein nächster Kandidat John Payton, der so wie Guinier ein afroamerikanischer Jurist war, stiess ebenfalls auf Ablehnung im Kongress und zog seine Bewerbung von sich aus zurück. Schliesslich nominierte der Präsident Deval Patrick, «einen brillanten afroamerikanischen Juristen, der ebenfalls aus der Bürgerrechtsbewegung kam und gute Arbeit an der Spitze der Civil Rights Division leistete». Zu seinem Bedauern verlor Clinton dadurch die Freundschaft Guiniers.<sup>38</sup> In jüngerer Zeit stiess Präsident Barack Obama auf Hindernisse, als er versuchte, im Jahr 2013 ein sehr viel höherrangiges Regierungsamt zu besetzen. Seine Wunschkandidatin für die Nachfolge Hillary Clintons als Aussenministerin war Susan Rice, die amerikanische Botschafterin bei den Vereinten Nationen, die auch über Jahre seine aussenpoli-

tische Beraterin gewesen war. Angesichts des erbitterten Widerstands der Republikaner im Kongress erklärte sich der Präsident schliesslich bereit, die Nominierung von Rice zurückzuziehen.<sup>39</sup> Und dies sind nur einige Beispiele dafür, welche Hindernisse das wichtigste Machtmittel des Präsidenten schwächen, nämlich «die Vollmacht, leitende Beamte der Vereinigten Staaten zu ernennen».

Niemand bezweifelt, dass die Macht der US-Regierung im letzten Jahrhundert insgesamt gewachsen ist – wenn auch nicht im selben Mass wie in den europäischen Demokratien. Aber wenn wir auf die vergangenen hundert Jahre und noch weiter zurückblicken, stellen wir fest, dass die Darstellung, die Macht des amerikanischen Regierungschefs innerhalb seiner Regierung sei gewachsen, übermässig vereinfachend ist. Theodore Roosevelt war eine dominantere Figur als die Präsidenten der Zwischenkriegszeit – Warren Harding, Calvin Coolidge und Herbert Hoover. Hoovers Nachfolger Franklin D. Roosevelt sicherte der Präsidentschaft dank seines politischen Geschicks und seiner Beliebtheit bei der Bevölkerung eine beherrschende Position. Er war der Erste, der den Rundfunk nutzte, um mit seinen «Kamingesprächen» die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Roosevelt pflegte einen extrem selbstsicheren Führungsstil, aber seine augenblickliche Wirkung beruhte auch auf konkreten Massnahmen wie einer beeindruckenden Antrittsrede, der Einberufung von Dringlichkeitssitzungen des Kongresses und seinen Massnahmen gegen die Finanzkrise. Er reagierte auf die Stimmung in der Öffentlichkeit und wählte den richtigen Zeitpunkt für seine Initiativen. Er war ein Präsident mit einem ungewöhnlichen Durchsetzungsvermögen und nutzte seine Vetomacht entschlossen.\* Er machte derart umfassenden Gebrauch von

---

\* Wenn eine Gesetzesvorlage vom Kongress verabschiedet und dem Präsidenten zur Ratifizierung vorgelegt wird, hat dieser die Möglichkeit, sein Veto einzulegen. Das Veto des Präsidenten kann jedoch von einer Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern des Kongresses überstimmt werden. Allein die Existenz des

diesem Recht, dass am Ende seiner zweiten Amtszeit «mehr als 30 Prozent aller seit 1792 von Präsidenten zu Fall gebrachten Massnahmen auf seine Rechnung gingen».<sup>40</sup>

Eine Zeitlang wurde davon ausgegangen, dass Franklin D. Roosevelts Amtsführung einen dauerhaften Machtzuwachs der «modernen Präsidentschaft» ankündigte, deren Geburtsstunde im Allgemeinen Ende der dreissiger Jahre in seiner zweiten Amtszeit angesetzt wird. Nach seinem Erdrutschsieg bei der Wahl im Jahr 1936 schien Roosevelt den Höhepunkt seiner Macht erreicht zu haben. In dieser Situation versuchte er, zusätzliche Richter in den Obersten Gerichtshof aufzunehmen, die den New Deal unterstützen würden. Aber die entsprechende Gesetzesvorlage scheiterte nicht nur im Kongress, sondern schweisste auch eine Koalition der Gegner von Roosevelts innenpolitischen Vorhaben zusammen. Wie ein führender Experte für das amerikanische Präsidentenamt beobachtet hat:

Einige Kongressmitglieder, die im Jahr 1937 mit FDR brachen, sollten ihm nie wieder dasselbe Mass an Loyalität entgegenbringen wie in seiner ersten Amtszeit. Auch riss die Auseinandersetzung Gräben zwischen Reformern verschiedener Richtungen auf, untergrub die parteiübergreifende Unterstützung für den New Deal und bestätigte in den Augen der progressiven Republikaner den Verdacht, dass es den New Dealern in Wahrheit um Selbstüberhöhung und eine Bündelung der Macht in Washington ging.<sup>41</sup>

---

Vetos erhöht den Anreiz zu Verhandlungen zwischen den verschiedenen Staatsorganen, um eine Blockade von Gesetzesvorhaben durch den Präsidenten zu vermeiden. Aber der Einsatz der Vetomacht ist mit Risiken verbunden, denn es hängt vieles davon ab, auf welche Seite sich die Öffentlichkeit schlägt. Ein populärer Präsident wie Roosevelt kann umfassender von seinem Vetorecht Gebrauch machen als ein unpopulärer Präsident.



Harry S. Truman brachte seinen Ministern grösseres Vertrauen entgegen als sein Vorgänger Roosevelt und gab ihnen im Allgemeinen grösseren Rückhalt. Auch sein Nachfolger Dwight D. Eisenhower war weniger dominant als Roosevelt und eher bereit, seinen Untergebenen Verantwortung zu übertragen und ihnen zu vertrauen. Dank seiner Karriere im Zweiten Weltkrieg, die zahlreiche diplomatische Aufgaben mit sich gebracht hatte, war Eisenhower sehr gut auf die internationalen Aufgaben des Amtes vorbereitet. Als er auf internationaler Ebene zum Beispiel mit dem französischen Präsidenten Charles de Gaulle und den britischen Premierministern Winston Churchill, Anthony Eden und Harold Macmillan zusammenarbeiten musste, hatte er es mit Männern zu tun, die er schon im Krieg kennengelernt hatte. Dennoch gab Eisenhower seinem Aussenminister John Foster Dulles beträchtliche Bewegungsfreiheit. Dulles war in Westeuropa sehr unbeliebt; Churchill beschrieb ihn als «stumpfen, phantasielosen, unverständigen Mann ohne Gespür» und spottete bei einer anderen Gelegenheit: «Dull, Duller, Dulles.»<sup>42</sup>

## **Präsidentiale Befugnisse und Führungsstile: Der amerikanische Fall**

Der Oberste Gerichtshof kann ein grosses Hindernis für die Bestrebungen eines Präsidenten sein, wie Harry Truman während des Koreakriegs feststellen musste, als ihn das Höchstgericht an einer vorübergehenden Verstaatlichung der Stahlindustrie hinderte, die in einen Arbeitskonflikt geschlittert war, der die Produktion bedrohte. Auf der anderen Seite kann der Oberste Gerichtshof einer Präsidentschaft zusätzlichen Glanz verleihen. So war es zweifellos im Fall Eisenhowers. Er wollte einem Konflikt über die Bürgerrechte aus dem Weg gehen und akzeptierte im Jahr 1954 widerstrebend das bahnbrechende Urteil des Obersten Gerichtshofs im Fall Brown gegen die Schulbehörde von Topeka, mit dem die Rassentrennung an öffentlichen Schu-

len für verfassungswidrig erklärt wurde. Das Urteil war ein Vorbote eines Konflikts zwischen der Bundesregierung und den südlichen Staaten der Union, die an der getrennten Bildung festhalten wollte, die nach Ansicht der Höchstrichter gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstieß. Die treibende Kraft hinter der Unterstützung der Bundesregierung für die Bürgerrechte war Eisenhowers Justizminister Herbert Brownell, und die rechtliche Grundlage für die Gleichstellung der Afroamerikaner lieferte der Oberste Gerichtshof unter dem Vorsitz des liberalen Republikaners Earl Warren, den Eisenhower selbst ernannt hatte. Eisenhowers wohlwollender Biograph Jim Newton erklärt, die Leistungen des Präsidenten in diesem Bereich seien «Ausdruck eines Triumphs des Führungsstils über die persönliche Überzeugung» gewesen: «Er überliess Brownell die Führung.» Zwar erhob Eisenhower gelegentlich Einwände, aber «die Regierung machte trotz seiner Vorbehalte Fortschritte».<sup>43</sup>

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs führte zu den von Eisenhower befürchteten heftigen Reaktionen im Süden, aber der Präsident war entschlossen, die Bundesgesetze zu verteidigen. Als ein Mob von weissen Suprematisten versuchte, schwarze Schüler in Little Rock (Arkansas) am Schulbesuch zu hindern, bat der Bürgermeister der Stadt, Woodrow Wilson Mann, die Bundesregierung um die Entsendung von Truppen, um «Frieden und Ordnung wiederherzustellen». Der Bürgermeister umging bewusst die Regierung seines Bundesstaats, die den gewalttätigen Widerstand gegen die Integration der Afroamerikaner deckte. Die Bundesregierung war eher bereit, ihm Hilfe zu leisten. Abgesehen davon, dass Präsident Eisenhower die Rechtsstaatlichkeit hochhielt, war er sich im Klaren darüber, wie sehr es dem internationalen Ansehen der Vereinigten Staaten schadete, dass Bilder eines weissen Mobs um die Welt gingen, der schwarze Kinder schikanierte, nur weil sie ihr Recht auf den Schulbesuch wahrnehmen wollten. Der Präsident entsandte Truppen, deren Gegenwart die Durchsetzung des richterlichen Beschlusses ermöglichte. Wie Ei-

senhowers Biograph feststellt: «Die Rassisten, die tapfer genug gewesen waren, sich wehrlosen Schülern entgegenzustellen, verloren angesichts der Soldaten den Mut.»<sup>44</sup>

Obwohl die Führungsstile der Präsidenten unterschiedlich sind und einige von ihnen mehr Zeit zur Erholung gefunden haben als andere, stehen sie allesamt unter immensem Druck. Während des gesamten 20. Jahrhunderts waren die Vereinigten Staaten zunächst eine Grossmacht, anschliessend eine der beiden «Supermächte» und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die globale Führungsmacht. Während die US-Präsidenten – manchmal zu ihrer eigenen Überraschung – die sehr realen Grenzen ihrer weltweiten Autorität kennenlernen müssen, haben ihre aussenpolitischen Entscheidungen grösseren Einfluss als die ihrer Kollegen in anderen Ländern. Zweifellos hätten sie alle mit Eisenhower fühlen können, als er nach einem schweren Herzinfarkt in einem Brief an einen Freund seine Verzweiflung über die Ärzte zum Ausdruck brachte: «Ich soll alle Situationen vermeiden, die Reaktionen wie Irritation, Frustration, Beklemmung, Furcht und vor allem Wut heraufbeschwören. Wenn mir die Ärzte solche Anweisungen geben, antworte ich ihnen: ‚Was denken Sie, was die Präsidentschaft ausmacht?‘»<sup>45</sup>

Lyndon B. Johnson war vermutlich der einzige Präsident nach Franklin D. Roosevelt, der sowohl innerhalb der Regierung als auch gegenüber dem Kongress ebenso grosse Macht ausübte wie dieser, obwohl er sehr viel kürzere Zeit amtierte und bei Weitem nicht so beliebt war wie Roosevelt.\* Einer von Johnsons massgeblichen Bio-

---

\* Allerdings hatte Roosevelt nicht nur mehr Anhänger, sondern auch mehr Feinde als Johnson. Ein Country Club in Connecticut verbot angeblich jede Erwähnung seines Namens, um Schlaganfällen vorzubeugen. In Kansas zog sich ein Mann in seinen Keller zurück und erklärte, er werde erst wieder herauskommen, wenn Roosevelt das Weisse Haus verlassen habe. (Ehe er wieder auftauchte, hatte sich seine Frau mit einem Handelsvertreter aus dem Staub gemacht.)

graphen beschreibt ihn als «den leidenschaftlichsten präsidentialen Gesetzgeber des 20. Jahrhunderts», der sogar den hyperaktiven Roosevelt in den Schatten gestellt habe.<sup>46</sup> Auch in der Aussenpolitik fällt Johnson persönlich wichtige Entscheidungen, obwohl seine Ergebnisse in diesem Bereich bei Weitem nicht so gut waren wie die Roosevelts. Johnsons innenpolitische Leistungen wurden von den hohen Verlusten an Menschenleben im unnötigen Vietnamkrieg überschattet, den die Vereinigten Staaten verloren. Obwohl Johnson das Engagement in Vietnam als vergiftetes Vermächtnis Kennedys betrachtete, glaubte er, dass sich die USA, nachdem sie sich einmal dort engagiert hatten, keinen Misserfolg leisten könnten.<sup>47</sup>

Die Präsidentschaft Ronald Reagans ist als eine der «extremen Delegation» bezeichnet worden, die dort gut funktionierte, wo er kompetente Personen mit grossen politischen Fähigkeiten ernannte – ein herausragendes Beispiel war Aussenminister George Shultz –, während sie «zu einem Desaster führte», wenn er sich auf Personen wie Donald Regan, John Poindexter und Oliver North verliess.<sup>48</sup> Reagans Vergangenheit als Filmschauspieler hatte Zweifel an seiner Eignung für das Präsidentenamt geweckt (obwohl er als Gouverneur von Kalifornien durchaus Kompetenz bewiesen hatte), aber gegen Ende seiner zweiten Amtszeit erklärte er, während seiner Zeit in diesem Amt habe er sich manchmal gefragt, «wie man diesen Job machen könne, ohne Schauspieler gewesen zu sein».<sup>49</sup> Es bestand weitgehend Einigkeit darüber, dass Reagan die zeremoniellen Aspekte der Präsidentschaft souverän beherrschte. Er war auch ein wirkungsvoller Kommunikator in einstudierten Ansprachen, während ihm in Pressekonferenzen bei spontan gestellten Fragen sein Mangel an Detailkenntnissen zu schaffen machte. Im Jahr 1984 sagte er: «FDR, Kennedy und Teddy Roosevelt liebten das Präsidentenamt und die wunderbare Tribüne, die es ihnen bot. Und dasselbe gilt für mich.»<sup>50</sup>

Reagan konzentrierte sich auf einige wenige grosse Themen, die ihm sehr am Herzen lagen. Dies waren Steuersenkungen, die Strate-

gische Verteidigungsinitiative (Strategie Defense Initiative, SDI), die Unterstützung der antikommunistischen Guerillabewegungen in Mittelamerika und der Kalte Krieg, den er sowohl rhetorisch als auch mit einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben führte, während er gleichzeitig nach einem sowjetischen Führer Ausschau hielt, mit dem er ins Gespräch kommen konnte. Grundsätzlich bevorzugte er einen schlanken Staat, niedrige Steuern und einen ausgeglichenen Staatshaushalt. Aber die Behauptung, er habe dies erreicht, entspricht nicht den Tatsachen. Seine Steuersenkungen kamen vor allem den Reichen zugute, und gemessen am Nationaleinkommen blieb die Einkommenssteuer in den achtziger Jahren stabil. Was den «schlanken Staat» anbelangt, so war die Zahl der Bundesangestellten im Jahr 1989 höher als 1981. Und Reagan, der die Regierung Carter dafür schmähte, dass sie ihm ein hohes Haushaltsdefizit hinterlassen hatte, vermachte seinem Nachfolger George H.W. Bush ein sehr viel grösseres Defizit.<sup>51</sup> Reagan zeigte in den meisten Fragen «eine aussergewöhnliche Missachtung für die Details», und selbst seine engsten Mitarbeiter mussten oft raten, was er von ihnen erwartete.<sup>52</sup>

Er hatte in doppelter Hinsicht Glück: Zum einen fiel der Ölpreis in den achtziger Jahren deutlich, was der amerikanischen Wirtschaft zugutekam und der sowjetischen schadete. Zum anderen setzte sich zu Beginn seiner zweiten Amtszeit Michail Gorbatschow an die Spitze des sowjetischen Regimes. In Reagans erster Amtszeit hatte sich das Verhältnis zum sowjetischen Kontrahenten verschlechtert, und Gorbatschows Aufstieg, der durch den Tod dreier betagter sowjetischer Parteiführer in rascher Abfolge ermöglicht wurde, hatte nichts mit Reagans Politik zu tun.

Aber so wie Napoleon vom Glück verwöhnte Generäle mochte, fanden Millionen Amerikaner Gefallen an einem vom Glück verwöhnten Präsidenten. Teilweise war Reagan jedoch durchaus seines eigenen Glückes Schmied. Er hatte das Pech, im Jahr 1981 bei einem Attentat schwer verletzt zu werden – obwohl die Kugel zu seinem Glück knapp das Herz verfehlte. Aber die Erklärung, die er seiner

Frau gab – «Schätzchen, ich vergass den Kopf einzuziehen» –, und die Worte, die er zu den Ärzten sagte, als er in den OP geschoben wurde – «Ich hoffe, Sie sind alle Republikaner» –, bewiesen, dass er Humor besass, und erhöhten seine Popularität. Sein charmantes und optimistisches Wesen, das viele Bürger schätzten, leistete ihm gute Dienste, als er einen offensichtlich doppelbödigen Deal genehmigte und später als ein Versehen abtat. Zwar sank der Anteil der Amerikaner, die seiner Amtsführung zustimmten, aufgrund der «Iran-Contra-Affäre» auf 47 Prozent, aber unter den gegebenen Umständen war das kein schlechter Wert. Es erging Reagan sehr viel besser als dem uncharmanten Richard Nixon, dessen Verstoß – der Einbruch in die Büros der Demokraten im Watergate-Komplex und die Vertuschung der Aktion – im Rückblick weniger gravierend erscheint als der Iran-Contra-Skandal: Reagan hatte in der Hoffnung, auf diese Art die amerikanischen Geiseln in Teheran befreien zu können, geheime Waffenlieferungen an den Iran autorisiert. Oliver North hatte die «hübsche Idee», den Iranern einen überhöhten Preis in Rechnung zu stellen und den Gewinn für die Unterstützung der Contras in Nicaragua abzuzweigen.<sup>53</sup> Aber die Transaktion war nicht nur rechtswidrig, sondern auch schlecht geplant: Die illegalen Waffenlieferungen gingen nicht an «gemässigte» Iraner, sondern an jene Hardliner, die den Sturm auf die amerikanische Botschaft und die Geiselnahme organisiert hatten.<sup>54</sup>

Aber diese beschämende Episode verblasste neben einem grossen Erfolg: dem Ende des Kalten Kriegs in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, nachdem in der Sowjetunion ein Mann an die Macht gekommen war, mit dem man «ins Geschäft kommen» konnte, wie es Margaret Thatcher ausdrückte. Die Vorstellung, Reagan könne an der Seite des Generalsekretärs der KPdSU einen Spaziergang über den Roten Platz unternehmen oder vor Studenten der Moskauer Staatsuniversität (unter einem Porträt Lenins) eine mitreissende und positiv aufgenommene Rede halten, hätte im Jahr 1980 noch abwegig gewirkt. Aber genau das geschah im Sommer 1988. An Reagans Popu-

larität sowohl während als auch nach seiner Präsidentschaft zeigt sich, wie sehr ein politischer Führer davon profitieren kann, positive Emotionen zu wecken, denn diese haben oft mehr Gewicht als die besten Argumente.

Wenn ein mögliches Kriterium für eine erfolgreiche Präsidentschaft die Popularität am Ende zweier Amtszeiten ist, dann muss Bill Clinton als der erfolgreichste Präsident des letzten halben Jahrhunderts betrachtet werden. Allerdings ist dies kein vollkommen befriedigender Massstab für die Beurteilung eines Präsidenten: Trumans Umfragewerte waren in seinen beiden letzten Amtsjahren ausserordentlich niedrig, doch in historischer Perspektive haben seine Leistungen an Gewicht gewonnen.<sup>55</sup> Clinton hingegen war nicht «stark» wie Lyndon B. Johnson, da er sehr viel weniger Macht über den Kongress besass. Über weite Strecken seiner Amtszeit sah er sich einer beharrlich feindseligen republikanischen Kongressmehrheit gegenüber, an deren Spitze Newt Gingrich stand. Erbitterte Gegner wie Gingrich auf seine Seite zu ziehen war unmöglich, aber es gelang Clinton auch nicht, gute Beziehungen zu dem altgedienten Demokraten Daniel Patrick Moynihan zu knüpfen, der zu jener Zeit den Vorsitz im Finanzausschuss des Senats führte.<sup>56</sup> In seiner ersten Amtszeit erlitt Clinton eine Schlappe mit seinem Vorzeigeprojekt, der Gesundheitsreform, deren Vorbereitung er seiner Frau Hillary anvertraut hatte. Die Ergebnisse seiner Aussenpolitik waren durchwachsen. Allerdings gelang es ihm in seiner zweiten Amtszeit sehr viel besser, schrittweise innenpolitische Veränderungen durchzusetzen. Abgesehen davon, dass er Programme wie Medicaid auf Dauer gewährleistete (das zur Absicherung der Armen diente, während das ebenfalls von Clinton unterstützte Medicare-Programm vor allem der Mittelschicht zugutekam), schaffte er es, seinem Nachfolger das Geschenk eines ausgeglichenen Staatshaushalts zu hinterlassen.

Nach der Aufdeckung seines Meineids in der Lewinsky-Affäre litt Clinton darunter, dass sich ab 1998 die Massenmedien, seine republi-

kanischen Gegner und der extrem feindselige Sonderermittler Kenneth Starr unablässig mit seinem Privatleben beschäftigt. Dennoch erhielt er am Ende seiner zweiten Amtszeit von den Bürgern die höchste Bewertung für seine Amtsführung seit Kennedy kurz vor seiner Ermordung.<sup>57</sup> Clinton verband Intelligenz und ein beeindruckendes Verständnis für politische Detailfragen mit herausragenden Fähigkeiten als Wahlkämpfer und Redner. Er strahlte Zuversicht aus, besass Empathie und die Fähigkeit, die Menschen emotional anzusprechen. Diese Eigenschaften trugen entscheidend dazu bei, dass er nicht nur seine gesamte Amtszeit Überstand (trotz der Versuche, ihn des Amtes zu entheben), sondern auch unter unablässigem Beschuss der Medien und erbitterter politischer Feinde seine Popularität bewahrte. Clintons Konzentration auf die Wirtschaft und das in den neunziger Jahren vorherrschende Gefühl des wirtschaftlichen Wohlergehens trugen entscheidend zu seiner Beliebtheit bei. Doch war seine Präsidentschaft unmittelbar nach dem Ende des Kalten Kriegs auch eine der vergebenen Chancen. Sein ihm grundsätzlich wohlwollender Biograph Joe Klein schliesst sein Urteil über Clintons Amtsführung mit einem zweifelhaften Kompliment ab: «Er war der unwiderstehlichste Politiker seiner Generation, obwohl das nicht allzu viel besagt.»<sup>58</sup>

Die Grenzen der Macht des amerikanischen Präsidenten, die von einer Präsidentschaft zur anderen schwankenden Machtverhältnisse und die Tatsache, dass die Vorstellung eines linearen Machtzuwachses des Präsidenten eine übertriebene Vereinfachung darstellt, sind nicht nur für sich genommen wichtig. Diese Faktoren zeigen, dass wir uns davor hüten sollten, das Konzept der «Präsidualisierung» zur Beschreibung eines vermeintlichen Machtzuwachses der Regierungschefs in den parlamentarischen Demokratien heranzuziehen. Der Begriff führt noch aus einem weiteren Grund in die Irre: In den zahlreichen Systemen mit dualer Exekutive ist die Macht zwischen Präsident und Regierungschef sehr unterschiedlich verteilt. In einigen Systeme-



men, etwa im französischen, spielt der Präsident eine übergeordnete Rolle bei der Festlegung der Politik, obwohl das eher für die Aussen- als für die Innenpolitik gilt. In anderen Ländern ist der Kanzler (in Deutschland), der Ministerpräsident (in Israel) oder der Taoiseach/Premierminister (in Irland) der unangefochtene Leiter der Regierung, während der Präsident als Staatshaupt einen hohen Stellenwert genießt, aber praktisch keine politischen Machtbefugnisse besitzt.

## **BEFUGNISSE UND FÜHRUNGSSTILE VON REGIERUNGSCHEFS: DER BRITISCHE FALL**

Wenn wir uns dem zweiten in diesem Kapitel untersuchten wichtigen Fallbeispiel neben den Vereinigten Staaten zuwenden, stellen wir fest, dass die These, die Macht des Leiters der Exekutive sei in den letzten hundert Jahren gewachsen, auch im Fall Grossbritanniens eine unangemessene Vereinfachung darstellt. Wir haben es vielmehr mit einer ausgesprochen erratischen Entwicklung zu tun. Wenn wir von der verbreiteten Vorstellung ausgehen, ein Regierungschef sei dann stark, wenn er in viele verschiedene Politikbereiche eingreift, seinen Kollegen in der Regierung seinen Willen aufzwingt und wichtige Entscheidungen persönlich fällt, dann war David Lloyd George nicht nur im Ersten Weltkrieg, sondern auch als Chef der Nachkriegsregierung mächtiger als die drei Premierminister (Arthur Bonar Law, Ramsay MacDonald und Stanley Baldwin), die dieses Amt zwischen seinem Sturz im Jahr 1922 und dem Regierungsantritt von Neville Chamberlain im Jahr 1937 bekleideten.

Als sich Lloyd George um ein wirtschaftliches und politisches Arrangement mit dem neuen kommunistischen Regime in Russland bemühte, nahm er nicht den Aussenminister Lord Curzon, der eigentlich der naheliegende Verhandlungsführer gewesen wäre und zumindest

einen Anspruch auf Teilnahme an den Treffen gehabt hätte, sondern den Aussenhandelsminister Lord Swinton mit zu den Gesprächen. Es war Swinton vollkommen klar, wie ungewöhnlich das Vorgehen des Premierministers war, und im Gespräch mit Lloyd George brachte er das deutlich zum Ausdruck: «Würden Sie mich so behandeln wie Curzon, so würde ich zurücktreten. Ich kann nicht verstehen, warum Curzon im Amt bleibt.» Lloyd George antwortete: «Aber das tut er doch, und zwar unentwegt. Sie haben zwei Boten im Foreign Office: Der eine hat einen Klumpfuß und bringt das Rücktrittsgesuch; der andere ist ein Laufchampion und holt ihn immer wieder ein.»<sup>59</sup>

Lloyd George festigte seine dominante Stellung mit einer Mischung aus List und persönlichem Durchsetzungsvermögen. In einem Kabinett, dem einige herausragende Köpfe angehörten, schien sich niemand mit der Brillanz des Premierministers messen zu können. Neville Chamberlain, Ministerpräsident zwischen 1937 und 1940, besass nichts von Lloyd Georges Glanz, und während sich Lloyd George nie vor anderen starken oder noch charismatischeren Persönlichkeiten als er selbst fürchtete, hielt Chamberlain fähige, kritische Köpfe aus seinem Kabinett fern. In seiner Regierung war kein Platz für Winston Churchill, Leo Amery oder Harold Macmillan, die seine Ansichten hinterfragt hätten.

## Churchill und Attlee

Mark Twain würde wohl sagen, der wichtigste Unterschied zwischen Mr. Churchill und einer Katze sei, dass eine Katze nur neun Leben habe. Gemessen an allen Gesetzen der Sterblichkeit hätte Churchill schon viele Male dahinscheiden müssen ... Aber das Begräbnis wurde jedes Mal verschoben, das Grab blieb jedes Mal leer. Man kann ihn für einen Moment bewusstlos schlagen, aber man kann ihn nicht umbringen, und wir werden müde, die Trauerfeierlichkeiten für ihn anzukündigen ... Seine Fehlschläge sind

monumental, aber die Kraft seines Geistes und der Impetus seiner Persönlichkeit lassen seine Misserfolge strahlender wirken als die Erfolge anderer Männer.<sup>60</sup>

Das Zitat stammt aus einem 1926 veröffentlichten Buch des Journalisten und Essayisten A.G. Gardiner. Zu jener Zeit war Churchill Mitglied der konservativen Regierung unter Stanley Baldwin. Churchill hatte 1899 erstmals für einen Parlamentssitz kandidiert und ein Jahr später seinen ersten Wahlsieg errungen. Anfangs ein Konservativer, wechselte er 1904 zur Liberalen Partei. 1910 wurde er Innenminister, und von da an gehörte er bis zum Sturz von Lloyd Georges Koalitionsregierung im Jahr 1922 die meiste Zeit der Regierung an. Bald darauf wechselte Churchill zurück zu den Konservativen. Zu dem Zeitpunkt, als Gardiner seine politische Überlebenskunst so treffend beschrieb, war er als Schatzkanzler für Wirtschaft und Finanzen zuständig. In den dreissiger Jahren überwarf er sich mit der Führung seiner Partei, und erst zu Beginn des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1939 kehrte er in die Regierung zurück. Ein wichtiger Grund für den Bruch zwischen Churchill und der Parteiführung war die Indienpolitik. Churchill wollte den Indern sowohl als Minister als auch ausserhalb der Regierung nicht einmal eine eingeschränkte Selbstverwaltung zugestehen.

In der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre begann Churchill auch die Zugeständnisse der britischen Regierung an Hitler-Deutschland zu kritisieren, und protestierte gegen das Münchner Abkommen, mit dem Chamberlain Hitler freie Hand zur Zerschlagung der Tschechoslowakei gab, um einen Krieg zu verhindern. Als Grossbritannien Deutschland im September 1939 nach dessen Überfall auf Polen den Krieg erklärte, stand fest, dass Chamberlains Appeasement-Politik gescheitert war. Nun wurde der Öffentlichkeit klar, dass Churchill mit seinen Warnungen Weitblick bewiesen hatte, und Chamberlain bot ihm den Posten des Ersten Lords der Admiralität in seinem Kriegskabinett an.

Zu Churchills Ernennung zum Premierminister im Mai 1940 trug

auch der Zufall bei. Chamberlain genoss weiterhin die Unterstützung einer deutlichen Mehrheit der konservativen Parlamentsabgeordneten, während die Labour Party, die grösste Oppositionspartei, eine ausgeprägte Abneigung gegen ihn hegte. Ganz anders als sein Vorgänger Baldwin hatte er Labour mit Geringschätzung behandelt. Als eine signifikante Minderheit der konservativen Abgeordneten in einer Unterhausdebatte am 7. und 8. Mai 1940 Kritik an Chamberlain und der Kriegführung äusserte, nutzte die Opposition die Gelegenheit, auf eine Abstimmung zu drängen. Die Mehrheit der Regierung schmolz von 213 auf 81 Stimmen zusammen, was Chamberlains Position unhaltbar machte: Es war klar, dass sich die Regierung unter einem anderen Premierminister neu formieren musste. So merkwürdig es heute auch erscheinen mag – hätte Aussenminister Lord Halifax Premierminister werden wollen, hätte er den Posten bekommen, ungeachtet des schwerwiegenden Nachteils, einen Sitz im Oberhaus, nicht aber im Unterhaus innezuhaben.

Die konservativen Abgeordneten gingen erst im Jahr 1965 dazu über, ihren (Partei-)Vorsitzenden zu wählen, und die (noch heute geltende) Verfassungskonvention, dass der Monarch eine Person, die im Unterhaus auf die Unterstützung einer Mehrheit zählen kann, mit der Regierungsbildung beauftragt, gab König Georg VI. im Jahr 1940 ein gewisses Mass an Entscheidungsfreiheit. Der König bevorzugte Halifax, der auch Chamberlains Wunschkandidat war und die Unterstützung der meisten konservativen Abgeordneten genoss. Der führende Experte für die Geschichte der Konservativen Partei, Robert Blake, erklärt: «Im Mai 1940 gab es eine kleine Minderheit konservativer Abgeordneter, die in Churchill den Mann sahen, welcher der Kriegsanstrengung ein Ziel, Energie und Originalität verleihen konnte, aber es gibt kaum einen Zweifel daran, dass sich die Partei für Halifax entschieden hätte, wäre es zu einer Wahl gekommen. Aber es kam nicht dazu; die Frage wurde eher von den Ratgebern der Krone als durch Zählung der Stimmen entschieden ...»<sup>61</sup>

Die Labour Party stellte jedoch klar, dass sie sich nicht an einer von Neville Chamberlain geführten Regierung beteiligen würde. Ebenso wichtig war, dass Lord Halifax bekundete, nicht am Amt des Premierministers interessiert zu sein. Er verstand, dass Winston Churchill besser als er geeignet war, die Nation zu mobilisieren.<sup>62</sup>

Also schmiedete Churchill eine Koalitionsregierung, in der Labour zahlreiche Ministerposten erhielt und auch die Liberalen vertreten waren. Labour-Chef Clement Attlee wurde stellvertretender Premierminister und leitete die Kabinettsitzungen in Churchills Abwesenheit. Neville Chamberlain blieb im Kabinett und hielt sich an der Spitze der Konservativen Partei, doch im Oktober 1940 musste er aufgrund einer unheilbaren Krankheit aus der Regierung ausscheiden; er starb einen Monat später. Erst nach Chamberlains Ausscheiden konnte Churchill die Parteiführung übernehmen. Blake erklärt dazu: «Es gab keinen Mangel an wohlmeinenden Personen, die Churchill rieten, er könne die Nation eher hinter sich sammeln, wenn er nicht an die Führung einer Partei gebunden wäre. Churchill war klüger. Er hatte gesehen, welches Schicksal Lloyd George erlitten hatte.»<sup>63</sup>

Churchill war die beherrschende Figur in der Regierung und prägte insbesondere die Verteidigungs- und Aussenpolitik. Für den Fall, dass irgendwelche Unklarheit darüber bestand, wer für diesen Bereich zuständig war, hatte er für sich den Posten des Verteidigungsministers erfunden, den er neben dem Amt des Premierministers bekleidete. Es wurde ein Kriegskabinett gebildet, das anfangs nur fünf Mitglieder hatte (drei konservative und zwei Labour-Minister). Bis 1945 wuchs es auf acht Mitglieder. Weitere Minister nahmen an den Sitzungen teil, wenn wichtige Fragen auf der Tagesordnung standen, die ihre Ressorts betrafen. Dieses verkleinerte Kabinett wurde wie bereits in Friedenszeiten üblich durch ein System von Kabinettsausschüssen ergänzt. Zu Beginn seiner Amtszeit las Churchill die Kabinettsdokumente sorgfältiger als später im Krieg. Er konzentrierte sich

auf Verteidigung, Aussenpolitik und Parteifragen, während er sich sehr viel weniger mit innenpolitischen Problemen beschäftigte.

Einige Aspekte von Churchills Regierungsführung im Krieg werden kontrovers diskutiert, aber seine Fähigkeit, das Land in jenen Jahren zu inspirieren, ist unbestritten. Er «mobilisierte die englische Sprache und schickte sie in die Schlacht», wie es der amerikanische Journalist Ed Murrow ausdrückte, der sich während der deutschen Luftangriffe 1940 in London aufhielt. Churchill verdankte seine Kraft zur Mobilisierung der Nation nicht nur seiner Eloquenz und seiner Art, Botschaften zu vermitteln, sondern auch «der gewaltigen Kraft und Entschlossenheit, die dahinter spürbar waren».<sup>64</sup>

Zudem gelang es Churchill trotz seiner aristokratischen Herkunft, in den fünf Jahren, in denen er Grossbritannien durch den Krieg führte, eine engere Beziehung zum britischen Volk herzustellen als jene Regierungsmitglieder aus seiner Partei, die eher der Mittelschicht angehörten. Auch war er so klug, in Absprache mit Attlee zwei sehr fähige Labour-Politiker einfacher Herkunft auf prominente Kabinettsposten zu setzen: Ernest Bevin gehörte Churchills Regierung von Anfang an als Arbeitsminister an, und Herbert Morrison bekleidete ab Oktober 1940 das Amt des Innenministers. Diese beiden herausragenden Figuren der Labour Party (die eine tiefe Abneigung gegeneinander hegten) standen eher im öffentlichen Rampenlicht als Attlee, der als Vorsitzender von Kabinettsausschüssen sowie als Leiter des Kriegskabinetts in Churchills Abwesenheit eher hinter den Kulissen aktiv war. Aber alle drei spielten wichtige Rollen in der Koalitionsregierung.

Das prominenteste konservative Regierungsmitglied nach Churchill war Anthony Eden, der Ende 1940 das Aussenressort von Halifax übernahm; dasselbe Amt hatte er bis zu seinem Rücktritt bereits in der Regierung Chamberlain innegehabt. Im Lauf des Krieges stieg er zur Nummer zwei in der Partei hinter Churchill auf. Aber es kann keinen Zweifel an der Vormachtstellung des Premierministers wäh-

rend des Krieges geben: Er war die Stimme seines Landes zu Hause und im Ausland und beteiligte sich an der militärischen Planung.

Da sich Churchill jedoch auf die militärische Strategie konzentrieren wollte und ständig mit dem militärischen Oberkommando und den ausländischen Regierungen im Gespräch war, überliess er die Innenpolitik weitgehend Attlee und den Labour-Ministern in seiner Regierung. Der Premierminister zeigte bestenfalls sporadisches Interesse an den innenpolitischen Aufgaben, und diese von Churchills Privatsekretär John Colville beobachtete Vernachlässigung der Innenpolitik wird durch eine Studie Robert Crowcrofts bestätigt, der weder Bewunderung für Churchill noch Sympathie für die Labour Party zeigt. Crowcroft versteigt sich zu der absurden Behauptung, Attlee sei «ein englischer Stalin» gewesen, der sich «in der byzantinischen Politik der Sowjetunion gut zurechtgefunden hätte».<sup>65</sup> Gleichzeitig verdeutlichen die Belege, die Crowcroft für seine These ins Feld führt, jedoch, dass Churchills Kontrolle über die Regierung an Grenzen stiess (in Anbetracht der Umstände sehr viel verständlicher, als der Autor zugibt). Ab dem Jahr 1943 waren die hochrangigen Labour-Mitglieder des Kabinetts dafür zuständig, den Wiederaufbau nach dem Krieg zu planen und das Fundament des Sozialstaats zu legen. Wenn Churchill mit diesen Dingen zu tun bekam, musste er viele Zugeständnisse machen. Nach einer Kabinettsitzung im Oktober 1943 beklagte er sich, er sei «vom stellvertretenden Premierminister herumgeschubst und verprügelt» worden.<sup>66</sup> Das entspricht kaum dem Bild, das die breite Öffentlichkeit von Churchill und Attlee hat. Tatsächlich hätten ihre Persönlichkeiten nicht unterschiedlicher sein können. Der erste zählte zu den theatralischsten Politikern überhaupt, während der zweite unauffällig wie kaum ein anderer war.

Attlee war vollkommen loyal gegenüber jeder Institution, der er angehörte – darunter natürlich die Regierung –, aber er liess sich nicht herumstossen. Und er hielt sich an die politischen Verfahren. Anfang des Jahres 1945 tippte er mit zwei Fingern ein zweitausend Worte lan-

ges Protestschreiben an Churchill, wobei er diese Mühe auf sich nahm, um zu vermeiden, dass seine Kritik nach aussen drang. Der Brief war ungewöhnlich lang, denn von Attlee hiess es, er verwende nie ein Wort, wenn auch kein Wort genüge. Er erklärte, es müsse etwas «sehr Aussergewöhnliches» geschehen, damit Churchill die Schlussfolgerungen eines Kabinettsausschusses lese, bevor sie der Regierung vorgelegt würden. Die Folge sei, dass eine halbe Stunde oder mehr Zeit vergeudet werde, um «zu erklären, was man hätte wissen können, hätte man sich zwei oder drei Minuten mit dem Dokument beschäftigt». Und: «Es kommt nicht selten vor, dass Ihnen ein Satz ins Auge fällt, der Ihnen Anlass zu einer Ausführung über einen interessanten Punkt gibt, der nur sehr lose mit dem betreffenden Gegenstand zusammenhängt.» Aber Attlee hatte «etwas noch Schlimmeres» beobachtet: Churchill schenke zwei Ministern, die nicht dem Kriegskabinettt angehörten, übermässige Aufmerksamkeit. Gemeint waren Lord Beaverbrook und Brendan Bracken. (Die beiden waren Churchills persönliche Günstlinge, was Attlee jedoch nicht aussprach. Er erwähnte nicht einmal ihre Namen, sondern nannte lediglich ihre offiziellen Titel: der Lordsiegelbewahrer und der Informationsminister.) Attlee beharrte auf dem Vorrang des Kabinetts: «Hier handelt es sich um ein gravierendes konstitutionelles Problem. In den Augen des Landes und gemäss unserer Verfassung sind die acht Mitglieder des Kriegskabinetts für die Entscheidungen verantwortlich.»<sup>67</sup>

Nachdem Attlee solche Mühen auf sich genommen hatte, um die Vertraulichkeit seiner Kritik zu wahren, las Churchill das Schreiben Beaverbrook am Telefon vor, der es am Tag darauf unerwartet als «sehr guten Brief» beschrieb. Laut Aussage von Churchills Privatsekretär Colville war dies «der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte».<sup>68</sup> Churchills Frau Clementine (die in so mancher Frage ein besseres Urteilsvermögen besass als ihr Mann) war bereits zu einem ähnlichen Entschluss gelangt. Sie verriet Colville, in ihren Augen sei Attlees Kritik «sowohl zutreffend als auch heilsam». Churchill hinge-



gen war empört über den Brief. Er entwarf ein sarkastisches Antwortschreiben, in dem er sich über eine «sozialistische Verschwörung» und über «die angesichts ihres Sitzanteils im Unterhaus ungenügende Vertretung der Tories im Kabinett» ausliess. Sein Privatsekretär bezeichnete dies in seinem Tagebuch als «Fehleinschätzung». Den Brief schickte Churchill nicht ab. Am nächsten Tag hatte Colville den Eindruck, dass Attlees Argumente sowie die Reaktion seiner Frau und das überraschende Urteil Beaverbrooks Churchill beeindruckt hatten.<sup>69</sup> Am Ende antwortete er Attlee in einem knappen, förmlichen, aber nicht unhöflichen Brief, in dem er schrieb: «Seien Sie versichert, dass ich mich stets bemühen werde, von Ihrem Rat zu profitieren.»<sup>70</sup>

Was die Kriegführung anbelangte, nahm Churchill als Premierminister in den Jahren 1940 bis 1945 eine unangefochtene Vormachtstellung im Kabinett ein, aber in der Innenpolitik spielte er eine untergeordnete Rolle. In seiner einzigen Amtszeit als Premierminister in Friedenszeiten war er noch weiter davon entfernt, das politische Geschehen zu dominieren, was verständlich war, denn militärische Fragen spielten keine grosse Rolle mehr und Churchill litt im hohen Alter zeitweise unter einem sehr schlechten Gesundheitszustand (er hatte sogar einen Schlaganfall erlitten).<sup>71</sup> R. A. Butler, in Churchills zweiter Amtszeit Schatzkanzler, erklärte mir 1966 in einem Interview, Churchill habe sich in jener Regierung «überhaupt nicht eingemischt» und sich darauf beschränkt, seiner Hoffnung Ausdruck zu geben, die Regierung möge «etwas für die Rentner tun» oder «die Armen nicht vergessen». Oder er sagte: «Ich hoffe, dabei werden nicht noch höhere Dividenden für die Reichen herauspringen.»<sup>72</sup> Im Gegensatz zu seinem umfassenden aussenpolitischen Wissen und seinen Kenntnissen in Verteidigungsangelegenheiten verstand Churchill nach Ansicht Butlers nicht das Geringste von Wirtschaftspolitik, aber «er hatte ein gutes Herz».<sup>73</sup> (Ein Beleg dafür ist, dass Churchill bei einer Gelegenheit gemeinsam mit Arbeitsminister Walter Monckton doch den Schatzkanzler in einer Wirtschaftsfrage umging. Im Jahr 1954 zitierte

der Premierminister Butler zu sich und eröffnete ihm: «Walter und ich haben den Eisenbahnerstreik heute Nacht zu den Bedingungen der Gewerkschaft beigelegt. Wir hielten es nicht für notwendig, Sie dafür zu wecken.»\*

Churchills Persönlichkeit konnte erdrückend sein, aber er blieb stets von der zentralen Bedeutung des Kabinetts überzeugt und verteidigte die Rechte und die Autonomie der einzelnen Minister. Im Jahr 1953 erklärte er im Gespräch mit seinem Arzt Lord Moran: «Wir hatten im vergangenen Jahr 110 Kabinettsitzungen, während die Sozialisten nur 85 in einem Jahr hatten – und das in einer Zeit grosser politischer Aktivität. Ich bin überzeugt, dass es wichtig ist, die Dinge im Kabinett zu besprechen. Wenn ein Minister etwas im Sinn hat und so klug ist, sein Vorhaben im Kabinett zur Diskussion zu stellen, wird er den Apparat hinter sich haben.»<sup>74</sup> Er gestand seinen Ministern beträchtliche Freiheit in ihren Zuständigkeitsbereichen zu, sofern sie dem Kabinett Rechenschaft gaben. Selbst auf Churchills Spezialgebiet, der Aussenpolitik, genoss Anthony Eden, der langjährige Erfahrung besass und wegen seines ausgezeichneten Urteilsvermögens den

---

\* R.A. Butler hatte sich im Jahr 1940 sehr gegen die Ernennung Churchills zum Premierminister gewehrt und alles versucht, um Halifax dazu zu bewegen, stattdessen ihm den Vorzug zu geben. Im Lauf der Zeit lernte er Churchills Stärken schätzen, obwohl er ihm weiterhin kritisch gegenüberstand. Um das Zitat aus meinem Interview mit ihm in den Kontext einzuordnen: «Churchills Reputation wurde erheblich aufgeblasen, vor allem durch die jüngste Welle von Büchern, in denen er verherrlicht wird. Natürlich war er ein grosser politischer Führer. Er war ein Löwe – verglichen mit ihm bin ich eine Maus – und er war vollkommen geradlinig. Aber er konnte ausserordentlich dumm sein. Er wusste praktisch nichts über Wirtschaftspolitik. Er verstand kaum, was Inflation ist. Aber er hatte ein gutes Herz.» In seinen Memoiren schreibt Butler, Churchill habe ihm nach Vorlage des Budgets für das Jahr 1953 gesagt: «Mir gefällt der Geist, in dem Sie unsere Geschäfte führen.» (Lord Butler, *The Art of the Possible: The Memoirs of Lord Butler*, K.G., C.H. [London: Hamish Hamilton, 1971], S. 165)

Respekt des Premiers genoss, grössere Autonomie, als man eigentlich hätte erwarten sollen, obwohl Churchill gelegentlich das Gefühl hatte, Eden hätte ihn häufiger zu Rate ziehen sollen. «Anthony erzählt mir nichts», beklagte Churchill sich im Juni 1954 bei Moran. «Er hält mich von der Aussenpolitik fern und tut so, als wäre sie sein privates Revier.»<sup>75</sup>

Zwischen Churchills Amtszeiten in Krieg und Frieden führte Clement Attlee eine Labour-Regierung. Der beeindruckendste aller Labour-Premierminister war auch der bescheidenste, und die Tatsache, dass seine Regierung den Kurs der britischen Aussenpolitik für das folgende halbe Jahrhundert vorgab, hatte viel mit den politischen Fähigkeiten und der Urteilskraft seines Aussenministers Ernest Bevin zu tun. Dass es dieser Regierung zudem gelang, die Grundzüge der Innenpolitik für die folgende Generation zu definieren, war eine kollektive Leistung, zu der eine Reihe von Ministern mit unterschiedlicher politischer Grundhaltung – Herbert Morrison, Stafford Cripps, Hugh Dalton und Aneurin Bevan – wichtige Beiträge leisteten. Die Unterscheidung zwischen Führer und Gefolgsleuten wird der Beziehung zwischen diesen Politikern nicht gerecht. Keiner dieser Männer war ein Gefolgsmann Attlees.

Tatsächlich wollte der stellvertretende Premierminister Morrison den Platz Attlees einnehmen, und auch Dalton beteiligte sich aktiv an einem Komplott, dessen Ziel es war, Attlee die Parteiführung und das Amt des Regierungschefs zu entreissen. Bevan war der brillianteste Politiker in dieser Gruppe. Anders als Attlee, welcher der Parteimitte angehörte, betrachtete Bevan den linken Flügel als seine politische Heimat und übte zeitweilig harsche Kritik an Attlees gemässigtem Kurs und an der Koalitionsregierung im Krieg. Später in der Opposition löste er sich von der Parteilinie und setzte sich an die Spitze einer linken Fraktion, deren Mitglieder bald nur noch als «Bevaniten» bezeichnet wurden. Auch Ernest Bevin, der Attlee die Treue hielt, war kein Gefolgsmann des Premierministers. Er war selbst eine herausragende Führungspersönlichkeit und baute in der Zwischenkriegszeit die grösste Gewerkschaft Europas auf. Er genoss grosses Ansehen in

der Labour Party, seit er sich in der Kriegsregierung als sehr erfolgreicher Arbeitsminister hervorgetan hatte. Er war Churchills Favorit unter den Labour-Ministern in der Kriegskoalition. Und er war Attlees Favorit.

Bevin, der in einem westenglischen Dorf in Armut aufgewachsen war und mit elf Jahren die Schule verlassen hatte, gewann rasch die Bewunderung der Mitarbeiter des Aussenministeriums, die einen ganz anderen sozialen Hintergrund hatten. Ein Grund dafür war neben seinen unübersehbaren Fähigkeiten, seiner natürlichen Selbstsicherheit und seiner Vorstellungskraft das Fehlen jeglichen Snobismus und sein Desinteresse an der sozialen «Einordnung» von Menschen, wie sein Biograph Alan Bullock schreibt: «Ihm fehlte jeglicher Sinn für Klassenunterschiede, und er behandelte jeden Menschen, dem er begegnete, sei es der König oder der Türsteher des Ministeriums (die beide Bewunderer Bevins waren), auf dieselbe Art und immer als menschliche Wesen.»<sup>76</sup> Arthur Deakin, Bevins Nachfolger als Führer der Transport and General Workers' Union, sagte über ihn: «Ernie besass nicht mehr Ego, als er brauchte, um dorthin zu gelangen, wo er hinwollte», und Lew Douglas, der amerikanische Botschafter in London, bemerkte: «Anders als Eden hatte er es nicht nötig zu zeigen, dass er zu den Besten gehörte: Er gehörte dazu und wusste es.»<sup>77</sup> Bullock erklärt, während Bevin im Unterschied zu Lord Curzon, einem seiner Vorgänger, offenkundig keinerlei «aristokratischen Familienstolz» besessen habe, «besass er ein unzweifelhaft imperiales Selbstvertrauen».<sup>78</sup> (Es muss kaum hinzugefügt werden, dass er ein sehr viel besserer Aussenminister als Curzon war.)

Attlees Stärke als Premierminister bestand darin, wie er ein Team von Ministern mit mühsam erworbener Lebenserfahrung koordinierte und jeden Einzelnen in die Lage versetzte, seine Aufgaben zu erfüllen. Nicht alle seine Minister kamen politisch oder persönlich gut miteinander aus, aber Attlee hielt die Gruppe zusammen. Bullock beobachtet:

Nie bemühte sich ein Politiker weniger, seine Persönlichkeit zur Schau zu stellen oder um die Gunst der Öffentlichkeit zu buhlen; seine Reden waren im Gegensatz zu denen Churchills, der einen heroischen Stil gepflegt hatte, trocken, sachlich und oft banal. Er zog das Understatement der Rhetorik vor, und seine wirksamste Waffe in der Debatte war sein Talent zur Mässigung, mit dem er Churchill mehr als einmal den Wind aus den Segeln nahm ... Aber Attlees unpräntiöses Auftreten und seine lakonische Ausdrucksweise täuschten ... In der Regierung gab es ein halbes Dutzend Männer, die mehr Talent besaßen als er; es war Attlees Stärke als Premierminister, dies in seinen Vorteil zu verwandeln. Immun gegen Eitelkeit und mit einem scharfen Blick für die Stärken und Schwächen seiner Kollegen, gab er ihnen freie Hand bei der Bewältigung ihrer Aufgaben und unternahm kaum oder überhaupt keine Versuche, den Ressorts seine eigenen politischen Vorstellungen aufzuzwingen.<sup>79</sup>

Im 20. und 21. Jahrhundert ist nur selten ein Premierminister der Erste unter Gleichen gewesen, aber Attlee kam diesem Ideal näher als die meisten anderen, wenn man davon absieht, dass einige seiner Ressortchefs «gleicher als die anderen waren». Attlee schreckte nicht davor zurück, Minister zu entlassen, die ihren Aufgaben in seinen Augen nicht gewachsen waren, aber er wäre nicht auf den Gedanken gekommen – und kaum in der Lage gewesen –, das mit hochrangigen Kollegen wie Bevin, Morrison, Stafford Cripps, Bevan oder (später) Hugh Gaitskell zu tun. Bevin und Cripps schieden aufgrund von Krankheit beziehungsweise Tod aus, und Bevan trat gemeinsam mit Harold Wilson zurück, nachdem beide sich mit Schatzkanzler Gaitskell überworfen hatten. Attlee war zu jener Zeit im Krankenhaus. Er glaubte, er hätte eine Kompromisslösung finden können, um beide Minister in der Regierung zu halten, wenn er und nicht der stellvertretende Labour-Chef Morrison zu diesem Zeitpunkt den Vorsitz im Kabinett geführt hätte.<sup>80</sup>

Attlee war nicht nur ein extrem aufmerksamer und effizienter Vor-

sitzender des Kabinetts und des Verteidigungsausschusses, sondern ging auch auf die Meinungen in der Parlamentsfraktion ein. Im Jahr 1948 sagte er über die Sitzungen der Labour-Fraktion: «Vielleicht überzeugen sie mich nicht davon, dass sie recht haben, aber ich glaube, dass die Grundlage demokratischer Freiheit in der Bereitschaft liegt anzunehmen, dass andere Menschen klüger sein können als man selbst.»<sup>81</sup> In derselben Rede hob Attlee die kollektive Natur der Regierungsarbeit hervor:

Unsere Gegner versuchen aus naheliegenden Gründen, unser Team zu spalten – und leider muss ich sagen, dass sich auch einige unserer Anhänger dazu verleiten lassen –, indem sie bestimmte Massnahmen bestimmten Kabinettsmitgliedern zuschreiben: So sprechen sie manchmal von «Cripps Wirtschaftspolitik», «Daltons Finanzpolitik», «[Gesundheitsminister] Bevans Umgang mit den Ärzten» oder «Bevins Aussenpolitik», als gäbe es keine Koordination in der Regierung. Aber die Regierung arbeitet koordiniert. Zwar ist jeder Minister für die Entscheidungen in seinem Ressort verantwortlich, aber die kollektive Verantwortung für die Innen- und Aussenpolitik liegt beim Kabinett. Wir teilen die Kritik und das Lob für sämtliche Massnahmen der Regierung.<sup>82</sup>

In der britischen Politik ist es mittlerweile üblich, die Regierungspolitik nicht den einzelnen Ministern, sondern dem Premierminister zuzuschreiben (obwohl das oft noch irreführender ist): Thatcher, Blair, Brown oder (in geringerem Mass) Cameron hat dies oder jenes entschieden.<sup>83</sup> Aber schon in den sechziger Jahren wurde Harold Wilson (wie er sich später beklagte) in einer Regionalzeitung für eine lokale Planungsentscheidung in Lancashire attackiert.<sup>84</sup>

Es ist vielleicht kein Zufall, dass im politischen Diskurs vor allem dann von dieser Darstellung abgewichen wird, wenn die fragliche Politik extrem unpopulär ist: Dann wird sie dem Ressortchef zugeschrieben. Ein schönes Beispiel dafür liefert die Kritik an Andrew Lansley,

der von 2010 bis 2012 Gesundheitsminister in der Koalitionsregierung von Konservativen und Liberaldemokraten war. Sowohl innerhalb der Koalition als auch bei den politischen Beobachtern war immer wieder die Rede von «Lansleys Gesundheitsreformen», die sehr unbeliebt waren.<sup>85</sup>

## **Der Regierungsvorsitz Macmillans**

In den von Clement Attlee und Winston Churchill geleiteten britischen Nachkriegsregierungen war es normal, dass die Ministerien und Kabinettsausschüsse politische Massnahmen vorbereiteten, und die Premierminister verhinderten nur selten ein Vorhaben. Anthony Eden, der Churchill 1955 als Regierungschef nachfolgte und die Konservative Partei bei der Parlamentswahl in jenem Jahr zum Sieg führte, mischte sich als Premierminister häufig in die Arbeit der Ressorts ein. Er war sehr empfänglich für Kritik und reagierte insbesondere auf negative Berichterstattung über seine Regierung in der konservativen Presse. R. A. Butler schreibt in seinem ironischen Stil, Eden habe ihm ein Kompliment gemacht, indem er ihn für konservative Erfolge im Land verantwortlich machte: «Daher war ich der Adressat unzähliger Telefonanrufe, an jedem Tag in der Woche und zu jeder Tageszeit, was kennzeichnend für seine gewissenhafte, aber ausgesprochen strenge Beaufsichtigung unserer Tätigkeit war.»<sup>86</sup> Eden hatte Butler vom Schatzamt auf einen Kabinettsposten ohne Ressort mit dem Titel des Lordsiegelbewahrers versetzt. Besonders intensiv beschäftigte sich Eden mit der Aussenpolitik, insbesondere mit der Sueskrise, während er in die Wirtschaftspolitik weniger eingriff als sein Nachfolger Harold Macmillan.

Macmillan löste Eden im Januar 1957 als Premierminister ab und hatte das Amt bis zu seinem Rücktritt im Oktober 1963 inne. Er war der Schwiegersohn eines englischen Herzogs, der Urenkel eines schottischen Kleinbauern und der Enkel des Gründers des Verlags

Macmillan. (Dieser Grossvater, Daniel Macmillan, der Sohn des schottischen Bauern, war nur bis zu seinem zehnten Lebensjahr zur Schule gegangen.) Obendrein war Macmillans Mutter (so wie die Mutter Churchills) Amerikanerin. Harold Macmillan fühlte sich in aristokratischen Kreisen zu Hause. R. A. Butler sagte über ihn, er habe «ein Herz für den Underdog» gehabt und sei entschlossen gewesen, den Benachteiligten zu helfen, während er die «soziale Gewohnheit hatte, sich unter den Privilegierten zu bewegen».<sup>87</sup> Welche Aspekte seiner vielfältigen Herkunft er hervorhob, hing davon ab, wo er sich befand und mit wem er es zu tun hatte. In Schottland kam der Kleinbauer immer gut an. Wenn er in Indiana (dem Heimatstaat seiner Mutter) zu Besuch war, präsentierte er sich als einer der ihren, «als Sohn einer einfachen Pionierfamilie», obwohl er auf sein begeistertes Publikum wohl eher wie ein etwas ungewöhnlicher «Hoosier» (Einwohner Indianas) wirkte.<sup>88</sup> Er trat das Amt des Premierministers mit grosser Regierungserfahrung an; nur Butler, sein Mitbewerber um den Posten, hatte länger als Minister gedient. Macmillan war Mitglied der Kriegsregierung gewesen und hatte diese in Nordafrika repräsentiert. In den von Churchill und Eden geführten konservativen Regierungen war er nacheinander Wohnungsbauminister, Verteidigungsminister, Aussenminister und Schatzkanzler gewesen.

Als Premierminister spielte Macmillan natürlich eine wichtige Rolle in der Aussenpolitik, aber er hatte auch klare Vorstellungen, was den richtigen ökonomischen Kurs anbelangte. Seine ausgabenfreudige Grundhaltung und seine Bereitschaft, lieber höhere Inflationsraten als eine steigende Arbeitslosigkeit zu riskieren, bewegten Anfang 1958 seinen Schatzkanzler Peter Thorneycroft und dessen Finanz- und Wirtschaftsstaatssekretäre zum Rücktritt. Sein nächster Schatzkanzler, Selwyn Lloyd, war in wirtschaftspolitischen Fragen oft anderer Meinung als Macmillan. Wenn Lloyd Einwände gegen vom Premierminister befürwortete Massnahmen erhob, weil sie hohe Kosten verursachen würden (was er mehr als einmal tat), und klarstellte, dass ihre Umsetzung für ihn ein Rücktrittsgrund wäre, gaben



Macmillan und die Minister, für deren Ressorts das Geld bestimmt war, klein bei.<sup>89</sup> In einem Interview im Jahr 1966 (in dem sein Name nicht genannt werden durfte) erklärte Lloyd: «Hätte ich im Jahr 1962 öffentlich die Absicht zum Rücktritt bekundet, weil mir der Premierminister keine ausreichende Unterstützung gab, so wäre Macmillan möglicherweise gestürzt.»<sup>90</sup> Aber da er sehr loyal war, tat Lloyd das nicht – und wurde nur einen Monat später der prominenteste Name auf der schwarzen Liste Macmillans, als dieser in seiner «Nacht der langen Messer» ein Drittel seiner Minister entliess. Der Premierminister wollte seiner Regierung einen frischen Anstrich geben und seine Position nach einer Reihe von Rückschlägen bei Zwischenwahlen festigen. Aber der Schuss ging nach hinten los, denn in diesem Rundumschlag kam «der rücksichtsloseste und letzten Endes wirkungsloseste» Macmillan zum Vorschein, wie es in seiner neuesten Biographie heisst.<sup>91</sup> Macmillan hatte ein Image der Unerschütterlichkeit gepflegt, das durch diesen plötzlichen und massiven Machteinsatz schweren Schaden nahm.

In seinen Tagebüchern bezeichnete Macmillan die Rücksichtslosigkeit mehrfach als wertvolle Eigenschaft einer Führungspersönlichkeit. So schrieb er über den indischen Premierminister Jawaharlal Nehru, dieser sei «kompetent, voller Charme, kultiviert und rücksichtslos – lauter grossartige Eigenschaften bei einem Führer».<sup>92</sup> Natürlich bedeutet Rücksichtslosigkeit bei einem demokratischen Führer (also auch Nehru) etwas anderes als in einem autoritären Regime. Dennoch schadete die schlagartige Entlassung eines Drittels des Kabinetts im Jahr 1962 Macmillan mehr, als sie ihm nützte. Hätten ihn nicht 1963 Krankheit und Erschöpfung zum Rücktritt gezwungen, so wäre er wahrscheinlich vor der nächsten Wahl als Parteiführer (und Premierminister) ersetzt worden, denn die «Nacht der langen Messer» hatte viele Parteikollegen ins Lager seiner Gegner getrieben. Reginald Bevins, einer der Minister, die Macmillans Auslese überlebt hatten, schrieb: «Auf diese Art machte er sich zahlreiche Feinde. Die entlas-

senen Minister wurden seine Feinde, ihre Freunde im Parlament wurden seine Feinde, und das Vertrauen der Partei war erschüttert.» Bevin fügte hinzu: «Ich war überzeugt: Kein konservativer Premierminister konnte sich so verhalten und überleben. Er hätte keine bessere Methode wählen können, um politischen Selbstmord zu begehen.»<sup>93</sup> Die Gegenreaktion auf die Entlassung seiner Kollegen in der Regierung verdeutlicht, dass der Rücksichtslosigkeit in einer Demokratie Grenzen gesetzt sind.

## Thatcher und Blair

Margaret Thatcher und Tony Blair strebten eine umfassendere Kontrolle über grosse Politikfelder an als alle anderen britischen Regierungschefs nach dem Zweiten Weltkrieg. Thatcher bewirkte dabei mehr als Blair. In ihre Amtszeit fielen aussenpolitische Erfolge, darunter insbesondere das Ende des Kalten Kriegs. Sie spielte in den diplomatischen Beziehungen zwischen dem Westen und dem Ostblock eine wichtigere Rolle als jeder andere britische Premierminister nach dem Krieg. Es war von grosser Bedeutung, dass sie sich sowohl mit Ronald Reagan als auch mit Michail Gorbatschow gut verstand, dabei jedoch nie davor zurückschreckte, Meinungsverschiedenheiten mit beiden Männern auszutragen. Ihr aussenpolitischer Berater Percy Cradock war nicht erfreut darüber, dass Gorbatschow für Thatcher «so etwas wie eine Ikone» wurde, und beklagte sich darüber, dass sie «gegenüber Reagan als Sprachrohr Gorbatschows fungierte, diesen in Washington als einen Mann anpries, mit dem man ins Geschäft kommen konnte, und in beide Richtungen Einfluss nahm».<sup>94</sup> Cradock brauchte länger als Thatcher, um das Ausmass der Veränderungen in der Sowjetunion ab 1985 und Gorbatschows Radikalität zu verstehen.

Die konstruktive Rolle, die Thatcher in den achtziger Jahren in den Ost-West-Beziehungen spielte, war ihre bedeutendste aussenpolitische Leistung. Aber sie bewies keineswegs in allen aussenpoliti-

schen Fragen einen guten Instinkt. In den Jahren, die Nelson Mandela im Gefängnis auf Robben Island verbrachte, zeigte sie mehr Verständnis für das südafrikanische Apartheidregime als für Mandela. Auch hatte sie ein Faible für den autoritären chilenischen Herrscher Augusto Pinochet, dem sie sich verpflichtet fühlte, weil er Grossbritannien während des Falklandkriegs im Jahr 1982 unterstützt hatte. Der Sieg in diesem Krieg wird allgemein als aussenpolitischer Erfolg Thatchers betrachtet, weil sie sich nicht damit abfand, dass sich die argentinische Militärdiktatur die Inselgruppe gewaltsam aneignete. Obwohl Argentinien (wo die Falklands als Islas Malvinas bezeichnet werden) nach wie vor Anspruch auf diese Inseln erhebt, leistete die militärische Niederlage dem argentinischen Volk gute Dienste. Dass die britische Militärintervention positiv beurteilt wird, liegt nicht zuletzt daran, dass die Rückeroberung der Inselgruppe durch die britischen Streitkräfte den Sturz der von Leopoldo Galtieri geführten Militärdiktatur und die Wiederherstellung der Demokratie in dem südamerikanischen Land nach sich zog.

Die Innenpolitik Thatchers spaltete die britische Gesellschaft, aber sie war eine politische Führerin, welche die politischen Spielregeln neu definierte. (Dazu mehr im nächsten Kapitel.) Gestützt auf ihre Partei, die über fast ihre gesamte Amtszeit hinweg mehrheitlich hinter ihr stand, trieb sie eine Politik voran, die mit vielem brach, was in den Nachkriegsjahren als selbstverständlich gegolten hatte (etwa die grosse Macht der Gewerkschaftsführer). Wenn eine politische Partei beim Wahlvolk beliebt ist, sind die hochrangigen Kollegen und die Hinterbänkler im Parlament eher bereit, eigenmächtige Entscheidungen des Parteichefs zu akzeptieren; hingegen schwindet der Rückhalt in der Partei, wenn sie an den Urnen Rückhalt verliert. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Parteikollegen – nicht anders als viele Kommentatoren – zu dem Glauben neigen, die Parteiführer hätten entscheidenden Einfluss auf die Wahlergebnisse.

Ende der achtziger Jahre schwand die Beliebtheit der Politik der

Konservativen Partei – besonders unpopulär war die *poll tax*, eine Kopfsteuer –, was es denen, die eine Abneigung gegen Margaret Thatchers Führungsstil hegten, erleichterte, gegen sie zu rebellieren. Geoffrey Howe, eines der fähigsten Mitglieder der von Thatcher geführten Regierung, wollte schliesslich nicht mehr hinnehmen, dass die Premierministerin zunehmend davon überzeugt war, sie allein kenne den richtigen Weg, und beschleunigte mit seiner Rücktrittsrede im Unterhaus ihren Sturz im November 1990. Thatcher dachte eine Weile über seine Entscheidung nach, erklärte dann jedoch, Howe werde nicht wegen seiner Leistungen, sondern wegen jenes «ruchlosen Verrat[s]» in Erinnerung bleiben.<sup>95</sup> Nach Howes ruhig vorgebrachter, aber vernichtender Rücktrittsrede verlor Thatcher die Unterstützung der Mehrheit ihres Kabinetts. Später schrieb sie, für eine Premierministerin, die wisse, dass ihr Kabinett nicht mehr hinter ihr stehe, gebe es keine Rettung mehr.<sup>96</sup>

Das war untertrieben. Politische Führer, die hochrangige Parteikollegen mit Geringschätzung behandeln, kommen früher oder später zu Fall. Margaret Thatcher und Tony Blair zählen zu den wenigen britischen Premierministern, die tatsächlich glaubten, für ihre Partei und ihr Land unverzichtbar und zur Führung berufen zu sein. Sie unterschieden sich insofern voneinander, als Thatcher anders als Blair nicht versuchte, sich durch Abgrenzung von der eigenen Partei zu definieren, obwohl ihr dominanter Stil im Kabinett dazu beitrug, dass ihr, als ihre Führungsposition im Jahr 1990 am seidenen Faden hing, die dringend benötigten Verbündeten fehlten. «Den schwächsten Stand hatte ich bei den Kabinettsministern», schrieb sie.<sup>97</sup> Sie prüfte ihre Parteikollegen und gelangte zu der Überzeugung, dass die meisten von ihnen der Aufgabe, ihr «Vermächtnis» zu verwalten, nicht gewachsen sein würden. Schliesslich gewann sie den Eindruck, dass John Major am besten geeignet sei, es «zu wahren und zu schützen», obwohl ihr auch seine Haltung ein wenig «zweideutig» schien.<sup>98</sup>

Tony Blair empfand für die Labour Party sehr viel grössere Ge-

ringschätzung als Margaret Thatcher für ihre Konservative Partei. Über Paddy Ashdown, den Parteichef der Liberaldemokraten (den er im Jahr 1997 in sein Kabinett aufnehmen wollte, was jedoch aufgrund des überwältigenden Siegs der Labour Party nicht in Frage kam), schreibt Blair: «Paddy hatte echte Führungsqualitäten und scheute sich genauso wenig wie ich, es mit der eigenen Partei aufzunehmen.»<sup>99</sup> Blair erklärt, um seine Partei zu umgehen, habe er sich «mit der Öffentlichkeit verbündet», und dieses Bündnis sei insbesondere in seinen ersten drei Jahren an der Spitze der Partei «fest und unerschütterlich» gewesen.<sup>100</sup> Blairs herablassende Haltung gegenüber denen, die ihm zu seiner privilegierten Autoritätsposition verhelfen hatten – das heisst gegenüber den Parteimitgliedern, die anders als das Wahlvolk direkt für ihn persönlich gestimmt hatten –, kommt an einer Stelle besonders deutlich zum Ausdruck, an der er erklärt, in der Vorbereitung auf einen Wahlkampf werde das Parteivolk wieder wichtig: «[D]ie Parteisoldaten, die jahrelang im sibirischen Exil fern vom Regierungszentrum geschuftet haben, tauchen plötzlich wieder mit neuem Selbstwertgefühl im ‚Kreml‘ auf...».<sup>101</sup>

Die Reform des öffentlichen Dienstes, der marktwirtschaftlich ausgerichtet und teilweise dem Privatsektor übertragen wurde, war neben der Aussenpolitik eine von Blairs Prioritäten. Er erntete auch allgemeines – und wohlverdientes – Lob für seine Bemühungen um eine Kompromisslösung für die verfahrenere Situation in Nordirland. Aber wenn Blair und seine Partei in Bezug auf die innenpolitischen «Reformen» unterschiedlicher Meinung waren, musste nicht die von der Partei mit der Führung betraute Person, sondern die Partei nachgeben. Blair sagt es so: «Ich hatte mich nicht dafür entschieden, Konflikte mit der Partei zu haben, sondern ich hatte mich für Reformen entschieden. Aber wenn es gegen die Reformen Widerstand gab, war Streit nicht zu vermeiden.»<sup>102</sup> Wie Margaret Thatcher machte sich Blair Sorgen um sein «Vermächtnis». Als sich sein Verhältnis zu Gordon Brown in seiner letzten Amtszeit zusehends verschlechterte,

hatte Brown das Gefühl, dass Blair «sein Erbe ruinierte», und Blair hatte das Gefühl, dass Brown «mein Vermächtnis zerstörte».<sup>103</sup> Gelegentlich dachte Blair daran, das Risiko einzugehen, seinen stärksten Rivalen aus der Regierung zu entfernen, nahm jedoch jedes Mal davon Abstand, weil ihm klar war, dass er damit nur seinen eigenen politischen Untergang heraufbeschwören würde. Blair erkannte an, dass Browns «Tatkraft, Verstand und politisches Gewicht» trotz der Spannungen zwischen ihnen «ein gewaltiger Pluspunkt für die Regierung» waren. Aber je länger Blair im Amt war, desto überzeugter wurde er von seiner eigenen Statur und seinem überlegenen Urteilsvermögen. «Wenn es ein Ringen gab», schreibt Blair über seine Beziehung zu Brown, «so war es zumindest ein Ringen von Titanen.»<sup>104</sup> Er war mittlerweile überzeugt, einen Titanen vor Augen zu haben, wenn er in den Spiegel schaute.

In Blairs erster Amtszeit ermächtigte er seinen Stabschef Jonathan Powell und seinen Pressesekretär Alastair Campbell, Beamten Anweisungen zu geben, eine Befugnis, die bis dahin den Ministern vorbehalten gewesen war. Dies war ein Bruch mit der britischen Regierungstradition, und Blairs Nachfolger Brown und Cameron kehrten später zu den alten Gepflogenheiten zurück. Aufgrund ihrer Nähe zu Blair genossen Powell und Campbell auch beträchtliche Autorität gegenüber den Ministern und den Labour-Hinterbänklern im Parlament (dies galt insbesondere für Campbell). Auch weniger wichtige Akteure als Campbell und Powell gelangten zu der Überzeugung, grosse Bedeutung zu haben, weil sie in der Downing Street io arbeiteten. So wie in den Vereinigten Staaten, wo das beträchtliche Wachstum des präsidentialen Executive Office seit 1945 den Unmut jener Beamten weckt, die es mittlerweile mit einer Vielzahl von Personen zu tun haben, die «versuchen, sie mit den Zähnen des Präsidenten zu beißen», haben britische Minister und Abgeordnete die Erfahrung gemacht, von Personen herumkommandiert oder gerügt zu werden, die sich Vollmachten des Premierministers anmassten.

Als Tony Wright, ein Labour-Abgeordneter, der grosses Ansehen

im Parlament genoss, den Vorsitz im Parlamentsausschuss für die öffentliche Verwaltung übernahm, machte er aus einem wenig beachteten Ausschuss ein Gremium, das ausgezeichnete Berichte vorlegte, die normalerweise ernst genommen wurden. Schon bevor Wright mit diesem Posten betraut wurde, der ihm grössere Unabhängigkeit von der Exekutive verschaffte, hatte er, gestützt auf seine in einer früheren Tätigkeit als Hochschullehrer erworbenen politischen und verfassungsrechtlichen Kenntnisse, offen seine Ansicht zu zahlreichen Fragen geäußert. Eines Tages erschien auf seinem Pager folgende Nachricht: «Der Premierminister ist stinksauer auf Sie. Rufen Sie sofort Nr. 10 an.»<sup>105</sup> Wright war sicher, sein Vergehen sei gewesen, eine Ansicht zu äussern, die als «wenig hilfreich» betrachtet wurde. Wichtiger war jedoch Folgendes: «Was mich wirklich schockierte und empörte, war die Tatsache, dass es irgendein Apparatschik in der Downing Street für angemessen hielt, eine derart ungehörige Ausdrucksweise im Namen des Premierministers zu verwenden, der mit grosser Sicherheit nichts davon wusste, und dass es akzeptabel war, in diesem Ton mit einem Parlamentsmitglied zu sprechen.»<sup>106</sup> Die Wurzel des Problems bestand in der Annahme, der Premierminister sei so etwas wie ein General, der so weit über dem Parteifussvolk stehe, dass es sein persönliches Vorrecht sei, Politik und Strategie zu bestimmen. Selbst hochrangige Parlamentarier sollten zum Rapport erscheinen, wenn ihnen ein Obergefreiter in der Downing Street die Leviten lesen wollte.



Aus der Analyse in diesem Kapitel können mehrere Schlüsse gezogen werden. Die Person des Parteiführers hat einen gewissen Einfluss auf das Wahlverhalten der Bürger, aber sie entscheidet nur selten über Sieg und Niederlage an den Urnen. Im Wesentlichen ist es auch ein Mythos, dass der Einfluss von Parteiführern auf Wahlen in den westlichen Demokratien im Lauf der Zeit gestiegen sei.<sup>107</sup> Im Amt haben sich Präsidenten, Ministerpräsidenten und Kanzler ihren Anteil am

Machtzuwachs der Zentralregierungen in den modernen Staaten gesichert. Aber sieht man von der Aussenpolitik ab, so gibt es keine stichhaltigen Belege für die Annahme, ihre persönliche Macht gegenüber ihren Kollegen sei in den letzten hundert Jahren deutlich gewachsen, obwohl einige Regierungschefs weiterreichende Machtansprüche geltend machen als andere. Die Führungsstile von Regierungschefs sind sehr unterschiedlich, und das Mass an persönlicher Macht, die sie sich sichern können, schwankt erheblich. Die in den Vereinigten Staaten und Grossbritannien gesammelten Indizien deuten nicht auf einen deutlichen Machtzuwachs der demokratischen Führer hin. Und Premierminister wie Lloyd George, Neville Chamberlain, Margaret Thatcher und Tony Blair, die das Amt des Regierungschefs in einer Demokratie mit persönlicher Hegemonie gleichsetzten, mussten dafür einen hohen politischen Preis bezahlen: Ihr Amt wurde ihnen nicht vom Wahlvolk entzogen, sondern sie verloren es, weil sie eine ausreichend grosse Zahl von Parteikollegen gegen sich aufgebracht hatten.



### 3

## NEUDEFINIERENDE FÜHRUNG

Nicht alle politischen Führer, die mit der Leitung einer Regierung betraut werden, bewirken grundlegende Veränderungen. In diesem Kapitel werden wir uns in erster Linie mit jenen demokratischen Führern befassen, die eben dies sehr wohl erreichen: mit *neudefinierenden Führern*. Sie stellen die geltenden Annahmen in Frage, definieren neu, was politisch möglich ist, und führen umwälzende politische Veränderungen herbei.<sup>1</sup> Eine neudefinierende Führung geht nicht immer in erster Linie vom Regierungschef aus. Es ist nicht ungewöhnlich, dass die wichtigsten politischen Innovationen ein Ergebnis kollektiver Führung sind. In anderen Fällen gibt es im Führungsteam eine Person, die nicht an der Spitze der Regierung steht, aber die Entwicklung entscheidend vorantreibt. Doch verfügen Präsidenten, Premierminister und Kanzler über bessere Voraussetzungen als ihre Kollegen, in der Regierung den Ton anzugeben und deren Agenda zu beeinflussen. Wenn sich ein neudefinierender Führer herauskristallisiert, handelt es sich in der Mehrheit der Fälle tatsächlich um den Leiter der Exekutive. Dieser kann auf grössere politische Ressourcen zurückgreifen als alle anderen Mitglieder des Führungsteams.

## AMERIKANISCHE PRÄSIDENTEN ALS NEUDEFINIERENDE FÜHRER

Im 20. Jahrhundert waren Franklin D. Roosevelt und Lyndon B. Johnson jene amerikanischen Präsidenten, die am ehesten als neudefinierende Führer bezeichnet werden können (obwohl es auch Argumente dafür gibt, Theodore Roosevelt in diese Kategorie aufzunehmen).<sup>2</sup> Mit den aussergewöhnlichen gesetzgeberischen Erfolgen Franklin D. Roosevelts und Lyndon B. Johnsons haben wir uns im vorangegangenen Kapitel befasst. Beide waren insofern herausragende Führer, als sie die mit ihrem Amt verbundenen Kompetenzen vollkommen ausschöpften und ungewöhnlich grossen Einfluss auf den politischen Prozess nahmen. Beide veränderten in ihrer Präsidentschaft die Politik und die Vorstellung davon, was innerhalb des amerikanischen Regierungssystems möglich war, radikal. In diesem Buch versuche ich zu zeigen, dass politische Erfolge nur selten anhand einer Führungsmethode erzielt werden, die einer einzigen Person den gesamten politischen Entscheidungsprozess unterwirft. Tatsächlich ist das, wie wir gesehen haben, im amerikanischen System unmöglich. Neudefinierende Präsidenten zeichnen sich daher zumeist dadurch aus, dass sie aus den verfügbaren politischen Ressourcen das Maximum herausholen, denn in den Vereinigten Staaten sind die Hindernisse für radikale innenpolitische Veränderungen besonders hoch.

### Franklin D. Roosevelt

Franklin D. Roosevelt versuchte weder, das Regierungssystem umzuformen, noch stand er an der Spitze einer substantiell neuen Ordnung. Daher erfüllt er die Kriterien der transformationalen Führung nicht. Aber er ist ein gutes Beispiel für einen *neudefinierenden* Füh-

rer.<sup>3</sup> Roosevelts kreative Antworten auf die Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre trugen zur Wiederbelebung eines in die Kritik geratenen wirtschaftlichen und politischen Systems bei (obwohl die Vereinigten Staaten keineswegs an der Schwelle zu revolutionären Veränderungen standen). Sein Verwandter und Amtsvorgänger Theodore Roosevelt hatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Einfluss des Amtes insbesondere auf die Aussenpolitik gefestigt, den Franklin D. Roosevelt noch ausweitete. Wesentlich trug dazu die Einrichtung des Executive Office of the President im Jahr 1939 bei, wobei es den Präsidenten einige Mühe kostete, die Zustimmung des Kongresses für die Neuerung zu gewinnen. Roosevelts Kriegsminister Henry L. Stimson vertraute seinem Tagebuch seine Unzufriedenheit darüber an, dass Roosevelt «alles selbst in die Hand nehmen» wolle. Auch ärgerte sich Stimson darüber, dass Roosevelt in Washington eine Atmosphäre duldete oder vielleicht sogar förderte, «in der unentwegt erbittert über Zuständigkeiten gestritten wurde».<sup>4</sup> Roosevelt delegierte nur ungern Befugnisse. Selbst sein wohlwollender Biograph James MacGregor Burns beschreibt Roosevelt als «Primadonna», die «wenig dafür übrig hatte, den Platz im Rampenlicht anderen zu überlassen».<sup>5</sup> Indem er Regierungsmitglieder und Fraktionen gegeneinander ausspielte, konnte der Präsident in einem System mit extrem fragmentierten Kompetenzen zusätzliche Macht anhäufen.

Roosevelt setzte seine Macht und nicht zuletzt seine Überzeugungskraft wirksam ein. Er tat sein Bestes, um die amerikanische öffentliche Meinung auf eine mögliche Beteiligung am Kampf gegen Hitler-Deutschland vorzubereiten, und das zu einer Zeit, als Joseph Kennedy, der amerikanische Botschafter in London 1938 bis 1940 und Vater des zukünftigen Präsidenten, die britische Demokratie für tot erklärte und behauptete, «dasselbe Schicksal könnten die Vereinigten Staaten erleiden, sollten sie so dumm sein, in den Krieg einzutreten».<sup>6</sup> Nach dem deutschen Überfall auf Polen im Jahr 1939 überzeugte Roosevelt den Kongress, das im Neutrality Act von 1937 festgeschriebene Verbot von Waffenexporten aufzuheben, dass die Ver-

einigten Staaten daran hinderte, ihre Verbündeten militärisch zu unterstützen.<sup>7</sup> Nach dem japanischen Angriff auf die amerikanische Flotte in Pearl Harbor im Dezember 1941, der die Vereinigten Staaten zum Kriegseintritt bewegte, übernahm Roosevelt als Oberbefehlshaber im amerikanischen Kriegseinsatz eine ähnlich prägende Rolle wie Churchill im britischen, wobei die Vereinigten Staaten mittlerweile der deutlich stärkere Partner auf der demokratischen Seite der Anti-Hitler-Koalition waren.

Zwei War Powers Acts gaben Roosevelt einen für einen US-Präsidenten ungewöhnlich grossen Spielraum und versetzten ihn in die Lage, zur Unterstützung des Kriegseinsatzes zahlreiche Behörden einschliesslich einer Zensurbehörde einzurichten und beträchtlichen Einfluss auf die amerikanische Wirtschaft zu nehmen. Am 7. September 1942 forderte Roosevelt in einem seiner im Radio übertragenen «Kamingsgespräche» zusätzliche Vollmachten zur Gestaltung der Wirtschaft und erklärte, dass er eine Verzögerung durch den Kongress nicht hinnehmen werde: «Sollte es der Kongress unterlassen, zur Tat zu schreiten und das Richtige zu tun, werde ich die Verantwortung übernehmen und handeln.»<sup>8</sup> Die ausserordentlichen Befugnisse, die er auszuüben gedachte, sollten «nach dem Krieg automatisch wieder auf das Volk übergehen». Der Verfassungsrechtler Edward Corwin deutete diese Bemerkung 1946 so, dass der Präsident «eine besondere Beziehung zwischen sich und dem Volk» beansprucht habe, «eine Doktrin, die eine ausgeprägte familiäre Ähnlichkeit mit jenem Führungsprinzip aufwies, gegen das der Krieg geführt wurde».<sup>9</sup> Allerdings wurden viele, wenn auch nicht alle Machtbefugnisse, die Roosevelt während des Krieges angehäuft hatte, vom Kongress ausdrücklich auf den Präsidenten übertragen.

Aber so aussergewöhnlich seine Macht als Oberbefehlshaber im Krieg auch sein mochte, war es Roosevelts Innenpolitik, die ihn zum neudefinierenden Führer machte. Die Tatsache, dass er in seiner ersten Amtszeit ab 1933 nicht weniger als 337 und in seiner zweiten

Amtsperiode 1937 bis 1941 sogar 374 Pressekonferenzen gab, verdeutlicht ebenso wie seine «Kamingespräche», welchen Wert er der Kommunikation mit dem Wahlvolk und der Wiederherstellung der Moral im Land beimass. Mit Roosevelts Unterstützung verabschiedete der Kongress innerhalb der hundert Tage nach Amtsantritt des Präsidenten zahlreiche Gesetze, die darauf zielten, die Wirtschaftskrise zu überwinden. Zu den Gesetzesmassnahmen zählten der National Industrial Recovery Act, der Agricultural Adjustment Act, der Federal Emergency Relief Act, der Tennessee Valley Authority (TVA) Act, der Emergency Farm Mortgage Act, der Home Owners' Loan Act und der Railway Coordination Act. Die TVA ist als «klarstes Beispiel für Roosevelts präsidiale Führung» bezeichnet worden.<sup>10</sup> Die Behörde zur Entwicklung des Tennessee-Tals brachte öffentliche und private Einrichtungen zusammen, verknüpfte Industrie und Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Hochwasserschutz und war ein Beispiel für soziale und wirtschaftliche Planung auf regionaler Ebene. Es war eine Massnahme, die Roosevelt «entwickelte, vorschlug und durch den Kongress brachte».<sup>11</sup>

Obwohl einige der New-Deal-Massnahmen in den folgenden Jahren auf der Strecke blieben, beseitigte Roosevelts Präsidentschaft «die psychologischen und politischen Hindernisse für den Einsatz des Staates zum Schutz der Menschen vor den Launen des Marktes».<sup>12</sup> Der New Deal war jedoch ein kollektives Unterfangen. Viele Massnahmen wurden nicht von Roosevelt, sondern von anderen Personen entwickelt, doch die Überzeugungen und die politische Popularität des Präsidenten gaben ihnen Gewicht. Diese mussten in Gesetzesform gegossen werden, was bedeutete, dass sie nicht nur die Zustimmung des Kongresses benötigten, sondern auch einer ständigen Überwachung durch das Parlament unterworfen waren. Das hätte ausreichen können, um sie im Keim zu ersticken, wären nicht sowohl die Massnahmenpakete als auch der Präsident so populär gewesen. Roosevelt nutzte das Rampenlicht und die grosse Wertschätzung, die er

bei vielen Wählern genoss (obwohl ihn auch nicht wenige verabscheuten), um für seine Pläne zu werben.<sup>13</sup>

Um den New Deal durch den Kongress zu bringen, brauchte der Präsident die Unterstützung der demokratischen Abgeordneten aus den Südstaaten, die einen geschlossenen Block bildeten. Roosevelt bemühte sich sehr, diese zu umgarnen. Sie unterstützten bereitwillig politische Eingriffe, die den Unternehmen und der Börse Beschränkungen auferlegten, befürworteten grosse öffentliche Infrastrukturprojekte und den National Labor Relations Act von 1935, der die Rahmenbedingungen für die Gewerkschaften verbesserte, und stimmten im selben Jahr dem Revenue Act zu, mit dem die Steuer auf Einkommen von mehr als 50'000 Dollar von 59 auf 75 Prozent erhöht wurde.<sup>14</sup> Die Unterstützung der Demokraten aus dem Norden und der liberalen Republikaner hätte nicht genügt, um diese für amerikanische Verhältnisse radikalen Massnahmen durchzusetzen.

Auf der anderen Seite widersetzten sich dieselben Demokraten aus dem Süden allen Versuchen, die Bürgerrechte schwarzer Amerikaner zu stärken. Zu Roosevelts Zeiten war der Süden noch fest in der Hand der weissen Suprematisten. So beruhte der New Deal auf einem «faulen Kompromiss», wie Ira Katznelson es ausgedrückt hat. Roosevelt tat wenig, um das «Recht» der südlichen Staaten auf eine abscheuliche Behandlung ihrer afroamerikanischen Bürger anzufechten. Doch ohne die wirtschaftlichen Massnahmen des New Deal einschliesslich der politischen Unterstützung für die Gewerkschaften wären die Lebensbedingungen der schwarzen Amerikaner noch schlechter gewesen. Gemeinsam mit dem Kriegseinsatz schwarzer Soldaten schufen diese Massnahmen die Voraussetzung für die Entstehung der Bürgerrechtsbewegung und die Fortschritte in der Nachkriegszeit.<sup>15</sup>

Zu den Personen, die während Roosevelts Amtszeit erheblichen Einfluss gewannen, gehörte auch seine politisch aktive Frau, die in mancher Hinsicht radikaler war als er. Eleanor Roosevelt gestand einmal, dass sie den sozialistischen Kandidaten Norman Thomas ge-

wählt hätte, wenn nicht ihr Mann 1932 im Rennen um die Präsidentschaft angetreten wäre.<sup>16</sup> Sie bemühte sich, die Chancen für Frauen und Afroamerikaner zu verbessern. Sie setzte sich dafür ein, dass mehr Frauen Zugang zu öffentlichen Ämtern erhielten, und kämpfte gegen den in der amerikanischen Politik verwurzelten Rassismus. Ihr Ehemann, der sowohl bei den Wahlen als auch in Kongressabstimmungen auf die Stimmen der Demokraten aus dem Süden angewiesen war, sah keine Möglichkeit, sich entschieden für die Bürgerrechte der Schwarzen einzusetzen. Eleanor Roosevelt hingegen kehrte im Jahr 1939 den Daughters of the American Revolution den Rücken, als die Organisation der schwarzen Sängerin Marian Anderson einen Auftritt in der Constitution Hall verweigerte. Dass die amerikanische Gesellschaft insgesamt weniger engstirnig war als diese Organisation, zeigte sich in einer Gallup-Umfrage, in der 67 Prozent der Befragten Eleanor Roosevelts Entscheidung guthiessen.<sup>17</sup>

Doch jeder Schritt zur Stärkung der Bürgerrechte – sogar das Gesetz gegen Lynchmorde, das Roosevelt in seiner zweiten Amtszeit unterstützte – stiess im Süden auf erbitterten Widerstand. Das Gesetz wurde Ende 1937 vom Repräsentantenhaus mit grosser Mehrheit verabschiedet, scheiterte jedoch nach einem sechswöchigen Filibuster im Senat, wo die Demokraten zu jener Zeit eine deutliche Mehrheit hatten.<sup>18</sup> Dennoch setzte sich Roosevelt sehr vorsichtig für eine Ausweitung der Bürgerrechte von Afroamerikanern ein, die auch sozial und wirtschaftlich vom New Deal profitierten. Ende der dreissiger Jahre gaben die schwarzen Wähler im Norden Roosevelt grossen Rückhalt, der viel zu seinem Sieg beitrug.<sup>19</sup>

Im November 1934 erklärte der Präsident in einer Radioansprache: «Wir müssen es zu einem nationalen Grundsatz machen, dass wir uns nicht mit der Existenz eines Heers von Arbeitslosen abfinden werden.»<sup>20</sup> Öffentliche Bauvorhaben zur Verringerung der Arbeitslosigkeit waren ein zentraler Bestandteil des New Deal. Man darf Roosevelts Rolle als Initiator dieser neuen Strategie jedoch nicht über-

schätzen: Der Präsident stand der Idee staatlich finanzierter Grossprojekte anfangs sehr skeptisch gegenüber. Dass sie in den National Industrial Recovery Act und damit in einen der wichtigsten Gesetzgebungserfolge der ersten hundert Tage Roosevelts eingingen, war vor allem dem Druck und der Überzeugungskraft der Arbeitsministerin Frances Perkins und des New Yorker Senators Robert F. Wagner zu verdanken.<sup>21</sup> Roosevelts Zusammenarbeit mit dem Kongress funktionierte in seinen ersten drei Jahren im Weissen Haus sowie unter den besonderen Umständen im Zweiten Weltkrieg am besten. In der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre fiel es ihm schwerer, das Parlament für seine Vorhaben zu gewinnen. Im Lauf der Zeit bildete sich eine konservative Koalition, die in der Lage war, seine Initiativen zu blockieren, und Roosevelt musste immer häufiger auf sein präsidiales Veto-recht zurückgreifen.<sup>22</sup>

## **Lyndon B. Johnson**

Roosevelt war eine komplexe Persönlichkeit, aber zweifellos ein neu-definierender Führer und ein erfolgreicher Präsident. Lyndon Baines Johnson war ein verschlagener und noch widersprüchlicherer Mann. Während Roosevelts Präsidentschaft mit seinem Tod endete, scheiterte Johnson politisch. Angesichts der Verbitterung der amerikanischen Wählerschaft über den ausbleibenden Erfolg im Vietnamkrieg entschloss sich Johnson schliesslich dazu, keine zweite Amtszeit anzustreben. Dabei hatte er in der Innenpolitik Beachtliches geleistet, was nicht zuletzt auf die politische Atmosphäre zurückzuführen war, in der er das Amt angetreten hatte.

Der Schock über die Ermordung seines Vorgängers erleichterte es Johnson, Anliegen voranzutreiben, für die sich Kennedy mit geringem Erfolg eingesetzt hatte, darunter insbesondere die Bürgerrechte. Der gesellschaftliche Druck vor allem seitens der von Martin Luther King angeführten schwarzen Amerikaner war gross. Die gebildete Ju-



gend, die aufgrund des militärischen Engagements in Vietnam und der Einberufungen politisch aktiver war als in den fünfziger Jahren, schloss sich den Forderungen Kings und anderer Bürgerrechtsaktivisten an. Auf der anderen Seite standen viele Republikaner und die Demokraten in den südlichen Bundesstaaten.

Anders als viele andere Demokraten aus dem Süden hatte Johnson die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs in der Sache *Brown gegen die Schulbehörde von Topeka* unterstützt. In der Amtszeit Eisenhowers hatte das Höchstgericht die Rassentrennung in öffentlichen Schulen für verfassungswidrig erklärt. Johnsons grösste Leistung als Präsident bestand darin, die wichtigsten Bürgerrechtsgesetze durchzusetzen, wobei er erheblichen Widerstand im Senat überwinden musste. Ausserdem führte er Medicare (sowie das von den Bundesstaaten zu verwaltende Medicaid-Programm für Arme) ein. Er hatte die Präsidentschaft nur durch Kennedys Tod geerbt, aber es gelang ihm, den Worten über die «Great Society» und den «Krieg gegen die Armut» innerhalb von zwei Jahren Taten folgen zu lassen und wichtige Gesetzesvorhaben zu verwirklichen. Das geringste Mass an Ungleichheit in den Vereinigten Staaten wurde im Jahr 1968 erreicht.<sup>23</sup>

Es gibt gute Gründe, Johnson als grössten amerikanischen Gesetzgeber des 20. Jahrhunderts zu bezeichnen – und das umso mehr, wenn wir neben der Präsidentschaft seine Jahre als Mehrheitsführer im Senat berücksichtigen. Stephen Graubard schreibt über die beiden ersten Jahre Johnsons im Weissen Haus: «Wilson, Roosevelt und Truman erzielten ausgezeichnete Ergebnisse, die ihre Fähigkeit belegten, mit dem Senat zusammenzuarbeiten und Gesetze durchs Parlament zu bringen, die ihnen wichtig waren, aber keiner von ihnen beherrschte die Kunst der Überzeugung so gut wie Johnson in den Jahren 1964 und 1965.»<sup>24</sup> Wie schaffte er das? Randall Woods, einer seiner wichtigsten Biographen, hat darauf hingewiesen, dass das Telefon «das eigentliche Instrument seines gesetzgeberischen Willens» war:

Von Ende 1963 bis 1966 interagierte Johnson täglich, ja sogar stündlich mit Senatoren und Abgeordneten. Er machte sich persönlich mit den Details von mehr als tausend wichtigen Gesetzesvorlagen vertraut, die der Kongress in dieser Zeit behandelte. Sein Gedächtnis war angefüllt mit Informationen über die Eigenheiten der verschiedenen Wahlbezirke und die Jugendsünden der Männer und Frauen, die diese Bezirke vertraten. «Ein Präsident kann nur auf eine Art mit dem Kongress umgehen», sagte Johnson, «und zwar fortgesetzt, unablässig, ohne Unterbrechung... Er muss [die Abgeordneten] besser kennen als sie sich selbst ...»<sup>25</sup>

Lyndon B. Johnson bewies, dass das grösste «Machtmittel» des Präsidenten «die Überzeugungskraft» ist. Dennoch war sein Ansehen bei den gebildeten Beratern Kennedys gering, und Johnson selbst war sich seiner Bildungsdefizite im Vergleich zu den «Harvards», wie er sie nannte, vollkommen bewusst.<sup>26</sup> Die Rücksichtslosigkeit und Skrupellosigkeit, die er bei seinem politischen Aufstieg an den Tag legte, sind gut dokumentiert (nicht zuletzt von Robert Caro in seiner meisterhaften Biographie). Im Sommer 1957 drückte Johnson als Mehrheitsführer im Senat ein Bürgerrechtsgesetz durch, das nur kleine Fortschritte brachte, aber das Wahlrecht der Afroamerikaner erweiterte und den Weg für die grossen Bürgerrechtsgesetze von 1964 und 1965 ebnete. Im Jahr 1957 hatte niemand erwartet, dass Johnson seinen Einfluss geltend machen würde, um die Bürgerrechte zu stärken, denn bis dahin hatte er zwanzig Jahre lang sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat genauso abgestimmt wie die anderen Demokraten aus dem Süden: gegen die Stärkung der Rechte schwarzer Bürger.<sup>27</sup> Jedes andere Abstimmungsverhalten hätte den Aufstieg eines Politikers aus Texas beendet.

Selbst wenn Johnson eine liberale Politik betrieb, legte er «einen Pragmatismus und eine Rücksichtslosigkeit an den Tag, die sogar abgehärtete Insider in Washington verblüffte». Er war «stolz auf seine Hinterlist», sprach «erst mit einem Linken, dann mit einem Konser-

vativen, ging erst zu einer Gruppe südlicher Abgeordneter und dann zu Leuten aus dem Norden», erzählte «den Linken eine Sache und den Konservativen das Gegenteil, wobei er beide Standpunkte anscheinend mit unerschütterlicher Überzeugung verfocht».<sup>28</sup> Aber seine Verschlagenheit ging mit «politischer Grösse» einher.<sup>29</sup> Caro urteilt über Johnsons Karriere: «Abraham Lincoln befreite die schwarzen Amerikaner von ihren Ketten, aber es war Lyndon Johnson, der ihnen die Wahlkabinen öffnete, den heiligen Vorhang der Demokratie hinter ihnen zuzog, ihre Hände auf den Schalthebel legte, mit dem sie ihr Schicksal selbst bestimmen konnten, und sie endgültig und für immer in das politische Leben der Vereinigten Staaten integrierte.»<sup>30</sup>

Johnson hatte während der Auseinandersetzung um die demokratische Präsidentschaftsnominierung im Jahr 1960 (die sich John F. Kennedy gesichert hatte) gelernt, dass man die Gouverneure der Bundesstaaten einsetzen konnte, um Druck auf Senatoren und Abgeordnete auszuüben. Kurz nach Kennedys Begräbnis im November 1963 berief Johnson die Gouverneure zu einer Versammlung in seinem Büro ein, bevor sie eine Chance hatten, Washington zu verlassen. Er eröffnete ihnen, er habe am Vortag zweieinhalb Stunden mit Eisenhower verbracht, «dem grossen Präsidenten, der unsere Streitkräfte zum Sieg führte», und dieser habe ihm klargemacht, dass keine Partei «einen Alleinanspruch auf Patriotismus» habe und sie ihm ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit helfen sollten, das Land zu retten. Im Lauf seines Vortrags wurde er zusehends leidenschaftlicher: Die Gouverneure müssten etwas tun, um den Hass zu überwinden und Ungerechtigkeit, Ungleichheit, Armut und Arbeitslosigkeit im Land zu bekämpfen. Und Johnson erklärte ihnen, dass der beste Weg, um diese Probleme zu bewältigen, darin bestehe,

das Steuergesetz zu verabschieden, mehr Arbeitsplätze zu schaffen und die Investitionen anzukurbeln, um dadurch die Staatseinnahmen zu erhöhen, und das Bürgerrechtsgesetz zu verabschie-

den, damit wir dem Mexikaner in Kalifornien oder dem Schwarzen in Mississippi oder dem Asiaten an der Westküste oder den Johnsons in Johnson City sagen können, dass wir sie alle gleich und fair behandeln werden und dass sie nicht nach ihrer Herkunft oder der Schreibweise ihres Namens, sondern nach ihrer Leistung beurteilt werden.<sup>31</sup>

Das Wohl der Armen, nicht zuletzt der armen Afroamerikaner, hatte Johnson stets am Herzen gelegen, aber Vorrang hatte sein eigener politischer Aufstieg. Roy Wilkins von der National Association for the Advancement of Colored People hegte lange Zeit eine zwiespältige Einstellung zu ihm: «Bei Johnson wusste man nie genau, ob er dir auf die Beine helfen oder dich ausrauben wollte.»<sup>32</sup> Diese ambivalente Haltung wich schliesslich vorbehaltloser Bewunderung. Wenn Johnsons Mitgefühl in seiner Zeit im Kongress mit seinem Ehrgeiz kollidierte, stellte er das Mitgefühl hinten. Aber ab dem Moment, als er Präsident wurde, war der Konflikt beendet, und wie Caro bemerkt, wurde die Sache der sozialen Gerechtigkeit unter der Führung Johnsons vorangetrieben, wobei er es wie kein anderer verstand, «Mitgefühl in politisches Handeln umzusetzen».<sup>33</sup>

Der Kontrast zwischen Johnsons innenpolitischen Erfolgen und seinen aussenpolitischen Fehlschlägen hätte nicht deutlicher sein können. Die Unfähigkeit, den Nationalismus und Kommunismus in Asien zu verstehen, teilte er mit seinem Vorgänger und seinen Beratern, und die Furcht vor einem «Verlust» Vietnams (das die USA nicht hätten verlieren können, weil es ihnen nie gehört hatte) führte zu seinem politischen Sturz. Dennoch war Johnson ein neudefinierender Führer. Er verschob den Rahmen der politischen Auseinandersetzung und setzte die Armut in den Vereinigten Staaten nicht nur auf die Tagesordnung, sondern nahm sie direkt in Angriff. Gleichzeitig trug er entscheidend dazu bei, den schwarzen Wählern in einigen südlichen Bundesstaaten, wo ihnen praktisch das Wahlrecht vorenthalten

wurde, ihren Platz im demokratischen Prozess zu sichern. In seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 1964 erklärte er im Kongress, viele Amerikaner lebten «am Rand der Hoffnung – einige aufgrund ihrer Armut, andere aufgrund ihrer Hautfarbe und viel zu viele aufgrund von beidem». Nun forderte er, «ihre Verzweiflung durch Chancen zu ersetzen», und fügte hinzu: «Diese Regierung erklärt der Armut in Amerika hier und jetzt einen uneingeschränkten Krieg.»<sup>34</sup> Nach Johnsons Tod im Jahr 1973 stellte der schwarze Schriftsteller Ralph Waldo Ellison fest, dass Johnson sowohl bei Konservativen als auch bei vielen Linken Abscheu geweckt habe. Er «musste sich damit begnügen, als der grösste amerikanische Präsident für die Armen und für die Schwarzen anerkannt zu werden, was eine sehr grosse Ehre war».<sup>35</sup>

## NEUDEFINIERENDE FÜHRER IN GROSSBRITANNIEN

In einer Demokratie kann der Unterschied zwischen politischen Führern und Regierungen, die wir als neudefinierend bezeichnen können, und jenen, welche die Kriterien dafür nicht erfüllen, schwer zu erkennen sein. Ein Regierungswechsel bringt fast immer ein *gewisses Mass* an Veränderung mit sich: Demokratische Regierungschefs halten sich nicht lange, wenn sie keine Partei im Rücken haben, und Parteien bieten eine Wahl zwischen unterschiedlichen politischen Lösungen an. Aber wenn wir uns den britischen Fall ansehen, so finden wir im 20. und 21. Jahrhundert nur drei Regierungen, deren Politik tatsächlich mit gutem Grund als neudefinierend bezeichnet werden kann: die ab 1908 von Herbert Asquith geführte liberale Regierung zwischen 1905 und 1915 (als eine Koalition gebildet wurde); die Labour-Regierung von Clement Attlee (1945-1951); und die von Margaret Thatcher geführte konservative Regierung (1979-1990).

Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass es im letzten Jahr hun-

dert keine anderen britischen Regierungen gab, die bedeutsame politische Neuerungen herbeiführten. Die konservative Regierung unter Harold Macmillan (1957-1963), die von Harold Wilson geführte Labour-Regierung (1964-1970) und die Labour-Regierung unter Tony Blair (1997-2007) führten durchaus erhebliche Veränderungen herbei.

## **Die liberale Regierung vor dem Ersten Weltkrieg (1905-1915)**

Die einzige neudefinierende britische Regierung in den ersten vier Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts war jene, die im Dezember 1905 von der Liberal Party gestellt und bei der Wahl im folgenden Jahr durch einen Erdrutschsieg bestätigt wurde. In den ersten zwei Jahren wurde diese Regierung von dem vorsichtigen Henry Campbell-Bannerman geführt. Die meisten bedeutsamen Veränderungen wurden erst durchgesetzt, nachdem Campbell-Bannerman das Amt aufgrund einer Erkrankung an Asquith abgetreten hatte (er starb kurz darauf). Mit einer Reihe von Gesetzen wurde die Grundlage für ein soziales Sicherungssystem geschaffen, das als Wohlfahrtsstaat bekannt werden sollte. Die treibende Kraft hinter vielen dieser Gesetze war David Lloyd George, der Asquith als Schatzkanzler nachfolgte, als dieser die Leitung der Regierung übernahm. Die Einführung von Altersrenten hatte Asquith bereits als Schatzkanzler geplant, aber es war Lloyd George, der im Jahr 1908 entsprechende Gesetzesvorlagen einbrachte.

Die Regierung war offen für andernorts entwickelte Ideen. In Neuseeland waren bereits Altersrenten eingeführt worden. Asquith bezeichnete das Land als Laboratorium für politische und soziale Experimente, an denen sich «die älteren Länder der Welt» orientieren könnten.<sup>36</sup> Lloyd Georges Begeisterung für die Arbeitslosenversicherung wurde während eines Deutschlandbesuchs geweckt, wo Bismarck einige der ersten sozialstaatlichen Massnahmen ergriffen hat-

te.<sup>37</sup> Im Jahr 1911 wurde in Grossbritannien eine verpflichtende Kranken- und Arbeitslosenversicherung eingeführt, die durch Abgaben von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert wurde. Auch Winston Churchill, der im April 1908 mit erst 33 Jahren ins Kabinett eingetreten war, liess sich von den Neuerungen in Deutschland beeinflussen. Er schrieb an Premierminister Asquith: «Deutschland hat es mit einem härteren Klima und sehr viel geringerem Reichtum geschafft, akzeptable Lebensbedingungen für seine Bevölkerung zu schaffen. Es ist nicht nur im Krieg, sondern auch im Frieden organisiert. Wir sind nur in der Parteipolitik organisiert.»<sup>38</sup>

Die liberale Regierung setzte eine wichtige Verfassungsreform durch, um die Rechte des Oberhauses zu beschneiden. Das House of Lords durfte von nun an keine Finanzgesetze mehr aufhalten und die Verabschiedung von Gesetzesvorlagen nicht mehr länger als zwei Jahre verzögern. Mit diesem grundlegenden Eingriff wurde «eine Vetokammer gezwungen, sich als Kontrollkammer neu zu erfinden».<sup>39</sup> Den Konflikt mit dem Oberhaus hatte Lloyd Georges «Volksbudget» von 1909 ausgelöst, mit dem unter anderem die Einkommen- und die Erbschaftssteuer erhöht sowie Grundsteuern und eine Benzinsteuern zu einer Zeit eingeführt wurden, als nur Wohlhabende ein Auto besaßen. Die Einnahmen flossen zum Teil in die Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Es war seit Langem üblich, dass das Oberhaus ein vom Unterhaus verabschiedetes Budget nicht blockieren würde, aber in diesem Fall reagierten die mehrheitlich konservativen Mitglieder der Kammer, in der ein Erbrecht auf die Sitze bestand, empört auf diesen Angriff auf die Reichen und Grossgrundbesitzer und lehnten das Haushaltsgesetz ab. Die Emotionen kochten hoch. Der Herzog von Beaufort erklärte, er würde Churchill und Lloyd George am liebsten einer Meute von Jagdhunden vorwerfen.<sup>40</sup> Asquith kündigte Neuwahlen an, und der Haushalt und die Notwendigkeit, die Macht der Lords zu beschneiden, standen im Mittelpunkt des Wahlkampfs. Überraschenderweise verloren die Liberalen bei der Wahl im Januar 1910

mehr als hundert Sitze und waren fortan auf die Unterstützung von Labour und der Irish Nationalist Party angewiesen. Offenkundig war die Wählerschaft zu einer Zeit, als viele Arbeiter und alle Frauen noch kein Wahlrecht hatten, empfänglich für die Warnungen der Konservativen vor einer extremistischen Regierung.

Im Jahr 1913 wurden den Gewerkschaften per Gesetz weitreichendere Rechte zur Erzielung von Einnahmen für politische Zwecke gewährt, nachdem diese von Gerichten eingeschränkt worden waren. Der innenpolitische Druck spielte eine noch wichtigere Rolle als das ausländische Beispiel. Die Übel, die bis dahin als unvermeidliche Begleiterscheinungen des Kapitalismus hingenommen worden waren, wurden nun aus Furcht vor dem Sozialismus und in Reaktion auf die Forderungen einer besser organisierten Arbeiterbewegung in Angriff genommen. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften stieg zwischen 1900 und 1913 auf mehr als das Doppelte (über vier Millionen Mitglieder), und ab 1910 hatten die Labour-Abgeordneten beträchtlichen Einfluss auf die Regierung, die auf ihre Unterstützung angewiesen war.

Als neudefinierend muss diese liberale Regierung vor allem deshalb betrachtet werden, weil sie das Fundament des Sozialstaats legte. Daran und an der Beschneidung der Privilegien des House of Lords hatte Lloyd George mindestens ebenso grossen Anteil wie Asquith. Dieser war kein dominanter Premierminister, und die wichtigsten Reformen waren im Wesentlichen ein kollektives Verdienst seiner Regierung, in der jedoch besonders zwei Minister wichtige Beiträge leisteten. Das von Asquith geleitete Kabinett profitierte vom Impetus Lloyd Georges und Churchills, zweier anziehender Persönlichkeiten, die nicht zu Unrecht als «die beiden grossen britischen Politiker der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts» bezeichnet worden sind.<sup>41</sup>



## Die Labour-Nachkriegsregierung (1945-1951)

Die von Clement Attlee geführte Regierung ist ein besonders gutes Beispiel für neudefinierende Führung. Wie bereits im vorherigen Kapitel angedeutet, haben wir es hier weniger mit einer herausragenden individuellen Führung durch den Premierminister, sondern mit einer kollektiven Führung durch die Minister zu tun, obwohl der ruhige Attlee natürlich einen wichtigen Anteil hatte, indem er zwischen den grossen Egos vermittelte und ihre Arbeit koordinierte. Keines der zwanzig Mitglieder des Labour-Kabinetts (neunzehn Männer und eine Frau) war im 20. Jahrhundert geboren. Der jüngste Minister, Aneurin Bevan, der als unverbesserlicher Rebell galt und den Attlee überraschend für den Posten des Gesundheitsministers aussuchte, war 47 Jahre alt. Die Minister besaßen grosse Erfahrung in verschiedenen Bereichen, und einige von ihnen hatten bereits im Krieg in der Koalitionsregierung gedient, darunter Attlee, Bevin, Morrison, Stafford Cripps und Hugh Dalton in hochrangigen Funktionen. Attlee hatte im Krieg als stellvertretender Regierungschef weniger im öffentlichen Rampenlicht gestanden als Bevin und Morrison, der Attlee bald nach Kriegsende an der Spitze von Labour abzulösen gestrebt hatte.

Die Labour-Regierung ergriff zahlreiche sozialistische Massnahmen: Sie verstaatlichte die Bank of England, die Eisenbahnen, die Strom- und Gasversorger, die Kohlegruben, die zivile Luftfahrt und die Stahlindustrie. Mit Ausnahme der Stahlindustrie, die Churchills konservative Regierung wieder privatisierte, verblieben diese Wirtschaftszweige auch nach der Wahlniederlage der Labour Party 1951 für mindestens eine Generation in Staatsbesitz. Da das Oberhaus das Gesetz über die Verstaatlichung der Stahlindustrie verzögern wollte, wurde die zulässige Höchstdauer einer solchen Verschleppung gesetzlich von zwei auf ein Jahr verkürzt.<sup>42</sup> Die Regierung betrieb eine egalitäre Umverteilungspolitik. Nach dem Krieg waren die Versor-

gungsengpässe noch nicht behoben, und Lebensmittel und Treibstoff blieben bis Ende der vierziger Jahre rationiert. Doch mit dem National Insurance Act von 1946, der «die Grundlage für den Wohlfahrtsstaat in den folgenden dreissig Jahren» schuf, wurde die Unterstützung von Kranken und Arbeitslosen erheblich ausgebaut.<sup>43</sup> Die wichtigste Neuerung war die Einrichtung des National Health Service (NHS) unter Bevans Führung. Dieser wurde so populär, dass spätere Regierungen die private Vorsorge nur heimlich stärken konnten, nachdem sie dem NHS unverbrüchliche Treue geschworen hatten. Noch im Jahr 2010 erklärte Attlees jüngster Biograph: «Der National Health Service mit der kostenlosen medizinischen Versorgung als Herzstück ist bis heute fast vollkommen intakt.»<sup>44</sup>

## **Margaret Thatcher als neudefinierende Führerin**

Viele Massnahmen der ersten Nachkriegsregierung blieben bis zum Regierungsantritt von Margaret Thatcher Grundlage der britischen Politik. Die erste Frau an der Spitze einer britischen Regierung war zweifellos eine neudefinierende politische Führerin. Sie führte die Regierung elf Jahre lang (von 1979 bis 1990) und damit länger als jeder andere Premierminister im 20. und frühen 21. Jahrhundert. Thatcher war sowohl innen- als auch aussenpolitisch unermüdlich aktiv. Obwohl es ihr durchaus gefiel, dass sie als «Eiserne Lady» bezeichnet wurde (ein Titel, der ihr zuerst von sowjetischen Journalisten verliehen wurde), war ihre Aussenpolitik nuancierter, als ihr kriegerisches Image vermuten lässt. Ausserdem unterschied sich ihr Auftreten als Premierministerin deutlich von dem Bild, das sie vor ihrem Amtsantritt und nach ihrem Rückzug von sich zeichnete.

In der Downing Street wurde sie von fähigen Beratern, von ihren Kollegen in der Regierung einschliesslich mehrerer aufeinanderfol-

gender Aussenminister sowie von externen akademischen Spezialisten beeinflusst, mit denen sie sich über spezifische Fragen beriet. Sie hatte festen Überzeugungen, aber auch einen unstillbaren Appetit auf Fakten. Sie konnte aussergewöhnlich ausdauernd arbeiten und brauchte nicht mehr als vier Stunden Schlaf. Ausserhalb des Amtes hatte sie weniger Zugang zu qualifizierten Ratgebern und neigte dazu, Eiferern Gehör zu schenken. Als Premierministerin war sie eine der Ersten, die erkannten, dass sich Michail Gorbatschow tatsächlich von seinen Vorgängern an der Spitze des sowjetischen Regimes unterschied. Unter den konservativen Politikern in Europa und Nordamerika gelangte sie als Erste zu der Überzeugung, dass seine Reformen bedeutsam waren. Ihr politischer Instinkt sagte ihr, dass von der Spitze der Hierarchie einer herrschenden kommunistischen Partei wohl kaum grundlegende Veränderungen ausgehen würden. Doch anstatt sich allein auf ihr Gespür zu verlassen, hörte sie sich die Einschätzungen zahlreicher Experten an und korrigierte ihre Meinung in Bezug auf die Aussicht auf Veränderungen in der Sowjetunion und Osteuropa.<sup>45</sup>

Thatcher galt als kriegerisch, aber sie betrachtete die amerikanischen Militäreinsätze im Libanon und in Libyen mit Skepsis: «Wenn man einmal beginnt, Grenzen zu überschreiten, ist es schwierig, die Dynamik aufzuhalten, und das Völkerrecht ist für mich unantastbar.»<sup>46</sup> Über ihre Bereitschaft, militärische Gewalt anzuwenden, um das britische Hoheitsrecht über die Falklandinseln gegen die argentinischen Invasoren zu verteidigen, sollte man nicht vergessen, dass sie eine ausgeprägte Abneigung gegen Militärinterventionen hegte, die nicht durch einen Angriff auf britisches Hoheitsgebiet provoziert wurden. Sie war empört über die Invasion Grenadas, mit der die USA im Oktober 1983 die durch einen Putsch gestürzte Regierung wiedersetzten. Dies war ein besonders heikler Fall, da es sich bei Grenada um eine ehemalige britische Kolonie und ein Mitglied des Commonwealth handelte. In einem Interview mit der BBC vertrat Thatcher einen grundsätzlichen Standpunkt:

Wir in... den westlichen Demokratien wenden Gewalt an, um unsere Lebensart zu verteidigen ... Wir wenden sie nicht an, um in unabhängige, souveräne [Staaten] einzumarschieren... Wenn wir ein neues Gesetz verkünden, das besagt, die USA sollten überall dort intervenieren, wo Kommunisten gegen den Willen des Volkes herrschen, ... wird es wirklich furchtbare Kriege in der Welt geben.<sup>47</sup>

Obwohl Thatcher eine sehr geringe Meinung vom Foreign and Commonwealth Office als Institution hatte (während sie einige seiner herausragenden Mitarbeiter zu schätzen wusste), deckten sich ihre politischen Vorstellungen in einer Reihe von Fragen durchaus mit denen des Außenministeriums und ihrer beiden letzten Außenminister Geoffrey Howe und Douglas Hurd. Zu den wichtigen Ausnahmen zählten Thatchers Ansichten über das südafrikanische Apartheid-Regime, die Europäische Union und die Wiedervereinigung Deutschlands. In all diesen Fragen entsprach sie dem Stereotyp der ultrakonservativen Politikerin und fand keinen gemeinsamen Nenner mit dem Außenministerium.<sup>48</sup>

Zu einer der drei neudefinierenden britischen Regierungen im 20. Jahrhundert wurde die Regierung Thatcher jedoch durch die Innenpolitik. Und in diesem Fall kann, anders als bezüglich der Regierung Attlee, die Premierministerin individuell als neudefinierende Führerin identifiziert werden.<sup>49</sup> Thatcher hatte ganz klare Vorstellungen davon, welche Wirtschafts- und Sozialpolitik und welchen Kurs gegenüber den Gewerkschaften ihre Regierung verfolgen sollte. Der Kontrast zwischen den Programmen der Regierungen Attlee und Thatcher hätte kaum grösser sein können. Auch die Kabinettsitzungen verliefen unter Thatchers Führung ganz anders als unter Attlee. Im Gegensatz zu Attlee stellte Thatcher ihre Meinung zu Fragen, in denen sie einen klaren Standpunkt hatte (und das waren viele), gleich zu Beginn einer Sitzung in den Raum und lenkte die Diskussion so in die gewünschte Richtung. Zudem kamen viele wichtige Angelegenheiten

gar nicht erst zur Sprache. Ian Gilmour, ein Mitglied ihrer ersten Regierung, der Thatcher sehr kritisch gegenüberstand, sagte es so: «Die kollektive Entscheidungsfindung und damit auch die kollektive Verantwortung wurde erheblich eingeschränkt.»<sup>50</sup>

Mindestens die Hälfte der Mitglieder von Thatchers erster Regierung hegte Anschauungen, die erheblich von denen der Premierministerin abwichen, darunter Aussenminister Lord Carrington, Michael Heseltine, Jim Prior, Peter Walker und Gilmour. Schatzkanzler Geoffrey Howe war zu jener Zeit ein enger Verbündeter Thatchers. Schritt für Schritt veränderten Rücktritte und Regierungsumbildungen die Zusammensetzung des Kabinetts, sogar einige ihrer ehemaligen Verbündeten vergraulte Thatcher. Howes Rücktritt löste schliesslich ihren Sturz im Jahr 1990 aus, aber zuvor waren schon andere wichtige Minister, die Thatchers Führungsstil kritisch gegenüberstanden, aus der Regierung ausgeschieden. Das galt insbesondere für Michael Heseltines Rücktritt als Verteidigungsminister im Jahr 1986 und Nigel Lawsons Rücktritt als Schatzkanzler im Jahr 1989<sup>51</sup>. Lawson und Howe waren (anders als Heseltine) in der Wirtschaftspolitik anfangs einer Meinung mit Thatcher, doch gingen ihre Ansichten zur Mitgliedschaft im Europäischen Währungssystem, der Unabhängigkeit der Bank of England und der Steuerpolitik zusehends auseinander.<sup>52</sup>

Die Premierministerin Thatcher zeichnete sich dadurch aus, dass sie ihre Hausaufgaben sehr gründlich machte und darauf bestand, zu allen Fragen eingehend informiert zu werden. Sie neigte nicht zur Selbstkritik, aber ihr offizieller Biograph hat beobachtet, dass ihr im Alter nichts mehr zu schaffen machte als das Gefühl, sich in einer Frage nicht gründlich genug vorbereitet zu haben.<sup>53</sup> Sie hatte ein ausgezeichnetes Gedächtnis und konnte in ihrer methodischen Vorbereitung – sei es auf ein Treffen mit Gorbatschow oder auf die zweimal wöchentlich stattfindenden Fragestunden – zahlreiche Informationen aufnehmen.<sup>54</sup> Obwohl sie die Beamten auf Trab hielt und in den Mi-

nisterien teilweise gefürchtet war – «sie liess Whitehall erzittern»<sup>55</sup> –, lernte sie viel von der Ministerialbürokratie. In mancher Hinsicht zog sie die Beamten ihren Kabinettskollegen vor, denn abgesehen davon, dass sie ihr die benötigten Daten beschafften, befolgten sie ihre Anweisungen widerspruchslos. Im Gespräch mit ihrem wichtigsten Privatsekretär Clive Whitmore sagte sie: «Clive, ich könnte diese Regierung sehr viel besser führen, wenn ich keine Minister, sondern nur Ministerialräte hätte.»<sup>56</sup>

Ihr Regierungsstil führte schliesslich zu ihrem Sturz – im Jahr 1990 eröffneten ihr praktisch sämtliche Minister, dass sie als Premierminister nicht überleben könne –, aber aufgrund dieses Stils kann Thatcher als neudefinierende Führerin und nicht einfach als Leiterin einer neudefinierenden Regierung eingestuft werden. Überraschenderweise sind sich die Kritiker von Thatchers Politik und ihre Befürworter weitgehend einig darin, dass sie die Voraussetzungen der politischen Debatte neu definierte, die allgemeine Vorstellung vom politisch Möglichen verschob und radikale Veränderungen herbeiführte.<sup>57</sup> Aber sie war auch eine sehr polarisierende Führungspersönlichkeit, die insbesondere in Schottland unbeliebt war. Am Ende verlor sie die Unterstützung der meisten ihrer Ministerkollegen (was direkt darauf zurückzuführen war, dass sie die Ressortchefs keineswegs wie Kollegen behandelte) und liess eine Konservative Partei zurück, die so gespalten war wie seit Jahrzehnten nicht. Ein Ergebnis ihrer Aussenpolitik, das niemand zu Beginn ihrer Amtszeit im Jahr 1979 vorauszusagen gewagt hätte, war, dass sie in den osteuropäischen Ländern sehr viel mehr Freunde gewann als in Westeuropa: In ihren letzten Amtsjahren genoss sie in Moskau, Prag und Warschau grosse Popularität, während sie in Bonn, Paris und Brüssel für Irritationen sorgte.

Thatchers Vorgänger an der Spitze der Konservativen Partei (und Premierminister von 1970 bis 1974), Edward Heath, hatte einen ähnlich dominanten Führungsstil praktiziert, aber seine einzige wirklich bedeutende Leistung war es, das Land in die Europäische Gemein-

schaft zu führen (die später zur Europäischen Union wurde). Wie Anthony King schreibt: «Trotz seiner häufigen Kurswechsel übte Heath zweifellos eine vollständigere, kontinuierlichere Kontrolle über seine Regierung aus als jeder andere Premierminister seit 1945 ... Dass die Tories im Februar 1974 eine Wahlniederlage erlitten – und dass beinahe das gesamte politische Vermächtnis von Heath mit Ausnahme von Grossbritanniens Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft bald in Trümmern lag –, bedeutet nicht, dass Heath kein dominanter Premierminister war. Es bedeutet lediglich, dass nicht alle dominanten Premierminister erfolgreich sind.»<sup>58</sup> Erwähnenswert ist, dass ein grosser Teil der Bevölkerung Heath für «schwach» hielt, bevor er Regierungschef wurde.<sup>59</sup> Sein Fall verdeutlicht drei Dinge: Erstens fällt es einem politischen Führer vor seiner Ernennung zum Regierungschef schwerer, ein Bild von «Stärke» zu vermitteln. Zweitens kann die vorherrschende Meinung darüber, ob ein politischer Führer stark in dem Sinn ist, dass er ein dominanter oder herrischer Entscheidungsträger ist, sehr weit von der Wahrheit entfernt sein. Drittens gibt es keinen Grund für die Annahme, dass eine «starke» Führung (in dem Sinn, dass der Regierungschef gegenüber seinen Kabinettskollegen gebieterisch auftritt) mit einer erfolgreichen Regierungsarbeit einhergeht.

Während die Führungsstile von Thatcher und Heath einander ähnelten, waren sie in wichtigen Fragen gegensätzlicher Meinung. Heath, der es Thatcher nie verzieh, dass sie ihn als Parteichef abgelöst hatte, teilte ihre Bewunderung für den freien Markt nicht. Ein hochrangiges Mitglied von Thatchers Regierung erklärte, die beiden Schlüsselprinzipien, für welche die Regierung Attlee gestanden hatte – «ein starker, interventionistischer Staat und eine egalitäre Gesellschaft» –, seien mehr als eine Generation lang im Grunde unangefochten geblieben, bis Margaret Thatcher in die Downing Street Nr. 10 eingezogen sei.<sup>60</sup> Ihre Regierung beseitigte zahlreiche Hemmnisse für die gewerbliche Wirtschaft (darunter die Banken), liberalisierte die Kapitalmärkte und richtete ihre Politik an der von der Premierministe-

rin leidenschaftlich verfochtenen Überzeugung aus, dass es keinen Ersatz für die Marktkräfte gab.

Ein Grundpfeiler ihrer Politik war das Privatisierungsprogramm: Innerhalb eines Jahrzehnts wurden zwei Drittel des Staatseigentums verkauft. Traditionell denkende Konservative waren damit nicht einverstanden. Als Harold Macmillan zur Zeit des Falkland-Konflikts in die Downing Street eingeladen wurde, um Thatcher in der «Kriegführung» zu unterweisen, fand er sich in einem Raum wieder, der teilweise ausgeräumt worden war, um Platz für eine Abendveranstaltung zu schaffen. «Wo sind all die Möbel hin?», fragte er. «Ich nehme an, ihr habt sie privatisiert.»<sup>61</sup> Thatcher setzte sich in einem langwierigen Arbeitskampf gegen die Bergarbeitergewerkschaft durch (die ihren Teil zum Sturz der Regierung Heath beigetragen hatte) und schränkte die Macht der Gewerkschaften erheblich ein. Um den Eigenheimbesitz zu fördern und den öffentlichen Sektor zu verkleinern, erlaubte sie Hausbesetzern, die von ihnen in Beschlag genommenen Sozialwohnungen zu günstigen Preisen zu erwerben.

Die Regierung Thatcher verschob das Verhältnis zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor deutlich zugunsten der Privatwirtschaft. Dazu gehörte, dass sie erfahrene Manager in den Öffentlichen Dienst holte und Massnahmen durchsetzte, welche die von der Regierung Attlee eingeführte egalitäre Politik umkehrten. Die steuerliche Belastung hoher Einkommen wurde verringert, und es wurde eine neue kommunale Kopfsteuer eingeführt, die offiziell als «Community Charge» bezeichnet wurde, aber unter dem Namen Poll Tax bekannt wurde. Die Gegner dieser Kopfsteuer, welche die Vermögenssteuer ersetzen sollte, wandten ein, ein Müllmann würde genauso viel bezahlen müssen wie ein Herzog. Das Vorhaben stiess auf erbitterten Widerstand und trug zur wachsenden Unbeliebtheit Thatchers in ihren letzten Jahren in der Downing Street bei. Ihr damaliger Schatzkanzler Nigel Lawson sah eine «kolossale Fehleinschätzung» in dem



Versuch Thatchers, «eine Form der Besteuerung, die seit jeher verrufen war, in das Flaggschiff ihrer Regierung zu verwandeln». Lawson räumt jedoch ein, dass Thatcher gerade bei diesem Vorhaben trotz ihrer «tiefen persönlichen Überzeugung die ganze Zeit den Erfordernissen der Kabinettsregierung genüge».<sup>62</sup> Der Chef des Wirtschafts- und Finanzressorts lehnte die Steuer entschieden ab und verwies im Mai 1985 in einem internen Bericht darauf, dass «ein Rentnerehepaar in der Londoner Innenstadt 22 Prozent seines Nettoeinkommens durch die Kopfsteuer verlieren konnte, während ein wohlhabenderes Ehepaar in einem Vorort nur ein Prozent bezahlen würde».<sup>63</sup> Aber Thatcher überzeugte das Kabinett, und im Jahr 1986 wurde die Massnahme beschlossen. Die Kopfsteuer wurde in Schottland ein Jahr früher eingeführt als in England und Wales. Sie gab der Scottish National Party und der Labour Party Auftrieb und vertiefte die Verdrossenheit der Schotten über die Konservative Partei.<sup>64</sup>

## **NEUDEFINIERENDE FÜHRUNG IN DEUTSCHLAND NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG**

Die Bundesrepublik und – ab 1990 – das wiedervereinigte Deutschland haben eine wirtschaftliche und politische Erfolgsgeschichte geschrieben. Das Land hat Wohlstand aufgebaut, und die Qualität seiner Demokratie ist ebenso hoch wie die seiner politischen Führer. Es ist angebracht, in diesem Fall einen Zusammenhang zwischen guter Führung und demokratischer Konsolidierung herzustellen, selbst wenn dieser Zusammenhang weniger offensichtlich ist als der zwischen Deutschlands «starker» und charismatischer Führung in den dreissiger Jahren und der Entwicklung des totalitären Unterdrückungsregimes zwischen 1933 und 1945. Drei Nachkriegskanzler – Konrad Adenauer, Willy Brandt und Helmut Kohl – können mit Fug

und Recht als neudefinierende politische Führer betrachtet werden. Der Bundeskanzler ist nicht der Staatschef – diese Funktion hat der Bundespräsident, der eine ausschliesslich repräsentative Rolle spielt. Der Inhaber dieses Amtes kann eine moralische Instanz sein, wie insbesondere Richard von Weizsäcker in den achtziger und neunziger Jahren bewies. Aber die Regierungsführung obliegt dem Kanzler, der grössere Macht ausübt als jede andere Person im politischen System des Landes. Der Kanzler oder die Kanzlerin – als erste Frau errang die talentierte Politikerin und scharfsinnige Führungspersönlichkeit Angela Merkel im Jahr 2005 dieses Amt – wird nicht direkt von den Bürgern, sondern vom Bundestag gewählt. Die Parteien nominieren ihre Kanzlerkandidaten vor einer Bundestagswahl, weshalb die Kenntnis der Bewerber beträchtlichen Einfluss auf die Entscheidung der Wähler hat. Die Parteibindung ist jedoch so stabil, dass die Person des Kanzlerkandidaten kaum einmal den Ausschlag an den Urnen gibt. In einer grossen Studie zu den Wahlen in der Bundesrepublik stellte sich heraus, dass die «Identifizierung mit der Partei» die «mit Abstand wichtigste Determinante für die Entscheidungen der Wähler» ist.<sup>65</sup>

Der Bundeskanzler geniesst beträchtliche Autorität, obwohl diese (wie bei vielen anderen Regierungschefs) in der Aussenpolitik grösser ist als in der Innenpolitik. Der Kanzler hat das Recht, die groben Leitlinien der Regierungspolitik festzulegen – was ein Premierminister nicht im selben Mass tun kann, obwohl einige britische Regierungschefs versuchen, sich so zu verhalten, als hätten sie diese Befugnis –, und gibt dem Parlament Rechenschaft über die Ergebnisse dieser Politik. Dennoch geniessen die Minister in einer deutschen Regierung beträchtliche, in der Verfassung verankerte Autonomie. Obwohl sie sich innerhalb des vom Kanzler vorgegebenen politischen Rahmens bewegen, tragen sie die volle Verantwortung für ihre Ressorts, und die Verfassung räumt dem Kanzler kein Recht ein, den Ministern konkrete Anweisungen zu geben. Kommt es zu Konflikten zwischen zwei Ministerien, so soll das Kabinett dazu beitragen, die

Meinungsverschiedenheiten auszuräumen, aber die entscheidende Rolle im Vermittlungsprozess kommt dem Kanzler zu.<sup>66</sup>

Die demokratische Verfassung Deutschlands, das Grundgesetz, wurde im Jahr 1948 vom Parlamentarischen Rat ausgearbeitet, dessen Mitglieder von den Landesparlamenten entsandt worden waren. Ihr Ziel war es, Institutionen zu schaffen, die nicht nur den Totalitarismus des Dritten Reichs, sondern auch die Schwächen der Weimarer Republik vermeiden würden.<sup>67</sup> So erschwerten sie die Auflösung des Parlaments und den Sturz der Regierung zwischen den regulären Wahlen. Dazu bedarf es eines «konstruktiven Misstrauensvotums»: Der Kanzler kann nur zum Rücktritt gezwungen werden, wenn sich eine Mehrheit des Bundestags zuvor auf einen Nachfolger einigt – eine ziemlich hohe Hürde.

Zwei wichtige Einschränkungen der Befugnisse des Bundeskanzlers ergeben sich aus dem Wahlsystem und dem föderalen Charakter der deutschen politischen Ordnung. Da in Deutschland ein Verhältniswahlrecht gilt, verfügt nur selten eine Partei über die absolute Mehrheit im Bundestag, weshalb die meisten Nachkriegsregierungen Koalitionen gewesen sind. Der Bundeskanzler, sei er nun ein Christdemokrat oder ein Sozialdemokrat, muss daher Kompromisse mit dem Koalitionspartner schliessen – bis Anfang des 21. Jahrhunderts waren dies zumeist die Liberalen von der FDP, obwohl es auch zu einer Koalition mit den Grünen kam, als die SPD stärkste Partei war. Und schliesslich gab es mehrmals grosse Koalitionen aus den Unionsparteien und der SPD.

## **Konrad Adenauer**

Ein deutscher Parteichef hat offenkundig besondere Möglichkeiten, Einfluss auf die politische Ausrichtung seiner Partei und, sofern er Kanzler wird, des Landes zu nehmen. Das galt insbesondere für den ersten Bundeskanzler, den Christdemokraten Konrad Adenauer, der

vor der gewaltigen Aufgabe stand, den Wiederaufbau der Demokratie nach der NS-Diktatur und des im Krieg zerstörten Landes zu leiten. In den ersten Jahren nach dem Krieg war der Rückhalt für die Demokratie wackelig, um es zurückhaltend auszudrücken. Viele Deutsche stimmten zu jener Zeit noch der Aussage zu, «Hitler wäre einer der grössten Staatsmänner der Geschichte gewesen, hätte er nur den Krieg nicht verloren».<sup>68</sup> Adenauer war bereits 73 Jahre alt, als er 1949 Bundeskanzler wurde. Mehr als dreissig Jahre früher, im Jahr 1917, war er Bürgermeister von Köln geworden und hatte dieses Amt bis zu seiner Absetzung durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933 innegehabt. Im Jahr 1945 übernahm er erneut für kurze Zeit das Bürgermeisteramt in seiner Heimatstadt, bevor er Vorsitzender der CDU wurde.<sup>69</sup>

Wesentlichen Anteil an der Erholung der deutschen Wirtschaft, der Adenauer seine wachsende Popularität verdankte, hatte sein Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, der Architekt des deutschen «Wirtschaftswunders». Adenauer hatte das Konzept der «sozialen Marktwirtschaft» im Jahr 1949 in das Programm der Christdemokraten aufgenommen und dürfte unter dem Einfluss der katholischen Soziallehre gestanden haben. Dasselbe wird oft über Erhard gesagt, was jedoch ein Irrtum ist. Erhard war wie die meisten Ökonomen, die ihn unterstützten, Protestant und glaubte, die Beseitigung der von den Nationalsozialisten eingeführten und von den alliierten Besatzungsverwaltungen aufrechterhaltenen bürokratischen Kontrollen könne die soziale Lage verbessern. Aber die Politik der Regierung Adenauer verband Privatwirtschaft und Wettbewerb mit dem Bemühen um Konsensbeziehungen zwischen den Tarifparteien und dem Aufbau eines Sozialstaats.<sup>70</sup> Als Nachfolger Adenauers im Kanzleramt (1963 bis 1966) bewirkte Erhard weniger als in seiner Zeit als massgebliches Mitglied von Adenauers Regierung; in seiner Funktion als Wirtschaftsminister hatte er dazu beigetragen, das wirtschaftliche Fundament der Demokratie zu legen. Der wachsende Wohlstand stärkte die Akzeptanz der demokratischen Spielregeln in der Bevölkerung, so

dass sich die Geschichte der deutschen Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg, als das wirtschaftliche Scheitern, Hyperinflation und Arbeitslosigkeit entscheidend zum Untergang der Weimarer Republik und zum Aufstieg Hitlers beigetragen hatten, nicht wiederholte.

Erhard trug dazu bei, Adenauer zu einem innenpolitisch neudefinierenden Führer zu machen, aber es war Adenauer selbst, der die westdeutsche Aussenpolitik vollkommen neu definierte. Es kann nicht überraschen, dass er sich angesichts der Teilung des Landes und der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten als unangefochtene Führungsmacht der westlichen Welt aus dem Krieg (und der Besetzung Deutschlands) hervorgegangen waren, um gute Beziehungen zu den Amerikanern bemühte. Ausserdem begrüßte er es, dass die Präsenz der USA in Europa den Kontinent vor einer weiteren Expansion der Sowjetunion bewahrte. Bedeutsamer und bahnbrechender war mit Blick auf die deutsche Geschichte, dass Adenauer gute Beziehungen zu Frankreich und nicht zuletzt zu de Gaulle nach dessen Rückkehr an die Macht im Jahr 1958 herstellte. Adenauer war ein entschiedener Befürworter der wirtschaftlichen und politischen Integration Europas und befürwortete eine gemeinsame europäische Verteidigung. Er wünschte sich jedoch auch einen deutschen Zugang zu Atomwaffen, und nach seinem Rückzug aus der Politik sprach er sich nachdrücklich dagegen aus, dass Deutschland den Vertrag zur Nichtverbreitung von Atomwaffen unterzeichnete (was später eine der ersten Amtshandlungen Willy Brandts sein sollte).

Unter Adenauer trat die Bundesrepublik Mitte der fünfziger Jahre der NATO bei und gehörte 1957 zu den Gründerstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, des Vorläufers der Europäischen Union. Adenauer konnte von sich behaupten, der einzige deutsche Regierungschef zu sein, «der die Einheit Europas der Einheit seines eigenen Vaterlands vorzieht».<sup>71</sup> Er wurde auch als der erste deutsche Staatsmann bezeichnet, «der in der Lage war, die unbewusste Neigung seiner Landsleute zu überwinden, nur Führer in Uniform ernst

zu nehmen». <sup>72</sup> Adenauer blieb jedoch viel zu lange im Amt und verlor an Wirkung. Wie viele politische Führer gelangte er im Lauf der Zeit zu der Überzeugung, unverzichtbar zu sein, und sah niemanden mehr, der ihm fähig schien, seinen Platz einzunehmen. Als er sich im Jahr 1963 endlich zum Rückzug überreden liess, war er 87 Jahre alt.

## Willy Brandt

Der konservative Katholik Konrad Adenauer konnte skrupellos sein, wenn es darum ging, Wahlen zu gewinnen. Willy Brandt sagte einmal, der Kanzler habe die Hälfte des Wahlkampfes «der Frage meiner Geburt» gewidmet, und im August 1961 bezeichnete Adenauer ihn am Tag nach Beginn des Mauerbaus als «alias Frahm». <sup>73</sup> Brandt war im Jahr 1913 als Sohn einer unverheirateten Verkäuferin zur Welt gekommen und unter dem Familiennamen seiner Mutter als Herbert Frahm aufgewachsen. Er wusste lange nicht, wer sein Vater war. Seine Mutter und sein Grossvater, der sich an der Aufzucht des Enkels beteiligte, waren aktive SPD-Mitglieder. Er wuchs als Sozialdemokrat auf und liess sich weder vom Kommunismus noch vom Nationalsozialismus verführen. Im Jahr 1933, als man nur noch unter Gefahr und im Untergrund politischen Widerstand gegen die Nationalsozialisten leisten konnte, nahm er den Namen Willy Brandt an. Er war vor und nach Hitlers Machtergreifung ein aktiver Gegner der Nationalsozialisten, die er in erster Linie von anderen europäischen Ländern (insbesondere Norwegen) aus, aber auch als norwegischer Student getarnt auf deutschem Boden bekämpfte. Im Jahr 1938 floh Brandt erneut nach Norwegen, von wo aus er sich nach der deutschen Invasion im Jahr 1940 ins neutrale Schweden absetzte. Obwohl Brandt nicht für die Niederlage, sondern für die Befreiung seines Heimatlandes gekämpft hatte, betrachteten ihn unmittelbar nach dem Krieg viele seiner Landsleute als Verräter.

Er hatte noch immer die norwegische Staatsbürgerschaft, als er im Jahr 1945 nach Deutschland zurückkehrte, um sich erneut der SPD anzuschliessen. (Im Jahr 1948 nahm er wieder die deutsche Staatsbürgerschaft an.)

Brandt stieg rasch in der deutschen Politik auf. Wie sich herausstellte, lehnte er die kommunistische Repression ebenso resolut ab wie zuvor die nationalsozialistische. Er spielte eine führende Rolle im Berliner Senat, als die Sowjetunion im Jahr 1948 eine Blockade über Westberlin verhängte und die Westalliierten die Stadt nur mit einer Luftbrücke am Leben erhalten konnten. Als das kommunistische Regime im Jahr 1961 mit dem Mauerbau begann, tat Brandt, zu diesem Zeitpunkt seit vier Jahren Regierender Bürgermeister, alles, was in seiner Macht stand, um die Moral der Bevölkerung hochzuhalten. In seiner Zeit an der Spitze der Stadtregierung tat er sich als inspirierender politischer Führer hervor. Aber erst seine Jahre im Kanzleramt (1969 bis 1974) machten ihn zu einem neudefinierenden Führer. Sein politischer Stil war nicht nur kollegialer als der Adenauers, sondern auch entspannt und ausgleichend. Er war «geduldig genug, um die Entstehung eines authentischen Konsenses im Kabinett zuzulassen».<sup>74</sup> Aber die Kollegialität war nicht unvereinbar mit grosser persönlicher Initiative in einer Frage, die sowohl für die internationale als auch für die innerdeutsche Politik von grosser Bedeutung war: die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie allgemein dem östlichen Teil Europas. Die Ostpolitik war die bedeutendste Leistung des Bundeskanzlers Willy Brandt. Die von ihm geführte Regierung akzeptierte die deutschen Ostgrenzen und verbesserte die Beziehungen zu Ostdeutschland, indem sie den Status quo der Teilung in zwei deutsche Staaten anerkannte, ohne ihn zu legitimieren. Die Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands wurden regelmässiger, und Brandt wurde von der ostdeutschen Öffentlichkeit begeistert empfangen, als er im März 1970 die DDR besuchte. Ausserdem nutzte er eine Phase der Entspannung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion während der Präsidentschaft

von Richard Nixon, um als erster Bundeskanzler eine Arbeitsbeziehung zu Moskau zu knüpfen.\*

Brandts Ostpolitik stiess nicht nur bei den Christdemokraten, sondern auch bei einem Teil der FDP, die eine Koalitionsregierung mit der SPD bildete, auf erheblichen Widerstand. Eine Reihe von FDP-Abgeordneten kehrte ihm im Bundestag den Rücken, und im April 1972 wurde ein Misstrauensantrag gegen den Kanzler nur mit einer hauchdünnen Mehrheit von zwei Stimmen abgelehnt.<sup>75</sup> Brandts Entscheidung, den Verlust der deutschen Ostgebiete Schlesien und Ostpreussen zu akzeptieren, empörte seine politischen Gegner ebenso wie die einflussreichen Vertriebenenverbände. Ausserdem gewannen viele in Deutschland und im Ausland den Eindruck, er habe das Ziel der Wiedervereinigung des geteilten Deutschland aufgegeben, ohne irgendwelche Gegenleistungen dafür zu erhalten. So vernünftig dieser Einwand zu jener Zeit schien, hätte er nicht falscher sein können. In Russland waren der Hass auf und die Furcht vor Deutschland Mitte der sechziger Jahre noch gross. Bis Mitte der siebziger Jahre war beides weitgehend verfliegen.<sup>76</sup> Brandts aktiver Kampf gegen den Nationalsozialismus hatte ihm den Respekt der ostdeutschen Kommunisten, der russischen Bevölkerung und sogar der sowjetischen Führung unter Leonid Breschnew gesichert. Besonders grosses Ansehen genoss er bei den reformwilligen Kommunisten in Osteuropa. Das wurde insbesondere nach der Machtübernahme Michail Gorbatschows in Moskau 1985 bedeutsam, der sich in den folgenden Jahren politisch der Sozialdemokratie annäherte.<sup>77</sup> Gorbatschow entwickelte ein enges Verhältnis zu Brandt, der mittlerweile Vorsitzender

---

\* Das hinderte den ostdeutschen Geheimdienst nicht daran, mit Zustimmung der SED-Spitze den Spion Günter Guillaume ins Bundeskanzleramt einzuschleusen, wo er als persönlicher Referent Brandts zu den engsten Vertrauten des Kanzlers zählte. Die Enttarnung des DDR-Agenten zwang Brandt zum Rücktritt. Vgl. Mary Fulbrook, *History of Germany 1918-2000. The Divided Nation*, Oxford 2002, S. 168-71.



der Sozialistischen Internationale war, des Zusammenschlusses der sozialdemokratischen Parteien, die von den Kommunisten seit Langem als ihre gefährlichsten Feinde betrachtet wurden.<sup>78</sup> Es ist undenkbar, dass der Kreml den Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 stillschweigend akzeptiert und der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr darauf zugestimmt hätte, wenn die sowjetische Führung Deutschland weiterhin als Bedrohung wahrgenommen hätte.

Brandt ist international vor allem wegen seines Kniefalls vor dem Warschauer Holocaust-Denkmal in Erinnerung geblieben. Diese Geste bei seinem Besuch in Polen im Dezember 1970 war nicht geplant. Sie überraschte sogar seine engsten Mitarbeiter. Brandt schrieb später: «Am Abgrund der deutschen Geschichte und unter der Last der Millionen Ermordeten tat ich, was Menschen tun, wenn die Sprache versagt.»<sup>79</sup> Ein Journalist kommentierte nicht weniger treffend: «Dann kniet er, der das nicht nötig hat, für alle, die es nötig haben, aber nicht knien – weil sie es nicht wagen oder nicht können oder nicht wagen können.»<sup>80</sup>

Innenpolitisch trug Brandts Rolle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus und im Wiederaufbau eines geteilten Landes nach dem Krieg wesentlich zur Festigung der Demokratie in der Bundesrepublik bei. Aber vor allem seine internationalen Leistungen definierten die Politik neu. Er sagte es selbst sehr klar:

Zeitumstände und Amt, aber gewiss auch der Ertrag meiner jungen Jahre haben mir – schon als Bürgermeister, dann als Außenminister und zumal als Bundeskanzler – die Chance gegeben, die Begriffe Deutschland und Frieden im Verständnis beträchtlicher Teile der Welt auf einen Nenner zu bringen. Nach allem, was sich ereignet hatte, war das nicht wenig.<sup>81</sup>

In Deutschland hat es nach dem Zweiten Weltkrieg weitere beeindruckende sozialdemokratische Führer gegeben, darunter vor allem Helmut Schmidt, einen Politiker mit einer starken Präsenz, der in

Brandts Regierung Verteidigungsminister sowie Finanz- und Wirtschaftsminister gewesen war, ehe er 1974 bis 1982 zwei erfolgreiche Amtszeiten als Bundeskanzler absolvierte. Aber Schmidts historische Bedeutung ist kaum mit der Brandts zu vergleichen. Sein persönlicher Werdegang verlief ganz anders. Als relativ unpolitischer junger Mann diente er im Zweiten Weltkrieg als Offizier in der Wehrmacht und verdiente sich an der Ostfront ein Eisernes Kreuz. Mit seinem scharfen Verstand, seinen oft schroffen Umgangsformen und seinen konventionelleren Vorstellungen unterschied er sich deutlich von Brandt, der sich durch Phantasie, Charme und politischen Wagemut auszeichnete. Anfang der achtziger Jahre verwandelte sich Schmidt in eine umstrittene Figur, als er in die Stationierung amerikanischer Pershing-Raketen und Marschflugkörper auf deutschem Boden einwilligte – die sogenannte «NATO-Nachrüstung» sollte der sowjetischen Bedrohung begegnen – und damit Proteste der «Friedensbewegung» auslöste. Schmidts Fähigkeiten machen ihn zu einem weiteren herausragenden Beispiel dafür, wie gut Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern seit dem Zweiten Weltkrieg politisch geführt worden ist.

## Helmut Kohl

Die Regierungszeit Helmut Kohls ist aus zwei Gründen bemerkenswert. Da ist zunächst die Dauer seiner Amtszeit: Er hielt sich 16 Jahre (1982-98) im Kanzleramt. Das zweite ist das Geschick, mit dem er die Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands nutzte, obwohl andere politische Führer zu Vorsicht mahnten. Kohl wurde über weite Strecken seiner Amtszeit als Politiker unterschätzt und geriet nach seinem Rückzug aus der Politik in Misskredit, als Belege für seine Beteiligung an illegaler Parteienfinanzierung auftauchten. Auch musste er im Verhältnis zu Gorbatschow einen sehr schlechten Start

überwinden, da er das mit dessen Machtübernahme verbundene Veränderungspotential sehr viel später erkannte als Margaret Thatcher. Noch im Oktober 1986, anderthalb Jahre nach Beginn der Perestroika in der Sowjetunion, sagte Kohl in einem Interview mit *Newsweek*, dass er Gorbatschow nicht für einen Liberalen, sondern für einen «modernen kommunistischen Führer» hielt, der «sich auf die Öffentlichkeitsarbeit versteht». Und er fügte hinzu: «Goebbels, der zu den Verantwortlichen für die nationalsozialistischen Verbrechen gehört, war ebenfalls ein Experte für Öffentlichkeitsarbeit.»<sup>82</sup> Der implizite Vergleich mit Goebbels kränkte Gorbatschow und seine Mitarbeiter, was zur Folge hatte, dass Kohl bis Herbst 1988 auf ein Treffen mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef warten musste, obwohl ihm mittlerweile bewusst geworden war, dass er einen Fehler begangen hatte. Anschliessend holte er die verlorene Zeit auf und knüpfte eine überraschend enge Beziehung zu Gorbatschow. Da die Geschehnisse in Moskau immer noch einigen Einfluss auf die Zukunft des geteilten Deutschland hatten, war das politisch klug. Aber das Verhältnis zwischen den beiden funktionierte nicht nur auf emotionaler, sondern auch auf Vernunftebene. Gerade das, was die beiden Männer hätte trennen können, brachte sie einander näher: ihre Erinnerung an eine Kindheit in Ländern, die einander als Widersacher auf dem europäischen Kriegsschauplatz gegenübergestanden hatten. Die Verheerungen und das Leid waren im siegreichen Land nicht geringer gewesen als im besiegten, und sowohl Gorbatschow als auch Kohl hatten unauslöschliche Erinnerungen an den Krieg.

Anfang 1989 schien die Wiedervereinigung noch ein ferner Traum zu sein. Aber dann entmachteten die durch die radikalen Veränderungen in Moskau ermutigten Völker Osteuropas innerhalb eines Jahres ihre kommunistischen Herrscher. Bis dahin war angenommen worden, dass die Sowjetunion wie seinerzeit in Ungarn (1956) und der Tschechoslowakei (1968) militärisch eingreifen würde, um dafür zu sorgen, dass kein europäisches Land in ihrem Herrschaftsbereich die

kommunistische Herrschaft abschüttelte. Das schien insbesondere für die DDR zu gelten, wo 350'000 sowjetische Soldaten stationiert waren. Aber als es im Oktober und November in ostdeutschen Städten zu Massenprotesten gegen das SED-Regime kam und in der Nacht des 9. November 1989 aufgrund eines falsch interpretierten Politbürobeschlusses über die Lockerung der Ausreisebeschränkungen plötzlich die Grenzübergänge an der Berliner Mauer geöffnet wurden, reagierte die sowjetische Armee nicht. Die ostdeutschen Bürger riefen bei den Kundgebungen im Oktober: «Wir sind das Volk!» Nach dem Fall der Mauer wurde daraus «Wir sind *ein* Volk!». <sup>83</sup>

Das deutsche Volk bekundete klar seinen Wunsch nach Wiedervereinigung, aber viele hochrangige Politiker in Deutschland und Europa hielten die Angelegenheit für so problematisch, dass ihnen nur ein schrittweiser Prozess denkbar erschien. Kohl war anderer Meinung. Er befürchtete nicht ohne Grund, Gorbatschow könne von den konservativen Kräften in der sowjetischen Führung, die über die Konsequenzen seiner Politik im In- und Ausland besorgt waren, gestürzt werden. In diesem Fall wäre eine einmalige Gelegenheit zur Wiedervereinigung Deutschlands ungenutzt verstrichen. Unterstützt von der amerikanischen Regierung, schloss Kohl rasch mit Gorbatschow eine Vereinbarung über die Wiedervereinigung, ignorierte die Einwände Margaret Thatchers und erklärte sich bereit, den Preis zu bezahlen, den der französische Präsident François Mitterand für seine Zustimmung zu einem geeinten Deutschland forderte: Deutschland musste einen engeren Zusammenschluss Europas akzeptieren und insbesondere die D-Mark aufgeben, um sich an einer neuen gemeinsamen Währung der EU-Mitglieder zu beteiligen. Die Wirtschafts- und Währungsunion bereitete Kohl sehr viel weniger Kopfzerbrechen als der Bundesbank, die für die Währungsstabilität und den Wohlstand in Deutschland fürchtete.

Bevor die gemeinsame europäische Währung ins Leben gerufen werden konnte, setzte sich Kohl für eine Währungsunion in Deutschland ein: Die Regierung entschloss sich, Ost-Mark zum Kurs von eins

zu eins in D-Mark umzu tauschen – ein sehr grosszügiges Angebot an die Ostdeutschen, deren Währung auf dem Schwarzmarkt sehr viel weniger wert war. Kohl setzte sich über die Einwände der Experten hinweg, die darauf hinwiesen, dass es Jahre dauern würde, um die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft auf das westliche Niveau zu heben, und dass eine Währungsunion erst an diesem Punkt Sinn hätte.<sup>84</sup> Dem Kanzler ging es ausschliesslich um die kurzfristige Attraktivität des Eins-zu-eins-Wechselkurses, denn er wollte die Wiedervereinigung möglichst rasch durchpeitschen. Wenn sie nicht vorankam, bestand die Gefahr eines Zusammenbruchs der staatlichen Ordnung in Ostdeutschland. Ein mögliches Blutvergiessen und eine innere Repression in der DDR würden Gorbatschow und seine Verbündeten in der sowjetischen Führung in eine schwierige Lage bringen. Die Beziehung, die Kohl zu Gorbatschow aufgebaut hatte, war von grösster Bedeutung. Bei einem Treffen am 10. Februar 1990 einigten sich der sowjetische Führer und der Bundeskanzler vorläufig darauf, dass die Wiedervereinigung fortgesetzt werden sollte, obwohl noch zahlreiche Details ungeklärt waren. Präsident George Bush der Ältere unterstützte den Prozess und hielt sich zurück, um Gorbatschows Position nicht zu schwächen. Bush teilte die Befürchtungen einiger europäischer Regierungschefs bezüglich der potentiellen Stärke eines wiedervereinigten Deutschlands nicht.<sup>85</sup>

Kohls Entschlossenheit, die historische Chance zu nutzen, und sein diplomatisches Geschick sowohl in den innerdeutschen als auch in den internationalen Beziehungen wurden rasch belohnt. Zunächst errang er einen Wahlsieg in Ostdeutschland, wo die von den Christdemokraten geführte Allianz für Deutschland im März 1990 mit fast der Hälfte der Stimmen stärkste Kraft wurde. Der letzte Schritt zur Wiedervereinigung wurde im Sommer jenes Jahres innerhalb von nur acht Wochen mit den «Zwei-plus-Vier-Verhandlungen» abgeschlossen, zu denen sich Vertreter der beiden deutschen Staaten mit Abgesandten der vier ehemaligen Besatzungsmächte – der Sowjetunion,

der USA, Grossbritanniens und Frankreichs – zusammensetzten. Der «Vertrag über die abschliessende Regelung in Bezug auf Deutschland» wurde am 31. August 1990 unterzeichnet. Zweifellos wäre Deutschland in jedem Fall irgendwann wiedervereinigt worden, denn die ostdeutsche Wirtschaft war nicht überlebensfähig und fast 350'000 Bürger hatten das Land im Lauf des Jahres 1989 verlassen. Die öffentliche Meinung, die nun auch im Osten frei geäussert werden durfte, befürwortete eindeutig die nationale Einheit. Aber die Wiedervereinigung, die wenige Jahre früher noch unvorstellbar gewesen war, hätte nicht so reibungslos, schnell und friedlich verwirklicht werden können, hätte auch nur einer der Beteiligten, sei es Gorbatschow, Bush oder Kohl, entweder aggressiver oder deutlich zurückhaltender gehandelt. Es ginge zu weit zu sagen, dass es ohne Helmut Kohls Führung keine Wiedervereinigung gegeben hätte, aber ohne seine Entscheidungen im Jahr 1990 hätte sie mit einiger Sicherheit nicht so rasch stattgefunden. Ein Kenner der innerdeutschen Beziehungen hat treffend bemerkt, dass es Helmut Kohl war, der die Wiedervereinigung «mit Verve, Entschlossenheit und einer unwiderstehlichen – manche würden sagen, letzten Endes katastrophalen – Fähigkeit vorantrieb, die wirtschaftlichen und sozialen Nachteile im Interesse des übergeordneten politischen Ziels zu ignorieren».<sup>86</sup> Trotz aller späteren Probleme, zu denen nicht zuletzt die Wechselfälle der Gemeinschaftswährung zählen, ist die Rolle, die Kohl bei der Wiedervereinigung seines 45 Jahre geteilten Landes spielte, Grund genug, ihn als neudefinierenden politischen Führer einzustufen.

## **NEUDEFINIERENDE FÜHRUNG: ALLGEMEINGÜLTIGE ERKENNTNISSE**

In diesem Kapitel haben wir uns auf die neudefinierende Führung in drei wichtigen Demokratien beschäftigt. Aus der Untersuchung einer so kleinen Stichprobe können nicht viele allgemeine Erkenntnisse gewonnen werden, obwohl ein genauer Blick auf die Rolle der amerikanischen Präsidenten den Schluss nahelegt, dass es seit dem 20. Jahrhundert in den USA sehr schwierig ist, eine neudefinierende (geschweige denn eine transformative) Führung auszuüben. Selbst ein Präsident, der die verfügbaren politischen Ressourcen vollkommen ausschöpft, hat innenpolitisch im Allgemeinen weniger Gestaltungsmacht als ein deutscher Kanzler oder ein britischer Premierminister. Würden wir weitere neudefinierende Führer aus anderen Demokratien berücksichtigen, so würde zweifellos noch deutlicher zutage treten, wie beschränkt die Macht des amerikanischen Präsidenten ist.<sup>87</sup> Für einen US-Präsidenten ist es eine gewaltige Herausforderung, die Grenzen des politisch Möglichen zu verschieben, die Art und Weise zu verändern, wie die Menschen über Politik denken, und radikale politische Veränderungen zu bewirken. Die strikte Gewaltenteilung, die Tatsache, dass der Kongress verglichen mit anderen Legislativen ungewöhnlich mächtig ist, die Entschlossenheit des Obersten Gerichtshofs, die Verfassungsmässigkeit präsidentialer Entscheidungen zu prüfen, sowie die Existenz mächtiger und finanzstarker Interessengruppen beschränken den Spielraum des amerikanischen Präsidenten sehr viel mehr, als das Prestige seines scheinbar mit ungeheurer Macht ausgestatteten Amtes vermuten lässt.

Die verbreitete Ansicht, die Macht des Präsidenten innerhalb des politischen Systems der USA sei im Lauf der Zeit erheblich gewachsen, ist eine übertriebene Vereinfachung. Zum einen widerspricht ihr die Tatsache, dass die Zahl der präsidentialen Vetos gegen vom Kongress verabschiedete Gesetze im Lauf der Geschichte gesunken ist.<sup>88</sup>

Richard Rose erklärt, es gebe «eine einfache Antwort auf die Frage des Journalisten: Wer hat das Sagen? Die verfassungsmässige Antwort lautet: Niemand hat das Sagen.»<sup>89</sup> Die anspruchsvolle Aussenpolitik, in der vom amerikanischen Präsidenten mehr erwartet wird als von anderen Regierungschefs, verringert die für die Umsetzung der innenpolitischen Vorhaben verfügbare Zeit weiter. Rose liefert eine ebenso anschauliche wie paradoxe Beschreibung der praktischen Grenzen, die dem Präsidenten im Umgang mit den unzähligen Problemen gesetzt sind, mit denen er konfrontiert wird. Rose bezeichnet die Arbeit des Präsidenten als «Beeinflussung der organisierten Anarchie».<sup>90</sup> Hugh Hecllo, ein führender Experte für das amerikanische politische System, ist der Ansicht, dass die Präsidenten ihre Fähigkeit einbüssen, das Amt als «Tribüne» zur Beeinflussung der Politik zu nutzen, weil «die wachsende Zahl von Informationsquellen und Foren für konkurrierende politische Kommentare sowie die Informationsüberfrachtung des Durchschnittsbürgers» ihre Fähigkeit zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung verringern.<sup>91</sup>

Daher kann es kaum überraschen, dass die zwei zweifellos neudefinierenden US-Präsidenten im 20. und 21. Jahrhundert vor siebzig Jahren beziehungsweise vor fünf Jahrzehnten amtierten. Der einzige Bereich, in dem die Macht des Präsidenten seit dem Zweiten Weltkrieg gewachsen ist und in dem er sehr viel bewegen kann, ist die Aussenpolitik. In der internationalen Sphäre übt der US-Präsident sowohl politisch als auch militärisch grössere Macht aus als jeder andere Politiker in der Welt. Doch auch hier sind die Grenzen seiner Macht unübersehbar. Die Bewerber um das Präsidentenamt können verkünden, der Nahe Osten oder ein anderer Teil der Welt rufe nach amerikanischer Führung, aber die ernüchternde Realität ist, dass die Mehrheit der Einwohner der fraglichen Regionen oft wenig geneigt ist, dieser Führung zu folgen. Darüber hinaus hat der Einsatz militärischer Macht in einigen Fällen – etwa im Vietnamkrieg und bei den Interventionen in Afghanistan und im Irak – unbeabsichtigte politi-



sche Konsequenzen von grosser Tragweite nach sich gezogen. Die Hoffnungen und Erwartungen, die im 21. Jahrhundert mit der Rolle des amerikanischen Präsidenten verbunden werden, sind so gross und zugleich so widersprüchlich, dass kein Inhaber des Amts eine Chance hat, sie zu erfüllen.<sup>92</sup>



Eine neudefinierende Führung ist sowohl in Demokratien als auch in autoritären Systemen die Ausnahme. Manchmal geht sie von Politikern aus, die eine sehr dominante Rolle in ihrer Partei spielen – von einer Thatcher oder einem Adenauer –, aber genauso gut kann die Neudefinition der politischen Spielregeln von einer Regierung durchgesetzt werden, deren Leiter sich eher im Hintergrund hält, während eine Reihe massgeblicher Minister entscheidende Beiträge leisten. Beispiele dafür sind die Regierungen Asquith und Attlee in Grossbritannien. US-Präsidenten fällt es trotz des grossen Ansehens ihres Amtes aufgrund der Natur des amerikanischen politischen Systems oft schwer, den politischen Prozess zu prägen.

Wenn sie wie Franklin D. Roosevelt und Lyndon B. Johnson doch eine dominierende Rolle spielen, so hat dies weniger mit ihren tatsächlichen Befugnissen als mit ihrem informellen Einfluss und ihrer persönlichen Autorität zu tun (obwohl das Vetorecht und die Befugnis zur Ernennung von Regierungsmitgliedern und Beamten selbstverständlich grosses Gewicht haben). Roosevelt schaffte es, die amerikanische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass radikal innovative Gesetze notwendig waren, und setzte die öffentliche Meinung ein, um den Kongress von diesen Massnahmen zu überzeugen. Dazu musste er jedoch einen schmutzigen politischen Kompromiss schliessen und den Demokraten aus dem Süden das stillschweigende Zugeständnis machen, dass die Bundesregierung nicht gegen die ethnische Segregation in den südlichen Bundesstaaten vorgehen würde. Lyndon B. Johnson setzte seine Überzeugungskraft direkt im Kongress ein.

Er nutzte sein ausgezeichnetes Gedächtnis und seine genaue Kenntnis der Argumente, die bei den einzelnen Senatoren und Abgeordneten im Repräsentantenhaus Gehör finden würden.

In diesen und anderen Fällen, in denen von neudefinierender Führung gesprochen werden kann, waren die Umstände entscheidend, unter denen die jeweiligen Politiker das höchste Regierungsamt erreichten. Eine Krise beschwört Probleme herauf und eröffnet zugleich neue Chancen. Roosevelts New Deal war die Antwort auf die verheerende Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre, und seine Macht war am grössten, als die Vereinigten Staaten in einem globalen Krieg kämpften. Johnson zog ins Weisse Haus ein, als das Land gerade die traumatische Erfahrung gemacht hatte, einen jungen und populären Präsidenten durch einen Mordanschlag zu verlieren. Der neue Präsident nutzte diesen Augenblick, um den Kongress zur Verabschiedung von Gesetzen zu bewegen, die den schwarzen Amerikanern Bürgerrechte zugestanden, die ihnen bis dahin vorenthalten worden waren, und einen mindestens genauso bedeutsamen Durchbruch wie Roosevelts New Deal darstellten.

## 4

# TRANSFORMATIVE POLITISCHE FÜHRUNG

Als transformativ bezeichne ich einen politischen Führer, der entscheidend dazu beiträgt, systemische *Veränderungen* herbeizuführen, sei es im politischen oder wirtschaftlichen System seines Landes oder, seltener, im internationalen System. Der Terminus «transformativ» ist im Allgemeinen positiv besetzt. Er impliziert einen tiefgreifenden Wandel, eine grundlegende Neugestaltung des bestehenden Systems zum Besseren. Vor allem aus diesem Grund unterscheide ich die transformative von der revolutionären Führung. Einige Revolutionen gegen Unterdrückungsregime bringen eine Ordnung hervor, die in mancher Hinsicht eine Verbesserung und in anderer eine Verschlechterung gegenüber dem Vorgängersystem darstellt. Im Allgemeinen wird in Revolutionen jedoch das vorhandene System gewaltsam gestürzt, um anschliessend der gesamten Bevölkerung ein neues Regime aufzuzwingen und dieses mit Gewalt zu stabilisieren. So egalitär und demokratisch die revolutionäre Rhetorik auch klingen mag: Revolutionäre Führer neigen dazu, nicht nur eine autoritäre Herrschaft zu errichten, sondern in der postrevolutionären Ordnung auch einen Führerkult einzuführen.

Politische Führer, die eine entscheidende Rolle in der Transformation des politischen oder wirtschaftlichen Systems ihres Landes spielen, ohne sich mit Gewalt die Macht anzueignen oder physischen Zwang auf ihre Widersacher auszuüben, unterscheiden sich von revolutionären Führern. Sie bewirken auch mit grösserer Wahrrscheinlich-

keit dauerhaft positive Veränderungen und richten mit Sicherheit weniger Schaden an. Selbstverständlich können transformative Führer nur selten alle ihre Bestrebungen verwirklichen. Und der systemische Wandel, den sie herbeiführen, überdauert die Herrschaft ihrer Nachfolger möglicherweise nur zum Teil. Aber die Kluft zwischen der utopischen Rhetorik von Revolutionären und der autoritären Realität ihrer Regierungspraxis ist in der Regel sehr viel grösser.

Obwohl die Liste nicht den Anspruch der Vollständigkeit erhebt und obwohl ich weitere politische Führer nennen werde, die grossen Anteil an transformativen Veränderungen gehabt haben, werde ich mich in diesem Kapitel auf fünf politische Führer konzentrieren: Charles de Gaulle, Adolfo Suarez, Michail Gorbatschow, Deng Xiaoping und Nelson Mandela. Nur Frankreich war zu der Zeit, als dort transformative Veränderungen herbeigeführt wurden, eine Demokratie, aber der von de Gaulle vorangetriebene Wandel ersetzte ein demokratisches politisches System durch ein anderes. In Demokratien sind solche transformativen Veränderungen eigentlich nur möglich, wenn das bestehende System in eine schwere Krise gerät. In Grossbritannien fanden die Veränderungen im 20. und frühen 21. Jahrhundert in so kleinen Schritten statt, dass dort kein Platz für wirklich transformative Führer war. In den USA war Abraham Lincoln im 19. Jahrhundert der letzte Präsident, der mit einigem Recht als transformativer Führer bezeichnet werden kann, und es ist kein Zufall, dass die Vereinigten Staaten zu jener Zeit in einer tiefen inneren Krise steckten.

## Charles de Gaulle

Normalerweise fügen Führer, die glauben, über die Politik erhaben zu sein und die «politische Klasse» mit Geringschätzung betrachten zu dürfen, einer Demokratie Schaden zu. Insbesondere militärische Führer neigen zu dieser Einstellung. Auch General de Gaulle glaubte,

Frankreich besser zu verstehen als die Politiker, und er verachtete die politischen Parteien. Doch trotz gegenteiliger Befürchtungen stärkte er die französische Demokratie und trug entscheidend dazu bei, ein geschwächtes politisches System durch ein robusteres zu ersetzen.

De Gaulle war fest von der Grösse Frankreichs überzeugt. In seinen Memoiren schrieb er, Frankreich sei «nicht wirklich es selbst, wenn es nicht einen hohen Rang einnimmt», und ohne Grösse könne es «nicht Frankreich sein». Als Brigadegeneral, der zum Zeitpunkt der französischen Kapitulation vor dem deutschen Invasionsheer Staatssekretär für Verteidigung in der Kriegsregierung war, betrachtete er Marschall Pétains Kollaboration mit den Deutschen als Schande für sein Land. Er ging nach London und übernahm die Führung des Komitees Freies Frankreich. Die alliierten Regierungen, insbesondere die Churchills, erkannten ihn als Führer der französischen Exilregierung an. Anders als Pétain, der es für seine Pflicht hielt, Frankreich vor der völligen Zerstörung zu bewahren,<sup>2</sup> wollte de Gaulle in Übereinstimmung mit Churchill einen Guerillakrieg gegen die deutschen Besatzer führen.<sup>3</sup> Der 65-jährige Churchill, auf den der 49-jährige Franzose «jung und energisch» wirkte,<sup>4</sup> sah in de Gaulle den potentiellen Führer des französischen Befreiungskampfs.<sup>5</sup> In London musste de Gaulle hart arbeiten, um von der Résistance in der Heimat als Exilführer anerkannt zu werden. Seine Radioansprachen im Krieg halfen, diese Führungsposition zu festigen, und sie wurde symbolisch bestätigt, als er während der Befreiung Frankreichs im August 1944 den Einzug der Freien Französischen Streitkräfte in Paris anführte.

De Gaulles Körpergrösse entsprach seiner hohen Meinung von sich selbst. Er glaubte, zu Grossem bestimmt zu sein. Im Zweiten Weltkrieg war ihm bewusst geworden, dass es «im Geist der Menschen jemanden namens de Gaulle» gab, und er wusste, dass er «diesem Mann Beachtung schenken musste... Ich wurde fast sein Gefangener.» Daher: «Vor jeder Rede oder Entscheidung fragte ich mich

selbst: Ist dies das Verhalten, dass die Menschen von de Gaulle erwarten? Es gab viele Dinge, die ich gerne getan hätte, aber nicht tat, weil es nicht das gewesen wäre, was sie von General de Gaulle erwarteten.»<sup>6</sup>

Ein so hohes Pflichtgefühl und ein so ausgeprägtes Sendungs- bzw. Verantwortungsbewusstsein vertrugen sich nicht recht mit dem Durcheinander und den Kompromissen des politischen Alltags in Friedenszeiten. Dennoch war es de Gaulle bis Kriegsende gelungen, sich als politischer Führer zu etablieren und Demokraten unterschiedlicher Prägung anzusprechen. Aufgrund seiner untadeligen Haltung im Krieg und seines Kampfs gegen den Nationalsozialismus bot er sich als Leiter der provisorischen Regierung nach Kriegsende an. Er widerstand stets der Versuchung, mittels Zwang zu herrschen, und wählte den demokratischen Weg: Im Jahr 1946 legte er das Amt des Ministerpräsidenten nieder und zog sich in seinen Heimatort Colombey-les-Deux-Eglises zurück, wobei er jedoch auf eine baldige Rückkehr nach Paris hoffte. Es sollte zwölf Jahre dauern, bis er gerufen wurde.

An der kurz nach dem Krieg gegründeten Vierten Republik missfiel de Gaulle vor allem, dass sie über keine starke Exekutive verfügte. Vor allem fehlte ein starker Präsident, wie er de Gaulle vorschwebte. Die meisten französischen Demokraten fürchteten eine mächtige Exekutive. Nachdem sie im Krieg unter einem autoritären Regime gelebt und gesehen hatten, welches Unheil totalitäre und autoritäre Regierungen in den vorangegangenen zwei Jahrzehnten über andere europäische Länder gebracht hatten, neigten sie dazu, eine starke Regierung mit Despotie gleichzusetzen. In Wahrheit kann es keine Demokratie ohne eine starke Exekutive geben.

Nicht alle Einwände de Gaulles gegen die Vierte Republik waren begründet, vor allem nicht seine Verachtung für die politischen Parteien. Es gab zu jener Zeit tatsächlich zu viele Parteien in Frankreich, die intern zu gespalten waren, aber miteinander konkurrierende Parteien sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie. Als be-

gründeter erwies sich de Gaulles Voraussage, das mangelnde Durchsetzungsvermögen der Regierung gegenüber dem Parlament werde zu Instabilität führen. In den 13 Jahren der 1945 gegründeten Vierten Republik hatte Frankreich nicht weniger als 25 Regierungen und 15 Ministerpräsidenten (in Grossbritannien waren es im selben Zeitraum nur vier). Regierungskrisen waren häufig, und im letzten Jahr der Vierten Republik wurden die Geschicke Frankreichs in einem Viertel der Zeit von Übergangsregierungen gelenkt.<sup>7</sup> Allerdings sollten wir uns davor hüten, die Fehlentwicklungen in dieser Zeit zu übertreiben. Das Land blieb demokratisch, obwohl rund ein Viertel der Wähler die Kommunistische Partei unterstützte. Die Beziehungen zu Deutschland, dessen Streitkräfte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zweimal in Frankreich einmarschiert waren, hatten sich normalisiert, und Frankreich zählte zu den Gründungsmitgliedern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die französische Industrieproduktion wuchs in den fünfziger Jahren rascher als die der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens; und Frankreich hatte einen beeindruckenden Sozialstaat aufgebaut. Der Lebensstandard stieg.<sup>8</sup> Die Vierte Republik hatte also durchaus Erfolge vorzuweisen.

Aber im Jahr 1958 steckte das System in einer Krise. Die Regierungen kamen in immer kürzeren Abständen zu Fall. Es fiel ihnen schwer, die Auflösung des französischen Kolonialreichs zu verkraften; insbesondere gelang es ihnen nicht, das algerische Problem zu lösen. Die französische Rechte, die Armee und vor allem die Kolonisten in Algerien waren fest entschlossen, dafür zu sorgen, dass Algerien, das seit 1830 zu Frankreich gehörte, auch weiterhin französisch blieb. In der Überzeugung, ein Verlust Algeriens werde katastrophale Folgen sowohl für das Militär als auch für das Heimatland haben, zog die Armee unter dem Motto «Nie wieder!» in den Krieg gegen die algerische Unabhängigkeitsbewegung.<sup>9</sup> Im Jahr 1956 kämpften bereits 400'000 französische Soldaten, viele von ihnen Wehrpflichtige, in Algerien gegen den radikal nationalistischen Front de Libération

National. Die Meinungsverschiedenheiten über diesen Kolonialkrieg vergifteten die französische Innenpolitik. Sogar die sozialistischen Regierungen wollten die Unabhängigkeit Algeriens mit Gewalt verhindern, und Gegner des Kriegs – und des Einsatzes der Folter gegen Widerstandskämpfer – wurden rachsüchtig verfolgt.<sup>10</sup> Eine französische Regierung nach der anderen sah sich zwischen den unvereinbaren Forderungen der Algerier und der grossen Gruppe französischer Siedler gefangen. Auch stand die Loyalität der Armee in Frage. Jede Regierung, die in den Verdacht geriet, dem Unabhängigkeitsstreben der Algerier nachzugeben, lief Gefahr, einem Militärputsch zum Opfer zu fallen.

Es war kein Aufstand der indigenen algerischen Bevölkerung, sondern eine Revolte der französischen Siedler gegen die Behörden in Algier, die im Mai 1958 eine neue schwere Krise heraufbeschwor. Die Armee, die Siedler und viele Mitglieder der politischen Klasse in Paris begannen, in de Gaulle die einzige Person zu sehen, die Frankreich aus seiner Zwangslage befreien konnte. Die Armee und die Siedler nahmen an, dass er die *Algérie Française* standhaft verteidigen werde. De Gaulle äusserte sich in einer kurzen Stellungnahme zum Zerfall des Staates, der Entfremdung der Bevölkerung und den Wirren in der Armee und erklärte, Frankreich steuere dank der «Parteiherrschaft» auf eine Katastrophe zu. Er kündigte seine Bereitschaft an, «die Machtbefugnisse der Republik zu übernehmen».<sup>11</sup> Vier Faktoren erleichterten seine Rückkehr: sein Status als Kriegsheld, der die Integrität des französischen Staates auf demokratischer und republikanischer Basis wiederhergestellt hatte; die Erinnerung an seinen dramatischen und freiwilligen Rückzug aus dem politischen Leben im Jahr 1946; die Veröffentlichung seiner mehrbändigen Kriegserinnerungen, die der Öffentlichkeit nicht nur zeigten, dass de Gaulle weiterhin auf seine Chance wartete, sondern mit ihrer aufrüttelnden Sprache auch emotional ansprechend wirkten; und vor allem die Tatsache, dass die Autorität des französischen Staates im Jahr 1958 derart gesunken war, dass die Gefahr eines coup *d'état* real schien.<sup>12</sup>



Noch im Mai forderte die Nationalversammlung de Gaulle auf, eine Regierung zu bilden. Er machte sich sofort daran, jenes politische System zu installieren, das ihm seit Langem vorschwebte, ein System mit einer dualen Exekutive von Präsident und Ministerpräsident, wobei der Präsident eine klare Vorrangstellung einnehmen sollte. Ein treuer Gefolgsmann de Gaulles, Michel Debré, legte einen Entwurf für eine neue Verfassung vor; nachdem de Gaulle Präsident geworden war, wurde Debré der erste Ministerpräsident der Fünften Republik. Die Verfassung enthielt fast alle von de Gaulle gewünschten Bestimmungen, obwohl Debré die Verhandlungen um das neue Grundgesetz führte.<sup>13</sup> Die Beteiligung am Verfassungsreferendum vom 28. September lag bei 85 Prozent, und 80 Prozent der Bürger, die zu den Urnen gingen, stimmten der neuen Verfassung zu. Damit hatten sie im Grunde de Gaulle gewählt.<sup>14</sup>

Die neue Verfassung erschwerte dem Parlament die Einsetzung und Entlassung von Regierungen, und das Präsidentenamt wurde erheblich gestärkt, obwohl der Ministerpräsident einige Kompetenzen zur Gestaltung der Politik behielt. Der Präsident war insbesondere für die Aussen- und Verteidigungspolitik zuständig, und de Gaulle nutzte diese Vollmachten in Europa und den Kolonien, vor allem aber in Algerien, das bis 1962 das beherrschende politische Thema blieb.<sup>15</sup> De Gaulle griff auch in andere Bereiche ein, verzichtete jedoch darauf, die Details des politischen Alltagsgeschäfts zu kontrollieren. Vor allem Wirtschaft und Finanzen überliess er weitgehend seinen Ministerpräsidenten und Finanzministern.<sup>16</sup>

Um eine Fragmentierung der Parteienlandschaft zu verhindern, wurde das Wahlsystem grundlegend umgestaltet. Verschiedene Vorschläge für ein Verhältniswahlrecht scheiterten, und schliesslich wurde ein Verfahren mit zwei Wahlgängen eingeführt, in dem eine Woche nach der ersten Runde eine Stichwahl stattfand, an der nur noch die stärksten Kandidaten (normalerweise zwei) teilnehmen durften. Dies gewährleistete stabile Mehrheiten in der Nationalversammlung, obwohl die Abgeordneten nach wie vor die Regierung nach Be-

lieben kritisieren konnten. Das neue Wahlsystem kam der neugegründeten gaullistischen Partei, der Union pour la Nouvelle République (UNR), entgegen, während es die Kommunisten bremste. De Gaulle erlaubte der neuen Partei nicht, seinen Namen zu verwenden, aber seine scheinbare Distanz zur UNR war nur vorgeschoben.<sup>17</sup> Er wusste, dass seine Position ohne die Unterstützung einer Grosspartei im Lauf der Zeit geschwächt würde. Eine andere grosse Verfassungsänderung, die sich de Gaulle wünschte, obwohl er sich gedulden konnte, war die Direktwahl des Präsidenten durch das Volk statt einer Wahl durch das Parlament. Die Direktwahl sowie eine siebenjährige Amtszeit für den Staatspräsidenten setzte er 1962 in einem weiteren Referendum durch. Diese Regelung erhöhte die unabhängige Autorität nicht nur de Gaulles, sondern auch späterer Amtsinhaber (allerdings wurde die Amtszeit im Jahr 2002 wieder auf fünf Jahre verkürzt).<sup>18</sup>

Die auf de Gaulles Geheiss geschaffenen Institutionen erwiesen sich als dauerhaft. Diese Form der dualen Exekutive – die auch als Semipräsidentialsystem bezeichnet wird – ist von zahlreichen anderen Ländern kopiert worden, nicht zuletzt von ehemals kommunistischen Staaten, aber sie hat nur selten eine ähnlich zufriedenstellende Kombination von wirksamer Regierung und demokratischer Rechenschaftspflicht hervorgebracht wie in Frankreich. In den knapp sechs Jahrzehnten der Fünften Republik hat das System eine stabile Regierung gewährleistet und die Zustimmung der Gesellschaft gefunden. Das schliesst auch die sozialistischen und kommunistischen Parteien ein, obwohl viele Sozialisten und alle Kommunisten dieses Regierungssystem zum Zeitpunkt seiner Einführung ablehnten. Nachdem er in den achtziger Jahren Präsident geworden war, erklärte François Mitterrand: «Man hatte nicht mich im Sinn, als man diese Institutionen schuf, aber sie kommen mir sehr entgegen.»<sup>19</sup>

De Gaulles Leistungen sind nicht auf weitreichende institutionelle Neuerungen beschränkt. Er löste auch die algerische Frage, indem er

geschickten Gebrauch von der Zweideutigkeit als Werkzeug der Politik machte. Als er im Jahr 1958 zu den französischen Kolonisten sagte: «Ich habe euch verstanden», deuteten sie das als Zusage, Algerien unter französischer Hoheit zu halten, aber seine Worte waren mehrdeutig und beinhalteten keinerlei Verpflichtung. De Gaulle war weder ein entschiedener Befürworter noch ein Gegner der Zugehörigkeit Algeriens zu Frankreich. Sein vorrangiges Ziel war es, den Krieg zu beenden und die Wunde zu schliessen, welche die Algerienkrise aufgerissen hatte. Geschickt nutzte er «die Gegensätze zwischen seinen Gegnern, die Loyalität seiner Anhänger (Ministerpräsident Michel Debré bezog keine klare Position zur Unabhängigkeit Algeriens) und die Kriegsmüdigkeit der frustrierten französischen Bevölkerung».<sup>20</sup> De Gaulles Position und mit ihr die öffentliche Meinung entfernte sich immer weiter von jener der französischen Kolonisten und ihrer Verbündeten im Militär. Im Jahr 1959 rief de Gaulle der Armee in Erinnerung, dass sie keine eigenständige Organisation war: «Ihr seid die Armee Frankreichs. Ihr existiert nur durch sie, wegen ihr und für sie. Ihr steht in ihren Diensten, das ist euer Daseinszweck.»<sup>21</sup> Obwohl sie entscheidend dazu beigetragen hatten, de Gaulle im Mai 1958 an die Macht zu bringen, mussten sowohl die Armee als auch die Kolonisten erkennen, dass sein öffentliches Ansehen mittlerweile so gefestigt war, dass ein neuer Aufstand kaum noch Aussicht auf Erfolg haben würde. Trotzdem kam es 1961 zu einer Militärrevolte in Algerien. De Gaulle bewahrte Ruhe, brachte die französische Öffentlichkeit auf seine Seite und liess die Erhebung im Sande verlaufen. Im Jahr darauf erlangte Algerien die Unabhängigkeit, und in de Gaulles Amtszeit wurden noch zwölf weitere französische Überseegebiete in die Unabhängigkeit entlassen.

Der in mancher Hinsicht zutiefst konservative de Gaulle bewegte sich «in die Richtung der Geschichte», wie Sudhir Hazareesingh erklärt. Die Geschichte gab ihm in mehreren grossen Fragen recht: Als er nach der Niederlage im Jahr 1940 entschied, den Kampf fortzuset-

zen und die Résistance zu einen, als er die Schwächen des Wahl- und Parteiensystems der Vierten Republik sah, als er entschlossen den Aufbau der neuen, langlebigen Institutionen verfolgte, die sich in der Fünften Republik bewährt haben, und als er die Notwendigkeit einer Entkolonialisierung akzeptierte.<sup>22</sup> Hazareesingh erklärt, de Gaulle habe nicht nur das politische System verändert, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur Veränderung der politischen Kultur Frankreichs geleistet, indem er «die Rechte mit der Republik und die Linke mit der Nation aussöhnte». Gleichzeitig gab er traditionellen Werten einen neuen Sinn: «dem Heroismus, dem Pflichtgefühl, dem Zugehörigkeitsgefühl, der Entschlossenheit, dem Schicksal zu trotzen, und der Geringschätzung des Materialismus».<sup>23</sup> Der Heroismus verdient besondere Beachtung. Insbesondere gegen Ende des Algerienkriegs wurden mehrere Anschläge auf de Gaulle unternommen. Der Geheimdienst warnte ihn immer wieder vor Kontakten mit Menschenmengen. Da er seine Begleiter überragte, war er bei Versammlungen ein allzu leichtes Ziel. Aber de Gaulle ignorierte die Warnungen und Ermahnungen, unnötige Risiken zu vermeiden.<sup>24</sup>

Aussenpolitisch erkannte de Gaulle das kommunistische Regime Chinas an und nahm eine kritische Haltung gegenüber der amerikanischen Militärintervention in Vietnam ein, da er – mit Blick auf die französische Erfahrung in Indochina – überzeugt war, sie würde in einen Fehlschlag münden.<sup>25</sup> Er bemühte sich aktiv um die Pflege der von den Regierungen der Vierten Republik geknüpften guten Beziehungen zur Bundesrepublik. Er zog Frankreich aus dem integrierten Kommando der NATO zurück, betonte seine Unabhängigkeit von der amerikanischen Aussenpolitik und verbesserte trotz seines entschiedenen Antikommunismus die Beziehung zur Sowjetunion. Seine Abneigung sowohl gegen die Amerikaner als auch gegen die Briten war unübersehbar, und er legte zweimal sein Veto gegen einen britischen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft ein (den Frankreich erst unter seinem Nachfolger Georges Pompidou akzeptierte).

Zu den fragwürdigeren Normen der Verfassung der Fünften Republik zählte die Einführung von Referenden, denn Volksabstimmungen zu bestimmten Fragen verwandeln sich leicht in Plebiszite über die Regierung oder die Person, die sie initiiert. Zudem können sie leicht missbraucht werden. Grundsätzlich konnte der Präsident kein Referendum in die Wege leiten, nur die Regierung und das Parlament hatten das Recht dazu. Ausserdem waren keine Volksabstimmungen über verfassungswidrige Reformen möglich. Aber gegen beide Bestimmungen verstiesse sowohl de Gaulle als auch spätere Präsidenten. Ausserdem war das Referendum ein zweischneidiges Schwert. Als Vertrauensvotum über den Präsidenten und seine Entscheidungen halfen die Abstimmungen im Januar 1961 und im April 1962 de Gaulle in der Algerienfrage sowie im Oktober 1962 bei der Einführung der Direktwahl des Präsidenten.<sup>26</sup> Aber soziale Proteste, die im Jahr 1968 sogar zu gewalttätigen Zusammenstössen zwischen Polizei und Demonstranten in Paris führte, schmälerten de Gaulles Autorität, und als er im April 1969 ein Referendum über die regionale Gliederung und den Umbau des Senats abhalten liess, verlor er knapp. Er reagierte so, als hätte ihm die französische Bevölkerung das Vertrauen entzogen, und trat augenblicklich zurück, um sich endgültig nach Colombey zurückzuziehen. Er starb anderthalb Jahre später im Alter von achtzig Jahren. Mittlerweile wird er sowohl in seiner Heimat als auch ausserhalb als bedeutendster französischer Politiker des 20. Jahrhunderts betrachtet.

## **Adolfo Suarez**

Im Jahr 1975 starb der spanische Diktator Francisco Franco. Sechs Jahre früher hatte er verfügt, dass nach seinem Tod die Monarchie wiederhergestellt werden solle. Tatsächlich übernahm König Juan Carlos die Macht. Ein Jahr nach seiner Thronbesteigung bewegte er den noch von Franco eingesetzten Ministerpräsidenten Carlos Arias

Navarro zum Rücktritt und ernannte Adolfo Suárez zum neuen Regierungschef. In der Militärführung gab es viele, die den privilegierten Platz, den sie unter General Franco eingenommen hatten, nicht aufgeben wollten, aber der König vertraute Suárez in der Erwartung mit der Regierungsführung, er werde Spanien in die Demokratie führen. Viele Beobachter hielten Suárez, der fünf Jahre lang an der Spitze der Regierung stand, nicht für den geeigneten Mann, um einen radikalen Wechsel herbeizuführen. Er hatte im franquistischen Regime einen hochrangigen Beamtenposten innegehabt und Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre den staatlichen Rundfunk geleitet. Doch er sollte die Erwartungen der Demokraten erfüllen und eine entscheidende Rolle in der transition spielen.

Die Leistung von Suárez muss im Kontext betrachtet werden. Er reagierte zum Teil auf das Bedürfnis der spanischen Gesellschaft nach Veränderungen, während die Schalthebel der Macht noch in den Händen derer lagen, die sich einem klaren Bruch mit dem Franco-Regime widersetzen. Auf der einen Seite stand er unter erheblichem Druck jener Interessengruppen, die von einer Aufrechterhaltung des autoritären Regimes profitieren würden. Auf der anderen Seite forderte die antifranquistische Linke radikale Neuerungen. In dieser Situation leistete Suárez mit seinem konsensorientierten Führungsstil einen entscheidenden Beitrag zur weitgehenden Aussöhnung anscheinend unvereinbarer Standpunkte. Er erlangte keine allgemeine Popularität. In dieser Hinsicht stand er im Schatten des sozialistischen Parteichefs Felipe Gonzalez.<sup>27</sup> Aber für Suárez hatte eine funktionierende Beziehung zu KP-Führer Santiago Carrillo Priorität. Carrillo war ein Veteran des spanischen Bürgerkriegs, der sich als Vorsitzender einer der beiden grossen «eurokommunistischen» Parteien international einen Namen gemacht hatte (die andere war die von Enrico Berlinguer geführte italienische KP).<sup>28</sup> Aber Suárez' Entscheidung, im Jahr 1977 die Legalisierung der Kommunistischen Partei anzustreben, beschwor zweifellos die gefährlichste Situation für die junge Demokratie her-

auf: Sie hätte leicht einen Militärputsch auslösen können. Dieses Damoklesschwert schwebte stets über Suarez' Kopf, und es zählt zu seinen grössten Leistungen, dass es ihm gelang, einen grossen Putschversuch bis 1981 zu vermeiden.

Es mag überraschen, dass ein Angehöriger des franquistischen Beamtenapparats die Demokratisierung vorantrieb, doch dasselbe gilt für den kommunistischen Parteiführer. Carrillo, der im Jahr 2012 im Alter von 97 Jahren starb, avancierte in der Frühphase des Übergangs zu einem wichtigen Partner von Suárez in den Verhandlungen über die neue politische Ordnung. Nach dem Durchbruch zur Demokratie sollten die Sozialisten an den Wahlurnen sehr viel mehr Unterstützung als die Kommunisten erhalten, aber zum Zeitpunkt von Francos Tod hatte die verbotene Kommunistische Partei beträchtlichen Rückhalt in der spanischen Gesellschaft genossen. Die Legalisierung der KP brachte viele in der Militärführung in Rage, doch die fortgesetzte Unterdrückung der Kommunisten hätte das politische Klima vergiftet. Ein direkter Zusammenstoss zwischen den Kommunisten und der neuen Regierung hätte dem Militär einen Vorwand geliefert, um die Demokratisierung zu beenden.

Dem spanischen KP-Chef, der lang im Exil gelebt hatte, kam also eine wichtige Rolle zu. Nach seiner Heimkehr wurde Carrillo im Dezember 1976 inhaftiert, aber bereits im Februar 1977 nahm Suárez Gespräche mit ihm auf. Der kommunistische Führer war den Avancen des Ministerpräsidenten nicht abgeneigt. Carrillo erklärte sich bereit, die Monarchie, die Flagge und die Einheit des spanischen Staates anzuerkennen, womit er die Befürchtungen der Konservativen teilweise zerstreute.<sup>9</sup> Dass er die Kommunisten überzeugte, eine konstitutionelle Monarchie zu akzeptieren, war eine grosse Leistung von Suárez. Die Sozialisten brauchten sehr viel länger, um sich dazu durchzurufen, denn seit dem Bürgerkrieg verlief der tiefste Graben zwischen Franquisten und Republikanern – dass die Monarchie inakzeptabel

war, wurde auf der Linken als selbstverständlich betrachtet. Doch Suárez hielt es für unverzichtbar, die Kommunisten in das politische System zu integrieren, und genau das gelang ihm in den Verhandlungen mit Carrillo. Die Militärführung machte keinen Hehl aus ihrer Empörung darüber, dass die KP als legitimer Teilnehmer am politischen Leben Spaniens zugelassen werden sollte, doch liessen sich die Generäle dazu bewegen, die bittere Pille zu schlucken. Suárez bekundete öffentlich seine Überzeugung, das spanische Volk besäße genug Reife für den politischen Pluralismus; ein fortgesetztes Verbot der Kommunistischen Partei wäre gleichbedeutend mit Repression. Und in seinen Augen konnte man von der Bevölkerung nicht erwarten, dass sie sich damit abfand, dass die spanischen Gefängnisse aus ideologischen Gründen mit Menschen gefüllt wurden.<sup>30</sup>

Eine weitere Leistung von Suárez war noch bemerkenswerter als die Integration der Kommunisten in das demokratische System: Es gelang ihm, das korporatistische Parlament, dessen Mitglieder unter Franco nicht gewählt, sondern ernannt worden waren, dazu zu bewegen, seiner Auflösung zuzustimmen. Hätte Suárez einfach die Auflösung der Cortes verkündet, so wäre er zweifellos von den Sicherheitskräften verhaftet worden. Stattdessen machte er sich daran, eine Koalition für den Wandel zu schmieden. In einer Parlamentsrede machte er den Abgeordneten klar, dass sie, wenn sie Konflikte und Subversion vermeiden wollten, die Vielfalt der spanischen Gesellschaft anerkennen und die Chance ergreifen müssten, verschiedene Interessengruppen und politische Parteien zuzulassen: «Die Parteien verfolgen bestimmte Ziele, darunter nicht zuletzt den Machterwerb. Wenn der Staat den Weg zur Macht nicht mit Gesetzen ebnet, kann es nur einen scheinbaren Frieden geben, unter dessen Oberfläche die Subversion schwelen wird.» Er appellierte an das Interesse seines Publikums, die «Subversion» zu vermeiden, und bekräftigte seine Überzeugung, die Abgeordneten würden verstehen, dass «es kein konstitutionelles und



schon gar kein rechtliches Vakuum geben kann und wird».<sup>31</sup> Im November 1976, nur fünf Monate nach dem Amtsantritt von Suarez, stimmten die Cortes über das Gesetz über die Politische Reform ab. Viele Beobachter waren unsicher, wie die Abstimmung ausgehen würde, doch das Ergebnis war eindeutig: Das Gesetz wurde mit 425 gegen 59 Stimmen angenommen. Suarez hatte sich als fähiger politischer Führer erwiesen und nicht nur auf die Forderungen der Gesellschaft reagiert, sondern sich auch die Unterstützung der alten Elite für Konsenslösungen gesichert. Um die neue Ordnung auf eine solide Grundlage zu stellen, legte er das Reformgesetz den Bürgern in einem Referendum vor. Beeindruckende 94 Prozent der Wähler stimmten dem Gesetz zu.

Es gelang Suárez auch, eine gemässigte konservative Allianz zu schmieden, die Union des Demokratischen Zentrums (UCD), die 1977 aus den ersten freien Wahlen seit 1936 als stärkste Kraft hervorging. Die Demokratisierung gab auch den separatistischen Bewegungen im Baskenland und in Katalonien Auftrieb. Daher war es wichtig für die Festigung des spanischen Staates in seiner demokratischen Form, dass die ersten freien Wahlen nicht auf regionaler, sondern auf nationaler Ebene stattfanden. Nationalistische und regionale Parteien schneiden in Regionalwahlen normalerweise besser ab, als wenn die Bürger dieser Regionen vor der Wahl stehen, welche Partei das gesamte Land regieren soll. Im Fall Spaniens erhalten die nationalistischen Parteien bei den Wahlen in den autonomen Regionen im Schnitt zwischen 15 und 25 Prozent mehr Stimmen als in landesweiten Wahlen.<sup>32</sup> Die Parteien, die am meisten von freien nationalen Wahlen profitierten, waren daher jene, die in ganz Spanien Anhänger mobilisieren konnten. Das waren insbesondere die Mitte-rechts-Koalition von Suárez und die von Gonzalez geführte Sozialistische Partei. Dass in den ersten Jahren nach dem Ende der Diktatur gemässigte, nicht-nationalistische Parteien das Parlament dominierten, förderte die Entwicklung der Demokratie.

Die nationalistischen und separatistischen Bewegungen beschatti-

gen Spanien auch noch im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, aber sie stellen heute keine Bedrohung für die Demokratie mehr dar.<sup>33</sup> Hätte unmittelbar nach dem Ende der Diktatur eine Sezession dieser Regionen gedroht, so hätte dies höchstwahrscheinlich einen Putsch und die Rückkehr zu einem autoritären Regime provoziert. Das Militär hätte ein Regime eingerichtet, das den Separatismus gewaltsam unterdrückt und die entstehende Demokratie wieder zerschlagen hätte.

Adolfo Suarez bemühte sich frühzeitig, die gemässigten Kräfte in Katalonien und dem Baskenland zu stärken, was ihm insbesondere in Katalonien gelang. Die Nationalistische Partei des Baskenlands (PNV) ebenso wie Vertreter des katalanischen Nationalismus nahmen an den Verhandlungen im Jahr 1977 teil, und die 1978 verabschiedete spanische Verfassung garantierte beiden Regionen weitgehende Autonomie und die Einführung des Katalanischen und des Baskischen als Amtssprachen neben dem Spanischen.

Die erste Regierung Suarez hatte mit grossen wirtschaftlichen und sozialen Problemen infolge der Ölkrise von 1973 zu kämpfen. Der neu gewählte Premierminister erwog anfangs, per Dekret einen Plan zur wirtschaftlichen Stabilisierung einzuführen, gelangte jedoch zu dem Schluss, dass es legitimer und wirksamer wäre, einen Konsens zwischen allen Beteiligten herzustellen; ein so erreichter Pakt würde Massnahmen ermöglichen, die dem Ausmass der Probleme entsprechen. Der «Pakt von Moncloa» (benannt nach dem Amtssitz des Ministerpräsidenten) gilt als eine der effektivsten Vereinbarungen in der Geschichte der demokratischen Transitionen.

Angesichts der Gefahr von Arbeiterprotesten entschied Suarez, dass er in den Verhandlungen mit der sozialistischen und kommunistischen Opposition echte Zugeständnisse machen musste, um die Zustimmung der Gewerkschaften zu schmerzhaften Lohnbremsen und einem Streikverzicht im ersten Jahr des demokratischen Experiments zu erreichen. Also lud er die Führer aller im neuen Parlament

vertretenen Parteien einschliesslich der Kommunisten zu Gesprächen in den Moncloa-Palast ein.

Erst nachdem er in langwierigen Verhandlungen Einigungen mit allen Beteiligten erzielt hatte, legte Suarez den Pakt von Moncloa beiden Kammern des Parlaments vor. Da bereits alle schwierigen Konzessionen mit den Parteien ausgehandelt waren, wurde die Vereinbarung von der Abgeordnetenkammer mit nur einer Gegenstimme und vom Senat mit drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen angenommen. Der Pakt, den die Gewerkschaften und alle grossen politischen Parteien unterzeichnet hatten, sah im Gegenzug für Lohnzurückhaltung zur Eindämmung der Inflation und des Staatsdefizits eine Reihe politischer und sozialer Reformen vor, die von Garantien der Meinungsfreiheit bis zur Legalisierung der Empfängnisverhütung reichten. Die Vereinbarung ebnete den Weg zu einer umfassenderen Demokratisierung der spanischen Gesellschaft.<sup>34</sup> Wie sehr Spanien von Suárez' inklusivem politischen Stil profitierte, zeigte sich auch, als sich das Land im Jahr 1977 um Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft bemühte. Sämtliche Parlamentsfraktionen unterstützten den Beitritt. Wie in anderen Ländern, die ein autoritäres Regime abschüttelten, trug die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft auch in Spanien dazu bei, das demokratische System zu festigen (trotz der Spannungen, die in jüngster Zeit durch die Finanzkrise und die mit der Gemeinschaftswährung verbundenen Zwänge hervorgerufen wurden).

Suárez wusste, dass Spanien eine neue Verfassung brauchte, die ein solides Fundament für die entstehende demokratische Ordnung liefern würde, und er war sich der Gefahren bewusst, die drohten, falls er diese Verfassung nur mit einer einfachen Mehrheit durchsetzte. Im April 1978 erklärte er im Parlament: «Die Verfassung als Ausdruck der nationalen Eintracht muss auf einem Konsens beruhen, und deshalb müssen die vielfältigen politischen Kräfte berücksichtigt werden.»<sup>35</sup> Während sich die Kommunisten bereits damit einverstanden

erklärt hatten, dass der Monarch das Staatsoberhaupt sein würde, dauerte es länger, die Sozialisten davon zu überzeugen. Schliesslich stimmten sie – im Gegenzug für die Abschaffung der Todesstrafe und die Senkung des Wahlalters auf 18 Jahre – einer konstitutionellen Monarchie zu.<sup>36</sup> Es war vor allem der Führung von Suarez zu verdanken, dass Spanien auf dem Verhandlungsweg zur Demokratie gelangte. Der Verfassungsentwurf wurde vom Parlament fast einstimmig angenommen und fand die Zustimmung von beinahe 90 Prozent des Volkes; nur im Baskenland blieb die Hälfte der Wähler zu Hause.<sup>37</sup>

Bei der Wahl im Jahr 1979 wurde die von Suarez geführte UCD die stimmenstärkste Partei vor den Sozialisten, erreichte jedoch keine absolute Mehrheit im Parlament. Es gelang Suarez in seiner gesamten Amtszeit nicht, die Bevölkerung für sich zu gewinnen. Aufgrund seiner Karriere unter Franco blieb die demokratische Linke auf Distanz zu ihm, und er war viel zu liberal und versöhnlich gegenüber den Gegnern des franquistischen Regimes, um die konservativsten Kräfte (darunter grosse Teile des Offizierskorps) für sich zu gewinnen. Anfang der achtziger Jahre begannen Anschläge der baskischen Terrororganisation ETA die Stabilität des demokratischen Systems zu gefährden. Die Zahl der Terroropfer stieg seit Mitte der Siebziger kontinuierlich, und die Anschläge auf die Streitkräfte schürten die Unzufriedenheit des Militärs mit der Demokratie. Suarez sah, dass seine politische Autorität schwand, und gelangte zu dem Schluss, dass es dem Demokratisierungsprozess schaden würde, wenn er versuchte, seine gesamte Amtszeit auszuschöpfen. Da ihm das Wohlergehen der spanischen Demokratie mehr am Herzen lag als sein persönliches politisches Schicksal, reichte er Ende Januar 1981 seinen Rücktritt ein.

In der Sitzung der Abgeordnetenkammer am 23. Februar, in der über seinen Nachfolger entschieden werden sollte, drang eine von Oberstleutnant Antonio Tejero geführte Gruppe von Militärs in den Sitzungssaal ein. Der Offizier feuerte mehrere Schüsse ab, und fast

alle Abgeordneten gingen in Deckung. Suárez gehörte zu den wenigen, die Haltung bewahrten. Gemeinsam mit Santiago Carrillo, Felipe Gonzalez und einem weiteren hochrangigen Mitglied der Sozialistischen Partei wurde Suárez ausgesondert, um ins Gefängnis gebracht zu werden.

König Juan Carlos trug seinen Teil dazu bei, den Putsch im Keim zu ersticken. In mehreren spanischen Städten waren Panzer aufgefahren, aber der König rief die Generäle an und befahl ihnen, die Truppen in die Kasernen zurückzubeordern. Am Tag darauf trat Juan Carlos, der Oberbefehlshaber der spanischen Streitkräfte, in Uniform im Fernsehen auf und erklärte, er werde den Versuch, die Demokratie zu zerschlagen, nicht hinnehmen. Die grosse Mehrheit der spanischen Öffentlichkeit lehnte den Staatsstreich ab, aber die klare Haltung des Königs hatte wesentlichen Anteil daran, dass der Putschversuch scheiterte. Die Offiziere waren sehr viel empfänglicher für die Anweisungen des Königs als für jene der Regierung oder für die öffentliche Meinung. Der Putsch brach zusammen. Mehrere beteiligte Offiziere wurden verhaftet und später zu Haftstrafen verurteilt. Die Monarchie war bis dahin keine besonders populäre Institution gewesen. Ihre Legitimität war und ist fragil und hängt vom Verhalten des Throninhabers ab. Indem der König Suárez zum Ministerpräsidenten ernannte, den Übergang Spaniens zur Demokratie beförderte und sich mit der Rolle eines konstitutionellen Monarchen begnügte, vor allem aber, indem er im Februar 1981 klar Stellung gegen die Putschisten bezog, verdiente er sich den Respekt seiner Landsleute. Wie Juan Linz und Alfred Stepan festgestellt haben, trug Juan Carlos I. «mehr zur Legitimierung der Monarchie bei, als die Monarchie den König legitimierte».<sup>38</sup>

Aber unter jenen, die sich mit dem Franco-Regime arrangiert und von ihm profitiert hatten, leistete Suárez den wichtigsten Beitrag zur raschen Transformation des spanischen politischen Systems. Da er aus dem alten Establishment kam, verstand er dessen Denkweise, legalisierte jedoch bis dahin verbotene politische Parteien und setzte

rasch demokratische Wahlen an. Er war alles andere als ein charismatischer Führer. (Unter den post-franquistischen Politikern kam Felipe Gonzalez dieser Beschreibung am nächsten.) Auch war Suárez kein «starker» Führer, wenn wir diesen als Person definieren, die ihre Umgebung dominiert. Er pflegte einen kollegialen Führungsstil und bemühte sich um Konsens. Er machte Zugeständnisse und schloss Kompromisse, hielt dabei jedoch immer an dem Ziel fest, Spanien in ein demokratisches Land zu verwandeln. Und er war verblüffend erfolgreich.

## **Michail Gorbatschow**

Michail Gorbatschow trug zu noch einschneidenderen Veränderungen bei als Adolfo Suárez. Zum einen kam er in einem Land an die Macht, das zumindest militärisch eine «Supermacht» war und dessen Regime seit Jahrzehnten nicht nur dem sowjetischen Vielvölkerstaat, sondern auch dem Grossteil Mittel- und Osteuropas das kommunistische System aufzwang. Systemische Veränderungen in der Sowjetunion hatten daher sehr viel grössere Auswirkungen als fundamentale Veränderungen in Spanien.\* Dennoch gibt es bedeutsame Parallelen zwischen Suárez und Gorbatschow. Beide waren in der Hierarchie des alten Regimes aufgestiegen, und die meisten sowjetischen Dissidenten nahmen so wie die ausländischen Regierungen an, dass etwaige Reformen des neuen Politbürovorsitzenden sehr begrenzt sein

---

\* Allerdings trug die Demokratisierung in Spanien und Portugal zur Ausbreitung der Demokratie in Lateinamerika bei – zur «dritten Demokratisierungswelle». Die Entwicklungen in der Sowjetunion Ende der achtziger Jahre standen nicht in Zusammenhang mit den vorangegangenen Veränderungen in Südeuropa und Lateinamerika. Sie können als «vierte Demokratisierungswelle» bezeichnet werden.

würden. Niemand erwartete, dass Gorbatschow etwas tun würde, was das Machtmonopol der Kommunistischen Partei untergraben oder ihre hierarchische Machtstruktur schwächen könnte. Und es wurde allgemein angenommen, dass der neue Staats- und Parteichef die sowjetische Herrschaft über Osteuropa nicht aufs Spiel setzen würde. Es war undenkbar, eines der Länder zu «verlieren», die in den Augen des sowjetischen Einparteiensstaats – sowie seines militärisch-industriellen Komplexes – eine legitime geopolitische Beute waren, die sich die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg gesichert hatte.

Gorbatschow ist ein Beispiel für einen politischen Führer, der individuell eine tiefgreifende Veränderung herbeiführte, obwohl es natürlich zahlreiche Gründe dafür gab, dass in der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre Veränderungen unumgänglich geworden waren.<sup>39</sup> Die Wirtschaft stagnierte seit Jahren. Der militärisch-industrielle Komplex gedieh auf Kosten der übrigen Wirtschaft. Der Lebensstandard der Bevölkerung war sehr viel niedriger als in Westeuropa. Und sogar einer der Erfolge der kommunistischen Regimes, die Hebung der Bildungsstandards einschliesslich guter Hochschulen, die zahlreiche Spezialisten hervorbrachte, brachte die Saat des Wandels aus und trug zur Entstehung einer potentiell für radikale Reformen offenen Bevölkerungsgruppe bei.

Doch im sowjetischen System wurde politischer Konformismus auf vielfältige Art belohnt, während Bürgern, die durch mangelnde Anpassung und abweichende Meinungen auffielen, verschiedenste Sanktionen und Strafen drohten. Insbesondere in den Augen der Mitglieder des Herrschaftsapparats überstiegen die Risiken radikaler Reformen ihren möglichen Nutzen deutlich. Wer sowohl das kommunistische System als auch die Sowjetunion hatte erhalten wollen, der konnte im Jahr 1992 – als beides nicht mehr existierte – überzeugend argumentieren, dass die Vorsicht angebracht gewesen war. Zwar wäre die Sowjetunion irgendwann zwangsläufig an einem kritischen Punkt angelangt, aber Mitte der achtziger Jahre war sie trotz ihrer grundle-

genden Probleme stabil.\* Selbst in den 13 trostlosen Monaten, in denen Konstantin Tschernenko an der Spitze der Kommunistischen Partei und damit der Regierung stand, kam es nicht zu Protesten; die Bürger murrten bestenfalls im privaten Kreis. Die Mängel der sowjetischen Planwirtschaft machten trotz der Erfolge in Rüstung und Raumfahrt Neuerungen unumgänglich, aber im Jahr 1985 steckte die Sowjetunion nicht in einer Krise. Nicht die Krise erzwang Reformen, sondern die Reformen lösten die Krise aus. Die Einschätzung, die sowjetische Wirtschaft sei in derart schlechter Verfassung gewesen, dass Gorbatschow zu Reformen *gezwungen* war, ist eine irreführende Erklärung für die tiefgreifenden Veränderungen. Wenn die wirtschaftlichen Zwänge tatsächlich derart erdrückend waren, stellt sich die Frage, warum Gorbatschow schon bald – spätestens Anfang 1987 – den politischen Reformen Vorrang vor einer wirtschaftlichen Erneuerung gab. Zwar kann man argumentieren, dass politische Reformen erforderlich waren, um den Widerstand der Bürokratie gegen die Einführung von marktwirtschaftlichen Elementen zu brechen. Doch Gorbatschow trieb die Liberalisierung und Demokratisierung um ihrer selbst willen voran und gestand später: «In der Hitze des politischen Gefechts verloren wir die Wirtschaft aus den Augen, und die Menschen verziehen uns den Mangel an Gütern des täglichen Bedarfs und die Warteschlangen vor den Geschäften nie.»<sup>40</sup>

Ebenso falsch ist die Vorstellung, die aggressive Rhetorik und die erhöhten Rüstungsausgaben der Regierung Reagan hätten der sowje-

---

\* Ein unter der Oberfläche schwelendes Problem war die Nationalitätenfrage. In den nichtrussischen Nationen der Sowjetunion, insbesondere in Estland, Lettland und Litauen hätte eine Mehrheit der Bevölkerung die Unabhängigkeit begrüßt, wäre diese eine Option gewesen. Aber bis zur Perestroika hätte der Ruf danach gravierende Konsequenzen gehabt: Die Bürger dieser Republiken wussten, dass eine Forderung nach Unabhängigkeit geradewegs in den Gulag führen würde (in früheren Jahren hatte sie den Tod bedeutet).



tischen Führung keine andere Wahl gelassen, als ihre Niederlage im Kalten Krieg einzugestehen.\* Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die Sechziger Jahre waren die USA der Sowjetunion militärisch überlegen, was jedoch nicht dazu führte, dass sich die Sowjetunion aussenpolitisch friedfertiger verhalten hätte, im Gegenteil: Dies waren die Jahre der von der Sowjetunion unterstützten kommunistischen Expansion, und in dieser Zeit wurden der ungarische Aufstand und der Prager Frühling niedergeschlagen. Ab Anfang der siebziger Jahre konnte sich die Sowjetunion militärisch einigermassen mit den USA messen, da nun beide Seiten genug Atomwaffen besaßen, um einander auszulöschen. Obwohl die möglichen technologischen Nebenprodukte der von Reagan forcierten Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) gewisse Sorgen in Moskau weckten, wurde die Bedeutung des Raketenabwehrschirms von den Vertretern des militärisch-industriellen Komplexes eher aufgeblasen, um die von Gorbatschow angestrebten Kürzungen der Verteidigungsausgaben zu verhindern.<sup>41</sup> Reagan kündigte SDI im März 1983 an, als Andropow Staats- und Parteichef war. Aber sowohl unter Andropow als auch unter Tschernenko reagierte die Sowjetunion auf die erhöhten Rüstungsausgaben der Vereinigten Staaten, indem sie ebenfalls den Verteidigungsetat

---

\* Vor Gorbatschows Machtantritt reagierte die sowjetische Führung in gewohnter Weise auf die Politik der Regierung Reagan. In einer Politbürositzung im Mai 1983 gab es keinen Widerspruch gegen die Einschätzung von Verteidigungsminister Dmitri Ustinow, der erklärte: «Alles, was wir im Bereich der Verteidigung tun, sollten wir weiterhin tun. Alle geplanten Raketen sollten geliefert werden.» (Sasedanie Politbjuro TsK KPSS, 31 *maja* 1983 *goda*, Hoover Institution Archives, Fond 89, Reel 1J003, Opis 42, File 53) Noch im Jahr 1986 erklärte KGB-Chef Viktor Tschebrikow in einer Politbüro-Sitzung: «Die Amerikaner verstehen nur Stärke.» (Sasedanie Politbjuro TsK KPSS 14 *oktjabrija* 1986 *goda*, Volkogonov Collection, R9744, National Security Archive, Washington, D.C.)

erhöhte. Nicht Reagan oder SDI, sondern Gorba-tschow änderte die sowjetische Aussen- und Verteidigungspolitik.

Gorbatschow sah die gesellschaftliche Situation Mitte der achtziger Jahre so kritisch wie kein anderer in der sowjetischen Führung. Er hatte auch grössere Sorgen, dass es infolge einer Fehleinschätzung, eines Unfalls oder eines technischen Fehlers zu einem Atomkrieg mit katastrophalen Auswirkungen kommen konnte. Als Tschernenko im März 1985 starb, war Gorbatschow der *einzig*e Reformier im Politbüro und der einzige, der den Kalten Krieg tatsächlich beenden wollte. Die Mitglieder des Politbüros nominierten einen aus ihren Reihen für das Amt des Generalsekretärs des Zentralkomitees, das gleichbedeutend mit dem Amt des Führers der Sowjetunion war. Wie kam es dazu, dass ihre Wahl noch am Tag nach Tschernenkos Tod auf Gorbatschow fiel?

In Anbetracht der Zusammensetzung und der konservativen Geisteshaltung des Politbüros wurde er offenkundig nicht ausgewählt, weil er reformwillig war. Er hatte seine radikaleren Reformideen nicht mit seinen Kollegen im Politbüro geteilt, und einige von ihnen würden sich später beklagen, nicht geahnt zu haben, was er vorhatte. Er war auch das jüngste, aufgeweckteste und gesündeste Mitglied eines Politbüros, das innerhalb von weniger als drei Jahren drei betagte Vorsitzende verloren hatte: Die alljährlichen Staatsbegräbnisse waren mittlerweile peinlich für die sowjetische Führung. Ausserdem nahm Gorbatschow bereits den zweithöchsten Rang in der Führung ein. (Juri Andropow, der nur fünfzehn Monate an der Spitze der Partei stand, bevor er 1984 starb, war von Gorbatschows Intelligenz und Energie beeindruckt gewesen und hatte ihm zusätzliche Kompetenzen übertragen.) Als Tschernenko am frühen Abend des 10. März 1985 starb, befand sich Gorbatschow in einer geeigneten Position, um die Initiative an sich zu reißen. Er berief eine Sitzung des Politbüros ein, die noch am selben Abend um elf Uhr begann. In dieser Sitzung wurde er als neuer Parteichef «präselektioniert», und am Nachmittag des folgenden Tages war er ZK-Generalsekretär.<sup>42</sup>

Besonders wichtig ist, dass sich Gorbatschows Vorstellungen weiterentwickelten, nachdem er die Führung der Sowjetunion übernommen hatte. Im Jahr 1985 glaubte er nicht nur, dass das System reformiert werden musste, sondern auch, dass es reformiert werden konnte. Bis Sommer 1988 gelangte er zu der Überzeugung, dass die Reformen unzureichend waren, weshalb er eine umfassende Transformation des Systems für erforderlich hielt. In seiner Rede auf der 19. Parteikonferenz der KPdSU in jenem Jahr unternahm er, wie er später schrieb, den Versuch, einen «friedlichen, reibungslosen Übergang von einem politischen System zu einem anderen» einzuleiten.<sup>43</sup> In dieser Rede erklärte er, jedes Land müsse seine Lebensart und seine Gesellschaftsstruktur frei wählen können, und jeder Versuch, einem Land diese Entscheidungen von aussen aufzuzwingen – insbesondere mit militärischer Gewalt –, stamme «aus dem gefährlichen Arsenal vergangener Jahre».<sup>44</sup> Auf dem Parteitag und ein weiteres Mal in einer Rede vor den Vereinten Nationen sechs Monate später bekannte er sich dazu, dass es sich hierbei um ein universelles Prinzip handle, das keine Ausnahmen zulasse. Im Jahr darauf nahmen ihn die Völker Osteuropas beim Wort. Hätte Gorbatschow bereits 1985 geglaubt, dass Reformen nicht genügen würden und dass es eines Systemwandels bedurfe, so hätte es nicht genügt, umsichtig zu sein: Er hätte ein vorzüglicher Schauspieler sein müssen, um zum Generalsekretär ernannt zu werden. Es war von entscheidender Bedeutung, dass sich Gorbatschows politische Grundhaltung – nicht einfach seine Haltung zu spezifischen Fragen – wandelte, während er das mächtigste Amt im autoritären sowjetischen System innehatte.<sup>45</sup>

Aufgrund der streng hierarchischen Struktur der Kommunistischen Partei, der politischen Ressourcen des ZK-Generalsekretärs (einschliesslich umfassender Ernennungsbefugnisse) und der überlegenen Autorität des Staats- und Parteichefs gegenüber dem Parteiapparat, der staatlichen Bürokratie, dem KGB und den Streitkräften hatte der Generalsekretär bessere Chancen als jeder andere politische Akteur, grundlegende Veränderungen herbeizuführen. Doch nach

Stalin konnte kein sowjetischer Führer mehr über Leben und Tod seiner Genossen im Politbüro entscheiden, und wenn er sie verprellte, konnten sie ihn stürzen, so wie es Nikita Chruschtschow im Jahr 1964 widerfahren war. Es war sehr gefährlich, die Autorität von Institutionen zu schwächen, die an grosse Macht gewöhnt waren. Daher musste Gorbatschow seine Befugnisse mit grossem politischen Geschick nutzen, um einen radikalen Wandel einzuleiten, der den Einfluss dieser Institutionen aushöhlte. Später schrieb er: «Ohne politische Manöver durfte man nicht einmal daran denken, die mächtige Bürokratie beiseitezuschieben.»<sup>46</sup> Einer der engsten Verbündeten Gorbatschows in den ersten vier Jahren der Perestroika, Alexander Jakowlew (dessen Aufstieg in der Hierarchie Gorbatschow beschleunigt hatte), drückte es deutlicher aus: «Eine ständige Radikalität in den ersten Jahren der Perestroika hätte jede Chance auf umfassende Reformen zerstört. Die Revolte der vereinten Bürokratien – der Partei, des Staats, des Repressionsapparats und der Wirtschaft – hätte das Land in die schlimmsten Zeiten des Stalinismus zurückgeworfen.» Die politischen Bedingungen seien Mitte der achtziger Jahre vollkommen anders gewesen als später.<sup>47</sup>

Insbesondere in den ersten Jahren an der Parteispitze war Gorbatschow sehr dankbar, wenn das Politbüro seine Zustimmung zu Reformschritten gab. Die Sitzungen dauerten nun sehr viel länger als zu Breschnews Zeit, und die Politbüromitglieder hatten das Gefühl, offen ihre Meinung sagen und dem Parteichef widersprechen zu können. Oft mussten Dokumente, die unter Gorbatschows Aufsicht von seinen Mitarbeitern vorbereitet und dem Politbüro vorgelegt wurden, ergänzt werden, obwohl der Generalsekretär sie bereits genehmigt hatte. Als dem Politbüro beispielsweise der Entwurf für Gorbatschows Rede zum 70. Jahrestag der bolschewistischen Revolution im November 1987 zur Genehmigung vorgelegt wurde, erhoben mehrere Mitglieder Einwände gegen die Aussage, in der Sowjetunion sei ein «autoritäres, bürokratisches Modell des Sozialismus» eingeführt worden.

Gorbatschow reagierte mit einem für ihn typischen taktischen Rückzug und schlug vor, das Wort «Modell» durch «Methoden» oder «Mittel» zu ersetzen. In derselben Politbürositzung wurden Einwände gegen die Verwendung der Phrase «sozialistischer Pluralismus» laut, da der Pluralismus als unsozialistisch abgelehnt wurde.<sup>48</sup> Dank Gorbatschows Flexibilität ermöglichte jedes Dokument, das als Grundlage für die offizielle Politik diente, einen Fortschritt, selbst wenn einige der Formulierungen, die er gemeinsam mit seinen Beratern eingefügt hatte, wieder verloren gingen – und das Politbüro hatte die kollektive Verantwortung dafür übernommen. Welche Zweifel die übrigen Mitglieder der Führung auch gehegt haben mochten, sie konnten sich nur schwer vom Resultat der Beratungen distanzieren.

Gorbatschow hatte nie eine Mehrheit des Politbüros hinter sich. Ähnlich wie viele andere Regierungschefs, darunter auch solche in Demokratien, hatte er in der Aussenpolitik grössere Bewegungsfreiheit als bei der Lenkung der sowjetischen Wirtschaft. Es gelang ihm, innerhalb eines Jahres nach seiner Ernennung zum ZK-Generalsekretär das gesamte aussenpolitische Führungsteam zu ersetzen.<sup>49</sup> Voraussetzung für die Aufnahme ins Politbüro war jedoch, dass man bereits dem Zentralkomitee angehörte. Der Generalsekretär hatte grösseren Einfluss auf diese Beförderungen als jeder andere sowjetische Politiker, aber Stalin war der letzte Parteichef gewesen, der bei diesen Entscheidungen freie Hand gehabt hatte. Neue Mitglieder wurden vom Politbüro kollektiv kooptiert. Eine der wichtigen Reformen, die Gorbatschow schliesslich im März 1990 durchsetzte, war die Einführung einer Staatspräsidentschaft, wobei der Präsident vom Parlament zu wählen war.\*

---

\* Das seinerzeit verabschiedete Gesetz sah vor, dass der Präsident der Sowjetunion in Zukunft vom Volk gewählt werden sollte. Allerdings hörte die Sowjetunion zu existieren auf, bevor eine solche Wahl stattfinden konnte. Ab März 1990 regierte Gorbatschow eher durch dieses Staatsamt als dank seiner

Insbesondere bis dahin musste Gorbatschow im Umgang mit den überwiegend ideologisch konservativen Mitgliedern des Politbüros Finesse beweisen. Eines der Politbüromitglieder, Witali Worotnikow, hat beschrieben, wie Gorbatschow dabei voring. (Worotnikows Darstellung wird von mehreren seiner Kollegen bestätigt.) Gorbatschow pflegte demnach einen «demokratischen und kollegialen» Stil. Jeder erhielt die Möglichkeit, seine Meinung zu sagen, und Gorbatschow hörte sich die Argumente seiner Kollegen aufmerksam an. Wenn es erhebliche Meinungsverschiedenheiten gab, erklärte er: «Wir müssen genauer darüber nachdenken, sehen Sie sich das noch einmal an.» Er fand Worte, die jene Kollegen beruhigten, die Bedenken geäußert hatten, oder er verschob die Entscheidung auf einen späteren Zeitpunkt. Aber am Ende, gibt Worotnikow kleinmütig zu, setzte Gorbatschow immer seinen Willen durch, wobei er manchmal eine unklare Position bezog, von der er im geeigneten Moment wieder abrückte.<sup>50</sup> Jakowlew, der Gorbatschow anders beurteilt, erklärt in seinen Memoiren, der neue Parteichef habe sich in einem Kreis von Personen wiedergefunden, «die sehr viel älter als er waren, grössere Erfahrung in Taktiken des Hinterhalts hatten und jederzeit zu einer Einigung gelangen konnten, um ihn zur Seite zu drängen».<sup>51</sup> Jakowlew weist daraufhin, Gorbatschow sei nur so lange mächtig gewesen, wie

---

Befugnisse als Generalsekretär, um das Politbüro zu umgehen. Bis 1990 war die Sowjetunion ein Einparteiensstaat, in dem das Politbüro de facto die Regierungsgewalt innehatte und den ZK-Generalsekretär absetzen konnte. Aber in den letzten beiden Jahren der Existenz der Sowjetunion ging die Macht von der Partei auf die staatlichen Institutionen über. Im Januar 1991 traf ich mich mit dem stellvertretenden Leiter der Ideologieabteilung des ZK, der mir erklärte, ihm sei noch genug Macht geblieben, um sich einen Kaffee bringen zu lassen. Erst in den letzten beiden Jahren der Sowjetunion, als das Zentralkomitee praktisch entmachtet war, konnte ein nicht-kommunistischer ausländischer Forscher Zugang zum Sitz dieser Institutionen erhalten, zum säkularen Tempel der Kommunistischen Partei.

er die Interessen der mächtigsten Eliten und Clans nicht bedroht habe.<sup>52</sup>

## Überzeugungskraft

Je mehr Gorbatschow das sowjetische System liberalisierte, desto mehr war er auf seine Überzeugungskraft angewiesen, da er sich nicht mehr auf die Autorität des Generalsekretärs verlassen konnte. Worotnikow gibt zu, Gorbatschows Argumente hätten ihn eine Zeitlang mitgerissen. Er meldete im Politbüro häufig Zweifel an Gorbatschows Reformen an und äusserte seine Kritik manchmal auch schriftlich. «Aber am Ende», erklärt er, «schloss ich mich oft seinem Standpunkt an. Das war auch mein Fehler.»<sup>53</sup> Er und seine Kollegen begriffen zu spät, dass Gorbatschow einen Demokratisierungsprozess eingeleitet hatte, dass er den Funktionären der Kommunistischen Partei Macht entzog und den Marxismus-Leninismus als Quelle der politischen Legitimität durch Wahlen ersetzte, bei denen tatsächliche Konkurrenz zugelassen wurde. Indem er die Meinungsfreiheit befürwortete, gestand Gorbatschow zugleich den Verlagen und Massenmedien grössere Freiheiten zu und mobilisierte die sowjetische Gesellschaft. Die konservativen Kommunisten wurden in die Defensive gedrängt. Worotnikow beschreibt dieselbe Entwicklung aus einem anderen Blickwinkel: «Der Zug der Pseudodemokratie hatte so viel Geschwindigkeit aufgenommen, dass wir nicht mehr in der Lage waren, ihn zu stoppen.»<sup>54</sup>

Gorbatschow war kein «starker Führer» im herkömmlichen Sinn. Er drängte anderen nicht seine Meinung auf und war bereit, aus taktischen Gründen zurückzustecken und Kritik hinzunehmen. Insbesondere passte er nicht zur traditionellen russischen Vorstellung von einem starken Führer. Der Leiter des sowjetischen Instituts für Weltraumforschung, Roald Sagdejew, hatte Gelegenheit, Gorbatschow in den ersten Jahren der Perestroika in Diskussionen in kleinem Kreis zu

beobachten. Sagdejew stellte fest, dass sich nur wenige Menschen «Gorbatschows persönlichem Charme und seinem anziehenden Re-detalent» versperren konnten. Allerdings überschätzte Gorbatschow nach Ansicht Sagdejews seine Überzeugungskraft und schien zu glauben, er könne «jedermann in der Sowjetunion von absolut allem überzeugen». <sup>55</sup> Sagdejew bezeichnet es aber auch als herausstechendes Merkmal von Gorbatschows Führungsstil, dass er stets versuchte, seine Gesprächspartner zu *überzeugen*. Das war in Sagdejews Augen «ein Hinweis auf einen grossen Fortschritt in der politischen Kultur meines Landes», denn Gorbatschows Zugang «wich deutlich vom traditionellen Vorgehen der Chefs ab». Bis dahin hatten sie nie versucht, «die Ansichten oder Überzeugungen anderer zu ändern, sondern einfach einen Befehl gegeben und verlangt, dass er befolgt wurde». <sup>56</sup>

Gorbatschows für Russland ungewöhnlicher Führungsstil fand nicht bei der gesamten sowjetischen Gesellschaft Anklang. Tatsächlich schwand seine Beliebtheit zwischen dem Frühjahr 1989 und dem Ende der Sowjetunion im Dezember 1991 deutlich. Sein Berater in Fragen der politischen Reform, Georgi Schachnasarow, nennt einen Grund dafür, dass Gorbatschow ab dem Frühjahr 1989 an Autorität verlor. Zu dieser Zeit übernahm er den Vorsitz in der neuen Legislative, dem Kongress der Volksdeputierten, und im eigentlichen Machtzentrum, dem Obersten Sowjet. Der Kongress der Volksdeputierten war im März jenes Jahres aus den ersten Wahlen in der Geschichte der UdSSR hervorgegangen, bei denen tatsächlich konkurrierende Kandidaten antraten. <sup>57</sup> Um die Entwicklung einer «Kultur des Parlamentarismus» zu fördern, verbrachte Gorbatschow ganze Tage damit, den Vorsitz in den Parlamentssitzungen zu führen; neben seiner Funktion als Staats- und Parteiführer wurde er de facto Parlamentspräsident. Schachnasarow erklärt, wohlmeinende Personen hätten Gorbatschow gesagt, er trage zur Zerstörung seiner persönlichen Autorität bei, indem er die Debatten der Volksdeputierten leite: «Als Millionen Menschen im Fernsehen sahen, wie irgendein unbekannter



junger Abgeordneter mit dem Staatsoberhaupt diskutierte, der diesem geduldig seine Argumente erklärte und sogar offene Beleidigungen ohne sichtbare Regung einsteckte», seien sie zu dem Schluss gelangt, dass dem Land nichts Gutes bevorstand. «In Russland bewundern die Menschen seit jeher strenge Herrscher, ja sie lieben sie sogar.» Es falle den Russen schwer, milde und taktvolle Menschen als Führer anzuerkennen. Wie sollten sie erwarten, dass ein solcher Führer Ordnung und Sicherheit gewährleisten würde, und ihm im Gegenzug bereitwillig dienen?<sup>58</sup>

Über weite Strecken der Perestroika-Zeit war Nikolai Ryschkow für die Lenkung der sowjetischen Wirtschaft zuständig, der von 1985 bis 1990 den Ministerrat leitete. Er war anfangs ein zurückhaltender Verbündeter, verwandelte sich später jedoch in einen scharfen Kritiker Gorbatschows. Ryschkow meinte, Gorbatschow sei von Natur aus zu jeglichem Machiavellismus unfähig, obwohl es ein Fehler sei, ihn für unentschlossen zu halten.<sup>59</sup> «Lange bevor unsere heimischen parlamentarischen Spiele begannen», schreibt Ryschkow, sei Gorbatschow «ein Führer parlamentarischen Typs» gewesen. «Wie er in einem parteibürokratischen System dazu wurde, weiss Gott allein.» Gorbatschow, so Ryschkow, habe sich zu einem solchen Führer entwickelt, obwohl er seit frühester Jugend Sprosse für Sprosse die übliche Karriereleiter in der Parteihierarchie hinaufgeklettert war, beginnend in der kommunistischen Jugendorganisation Komsomol.<sup>60</sup> Er hatte nicht den Wunsch, Angst vor seiner Person zu verbreiten, wie Machiavelli gelehrt und Stalin in die Tat umgesetzt hatte, und diese Art der Machtausübung entsprach auch nicht seinem Wesen.\*

---

\* Der russische Gelehrte Dmitri Furman erklärt, dass Menschen, die gemeinhin als Ungeheuer betrachtet würden, darunter beispielsweise Iwan der Schreckliche und Peter der Grosse, in Russland traditionell als «grosse» Führer gelten, während Alexander II., jener Zar, der die Leibeigenschaft abschaffte, nicht als «gross» betrachtet wird. Furman fragt, ob Gorbatschow in diese Kategorie passt. Seine Antwort ist Nein: «In einem Bewertungssystem, in dem Iwan der

Das bedeutet nicht, dass es Gorbatschow an Ehrgeiz gemangelt hätte, im Gegenteil: In einem Gespräch mit einem engen Freund erklärte er: «Von Kindheit auf wollte ich ein Führer unter meinesgleichen sein – das war meine Natur. Und das blieb so, als ich in den Komsomol... und später in die Partei eintrat – es war meine Art, mein Potential auszuschöpfen.»<sup>61</sup>

Wie bereits erwähnt, war Gorbatschow in den ersten fünf seiner fast sieben Jahren an der Spitze des sowjetischen Regimes der populärste Politiker des Landes. Das hatte viel mit seiner Offenheit zu tun, damit, dass er den Russen die Furcht vor einem Krieg nahm (was in einem Land, das im Zweiten Weltkrieg 27 Millionen Menschen verloren hatte, viel bedeutete) und dass unter seiner Leitung zahlreiche neue Freiheiten eingeführt wurden, darunter Redefreiheit, Religionsfreiheit und Wahlen, bei denen die Bürger tatsächlich eine Wahl hatten. Ebenso wichtig war seine Bereitschaft, angesichts neuer Erkenntnisse oder überzeugender Argumente seine Meinung zu ändern – was manche als Schwäche, andere als Stärke betrachteten. Teilweise war seine Wandlung unübersehbar, teilweise wurde sie durch eine gewisse sprachliche Kontinuität verdeckt. Einige seiner radikalen Kritiker spielten das Ausmass von Gorbatschows Sinneswandel mit dem Hinweis auf sein Festhalten an der «Perestroika» und am «Sozialismus» herunter. Dabei entging ihnen die fundamentale Tatsache, dass sich die Bedeutung dieser Begriffe während Gorbatschows ersten fünf Jahren im Kreml grundlegend änderte. Die «Perestroika» war zu einer Zeit, als das Wort «Reform» tabu war, ein Euphemismus für

Schreckliche, Peter der Grosse und Stalin die Grossen sind, ist Gorbatschow nicht nur ‚nicht gross‘, sondern die Antithese von Grösse.» (Dmitri Furman, *Nesawisimaja gaseta*, 1. März 2011) Hingegen ist Gorbatschow nach Ansicht Furmans in einem für die zeitgenössische entwickelte Welt normalen Bewertungssystem ein «grosser Herrscher und Politiker, vielleicht der grösste in der russischen Geschichte».

Reformen des sowjetischen Systems. Im Lauf der Zeit wurde der Begriff zur Bezeichnung einer unwälzenden Transformation des totalitären sowjetischen Systems in eine pluralistische Demokratie, die nicht auf der garantierten Herrschaft der kommunistischen Partei, sondern auf Rechtsstaatlichkeit beruhte. Was den «Sozialismus» anbelangte, so wurde aus dem kommunistischen Reformers Gorbatschow, der im Jahr 1985 die Führung des Politbüros übernahm, bis zum Ende des Jahrzehnts ein Sozialist sozialdemokratischer Prägung, was eine qualitative Veränderung war.<sup>62</sup>

Im Frühjahr 1990 war das kommunistische System durch ein pluralistisches ersetzt worden, Rechtsstaatlichkeit trat an die Stelle von Willkür, und die Demokratisierung kam gut voran. Das politische System hatte eine Transformation durchgemacht. In den ersten vier Jahren war die Perestroika im Wesentlichen eine «Revolution von oben», deren Erfolg davon abhing, dass es Gorbatschow gelang, die Hardliner zu beruhigen, während er eine immer radikalere Politik verfolgte; er musste einen Putsch vermeiden, der die Uhr zurückgedreht hätte. Hier sehen wir eine Parallele zu Suárez. Wie dieser schaffte es Gorbatschow, die Gegenreaktion des alten Regimes so lange hinauszuzögern, dass es, als sie im August 1991 kam, ausreichend starke Institutionen und genug aktive Bürger gab, die sich dem Putsch mit Erfolg entgegenstellten. Besonders wichtig war, dass Boris Jelzin zwei Monate früher in einer freien Wahl zum Präsidenten Russlands (nicht der Sowjetunion) gewählt worden und daher demokratisch legitimiert war, den Putschisten die Stirn zu bieten, während Gorbatschow in seinem Ferienhaus auf der Krim unter Hausarrest stand.

Indem er wesentlich zur Transformation der sowjetischen Außenpolitik beitrug, veränderte Gorbatschow auch die internationale Ordnung. Der Kalte Krieg hatte damit begonnen, dass die Sowjetunion Osteuropa ihrem Herrschaftsbereich einverleibt hatte. Er endete, als die Länder Mittel- und Osteuropas der Reihe nach ihre Unabhängigkeit zurückerlangten und den Kommunismus abschüttelten, eine Entwicklung, die Gorbatschow gelassen akzeptierte. Was das Wirt-

schaftssystem anbelangt, so fand sich Gorbatschow im Lauf der Jahre 1990 und 1991 mit dem Prinzip einer Marktwirtschaft ab, wobei ihm jedoch eine sozialdemokratische Variante vorschwebte. Im Jahr 1988 wurden Kooperativen erlaubt, die sich rasch in kaum verhüllte Privatunternehmen verwandelten. Aber Gorbatschow brauchte sehr viel länger, um den Markt als Regulator des wirtschaftlichen Lebens anzuerkennen, als er brauchte, um die Notwendigkeit der Demokratie zu akzeptieren. Der Umbau der Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft stiess auch in der Bürokratie auf erheblichen Widerstand. So hing die Wirtschaft in einem Zwischenzustand fest, als die Sowjetunion auseinanderbrach: Sie war keine Planwirtschaft mehr, aber es gab auch noch keinen funktionierenden Markt.

Gorbatschow gilt manchen als «schwacher» Führer oder sogar als gescheiterter Politiker, weil das von ihm geführte Land Ende 1991 zu existieren aufhörte. Der sowjetische Staat hätte noch viele Jahre zusammengehalten werden können, hätte Gorbatschow nicht die Liberalisierung und Demokratisierung des Systems und die Neugestaltung der sowjetischen Aussenpolitik in Angriff genommen. Die Bedeutung der Aussenpolitik lag darin, dass die besonders entfremdeten Völker innerhalb der Sowjetunion, insbesondere die Esten, Letten und Litauer, die Unabhängigkeit der osteuropäischen Länder im Jahr 1989 als Ansporn verstanden, nicht nur grössere Autonomie innerhalb des sowjetischen Imperiums, sondern ihre völlige Freiheit anzustreben. Gorbatschow betrieb bewusst den Abbau des sowjetischen Systems, aber die Auflösung des sowjetischen Staats versuchte er zu verhindern. Dabei war er jedoch nicht zu jenem konsequenten Gewalteinsetz bereit, der erforderlich gewesen wäre, um die Unabhängigkeitsbewegungen niederzuhalten, als die Hoffnung der Völker auf Freiheit erst einmal erwacht war. Bevor seine Politik bei den Sowjetrepubliken die Hoffnung auf nationale Unabhängigkeit geweckt hatte, wäre der Status quo mit dem vorhandenen System von Belohnungen und schweren Strafen aufrechtzuerhalten gewesen. Gorbatschow versuchte nun,

die Union mit Verhandlungen, Überzeugungsarbeit und Kompromissen zusammenzuhalten; zuletzt verzichtete er sogar auf eine erneuerte Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und bot den Teilrepubliken den Zusammenschluss zu einer Union Souveräner Staaten an. Das ging vielen in der Partei, im Militär und im KGB bereits viel zu weit. Sie beschuldigten ihn, übermässig nachgiebig gegenüber den «Radikalen» und «Nationalisten» zu sein und zu sehr davor zurückzuschrecken, Gewalt anzuwenden, um die Sowjetunion zu erhalten.\*

Später warf ihm ein führender russischer Nationalist vor, dass er, wenn er schon selbst nicht bereit gewesen sei, die Auflösung des Warschauer Pakts oder der Sowjetunion mit Gewalt zu verhindern, den Weg für einen «entschlosseneren Patrioten» hätte frei machen müssen.<sup>63</sup> Tatsächlich war es in mancher Hinsicht auch ein Verdienst Gorbatschows, dass sich die Sowjetunion weitgehend friedlich auflöste (im Gegensatz zu Jugoslawien, einem weiteren kommunistischen Vielvölkerstaat). Der Zerfall des Reiches war aus seiner Sicht eine unbeabsichtigte Folge des systemischen Wandels, doch widerstand Gorbatschow wiederholten Aufforderungen, den Ausnahmezustand und das Kriegsrecht zu verhängen, um den Zerfallsprozess zu beenden. Die von Gorbatschow eingeleitete Liberalisierung und Demokratisierung schufen die Grundlage für die Unabhängigkeitsbewegungen. Er trug insofern die «Schuld» am Zerfall des sowjetischen Staats, als er Furcht durch Freiheit ersetzt hatte und eine Abneigung gegen Blutvergiessen hegte.

Ideen waren wichtig für Gorbatschow und für das Ende des Kommunismus, so wie sie für seinen Aufstieg wichtig gewesen waren.

---

\* Um die Auflösung der UdSSR aufzuhalten und Gorbatschow und die Führer von mindestens fünf der fünfzehn Sowjetrepubliken an der Unterzeichnung eines Vertrags über die Gründung einer losen Föderation zu hindern, wurde im August 1991 der Putsch unternommen, der innerhalb weniger Tage zusammenbrach.

Aber gerade in einem ausgeprägt autoritären System müssen Ideen, damit sie politische Wirkung entfalten können, in den Institutionen von jemandem verfochten werden. Die Kombination von im sowjetischen Kontext radikal neuen Ideen, innovativer Führung und politischer Macht (eines Generalsekretärs, der anders dachte als alle seine Vorgänger) ermöglichte die Transformation des sowjetischen Systems – und in der Folge eine Metamorphose in jenem Teil Europas, dessen Souveränität einer erstarrten sowjetischen Führung in den vorausgegangenen vier Jahrzehnten enge Grenzen gesetzt hatte. Alexander Jakowlew, der in den neunziger Jahren längst kein unkritischer Bewunderer Gorbatschows mehr war, sagte im Jahr 1995: «Ich halte Gorbatschow für den grössten Reformen des Jahrhunderts, vor allem, weil er versuchte, es in Russland zu tun, wo das Schicksal von Reformen seit jeher wenig beneidenswert gewesen ist.»<sup>64</sup> Es ist zweifellos schwierig, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen politischen Führer zu finden, der einen grösseren (und im Grossen und Ganzen positiven) Einfluss auf seinen eigenen Vielvölkerstaat und auf die Welt hatte. Er war seiner Wesensart nach eher ein Reformen als ein Revolutionär, doch bemühte er sich «mit evolutionären Mitteln um revolutionäre Veränderungen», wie er selbst es einmal ausdrückte.

## **Deng Xiaoping**

Deng Xiaoping war ein transformativer politischer Führer von ganz anderer Art als Gorbatschow. Deng spielte eine Schlüsselrolle in der Transformation des chinesischen Wirtschaftssystems, während Gorbatschow das sowjetische politische System umbaute. Der 1904 geborene Deng gehörte zur Generation der kommunistischen Revolutionäre, während Gorbatschow, Jahrgang 1931, in einer bereits etablierten kommunistischen Ordnung aufstieg. Beide Männer stammten aus Ortschaften fernab der Hauptstadt; Deng Xiaoping wurde in

eine Grundbesitzerfamilie hineingeboren, während Gorbatschow bäuerlicher Herkunft war. Beide massen der Bildung grossen Wert bei und hörten auf den Rat gut informierter Spezialisten. Anders als Gorbatschow, der, was für einen Bauernsohn ungewöhnlich war, an der führenden sowjetischen Universität studierte, genoss Deng keine höhere Bildung. Er verbrachte die erste Hälfte der zwanziger Jahre in Frankreich, wo er zu studieren gehofft hatte, sich dann jedoch als Fabrikarbeiter durchschlagen musste, bevor er eine Tätigkeit bei einer Zeitschrift junger chinesischer Kommunisten aufnahm. Sein Vorgesetzter war dort der sechs Jahre ältere Tschu En-lai, später nach Mao Tse-tung das prominenteste Mitglied der KPCh. Aus Furcht vor Abschiebung wegen seiner Propagandatätigkeit setzte Deng sich im Jahr 1926 in die Sowjetunion ab und besuchte dort ein Jahr lang die Sun-Jat-sen-Universität, an der die Komintern sowohl chinesische Kommunisten als auch Mitglieder der nationalistischen Partei Kuomintang ausbildete.

Deng nahm Mitte der dreissiger Jahre an Maos Seite am berühmten «Langen Marsch» teil, als sich die von den Nationalisten bedrängten Kommunisten in die Provinz Shaanxi im Nordwesten Chinas zurückzogen. Nur ein Zehntel der 80'000 Männer und 2'000 Frauen überlebte den Marsch.<sup>65</sup> Obwohl Deng Xiaoping später gelegentlich Maos Zorn auf sich zog, genoss er aufgrund seiner Intelligenz und seines Organisationstalents den Respekt des Parteiführers. Lange vor dem Zweiten Weltkrieg hatte Deng gute Beziehungen sowohl zu Mao als auch zu Tschu En-lai aufgebaut. Im chinesischen Bürgerkrieg, der im Jahr 1949 mit der Machtübernahme durch die Kommunisten endete, befehligte Deng als politischer Kommissar in einem der entscheidenden Feldzüge eine halbe Million Soldaten.<sup>66</sup> Bereits 1956 wurde er zum Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei ernannt. In den meisten kommunistischen Staaten hätte er damit die Spitzenposition in der politischen Hierarchie eingenommen, aber in China stand ausser Zweifel, dass der Parteivorsitzende

Mao die höchste Autorität besass. Immerhin war Deng für das Tagesgeschäft der Parteiverwaltung zuständig und gehörte dem Ständigen Komitee des Politbüros an, dem innersten Machtzirkel der Staatspartei.<sup>67</sup>

Mao Tse-tung verband rücksichtsloses Machtstreben mit Rachsucht gegenüber allen, die sich ihm in den Weg stellten, und förderte den Kult um seine Person. Er verfocht romantische revolutionäre Vorstellungen von einem vollkommenen Kommunismus und versuchte die sowjetischen Genossen zu übertreffen, die dieses phantastische Vorhaben früher in Angriff genommen hatten. Deng zweifelte nie am absoluten Machtanspruch der Kommunistischen Partei und an der Notwendigkeit einer strikten innerparteilichen Hierarchie und Disziplin («demokratischer Zentralismus»), war aber pragmatischer als Mao, was die Organisation der Regierung und die wirtschaftliche Modernisierung anbelangte. Daher lag es nahe, dass Mao Deng gegen Ende seines Lebens verdächtigte, an der Weisheit seiner Entscheidungen zum «Grossen Sprung nach vorn» und zur «Kulturrevolution» zu zweifeln. Beide Initiativen Maos endeten desaströs. Im Verlauf des «Grossen Sprungs nach vorn» 1958 bis 1960 wurden auf dem Land riesige Volkskommunen eingerichtet, doch führte die Massenmobilisierung der Landbevölkerung zum Zusammenbruch der Agrarproduktion. Mit der Auslöschung von Millionen Menschen durch den «Grossen Sprung» werden wir uns in Kapitel 6 eingehender befassen.

Doch was auch immer er zu jener Zeit vom «Grossen Sprung» hielt, Deng Xiaoping stand an Maos Seite und beteiligte sich an der rücksichtslosen Durchsetzung der Massnahmen, die zu einer gewaltigen Hungersnot führten.<sup>68</sup> Aber in der Kulturrevolution in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre und zu Beginn der siebziger Jahre wurde unübersehbar, dass Deng wenig Gefallen an der Kulturrevolution fand, jener Kampagne, in der die radikale Jugend gegen die Intellektuellen, die Bildung und die Kultur, das heisst gegen fast alle massgeblichen Institutionen mit Ausnahme des unantastbaren «grossen



Vorsitzenden» Mao mobilisiert wurde. Nun wurde Deng selbst zum Ziel gehässiger Attacken. Die Propaganda verunglimpfte ihn als «reaktionären Bourgeois», der auf den «kapitalistischen Weg» zurückkehren wolle. Im Jahr 1969 wurde er in die Verbannung aufs Land geschickt. Sein älterer Sohn stürzte bei einem «Verhör» durch die Roten Garden aus dem Fenster und blieb querschnittsgelähmt.<sup>69</sup>

Mao schreckte jedoch vor einem Parteiausschluss Dengs zurück, der dessen endgültiges politisches Ende bedeutet hätte. Er hegte immer noch einen gewissen Respekt für Deng, der in den dreissiger Jahren in den innerparteilichen Fraktionskämpfen zu ihm gehalten und immer wieder sein Organisationstalent unter Beweis gestellt hatte. Im Februar 1973 durfte Deng mit seiner Familie nach Peking zurückkehren, im folgenden Monat erhielt er seine frühere Funktion als Stellvertretender Ministerpräsident zurück.<sup>70</sup> Im Jahr 1975 wurde er erneut degradiert. Zwei Jahre später war er in die Parteiführung zurückgekehrt und scherzte bei einem Treffen mit dem amerikanischen Außenminister Cyrus Vance, er verdanke seine internationale Bekanntheit gewiss der Tatsache, dass er «dreimal aufgestiegen und dreimal abgestürzt» sei.<sup>71</sup> Nach Maos Tod im Jahr 1976 gelang es Deng, der in der Parteiführung beträchtliches Ansehen genoss, seine Führungsposition rasch zu festigen (obwohl ihn die Mitglieder der «Viererbände», die an der Spitze der Kulturrevolution gestanden hatten, verabscheuten).

Deng bekleidete nie das Amt des Parteivorsitzenden, den höchsten Posten in der chinesischen KP, und wurde auch nie wieder ZK-Generalsekretär. Dennoch besass er Ende der siebziger Jahre grössere Macht als Hua Guofeng, den Mao zu seinem Nachfolger als Parteivorsitzender auserkoren hatte.<sup>72</sup> Seine persönliche Autorität überstieg die Befugnisse, die mit seinem Rang in der Parteihierarchie verbunden waren. Damit war er ein Sonderfall in den kommunistischen Systemen. Er herrschte nicht persönlich über die Partei, sondern regierte durch sie, was deutlich zeigt, welches Ansehen er bei einflussreichen Parteifunktionären genoss.

Es gelang Deng, Verbündete in Schlüsselpositionen zu schleusen und damit seine Vormachtstellung zu festigen. Bis Februar 1980 waren seine Anhänger im Politbüro in der Mehrheit. Im Jahr darauf bekleidete Deng drei Ämter – Stellvertretender Ministerpräsident, Stellvertretender Parteivorsitzender und Vorsitzender der Zentralen Militärkommission. Formell war er nicht Staats- und Parteichef, aber inoffiziell stand er ab Ende der siebziger Jahre zweifellos an der Spitze des chinesischen Systems. Deng machte keine Anstalten, einen Personenkult zu entwickeln. Anders als Mao wäre er nicht auf den Gedanken gekommen, die chinesischen Schulkinder zu zwingen, Zitate aus seinen Schriften auswendig zu lernen.<sup>73</sup>

Nachdem er seine Vorherrschaft gefestigt hatte, ohne jedoch über diktatorische Vollmachten zu verfügen, machte Deng sich daran, das chinesische Wirtschaftssystem umzukrempeln. Mao hatte Deng im Jahr 1957 im Gespräch mit Nikita Chruschtschow als «kleinen Mann» beschrieben (Deng war nur knapp 1,50 Meter gross), der «hochintelligent» sei und «eine grosse Zukunft» habe.<sup>74</sup> Mao sollte recht behalten, aber er dürfte kaum auf den Gedanken gekommen sein, dass Dengs grösste Leistung darin bestehen würde, das maoistische Vermächtnis zu zerstören. Deng unterstützte keine direkten Angriffe auf Mao, denn das hätte «unsere Partei und unseren Staat diskreditiert».<sup>75</sup> Schliesslich war Mao Chinas Lenin und Stalin in Personalunion. Dennoch brach Deng Xiaopings Politik mit dem Maoismus. Deng leitete eine Reform der Landwirtschaft ein, und Anfang der achtziger Jahre wichen die grossen Kollektive wieder der Bewirtschaftung der Äcker durch bäuerliche Haushalte. Das Ergebnis war ein rasanter Anstieg der landwirtschaftlichen Produktivität. Nahe den Küsten wurden vier «Sonderwirtschaftszonen» eingerichtet, die Schritt für Schritt ausländischen Investoren geöffnet wurden. Deng bemühte sich um «gründliche Experimente vor der allgemeinen Umsetzung einer bestimmten Massnahme»,<sup>76</sup> aber er war fest entschlossen, das Wirtschaftssystem grundlegend zu verändern.

Der wirtschaftlichen Transformation, die Ende der siebziger Jahre eingeleitet wurde, verdankt China eine der bemerkenswertesten Wachstumsphasen in der Menschheitsgeschichte.<sup>77</sup> Eine staatliche Planwirtschaft wurde in ein kombiniertes System mit einem grossen Privatsektor umgewandelt. Eine Befehlswirtschaft wich nach und nach einer Marktwirtschaft – in der die Privatunternehmen jedoch eng mit den staatlichen Institutionen verflochten sind. Zwar betraf dies Deng nicht persönlich, doch entwickelten sich im Lauf der Zeit enge Beziehungen zwischen hochrangigen Vertretern des Regimes und Unternehmen (die teilweise zahlreiche Ableger im Ausland hatten), wodurch viele Parteikader grosse Vermögen anhäuferten.<sup>78</sup> Die von Deng eingeleiteten systemischen Veränderungen führten unter anderem zu einer Zunahme von Korruption und zu extremer Ungleichheit. Diese Entwicklungen sind auch eine Achillesferse des Systems, da die Unzufriedenheit der Bevölkerung in Ermangelung jeglicher demokratischer Rechenschaftspflicht potentiell gefährlich für das Regime ist.

Allerdings profitierten nicht nur die neuen Superreichen davon, dass sich China zur Fabrik der Welt wandelte und im internationalen Wirtschaftssystem einen wichtigen Platz einnahm. Wachstumsraten von zehn Prozent im Jahr haben den Lebensstandard von hunderten Millionen Menschen erhöht. Die Verstädterung schreitet mit erstaunlicher Geschwindigkeit voran. Lebten 1976, dem Jahr von Maos Tod, noch 80 Prozent der Einwohner auf dem Land, so waren 2012 fast die Hälfte der 1,3 Milliarden Chinesen Stadtbewohner.<sup>79</sup> Die Mehrheit der städtischen Bevölkerung sind Fabrikarbeiter, aber auch die wohlhabende Mittelschicht ist deutlich gewachsen. Obwohl die Erträge des rasanten Wirtschaftswachstums sehr ungleich verteilt worden sind, hat die grosse Mehrheit der Bevölkerung von Dengs Reformen sehr viel mehr profitiert als vom entbehnungsreichen Egalitarismus unter Mao.

Unter Deng und seinen Nachfolgern war auch eine gewisse politische Entspannung zu beobachten. Die Strategie, junge Chinesen zu einem Studium im Ausland zu ermutigen, sowie die Öffnung des Lan-

des für ausländische Direktinvestitionen brachten zwangsläufig eine bessere Kenntnis der Aussenwelt und anderer politischer Systeme mit sich. Die Grenzen des Möglichen in der politischen Debatte wurden im Vergleich zur Mao-Zeit hinausgeschoben. Doch während Deng einen Wandel des Wirtschaftssystems vorantrieb, widersetzte er sich hartnäckig jeder qualitativen Veränderung des politischen Systems. Er hielt am Machtmonopol der Kommunistischen Partei fest und ging mit rücksichtsloser Härte gegen jene vor, die demokratische Reformen forderten. Nachdem am 4. Juni 1989 Hunderte Demonstranten sowie einige unbeteiligte Zuschauer in der Umgebung des Tiananmen-Platzes in Peking massakriert worden waren, stellte sich heraus, dass Deng energischer als jeder andere in der Parteiführung darauf bestanden hatte, die Armee einzusetzen und Panzer auffahren zu lassen, um die Proteste ohne Rücksicht auf Menschenleben gewaltsam niederzuschlagen.<sup>80</sup> Der Generalsekretär der KPCh, Zhao Ziyang, der als Ministerpräsident Dengs Wirtschaftsreformen vorbehaltlos unterstützt hatte, widersetzte sich der Verhängung des Kriegsrechts. Fortan stand er bis zu seinem Tod im Jahr 2005 unter Hausarrest.<sup>81</sup>

Deng Xiaoping und Michail Gorbatschow bleiben die beiden bedeutendsten transformativen Führer in der kommunistischen Welt, doch waren ihre Leistungen sehr unterschiedlicher Natur. Der Vergleich zwischen diesen zwei Politikern hängt letzten Endes von den Wertvorstellungen desjenigen ab, der sie beurteilt. Gorbatschow trug entscheidend dazu bei, dass mehrere hundert Millionen Menschen – die Bürger der Sowjetunion und Osteuropas – zahlreiche Freiheitsrechte erlangten: Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Religionsfreiheit, Freiheit der Kommunikation, Reisefreiheit. Deng Xiaoping trug wesentlich dazu bei, den Lebensstandard einer noch grösseren Zahl von Menschen zu heben, ohne ihnen jedoch eine einzige der zuvor genannten Freiheiten zuzugestehen, sieht man einmal von der Reisefreiheit ab. China hat heute ein Hybridsystem

mit einem kommunistischen politischen Regime und einem nicht-kommunistischen Wirtschaftssystem. Obwohl Deng das kommunistische Regime aufrechterhielt, kann er aufgrund seines Anteils an der wirtschaftlichen Transition mit gutem Recht als transformativer politischer Führer betrachtet werden. Tatsächlich ist Dengs Vermächtnis im zeitgenössischen China klarer zu erkennen als Gorbatschows im heutigen Russland. China ist noch heute in vieler Hinsicht das, was Deng Xiaoping aus dem Land machte. Vorausgesetzt, es verbindet weiterhin ein dynamisches Wirtschaftswachstum mit relativer politischer Stabilität, kann das von Deng hinterlassene China im 21. Jahrhundert grösseren Einfluss ausüben als Maos China im 20. Jahrhundert.

## Nelson Mandela

Dass in Südafrika Anfang der neunziger Jahre ein rascher Übergang zur Mehrheitsherrschaft gelang, war nicht zuletzt der Tatsache zu verdanken, dass die sowjetische Aussenpolitik eine neue Richtung einschlug und der Kalte Krieg mit dem Zusammenbruch der UdSSR endete. Das Apartheid-Regime hatte seine Existenz lange mit dem Argument gerechtfertigt, es sei eine Bastion gegen die Ausbreitung des Kommunismus, und führte dabei den Einfluss der südafrikanischen KP auf den African National Congress (ANC) an. Die wichtigste schwarze Widerstandsbewegung genoss die wirtschaftliche und politische Unterstützung der Sowjetunion, obwohl sie auch moralischen Rückhalt bei demokratischen Regierungen im Westen fand. Als die Liberalisierung in der Sowjetunion begann, verlor der fadenscheinige Vorwand zur Aufrechterhaltung der Apartheid weiter an Überzeugungskraft. Zudem verringerte die Sowjetunion die Unterstützung für den bewaffneten Kampf revolutionärer Bewegungen im Ausland. In dieser Situation hatte auch der ANC gute Gründe, auf die Gesprächs-

angebote der südafrikanischen Regierung einzugehen, um einen friedlichen Übergang zur Mehrheitsherrschaft voranzutreiben.<sup>82</sup>

Nelson Mandela war damals längst der international bekannteste Widersacher des Apartheid-Regimes. Er war 1918 in der Transkei zur Welt gekommen und gehörte dem Volk der Thembu an. Im Alter von neun Jahren verlor er seinen Vater, der ein Stammesoberhaupt gewesen war. Jongintaba Dalindyebo, der Fürst der Thembu, nahm Mandela in seinem Haus auf und wurde sein Vormund. Sein Führungsstil, den Mandela als eher kollektiv in Erinnerung behielt, beeinflusste den zukünftigen Präsidenten Südafrikas nachhaltig. Von Zeit zu Zeit berief Jongintaba die Stammesältesten zu einer Versammlung in Mqhekezweni («Grosser Platz») ein und erklärte ihnen, warum er sie zu sich gerufen hatte. Von da an, erinnert sich Mandela, «äusserte er kein einziges Wort, bis zu dem Zeitpunkt, da die Versammlung sich ihrem Ende näherte».<sup>83</sup> Mandela, der diese Beratungen als Junge fasziniert verfolgte, beschreibt sie so:

Es sprach jeder, der sprechen wollte. Es war Demokratie in ihrer reinsten Form. Unter den Rednern mag es zwar eine Hierarchie geben, was die Bedeutung der Einzelnen betrifft, doch wurde jeder angehört, ob Häuptling oder einfacher Mann, Krieger oder Mediziner, Ladenbesitzer oder Farmer, Landbesitzer oder Arbeiter. Die Leute sprachen ohne Unterbrechung, und die Treffen dauerten viele Stunden. Grundlage der Selbstregierung war, dass alle Männer ihre Meinungen offen vortragen konnten und in ihrem Wert als Bürger alle gleich waren. (Frauen wurden bedauerlicherweise als Bürger zweiter Klasse eingestuft.)<sup>84</sup>

Sieht man von dem Hinweis auf die untergeordnete Rolle der Frauen ab, dürfte Mandela das Mass an Demokratie im Rückblick ein wenig verklärt haben. Aber Wahrnehmungen und selektive Erinnerungen an persönliche Erfahrungen können das spätere Verhalten mehr als eine objektive Darstellung eines leidenschaftslosen Historikers oder An-

thropologen beeinflussen. Sowohl Mandelas Erfahrung mit der Stammeskultur als auch seine englisch geprägte Ausbildung in südafrikanischen Schulen und Hochschulen formten sein Identitätsgefühl. Er weist darauf hin, dass der Regent, wie das Oberhaupt der Thembu auch genannt wurde, oft kritisiert wurde – manchmal sogar heftig –, aber einfach nur zuhörte, ohne «irgendeine Emotion zu zeigen».

In meiner eigenen Rolle als Führer bin ich stets diesen Prinzipien der Führerschaft gefolgt, wie sie seinerzeit der Regent demonstrierte. Ich habe immer versucht, mir das anzuhören, was jeder Einzelne in einer Diskussion zu sagen hatte, bevor ich meine eigene Meinung vortrug. Oft wird meine eigene Meinung einfach den Konsens dessen repräsentieren, was ich in der Diskussion gehört habe.<sup>85</sup>

Mandela wurde in Missionsschulen erzogen und besuchte die grösste weiterführende Schule für schwarze Südafrikaner, das University College in Fort Hare; allerdings wurde er der Schule verwiesen, nachdem er einen Streik organisiert hatte. Anschliessend studierte er an der Universität Witwatersrand. Mandela, der mit seiner Körpergrösse aus der Menge ragte – er war fast so gross wie de Gaulle –, erwarb bald weitere Eigenschaften, die ihn von der Masse abhoben. Er wurde einer der wenigen schwarzen Rechtsanwälte Südafrikas und widmete sich ab Anfang der vierziger Jahre politischen Aktivitäten. Gemeinsam mit seinen Freunden und langjährigen Kollegen an der Spitze des ANC, Alter Sisulu und Oliver Tambo, gründete er im Jahr 1944 die ANC Youth League, die in mehrerlei Hinsicht ein radikaler Abkömmling des gemässigten ANC war. Anfangs standen die Mitglieder der Organisation, die einen ethnischen Nationalismus verfocht, im Verdacht, mit Weissen zu kooperieren, darunter mit weissen Kommunisten, die im ANC beträchtlichen Einfluss ausübten. Im Jahr 1949 rief Mandela dazu auf, sie aus dem ANC auszuschliessen. Aber als die südafrikanische Regierung im Jahr 1950 den Suppression of Commu-

nism Act erliess, fasste sie das Gesetz weit genug, um jede Organisation für illegal erklären zu können, die Kritik an der Regierung äusserte.<sup>86</sup> Angesichts der gemeinsamen Bedrohung tat sich Mandela im Kampf gegen die Herrschaft der weissen Minderheit mit den Kommunisten zusammen. Im Jahr 1964 unterschied Mandela vor einem südafrikanischen Gericht zwischen den Zielen der Kommunistischen Partei und denen des ANC. Die Kommunisten, erklärte er, wollten die Kapitalisten entmachten und die Herrschaft der Arbeiterklasse durchsetzen, während der ANC versuche, zwischen den Klasseninteressen auszugleichen. Aber:

Theoretische Differenzen zwischen jenen, die gegen Unterdrückung kämpfen, sind ein Luxus, den wir uns in dieser Phase nicht leisten können. Ausserdem sind über viele Jahre hinweg Kommunisten die einzige politische Gruppe in Südafrika gewesen, die bereit war, Afrikaner als Menschen und Ebenbürtige zu behandeln; sie waren bereit, mit uns zu essen, mit uns zu sprechen, mit uns zu leben und zu arbeiten. Deshalb neigen heutzutage viele Afrikaner dazu, Freiheit mit Kommunismus gleichzusetzen.<sup>87</sup>

Mandela machte deutlich, dass dies nicht seine Position war. Er hob seine Bewunderung für den britischen Parlamentarismus, für die Gewaltenteilung in den Vereinigten Staaten und insbesondere für die Unabhängigkeit der Justiz hervor. Um den Vorwurf zu entkräften, der ANC habe sich in ein Werkzeug der Kommunistischen Partei verwandelt, verglich er die Kooperation mit den Kommunisten mit dem Bündnis, das die USA und Grossbritannien im Zweiten Weltkrieg mit der Sowjetunion geschlossen hatten, um Hitler-Deutschland zu besiegen.<sup>88</sup>

Am 21. März 1960 erschossen Sicherheitskräfte in Sharpeville südlich von Johannesburg 69 afrikanische Demonstranten und verletzten viele weitere. Die schwarze Mehrheit reagierte ebenso wie die Weltöffentlichkeit mit Empörung. Die Regierung verhängte den Ausnahmezustand und verbot den ANC.<sup>89</sup> Die ANC-Führung beschloss,



in den Untergrund zu gehen, und bildete ein funfköpfiges Koordinationskomitee, dem auch Nelson Mandela angehörte. Ab dem Zeitpunkt, als die Organisation in den Untergrund ging, kristallisierte sich Mandela als ihr zukünftiger Führer heraus. Der ANC-Vorsitzende Albert Luthuli genoss grosses Ansehen im Ausland und war 1961 als erster Afrikaner mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden, doch hielt ihn der radikalere Flügel des ANC für zu gemässigt, was teils an seiner Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Weissen, teils an seinem Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit lag. Mandela gehörte zu denen, die nach dem Massaker in Sharpeville zu dem Schluss gelangten, dass man der Unnachgiebigkeit und Gewalttätigkeit des Regimes gegenüber der schwarzen Mehrheit mit bewaffnetem Kampf begegnen müsse. Mandela gehörte zu den Gründungsmitgliedern von Umkhonto we Sizwe («Der Speer der Nation»), einer gemeinsamen Organisation von ANC und Kommunistischer Partei, die statt Terroranschlägen eine Strategie der Wirtschaftssabotage verfolgte, um den Weg zu einer späteren Aussöhnung offenzuhalten. Die Führung von Umkhonto übernahm Mandela, der Joe Slovo, ein weisses Führungsmitglied der Kommunistischen Partei, zu seinem Stabschef machte.<sup>90</sup>

Im Jahr 1962 floh Mandela, der von der Polizei gesucht wurde, ins Ausland und besuchte im folgenden halben Jahr verschiedene afrikanische Regierungschefs, um sie zu einer Unterstützung des ANC zu bewegen. Er erhielt auch eine militärische Ausbildung in Äthiopien und Marokko.<sup>91</sup> Vor seiner Rückkehr nach Südafrika besuchte er London, wo er und sein alter Freund Oliver Tambo, Oberhaupt der exilierten ANC-Mitglieder, sich mit hochrangigen Politikern der Labour Party und der Liberalen sowie mit den Leitern christlicher Organisationen trafen, die Geld für den ANC sammelten.<sup>92</sup> Am 5. August 1962, kurz nach seiner Heimkehr, wurde Mandela verhaftet. Er verbrachte die nächsten 27 Jahre im Gefängnis und wurde erst am 11. Februar 1990, neun Tage nach der Aufhebung des Verbots des ANC, wieder in die Freiheit entlassen.

Ursprünglich war Mandela zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. Aber als Beweise für seine Führungsposition bei Umkhonto auftauchten, wurde er 1964 erneut vor Gericht gestellt. Er entging nur knapp der Todesstrafe und wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. Mandela beendete seine vierstündige Ansprache vor dem Gericht mit folgenden Worten:

Mein Leben lang habe ich mich dem Kam des afrikanischen Volkes gewidmet. Ich habe gegen weisse Vorherrschaft gekämpft, und ich habe gegen schwarze Vorherrschaft gekämpft. Ich habe das Ideal der Demokratie und der freien Gesellschaft hochgehalten, in der alle Menschen in Harmonie und mit gleichen Möglichkeiten Zusammenleben. Es ist ein Ideal, für das ich zu leben und das ich zu erreichen hoffe. Doch wenn es sein soll, so bin ich für dieses Ideal auch zu sterben bereit.<sup>93</sup>

Mandela verbrachte viele Jahre unter extrem harten Bedingungen auf der Gefängnisinsel Robben Island, bis er in reguläre Haftanstalten verlegt wurde, wo er jedoch isoliert blieb. Im Jahr 1985 nahm die südafrikanische Regierung Kontakt zu ihm auf und bot ihm die Freilassung an, falls er sich zu einem Gewaltverzicht bereit erklärte. Mandela lehnte ab, was ihn weitere fünf Jahre Haft kostete. Nachdem ihm im Laufe der achtziger Jahre zunehmend bewusst geworden war, dass er eines Tages seine Freiheit wiedergewinnen würde, zeigte er beinahe übermenschliche Geduld. Er war entschlossen, die Freiheit zu seinen Bedingungen und denen des ANC zu bekommen.

Aufgrund von Mandelas Unbeugsamkeit und dem wachsenden Druck auf die Regierung konnten Staatspräsident Willem de Klerk und die Nationale Partei (NP) weder vor Mandelas Freilassung im Jahr 1990 noch in den folgenden Verhandlungen sonderlich viele ihrer Forderungen durchsetzen: Der Schutz der Rechte und Eigentumsansprüche der weissen Minderheit wurde der NP ebenso wenig zugestanden wie Wahlvorschriften, welche die Weissen bevorzugt hätten.

Die NP-Führung konnte «lediglich über die Form ihres Machtverzichts verhandeln».<sup>94</sup> Beim ersten ANC-Kongress seit dem Verbot im Jahr 1960 wurde Mandela 1991 zum Parteivorsitzenden gewählt. Im Jahr 1993 erhielt er gemeinsam mit de Klerk den Friedensnobelpreis. Trotz seines Heldenstatus nach seiner langen Haft gelang es Mandela nicht immer, als ANC-Vorsitzender seine Vorstellungen durchzusetzen. Beispielsweise schlug er im Vorfeld der ersten Wahl, an der die schwarze Bevölkerungsmehrheit teilnehmen durfte, eine Senkung des Wahlalters auf vierzehn Jahre vor, zog diese Forderung jedoch angesichts erheblichen Widerstands im Exekutivkomitee des ANC zurück.<sup>95</sup> In jenen Jahren dachte Mandela über die Natur der politischen Führung nach. Er schrieb in ein Notizbuch: «Die erste Aufgabe eines Anführers ist die Schaffung einer Vision. Die zweite ist die Schaffung einer Anhängerschaft, die ihm bei der Umsetzung der Vision hilft und mittels effektiver Teams diesen Prozess organisiert. Die Menschen, die er führt, wissen, wohin es geht, weil der Anführer seine Vision kommuniziert hat, und seine Anhänger haben sich dem Ziel verschrieben ebenso wie dem Prozess, über den sie es erreichen.»<sup>96</sup>

Es bestand eine Spannung zwischen Mandelas grundsätzlichem Glauben an die kollektive Führung und seinem Heldenstatus. Entgegen aller Erwartungen gewann er den Respekt und sogar die Zuneigung der Mehrheit der weissen Bevölkerung, nachdem er 1994 zum ersten schwarzen Präsidenten Südafrikas gewählt worden war. Die Kabinettsitzungen führte er nach dem Vorbild des Regenten auf dem «Grossen Platz». Nach Aussage eines seiner Minister hörte Mandela «regungslos zu, nahm alles auf und ergriff erst dann das Wort».<sup>97</sup> Manchmal nahm der Präsident einen anderen Standpunkt als seine Partei ein. Beispielsweise kritisierte der ANC die Ergebnisse der von Mandela eingerichteten Wahrheits- und Versöhnungskommission. Mandelas Antwort war: «Sie haben keine perfekte, aber eine bemerkenswerte Arbeit gemacht, und ich stimme allem zu, was sie getan haben.»<sup>98</sup> Die Wirtschaftspolitik überliess Mandela anderen, vor al-

lem seinem Stellvertreter Thabo Mbeki, während er selbst in der Außenpolitik aktiv war und es genoss, persönliche Diplomatie zu betreiben und «Staatschefs unter völliger Missachtung der internationalen Zeitzonen anzurufen».<sup>99</sup>

Besonders am Herzen lagen Mandela die Menschenrechte, die sozioökonomische Gleichheit, der Kampf gegen das Rassendenken und die Aussöhnung zwischen den ethnischen Gruppen Südafrikas. In einigen dieser Bereiche wurden grössere Fortschritte erzielt als in anderen. Besonders bemerkenswert war, dass es Mandela gelang, viele weisse Afrikaner für sich zu gewinnen, indem er kulturelle Symbole übernahm, die von den schwarzen Südafrikanern bis dahin als fremd betrachtet worden waren. Beispielsweise erschien er zum Finale der Rugby-Weltmeisterschaft in einem Springbok-Trikot, was ihm die Anerkennung der Spieler und die Zuneigung des Publikums sicherte. Es war klar, dass es schwierig werden würde, unter den Bedingungen grosser Ungleichheit eine harmonische multiethnische Gesellschaft zu errichten und ein Gefühl der nationalen Einheit zu entwickeln. Aber man kann sich kaum jemanden vorstellen, der diesen mühsamen Prozess besser und mit grösserem Feingefühl als Mandela hätte einleiten können, insbesondere in Anbetracht dessen, was das Land und er persönlich durchgemacht hatten. Er selbst hielt sich an die neuen demokratischen Spielregeln und setzte auf einem Kontinent, der allzu viele «Präsidenten auf Lebenszeit» gesehen hat, ein Beispiel, indem er im Jahr 1999 nach einer einzigen fünfjährigen Amtszeit zurücktrat. Er starb im Dezember 2013 im Alter von 95 Jahren. Mehr als jeder andere hatte Mandela zur Transformation des politischen Systems beigetragen, die aus einem Land mit einer weissen Minderheitsherrschaft und einer rechtlosen schwarzen Bevölkerungsmehrheit eine Demokratie machte. Die Apartheid wäre irgendwann beendet worden, aber es ist unwahrscheinlich, dass der Übergang zur Demokratie ohne Nelson Mandela weitgehend friedlich verlaufen wäre und die weisse Minderheit ihren Machtverlust derart bereitwillig akzeptiert hätte.

## TRANSFORMATIVE UND INSPIRIERENDE POLITISCHE FÜHRER

Ein Politiker muss sehr anspruchsvolle Kriterien erfüllen, um in die Kategorie der transformativen Führer zu fallen. Wir haben in diesem Kapitel Personen behandelt, die das höchste Regierungsamt in ihrem Land ausübten, und es wäre schwierig, die am Anfang des Kapitels definierten Kriterien zu erfüllen, ohne an der Spitze der Exekutive zu stehen. Gleichzeitig kommt es extrem selten vor, dass ein Regierungschef derartig viel bewirkt und eine unverzichtbare Rolle bei der Einleitung systemischer Veränderungen einnimmt. Ein transformativer Führer ist nicht dasselbe wie ein inspirierender Führer, obwohl diese Kategorien einander nicht ausschliessen. Man kann sich kaum ein politisch folgenreicheres Beispiel für einen inspirierenden politischen Führer vorstellen als Mahatma Gandhi. Obwohl er nie ein Regierungsamt bekleidete, stand Gandhi nicht nur im Zentrum des indischen Unabhängigkeitskampfes, sondern inspirierte auch mit seinem gewaltlosen Widerstand ungezählte Protestbewegungen in aller Welt. In Südkorea inspirierte Kim Dae-jung die Gegner des autoritären Regimes, das dieses Land bis Mitte der achtziger Jahre beherrschte. Kim, der ins Gefängnis gesteckt und zum Tod verurteilt wurde, verlieh der demokratischen Entwicklung in Korea entscheidende Substanz und wurde 1998 schliesslich zum Präsidenten gewählt. In seiner Amtszeit befreite er zahlreiche politische Häftlinge und leitete die «Sonnenscheinpolitik» gegenüber Nordkorea ein, um das Verhältnis zwischen beiden Teilen des gespaltenen Landes – letztlich mit beschränktem und vorübergehendem Erfolg – zu entspannen. Da die Demokratisierung bereits begonnen hatte, bevor Kim Dae-jung die Macht in Südkorea übernahm, kann er nicht als transformativer Führer bezeichnet werden. Dennoch war er ein mutiger Politiker, der für seine Leistungen mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde.

Es gibt noch weitere charismatische und politisch bedeutsame Führer, die jedoch keine entscheidende Rolle in systemischen Veränderungen gespielt haben. Eine solche Figur war Boris Jelzin, der manchmal als «Vater der russischen Demokratie» bezeichnet wird, was jedoch nicht zutrifft. Jelzin brach im Jahr 1987 mit der Führung der KPdSU (obwohl er bis 1990 Parteimitglied blieb) und verfügte über keinerlei Einfluss, als Gorbatschow und dessen innerer Kreis im Jahr 1988 wegweisende Entscheidungen fällten, darunter nicht zuletzt die zu echten Wahlen. Der amerikanische Präsident Bill Clinton sagte einmal, Jelzin habe darunter gelitten, dass er «so wenig Anerkennung dafür bekam, dass er die Demokratisierung einleitete».<sup>100</sup> Aber dafür gab es gute Gründe: Tatsächlich leitete Jelzin die Demokratisierung nicht ein und wäre dazu auch nicht in der Lage gewesen. Er stiess jedoch – zu Anfang mit beträchtlichem Erfolg – in den politischen Freiraum vor, den die Reformen Gorbatschows geschaffen hatten.

Transformativ war Jelzins Führung am ehesten im Bereich der Wirtschaft. Die Idee einer Marktwirtschaft hatte bereits in den letzten Jahren der Sowjetunion Anerkennung gefunden und das Wirtschaftssystem war keine echte Plan- oder Befehlswirtschaft mehr, doch wurden in Jelzins Jahren an der Macht einige praktische Schritte zur Einrichtung eines freien Markts unternommen, beginnend mit der Freigabe der meisten Preise im Januar 1992. Doch entstand im Russland der neunziger Jahren weniger eine Marktwirtschaft als vielmehr «ein schlimmer Fall von Raubtierkapitalismus», wie es im Titel eines Buchs des schwedischen Osteuropaexperten Stefan Hedlund heisst.<sup>101</sup> Russlands Bodenschätze wurden in manipulierten Auktionen zu einem Bruchteil ihres internationalen Marktwerts einer Gruppe «ernannter Milliardäre» zugeschanzt. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung über diese Vorgänge und die extreme Ungleichheit und Korruption untergruben den Rückhalt für die Demokratie in der russischen Gesellschaft. Jelzin hatte in den letzten Jahren der Sowjetunion eine grosse Anhängerschaft gewonnen. Sein imponierendes Er-

scheinungsbild und sein impulsiver politischer Stil passten zur russischen Vorstellung von einem «starken Führer». Aber lange vor dem Jahr 2000, als Jelzin die Macht an Wladimir Putin abtrat – der ihm und seiner Familie im Gegenzug Immunität vor Strafverfolgung garantierte –, war seine Popularität weitgehend verfliegen. Der Sache der Demokratie hatte er mehr geschadet als gedient.\*<sup>102</sup>

Von einem transformativen Führer kann man schon eher im Falle Lech Wałęsas sprechen. Er stieg in den siebziger Jahren zum Führer der polnischen Werftarbeiter auf und profilierte sich 1980/81 als inspirierender und politisch gewiefter Kopf der Gewerkschaft Solidarnosc, welche die Fundamente des kommunistischen Einparteiensregimes erschütterte. Von Sommer 1980 bis Dezember 1981 herrschte in Polen de facto politischer Pluralismus. Solidarnosc und die katholische Kirche, einander überschneidende Institutionen mit Millionen von Mitgliedern, wurden zu den wichtigsten Stützen einer wiedererwachten Zivilgesellschaft. Hätte das polnische Regime nicht im Dezember 1981 das Kriegsrecht verhängt, Wałęsa und weitere führende Gewerkschafter verhaftet und Solidarnosc in den Untergrund gedrängt, so müsste man Wałęsa tatsächlich als transformativen politischen Führer einstufen. So aber gelang Anfang der achtziger Jahre der Übergang zur Demokratie in Polen nicht, die kommunistische Herrschaft wurde wiederhergestellt. Als es am Ende des Jahrzehnts dann doch so weit war, gaben äussere Einflüsse den Ausschlag. Als Solidarnosc im Jahr 1989 wieder erlaubt wurde und in einer freien Wahl einen Erdrutschsieg errang, reagierten die polnischen Kommunisten

---

\* Die russische Politikexpertin Lilia Schewtsowa schreibt: «Paradoxerweise führte die Degeneration von Jelzins Führung dazu, dass die Forderung nach einer starken, autoritären Herrschaft lauter wurde, statt dass die Öffentlichkeit nach unabhängigen Institutionen gerufen hätte, um die Wiederholung einer solchen Führung zu verhindern.» (Lilia Shevtsova, *Russia – Lost in Transition. The Yeltsin and Putin Legacies*, Washington, D.C., 2007, S. 32)

auf die Veränderungen in Moskau beziehungsweise auf die Erwartungen in Polen, welche die Schwächung des Sowjetregimes beflügelte hatte. Wałęsa blieb noch eine Weile ein Bezugspunkt für die polnischen Demokraten und wurde Ende 1990 zum Präsidenten gewählt; von da an schwand seine Popularität. Doch hätte Polen auch ohne ihn die kommunistische Herrschaft bald abgeschüttelt und die Unabhängigkeit erreicht. Die einzige Voraussetzung dafür war, dass die Polen es für möglich hielten, ihr kommunistisches Regime zu stürzen, ohne dass die Sowjetunion militärisch eingriff.

Dasselbe gilt für Vaclav Havel und die «Samtene Revolution» in der Tschechoslowakei Ende 1989. Der renommierte Schriftsteller Havel genoss grosse moralische Autorität, da er sich nie den seit der Niederschlagung des Prager Frühlings geltenden Spielregeln unterworfen, sondern in Kauf genommen hatte, für seine Überzeugungen sein Leben lang drangsaliert und wiederholt ins Gefängnis gesteckt zu werden. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung hatte sich zwischen 1969 und 1988 mit dem Regime arrangiert. Die Tschechen und Slowaken waren extrem vorsichtig, nachdem sie als letztes europäisches Land eine sowjetische Invasion zur Wiederherstellung der kommunistischen Orthodoxie und einer moskautreuen Führung erlitten hatten. Bis zum Einmarsch im August 1968 bildeten die Kommunisten in der Tschechoslowakei eine Minderheit, allerdings eine sehr viel grössere als in Polen. Danach sank die Zahl der kommunisten gläubigen Tschechen und Slowaken deutlich, die meisten zogen sich ins Privatleben zurück. Es konnte kaum ein Zweifel daran bestehen, dass sich die Tschechoslowakei sehr rasch vom Kommunismus befreien würde, sobald sich zeigen sollte, dass eine Revolution nicht zu einer erneuten sowjetischen Militärintervention führen würde. Als es so weit war, hatte die Gesellschaft des Landes das Glück, jemanden mit der moralischen Autorität Vaclav Havels zu haben, der zwar kein geborener Politiker war, aber bereitstand, als er gebraucht wurde. Er war eine beeindruckende Führungspersönlichkeit, die ihre Ideen gekonnt



in Worte fasste und die Bereitschaft mitbrachte, die Konsequenzen aus ihrer Verbreitung zu tragen. Aber er war kein transformativer Führer, denn auch ohne ihn hätte sich das Land bald zu einer Demokratie gewandelt, nachdem offensichtlich geworden war, dass Polen und Ungarn ungehindert in diese Richtung gehen durften und sogar die Ostdeutschen ungestraft in Massen gegen das SED-Regime auf die Strasse gehen konnten.



Transformative Führer spielen ihre Rolle nicht nur dank ausserordentlicher persönlicher Eigenschaften, denn auch eine Person wie Vaclav Havel besass solche Qualitäten, und es gibt zahlreiche inspirierende Führer, die nie ein Regierungsamt innehatten. Der unauffälligste unter den fünf hier Untersuchten war sicher Adolfo Suárez, der bemerkenswerteste Nelson Mandela, der grosses persönliches Leid unbeugsam erduldet und in der Stunde des Siegs Grossmut bewies. Was Würde und Charisma anbelangt, so kann sich nur de Gaulle mit ihm messen. Michail Gorbatschows und Deng Xiaopings Politik wirkte sich nachhaltig auf das Leben vieler Millionen aus, im Falle des Chinesen durch die Hebung ihres Lebensstandards, im Falle des Russen, indem er die Demokratisierung halb Europas auf den Weg brachte. All diese Personen haben gemeinsam, dass Zeit, Ort und Umstände sie in die Lage versetzten, einen entscheidenden *Beitrag zur Veränderung* des Systems zu leisten, und dass sie diese Chance nutzten.

## 5

# REVOLUTIONEN UND REVOLUTIONÄRE FÜHRUNG

Transformative Führer sind nicht die Einzigen, die Systemwechsel herbeiführen. Dasselbe tun revolutionäre Führer – vorausgesetzt natürlich, dass die Revolution gelingt und sie die Stelle der bisherigen Machthaber einnehmen, denn auf jeden erfolgreichen revolutionären Führer kommt eine Vielzahl gescheiterter Revolutionäre. In einem autoritären Regime ist der Lohn eines Fehlschlags die Hinrichtung oder bestenfalls Haft. In Demokratien erleiden Revolutionäre nur den Fehlschlag ihres Vorhabens, da den Führern und Anhängern revolutionärer Parteien und Bewegungen normalerweise lediglich die Marginalisierung droht – sofern sie nicht zu gewaltsamen Mitteln gegriffen haben. Die Tatsache, dass demokratische Regierungen den wahlberechtigten Bürgern Rechenschaft schulden, schränkt ihre Handlungsfreiheit ein. Sie haben einen starken Anreiz, auf die Ansichten und Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen, anstatt ihren Unwillen zu erregen. Freie und faire Wahlen bedeuten vor allem, dass die Regierung abgelöst und ein Politikwechsel erreicht werden kann, ohne dass ein gewalttätiger Aufstand oder ein schlagartiger Systemwandel erforderlich wäre. Wie der tschechische Schriftsteller Ludvík Vaculík in einer Rede in Prag im Juni 1967 erklärte, sind die Regeln und Normen der Demokratie «eine menschliche Erfindung, die das Herrschen erheblich erschweren». (Diese Rede trug ihm den Zorn der kommunistischen Machthaber ein.) Sie haben offenkundige Vorteile für die Beherrschten, also die Bürger des Landes, versetzen sie doch

das Volk in die Lage, die Regierung für ihre Handlungen zur Verantwortung zu ziehen. Vaculik wies aber auch daraufhin, dass sie ebenso für diejenigen, welche die Macht ausüben, vorteilhaft sind, denn nach der Abwahl einer demokratischen Regierung bewahren die demokratischen Spielregeln «die Minister davor, erschossen zu werden».<sup>1</sup>

Zwecks Untersuchung der revolutionären Führung sollten wir zunächst klären, was wir unter Revolution verstehen. Das Wort ist vom lateinischen *revolvere* abgeleitet und impliziert eine Kreisbewegung. Tatsächlich ersetzt in der Mehrheit der Revolutionen ein autoritäres Regime ein anderes. Doch seit der Französischen Revolution nahm der Begriff eine andere Bedeutung an als die einer Rotation der Regierungen. Für Samuel Huntington beinhaltet eine Revolution «die schnelle und gewaltsame Zerstörung bestehender politischer Institutionen, den Eintritt neuer Gruppen in die Politik und die Errichtung neuer politischer Institutionen».<sup>2</sup> Für John Dunn sind Revolutionen «eine Form massiven, gewaltsamen und raschen gesellschaftlichen Wandels».<sup>3</sup> Selbst wenn, wie es in der Regel geschieht, auf den Sturz eines despotischen Regimes in einer Revolution eine autoritäre Ordnung folgt, unterscheidet sich dieser Autoritarismus üblicherweise erheblich vom vorrevolutionären System. Es entstehen andersartige politische Institutionen, die Rollen von Gewinnern und Verlierern in der Gesellschaft werden neu verteilt, und im Gefolge kommunistischer Revolutionen wird auch ein anderes Wirtschaftssystem errichtet.

Manche Autoren zählen die Gewalt nicht zu den definierenden Merkmalen einer Revolution.<sup>4</sup> Wird sie jedoch aussen vor gelassen, so wird das Konzept der Revolution auf zu viele politische Phänomene anwendbar. Es ist besser, klar zwischen Revolution in dem Sinn, den so verschiedenartige Denker wie Huntington und Dunn dem Begriff geben, und Phänomenen wie zivilem Ungehorsam, passivem Widerstand, Zusammenbruch der staatlichen Ordnung und Staatsstreich zu trennen. Indem wir zivilen Widerstand und gewaltlose Protestkundgebungen (selbst wenn sie zur Ersetzung eines Regimes

durch ein anderes führen) nicht in unsere Definition einbeziehen, spielen wir keineswegs ihre Bedeutung und schon gar nicht ihren Wert herunter. Im Gegenteil: Gewaltloser Widerstand zahlreicher Bürger gegen ein autoritäres Regime führt häufiger zu dessen Sturz als ein gewaltsamer Aufstand und schafft mit sehr viel grösserer Wahrscheinlichkeit geeignete Bedingungen für die Errichtung einer Demokratie.<sup>5</sup> Es ist auch hilfreich, zwischen Revolutionen und einem Bruch innerhalb der herrschenden Elite zu unterscheiden, der dazu führt, dass eine Fraktion die andere stürzt und in die Illegalität drängt. Wenn eine Fraktion der Machtelite eine andere in einer Palastrevolte verdrängt, bezeichnet sie selbst diesen Putsch möglicherweise als Revolution (da der Begriff der «Revolution» romantische Konnotationen hat, während «Staatsstreich» fast immer negative Assoziationen weckt), aber es ist nicht hilfreich, das Konzept derart zu dehnen.

## **CHARAKTERISTIKA UND KONSEQUENZEN VON REVOLUTIONEN**

Welche Merkmale unterscheiden eine Revolution von der friedlichen Transition vom Autoritarismus zur Demokratie? Ein Regimewechsel kann eindeutig als revolutionär bezeichnet werden, wenn er folgende Merkmale aufweist: (1) eine Beteiligung grosser Bevölkerungsgruppen, (2) die Zerschlagung bestehender Institutionen, (3) die Einführung einer neuen Ideologie zur Legitimierung des postrevolutionären Regimes und (4) Gewaltanwendung vor, während oder unmittelbar nach dem Regimewechsel. Natürlich besteht wie bei anderen politischen Konzepten die Möglichkeit, eine Revolution anders zu definieren. Wir gehen hier jedoch davon aus, dass es wünschenswert ist, zwischen friedlichen systemischen Veränderungen oder einer ausgehandelten Übertragung der Macht auf der einen und dem gewaltsa-

men Sturz eines Regimes durch eine soziale und politische Bewegung auf der anderen Seite zu unterscheiden.

Es wurden einige Versuche unternommen, alle bekannten Revolutionen – auf Grundlage einer grosszügigeren Definition als der hier vorgeschlagenen – zu untersuchen und die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen zu beschreiben, unter denen sie stattfanden. Aber diese Versuche, gemeinsame Merkmale von Revolutionen zu definieren und karge Erklärungen für ihre Ursachen zu liefern, sind daran gescheitert, dass die betrachteten Fälle zu unterschiedlich sind.<sup>6</sup> Zwar können einige der sozialen und politischen Bedingungen, die eine Revolution begünstigen, in groben Zügen beschrieben werden: Krieg, schwindender Glaube der Herrschenden an die Legitimität ihrer Macht, ein hoher Bildungsstand in einem geschlossenen politischen System, ein wachsendes Gefühl relativen Mangels, extreme Ungleichheit, die Liberalisierung eines sehr autoritären Systems sowie steigende Ansprüche der Gesellschaft, die der Staat nicht erfüllen kann. Auf der anderen Seite gibt es zahlreiche Fälle, in denen diese Phänomene zu beobachten waren, ohne dass es zu einer Revolution gekommen wäre. Ursachen und Verlauf verschiedener Revolutionen sind zudem so vielfältig, dass es nur beschränkt sinnvoll ist, sich auf die Suche nach Faktoren zu machen, die sie alle erklären könnten.

Den ambitioniertesten umfassenden Erklärungsversuch unternahm Karl Marx. Er sah die Ursache revolutionärer Transformation in den «Widersprüchen» zwischen den institutionellen Beziehungen und den sich wandelnden Produktivkräften.<sup>7</sup> Die Staatsmacht verkörperte in seinen Augen die Herrschaft einer Klasse, und die Klassengegensätze waren der Motor des historischen Wandels. Der Klassenkampf würde zwangsläufig zu einer proletarischen Revolution und zum Sturz des Kapitalismus und der Bourgeoisie führen. Auf dem Weg vom Kapitalismus zum Kommunismus würde eine «revolutionäre Diktatur des Proletariats» errichtet, ehe sich im Kommunismus schliesslich eine klassenlose Gesellschaft herausbilden würde, die oh-

ne Staat auskäme.<sup>8</sup> Diese Doktrin inspirierte zahlreiche revolutionäre Bewegungen, von denen einige den Kapitalismus zu Fall brachten, aber keine von ihnen kam der Verwirklichung der kommunistischen Gesellschaft nahe. Marx spielte die Bedeutung von Führern und Ideen herunter – in seinen Augen gaben nicht Individuen, sondern Klassen den Ausschlag, und Ideologien schrieb er keine eigenständige Bedeutung zu, sondern degradierte sie zu blossen Begleiterscheinungen der sozioökonomischen Entwicklung. Ausgerechnet die internationale kommunistische Bewegung im 20. Jahrhundert widerlegte seine Doktrin auf spektakuläre Art. Ideen waren sehr wichtig für Personen wie Lenin und Mao Tse-tung, und diese Führer trugen ihrerseits entscheidend zur Durchsetzung revolutionärer Veränderungen und zur Errichtung kommunistischer Systeme im grössten beziehungsweise im bevölkerungsreichsten Land der Erde bei.<sup>9</sup>

Nicht alle Revolutionen werden von starken Führern vorangetrieben. Einige kommen sogar weitgehend ohne Führung aus, obwohl dieser Zustand nicht lange Bestand hat, sobald die Revolution das bisherige Regime erst einmal zu Fall gebracht hat. Was die Führer nach *der* Revolution anstreben, ist zum Teil Gegenstand dieses Kapitels, zum Teil des nächsten über totalitäre Führung, denn es ist erstaunlich, wie oft revolutionäre Führer ein autoritäres Regime stürzen, nur um sich anschliessend an die Spitze eines nicht weniger autoritären, wenn auch anders strukturierten Systems zu setzen. Da eine politische Kultur nicht so leicht wie die politischen Institutionen über Nacht umgekrempelt werden kann, hängt viel vom politisch-kulturellen Erbe der neuen Führung ab. Eine wichtige Rolle spielen jedoch auch die Wertvorstellungen, die politischen Überzeugungen und der Herrschaftsstil des höchstrangigen revolutionären Führers, sobald er ein Regierungsamt errungen hat. Obwohl kein solcher Führer bei null anfängt, hat er mehr Optionen als ein politischer Führer in einer konsolidierten Demokratie. Selbstverständlich können die innen- und

aussenpolitischen Gegebenheiten seinen Handlungsspielraum einschränken, aber er ist naturgemäss sehr viel weniger den Institutionen und dem Brauch unterworfen.

## **Die chinesische Revolution von 1911-12**

Die chinesische Revolution Ende 1911 und Anfang 1912 beendete nicht nur die Qing-Dynastie, die das Land mehr als zweieinhalb Jahrhunderte regiert hatte, sondern auch das zweitausend Jahre alte chinesische Kaiserreich. Im Februar 1912 wurde China eine Republik, als sich der Hof den revolutionären Kräften beugte und die Abdankung des nur fünf Jahre alten Kaisers Puyi bekanntgab. Die Geschehnisse lieferten ein gutes Anschauungsbeispiel für Tocquevilles Diktum, dass ein autoritäres Regime dann in besonders grosser Gefahr ist, wenn es beginnt, sich zu reformieren. Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts wurden einige bedeutsame Reformen durchgeführt. Im Jahr 1905 schickte die Regentin Cixi eine Delegation nach Japan, in die Vereinigten Staaten und in fünf europäische Länder, um sich anzusehen, wie diese Länder regiert wurden. Die Erkenntnisse dienten als Grundlage für Verfassungsänderungen und eine Bildungsreform, aber die Modifikation des konstitutionellen Rahmens verringerte die Macht der herrschenden Elite nur unwesentlich, und die Neuerungen im Bildungswesen änderten kaum etwas an der privilegierten Position der wohlhabenden Familien. Ausserdem wurden Hof und Regierung weiterhin von der Mandschu-Minderheit kontrolliert, welche die Qing-Dynastie stellte, während die Mehrheit der Han-Chinesen weitgehend von der Macht ausgeschlossen blieb. Die wichtigste Reform war die Einführung von Provinzversammlungen im Jahr <sup>10</sup>1909. Aber einige der gebildeten Mitglieder dieser Versammlungen verlangten sehr viel weitergehende Reformen.

Ende 1911 kam es zu einer Reihe von Erhebungen unter Führung örtlicher Militärbefehlshaber, die sich nicht damit abfinden wollten,

dass China wirtschaftlich und militärisch hinter Japan zurückgefallen war. Ausserdem hegten diese Provinzfürher eine nationalistisch motivierte Abneigung gegen die Qing-Dynastie. Die Überzeugung, dass China dringend modernisiert werden müsse, war in der gebildeten Mittelschicht noch verbreiteter, insbesondere unter denen, die im Ausland studiert hatten. Nach einer Reihe von Aufständen wurde Ende des Jahres in der alten Hauptstadt Nanking eine Republik ausgerufen, während die geschwächte kaiserliche Regierung in Peking ausharrte. Sun Jat-sen, der am ehesten die Bezeichnung «Oppositionsführer» verdiente, setzte sich seit vielen Jahren (die meiste Zeit hatte er im Ausland verbracht) für ein Ende der Mandschu-Herrschaft und für den Aufbau einer modernen Republik ein. Sun befand sich auf einer Auslandsreise in den Vereinigten Staaten, wo er aus der Zeitung vom Ausbruch der Revolution in seiner Heimat erfuhr. Aber anstatt sofort nach China zurückzukehren, reiste Sun nach Paris und London weiter. Seine Mission war es, die europäischen Regierungen dazu zu bewegen, sich aus den inneren Auseinandersetzungen in China herauszuhalten und die kaiserliche Regierung nicht finanziell zu unterstützen. Als er im Dezember 1911 wieder in China eintraf, bestätigten ihn die in Peking versammelten Delegierten von 16 Provinzversammlungen als politischen und intellektuellen Führer der Revolution, indem sie ihn zum «provisorischen Präsidenten» des Landes wählten.<sup>11</sup>

Im November 1911 war Yuan Shikai, ein fähiger und ehrgeiziger Militärführer, der nach einer Auseinandersetzung mit dem Regenten Prinz Chun, dem Vater Puyis, entlassen worden war, an den Hof nach Peking zurückbeordert worden, da der Hof ihm am ehesten zutraute, die Unterstützung der aufständischen Militärführer zu gewinnen beziehungsweise ihren Widerstand zu brechen. Im November 1911 bildete Yuan eine Regierung, die hauptsächlich aus seinen Gefolgsleuten bestand. Yuans Bereitschaft, die Macht mit den Qing-Kaisern – oder einer Nachfolgedynastie – zu teilen, schwand zusehends, und



eine Reihe von Mordanschlägen auf Royalisten, hinter denen Yuan vermutet wurde, sowie die wachsende Übermacht der Han-Truppen gegenüber den Mandschu-Streitkräften in Peking schwächten die Position jener, die den Thron erhalten wollten. Am 12. Februar 1912 wurde die Abdankung des kindlichen Kaisers verkündet. Damit endete die Herrschaft der Qing-Dynastie.<sup>12</sup>

Der provisorische Präsident Sun Jat-sen verfügte nicht über eine Streitmacht, die sich mit der Yuan Shikais hätte messen können. Anstatt die Phase der «dualen Herrschaft» zu verlängern, gab Sun seinen Status als «Präsident» nach nur sechs Wochen auf und überzeugte die Delegierten des in Nanking einberufenen Nationalrats, Yuan mit der Führung der provisorischen Regierung zu betrauen. Allerdings legte Sun Wert auf die einschränkende Feststellung, dass es sich um eine «provisorische» Regierung handelte. Er befürwortete sowohl die Errichtung einer postrevolutionären, auf eine Verfassung gegründeten Regierung als auch eine teilweise Demokratisierung Chinas. Im März 1912 wurde ein Verfassungsentwurf fertiggestellt, und man begann mit den Vorbereitungen für Wahlen zu einem Zweikammerparlament: Die Provinzversammlungen sollten über die Zusammensetzung eines Senats entscheiden, und das Volk sollte die Abgeordneten zu einem Repräsentantenhaus wählen. Das System orientierte sich offenkundig am Vorbild des amerikanischen, doch war das Wahlrecht alles andere als demokratisch: Frauen waren ausgeschlossen, und dasselbe galt für alle Bürger, die nicht ein bestimmtes Vermögen nachweisen konnten. Schätzungen zufolge durften etwa 40 Millionen Männer, das heisst rund zehn Prozent der damaligen chinesischen Bevölkerung, an den Wahlen teilnehmen.<sup>13</sup>

Dennoch hätte die Wahl ein wichtiger erster Schritt auf dem Weg zur Demokratie sein können. Zumindest war sie weniger undemokratisch als jede andere Wahl, die seither in China stattgefunden hat. Sun Jat-sen hatte die Nationale Volkspartei Chinas gegründet, die Chung-kuo Kuomintang, die von dem talentierten jungen Politiker Song Jiaoren in den Wahlkampf geführt wurde.

Song hatte im Exil in der von Sun Jat-sen geführten «Gesellschaft der revolutionären Allianz» (Tongmenghui) gearbeitet, war jedoch kein unkritischer Gefolgsmann Suns und vertrat in konstitutionellen Fragen andere Ansichten als der ältere Führer der nationalen Revolutionsbewegung. Song bevorzugte ein parlamentarisches System, in dem das Parlament und der Ministerpräsident deutlich mehr Befugnisse haben sollten als der auf Repräsentation beschränkte Präsident. Sun hingegen wollte mit konstitutioneller Legitimation in das Präsidentenamt zurückkehren, das er bereits kurzzeitig und provisorisch innegehabt hatte. Er wollte keine bloße Repräsentationsfigur sein, wenn die von ihm gegründete Partei die Wahl gewann.<sup>14</sup>

Die Erwartung des Wahlsiegs erwies sich als begründet, denn beim Urnengang im Jahr 1913 gewann die Kuomintang unter den vier angetretenen Parteien die mit Abstand meisten Sitze, obwohl sie eine absolute Mehrheit knapp verpasste. Es schien auf der Hand zu liegen, dass die Kuomintang bei der Zusammensetzung der neuen Regierung den Ton angeben und dass Song Jiaoren mit der Regierungsbildung betraut werden würde. Aber als Song im März 1913 zu Gesprächen mit Yuan nach Peking aufbrechen wollte, wurde er am Bahnhof von Schanghai von einem Attentäter niedergeschossen. Er starb zwei Tage später im Krankenhaus. Als Hintermann des Anschlags wurde allgemein Yuan verdächtigt, der seine neue Macht nicht teilen wollte.<sup>15</sup> Jedenfalls verlor Yuan kaum Zeit, um sich autoritäre Machtbefugnisse zu sichern. Während des gesamten Jahres 1913 schikanier-te die Polizei auf seinen Befehl Kuomintang-Abgeordnete und ihre Anhänger, und im Januar 1914 löste er das Parlament auf. Im folgenden Monat erlitten die Provinzversammlungen das gleiche Schicksal. Im Jahr 1915 versuchte Yuan sogar, sich zum Kaiser krönen zu lassen und eine neue Dynastie zu gründen. Eine «Repräsentative Versammlung», deren Mitglieder er selbst ausgewählt hatte, flehte ihn einstimmig an, das Amt zu übernehmen. Aber dieser Schritt kostete ihn einige Unterstützung in der Hauptstadt, und im übrigen Land kam es zu

Protestkundgebungen. Zahlreiche Provinzen erklärten ihre Unabhängigkeit. Im Jahr darauf starb Yuan eines natürlichen Todes. Es folgten Jahre des Chaos, in denen regionale «Kriegsherren» – einige hatten früher Yuan gedient – die Macht an sich rissen. Die Zentralregierung des gespaltenen Landes war sowohl administrativ als auch militärisch schwach, was China am Ende des Ersten Weltkriegs schadete. Die siegreichen Entente-Mächte legten bei den Friedensverhandlungen in Paris Lippenbekenntnisse zu den Interessen Chinas ab, behandelten das Land jedoch schlecht. Die Handelskonzessionen, die bis zum Krieg den Deutschen zugestanden hatten, gingen auf Japan über, das zudem das Recht erhielt, in zwei chinesischen Provinzen Truppen zu stationieren.<sup>16</sup>

Die Proteste gegen eine Regierung, die sich nicht gegen die Missachtung der chinesischen Souveränität durch die Siegermächte in Versailles gewehrt und obendrein Japan demütigende Zugeständnisse gemacht hatte, begannen mit einer gewalttätigen Kundgebung von 3'000 Studenten in Peking am 4. Mai 1919. Dies war die Geburtsstunde der «Bewegung des Vierten Mai».<sup>17</sup>

So wie die revolutionäre Bewegung von 1911, von der wichtigen Ausnahme Sun Jat-sens abgesehen, keinen unangefochtenen Führer hervorgebracht hatte, drängte sich auch in der Bewegung des Vierten Mai niemand in diese Rolle. Nach Yuans Tod und dem Rückfall in die Herrschaft regionaler Kriegsherren war die wichtigste nationale Führungsfigur ein Militär namens Duan Qirui, der im Jahr 1916 Ministerpräsident wurde. Obwohl er von Yuan Shikai befördert worden war und diesem loyal gedient hatte, lehnte er Yuans Versuch ab, sich zum Kaiser aufzuschwingen.<sup>18</sup> Mit seiner harten Repressionspolitik im Jahr 1913 (Duan Qirui war zu jener Zeit Ministerpräsident) zwang Yuan den Oppositionsführer Sun Jat-sen erneut ins Exil, aus dem er erst drei Jahre später nach Yuans Tod zurückkehrte. Im Exil baute er die Kuomintang zu einer hierarchischen, disziplinierten Partei um und verlangte Loyalität gegenüber seiner Person. Die nächste Revolution, erklärte er, werde militärisch beginnen und von einer «Vor-

mundschaft» über das chinesische Volk gefolgt werden. Nur so könne die Bevölkerung darauf vorbereitet werden, sich unter einer republikanischen Verfassung selbst zu regieren.<sup>19</sup> Sun war kein Kommunist, aber die bolschewistische Revolution in Russland machte auf ihn ebenso Eindruck wie auf andere revolutionäre Aktivisten in China. Angesichts der schändlichen Behandlung, die China in Paris widerfahren war, und mit Blick auf das Verhalten der europäischen Mächte, die ihre wirtschaftlichen Interessen in China zu wahren versuchten, stand Sun einer Zusammenarbeit mit der neuen sowjetischen Führung in Russland offen gegenüber. Die russischen Revolutionäre ihrerseits glaubten zwar nicht, dass China für den sowjetischen «Sozialismus» reif sei, förderten aber eifrig die Kooperation zwischen den von Sun Jat-sen geführten chinesischen Nationalisten und der neugegründeten kommunistischen Partei in China. Der Wunsch der Bolschewiken, antiimperiale, revolutionäre Kräfte in China zu unterstützen, deckte sich mit realpolitischen Erwägungen, denn ein wohlgesinntes China wäre ein nützlicher Verbündeter der Sowjetunion gegen Japan. Die Japaner hatten im Russisch-japanischen Krieg von 1904/5 die Oberhand behalten, und obwohl die Niederlage sich auf die Schwäche des vorrevolutionären russischen Regimes zurückführen liess, prägte sie auch das Denken der neuen kommunistischen Machthaber.

Ab 1920 warb Sun Jat-sen für seine zentralen Vorstellungen, die er, um die Attraktivität seiner Partei zu erhöhen, als «die drei Prinzipien des Volkes» bezeichnete: Volksgemeinschaft, Volksrechte (Demokratie) und Volkswohlfahrt. Alle drei Prinzipien waren einigermassen problematisch oder mehrdeutig. Am klarsten war das erste, denn Sun stand an der Spitze einer nationalistischen Partei. Seit seiner Rückkehr nach China im Jahr 1916 bemühte er sich um die Einheit Chinas und um ein Ende der Herrschaft der Kriegsherren. Das Problem war, dass es neben der grossen Mehrheit der Han-Chinesen in der chinesischen Volksgemeinschaft auch noch andere Nationalitäten gab, die ebenfalls Rechte hatten, wie Sun einräumte. Es war auch

nicht vollkommen klar, was Sun mit Demokratie meinte (innerhalb der Kuomintang wurde sie jedenfalls nicht praktiziert). Es deutete auch einiges daraufhin, dass China zu jener Zeit nicht für eine voll entfaltete Demokratie bereit war, und Suns Eintreten für ein beschränktes Wahlrecht und eine Übergangszeit der «Vormundschaft» über das chinesische Volk trug dieser Einschätzung Rechnung. Das dritte Prinzip, das manchmal auch als «Sozialismus» übersetzt wird, zeugt von Suns Wunsch, nicht nur den Lebensstandard der Chinesen zu heben, sondern auch die Ungleichheit zu verringern, was auch den Grundbesitz einschloss.<sup>20</sup> Im Jahr 1921 wurde Sun vom kurzlebigen Pekingener Parlament zum Präsidenten gekürt, aber dieses Amt wurde keineswegs landesweit anerkannt. Sun, der sich zumeist in Guangzhou, der Hauptstadt seiner Heimatprovinz Guandong, aufhielt, war in seinen letzten Lebensjahren der unangefochtene Führer der Kuomintang, doch genoss er kaum Unterstützung seitens der lokalen Machthaber, die das Land unter sich aufgeteilt hatten. Kurz nach der «Nationalen Wiederaufbaukonferenz», die im November 1924 in Peking stattfand, erfuhr Sun, dass er an Krebs litt. Er starb im März 1925 im Alter von 59 Jahren.<sup>21</sup>

Sun Jat-sen, der einer einfachen Bauernfamilie entstammte, war von seinen Führungsfähigkeiten überzeugt und hatte eine Persönlichkeit, die Gefolgsleute anzog. Obwohl er keine Rolle in der Revolution von 1911 spielte und nie an der Spitze eines geeinten chinesischen Staates stand, wird er mit Recht zu den Vätern sowohl der Revolution als auch der chinesischen Republik gezählt. Er war derjenige, der zu einer Zeit, als viele einen reformistischen konstitutionellen Weg einschlagen wollten, eine Revolution für das geeignete Mittel hielt, um Veränderungen herbeizuführen. Dank seiner Bildung und seiner Englischkenntnisse vermochte er jene Kräfte nach aussen zu vertreten, die in China die Qing-Dynastie entmachten und eine moderne Republik errichten wollten. Er war federführend bei der Gründung der Kuomintang, die unter seinem Nachfolger Tschiang Kai-schek China

beherrschen sollte, bis die Kommunisten im Jahr 1949 an die Macht kamen.\* Obwohl er nicht so autoritär wie sein Nachfolger war – und sogar im Grundsatz die Demokratie befürwortete –, kann der Reform- und Modernisierer Sun kaum als demokratischer Führer bezeichnet werden. Er wahrte Distanz zur politischen und intellektuellen Strömung des 4. Mai. Ein Historiker des modernen China erklärt: «Er lehnte im Allgemeinen jede Bewegung ab, die er nicht kontrollieren konnte.»<sup>22</sup> Dass Sun Jat-sen in seinem Heimatland immer noch als wichtigster Führer der ersten von zwei grossen chinesischen Revolutionen im 20. Jahrhundert gilt, beweist, dass ein revolutionärer Führer nicht unbedingt einen Sturm auf die Barrikaden anführen muss. Die revolutionäre Führung kann viele verschiedene Formen annehmen.

## **KOMMUNISTISCHE REVOLUTIONEN IN EUROPA**

### **Die russischen Revolutionen von 1917**

Kaum jemand bezweifelt, dass die Russische Revolution von 1917 eines der bedeutsamsten Ereignisse des 20. Jahrhunderts war. Am Ende jenes Jahres hatten die Kommunisten die Macht im grössten Land der Welt übernommen, und der sowjetische Staat, der in den folgenden Jahren entstand, sollte der Weltpolitik in den folgenden siebenzig Jahren und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg seinen Stempel aufdrücken. Allerdings fanden in Russland in jenem Jahr zwei sehr verschiedene Revolutionen statt, die nicht miteinander vermengt werden dürfen. Sie gingen als «Februarrevolution» und als «die Oktoberrevolution» in die Geschichte ein, was etwas verwirrend

---

\* Die Kuomintang kann für sich in Anspruch nehmen, bis zum heutigen Tag zu existieren. Unter demselben Namen ist sie eine der beiden Grossparteien im heutigen Taiwan.

ist, da sie nach der westlichen Zeitrechnung im März beziehungsweise November stattfanden.<sup>23</sup> Die Streiks und Protestkundgebungen, mit denen die erste der beiden Revolutionen begann, wurden am 8. März, dem Weltfrauentag, ausgerufen.<sup>24</sup> Der Zeitpunkt war nicht zufällig gewählt, denn die Kundgebungen begannen mit einem Protestmarsch von Petrograder Textilarbeiterinnen, die auf ihre Verbitterung über den Krieg und ihre Entbehrungen aufmerksam machen wollten. Dann überschlugen sich die Ereignisse, und eine Woche später war die zaristische Autokratie zusammengebrochen.

Die Revolution überraschte Wladimir Iljitsch Lenin vollkommen. Im Verlauf jenes Jahres wurde er jedoch zum einflussreichsten Befürworter einer zweiten Revolution und sorgte dafür, dass bei diesem Umsturz nicht eine Koalition von Liberalen und Sozialisten oder auch eine Koalition verschiedener sozialistischer Parteien, sondern die Kommunisten an die Macht kamen. Lenin, der mit Recht als der wichtigste Gründervater des sowjetischen Staates betrachtet wird, war ein ausreichend orthodoxer Marxist, um an die Unvermeidlichkeit der sozialistischen Revolution zu glauben. Gleichzeitig war er jedoch auch ein so überzeugter Revolutionär, dass er sein gesamtes Erwachsenenleben dem Bemühen widmete, diesen in den Augen der Marxisten unvermeidlichen Prozess zu beschleunigen. Doch Anfang des Jahres 1917 war Lenin keineswegs von einem baldigen Erfolg überzeugt. Im Züricher Exil erklärte er im Januar 1917 in einer Versammlung von Arbeitern: «Wir Angehörigen der älteren Generation werden die Entscheidungsschlachten dieser kommenden Revolution möglicherweise nicht mehr erleben.»<sup>25</sup> Zu diesem Zeitpunkt war Lenin erst 47 Jahre alt.

Russland hatte im Ersten Weltkrieg schwere Verluste erlitten. Der Krieg wurde immer unpopulärer, vor allem unter jenen, die den Kampf an der Front führen mussten – unter den «Bauern in Uniform», wie Lenin sie nannte. Die von Lenin geführte Fraktion der russischen Sozialisten, die Bolschewiki (die sich 1918 in Kommunistische Partei

umbenannten), spielten in der Februarrevolution kaum eine Rolle, da viele ihrer Führungskader im Gefängnis saßen oder im Exil lebten.<sup>26</sup> Sowohl unter den Liberalen als auch unter den verschiedenen sozialistischen Parteien und Fraktionen wuchs die Ablehnung der zaristischen Regierung. Obwohl die Bolschewiken in der Hauptstadt Petrograd – im Weltkrieg war der deutsche Name St. Petersburg durch die russische Bezeichnung ersetzt worden – eine grosse Anhängerschaft unter den Arbeitern hatten, waren sie keineswegs diejenigen, die im Land als Ganzem die grösste Unterstützung genossen. Die populärste Partei mit der grössten Mitgliederzahl waren die Sozialrevolutionäre, die in erster Linie die Bauernschaft ansprachen; das zeigte sich bei der ersten freien Wahl im November 1917, die zugleich für mehr als siebenzig Jahre die letzte bleiben sollte.<sup>27</sup> Nur war es eben so, dass die entscheidenden Geschehnisse beider Revolutionen in Petrograd stattfanden.

Als die Bauern erfuhren, was in der Hauptstadt geschehen war, begannen sie, das Land unter denen zu verteilen, die es bestellten. Lebensmittelknappheit und Kriegsmüdigkeit erhöhten die allgemeine Unzufriedenheit mit dem zaristischen Regime. Die Ablehnung des Zarentums war in den vorherigen Jahrzehnten stetig gestiegen, aber Anfang 1917 kippte die Situation endgültig: Protestmärsche von Fabrikarbeitern mündeten in einen Generalstreik, der Petrograd lahmlegte. Die Duma, ein Parlament mit überschaubaren Vorrechten, das nach der Revolution von 1905 ins Leben gerufen worden war, versuchte, zwischen Demonstranten und Regierung zu vermitteln, aber Zar Nikolaus II. reagierte nicht auf die Aufforderung, eine mit dem Vertrauen der Duma ausgestattete Regierung zu bilden.<sup>28</sup>

In der Februarrevolution standen die liberalen und sozialistischen Gegner der zaristischen Autokratie für kurze Zeit Seite an Seite. Schon in den revolutionären Wirren von 1905 hatte es für kurze Zeit einen Sowjet der Arbeiterdeputierten gegeben – «Sowjet» ist das russische Wort für «Rat» –, und im Jahr 1917 wurde diese Institution in



Petrograd zu neuem Leben erweckt. Um die Unterstützung der Armee zu gewinnen, benannten seine Mitglieder diesen Sowjet in Arbeiter- und Soldatenrat um. Am vierten Tag der Streiks und Kundgebungen gegen das alte Regime begann eine Verhaftungswelle, und Hunderte Menschen wurden getötet oder verwundet, als Truppen das Feuer auf Demonstranten eröffneten. Aber am Tag darauf meuterten zahlreiche Regimenter, und allein in Petrograd schlossen sich 65'000 Soldaten dem Aufstand an.<sup>29</sup> Ohne die Unterstützung der Armee war das alte Regime ohnmächtig. Die Mehrheit der Minister der zaristischen Regierung wurde verhaftet, und am 15. März trat Nikolaus II. zurück. Der Zar wurde mit seiner Frau, seinen vier Töchtern und seinem blutkranken Sohn unter Hausarrest gestellt. Im Juli 1918 wurde die Zarenfamilie dann in Jekaterinburg von den Bolschewiken erschossen.

Es wurde eine provisorische Regierung überwiegend aus Liberalen gebildet, die der Inkompetenz und dem Autoritarismus des alten Regimes kritisch gegenüberstanden hatten. Sie versuchten, eine konstitutionelle Regierung einzuführen und demokratische Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung abzuhalten. Alexander Kerenski, ein sozialistisches, aber antikommunistisches Mitglied dieser Regierung, hatte ungewöhnlicherweise sowohl der Duma als auch dem Petrograder Sowjet angehört. Im Mai wurde die Koalitionsregierung um weitere Sozialisten – Menschewiken und Sozialrevolutionäre – erweitert.<sup>30</sup> Der eindrucksvolle Redner Kerenski war in der kurzen Zeit zwischen März und November Justizminister – in dieser Eigenschaft befreite er alle politischen Gefangenen –, Kriegsminister und ab Juli Ministerpräsident. In dieser Zeit der Wirren schadete ihm am meisten, dass er den Krieg an der Seite von Russlands Verbündeten fortsetzen wollte. Lenin und die Bolschewiken hatten den Krieg von Anfang an abgelehnt und waren bereit, einen Sonderfrieden mit Deutschland zu schliessen. Weil er den russischen Kriegseinsatz beenden wollte, beschloss das deutsche Oberkommando, Lenin die Rückkehr aus dem schweizerischen Exil zu ermöglichen Gemeinsam

mit mehreren Weggenossen reiste Lenin in einem plombierten Güterwaggon quer durch Deutschland bis zum Finnischen Bahnhof in Petrograd. Dort eingetroffen, machte er sich ab April daran, die Position der provisorischen Regierung zu untergraben, und forderte jene, die ihn willkommen hiessen, auf, nicht mit dieser Regierung zu kooperieren. Die Zeit zwischen den beiden russischen Revolutionen im Jahr 1917 wurde als eine der «dualen Herrschaft» bekannt, denn sowohl die Sowjets – insbesondere der Petrograder – als auch die provisorische Regierung beanspruchten die Macht für sich.

Unter den Schlagworten, die Lenin auf der Rückreise nach Russland zu seinen «Aprilthesen» zusammengefasst hatte, war das von «Frieden, Land und Brot». Diese Forderungen machten die Bolschewiken für grössere Bevölkerungsgruppen attraktiv, und mit dem Ruf nach einer einseitigen Beendigung des Kriegs und einer Umverteilung des Bodens hob sich Lenins Gruppe deutlich von der provisorischen Regierung ab. Um die Position dieser neuen und instabilen Exekutive zu unterminieren, nahm Lenin auch den Schlachtruf «Alle Macht den Sowjets!» in die Aprilthesen auf. Dabei strebte er selbst dieses Ergebnis nur bedingt an: Die Macht sollte erst auf die Sowjets übergehen, wenn die Bolschewiken eine Mehrheit im Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat errungen hatten. In den ersten Monaten nach der Februarrevolution wurde der Petrograder Sowjet von den Menschewiken und den Sozialrevolutionären beherrscht.<sup>31</sup> Erst im Herbst errangen die Bolschewiken sowohl im Petrograder als auch im Moskauer Sowjet eine Mehrheit. In diesem Moment war Lenin bereit für die Machtergreifung. Doch im Jahr 1917 wurde innerhalb seiner Partei noch sehr viel offener diskutiert als in der gesamten folgenden sowjetischen Epoche, und das Zentralkomitee wies Lenins These, die Zeit sei reif für die Machtergreifung der Bolschewiken, anfangs mit dem Argument zurück, die Arbeiterklasse stehe noch nicht geschlossen auf der Seite der Partei.<sup>32</sup>

Die Februarrevolution war eine Kombination aus spontaner Erhe-

bung gegen die Autokratie und Loyalitätsentzug seitens eines beträchtlichen Teils der Elite, wobei keine Einzelperson oder Gruppe einen hervorstechenden Anteil am Ergebnis hatte. Für die Oktoberrevolution galt das nicht. Lenin, der einflussreichste bolschewistische Führer, spielte eine dominantere Rolle als jeder andere Revolutionär, obwohl auch Leo Trotzki Wichtiges leistete. Trotzki hatte jahrelang Distanz sowohl zu den Bolschewiken als auch zu den Menschewiken gehalten, doch im Jahr 1917 schlug er sich auf Lenins Seite. Er glaubte, Lenin habe seine These von der «permanenten Revolution» übernommen und sich von der marxistischen Lehre gelöst, dass der Machtergreifung des Proletariats eine Revolution der Bourgeoisie und eine längere Phase der «bürgerlichen demokratischen» Herrschaft vorausgehen müsse (nach ihren Begriffen hatte Russland im Februar diese «Revolution der Bourgeoisie» erlebt).<sup>33</sup> Trotzki konnte sich mit Lenin messen, sowohl was die intellektuelle Kraft als auch was seinen Einfallsreichtum als Revolutionär anbelangte. Und wie Lenin besass er einen unerschütterlichen Glauben an seine Fähigkeiten. (Dennoch wurde Trotzki in den zwanziger Jahren von Stalin ausgeschaltet, einem intellektuell weniger brillanten, aber geschickteren und noch rücksichtsloseren Angehörigen der bolschewistischen Führungsgruppe.) Und wie Lenin war Trotzki vom plötzlichen Zusammenbruch des zaristischen Regimes überrascht worden. Während Lenin sich im März 1917 in der Schweiz aufhielt, befand sich Trotzki in New York, nicht anders als zwei weitere führende Bolschewiken, Nikolai Bucharin und Alexandra Kollontai, die einzige Frau, die eine prominente Rolle in der ersten bolschewistischen Regierung spielen sollte. Jene Parteimitglieder, die nicht ins Exil gegangen waren, hatte das Zarenregime im Jahr 1914 eingesperrt, weil die Bolschewiken nicht nur den Krieg gegen Deutschland ablehnten, sondern sogar auf einen deutschen Sieg hofften, da sie davon ausgingen, dass eine Niederlage Russlands die Revolution beschleunigen würde.<sup>34</sup>

Im Juli 1917 erlitten die Bolschewiken einen Rückschlag, als Zei-

tungen berichteten, Lenin sei ein deutscher Agent. Da er tatsächlich mit deutscher Hilfe nach Russland zurückgekehrt war, schadete ihm diese im Grunde haltlose Anschuldigung. Sie fiel zudem mit einem Vorstoss einiger Bolschewiken zusammen, die mit Unterstützung von 20'000 Seeleuten vom Marinestützpunkt Kronstadt die Macht an sich reißen wollten, ein Schritt, den Lenin als voreilig abgelehnt hatte. Bei bewaffneten Zusammenstößen starben rund 400 Menschen. Die provisorische Regierung behielt fürs Erste die Oberhand. Lenin, der sich angesichts dieser Entwicklung und des Spionagevorwurfs in die Enge getrieben sah, flüchtete erneut ins Exil, diesmal nach Finnland. Trotzki wurde zeitweilig ins Gefängnis gesteckt, während Stalin seine Position in der Parteiführung festigte, da er nun der Bolschewik war, der noch in Russland und auf freiem Fuss war.<sup>35</sup>

Bis Herbst 1917 sicherten sich die Bolschewiken eine Mehrheit im Petrograder Sowjet, und Trotzki wurde zum Vorsitzenden gewählt. Er sah im Sowjet das geeignete Instrument für die Revolution, welche die Bolschewiken – eine Partei, die sich erst im August desselben Jahres formal gebildet hatte – an die Macht bringen sollte. Lenin hatte die Forderung «Alle Macht den Sowjets» in erster Linie erhoben, um die provisorische Regierung zu schwächen. Anders als Trotzki glaubte er nicht, dass den Sowjets tatsächlich die Regierungsgewalt übertragen werden sollte; vielmehr strebte Lenin umfassende Macht für die bolschewistische Partei an. Auf dem ersten nationalen Sowjetkongress im Juni 1917, bei dem die Bolschewiken noch keine Mehrheit hatten und aus keiner einzigen Wahl als Sieger hervorgingen, stellte Lenin dies in einer unerwarteten Antwort auf eine rhetorische Frage klar: Ein Redner hatte gefragt, ob unter den gegebenen Bedingungen irgendeine Partei in Russland in der Lage sei, allein die Macht zu übernehmen, wobei die negative Antwort auf der Hand zu liegen schien und daher unausgesprochen blieb. Aber Lenin rief in den Saal: «Es gibt eine solche Partei.»<sup>36</sup> Lenins politische Kühnheit schlug sich nicht in seinem persönlichen Verhalten im Vorfeld der

bolschewistischen Revolution nieder: Er neigte eher zur Vorsicht, vielleicht, weil er davon überzeugt war, er würde unverzichtbar sein, wenn die Revolution erst einmal stattgefunden hätte. Auch nachdem die provisorische Regierung die im Juli verhafteten Bolschewiken entlassen hatte, blieb Lenin noch mehrere Wochen in Finnland, von wo aus er seine Kameraden in Briefen zu einer bewaffneten Erhebung aufrief. In der bolschewistischen Führung gingen die Meinungen über einen solchen Schritt auseinander, doch als einige Bolschewiken in Zeitungsartikeln ihre Unzufriedenheit mit der zögerlichen Haltung der Parteiführung äusserten, war die Regierung gewarnt, dass ein weiterer Umsturzversuch drohte. Da die Behörden aufmerksam geworden waren, gelangte eine wachsende Zahl von Bolschewiken zu der Überzeugung, es sei gefährlich, die Machtergreifung zu verschieben.<sup>37</sup>

Das Militärisch-Revolutionäre Komitee des Petrograder Sowjets – im August ursprünglich eingerichtet, um den Widerstand gegen eine drohende Militärdiktatur unter dem Kommando von General Lawr Kornilow zu organisieren – wurde zum Instrument der bolschewistischen Erhebung auserkoren. Lenin kehrte erst in der Nacht vom 6. auf den 7. November (am 24.725. Oktober nach dem damals in Russland geltenden julianischen Kalender) aus seinem Versteck zurück. Am 6. hatten vom Militärisch-Revolutionären Komitee entsandte Einheiten strategische Punkte in der Hauptstadt besetzt, und am 7. November – dieser Tag wurde in sowjetischer Zeit alljährlich mit Massenaufmärschen gefeiert – stürmten sie den Winterpalast, wo gerade eine Sitzung der provisorischen Regierung stattfand. Kerenski gelang die Flucht. Er verbrachte den Rest seines Lebens im Ausland und starb 1970 im Alter von 97 Jahren in New York. Stalin sorgte später dafür, dass viele der am Sieg über die provisorische Regierung beteiligten Bolschewiken sehr viel jünger starben als der Premierminister, den sie im November 1917 zu Fall gebracht hatten.

Trotzki nahm grösseren Einfluss auf die tatsächliche Organisation und Durchführung der bolschewistischen Revolution als Lenin, aber

dieser prägte massgeblich Machtstruktur und Ideologie des neuen Regimes. Obwohl die Machtergreifung der Bolschewiken von einigen Historikern als Staatsstreich eingestuft wird, erfüllt sie die zu Beginn dieses Kapitels definierten Kriterien für eine Revolution. Sie führte einen Wechsel des politischen und wirtschaftlichen Systems herbei, wurde in einer gewaltsamen Erhebung durchgesetzt und genoss beträchtlichen – wenn auch nicht mehrheitlichen – Rückhalt in der Bevölkerung. Schliesslich führte sie zur Errichtung eines Regimes, das seine Legitimität aus einer neuen Ideologie bezog. Im Lauf des Jahres 1917 waren überall in Russland Sowjets entstanden, und ein Allrussischer Sowjetkongress hatte ein zentrales Exekutivkomitee gewählt, das sie vertreten sollte. In den Augen der gewöhnlichen Mitglieder der Sowjets erschien diese Einrichtung als der naheliegende Ersatz für die provisorische Regierung, bis eine neue Regierung aus der Konstituierenden Versammlung hervorgehen würde, deren Wahl, wie noch unter Kerenski festgelegt, im November 1917 stattfinden sollte. Aber diese Regierung wurde nie eingesetzt. Die bolschewistische Führung hatte andere Pläne. Als neue Exekutive konstituierte sich der Rat der Volkskommissare (der Name klang revolutionärer als die konventionelle Bezeichnung Ministerrat, die erst im Jahr 1946 eingeführt wurde), dem ausschliesslich Bolschewiken angehörten. Lenin wurde Regierungschef, Trotzki Volkskommissar für äussere Angelegenheiten und Stalin Volkskommissar für Nationalitätenfragen.

In der Wahl zur Konstituierenden Versammlung schnitten die nicht-kommunistischen Sozialisten sehr viel besser ab als die von Lenin geführte Partei. Wie es der führende Experte für die Geschichte der KPdSU ausdrückte: «Das halbe Land stimmte für den Sozialismus, aber gegen den Bolschewismus.»<sup>38</sup> Derartige demokratische Spitzfindigkeiten fochten Lenin und Trotzki nicht an. Als die Bolschewiken in der ersten Sitzung der Konstituierenden Versammlung in einer Abstimmung mit einer Stimme unterlagen, zogen sich die bolschewistischen Delegierten und der linke Flügel der Sozialrevolu-

tionäre aus dieser zurück. Am Tag darauf hinderten bolschewistische Rotgardisten die verbliebenen Delegierten – die Mehrheit der Versammlung – am Betreten des Gebäudes. Das war das Ende der Konstituierenden Versammlung. Lenin hatte sich für die autoritäre Herrschaft einer Partei entschieden. Einige Bolschewiken befürworteten eine breitere Koalition und wollten den Sowjets grösseren Einfluss zugestehen, aber obwohl die Sowjets formal ein Teil der neuen verfassungsmässigen Ordnung blieben und dem Staat, der ab 1922 die Bezeichnung Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) trug, ihren Namen gaben, erlangten diese Institutionen nie wieder die Macht, die sie im Jahr 1917 für kurze Zeit ausgeübt hatten.

Bis 1921 mussten sich die Bolschewiken in einem Bürgerkrieg behaupten, in dem sie schliesslich die Oberhand über die Gegner der Revolution gewannen. Beide Seiten gingen erbarmungslos vor, und schon im Dezember 1917 gründeten die Bolschewiken die Ausserordentliche Allrussische Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage, die unter der Abkürzung Tscheka berüchtigt wurde. Ihre späteren Bezeichnungen lauteten OGPU, GPU, NKWD und KGB. Den Sieg im Bürgerkrieg verdankten die Bolschewiken vor allem der kompetenten Führung Trotzki's, seit März 1918 Kriegskommissar, und Lenins, der die Regierung führte und den Kommunisten die ideologischen Impulse gab.

Sowohl das wirtschaftliche als auch das politische System wurden zügig umgekrempelt. Industrie und Banken gingen in staatliche Hände, und die einigermassen anarchische Demokratie des Jahres 1917 ersetzte ein politisches Repressionssystem, das sich nicht nur gegen jene wandte, die zum Zarentum zurückkehren wollten, sondern auch gegen die nicht-bolschewistischen Sozialisten. Angesichts der gesellschaftlichen Unruhe war Lenin bereit zu taktischen Rückzügen, wie das Beispiel der 1921 eingeläuteten Neuen Ökonomischen Politik zeigt, welche die Privatisierung kleiner Produktions- und Handelsbe-

triebe vorsah. Er stellte jedoch klar, dass sich diese Kompromissbereitschaft nicht auf den Umgang mit den Menschewiken und anderen Kritikern erstreckte. Im Jahr 1922 erlitt Lenin einen Schlaganfall und war anschliessend teilweise gelähmt. Sein Gesundheitszustand verschlechterte sich rapide, er starb im Januar 1924. In den letzten zwei Jahren seines Lebens wurden wichtige Vollmachten von der Regierung, also dem Rat der Volkskommissare, auf das Zentralkomitee der Partei und das Sekretariat übertragen, das dieses Komitee leitete. Im April 1922 wurde Stalin mit Lenins ausdrücklicher Zustimmung Generalsekretär des Zentralkomitees. Bis Ende der zwanziger Jahre hatte Stalin die partielle wirtschaftliche Liberalisierung – die gemischte Wirtschaft, die über weite Strecken des Jahrzehnts bestanden hatte – rückgängig gemacht, um die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft fortzusetzen. Die Folge war ungeheures menschliches Leid einschliesslich von Hungersnöten. Ende der dreissiger Jahre war die Diktatur der Kommunistischen Partei nicht nur gefestigt, sondern sie ging mit Stalins Diktatur über die Partei und alle anderen gesellschaftlichen Institutionen einher. Lenin hatte nicht gezögert, im Umgang mit Gegnern des Bolschewismus zum Terror zu greifen oder Hinrichtungen anzuordnen, aber Stalin schreckte nicht davor zurück, dieselben Methoden auch gegen tatsächliche und eingebildete Feinde innerhalb der Partei anzuwenden. Ausserdem sicherte er sich eine unangefochtene Führungsposition in der internationalen kommunistischen Bewegung.

## **Kommunistische Revolutionen in Südosteuropa**

Die Mehrheit der kommunistischen Staaten in Europa waren Schöpfungen der Sowjetunion oder wurden mit sowjetischer Beteiligung gegründet. Die beiden osteuropäischen Länder, denen das kommunistische Regime nicht von der Sowjetunion aufgezwungen wurde, wa-



ren Jugoslawien und Albanien. Dort kamen die Kommunisten aus eigener Kraft an die Macht, wenn die albanische KP auch wertvollen Beistand seitens der jugoslawischen Genossen erhielt. Die beiden Parteien dachten auch ernsthaft darüber nach, ihre Länder in einer Konföderation oder sogar in einem Bundesstaat zusammenzufassen. In beiden Ländern nutzte die KP ihre tragende Rolle im Widerstandskampf während des Zweiten Weltkriegs, um ihren revolutionären Zielen näher zu kommen. Bis zu einem gewissen Grad galt das auch für andere mittel- und osteuropäische Länder, in denen sich die Kommunisten am Widerstand beteiligt hatten – wenn auch erst nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion 1941 –, aber nirgendwo auf dem Kontinent spielten kommunistische Partisanen im Krieg eine wichtigere Rolle als in Jugoslawien.

Josip Broz, der im Jahr 1934 den Kampfnamen Tito annahm, war im Ersten Weltkrieg als Soldat der österreichisch-ungarischen Armee in russische Kriegsgefangenschaft geraten und nach der Oktoberrevolution als Sympathisant der Bolschewiken in das neugegründete Königreich der Südslawen zurückgekehrt. Er zählte zu den frühen Mitgliedern der kurz nach Kriegsende gegründeten Kommunistischen Partei Jugoslawiens und sass von 1928 bis 1934 im Gefängnis. Nach seiner Entlassung wurde er ins Politbüro der KP aufgenommen und im Jahr darauf nach Moskau beordert, wo er in der Komintern arbeitete. Diese Organisation der internationalen kommunistischen Bewegung war ein Instrument der KPdSU und ihres Führers Stalin, doch der Bulgare Georgi Dimitroff, der die Komintern bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1943 leitete, besass einige Autorität.<sup>39</sup> Für einen ausländischen Kommunisten konnte die Komintern ein Sprungbrett auf dem Weg zu höheren Aufgaben sein – oder das Tor zur Hölle. Viele europäische Kommunisten, die vor faschistischen oder rechts-extremen Regimen nach Moskau geflohen waren, fielen dort Ende der dreissiger Jahre den Säuberungen zum Opfer. Tito überlebte nicht zuletzt deshalb, weil Dimitroff ihm sehr gewogen war. Die Leitungs-

position kommunistischer Untergrundparteien besetzte im Wesentlichen der Kreml, und im Jahr 1937 fiel die Wahl auf Tito.<sup>40</sup>

Tito, der zum Stachel im Fleisch der sowjetischen Führung werden sollte, verdankte seine Vorrangstellung unter den jugoslawischen Kommunisten also der Patronage Moskaus. Doch Tito sicherte sich in Jugoslawien eine vom sowjetischen Rückhalt unabhängige Führungsposition, die er später weiter festigte, nachdem er sich den Zorn Moskaus zugezogen hatte. Im Krieg und nach dem Bruch in den jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen im Jahr 1948 stellte er seine Führungsqualitäten unter Beweis. Bill Deakin, ein britischer Offizier, der im Jahr 1943 mit dem Fallschirm über dem besetzten Jugoslawien absprang, um Verbindung zu den Partisanen aufzunehmen, erklärte, Titos Autorität beruhe auf «wenigen Worten oder Gesten» und er genieße den «instinktiven und absoluten Respekt seiner Umgebung». Er sei «sicher in seinem Urteil und vollkommen selbstbeherrscht». Deakin hatte erwartet, einem doktrinären Parteiführer zu begegnen, der jede offene Debatte ablehnte, stellte jedoch fest, dass Tito «in der Diskussion flexibel» sei, «einen scharfen Verstand und Humor» besitze und ausgesprochen neugierig sei.<sup>41</sup>

Milovan Djilas, ein Waffenbruder Titos, nahm im Lauf der Jahre eine kritischere Haltung zu ihm ein als der konservative britische Soldat Deakin.<sup>42</sup> Djilas gehörte der Führung der jugoslawischen Partisanen und später der Nachkriegsregierung an, wandelte sich jedoch zu einem Kritiker des Systems und wurde im Januar 1954 aus der Partei ausgeschlossen, weil er eine Demokratisierung gefordert hatte. Nach der Veröffentlichung von *Die neue Klasse* (dem ersten in einer Reihe wichtiger Bücher von Djilas über den Kommunismus) wurde er ins Gefängnis gesteckt, wo er neun Jahre blieb. In diesem Buch stellte er fest, dass das sogenannte «sozialistische Eigentum» lediglich ein Deckmantel für das Eigentum der politischen Bürokratie (der neuen herrschenden Klasse) sei, welche die verstaatlichten Produktionsmittel für das Volk zu verwalten vorgebe.<sup>43</sup> In einem späteren Buch, ei-

ner kritischen, aber nuancierten Biographie Titos, beschrieb Djilas die intellektuellen Grenzen des Parteichefs, seine Eitelkeit und seinen zunehmenden Hang zum Luxus. Dennoch sprach Djilas ihm grosses politisches Talent zu. Tito habe ein Gefühl für den richtigen Augenblick gehabt, wenn es um wichtige Entscheidungen gegangen sei. Dazu kamen «ein enormes, nicht weniger spontanes als rationales Gefühl für Gefahren, ein unbeugsamer Wille zum Leben, ein andauernder, unauslöschbarer, einfallsreicher und ständiger Drang zur Macht».<sup>44</sup>

Im Zweiten Weltkrieg stand Tito nicht nur an der Spitze des von den Kommunisten dominierten Widerstands gegen die deutschen und italienischen Besatzer, sondern führte auch einen Bürgerkrieg, in dem die Partisanen sowohl über die kroatischen Faschisten als auch über die serbischen Nationalisten triumphierten. Im Jahr 1944 wurde Tito Chef einer provisorischen Regierung, in die er unter dem Druck der westlichen Alliierten drei royalistische Mitglieder aufnahm, derer er sich jedoch – wie der Monarchie insgesamt – im Jahr darauf entledigte. Das im Krieg zerschlagene Jugoslawien wurde als föderale Republik neu gegründet. Bereits Ende 1945 besaßen die jugoslawischen Kommunisten ein Machtmonopol, das sich ihre Genossen in anderen osteuropäischen Staaten erst Jahre später sichern konnten. Sie errangen die Macht zunächst auf dem Schlachtfeld und dann durch eine gnadenlose Beseitigung all jener, die mit den Besatzungsmächten kooperiert hatten. Im November 1945 legitimierten sie ihre Herrschaft durch eine Wahl, in der die Bürger lediglich für oder gegen die von der Kommunistischen Partei nominierten Kandidaten stimmen konnten. Da ihre Macht bereits unangefochten war und da sie aufgrund ihres Beitrags zur Befreiung des Landes tatsächlich beträchtliches Ansehen bei einem grossen Teil der Bevölkerung genossen, hätten sie sich womöglich auch in einer freien Wahl durchgesetzt. Aber unter den gegebenen Bedingungen vertrauten die Gegner der Kommunisten nicht darauf, gefahrlos gegen sie stimmen zu können, so dass sich Titos Partei 96 Prozent der Stimmen sicherte.<sup>45</sup> Der Aufstieg zur

Macht vereinigte einen Befreiungskrieg mit dem revolutionären Kampf. Nach der Machtergreifung wurde nichts mehr dem Zufall überlassen.

Militärischer Erfolg und Einschüchterung waren jedoch nicht die einzigen Gründe für den Erfolg der jugoslawischen Kommunisten. Abgesehen davon, dass sie soziale Gerechtigkeit versprachen, schienen sie am ehesten in der Lage, die Konflikte in dem Vielvölkerstaat unter Kontrolle zu bringen. Die Kommunisten konnten für sich in Anspruch nehmen, Angehörige aller südslawischen Volksgruppen in ihren Reihen zu haben, obwohl die verschiedenen Nationalitäten einander im Zweiten Weltkrieg – sowie schon früher und auch später wieder – erbittert bekämpft hatten. Tito selbst sprengte den nationalen Rahmen. Er war als Sohn eines Kroaten und einer Slowenin in einem kroatischen Dorf aufgewachsen. Unter den von ihm geführten Partisanen waren unverhältnismässig viele Serben und Montenegriener. (In der serbischen Bevölkerung verlief ein tiefer Graben zwischen Anhängern der nationalistischen Tschetniks und der kommunistischen Partisanen.) Auch im inneren Führungskreis der KP waren mehrere Nationalitäten vertreten.

Die albanischen Kommunisten kamen ebenfalls durch eine Kombination von nationalem Befreiungskampf gegen Besatzungsarmeen und Bürgerkrieg an die Macht. Im Widerstand gegen die Achsenmächte sicherten sich die albanischen Kommunisten eine klare Vormachtstellung. Im Jahr 1939 marschierten italienische Truppen in Albanien ein. Enver Hodscha, der Sohn eines Tuchhändlers, der sich während seiner Studienzeit in Frankreich dem Kommunismus zugewandt hatte, kämpfte von Anfang an im Widerstand und wurde Parteichef der 1941 gegründeten albanischen KP. Dieses Amt behielt er bis zu seinem Tod im Jahr 1985. Dass es ihm gelang, sich länger als jeder andere osteuropäische Parteichef an der Spitze der Hierarchie zu halten, verdankte er seiner Verschlagenheit, seiner Rücksichtslosigkeit und den von den Kommunisten aufgebauten Institutionen.

Im Zweiten Weltkrieg erhielten die albanischen Kommunisten

von den jugoslawischen Genossen mehr Unterstützung als aus Moskau, aber Hodscha wehrte sich schon im Krieg entschiedener gegen die Vereinnahmung durch die jugoslawische KP als andere in der Parteiführung. Im Jahr 1944 stürzten die Kommunisten die von Hitler-Deutschland abhängige Marionettenregierung in Tirana. So wie ihre jugoslawischen Genossen hatten auch sie es verstanden, einen nationalen Befreiungskampf für die Machtergreifung zu nutzen. Ihr Parteichef Enver Hodscha war belesen und intelligent (und verfasste im Alter interessante Memoiren).<sup>46</sup> Aber er war auch ein rachsüchtiger und dogmatischer Stalinist, der den sowjetischen Diktator auch nach der Enthüllung von dessen Verbrechen bis an sein Lebensende bewunderte. Vor dem Krieg hatte König Zogu in Albanien ein autoritäres Regime etabliert. Die von Hodscha geführten Kommunisten ersetzten nicht einfach eine autoritäre Herrschaft durch eine andere, sondern gingen zum Totalitarismus über. Hodscha ging bei der Zerschlagung der Zivilgesellschaft weiter als die meisten anderen kommunistischen Führer und verbot jegliche religiösen Institutionen und Riten.

## **KOMMUNISTISCHE REVOLUTIONEN IN ASIEN**

### **Die Machtergreifung der chinesischen Kommunisten**

Sieht man vom sowjetischen Marionettenregime in der Mongolei ab, so war China das erste ostasiatische Land, das kommunistisch wurde. Es war auch das erste Beispiel für eine erfolgreiche Revolution auf dem asiatischen Kontinent, die nicht von aussen gesteuert wurde. Die Machtergreifung der Kommunisten war langfristig sehr viel folgenreicher für die Weltpolitik als die Geschehnisse in Südosteuropa, aber es gibt einige Parallelen zu den Entwicklungen auf dem Balkan. Wie in Albanien, vor allem aber in Jugoslawien wurde in China ein natio-

naler Befreiungskrieg mit einem revolutionären Kampf verknüpft. Im Zweiten Weltkrieg kämpften Nationalisten und Kommunisten getrennt gegen die japanischen Besatzer. Die von Tschiang Kai-schek geführte nationalistische Kuomintang-Armee trug die Hauptlast des Kampfes und erlitt hohe Verluste. Die Kommunisten hingegen hielten ihre Verluste in Grenzen, indem sie sich zumeist auf Guerillaattacken beschränkten. Für Mao Tse-tung hatte die kommende Auseinandersetzung mit den Nationalisten um die Kontrolle über ganz China Vorrang. Zu Beginn des Kampfs gegen die japanischen Invasoren kontrollierten die Kommunisten Gebiete, in denen nur vier Millionen Menschen lebten. Am Ende des Kriegs beherrschten sie Gebiete mit mehr als 95 Millionen Einwohnern. Im selben Zeitraum war die Rote Armee – ab 1945 hiess sie Volksbefreiungsarmee – von 100'000 auf 900'000 Mann angewachsen.<sup>47</sup>

Mao war seit den dreissiger Jahren der unangefochtene Führer der chinesischen Kommunisten. Wie Tschiang Kai-schek lehnte er die amerikanischen Versuche ab, nach der japanischen Kapitulation eine Einigung zwischen den beiden Bürgerkriegsparteien zu vermitteln. Der Bürgerkrieg ging weiter, bis die Kommunisten 1949 den Sieg errangen. Die Kommunisten waren in der Auseinandersetzung um die Gunst der Landbewohner, die zu dieser Zeit den Grossteil der chinesischen Bevölkerung stellten, im Vorteil und gewannen insbesondere die ärmeren Bauern und die besitzlosen Landarbeiter für sich.<sup>48</sup> Diesen versprachen sie Land, während die Nationalisten kein solches Angebot machen konnten, weil sie auf die Unterstützung der Grossgrundbesitzer und der regionalen Machthaber angewiesen waren. Die Kuomintang litt auch unter der ausufernden Korruption und einer galoppierenden Inflation, die ihre Regierung nicht unter Kontrolle bringen konnte.

Ein Teil derer, die im Krieg gegen Japan für die Kuomintang gekämpft hatten, war bereit, sich den Kommunisten anzuschliessen, die ihre Anhänger gut versorgten und auch nicht zögerten, Chinesen zu rekrutieren, die auf Seiten der Japaner gekämpft hatten.

Die Kommunisten verfügten über Geschütze, die überwiegend japanischen Ursprungs waren und ihnen von ihren sowjetischen Verbündeten zur Verfügung gestellt worden waren. Mit Zhu De stand ein fähiger Militär an der Spitze ihrer «Volksbefreiungsarmee», während Mao das Revolutionäre Militärkomitee leitete und die oberste Amtsgewalt besass. Seine kompetente und rücksichtslose Führung und seine Entschlossenheit, ganz China unter kommunistische Kontrolle zu bringen, trugen wesentlich dazu bei, dass die Machtergreifung gelang.

In den ersten beiden Jahren des Bürgerkriegs, der 1946 ausbrach, waren die von Tschiang Kai-schek geführten nationalen Kräfte den Kommunisten zahlenmässig deutlich überlegen und besser ausgerüstet, und insbesondere im ersten Kriegsjahr feierten sie militärische Erfolge. Aber fortan gelang es den Kommunisten besser als den nationalistischen Führern, ihre Truppen zu motivieren und sich Rückhalt in der chinesischen Gesellschaft zu sichern. Der Sieg der Kommunisten war sowohl ein militärischer als auch ein politischer Erfolg. Mao zeigte, dass auch die Kommunisten in der Lage waren, den Nationalstolz für sich zu nutzen. Obwohl die kommunistische Machtergreifung in mancher Hinsicht einen Bruch mit der chinesischen Tradition bedeutete, appellierten die Kommunisten erfolgreich an patriotische Gefühle und an den Wunsch, die demütigenden Erfahrungen der vergangenen anderthalb Jahrhunderte vergessen zu machen. Bei der Gründung der Volksrepublik China im Oktober 1949 erklärte Mao, das chinesische Volk habe sich «aufgerichtet».<sup>49</sup>

## **Pol Pot und die Killing Fields von Kambodscha**

Nachdem der kambodschanische Herrscher Prinz Sihanouk im Jahr 1970 durch einen von General Lon Nol geführten Putsch gestürzt worden war, entbrannte ein brutaler Bürgerkrieg zwischen den kommunistischen Roten Khmer und antikommunistischen Kräften. Schon

vor ihrer Machtergreifung gaben die Khmer Rouge einen Vorgeschmack auf ihre extreme Brutalität: Nach der Eroberung Udongs, der ehemaligen Hauptstadt des Königreichs, massakrierten sie zehntausend Einwohner.<sup>50</sup> Nach der Einnahme der Hauptstadt Phnom Penh versuchten sie, ein neuartiges kommunistisches System zu errichten: Sie verfrachteten die Stadtbevölkerung aufs Land, schafften das Geld ab und schlossen alle Schulen und Märkte. Schneller als in jedem anderen kommunistischen Land wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft abgeschlossen und praktisch die gesamte Bevölkerung zur Landarbeit gezwungen. Zwischen 1975 und 1979, dem Jahr der vietnamesischen Invasion, die der Diktatur der Roten Khmer ein Ende machte und sie durch ein «normaleres» kommunistisches Regime ersetzte, hatten die Khmer mindestens ein Fünftel, möglicherweise sogar ein Viertel der Bevölkerung des Landes ausgerottet.

Der Führer der Roten Khmer war Pol Pot («Bruder Nummer eins»), dessen Geburtsname Saloth Sar war. Er hatte als junger Mann in Frankreich studiert und war der französischen KP beigetreten. Nach der Rückkehr in sein Geburtsland arbeitete er als Schullehrer. Er wurde von Mao und der chinesischen Kulturrevolution beeinflusst, übertraf Mao jedoch sowohl im utopischen Denken als auch in der Begeisterung für einen blutigen Klassenkampf. In seiner kurzen Zeit an der Spitze des Regimes der Roten Khmer hielt er sich vom Rampenlicht fern und verzichtete im Gegensatz zu Mao vollkommen auf jeglichen Kult um seine Person. Pol Pot glaubte an die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft, die auf den Gebeinen der von seinen Gefolgsleuten getöteten Kambodschaner errichtet werden sollte. Zehntausenden Menschen wurde die Kehle durchgeschnitten, andere wurden mit Spaten erschlagen, erschossen oder fielen der durch die Politik der Roten Khmer verursachten Hungersnot zum Opfer. Unter den Verhafteten, die vor der Hinrichtung gefoltert wurden, waren auch Kameraden Pol Pots, die sich als Freunde des Parteiführers betrachtet hatten. Bis 1979 verloren 42 Prozent der kambodscha-



nischen Kinder zumindest ein Elternteil. Während die Katastrophe ihren Lauf nahm, bewahrte sich Pol Pot einen unerschütterlichen Glauben an sein Genie.<sup>51</sup> Er war überzeugt, die Geschichte werde ihn noch über seine glorreichen Vorgänger Marx, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung stellen.<sup>52</sup> Als die vietnamesischen Invasoren in Phnom Penh ein Regime ihrer Wahl installierten, zog sich Pol Pot mit seinen Getreuen in den Dschungel im kambodschanisch-thailändischen Grenzgebiet zurück und begann einen Guerillakrieg, der weitere achtzehn Jahre dauern sollte. Bemerkenswert ist, dass sein Regime von den Vereinten Nationen weiter als legitime Regierung Kambodschas anerkannt wurde, was auf die Unterstützung Chinas für Pol Pot sowie auf die Tatsache zurückzuführen war, dass die westliche Wahrnehmung Kambodschas durch den Kalten Krieg verzerrt war: Nicht China, sondern die Sowjetunion war der wichtigste Gegner. Pol Pot starb im Jahr 1998 kurz vor seinem 73. Geburtstag eines natürlichen Todes.

## **DER ZUSAMMENBRUCH DES KOMMUNISMUS IN EUROPA: KEINE REVOLUTIONEN**

Es mag sonderbar scheinen, dass Nicht-Revolutionen in einem Kapitel über Revolutionen und revolutionäre Führung behandelt werden. Aber das hat einen einfachen Grund: Es gibt den weitverbreiteten Mythos, im Jahr 1989 hätte in Osteuropa eine «Revolution» stattgefunden. Diese Einschätzung ist ein aufschlussreiches Beispiel für die romantische Aura, die das Wort seit der Französischen Revolution umgibt, und dafür, dass Menschen, die etwas ganz anderes – und Besseres – als eine Revolution erlebten, ein Bedürfnis nach jenem alten revolutionären Elan verspüren und ihren Glauben bekräftigen müssen, den Systemwandel selbst herbeigeführt zu haben.

Es ist jedoch sinnvoll, Revolutionen, die mit Gewalt oder der Dro-

hung von Gewaltanwendung einhergehen, nicht nur von friedlichen transformativen Veränderungen, sondern auch vom Zusammenbruch eines Regimes zu unterscheiden, das nur so lange existieren konnte, wie es von einer ausländischen Macht gestützt wurde. Wenn die Führung einer Hegemonialmacht entscheidet, anderen Ländern nicht länger gegen den Willen ihrer Bevölkerung ein System oder ein Regime aufzuzwingen, kann der Zusammenbruch der Regime dieser Länder nicht als Revolution bezeichnet werden. Die Transformation Osteuropas in den Jahren 1989/90 ist ein gutes Beispiel dafür. Gorbatschow und seine Verbündeten in der sowjetischen Führung hatten klargestellt, dass sie keine Gewalt anwenden würden, um die kommunistischen Systeme in Osteuropa zu erhalten.<sup>53</sup> Diese Regime waren den Ländern von der Sowjetunion aufgezwungen worden und handelten, wenn man von den Ausnahmen Jugoslawiens, Albaniens und Rumäniens absieht, keineswegs autonom. Als die UdSSR aufhörte, Veränderungen in der Region Grenzen zu setzen und Abweichungen zu bestrafen, verlangten die Völker dieser Länder bald ihre nationale Unabhängigkeit. Es kam zu friedlichen Massenkundgebungen, die jedoch ebenso Symptom wie Ursache systemischer Veränderungen waren. Dies war keine Revolution; es war etwas Besseres.

Insbesondere in Polen und Ungarn wurde der Übergang zur Demokratie auf dem Verhandlungsweg bewerkstelligt. Diese beiden Länder nutzten als Erste die neuen Chancen, die sich dank der Veränderungen in Moskau boten, und Polen preschte voran, indem es bereits im August 1989 mit Tadeusz Mazowiecki einen nicht-kommunistischen Ministerpräsidenten wählte. In der Tschechoslowakei kam es Ende des Jahres zu Grosskundgebungen gegen das kommunistische Regime, nachdem sich herausgestellt hatte, dass eine erneute militärische Unterdrückung der Proteste durch die Rote Armee ausbleiben würde. Die Gruppe derer, die zwei Jahrzehnte lang Untergrundliteratur geschrieben und verteilt hatten, zählte nicht mehr als tausend

Köpfe; dieser kleine Kreis war von den Machthabern verfolgt und von der Mehrheit der Bevölkerung ignoriert worden.<sup>54</sup> Aber im Lauf des Jahres 1989 schwoll die Zahl der Bürger, die sich offen zu den Zielen der Dissidenten bekannten, rasant an, und am 19. November benannte die bedrängte Minderheit, die im Jahr 1977 die Charta 77 als oppositionelle Pressure Group gegründet hatte, ihre Bewegung in «Bürgerforum» um, dessen informeller Führer der Schriftsteller Václav Havel war. Von Mitte November bis Anfang Dezember versammelte sich die Gruppe im Theater Laterna Magika in Prag zu demokratischen Debatten, in denen jeder Teilnehmer seine Meinung sagen konnte und wichtige Fragen per Abstimmung geklärt wurden.<sup>55</sup> Aber dem Historiker Timothy Garton Ash, der bei den meisten Diskussionen zugegen war, fiel auch die herausragende Stellung Havels auf: «Eine weniger autoritäre Persönlichkeit als die Havels konnte man sich kaum vorstellen», aber ihm wurde oft der abschliessende Schiedsspruch überlassen, denn er war «die einzige Person, die in der Lage war, zwischen den sehr unterschiedlichen Tendenzen und Interessen in der Bewegung auszugleichen».<sup>56</sup>

Friedliche Massenproteste gegen die kommunistische Herrschaft setzten die Regierung unter Druck, aber den Ausschlag gab eine Versammlung der Regierungen des Warschauer Pakts im Dezember, die eine Erklärung herausgab, in der es hiess, die sowjetische Invasion von 1968 sei falsch und rechtswidrig gewesen. Da sämtliche Mitglieder der Parteiführung ihre Macht letzten Endes jener Militärintervention verdankten, war ihre Position nun endgültig unhaltbar geworden. Innerhalb weniger Tage traten Ministerpräsident Ladislav Adamec und Präsident Gustav Husak zurück. Es wurde eine überwiegend nicht-kommunistische Regierung gebildet, der auch führende Mitglieder der Charta 77 angehörten. Am 29. Dezember wählte das Parlament Havel zum Präsidenten der Tschechoslowakei.

In Bulgarien wurde der langjährige Parteichef Todor Schiwkow einen Tag nach der Öffnung der Berliner Mauer in einer Palastrevolte

gestürzt. Von da an trieben die Bulgaren eine friedliche demokratische Transition voran, und im Oktober 1991 fanden freie Wahlen statt. Dasselbe gelang in Albanien, das viele Jahre das repressivste Regime Europas zu ertragen hatte. Obwohl Albanien nicht dem Warschauer Pakt angehörte, war es nicht gegen eine Ansteckung durch die Geschehnisse in Osteuropa gefeit. Im Dezember 1990 stimmte die kommunistische Parteiführung der Zulassung von Oppositionsparteien zu, und schon am nächsten Tag wurde die Demokratische Partei Albaniens (DPA) gegründet. Bei den Wahlen im Jahr 1991 schnitt die DPA schlechter ab als die Nachfolgepartei der KP, die Sozialistische Partei Albaniens, aber im Jahr darauf errang die demokratische Opposition einen überwältigenden Wahlsieg. Keine dieser friedlichen Transformationen in Mittel- und Osteuropa kann als Revolution im herkömmlichen Sinn des Worts bezeichnet werden.<sup>57</sup>

Nur die Geschehnisse in Rumänien kamen einer Revolution nahe, obwohl die von Huntington oder Dunn beschriebenen Kriterien auch dort nicht erfüllt wurden. Die Veränderungen in der Sowjetunion wirkten sich auf die Stimmung in der rumänischen Bevölkerung aus, aber Moskau hatte seit Langem keinen Einfluss mehr auf die Führung der rumänischen KP. Das Regime ging mit brutaler Härte gegen jene vor, die gegen die diktatorische Herrschaft Nicolae Ceaușescu demonstrierten. Auch einige seiner Widersacher innerhalb des Systems wandten Gewalt an. Dazu kam gewaltloser Widerstand der Bevölkerung. Die Vorgänge wurden von einer Gruppe innerhalb der kommunistischen Elite genutzt, um die bis dahin herrschende Fraktion zu verdrängen.<sup>58</sup>

Auch die Entwicklungen in der DDR und in Jugoslawien waren (auf unterschiedliche Art) Ausnahmen von dem Prozess im übrigen Mittel- und Osteuropa, obwohl in beiden Fällen nicht von einer Revolution gesprochen werden kann. Im Fall der DDR wurden die Kundgebungen für eine Demokratisierung im Jahr 1989 rasch durch Forderungen nach der Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik abgelöst, die rasch Früchte trugen. Während die nationale Bewegung

in Deutschland zur Verschmelzung der beiden Staaten in einer vergrößerten Bundesrepublik führte, mündete das Erwachen der nationalen Identitäten im Vielvölkerstaat Jugoslawien in einen Bürgerkrieg. Ende der achtziger Jahre hatte der Marxismus-Leninismus dort jegliche Anziehungskraft verloren, und seit Titos Tod war kein politischer Führer mehr aufgetaucht, der in den sehr unterschiedlich entwickelten Republiken ähnlichen Respekt genossen hätte. Insbesondere der serbische KP-Chef Slobodan Milosevic spielte die nationalistische Karte aus. Als ihm klar wurde, dass die von Tito gegründete Föderation kaum Überlebenschancen hatte, machte er sich daran, ein grossserbisches Reich zu errichten (oder wiederzuerrichten). Die Konsequenzen waren verheerend; als Revolution kann diese Katastrophe jedoch nicht bezeichnet werden.<sup>59</sup>

Der Systemwandel in Osteuropa in den Jahren 1989/90 wies in den einzelnen Ländern also einige gemeinsame Elemente auf, es gab jedoch auch beträchtliche Unterschiede. Kommunistische Regime, die unerschütterlich schienen, solange sie auf den Rückhalt Moskaus zählen konnten, lösten sich auf, wobei sie ein unterschiedliches Mass an Groll oder Resignation an den Tag legten. Grenzüberschreitende Einflüsse, die zunächst von der Sowjetunion, in der Folge jedoch auch von anderen mittel- und osteuropäischen Ländern ausgingen, wirkten sich entscheidend aus. Ideen spielten eine wichtige Rolle – nicht nur der Wunsch nach nationaler Unabhängigkeit, sondern auch das Streben nach Demokratie. In den Ländern, wo der Einfluss Moskaus seit Jahren schwand, aber einheimische Kommunisten autoritäre oder totalitäre Regime geleitet hatten, endete die kommunistische Herrschaft sehr viel weniger reibungslos. In Albanien, das ethnisch homogener war als die meisten Länder in der Region, handelten die Kommunisten den Übergang zum politischen Pluralismus mit der Opposition friedlich aus. In Rumänien hingegen spaltete sich die KP, im Dezember wurden mehr als tausend Menschen bei Zusammenstössen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften getötet, und am Weihnachtstag

1989 wurde Ceauçescu mit Unterstützung einiger ehemaliger Politbürokollegen standrechtlich erschossen.<sup>60</sup> Der jugoslawische Vielvölkerstaat löste sich in einem blutigen Bürgerkrieg auf, und seine Nachfolgestaaten tasteten sich in den folgenden zwei Jahrzehnten unterschiedlich schnell an unterschiedlich ausgeprägte Demokratien heran.

## **FÜHRERLOSE REVOLUTIONEN**

Während die indigene kommunistische Machtergreifung in den beschriebenen Fällen von einer mächtigen Gruppe innerhalb der Partei angeführt wurde, wobei sich oft eine Person mit besonderer Autorität hervortat, brachen viele Revolutionen so plötzlich aus, dass die Entwicklung selbst die am besten organisierten Oppositionsgruppen überraschte. Sun Jat-sen hielt sich in Colorado auf, als im Jahr 1911 die chinesische Revolution begann, und Lenin war im Exil in der Schweiz, als in Russland die erste der beiden Revolutionen des Jahres 1917 ausbrach. Ebenso verhielt es sich bei der iranischen Revolution von 1979 sowie den revolutionären Erhebungen in der arabischen Welt im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts.

### **Die iranische Revolution**

Die iranische Revolution von 1977 bis 1979 begann mit Massenkundgebungen gegen die Herrschaft von Schah Resa Pahlewi, wobei mehrfach rund zwei Millionen Menschen der Geheimpolizei trotzten und auf die Strasse gingen. Die meisten Demonstrationen verliefen friedlich, aber es kam auch zu Gewaltakten, insbesondere seitens der Sicherheitskräfte. Im Iran hatten Protestkundgebungen mindestens seit dem späten 19. Jahrhundert Tradition, und Anfang der fünfziger Jahre hatte es grosse Demonstrationen zur Unterstützung des Mini-

sterpräsidenten Mohammed Mossadegh gegeben, eines liberalen Nationalisten, der mit dem Schah – und britischen Wirtschaftsinteressen – in Konflikt geraten und mit Unterstützung von Briten und Amerikanern in einem Staatsstreich gestürzt worden war. Nicht nur das iranische Volk stand damals auf der Verliererseite, sondern auch der Westen, der sich mit seinem Vorgehen auf Dauer das Misstrauen der Iraner zuzog. Kein späterer Führer des Iran war annähernd so liberal oder demokratisch wie Mossadegh. Nachdem der populäre Ministerpräsident als mässiger Faktor beseitigt war, konnte der Schah ungehindert eine autoritäre Herrschaft ausüben. Bis zu seinem Sturz durch die Revolution im Jahr 1979 diente er anders als Mossadegh den kurzsichtigen westlichen Interessen, die in Washington und London definiert wurden.<sup>61</sup>

Im Jahr 1963 kam es im Iran zu Kundgebungen für Ajatollah Ruhollah Chomeini, der den Schah für dessen Entscheidung kritisiert hatte, amerikanischem Militärpersonal Immunität gegenüber der iranischen Justiz zu gewähren.<sup>62</sup> Im folgenden Jahr wurde Chomeini ins Exil geschickt und konnte erst nach der Revolution im Februar 1979 in seine Heimat zurückkehren. Ein Teil der Iraner, die an den Protesten gegen das Schah-Regime teilnahmen, wurde von Chomeinis Idee einer islamischen Republik inspiriert, während andere voll Bewunderung auf die liberale und säkulare Regierung Mossadeghs zurückblickten. In den siebziger Jahren begannen die westlichen Mächte, die Menschenrechtsverstösse im Iran genauer unter die Lupe zu nehmen, und Jimmy Carters Sieg bei den amerikanischen Präsidentenwahlen im Jahr 1976 gab den Gegnern des Schah-Regimes Auftrieb, denn Carter hatte den Iran im Wahlkampf zu mehr Achtung vor den Menschenrechten aufgefordert. Der Schah reagierte und wies seine Geheimpolizei SAVAK an, Häftlinge nicht mehr zu foltern.<sup>63</sup>

Eine neue Politik der partiellen Liberalisierung machte es möglich, dass zahlreiche jahrelang unterdrückte Organisationen aus der Versenkung auftauchten, darunter Mossadeghs Nationale Front, der

Schriftstellerverband, der Lehrerverband und die Hesb-e Tudeh («Partei der Massen», das heisst die Kommunistische Partei). Dazu tauchen zahlreiche neue Organisationen auf, zum Beispiel das Komitee für die Verteidigung politischer Häftlinge und das Komitee für die Verteidigung der Menschenrechte.<sup>64</sup> Im Jahr 1977 begannen in Teheran Demonstrationen gegen die Herrschaft des Schahs, gegen die ausufernde Korruption und gegen die Abhängigkeit des Landes von ausländischen Interessen. Im Jahr darauf breiteten sich die Proteste im Land aus. Das Militär zerstreute die Kundgebungen, verhaftete 650 Demonstranten und tötete neun Menschen, die Polizeiwachen, Luxushotels, den Sitz der Iranisch-Amerikanischen Gesellschaft und die Niederlassung von Pepsi-Cola attackiert hatten. Die meisten Teilnehmer an den Unruhen waren junge Leute: Studenten, Schüler und Fabrikarbeiter. Die Revolte griff um sich, und im August 1978 starben in Abadan bei einem Brand in einem Kino 430 Menschen. Im September wurde in elf Städten das Kriegsrecht verhängt, und der Militärgouverneur von Teheran befahl den Truppen, die Menschenmengen zu zerstreuen, die Slogans gegen den Schah skandierten. Die Soldaten feuerten wahllos in die Menge; sogar das Regime nannte eine Zahl von 87 Todesopfern, während die Opposition behauptete, es seien mindestens 4'000 Menschen getötet worden, was wiederum übertrieben war. Im November wuchs die Gewaltbereitschaft der Demonstranten. In Teheran setzten sie zahlreiche Gebäude in Brand oder plünderten sie, darunter die britische Botschaft. Am Jahresende waren auch viele Militärangehörige nicht mehr bereit, sich an der Repression zu beteiligen. Im Januar 1979 verliess der Schah den Iran, nachdem er begriffen hatte, dass er die Kontrolle nicht nur über die Bevölkerung, sondern auch über das Militär verloren hatte. Soldaten verweigerten den Befehl, desertierten, gaben Demonstranten ihre Waffen oder schossen selbst auf übereifrige Offiziere.<sup>65</sup>

Die iranische Revolution verlief keineswegs unblutig, obwohl die nach der Machtübernahme von den Islamisten ermittelte Zahl von



über 60'000 «Märtyrern» stark übertrieben scheint. Nach Schätzung von zwei Soziologen wurden rund 3'000 Menschen getötet. Ervand Abrahamian, ein Spezialist für die Geschichte des neuzeitlichen Iran, hat darauf hingewiesen, dass die Revolution nicht von oben gesteuert wurde, sondern spontan in der Bevölkerung entstand:

Es gab keine landesweit aktiven Parteien, keine geordneten Netzwerke und keine koordinierten Organisationen, die Massenproteste, Versammlungen und Streiks organisiert hätten. Im Gegenteil, die Menschenmengen wurden oft von spontan entstandenen Gruppen, Basisorganisationen und zumeist informellen Netzwerken mobilisiert: von Klassenkameraden in Schulen und Hochschulen, Teenagern in den Armenvierteln, Mitgliedern von Berufsverbänden, Ladenbesitzern und gelegentlich von Predigern auf den städtischen Basaren.<sup>66</sup>

Was nach der Revolution geschah, war eine andere Geschichte. Ajatollah Chomeini und die radikalen Islamisten hatten die Revolution nicht organisiert, aber sie nutzten entschlossen die Gelegenheit, die sie ihnen bot. Dabei kam es Chomeini entgegen, dass seine radikalen Ansichten der zum Zeitpunkt der Revolution verbreiteten Stimmung entsprachen. Er selbst kehrte erst am 1. Februar 1979 in den Iran zurück, siebzehn Tage, nachdem der Schah das Land verlassen hatte. Zwei Millionen Menschen bereiteten ihm einen begeisterten Empfang. Die letzte Phase der Revolution dauerte nur wenige Tage. Menschenmengen hinderten die Minister der vom Schah eingesetzten Regierung daran, ihre Büros zu erreichen, und brachen in Waffendepots ein, um mit dem erbeuteten Kriegsgerät die Palastwache zu bekämpfen, den letzten Truppenteil, der dem Schah noch die Treue hielt.<sup>67</sup>

Diese Vorgänge zeigen, dass eine Revolution ohne Führer gemacht werden kann, dass sich jedoch auch in einem solchen Fall im Anschluss an die Revolution rasch eine Führung herauskristallisiert.

Im Iran war diese Führung islamistisch. Chomeini war bis zu seinem Tod im Jahr 1989 ihre massgebliche Figur. Er errichtete eine bis heute herrschende Theokratie, in der die religiöse Führung grössere Macht ausübt als die säkulare.

## **Die arabischen Revolutionen im 21. Jahrhundert**

Auch wenn die Extremisten am Ende die Früchte der erfolgreichen Volkserhebung ernteten, wäre es jedoch irreführend, die vielfältigen Gruppen, die an der iranischen Revolution beteiligt waren, allesamt als radikalislamisch zu bezeichnen. Das gilt noch mehr für die arabischen Revolutionen, die eine Generation später begannen. Die Aufstände in weiten Teilen der arabischen Welt begannen im Dezember 2010 mit einem anscheinend nebensächlichen Vorfall: In Tunesien beschlagnahmten Beamte den Karren und die Lebensmittel eines Strassenhändlers namens Mohamed Bouasisi, der keine Verkaufslizenz besass, weil er das erforderliche Bestechungsgeld nicht aufbringen konnte. Verzweifelt über den Verlust seines gesamten Besitzes und die erlittene Ungerechtigkeit, setzte er sich selbst in Brand und erlag zwei Wochen später seinen Verletzungen.

Es gab gute Gründe für eine Revolution in der arabischen Welt: eine repressive Herrschaft diktatorischer Führer, Massenarbeitslosigkeit, Vetternwirtschaft, Korruption, Armut in Verbindung mit extremer Ungleichheit, die Unterdrückung der Frau sowie Sektierertum und Intoleranz zwischen den Religionsgruppen. Viele Menschen konnten die Verzweiflung nachempfinden, die Bouasisi zur Selbstverbrennung getrieben hatte. Bis dahin hatte die begründete Furcht vor der Vergeltung der Machthaber die Bevölkerung von einer Rebellion abgehalten. Der Journalist Jeremy Bowen, Nahostexperte der BBC, schreibt in seinem Buch *The Arab Uprisings*:

Bei meiner ersten Nahostreise nach der irakischen Invasion Kuwaits im Jahr 1990 hörte ich einige erfahrene Kollegen sagen, die Araber hätten eine Vorliebe für starke Führer. Diese Neigung schien zu erklären, warum sich Figuren wie Saddam Hussein an der Macht halten konnten, obwohl sie zahlreiche Untertanen ins Gefängnis werfen und oft töten liessen. Mir wurde rasch klar, dass die Despoten durch Gewalt und Furcht herrschten, und dass die Vorstellung, die Araber fänden Gefallen daran, absurd war, aber ich muss zu meiner Schande gestehen, dass sich diese Vorstellung offenbar in einige meiner Arbeiten einschlich, ehe ich mir dessen bewusst wurde.<sup>68</sup>

Die durch Bouasisis Verzweiflungstat ausgelösten Aufstände führten zum Sturz der Diktatoren Tunesiens (Zine el-Abidine Ben Ali) und Ägyptens (Husni Mubarak) sowie zur Gefangennahme und Tötung von Libyens Muammar al-Gaddafi. Die Erhebung im Jemen zwang Präsident Ali Abdullah Saleh nach mehr als dreissig Jahren an der Macht zum Rücktritt, obwohl das Ergebnis unklar war: Saleh blieb im Land, und viele Mitglieder des Sicherheitsdienstes, die ihm und seiner Familie die Treue hielten, behielten ihre Posten.<sup>69</sup> Die revolutionäre Bewegung erfasste den gesamten Nahen Osten und Nordafrika, begünstigt durch die gemeinsame arabische Sprache, die umfassende Berichterstattung von Al-Dschasira, das Internet und die Verbreitung von Mobiltelefonen.

In fast allen Ländern der Region setzte sich der Glaube an die Möglichkeit von Veränderungen durch, angespornt von der wachsenden Zahl derer, die bereit waren, sich ihren Regimen zu widersetzen, sowie vom ermutigenden Beispiel des Sturzes anscheinend stabiler Autokratien wie denen von Ben Ali, Mubarak und Gaddafi. Ben Ali und Mubarak wurden samt ihrer Gefolgschaft allein von ihren eigenen Bürgern zu Fall gebracht, während die Aufständischen in Libyen die Luftunterstützung der NATO erbaten und mit dem Segen der Vereinten Nationen auch erhielten.

Wie David Gardner, der ehemalige Nahostredakteur der *Financial*

*Times*, angemerkt hat, stützten sich die westlichen Regierungen im Nahen Osten seit Langem auf «ein Netzwerk starker Männer». Der arabische Frühling war eine grosse Herausforderung für die «Realpolitiker», die uneinheitlich reagierten: Beispielsweise erhielten die libyschen Rebellen militärische Hilfe, während Bahrain mit einer milden Rüge für die brutale Unterdrückung friedlicher Demonstranten davonkam.<sup>70</sup> In den meisten Fällen waren die Proteste anfangs vollkommen gewaltlos, was ihnen die Sympathie der Weltöffentlichkeit sicherte. Als die Regime, wie nicht anders zu erwarten, zur Repression übergingen, begannen auch die Demonstranten in unterschiedlichem Mass, zur Gewalt zu greifen. Insbesondere in Syrien führte dies zu einem langen und brutalen Bürgerkrieg. Die Monarchien in der Region haben den arabischen Frühling besser überstanden als die Republiken, obwohl sie ebenfalls autoritär sind. Das liegt teilweise daran, dass die Monarchen in den Augen der Bevölkerung grössere Legitimität besitzen als die selbsternannten Despoten in den Republiken. Sie verdanken ihr (trotz allem ungewisses) Überleben auch der Tatsache, dass sie ihren Bürgern einige geringfügige Freiheitsrechte einräumten und beträchtliche materielle Zugeständnisse machten, um die Unzufriedenheit zu verringern. Insbesondere in Jordanien und Marokko wurden im Jahr 2011 Reformen durchgeführt, um radikalen Forderungen oder einer revolutionären Erhebung zuvorzukommen.

Das Erbrecht auf die politische Macht wird in Monarchien, in denen es traditionell eine Grundregel des Systems ist, eher akzeptiert als in Republiken, in denen der Übergang des Herrschaftsanspruchs auf Familienangehörige als zusätzlicher Missstand in einer ohnehin ungerechten Ordnung empfunden wird. Die Absicht Mubaraks, Gaddafis und Salehs, ihr Amt jeweils auf einen ihrer Söhne zu übertragen, bewegte die Ägypter, Libyer und Jemeniten dazu, noch lauter nach ihrem Sturz zu rufen. In Syrien war die Macht bereits zur Jahrhundertwende vererbt worden, und die folgenden Erfahrungen waren

kaum als Werbung für diese Form der Nachfolgeregelung geeignet. Und während es in Syrien anfangs den Anschein hatte, als wäre die Herrschaft Baschar al-Assads weniger brutal als die seines unbarmherzigen Vaters Hafis al-Assad, weckte der willkürliche und rohe Gewalteinsatz gegen jene, die sich zunächst friedlich gegen sein Regime erhoben, rasch Erinnerungen an den älteren Assad.

Die arabischen Revolutionen von 2011 waren in der Regel führerlos. Das gilt sowohl für jene, die das alte Regime zu Fall brachten, als auch für jene, die erfolglos blieben. Dort, wo sich die Auseinandersetzung in die Länge zog – beispielsweise in Syrien –, traten organisierte Gruppen einschliesslich islamistischer Organisationen in den Vordergrund, selbst wenn sich das alte Regime mit Mühe an der Macht halten konnte. Dort hingegen, wo die Revolution rasch zum Erfolg führte – in Tunesien und Ägypten –, ging der massive Widerstand von einer Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen aus und traf die Machthaber unvorbereitet. Es verwirrte die unter Druck geratenen Regime, dass keine Führer des Aufstands identifiziert – und beseitigt – werden konnten. Auch wenn die junge, gebildete Mittelschicht eine gemessen an ihrer Zahl unverhältnismässig grosse Rolle in diesen Revolutionen spielte, profitierten die erfolgreicherer Aufstände von der Beteiligung der Armen, welche die Masse der Kundgebungsteilnehmer stellten, schon weil sie «keinen Anteil an der alten Welt und nichts zu verlieren hatten, als sie sich erhoben».<sup>71</sup> Natürlich gab es auch bei den Kundgebungen informelle Führer, die jedoch zumeist keiner Organisation wie einer Partei oder einer Gewerkschaft angehörten und auch keine «charismatischen» Führer waren. Vielmehr waren sie Internetaktivisten, die Informationen über die Demonstrationen und über die brutale Reaktion des Regimes verbreiteten, auf diesem Weg ihre Freunde mobilisierten und immer grössere Kreise erreichten.<sup>72</sup>

Im Gefolge jener arabischen Revolutionen, die im Grunde säkulare Autokraten zu Fall brachten (die jedoch allesamt Lippenbekenntnisse zum Islam abgelegt hatten), verwandelten sich die Vorteile ei-

ner führerlosen Bewegung in einen Nachteil (wie im Iran im Jahr 1979). Die am besten organisierten Gruppen stiessen rasch in das Machtvakuum vor, und den neuen Führern ging es nicht darum, einen Konsens herzustellen und demokratische Institutionen aufzubauen; vielmehr wollten sie der Gesellschaft ihren Willen aufzwingen. Bei den Wahlen in Ägypten im Jahr 2012, die zumindest insofern demokratisch waren, als die Stimmen ehrlich gezählt wurden und das Ergebnis nicht von vornherein feststand, hatten die Bürger nur die Wahl zwischen zwei Kandidaten. Keiner der beiden übte grosse Anziehungskraft auf eine Bevölkerung aus, die viel riskiert hatte, um den Rücktritt Mubaraks zu erzwingen. Die Wähler mussten sich zwischen Mubaraks letztem Ministerpräsidenten Ahmed Schafik, der die Rückendeckung des Militärs genoss, und Mohammed Mursi, einem führenden Mitglied der Muslimbruderschaft, entscheiden. Mursi errang schliesslich einen knappen Sieg. Viele säkular denkende Ägypter, die den Muslimbrüdern misstrauten, hatten gleichwohl Mursi gewählt, weil die Opfer all jener, die in der Revolution getötet oder verstümmelt worden waren, vergeblich gewesen wären, wenn ein prominentes Mitglied des Mubarak-Regimes den Sieg davongetragen hätte.

Obwohl die Muslimbruderschaft nicht die treibende Kraft hinter der Revolution von 2011 war, war sie ihr grösster Nutzniesser. Jene, die an der Kompetenz der Muslimbrüder zweifelten, bei der Präsidentenwahl jedoch bereit waren, Mursi einen Vertrauensvorschuss zu geben, mussten rasch feststellen, dass ihre Zweifel eher begründet gewesen waren als ihre Hoffnungen. Zum Zeitpunkt seines Wahlsiegs Mitte 2012 gaben in Umfragen 57 Prozent der Befragten an, ein positives Bild von Mursi zu haben; bis Mai 2013 war dieser Anteil auf 28 Prozent abgesackt.<sup>73</sup> Noch schwerer wog, dass er mit einer nur knappen Mehrheit im Rücken einseitige Veränderungen erzwingen wollte, anstatt sich um Konsens zu bemühen. Nur 32 Prozent der Wahlberechtigten stimmten über die neue Verfassung ab.

Selbstverständlich war Mursi abgesehen von einer Wirtschaftskri-

se, die vielen Ägyptern besondere Sorgen machte, mit zahlreichen Problemen konfrontiert. Die Institutionen des «tiefen Staates», der unter Mubarak Gestalt angenommen hatte – die Armee, die Sicherheitskräfte, ein Grossteil der Justiz und der Grossunternehmen –, misstrauten den Muslimbrüdern. Das Militär hatte im Verlauf der Revolution von 2011 an Autorität gewonnen, da es der Absetzung Mubaraks zugestimmt hatte. Mursis Regierung sah sich einer Vielzahl von Gegnern gegenüber. Selbst die Salafisten, die eine kurzlebige Allianz mit der Muslimbruderschaft geschlossen hatten, waren enttäuscht: In den Augen dieser extremeren Islamisten war die Regierung zu liberal und zeigte zu geringe Bereitschaft zu einer strengen Auslegung des Islam. Aber vor allem die säkularen Liberalen hatten allen Grund, enttäuscht von Mursi zu sein, der seinen knappen Wahlsieg nutzte, um sie aus dem politischen Prozess auszuschliessen.

Aus diesen Gründen unterstützten grosse Teile der Gesellschaft den Staatsstreich des Militärs gegen Mursi im Juli 2013. Nicht zum ersten Mal hatten jene, die eine wichtige Rolle bei der Überwindung eines verhassten autokratischen Regimes gespielt hatten, das Gefühl, ihre Revolution sei verraten worden. Sowohl Mursis Verhalten im Präsidentenamt als auch die Art und Weise, wie ihm die Macht wieder entzogen wurde, zeigen deutlich, dass es vorteilhaft ist, Vereinbarungen zu schliessen, mit denen in einigen der erfolgreichsten Transitionen vom Autoritarismus zur Demokratie – vor allem in Spanien – umfassende Einigungen über die neuen Spielregeln erzielt wurden, die das Ergebnis von Verhandlungen und Kompromissen waren. Die Regierung Mursi zeigte wenig Interesse an einer «gesellschaftlichen Legitimität» im Gegensatz zur «Legitimität durch die Mehrheit», oder sie verstand den Unterschied nicht. Interessant ist, dass laut einer Umfrage im Dezember 2011 die Mehrheit der ägyptischen Bürger die Demokratie befürwortete und die Vorstellung ablehnte, das Land brauche einen starken Führer, selbst wenn dieser die Demokratie abschaffe. Gleichzeitig lehnten mehr als 60 Prozent der Befragten die

Aussage ab, das Militär solle sich vollkommen aus dem politischen Leben zurückziehen. Der letzte Standpunkt wirkt auf den ersten Blick unvereinbar mit den ersten beiden. Doch offensichtlich betrachteten viele Ägypter nach ihren jüngsten Erfahrungen das Militär als Hüter der Demokratie.<sup>74</sup> Die Mehrheit, die bereit war, dem Militär eine politische Rolle zuzugestehen, dürfte auch jene Bürger beinhalten, die sich mit der Situation unter Mubarak arrangiert hatten.

Das hilft, die Grösse der Allianz zu erklären, welche die Entmachtung Mursis im Juli 2013 befürwortete. Dieses Bündnis umfasste jene, die dem Mubarak-Regime nachtrauerten und ihre Privilegien wahren wollten, sowie einige der entschiedensten Gegner dieses Regimes in den Reihen der Liberalen und Demokraten. Es ist jedoch kaum anzunehmen, dass die Annullierung des Ergebnisses einer weitgehend demokratischen Präsidentenwahl zu einem legitimen Regierungssystem führen wird. Auch ist das Verbot der grössten sozialen Bewegung Ägyptens kaum mit der Demokratie in Einklang zu bringen. Diese Fragen dürften die militärische Elite, welche die Macht an sich riss und nicht zögerte, Hunderte Muslimbrüder zu töten, kaum berühren, aber für die «Liberalen», die den Putsch begrüsst, werden auch die Resultate dieses gewaltsamen Regimewechsels mit grosser Wahrscheinlichkeit eine Enttäuschung sein.



Manche Revolutionen wie jene in Russland im November 1917 werden von straff geleiteten Organisationen angeführt, während andere wie die in Tunesien und Ägypten im Jahr 2011 weitgehend führungslos sind. Offensichtlich ist das Vorhandensein einer revolutionären Partei, eines herausragenden Führers oder auch einer Führungsgruppe keine unerlässliche Voraussetzung für einen Regimewechsel, der in einer revolutionären Situation ebenso gut von einer sehr viel breiteren und weitgehend unstrukturierten Bewegung herbeigeführt werden kann. In *einigen* Revolutionen waren bestimmte Führungs-



persönlichkeiten durchaus so wichtig, dass ein Systemwandel ohne sie gar nicht oder *auf ganz andere Art und Weise* erfolgt wäre. Wenn es keine Möglichkeit gibt, politische Führer und Regime für ihr Fehlverhalten zur Rechenschaft zu ziehen, spricht alles für systemische Veränderungen. Kann dies friedlich bewerkstelligt werden wie in Spanien nach der franquistischen Diktatur oder in Osteuropa im Jahr 1989, so ist dieser friedliche Regimewechsel einer Revolution vorzuziehen. Scheitern aber alle Versuche, ein Unterdrückungssystem friedlich umzugestalten, so kann im äussersten Fall eine gewaltsame Revolution – die Entmachtung eines Tyrannen mit Zwangsmitteln – gerechtfertigt sein. Wie die meisten in diesem und im folgenden Kapitel untersuchten Fälle belegen, entsprechen die Ergebnisse einer erfolgreichen Revolution jedoch nur selten den Versprechungen und Hoffnungen der idealistischeren Revolutionäre.

## 6

# TOTALITÄRE UND AUTORITÄRE FÜHRUNG

Der erste und vielleicht einzige Diktator, der das Adjektiv «totalitär» als positives Charakteristikum betrachtete, war Benito Mussolini. Die Gegner des Duce verwendeten es bereits seit 1923, aber zwei Jahre später übernahmen es auch seine Anhänger und Mussolini selbst. Er sprach von der «totalitären Entschlossenheit» seiner Bewegung und erklärte: «Wir wollen die Nation faschistisch machen, damit Italiener und Faschisten in Zukunft... ein und dasselbe sind.»<sup>1</sup> Mussolini bezeichnete das unter seiner Führung errichtete System gern als *lo stato totalitario*, als den «totalitären Staat».<sup>2</sup> Er hatte den Begriff bei dem italienischen Philosophen Giovanni Gentile entlehnt, der zu einem Ideologen des Faschismus avancierte. Gentiles Gegenstück in Deutschland war Carl Schmitt, ein Rechtsgelehrter, der einige der intellektuellen Grundlagen für Hitlers Diktatur schuf und erklärte, der «Führer» stehe über allen staatlichen Institutionen und handle «kraft seines Führertums als oberster Gerichtsherr».<sup>3</sup> Auch Schmitt befürwortete das Konzept des «totalitären Staats», aber Hitler verwendete den Begriff nur selten, und wenn er es tat, dann mit dem Zusatz «der sogenannte».<sup>4</sup> Die kommunistischen Führer und Ideologen bezeichneten ihr System nie als «totalitär» und verwendeten den Begriff nur, wenn sie über die faschistischen Staaten sprachen.<sup>5</sup>

Obwohl die Idee des Totalitarismus sowohl dem «Stalinismus» – gemeint ist das Regime der Sowjetunion von Anfang der dreissiger Jahre bis zu Stalins Tod im Jahr 1953 – als auch Hitlers Machtergrei-

fung vorausging, wurde der Begriff vor allem von den Kritikern des Faschismus beziehungsweise des Nationalsozialismus und des Kommunismus verwendet. Der Begriff setzte sich durch, als in den dreissiger Jahren offensichtlich wurde, dass das von Josef Stalin geführte sowjetische System und das NS-Regime trotz der eindeutigen Unterschiede in Politik und Zielsetzungen und trotz ihres Bemühens, sich als Gegenpole zu definieren, eine Reihe von Gemeinsamkeiten aufwiesen. Sowohl die Sowjetunion als auch Hitler-Deutschland wurden von einer hierarchisch organisierten Einheitspartei beherrscht, die neben den Regierungsinstitutionen existierte, jedoch auf allen Ebenen grössere Autorität als diese besass.<sup>6</sup> In beiden Ländern gab es eine politische Polizei, die in den dreissiger Jahren Terror und Gewalt praktizierte, obwohl die deutsche Gestapo dabei vor dem Krieg selektiver vorging als NKWD und GPU in der Sowjetunion, wo es zeitweise zum massenhaften Einsatz des Terrors kam. Beide Regime stützten sich auf eine Doktrin, die angeblich sowohl die Geschichte als auch die zeitgenössische Gesellschaft erklärte und einen Rahmen lieferte, in den sämtliche sozialen Phänomene eingeordnet werden konnten. Die Doktrinen selbst waren natürlich sehr verschieden, und die von Marx und Lenin entwickelten Ideen waren selbst in ihrer stalinistischen Version sehr viel anspruchsvoller als die ideologische Basis des Nationalsozialismus. Beide Ideologien boten eine Zukunftsvision an: Im Fall des Nationalsozialismus war dies ein rassistisch reines und mächtiges Grossdeutschland, während der Kommunismus eine harmonische, klassenlose Gesellschaft versprach. Aber diese Visionen von einer lichten Zukunft traten in den Hintergrund gegenüber der Suche nach Sündenböcken und der gewaltsamen Unterdrückung in der Gegenwart. In Deutschland liessen sich Millionen Menschen von einer Propaganda manipulieren, in der die Juden als die Urheber aller Übel der Welt und insbesondere des Unglücks Deutschlands dargestellt wurden, während in der Sowjetunion Millionen die Bestrafung von «Klassenfeinden» guthiessen und sogar dem Mythos Glau-

ben schenkten, Stalins Tyrannei sei gleichbedeutend damit, dass die Arbeiterklasse die Macht errungen habe und nun die «Diktatur des Proletariats» ausübe.\* In beiden Regimen wurde ein Personenkult um den «grossen Führer» betrieben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fand der Begriff des Totalitarismus wachsende Verbreitung und wurde oft unterschiedslos auf alle kommunistischen Staaten angewandt, obwohl es zwischen diesen Ländern grosse Unterschiede gab und die Systeme in den einzelnen Ländern einen teils erheblichen Wandel durchmachten. Beispielsweise unterscheiden sich China und Nordkorea in der Gegenwart stark voneinander. Auch ist es nicht hilfreich, Polen und Ungarn unter kommunistischer Herrschaft, Titos Jugoslawien in den sechziger und siebziger Jahren und Nordkorea unter den drei Kims samt und sonders als «totalitär» zu bezeichnen. In den drei europäischen Ländern existierten auch unter kommunistischer Herrschaft einige zivilgesellschaftliche Elemente (in Polen etwa spielte die Kirche eine tragende Rolle), während sie in Nordkorea vollkommen fehlen. Die kommunistischen Systeme waren – und sind dort, wo sie bis heute überleben – immer hochgradig autoritär, aber wer sie alle in den Topf des Totalitarismus wirft, der übersieht bedeutsame Unterschiede.<sup>7</sup>

Der Totalitarismusbegriff an sich ist umstritten. Es gibt Gelehrte,

---

\* Ob es sich dabei um eine Mehrheit oder eine Minderheit der Sowjetbürger handelte, ist umstritten. Die Kollektivierung der Landwirtschaft war auf dem Land sehr unpopulär, und die Bauern stellten in den dreissiger Jahren noch immer die Bevölkerungsmehrheit. Aber die Tatsache, dass Stalins Name selbst im 21. Jahrhundert in vielen Umfragen am häufigsten genannt wird, wenn die Bürger des postsowjetischen Russland nach dem grössten Führer ihres Landes im 20. Jahrhundert gefragt werden, deutet daraufhin, dass die Propaganda, welche die Erfolge des Landes – vor allem den Sieg im Zweiten Weltkrieg – ihm anrechnete und Fehlentwicklungen, Unterdrückung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit anderen zuschrieb, nachhaltig wirkte und das Bewusstsein eines grossen Teils der Bevölkerung prägte.

die sogar seine Anwendung auf die Sowjetunion ab den dreissiger Jahren bis zu Stalins Tod oder auf Hitler-Deutschland von der Mitte der dreissiger Jahre bis zur Niederlage im Jahr 1945 mit dem Hinweis ablehnen, selbst unter diesen Regimen sei nicht das gesamte Leben von oben kontrolliert worden. Würde man den Totalitarismus als System definieren, in dem eine einzige Person alles entscheidet, so hat es noch kein solches System gegeben. Aber das ist ebenso wenig ein Grund, vollkommen auf das Konzept zu verzichten, wie die Mängel der modernen Demokratien ein Grund sind, zu dem Schluss zu gelangen, kein einziges Land könne als demokratisch bezeichnet werden. Natürlich existiert die totale Kontrolle – insbesondere über die Gedanken der Menschen – nur in George Orwells 1984<sup>8</sup>. Orwell selbst war sich bewusst, dass seine Darstellung der von ihm beobachteten Wesenszüge von Kommunismus und Faschismus keine präzise Beschreibung der gesellschaftlichen Realität war; vielmehr hatte er versucht, die logischen Konsequenzen totalitärer Ideen herauszuarbeiten.\* Für Orwell war Totalitarismus ein «Idealtypus» im Sinne Max Webers (es

---

\* Orwell litt darunter, dass *Nineteen Eighty-Four* insbesondere in den Vereinigten Staaten als Angriff auf den Sozialismus missverstanden wurde. Orwell stellte klar, dass er weiterhin ein «demokratischer Sozialist» sei. An einen Funktionär der amerikanischen Automobilgewerkschaft, der sich Sorgen über die positive Rezeption von *Nineteen Eighty-Four* durch rechte US-Publikationen machte, schrieb er: «Mein jüngster Roman ist NICHT als Angriff auf den Sozialismus oder die britische Labour Party (die ich unterstütze) zu verstehen, sondern als eine Blossstellung der Perversionen, zu denen eine zentralisierte Wirtschaft führt und die im Kommunismus und im Faschismus teilweise verwirklicht wurden. Ich glaube nicht, dass die von mir beschriebene Gesellschaft zwangsläufig kommen wird, aber ich glaube, dass etwas Ähnliches möglich ist. (Selbstverständlich ist das Buch eine Satire.) Ich glaube auch, dass sich totalitäre Ideen im Denken zahlreicher Intellektueller festgesetzt haben, und ich habe versucht, die logischen Konsequenzen dieser Ideen herauszuarbeiten.» (Zitiert in: Bernard Crick, *George Orwell. A Life*, Harmondsworth 1980, S. 569.)

erübrigt sich zu sagen, dass er das keineswegs positiv meinte). Weber erklärte, es sei analytisch nützlich, in extremer oder Reinform auszudrücken, was mit einer bestimmten politischen oder sozialen Kategorie gemeint ist – zum Beispiel mit jener der Bürokratie, die Gegenstand einer seiner berühmtesten Analysen ist.<sup>9</sup>

Es ist sinnvoll, die Merkmale des Totalitarismus klar und zugespitzt zu beschreiben. Sodann kann man einzelne Länder studieren, um herauszufinden, ob sie dem Idealtypus so nahekommen, dass sie als totalitär eingestuft werden können. Diese Methode ist einer unablässigen Modifikation der Definition vorzuziehen (wie es in den Jahren des Kalten Kriegs geschah), die nötig wurde, um die kommunistischen Staaten im Allgemeinen oder die Sowjetunion im Besonderen trotz ihres inneren Wandels weiterhin als «totalitär» bezeichnen zu können. Dieses Bestreben führte zu weiterer Verwirrung; ein gutes Beispiel dafür ist die amerikanische Gelehrte Jeane Kirkpatrick, die in der ersten Hälfte der achtziger Jahre unter der Regierung Reagan Botschafterin bei den Vereinten Nationen war. Sie trug zur Verbreitung der Vorstellung bei, alle kommunistischen Systeme seien totalitär und könnten im Gegensatz zu autoritären Systemen (die Kirkpatrick als «rechte Autokratien» bezeichnete) nicht von innen heraus verändert werden.<sup>10</sup> Insbesondere die sowjetische Gesellschaft sei unempfindlich für Veränderungen, die ihren Ursprung im System oder in der sowjetischen Gesellschaft hatten. Die Verfechter dieser verbreiteten Überzeugung verwechselten das abstrakte Konzept des Totalitarismus mit der Realität der kommunistischen Systeme. Sie erkannten nicht, dass eine Reihe von kommunistischen Regimen in der poststalinistischen Ära eher autoritär als totalitär war und dass es innerhalb der kommunistischen Parteien hinter der monolithischen Fassade, die sie gegenüber der eigenen Gesellschaft und der Aussenwelt zu wahren versuchten, durchaus unterschiedliche Ansichten gab.

Die Anhänger jener Denkschule, die alle kommunistischen Regi-

me als totalitär und veränderungsunfähig betrachtete, übersahen auch die Leistungen dieser Systeme im Bildungswesen und deren Einfluss auf die allgemeine Entwicklung. Es gelang nicht nur eine umfassende Alphabetisierung, sondern auch der Ausbau der höheren Bildungsanstalten. Wenn der Kommunismus die «Saat seiner eigenen Zerstörung» in sich trug – um Marx' Diktum über den Kapitalismus auf das von ihm angestrebte System anzuwenden –, so wurde diese Saat ausgebracht, indem die Bevölkerung so gut ausgebildet wurde, dass sie für neue Ideen offen wurde und veraltete Dogmen nicht länger unkritisch akzeptierte. Wer glaubte, die kommunistischen Systeme seien gegen jede Veränderung von innen heraus immun, übersah zudem, dass die Führung – die eine wichtige Rolle beim Übergang zur kommunistischen Herrschaft und bei ihrer Erhaltung gespielt hatte – auch ein Instrument transformativer Veränderung werden konnte.

In der politischen und gesellschaftlichen Realität ist die Grenze zwischen totalitären und autoritären Regimen fließend; sie sind in einem Kontinuum angesiedelt. Am einen Ende findet man das totalitäre Extrem in Enver Hodschas Albanien oder Kim Il-sungs Nordkorea, am anderen den gemäßigten Autoritarismus in Singapur, das nicht demokratisch, aber marktwirtschaftlich und rechtsstaatlich ist. Zwischen diesen beiden Extremen liegen Länder, bei denen legitime Zweifel angebracht sind, ob sie dem idealtypischen Totalitarismus nahe genug kommen, um als totalitär eingestuft zu werden, oder ob sie eher als autoritär zu bezeichnen sind. Innerhalb der Gruppe an der Spitze der Hierarchie kann die Macht bis zu einem gewissen Grad verteilt sein, aber in einem totalitären System im Gegensatz zu einem autoritären Regime hat ein Mann (und bisher wurden alle diese Regime von Männern dominiert) eine Vormachtstellung inne und besitzt oft sogar unangefochtene Macht. Autoritäre Regime wiederum können entweder Autokratien oder Oligarchien sein. Mit anderen Worten, einige werden von einem Diktator beherrscht, andere von einem Kollektiv. Auch in solchen Oligarchien kommt es vor, dass die Per-

sönlichkeit und die Wertvorstellungen eines Führers grösseren Einfluss auf das System nehmen als in Demokratien, in denen die Macht breiter gestreut ist und sowohl die Institutionen als auch die öffentliche Meinung den Handlungsspielraum eines politischen Führers einschränken.

## **STALINS DIKTATUR UND DIE SOWJETISCHEN OLIGARCHIEN**

Adam Smith erklärte, ein «schamloser Missbrauch» der Macht sowie «Verdorbenheit, Absurdität und Unvernunft» seien eher unter der Herrschaft «einzelner Personen» als unter kollektiven Regierungen anzutreffen.<sup>11</sup> Während es falsch wäre zu leugnen, dass auch Gruppen imstande sind, dumme Entscheidungen zu fällen oder schädliche Massnahmen zu ergreifen (was Smith auch nicht bestritt), ist die uneingeschränkte individuelle Herrschaft fraglos gefährlicher als die kollektive. In den beiden grössten kommunistischen Staaten – der Sowjetunion und China – waren die Phasen einer eher kollektiven Führung sehr viel weniger zerstörerisch und mörderisch als jene, in denen Stalin und Mao Tse-tung ein Höchstmass an individueller Macht ausübten. Die Sowjetunion wurde nach der bolschewistischen Revolution von 1917 zuerst unter Lenin und dann unter Stalin mindestens ein Jahrzehnt lang im Wesentlichen kollektiv geführt. Bis zu seinem Tod war Lenin die einflussreichste Figur in der Kommunistischen Partei, obwohl sein höchstes Amt nicht das des Parteichefs, sondern das des Regierungschefs war. Aber dank seines politischen Ansehens, seiner natürlichen Autorität und seiner Überzeugungskraft konnte sich Lenin in der Parteiführung durchsetzen. Innerhalb der Partei verzichtete er auf die Repression und den Terror, die er gegen all jene einsetzte, die der Konsolidierung der kommunistischen Macht im Weg standen. Allerdings schuf Lenin die Voraussetzungen für die Tyrannei Stalins, der sich in den furchtbarsten Massenmörder



in den letzten hundert Jahren der russischen Geschichte verwandelte. Lenin hatte entscheidenden Anteil an der Zerstörung des fragilen politischen Pluralismus und trug dazu bei, die Fundamente für die zukünftige Diktatur zu legen: Er tat alles, um die Macht in den Händen einer einzigen Partei zu bündeln, er machte keinen Hehl aus seiner Geringschätzung für den Parlamentarismus, er lehnte die Unabhängigkeit der Justiz ab, und er gründete eine politische Polizei, die Andersdenkende rücksichtslos verfolgte.

Bis Ende der zwanziger Jahre festigte Stalin als Lenins Nachfolger schrittweise seine Macht, indem er sich erst der einen, dann der anderen Fraktion in der Parteiführung anschloss, wobei er den Eindruck vermied, diktatorische Befugnisse anzustreben. Bis 1929 hatte sich Stalin als dominante Figur im Politbüro herauskristallisiert, obwohl einige Elemente der kollektiven Führung bis Anfang der dreissiger Jahre bestehen blieben. Aber im Jahr 1933 war Stalin «bereits ein persönlicher Diktator, dessen Vorschläge im Politbüro offensichtlich nie in Frage gestellt wurden».<sup>12</sup> Seinen wichtigsten Widersacher Leo Trotzki hatte er schrittweise aus der Parteispitze gedrängt. Im Jahr 1927 wurde Trotzki aus der Partei ausgeschlossen, im Jahr darauf wurde er in die Verbannung geschickt, und 1929 musste er die Sowjetunion verlassen. Später wurden viele Revolutionäre der ersten Stunde, darunter Nikolai Bucharin, auf Stalins Betreiben getötet. Die meisten von ihnen wurden in den Moskauer Schauprozessen 1936 bis 1938 verurteilt und hingerichtet. Trotzki wurde 1940 von einem NKWD-Agenten in seinem mexikanischen Exil ermordet.

In den zwanziger Jahren wurde innerhalb der KPdSU noch mehr oder weniger offen debattiert, während andere politische Parteien bereits verboten waren. Nach dem Bürgerkrieg machte Lenin den Bauern mit der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) wirtschaftliche Zugeständnisse, an denen die kollektive Parteiführung bis Ende der zwanziger Jahre festhielt. Ab 1929 schwang sich Stalin zum Vorkämpfer der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft auf. Bis 1933 wurden mehr als zwei Millionen Bauern aus ihren Heimatorten depor-

tiert. Der Staat schrieb den landwirtschaftlichen Kollektiven hohe Getreidequoten vor, wodurch er Hungersnöte heraufbeschwor, denen in der Ukraine, in Südrussland und im Nordkaukasus mehr als fünf Millionen Menschen zum Opfer fielen.<sup>13</sup> Stalin engagierte sich mit besonderem Eifer in der Kollektivierung der Landwirtschaft und bestand persönlich auf der Einführung der Todesstrafe für Getreidediebstahl auf kollektivierten Feldern.<sup>14</sup> (Ein entsprechendes Dekret wurde am 7. August 1932 erlassen.)

Stalin war entschlossen, die rasche Industrialisierung des Landes durchzupeitschen, und im Gleichschritt mit einer wachsenden sozialen Mobilität kam dieses Vorhaben in den dreissiger Jahren rasch voran. Aber die Bevölkerung zahlte einen furchtbaren Preis für diesen Erfolg. Selbstverständlich konnte Stalin selbst auf dem Höhepunkt seiner Macht nicht jede wichtige Entscheidung persönlich fällen; auch die Bürokratien auf verschiedenen Ebenen des Systems übten Macht aus, und diese Einrichtungen verteidigten ihre Interessen. Es gelang Stalin jedoch, das in den zwanziger Jahren entstandene «oligarchische System» zu zerschlagen. Wie der russische Wissenschaftler, der Stalins Herrschaft am genauesten untersucht hat, feststellt, war seine «unbegrenzte Macht über das Schicksal sämtlicher sowjetischen Amtsträger einschliesslich der Mitglieder des Politbüros» die Grundlage seiner persönlichen Diktatur.<sup>15</sup>

Stalin interessierte sich für einige Institutionen mehr als für andere. Insbesondere unterwarf er die Geheimpolizei GPU (beziehungsweise ab 1934 den NKWD) seiner Kontrolle, um die Repression persönlich lenken zu können. Allein in den Jahren 1937 und 1938 wurden mehr als 1,7 Millionen Menschen verhaftet, von denen mindestens 818'000 erschossen wurden.<sup>16</sup> Darunter waren zahlreiche eingebil-dete Feinde des sowjetischen Staates und Stalins sowie eine geringere Zahl von Menschen, die tatsächlich den Kommunismus ablehnten. Zu den Opfern zählten auch mehrere Politbüromitglieder sowie ein grosser Teil der Militärführung.

Auch Marschall Michail Tuchatschewski, der auf Seiten der Bolschewiken im Bürgerkrieg gekämpft und später eine Schlüsselrolle bei der Modernisierung der Roten Armee gespielt hatte, überlebte die Säuberungen nicht. Dank seiner festen Kontrolle über die Geheimpolizei hatte Stalin Macht über Leben und Tod seiner «Kollegen», doch warf er sein Netz noch viel weiter aus. Einige gesellschaftliche Gruppen litten dabei mehr als andere. Ehemalige Adelige, Geistliche, Intellektuelle und Bauern wurden, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil, mit grösserer Wahrscheinlichkeit verhaftet als Industriearbeiter. In der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre, als sich Stalin den «inneren Feinden» zuwandte, fielen hohe Parteifunktionäre und Beamte seinem chronischen Misstrauen zum Opfer. Und die Leiter eben jener Geheimpolizei, die für die Durchführung der Säuberungen zuständig war, hatten ein besonders hohes Risiko, hingerichtet zu werden. Jede soziale Gruppe, jeder Einzelne musste fürchten, wegen Verbrechen verhaftet zu werden, die (anders als die des NKWD und der GPU) oft nur in der Phantasie der Ankläger existierten. Es ist richtig beobachtet worden, dass sich die massenhafte Repression des Regime Stalins «von seinem leninistischen Vorläufer und vom selektiven Einsatz der Repression durch die folgenden sowjetischen Regime unterschied».<sup>17</sup>

Stalins Nachfolger Nikita Chruschtschow ist ein Beispiel für das Potential und die Fallstricke von Führung in einem System, das manche unverändert als totalitär ansehen würden, obwohl die Bezeichnung posttotalitärer Autoritarismus zutreffender sein dürfte. Wie Stalin nutzte auch Chruschtschow die höchste Position in der Partei – das Amt des ZK-Generalsekretärs, das in der Chruschtschow-Zeit in «Erster Sekretär» umbenannt wurde –, um seine Gefolgsleute ins Zentralkomitee und ins Politbüro zu holen und seine ohnehin schon starke Position schrittweise auszubauen. Aber er erlangte keine annähernd so groteske Machtfülle wie Stalin. Chruschtschow, der sich in der Stalin-Ära selbst mit Blut besudelt hatte, bewies, dass er zu mutiger Füh-

rung imstande war, indem er seinen Vorgänger, der beinahe drei Jahrzehnte lang als unfehlbares, gottgleiches Genie gepriesen worden war, im Jahr 1956 in einer Geheimrede auf dem XX. Parteitag kritisierte und Stalins Verbrechen auf dem XXI. Parteitag im Jahr 1961 offen anprangerte. Den Vorstoss beim XX. Parteitag wagte Chruschtschow gegen den Wunsch einiger Mitglieder des ZK-Präsidiums (wie das Politbüro zu dieser Zeit genannt wurde).

Die Befürchtungen von Chruschtschows Gegnern in der Parteiführung schienen begründet, denn die Enthüllungen über Stalin im Februar 1956 sandten Schockwellen durch die internationale kommunistische Bewegung. Sie erschütterten den Glauben vieler Parteimitglieder in aller Welt und lösten Unruhen in Osteuropa aus, insbesondere in Polen und Ungarn. Noch vor Ende des Jahres brach in Ungarn eine Revolution gegen die kommunistische Herrschaft aus, die von sowjetischen Truppen brutal niedergeschlagen wurde. Eine Mehrheit des ZK-Präsidiums warf Chruschtschow vor, die internationale kommunistische Bewegung zu destabilisieren, und versuchte im Jahr darauf ihn abzusetzen. Chruschtschow trickste seine Kollegen aus, indem er sich über ihre Köpfe hinweg an das Zentralkomitee wandte, wo er mehr Unterstützer hatte, die in vielen Fällen von ihm befördert worden waren. Theoretisch hatte das ZK umfassendere Befugnisse als das Präsidium (Politbüro), aber in der Praxis war es dem Willen des kleineren Führungsgremiums unterworfen. Doch nun hatte das ZK angesichts eines offenen Bruchs im höchsten Führungskreis die Wahl, wem es Gefolgschaft leisten wollte. Es entschied sich für Chruschtschow. Im Jahr 1964 hingegen hatte Chruschtschow das schlechtere Ende für sich, als eine grosse Mehrheit des Präsidiums beschloss, ihn zu Fall zu bringen. Diesmal unterstützte das ZK Chruschtschows Gegner, die dem Parteichef ein zusehends sprunghaftes und eigensinniges Verhalten vorwarfen. Ihrer Meinung nach hatte er den Interessen fast aller Institutionen und Eliten im System geschadet.

Während Chruschtschow Anerkennung dafür verdient, dass er die

Entstalinisierung einleitete, richtete er mit impulsiven und willkürlichen Entscheidungen in den sechziger Jahren beträchtlichen Schaden an und brachte das System in Gefahr, nachdem er die von ihm zunächst bevorzugte kollektive Führung hinter sich gelassen hatte. Der sowjetischen Wirtschaft schadete er mehr, als er ihr nutzte. Wie Stalin liess er sich von dem Pseudowissenschaftler Trofim Lyssenko hinters Licht führen und unterstützte dessen widersinnige Rezepte zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion, während er die von seriösen Experten vorgelegten Fakten ignorierte. Erbost über den Widerstand der Wissenschaftler, verlangte er im Juli 1964 die Abschaffung der Akademie der Wissenschaften und die Verlegung der Agrarwirtschaftlichen Akademie aufs Land.<sup>18</sup> Dazu kam es nicht mehr, denn seine Kollegen in der Parteiführung spielten bereits auf Zeit und warteten nur auf den geeigneten Moment, um einen Führer abzusetzen, der sich zusehends wie ein Autokrat verhielt und unberechenbar geworden war. Sie schlugen am 14. Oktober 1964 zu: Chruschtschow wurde aus dem Urlaub nach Moskau zurückgerufen und zwangsweise in den Ruhestand geschickt. Zwei Tage später war in einem Prawda-Leitartikel, in dem Chruschtschows Name nicht erwähnt wurde, von «verrückten Plänen, unausgegorenen Schlussfolgerungen und übereilten, realitätsfremden Entscheidungen und Handlungen», von «Prahlerei, Gepolter und der Verlockung der Herrschaft per Dekret» sowie von der mangelnden Bereitschaft die Rede, «die wissenschaftlichen Erkenntnisse und die Lehren aus der praktischen Erfahrung zu berücksichtigen».<sup>19</sup> Das war nicht die ganze Geschichte von Chruschtschows Führerschaft, aber es war zweifellos ein Teil davon.

Mit der Machtübernahme Leonid Breschnews, der Chruschtschow im Jahr 1964 als Parteichef ablöste, begann eine 18 Jahre lange Phase der kollektiven Führung. Auch dieser ZK-Generalsekretär vermochte die politischen Ressourcen, die ihm als Amtsinhaber zur Verfügung standen, zur Festigung seiner Macht einzusetzen. In den siebziger Jahren wurde Breschnew mit einer Reihe zusehends absurder Ehrun-

gen überhäuft – darunter der Siegesorden, die höchste Auszeichnung für Tapferkeit im Kampf, die Breschnew für seinen Einsatz im Zweiten Weltkrieg verliehen wurde (der seinerzeit keinen so grossen Eindruck gemacht hatte), sowie der Leninpreis für Literatur, die höchste literarische Auszeichnung der Sowjetunion, die er für seine nicht allzu umfangreichen, von einem Ghostwriter verfassten Memoiren erhielt. Breschnew und seine Kollegen im Politbüro erlaubten dem KGB bereitwillig, verschiedenste Methoden zur Unterdrückung jeglichen Dissenses in der sowjetischen Gesellschaft einzusetzen, von Verwarnungen über langjährige Haft im Arbeitslager bis zur Ruhigstellung in einer psychiatrischen Klinik. Offenbar konnte eine Person, die glaubte, die Macht des sowjetischen Staates herausfordern zu können, in den Augen der Partei nicht bei Verstand sein. Bei Dissidenten, die international und bei einer beträchtlichen Minderheit der sowjetischen Bürger grosses Ansehen genossen, kamen andere Mittel zur Anwendung: Beispielsweise erkannte man dem Autor Alexander Solschenizyn (der das kommunistische Regime ablehnte, aber eher ein russischer Nationalist als ein Liberaler war) die sowjetische Staatsbürgerschaft ab und verwies ihn des Landes, und Andrei Sacharow, der Physiker und liberale Kritiker der Parteiführung, wurde nach Gorki verbannt.

Wie diese Massnahmen zeigen, war Breschnew ein konservativer Kommunist, der sogar die von Chruschtschow eingeleitete Entstalinisierung rückgängig machte. Stalin wurde nicht vollkommen rehabilitiert, doch war es fortan leichter, den Tyrannen in Texten zu loben, als ihn zu kritisieren. Breschnews Grundhaltung war, dass alles getan werden musste, um Störenfriede in Schach zu halten. Aber im Verhältnis zu den sowjetischen Eliten – zu den höheren Ebenen von Partei, Militär, KGB und Ministerien – zeigte er sich versöhnlich. Die Breschnew-Zeit war das goldene Zeitalter der sowjetischen Bürokratie. Unter Stalin war das Leben der Bürokraten bedroht gewesen (und die Drohung war oft genug wahrgemacht worden) Unter Chruscht-

schow waren ihre Posten bedroht gewesen (und oft genug waren sie entlassen worden). Unter dem Kreml-Chef Breschnew durften sie miteinander alt werden, führten ein annehmlches Leben und hatten nichts zu befürchten. Für den Durchschnittsbürger war das von Unfreiheit, einem Mangel an Konsumgütern und langen Warteschlangen für Grundnahrungsmittel geprägte Leben alles andere als angenehm, aber als russische Bürger gegen Ende des 20. Jahrhunderts in einer seriösen Studie gefragt wurden, wann das Leben in Russland in den letzten hundert Jahren am besten gewesen sei, nannten sie die Breschnew-Zeit häufiger als jede andere<sup>20</sup>. Es war eine Epoche der Berechenbarkeit und Stabilität.

Unter Stalin konnte jeder Bürger jederzeit verhaftet werden, ohne je Kritik am Regime geäußert zu haben. Die Geheimpolizei musste Verhaftungsquoten erfüllen, Stalin war chronisch misstrauisch, und jeder Bürger konnte in jedem Augenblick von jemandem angezeigt werden, der ein Auge auf die Wohnung seines Nachbarn geworfen hatte. In der Breschnew-Zeit musste man wirklich etwas tun, um die feindselige Aufmerksamkeit der Behörden auf sich zu ziehen. Dabei konnte es sich um Aktivitäten handeln, die in einer Demokratie vollkommen legal gewesen wären, in der Sowjetunion jedoch streng bestraft wurden – etwa die Forderung nach grösserer nationaler Autonomie (zum Beispiel in der Ukraine oder Litauen), die Weitergabe verbotener maschinengeschriebener Literatur (Samisdat) oder das Versenden von Protestbriefen (etwa gegen die Verfolgung von Soltschenizyn und Sacharow). Aber sowjetische Bürger, die nach aussen alle Regeln befolgten, konnten sich einigermaßen sicher fühlen. Unter Stalin waren Hunderttausende wahllos verhaftet worden. In der Breschnew-Zeit galten verlässliche Spielregeln.

In den siebziger Jahren hatten neben Breschnew weitere Personen Einfluss im Politbüro, darunter Michail Suslow, Alexei Kossygin, Andrei Gromyko und Dmitri Ustinow. Das Regime war stets ausgesprochen autoritär, aber in ihren eigenen vier Wänden mussten die

Bürger, anders als in der Stalin-Zeit, keine Angst mehr haben, ihre Meinung zu sagen. Paradoxerweise glaubten in den Jahren des stalinistischen Terrors mehr Menschen als in den siebziger Jahren daran, dass in der Sowjetunion eine neue, der westlichen überlegene Gesellschaft errichtet würde. Auch unter Chruschtschow existierte diese Zuversicht, und sie wuchs sogar. In dieser Zeit schickte die Sowjetunion den ersten Menschen in den Weltraum, eine Leistung, welche die meisten Russen mit grossem Stolz erfüllte. In der Breschnew-Zeit hingegen machte sich Zynismus breit. Es war eine Zeit des «Doppeldenk» (doublethink), um Orwells Begriff zu verwenden: Man konnte die Überlegenheit des sowjetischen Systems preisen und seinen Triumph ankündigen und gleichzeitig die Menschen im Westen um ihren Lebensstandard beneiden, sich nach westlichen Konsumgütern sehnen und davon träumen, ein wenig Zeit dort zu verbringen. Doch im Grunde war die kollektive Führung zumindest ein erheblicher Fortschritt gegenüber der stalinistischen Diktatur. Die Lebensbedingungen der sowjetischen Bürger waren im Jahr 1977 besser als 1937, gleichgültig, ob man Fabrikarbeiter, Bauer oder eine Fachkraft war. Die kollektive Führung fügte dem Volk nicht annähernd so grosses Leid zu wie Stalin.

## **ALLEINHERRSCHAFT UND OLIGARCHIE IN CHINA**

Ähnliches lässt sich über das andere kommunistische Riesenreich sagen. Die grössten Katastrophen beschworen die chinesischen Kommunisten in der Zeit herauf, als Mao Tse-tung seine Vorhaben ungehindert verwirklichen konnte. Hingegen feierten sie in den ersten Jahren nach ihrer Machtergreifung 1949 und nach Maos Tod einige bemerkenswerte Erfolge. Zwischen 1949 und 1957 brachte die kommunistische Regierung die Inflation unter Kontrolle, rottete die Korruption weitgehend aus und erzielte beträchtliche Fortschritte in der In-



dustrialisierung. Natürlich darf diese Zeit nicht idealisiert werden, denn in diesen Jahren tötete das neue Regime Hunderttausende Menschen, doch wurden in dieser Phase mehr tatsächliche Fortschritte erzielt und weniger Menschen umgebracht als in den Jahren, in denen Mao ein Höchstmass an persönlicher Macht ausübte.

Schon in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre besass Mao Tsetung fraglos grössere Autorität als jeder seiner Kollegen in der Parteiführung, aber sein persönlicher Einfluss auf die Politik des Regimes war noch beschränkt. Ein Grund dafür war, dass sich die chinesischen Kommunisten an der Erfahrung der Sowjetunion orientieren konnten und einige der schlimmsten Exzesse vermieden, die in der Kollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft begangen worden waren. Alle Mitglieder der chinesischen Führung bekannten sich zur raschen wirtschaftlichen Entwicklung und zum technologischen Fortschritt, aber es gab unterschiedliche Meinungen dazu, wie schnell und auf welche Art die Ziele erreicht werden konnten. In diesen Jahren bezog Mao eine «relativ zentristische Position», die geeignet war, «Konflikte zu entschärfen und einen Konsens herzustellen, anstatt die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Führung zu verschärfen».<sup>21</sup> Zwei führende China-Experten erklären, bis Mitte der fünfziger Jahre habe Mao anscheinend «Debatten im Politbüro geduldet und sogar Niederlagen in der Wirtschaftspolitik akzeptiert».<sup>22</sup> Nicht zufällig wurden gerade in diesen Jahren die bedeutsamsten Fortschritte in der gesamten Zeit unter Mao erzielt. Die Katastrophe nahm ihren Lauf, als Mao zu der Überzeugung gelangte, den richtigen Weg besser zu kennen als alle Spezialisten, und seine Kollegen im Jahr 1958 dazu trieb, jener Kampagne zuzustimmen, die als «Grosser Sprung nach vorn» bezeichnet wurde.

Dem «Grossen Sprung» ging die «Hundert-Blumen-Bewegung» voraus, eine Kampagne, die nach einem Ausspruch Maos benannt war: «Lasst hundert Blumen blühen, lasst hundert Denkschulen miteinander wetteifern.»<sup>23</sup> Nikita Chruschtschow war nicht der Einzige,

der glaubte, in Wahrheit gehe es Mao darum, Kritiker aus der Defensive zu locken, damit er sie identifizieren und ausschalten konnte. Aber diese vermeintliche Liberalisierung hatte nicht zuletzt Chruschtschow angestossen, indem er einen Teil der Verbrechen Stalins aufgedeckt hatte. Es war vorausschauend von Mao, in dieser Situation zu demonstrieren, dass er aus einem anderen Holz geschnitzt war als der verstorbene sowjetische Diktator. Mao war bereit, Hinweise auf konkrete Fehler zuzulassen, aber er hatte keineswegs die Absicht, die Schleusen für grundsätzliche Kritik am kommunistischen System zu öffnen. Die Kritik, die in Reaktion auf seine Aufforderung geäussert wurde, ging deutlich über das hinaus, was er sich vorgestellt hatte, und es traten erhebliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei zutage. Im Jahr 1957 wurde Maos Position im Politbüro geschwächt. Seine Antwort bestand darin, den «Klassenkampf» zu schüren und eine Kampagne gegen «rechte Kräfte» vom Zaun zu brechen. Mehrere hunderttausend Parteimitglieder wurden ausgeschlossen.<sup>24</sup>

Als Nächstes nahm Mao den «Grossen Sprung nach vorn» in Angriff, eine Massenmobilisierungskampagne, in der er nicht mehr auf die Ingenieure und Techniker einschliesslich der Spezialisten aus der Sowjetunion hörte und die Institutionen der chinesischen Zentralregierung an den Rand drängte. Die ideologische Entrücktheit schien die Sachkenntnis überflüssig zu machen. Die Landbevölkerung wurde in riesige «Volkskommunen» gezwungen. Mao wollte dem Endziel der kommunistischen Gesellschaft näherkommen. Ein bescheideneres Ziel bestand darin, Grossbritannien innerhalb von 15 Jahren wirtschaftlich zu überholen. Materielle Hemmnisse wurden ebenso ignoriert wie der Rat von Experten. Als die Massenmobilisierung einmal in Gang gekommen war, begannen die unter Erfolgsdruck stehenden Parteikader, phantastische Ernteerträge zu melden, obwohl die Produktion in Wahrheit deutlich sank. Die Natur verschlimmerte noch das menschengemachte Desaster: In den Jahren 1959 und 1960 litt das Land zu allem Überfluss unter schweren Überschwemmungen.

Neben der gezielten Tötung Zehntausender Menschen, die sich gegen die Zwangskollektivierung sträubten, fanden zwischen 1958 und 1961 mindestens 30 Millionen Menschen – nach neueren Schätzungen, die auf der Auswertung chinesischer Provinzarchive beruhen, sogar rund 45 Millionen – einen vorzeitigen Tod. Die meisten von ihnen verhungerten oder starben infolge der Auszehrung an Krankheiten.<sup>25</sup> Liu Shaoqi, damals die Nummer zwei im Politbüro und Maos potentieller Nachfolger, kam einer Kritik an Mao in einer Rede im Januar 1962 so nahe wie möglich, als er die verheerenden Konsequenzen des «Grossen Sprungs» zu 30 Prozent auf Naturkatastrophen und die Einstellung der sowjetischen Hilfe, aber zu 70 Prozent auf schlechte politische Entscheidungen zurückführte.<sup>26</sup> Die Kampagne war Maos persönliche Initiative, und er trieb sie rücksichtslos voran. Die von ihm heraufbeschworene Tragödie nahm solche Dimensionen an, dass die Regierung Anfang der sechziger Jahre in geordnete Bahnen gelenkt werden musste, um Staat und Gesellschaft wieder aufzubauen. Aber zur kollegialen Regierungsarbeit, die in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre charakteristisch für das chinesische Regime gewesen war, kehrte man nicht zurück. Im Jahr 1962, als der «Grosse Sprung» beendet wurde, unterbrach Mao «die beginnende Erholung des Landes, indem er seine Kollegen in der Parteiführung zwang, einer Wiederaufnahme des Klassenkampfes zuzustimmen», und deutlich machte, dass er keine Opposition dulden würde.<sup>27</sup>

Die insbesondere in den Jahren 1959 bis 1961 ausgehöhlten Institutionen wurden jedoch so weit wiederhergestellt, dass das kommunistische System wieder halbwegs normal funktionieren konnte. Mao glaubte, seine radikalen Initiativen würden von der Bürokratie verwässert und entschärft. Obwohl seine Stellung als herausragende Figur des Regimes Anfang der sechziger Jahre ausser Zweifel stand, genossen auch andere Mitglieder der Parteispitze beträchtliche Autorität, darunter Liu Shaoqi, Deng Xiaoping und der Erste Sekretär der Parteiorganisation von Peking, Peng Zhen. Mao wollte nicht nur auf einem höheren Podest stehen, sondern verfocht auch weiterhin ex-

trem radikale Vorstellungen. Er lehnte den von Chruschtschow betriebenen «Revisionismus» in der Sowjetunion ab und wollte verhindern, dass China seinen revolutionären Elan verlor. Hinzu kam die egozentrische Sorge um sein persönliches Vermächtnis, das er lieber radikalen Revolutionären als Bürokraten oder «Reformisten» anvertrauen wollte. Maos Lösung bestand darin, die «Grosse proletarische Kulturrevolution» einzuleiten. Sie dauerte ein Jahrzehnt und machte sowohl den Bürokraten als auch den pragmatischen Reformern das Leben zur Hölle. Mao machte sich daran, die chinesische Jugend zu radikalisieren, und forderte sie auf, alles Bestehende zu zerstören und neu aufzubauen. Lehrer wurden zu bevorzugten Opfern der revolutionären Verfolgung. Sie wurden entlassen, misshandelt und in vielen Fällen so lange gefoltert, bis sie politische Verbrechen gestanden.<sup>28</sup> Die Universitäten stellten unter dem Druck der maoistischen Studenten Ende der Sechziger für mehrere Jahre ihre Tätigkeit ein. Mao selbst fachte den revolutionären Eifer an und verlangte, Waffen an die Arbeiter und Studenten auszugeben, die in der Kulturrevolution kämpften. «Bewaffnet die Linke» lautete ein Schlachtruf, der tatsächlich in die Tat umgesetzt wurde.<sup>29</sup> Die Gewalt geriet vollkommen ausser Kontrolle, und 1969 musste das Militär eingesetzt werden, um das Chaos einzudämmen. Die Kulturrevolution dauerte von 1966 bis zu Maos Tod im Jahr 1976, wobei sie in den siebziger Jahren an Intensität verlor. Am Ende bewirkte sie genau das Gegenteil dessen, was Mao beabsichtigt hatte: Der Widerwille der Gesellschaft gegen den revolutionären Aufbruch war derart stark, dass die Pragmatiker und Reformer nach Maos Tod Auftrieb erhielten, wobei Deng Xiaoping die Schlüsselrolle zukam (siehe Kapitel 4).

Die KPCh hält sich nach wie vor mit Kritik an Mao zurück – sein Konterfei zierte noch immer die chinesischen Geldscheine –, weil er einen zentralen Platz in der Geschichte der Partei einnimmt. Er war der Kopf der chinesischen Kommunisten vor der Revolution und führte die Partei nach der Machtergreifung mehr als ein Vierteljahr-

hundert lang, wobei er am Ende diktatorische Macht über Partei und Gesellschaft erlangte. Die postmaoistische Führung mit Deng an der Spitze konnte jedoch kaum umhin, die Kulturrevolution zu verurteilen, die Millionen Menschen grosses Leid zugefügt hatte. Die neue Parteiführung musste versuchen, die Wunden zu heilen. Sie propagierte, Mao Tse-tung habe im Lauf seiner Karriere mehr Gutes als Schlechtes getan, aber sie konnte nicht vertuschen, dass Mao für die Wirren verantwortlich gewesen war. In einer «Resolution zur Geschichte der Partei» erklärte das ZK im Jahr 1981:

Die «Kulturrevolution», die von Mai 1966 bis Oktober 1976 dauerte, war für den grössten Rückschritt und die schwersten Verluste der Partei, des Staats und des Volks seit der Gründung der Volksrepublik verantwortlich. Sie wurde vom Kameraden Mao Tse-tung initiiert und angeführt.<sup>30</sup>

In Wahrheit hatte ein anderes wahnsinniges Vorhaben Maos, der «Grosse Sprung nach vorn», sehr viel mehr Menschen das Leben gekostet, aber die meisten Opfer waren Landbewohner, die zu jener Zeit die grosse Mehrheit der chinesischen Bevölkerung stellten. Die Kulturrevolution dauerte sehr viel länger, und unter ihren Opfern waren zahlreiche Parteifunktionäre und Angehörige der gebildeten Schichten. Während die vom «Grossen Sprung» ausgelösten revolutionären Wirren auf den ländlichen Raum beschränkt waren, erfasste die Kulturrevolution sowohl das ländliche als auch das städtische China. Anfangs waren im Wesentlichen die Städte betroffen, aber ab dem Winter 1968/69 schwärmten Fanatiker und Totschläger im Namen der Revolution auch in die Dörfer aus. Neuere Untersuchungen haben gezeigt, dass im Verlauf der Kulturrevolution allein auf dem Land zwischen 750'000 und 1,5 Millionen Menschen getötet wurden; ebenso viele erlitten bleibende körperliche Schäden.<sup>31</sup> Die Zahl der Todesop-

fer in den Städten wird auf etwa eine halbe Million Menschen geschätzt, bei einer urbanen Bevölkerung von 135 Millionen im Jahr 1967.<sup>32</sup>

Die «Grosse proletarische Kulturrevolution» richtete verheerende Schäden im chinesischen Bildungssystem an, lähmte das Wirtschaftswachstum und traf die politische Elite sehr viel härter als der «Grosse Sprung nach vorn». Tatsächlich verlor im Lauf der Kulturrevolution ein grösserer Anteil der Kader ihre Posten als im Zuge der Säuberungen in der Sowjetunion Ende der dreissiger Jahre, wobei in China jedoch ein geringerer Teil der ausgesonderten Parteifunktionäre ins Gefängnis gesteckt oder hingerichtet wurde. Das Ausmass der Säuberungen illustriert die Tatsache, dass von den 13 Personen, die im Jahr 1966 dem Sekretariat des Zentralkomitees angehörten, drei Jahre später nur noch vier übrig geblieben waren, und dass zwischen 60 und 70 Prozent der Funktionäre der zentralen Parteiorgane entfernt wurden.<sup>33</sup> Daher gab es in den Augen der nachmaoistischen Führung in den Jahren nach der Revolution keine schlimmere Fehlentwicklung als die Kulturrevolution – und es war kaum möglich, Mao aus der Verantwortung für diese Geschehnisse zu entlassen.

## Von Mao zu Deng

In Maos «letzter Revolution» spielte seine Frau Jiang Qing, die einer Gruppe von Radikalen angehörte, eine wichtige Rolle, obwohl die Beziehung zwischen ihr und ihrem Mann zu dieser Zeit bereits nicht mehr sehr eng war. Jiang, von Beruf Schauspielerin, nutzte ihre Position als Frau an der Seite des «grossen Vorsitzenden», um ihre eigenen Ambitionen zu verwirklichen, und betrachtete es als Teil ihrer Aufgabe, Mao zu ermutigen, Mao zu sein, das heisst ein Revolutionär, der nicht zulassen würde, dass Opportunisten und Bürokraten die Reinigung durch Konflikt behinderten. Jiang bestärkte Mao insbesondere in der Überzeugung, das Land brauche eine kulturelle Revolution. Was folgte, war in Wahrheit eine Revolution *gegen die Kultur*.

Zahlreiche chinesische Kulturschätze wurden zerstört, darunter historische Gebäude, Gemälde, Museumsexponate und Bücher. Die jugendlichen Roten Garden wurden dazu angestachelt, die «vier Alten» anzugreifen: alte Ideen, alte Kultur, alte Sitten und alte Gewohnheiten. Auch alte Parteikader gerieten in die Mühlen der Kulturrevolution (ausgenommen war natürlich der alte Vorsitzende Mao, der Gegenstand eines zusehends irrsinnigen Personenkults war). Deng Xiaoping wurde im Jahr 1966 als «Wegbereiter des Kapitalismus» verurteilt und aus dem Amt entfernt. Im Jahr darauf wurde er unter Hausarrest gestellt und schliesslich zum Arbeiten in eine Fabrik geschickt. Der «Verräter, Abtrünnige und Schurke» Liu Shaoqi verlor im Jahr 1967 sämtliche Ämter. Er starb 1969 in Hausarrest.

Nach Maos Tod im Jahr 1976 rechnete die Partei mit Jiang Qing und ihren drei wichtigsten Verbündeten ab, die gemeinsam die «Viererbande» bildeten. Bis zu Maos Tod war es eine von ihm angeführte «Fünferbande» gewesen, doch hatte er keine Anstalten gemacht, einen seiner vier Komplizen zu seinem Nachfolger zu küren. Als sich Maos Gesundheitszustand so verschlechtert hatte, dass er nicht mehr an den Politbürositzungen teilnehmen konnte, übernahm Hua Guofeng die Leitung, den Mao zum Ministerpräsidenten ernannt und damit als einen möglichen Nachfolger in Stellung gebracht hatte. Hua hatte sich zwischen der radikalen «Viererbande» und Deng Xiaoping positioniert. In Maos letzten Lebensmonaten nahm Deng nach Aussage seiner Tochter nur auf Aufforderung an den Politbürositzungen teil, da er sich «daheim bei seinen Kindern und Enkelkindern sehr viel wohler fühlte» als im Politbüro, wo er «in die irren Gesichter der ‚Viererbande‘ schauen musste». Erschien er doch zu einer Sitzung, so praktizierte er dort eine selektive Taubheit. Wurde er von einem Mitglied der «Viererbande», zum Beispiel von Zhang Chunqiao, angegriffen, so täuschte Deng vor, nicht verstanden zu haben. Doch wenn Hua am anderen Ende des Konferenztischs in gedämpftem Ton die Sitzung vertagte, erhob sich Deng sofort, um sich zurückzuziehen,

worüber Zhang sich bitter beklagte.<sup>34</sup> Einen Monat nach Maos Tod wurden die Mitglieder der «Viererbande» (die allesamt dem Politbüro angehörten) verhaftet. Um ihre extremen revolutionären Vorhaben verfolgen zu können, waren sie auf die Duldung Maos angewiesen gewesen, der sie teilweise aktiv ermutigt hatte. Doch nach seinem Ableben gelang es jenen Mitgliedern der Parteiführung, die unter Mao und der «Viererbande» gelitten hatten, ihre Kräfte zu bündeln. Jiang Qing und Zhang Chunqiao wurden vor Gericht gestellt und zum Tod verurteilt. Später wurden die Strafen in lebenslange Haft umgewandelt. Im Jahr 1991 beging die krebserkrankte Jiang Selbstmord. Zhang wurde nach zwanzig Jahren aus der Haft entlassen.<sup>35</sup>

Maos Erfolge in dem Bemühen, eine auf Massenmobilisierung und Gewalt beruhende Revolution gegen die Parteiorganisation und den Staat zu organisieren, waren langfristig vollkommen kontraproduktiv. Die Reformpolitik nach seinem Tod, die den Aufbau eines grossen Privatsektors und erste Schritte zu einer Marktwirtschaft beinhaltete, ging deutlich über die «revisionistische» Politik Chruschtschows oder Breschnews hinaus, die Mao so schockiert hatte. Eine unbeabsichtigte Konsequenz der Kulturrevolution war, dass jene Parteifunktionäre und Intellektuellen, die sie überlebten, für immer von diesem rohen, kopflosen, ultralinken revolutionären Impetus geheilt waren, der für sie persönlich so traumatisch gewesen war und China in seiner sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung weit zurückgeworfen hatte.<sup>36</sup>

So hatte die Kulturrevolution, die China ins Elend gestürzt hatte, zumindest eine vorteilhafte Nebenwirkung. Und es gab noch eine weitere. Jene, die in der Sowjetunion Massnahmen zur Befreiung der Marktkräfte durchsetzen wollten, stiessen selbst in der Gorbatschow-Zeit auf erbitterten Widerstand bei der Partei- und Ministerialbürokratie. In China waren diese bürokratischen Strukturen in der Kulturrevolution derart beschädigt worden, dass sie keinen ähnlich hartnäckigen Widerstand gegen die noch kühneren marktwirtschaftlichen Reformen Deng Xiaopings leisten konnten. Die kollektive Führung,



die auf Mao folgte und Deng nach kurzer Zeit beträchtlichen Einfluss zugestand, hörte auf den Rat der Experten. Ihre Politik war sehr viel rationaler als die Maos, der sich Ende der fünfziger Jahre eine klare Vorrangstellung gegenüber seinen Kollegen in der Parteiführung gesichert hatte.

Dengs Rolle habe ich in Kapitel 4 eingehend untersucht. Im Kontext der Machtausübung ist es von Bedeutung, wie sehr sich nicht nur der Inhalt seiner Politik, sondern auch sein Führungsstil von dem Maos unterschied. Auf dem Höhepunkt seines Einflusses, das heisst von 1978 bis Ende der achtziger Jahre, bekleidete er nicht das höchste Amt in Partei und Staat. Er behielt jedoch bis 1989 den Vorsitz in der Zentralen Militärkommission, und die Tatsache, dass er sich auf die Unterstützung der Armee verlassen konnte, stärkte seine Autorität erheblich. Anfang der neunziger Jahre schwand der Rückhalt für Dengs Ideen, was nicht zuletzt am Zerfall der Sowjetunion im Jahr 1991 lag. Diese Entwicklung führte den chinesischen Kommunisten die Gefahren einer Liberalisierung deutlich vor Augen. Auch die Massenkundgebungen für demokratische Reformen auf dem Pekinger Tiananmen-Platz im Jahr 1989, die blutig niedergeschlagen wurden, schwächten Dengs Position. Konservative Kommunisten und radikale Maoisten warfen ihm vor, mit seinen Reformen den Appetit der Jugend auf grössere politische Freiheit geweckt zu haben. Die Reformpolitik und die Öffnung für die Aussenwelt wurden verurteilt, weil sie China für den schädlichen Einfluss des Kapitalismus und des Individualismus anfällig gemacht hätten. All das festigte die Position jener, die einmal mehr nach Klassenkampf und zentraler Wirtschaftsplanung riefen und jede weitere wirtschaftliche Liberalisierung kategorisch ablehnten. Hätte ihnen kein so entschlossener, geschickter und angesehener Politiker wie Deng gegenübergestanden, so hätten die orthodoxen Kommunisten die Uhr zurückdrehen können. Deng hielt ihnen entgegen, die Partei habe die Unruhen von 1989 nur dank der Reformen im vorangegangenen Jahrzehnt überlebt.<sup>37</sup> Er widersetzte sich je-

der Demokratisierung, lehnte zugleich jedoch eine Abkehr von den Wirtschaftsreformen ab, die er eingeleitet hatte.

Als Deng Xiaoping an der Spitze des chinesischen Regimes stand, setzte er sich zumeist mit seinen Vorstellungen durch. Doch in der Parteispitze tobte ein permanenter Richtungsstreit. Einige Mitglieder der Führung, darunter vor allem Hu Yaobang und Zhao Ziyang, unterstützten die von Deng befürworteten radikalen Wirtschaftsreformen, waren im Gegensatz zu ihm jedoch auch zu weiterreichenden politischen Reformen bereit.\* Andere, darunter Hua Guofeng (den Mao als seinen Nachfolger im Auge gehabt hatte) und Li Peng (der Ministerpräsident zum Zeitpunkt des Massakers auf dem Tiananmen), lehnten jede politische Lockerung ab und betrachteten Dengs marktwirtschaftliche Politik mit Misstrauen. Nachdem Deng seinen Rang als einflussreichste Figur in der Parteiführung eingebüsst hatte, wurde die «Theorie Deng Xiaopings» neben dem Marxismus-Leninismus und dem «Denken Mao Tse-tungs» in die offizielle Ideologie integriert (deren Heterogenität und Widersprüchlichkeit dadurch weiter zunahm). Doch im Gegensatz zu Mao betrachtete Deng sich nicht als Theoretiker, sondern als Pragmatiker, und strebte keine solche ideologische Heiligsprechung an, so wie er auch nicht an einem Kult um seine Person interessiert war.

Abgesehen von seinen wichtigen Beiträgen zum Umbau des Wirtschaftssystems beaufsichtigte Deng Xiaoping auch eine bedeutsame Entwicklung im politischen System Chinas. Autoritäre und insbesondere kommunistische Regime tun sich sehr schwer damit, die Nachfolge ihrer Führer zu regeln. Dabei treten zwei gleichermassen gra-

---

\* Es wäre jedoch falsch zu behaupten, es habe in China nach der Mao-Zeit keinerlei politische Reformen gegeben. Das Regime hat keinerlei Schritte hin zu einer freiheitlichen Demokratie getan, aber es haben durchaus Reformen stattgefunden, und das politische System funktioniert heute ganz anders als unter Mao. Vgl. David Shambaugh, *China's Communist Party. Atrophy and Adaptation*, Berkeley 2008.

vierende Probleme auf. Auf der einen Seite bleiben die politischen Führer übermässig lange im Amt, da die Person an der Spitze der Hierarchie mehr und mehr Gefolgsleute in hochrangige Positionen schleust, die ihrerseits ihren Gönner unterstützen, weil sie fürchten, unter seinem Nachfolger ihre Posten zu verlieren. Auf der anderen Seite können dann, wenn ein Machtwechsel unvermeidlich wird – oft tritt dieser Fall erst mit dem Tod des langjährigen Parteichefs ein –, innerparteiliche Konflikte ausbrechen, die so erbittert werden können, dass sie die Stabilität des Systems bedrohen. Eine der pragmatischen Leistungen Dengs bestand darin, nach dem Tiananmen-Massaker den Weg für den Kompromisskandidaten Jiang Zemin zu ebnen, der im Jahr 1989 Parteichef und 1993 Staatspräsident wurde. Noch wichtiger war, dass unter Dengs Führung die Nachfolgeregelung institutionalisiert wurde: Die Amtszeit der hochrangigen Partei- und Staatsfunktionäre wurde auf zehn Jahre begrenzt, das heisst auf zwei fünfjährige Phasen zwischen den Parteitagen. Deng nahm sogar lange vor der Amtsübergabe entscheidenden Einfluss auf die Auswahl von Jiangs Nachfolger, und Hu Jintao übernahm 2002 wie vorgesehen die Parteiführung. Die Nachfolgeregeln haben – zumindest bisher – in China eines der Probleme gelöst, die autoritäre Regime destabilisieren können.

In dem Vierteljahrhundert, das seit der Beförderung Jiangs zum Parteivorsitzenden im Jahr 1989 vergangen ist, genoss kein Nachfolger Dengs eine vergleichbare Autorität wie er, ganz zu schweigen von einer ähnlich übermächtigen Stellung wie der Maos. Der Inhaber des Parteivorsitzes ist das wichtigste Mitglied des Führungsteams, aber die Führung ist kollektiv. Die Funktion des Parteivorsitzenden besteht mittlerweile darin, zwischen den konkurrierenden Interessen innerhalb der Partei zu vermitteln, anstatt den politischen Prozess zu beherrschen.<sup>38</sup> In der Beziehung zur Gesellschaft und insbesondere zu den Eliten hat das chinesische System den Schritt zum konsultativen Autoritarismus getan, denn die Führung greift, ganz anders als unter

Mao, auf das Wissen von aussenstehenden Experten zurück. Das System weist nach wie vor die endemischen Mängel autoritärer Regime auf; vor allem ist die Führung nicht rechenschaftspflichtig gegenüber der Gesellschaft, da sie sich keinen Wahlen stellen muss, in denen die Bürger echte Alternativen hätten. Zu den grössten Problemen Chinas gehört die ausufernde Korruption, in die auch hohe Regimevertreter verwickelt sind. Dennoch hat das Land seit dem Tod Maos ein rasantes Wirtschaftswachstum erlebt, und der Lebensstandard der meisten Chinesen ist deutlich gestiegen. Selbst ohne einen Führer vom Format Deng Xiaopings hat China unter einer im Wesentlichen kollektiven Führung in den letzten zwei Jahrzehnten sehr viel grössere Fortschritte gemacht und sehr viel weniger Gewalt erlitten als unter der despotischen Herrschaft Mao Tse-tungs.

## **DER FÜHRER IM KOMMUNISMUS**

Die Sowjetunion war keineswegs das einzige kommunistische Land mit einem einzelnen Führer, der sehr viel grössere Macht ausübte als alle anderen Mitglieder der Parteiführung und um den ein Personenkult inszeniert wurde. Das geschah sogar in Jugoslawien, wo sich unter Tito in den sechziger und siebziger Jahren eine deutlich mildere Form des Autoritarismus entwickelte als in der Sowjetunion und in China. Zudem gewannen die Parteichefs der jugoslawischen Teilrepubliken dank des gestärkten Föderalismus an politischem Gewicht. Doch Tito tat nichts, um der Verehrung seiner Person entgegenzuwirken. Die Verherrlichung Titos nahm nie ein so absurdes Mass an wie die von Stalin, Mao oder Ceausescu, und verglichen mit anderen kommunistischen Führern, die selbst die Entwicklung ihres Mythos steuerten, genoss Tito tatsächlich beträchtliches Ansehen in der Bevölkerung, was er vor allem seiner Rolle im Partisanenkrieg gegen die deutschen Besatzer im Zweiten Weltkrieg verdankte. Er stand an

der Spitze der Kommunistischen Partei, als sie (ohne Unterstützung der Roten Armee) die Macht errang, und er war der nationale Führer, der Moskau die Stirn bot, als Jugoslawien aus der Kominform ausgeschlossen wurde. Tito nahm eine zentrale Stellung unter den Führern der blockfreien Länder ein, die sich im Kalten Krieg weder dem westlichen Lager noch dem Ostblock anschliessen wollten.

Dass eine einzelne Person deutlich über dem Kollektiv stand, bedeutete im kommunistischen System eigentlich eine klare Abkehr von der Lehre, an der sich die Revolutionäre orientierten. Die Verehrung eines Führers war für die Kommunisten ein Merkmal des Faschismus, unvereinbar mit den Vorstellungen von Marx und Lenin. Doch Lenins feste Überzeugung, die kommunistische Partei müsse streng zentralisiert, diszipliniert und hierarchisch aufgebaut sein, schuf die Voraussetzungen für spätere persönliche Diktaturen. Dennoch wurden selbst unter Stalin die Ideen in Ehren gehalten, die im Prinzip Vorrang vor jedem Führer hatten. Stalin hätte in den dreissiger oder vierziger Jahren unmöglich eine Kampagne zur Privatisierung der sowjetischen Industrie starten können – ein derart grundlegender Bruch mit der offiziellen Ideologie wäre undenkbar gewesen. Selbstverständlich verspürte Stalin auch nicht das geringste Bedürfnis dazu, denn er war in vielerlei Hinsicht ein gläubiger Marxist. Aber selbst, wenn er von der marxistisch-leninistischen Lehre abwich, konnte er das nicht zugeben. Alan Bullock hat die unterschiedlichen Einstellungen Hitlers und Stalins zur Doktrin treffend zusammengefasst: «In Deutschland galt, dass die Ideologie der NSDAP immer das war, was der Führer sagte; im Sowjetstaat war die Ideologie jeweils das, wovon der Generalsekretär behauptete, Marx und Lenin hätten es gesagt.»<sup>39</sup>

Dennoch beteiligte sich Stalin aktiv an der Entwicklung des Kults um seine Person, der ihn in den dreissiger Jahren bereits deutlich aus der Gruppe seiner Kollegen im Politbüro heraushob, die in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts gleichrangige Revolutionäre gewesen waren. Nachdem Chruschtschow in seiner «Geheimrede»

auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956 die Verbrechen Stalins angeprangert hatte, erhielt er einen Brief von dem alten Bolschewiken Pjotr Tschagin, der seit dem Sommer 1917 der Partei angehörte. Tschagin erinnerte sich an einen Abend im April 1926, als Stalin während eines Besuchs in Leningrad bei Sergei Kirow (der im selben Jahr die Führung der dortigen Parteiorganisation übernahm) zum Essen eingeladen war. Lenins Tod lag zwei Jahre zurück. Tschagin, damals Chefredakteur einer Leningrader Zeitung, nahm ebenfalls an dem Treffen teil. Im Verlauf des Gesprächs sagte Kirow: «Ohne Lenin ist es natürlich schwierig, aber wir haben immer noch die Partei, das Zentralkomitee und das Politbüro, die das Land auf dem leninistischen Pfad führen werden.» Stalin, der rastlos im Raum auf und ab lief, antwortete:

Ja, alles schön und gut – die Partei, das Zentralkomitee, das Politbüro. Aber bedenkt, dass unser Volk wenig von alldem versteht. Jahrhundertlang herrschten die Zaren über das russische Volk. Die Russen sind Zaristen. Viele Jahrhunderte lang war das russische Volk und insbesondere die russische Bauernschaft daran gewöhnt, von einer einzigen Person geführt zu werden. Und jetzt brauchen wir einen Führer.<sup>40</sup>

Stalin meinte es zweifellos ehrlich, als er diese nicht-marxistische Version des historischen Determinismus vorbrachte, aber seine Argumentation war auch eigennützig, denn er hatte keine Zweifel, wer dieser «eine» sein würde. In einem anderen privaten Gespräch erklärte Stalin ein Jahrzehnt später, das Volk brauche einen Zar, das heisst «jemanden, den es verehren und in dessen Namen es leben und arbeiten kann».<sup>41</sup> Diese Ansicht wurde von vielen sowjetischen Propagandisten geteilt, die es für einfacher hielten, beim Volk Bewunderung für einen «grossen Führer» zu wecken, als eine Mehrheit der Bevölkerung zum Marxismus-Leninismus zu bekehren. Als der Kult um

seine Person absurde Ausmasse angenommen hatte, warnte Stalin gelegentlich heuchlerisch vor Übertreibungen; beispielsweise wies er im Jahr 1938 den zentralen Kinderbuchverlag an, er solle ein Buch mit dem Titel Geschichten aus Stalins Kindheit verbrennen, weil der «Personenkult» und die Verehrung «unfehlbarer Helden» nicht mit der «bolschewistischen Theorie» vereinbar seien.<sup>42</sup>

Nicht in allen kommunistischen Staaten wurde ein Personenkult betrieben. Beispielsweise vermied ihn János Kádár, der von 1956 bis 1988 die ungarische KP führte. Kádárs Überleben an der Parteispitze beruhte weder auf brutaler Unterdrückung noch auf der Verherrlichung seiner Person. Dank seiner Position an der Spitze der Hierarchie hatte er das letzte Wort in der ungarischen Politik, ohne jedoch ein Diktator zu sein. In den Jahren nach dem ungarischen Aufstand von 1956 hatte er eine rücksichtslose Repression geleitet, aber ab Anfang der sechziger Jahre verfolgte er einen vorsichtigen Reformkurs. Bis Mitte der achtziger Jahre fanden in Ungarn mehr Wirtschaftsreformen als in jedem anderen Ostblockland statt, und die ungarischen Bürger genossen grössere kulturelle Freiheit als die Bewohner anderer kommunistischer Länder. Kádár, ein Meister der Mehrdeutigkeit, wusste richtig einzuschätzen, wie weit er gefahrlos von der sowjetischen Orthodoxie abweichen konnte. Ende 1961 erklärte er: «Wer nicht gegen uns ist, ist mit uns.» Das ungarische Regime war bereit, den politischen Quietismus zu akzeptieren.<sup>43</sup>

Zwischen dieser Politik und dem «Grossen Sprung» und der «Kulturrevolution» in China lagen Welten. Statt Kampagnen zur Massendemobilisierung, die alle Bürger dazu zwingen sollten, die kommunistische Ideologie zu verinnerlichen oder sich zumindest nach aussen zu ihr zu bekennen, liess das Kádár-Regime zu, dass die Menschen ihr eigenes Leben führten und dachten, was sie wollten, solange sie das System nicht offen in Frage stellten. Dank marktwirtschaftlicher Zugeständnisse funktionierte die ungarische Landwirtschaft zumindest im Vergleich zu anderen kommunistischen Ländern gut. In Ungarn gab es Reformen, die auf diese und andere Modifikationen des plan-

wirtschaftlichen Systems drängten. Die Initiative ging nicht von Kádár aus, aber zumindest stellte er sich den Reformen nicht in den Weg.<sup>44</sup> Und in deutlichem Gegensatz zu Mátyás Rakosi, seinem Vorgänger an der Spitze der ungarischen KP, verzichtete er auf jeglichen Personenkult.<sup>45</sup>

Ungarn wurde in der Kadar-Zeit auch als «glücklichste Baracke im Lager» (das heisst des Ostblocks) bezeichnet. Es wäre allerdings stark übertrieben, das kommunistische Ungarn als «glückliches» Land zu bezeichnen, und die Polen genossen zu verschiedenen Zeiten grössere Freiheit als die Ungarn. Ungarn war eher die am wenigsten repressive Baracke im kommunistischen Lager. Die Einstellung der ungarischen Bürger zu Kádars Person wandelte sich im Lauf der Zeit deutlich. Nach der Niederschlagung des Volksaufstands von 1956 betrachteten ihn die meisten Ungarn als Verräter, der mit sowjetischer Rückendeckung «die Ordnung wiederherstellte». Aber im Lauf der Jahre begannen ihn die Leute als die «am wenigsten schlechte» von verschiedenen realistischen Optionen zu sehen, die Moskau dem Land hätte aufzwingen können.

## DER FÜHRER IM FASCHISMUS

Die Erfindung von Mythen über grosse Führer stellte eine radikale Abkehr von der marxistisch-leninistischen Doktrin dar, einen Auswuchs der kommunistischen Systeme, so nützlich dieser Mythos auch sein mochte, um in agrarisch geprägten Gesellschaften Unterstützung für das Regime zu gewinnen. Im Gegensatz dazu war der Führerkult ein zentraler Bestandteil des faschistischen Denkens und hatte grösste Bedeutung in Italien und Deutschland, wo sich die beiden grossen faschistischen Regime des 20. Jahrhunderts etablierten. Aber alle Führerkulte – im faschistischen Italien, im nationalsozialistischen Deutschland und in den betreffenden kommunistischen Ländern – hatten eines gemein: Sie halfen dabei, für ideologische Rezepte un-



empfängliche Menschen an das Regime zu binden. Wie gesehen verfocht Mussolini die Idee eines totalitären Staats: Für ihn und seine Umgebung war dies ein erstrebenswertes Ziel. Aber obwohl Mussolinis Herrschaft ausgesprochen repressiv war, war sie weiter vom idealtypischen Totalitarismus entfernt als die von Hitler und Stalin geführten Regime.

## Mussolini

Vor dem Ersten Weltkrieg war Mussolini ein antiklerikaler Sozialist. Bei Kriegsende hatte er sich vom Sozialismus und Kommunismus abgewandt, behielt jedoch seine Gegnerschaft zur katholischen Kirche bei. Allerdings gelangte er bald zu dem Schluss, dass es vorteilhafter war, seine Feindseligkeit gegenüber der Kirche hintanzustellen, da ein Arrangement mit dem Vatikan vorteilhafter schien als ein Konflikt mit der päpstlichen Autorität. Ausserdem gab es Überschneidungen: Mussolini sprach oft über die Notwendigkeit, Autorität, Disziplin und Ordnung wiederherzustellen, und seine «leidenschaftliche Ablehnung von Sozialismus, Liberalismus und den materialistischen Doktrinen» fand bei vielen in der Kirche Anklang.<sup>46</sup> Ursprünglich hatte er eine republikanische Ordnung bevorzugt, aber im Lauf der Zeit freundete er sich auch mit dem Gedanken an, den Fortbestand der Monarchie zuzulassen – sofern er grössere Macht besässe als der König.

Mussolinis faschistische Bewegung wuchs rasch. Im Jahr 1919 gründete er gemeinsam mit einigen gleichgesinnten Kriegsveteranen die nationalistischen Fasci di Combattimento (Kampfverbände), und schon bald legten Scharen von «Schwarzhemden» die Bezeichnung buchstäblich aus und zogen in den Kampf gegen Sozialisten, Liberale und andere Demokraten. Die von Mussolini geführte Faschistische Partei hatte im Jahr 1920 etwa 20'000 Mitglieder; bis zum Ende des folgenden Jahres war diese Zahl auf fast 220'000 angeschwollen. Ihre Anziehungskraft verdankte die Partei teilweise dem Versprechen von

Arbeitsplätzen für alle ihre Anhänger sowie einem ausgeprägten Sendungsbewusstsein und der Bereitschaft, sich für die Nation aufzuopfern. Die Partei sprach junge Leute an, nicht zuletzt die ländliche Jugend. Im Jahr 1921 war ein Viertel der Mitglieder Landarbeiter, und weitere zwölf Prozent wurden von Bauern gestellt.<sup>47</sup>

Im Jahr 1922 erreichte Mussolini mit Drohgebärden seine Ernennung zum Ministerpräsidenten. Er forderte die zivile Ordnung heraus, appellierte an den König, sich der «faschistischen Revolution» nicht zu widersetzen, und drohte mit einem Marsch der Schwarzhemden auf Rom.<sup>48</sup> Mit einer brutalen Unterdrückung seiner politischen Gegner sicherte Mussolini bei der Parlamentswahl zwei Jahre später der regierungsnahen Liste zwei Drittel der Stimmen. Der Sozialist Giacomo Matteotti, der den Gewalteinsatz gegen die Opposition im Parlament verurteilte, wurde mit Mussolinis Zustimmung ermordet.<sup>49</sup> Im Januar 1925 beendete Mussolini die Herrschaft des Parlaments und riss diktatorische Machtbefugnisse an sich. König Vittorio Emanuele III. ebnete ihm den Weg, da er offenbar zu der Überzeugung gelangt war, dass eine rechtsextreme autoritäre Herrschaft einer schwachen parlamentarischen Regierung und dem Parteiengezänk vorzuziehen sei.<sup>50</sup> Bis Ende 1926 hatte Mussolini alle politischen Parteien mit Ausnahme seiner eigenen verboten und ein Sondertribunal eingerichtet, das die meisten kommunistischen Politiker und andere prominente antifaschistische Aktivisten ins Gefängnis schickte oder unter polizeiliche Aufsicht stellte.<sup>51</sup>

Robert Paxton hat darauf hingewiesen, dass Mussolini noch lange nach der Stabilisierung seines Regimes von der «faschistischen Revolution» sprach. Damit meinte er «eine Revolution gegen den Sozialismus und den verweichlichten Liberalismus, einen neuen Weg, um die Italiener zu einen und zu motivieren, und eine neue Form von Regierung, die in der Lage sein würde, die persönlichen Freiheitsrechte den Bedürfnissen der nationalen Gemeinschaft zu unterwerfen und

die Zustimmung der Massen zu gewinnen, ohne die Eigentumsrechte anzutasten».<sup>52</sup> Mussolini scheute jedoch nicht vor taktischen Manövern zurück, um seine Ziele zu erreichen und sich möglichst grosse Zustimmung zu sichern. Einem Freund erzählte er, wie mühsam es gewesen sei, ein «Gleichgewicht» zwischen den einflussreichen Institutionen und Interessen im Land herzustellen, also zwischen Regierung, Partei, Monarchie, Vatikan, Armee, Milizen, Präfekten, regionalen Parteiführern, Ministern, den Confederazioni [berufsständische Korporationen] und den gigantischen Monopolinteressen.<sup>53</sup> Die totalitäre Macht war für Mussolini zu jener Zeit noch ein eher fernes Ziel.

Die Entwicklung eines Führerkults war das wichtigste Instrument, um seine Autorität zu erhöhen und die Macht zu sichern. Der mitreisende Redner Mussolini pries Mitte der zwanziger Jahre die angeblichen Vorzüge einer «starken Hand», die für «Ordnung» sorgen konnte. Christopher Duggan merkt an: «Nach den Turbulenzen der vorausgegangenen Jahre übte der Mythos der ‚Ordnung‘ grosse Faszination aus. Ausgerechnet die Hauptverursacher der Gewalt, jene Leute, die am meisten dazu beigetragen hatten, die Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und das Ansehen des Staates zu beschädigen, sollten am meisten von der verbreiteten Sehnsucht nach Stabilität profitieren.»<sup>54</sup> Zu dieser Zeit bemühte sich vor allem die Faschistische Partei, Mussolini als grossen Führer darzustellen, in der Hoffnung, sein Glanz werde auf die weniger populäre Organisation abstrahlen. Gleichzeitig vergrösserte der Personenkult um Mussolini jedoch die Distanz zwischen ihm und den Schwarzhemden mit ihren brutalen Taktiken. Diese und andere Missstände liessen sich in der Regel anderen in die Schuhe schieben: In den dreissiger Jahren wurden die Misserfolge des Faschismus normalerweise «dem inkompetenten, korrupten oder betrügerischen Gefolge des Duce angelastet, während Mussolini vermeintlich nichts von den Sünden der Personen in seiner Umgebung wusste oder sie grossherzig verzieh».<sup>55</sup>

Sogar ein italienischer Journalist, der sich einen monolithischeren Faschismus wünschte, akzeptierte, dass die Bewegung «verschiedene

Strömungen» umfasste und dass ihr «einziges einigendes Element der Mythos des Führers und seiner vermeintlichen Unfehlbarkeit war».<sup>56</sup> Im Lauf der dreissiger Jahre begann auch Mussolini selbst an diesen Mythos zu glauben. «Ich beging nie einen Fehler, wenn ich meinem Instinkt folgte; ich irrte mich jedes Mal, wenn ich der Vernunft gehorchte.» Es war charakteristisch für den Faschismus, dass er dem «Instinkt» grösseren Wert beimass als der Vernunft.<sup>57</sup> Es gab jedoch bedeutsame Unterschiede zwischen dem italienischen und deutschen Faschismus. Während der Antisemitismus ein zentraler Bestandteil von Hitlers Ideologie war, galt dies für Mussolinis Weltbild nicht. Von 1932 bis 1935 war ein Jude Finanzminister in seiner Regierung, und die Juden waren in Mussolinis Partei von Anfang an überproportional vertreten.<sup>58</sup> Erst als sich Italien Ende der dreissiger Jahre enger an Hitler-Deutschland band, wurde der jüdische Einfluss in der italienischen Gesellschaft thematisiert, und im Herbst 1938 traten antijüdische Gesetze in Kraft.<sup>59</sup>

Als sich im Lauf des Zweiten Weltkriegs abzeichnete, dass Italien auf eine Niederlage zusteuerte, weitete Mussolini seine Geringschätzung für seine Widersacher auf seine Gefolgsleute aus.<sup>60</sup> Seine gewaltige Popularität schwand schnell, als der Bevölkerung klar wurde, dass ihre Leiden im Krieg umsonst gewesen waren. Als Mussolini und seine Geliebte Claretta Petacci im April 1945 von kommunistischen Partisanen gefangen genommen, erschossen und an den Füßen aufgehängt zur Schau gestellt wurden, war rasch vergessen, wie beliebt Mussolini einmal gewesen war. Ein junger Journalist, der Zeuge der Geschehnisse war, erklärte, wie die Lobpreisungen des Diktators derart schnell Verwünschungen des gefallenen Führers weichen konnten: «Tyrannei an der Spitze, Leichtgläubigkeit und Konformismus an der Basis.» Den Wechsel von einem politischen Mythos zum anderen beschrieb er so: Menschen, die früher «auf jedem Platz in Italien zusammengeströmt wären, um Mussolini begeistert zuzujubeln», reagierten jetzt so, als hätten sie ihn die ganze Zeit abgelehnt.<sup>61</sup>

## Hitlers Aufstieg zur Macht

Obwohl sie sich manchmal der Sprache der Revolution bedienten, wurden sowohl Mussolini als auch Hitler «von einem Staatsoberhaupt im Rahmen der legitimen Ausübung seiner offiziellen Funktionen auf die Empfehlung von zivilen und militärischen Beratern um die Übernahme der Staatsgeschäfte gebeten».<sup>62</sup> Hitler hatte 1923 einen Putschversuch in Bayern unternommen, um von München aus die Macht in Berlin zu erobern, war jedoch verhaftet worden und hatte ein Jahr im Gefängnis verbracht. Nach dieser Erfahrung schien es ihm vorteilhafter, über Wahlen an die Macht zu kommen. Der Grund war nicht, dass er zu einem Befürworter des Rechtsstaats gereift wäre, sondern dass es ihm vernünftiger schien, sich seine wachsende Anziehungskraft auf Teile der Wählerschaft zunutze zu machen. Die Diktatur konnte er auch später noch errichten. Im Gefängnis schrieb Hitler *Mein Kampf*; das Mitte der zwanziger Jahre erschienene Buch kreist um die fixe Idee der Reinhaltung einer imaginären «arischen Rasse» und einen obsessiven Antisemitismus. Es gelang Hitler, das unter den Deutschen verbreitete Gefühl der Demütigung und ungerechten Behandlung nach dem Ersten Weltkrieg für sich zu nutzen. Er sah einen Staat in der Krise, der dem Zusammenbruch nahe war, und behauptete: «Wenn wir all die Ursachen des deutschen Zusammenbruches vor unserem Auge vorbeiziehen lassen, dann bleibt als die letzte und ausschlaggebende das Nichterkennen des Rasseproblems und besonders der jüdischen Gefahr übrig.»<sup>63</sup> Er verurteilte auch den Pazifismus: «Wer leben will, der kämpfe also, und wer nicht streiten will in dieser Welt des ewigen Ringens, verdient das Leben nicht.»<sup>64</sup>

Die harten Reparationen, die Deutschland im Jahr 1919 von den siegreichen Entente-Mächten auferlegt worden waren, die Hyperinflation in den frühen zwanziger Jahren und die folgende Massenarbeitslosigkeit sicherten der nationalsozialistischen Partei, deren Füh-

rung Hitler übernommen hatte, einigen Zulauf, aber die wirtschaftliche Erholung in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts sorgte dafür, dass seine Partei eine Randerscheinung im politischen Spektrum der Weimarer Republik blieb. Das änderte sich nach dem New Yorker Börsenkrach im Oktober 1929. Die deutschen Banken vergaben keine Kredite mehr an Unternehmen, und 1932 war mehr als ein Drittel der Erwerbsbevölkerung arbeitslos.<sup>65</sup> Hitlers Partei gehörte zu den grossen Profiteuren der Wirtschaftskrise. Bei der Parlamentswahl im Jahr 1928 hatte die NSDAP mit 2,6 Prozent der Stimmen gerade einmal zwölf Sitze im Reichstag errungen, aber bei der Wahl im September 1930 erhöhte sie ihren Stimmenanteil auf 18,3 Prozent (6 Millionen Wähler hatten sich für sie entschieden). Mit 107 Sitzen war die NSDAP plötzlich die zweitstärkste Fraktion im Reichstag.<sup>66</sup> Hitlers massgeblicher Biograph Ian Kershaw zieht aus dieser Entwicklung Schlüsse, die keineswegs nur auf das Deutschland der Zwischenkriegszeit zutreffen: «Für ein politisches System stellen solche Zeiten eine Bedrohung dar, in denen Politiker sich nicht mehr Gehör verschaffen können und die Sprache der Menschen, die sie vertreten sollten, nicht mehr verstehen. Die Parteipolitiker von Weimar hatten diesen Punkt 1930 nahezu erreicht.»<sup>67</sup>

Zwei Jahre später konnte die NSDAP ihren Stimmenanteil nochmals vergrössern. Der in die Jahre gekommene Reichspräsident, Feldmarschall von Hindenburg, strebte am Ende seiner siebenjährigen Amtszeit die Wiederwahl an. Hitler meldete ebenso seine Kandidatur an wie der Kommunist Ernst Thälmann. Im ersten Wahlgang errang Hindenburg keine absolute Mehrheit und Hitler belegte den zweiten Platz. In der Stichwahl errang er drei Millionen oder 37 Prozent der Stimmen.<sup>68</sup> Hitler glaubte, dieser Erfolg gebe ihm einen Anspruch auf das Kanzleramt, aber Hindenburg lehnte ab. (Der Reichspräsident verdankte seinen Sieg auch der Unterstützung der SPD, die den konservativen Hindenburg Hitler vorzog.) Im Jahr 1932 waren die Wahlergebnisse der Nationalsozialisten durchwachsen. Sowohl

im Juli als auch im November fanden Reichstagswahlen statt, und bei der zweiten Wahl erhielt die NSDAP 2 Millionen Stimmen weniger als im Sommer. Hindenburg glaubte, die Schwächung der Nationalsozialisten nutzen zu können, als er sich im Januar 1933 schliesslich dazu durchrang, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, wobei er ihm jedoch eine konservative Regierung aufzwang. So hoffte der Reichspräsident, Hitlers Macht beschränken zu können.

Hitler hatte aber nicht vor, sich mit einer Nebenrolle abzufinden. Es war ein Glücksfall für ihn, dass am 27. Februar 1933 der Reichstag in Flammen aufging. Den Brand hatte ein junger niederländischer Sozialist gelegt, der die deutsche Arbeiterschaft zum Kampf gegen die rechtsgerichtete Regierung und den Kapitalismus anspornen wollte. Hitler nutzte die Gelegenheit, um den Kommunisten die Schuld an der Brandstiftung zu geben und sie auszuschalten, gleichzeitig jedoch auch die Sozialdemokraten und andere Antifaschisten zu unterdrücken. Bei der durch extreme Einschüchterungsmassnahmen gekennzeichneten Reichstagswahl am 5. März 1933 gewann die NSDAP fast 44 Prozent der Stimmen, womit sie im neuen Reichstag 288 von 647 Sitzen errang. Trotz der brutalen Repression einschliesslich schwerer Misshandlungen und sogar Morde errangen die Kommunisten mehr als 12 Prozent und die SPD über 18 Prozent der Stimmen.<sup>69</sup> Die NSDAP war nicht nur stärkste Partei geworden, sondern hatte gemeinsam mit den Konservativen auch eine absolute Mehrheit im Parlament. Aber sie war nicht auf die Unterstützung der Konservativen angewiesen, um die Macht an sich zu reissen, denn die Nationalsozialisten sorgten dafür, dass die KP-Abgeordneten ihre Sitze im Reichstag nicht einnehmen konnten. Die Kommunisten waren entweder verhaftet worden oder hatten die Flucht ergriffen. In der einschüchternden Gegenwart von SA- und SS-Einheiten stimmten nur 94 Sozialdemokraten gegen das Ermächtigungsgesetz, das mit den Stimmen von 441 Abgeordneten die Macht vom Parlament auf die NS-Regierung übertrug.<sup>70</sup> (Die Zentrumspartei, der Vorläufer der Christdemokraten nach

dem Krieg, die eigentlich kein natürlicher Verbündeter der Nationalsozialisten war, stimmte für das Gesetz.) Bis zum Sommer 1933 wurden 100'000 Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter verhaftet, und sogar amtliche Stellen bestätigten den Tod von 600 Menschen in der «Schutzhaft».<sup>71</sup>

Bereits 1933 hatte Hitler mit Unterstützung seines Propagandachefs Joseph Goebbels die Bevölkerung zu einem landesweiten Boykott jüdischer Läden und Unternehmen aufgestachelt. Die massenhaften Entlassungen von Juden (die nicht aus religiösen Gründen, sondern aufgrund ihrer «Rasse» diskriminiert wurden) hatten erhebliche Auswirkungen auf das kulturelle Leben und das Bildungswesen. Bis 1934 hatten rund 1'600 von 5'000 Hochschullehrern ihren Arbeitsplatz verloren, weil sie Juden waren oder den Nationalsozialismus ablehnten.<sup>72</sup> Die Verfolgung fand Zustimmung in der Bevölkerung und wurde von oben ermutigt. Die Studenten leisteten ihren Beitrag zur Vertreibung jüdischer und oppositioneller Professoren. Die NS-Ideologie fasste Fuss in der Gesellschaft. Hitler besass ein grosses Talent: «Die Fähigkeit, ein grosses Publikum mit seiner Rhetorik zu bewegen.»<sup>73</sup>

Viele Nationalsozialisten wollten diktatorische Vollmachten für Hitler, und er konnte diese nun entschlossener anstreben. Die einzige Bedrohung für seine uneingeschränkte Macht ging von einem möglichen Bündnis zwischen konservativen Kräften und Reichswehr aus. Hochrangige Offiziere waren besorgt über die Absichten der paramilitärischen SA mit ihren viereinhalb Millionen Mitgliedern. Abgesehen davon, dass die SA-Trupps Juden, Kommunisten und Sozialdemokraten verhafteten, misshandelten und manchmal totschlügen, schienen sie unter ihrem ehrgeizigen Führer Ernst Röhm eine Vormachtstellung gegenüber den regulären Streitkräften anzustreben. Hitler entschloss sich, die SA-Führung auszuschalten. Das war nicht nur ein vorübergehendes Zugeständnis an die Armeeführung, sondern diente auch seinen eigenen Interessen, denn er zweifelte mittlerweile an der Loyalität Röhm's. Er liess den SA-Chef verhaften und er-



schiessen. Hitlers Prätorianergarde, die SS, die bis dahin der SA unterstanden hatte, erhielt nun den Vorrang dieser gegenüber; was von der SA nach dem Juli 1934 übrig blieb, war «kaum mehr als [ein] Wehrsportverein». <sup>74</sup> Zur selben Zeit sah sich Hitler mit einer potentiellen Bedrohung aus einer anderen Richtung konfrontiert. Die Erschiessung führender SA-Mitglieder ging mit der Ermordung einiger angesehenen Konservativer einher, unter denen der ehemalige Reichskanzler General Kurt von Schleicher und seine Frau waren. Aber Hitler und Goebbels verwiesen auf die Notwendigkeit, die SA zur Raison zu bringen, und stellten die Säuberung als heroischen Einsatz zur Verhinderung eines Putschs von Röhm dar, der Deutschland ins revolutionäre Chaos gestürzt hätte. Weite Teile der deutschen Bevölkerung glaubten diese fadenscheinige Begründung und waren überzeugt, Hitler habe das Land vor dem Abgrund bewahrt.

Bis zum Tod Hindenburgs Anfang August 1934 konnte Hitler seinen «Führerstaat» jedoch nicht vollenden. Als Hindenburg im Sterben lag, setzte Hitler eine Verfassungsänderung durch, wonach das Präsidentenamt nach dem Tod Hindenburgs mit der Reichskanzlerschaft vereint würde. Da der Präsident der Oberbefehlshaber der Streitkräfte gewesen war, ging somit auch diese wichtige Machtbefugnis auf ihn über. Von nun an, verfügte er, war er «für alle Zukunft» als «Führer und Reichskanzler» anzureden. <sup>75</sup> Nun traten sein absoluter Machtanspruch und seine ideologischen Ziele deutlicher zutage. Hitler war ein Egomane, doch trieb ihn nicht allein Machthunger an. Er war auch «ein Ideologe und vertrat unerschütterliche Überzeugungen». <sup>76</sup> Seine auf einer Rassenlehre beruhende Interpretation der Geschichte ging mit der leidenschaftlichen Überzeugung einher, die historische Entwicklung werde von «grossen Männern» bestimmt. Er bewunderte Friedrich den Grossen, der in seinen Augen der Inbegriff menschlicher Grösse war, hatte er doch die absolute Herrschaft über sein Königreich mit militärischen Erfolgen verknüpft, die Grenzen seines Reichs beträchtlich erweitert und Preussen zur führenden Militär-

macht in Europa gemacht. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, als seiner Umgebung längst klargeworden war, dass die deutsche Niederlage unausweichlich war, suchte Hitler immer noch Inspiration in der deutschen Übersetzung von Thomas Carlyles Biographie Friedrichs, die Goebbels ihm geschenkt hatte.<sup>77</sup>

Im Jahr 1934 hatte sich die Anrede «Mein Führer» für Hitler etabliert, während er selbst die meisten hohen Amtsträger einfach mit ihrem Nachnamen ansprach. Die Selbstdarstellung war ihm sehr viel wichtiger als politische Inhalte. Ausnahmen machte er nur für die Bereiche, von denen er besessen war – dies waren die Eliminierung des jüdischen Einflusses, die sich schliesslich bis zur physischen Eliminierung der Juden steigerte, der Aufbau der deutschen Militärmacht und die Aussenpolitik (mit der wir uns im nächsten Kapitel befassen). In einem wichtigen Punkt war das System nicht vollkommen totalitär: Unterhalb der obersten Führungsebene wurde über politische Massnahmen diskutiert; die Unterebenen orientierten sich an den groben Leitlinien, die Hitler vorgegeben hatte, und bemühten sich um eine Vorgehensweise, die seine Zustimmung finden würde. Das erhöhte seine immense Autorität nur noch weiter, obwohl sein Führungsstil, der von Unzugänglichkeit, unvorhersehbaren impulsiven Interventionen, weitschweifigen Monologen und Desinteresse an den Details der Politik gekennzeichnet war, kaum eine effiziente Regierungsarbeit ermöglichte.<sup>78</sup>

Hitler hasste Kabinettsitzungen, in denen eine kritische Diskussion drohte. Als er im Jahr 1933 einer Koalitionsregierung vorstand, in der die Konservativen noch in der Überzahl waren, trat das Kabinett bis zur Sommerpause vier- oder fünfmal im Monat zusammen; nach dem Sommer wurden die Sitzungen seltener. Hitler führte lieber persönliche Gespräche, die er dominieren konnte, und bevorzugte manche Minister gegenüber anderen.<sup>79</sup> Ende der dreissiger Jahre trat das Kabinett überhaupt nicht mehr zusammen. Zu diesem Zeitpunkt war nichts mehr von einer kollektiven Regierung zu sehen, und nie-

mand innerhalb des Regimes zweifelte daran, dass «der Führer» allein das Recht habe, Entscheidungen zu fällen. Über politische Massnahmen, die Hitler interessierten, bestimmte er persönlich, nachdem er sich zuvor mit denjenigen ausgetauscht hatte, deren Einbindung er in diesem Augenblick für richtig hielt.<sup>80</sup>

Im Jahr 1936 konnte es keinen Zweifel daran geben, dass Hitler die Unterstützung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung genoss. Dass die NSDAP bei der Wahl in jenem Jahr fast 99 Prozent der Stimmen erhielt, lag natürlich nicht zuletzt daran, dass eine beträchtliche Minderheit der Wähler eingeschüchtert worden war und sich vor den Konsequenzen der Opposition gegen das NS-Regime fürchtete, aber es scheint klar, dass Hitler zu diesem Zeitpunkt den grösseren Teil der Bevölkerung für sich gewonnen hatte. Die wirtschaftliche Erholung, der Stolz auf die wiedergewonnene militärische Stärke des Landes und das verbreitete Vertrauen in Hitlers persönliche Grösse waren politische Realität. Niemand war fester von Hitlers Genie überzeugt als er selbst. Wie Kershaw schreibt: «So musste es zu Hybris kommen – jenem anmassenden Hochmut, der Unheil heraufbeschwört. 1936 war der Punkt erreicht, an dem die Hybris die Oberhand gewann.»<sup>81</sup> Anfang 1938 erklärte Hitler im Gespräch mit dem österreichischen Diktator Kurt von Schuschnigg: «Ich habe noch alles erreicht, was ich wollte, und bin vielleicht dadurch zum grössten Deutschen der Geschichte geworden.»<sup>82</sup>

Der Faschismus war ein Produkt der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts, und Italien und Deutschland sind die besten Anschauungsbeispiele dafür, wie sich diese Bewegung an der Macht verhielt. Trotz einiger Unterschiede zwischen den beiden Regimen kann man sie beide als «faschistisch» beschreiben; schliesslich gab es zu verschiedenen Zeiten auch beträchtliche Unterschiede zwischen den kommunistischen Systemen einschliesslich internationaler Spannungen (wie dem sino-sowjetischen Konflikt). Als Faschismus wird eine bestimmte Art von politischer Bewegung bezeichnet. Obwohl die

Ideologie vom jeweiligen politischen Führer sehr viel leichter modifiziert werden konnte als die marxistisch-leninistische Doktrin in den kommunistischen Systemen, wiesen die verschiedenen faschistischen Bewegungen eine Reihe gemeinsamer Merkmale auf: die Verherrlichung von Krieg und Gewalt; Expansionismus; Rassismus; das Streben nach totaler Kontrolle; die Fixierung auf nationale Solidarität; die Weigerung, legitime Interessengegensätze und unterschiedliche Wertvorstellungen innerhalb der Gesellschaft zu tolerieren; den Glauben an eine heroische Führung. Robert Paxton fügt weitere Merkmale hinzu. Dazu gehören unter anderen: «der Glaube, die eigene Gruppe sei ein Opfer – ein Gefühl, das jede Handlung gegen seine inneren wie seine äusseren Gegner rechtfertigt ohne gesetzliche oder moralische Grenzen», der Glaube an «die Überlegenheit der Instinkte des Führers über abstrakte und universelle Vernunft», sowie die Vorstellung, es gebe ein «Recht der Auserwählten, andere ohne die Schranken irgendeines menschlichen oder göttlichen Gesetzes zu beherrschen, ein Recht, das einzig nach dem Kriterium der Tapferkeit der Gruppe in einem darwinistischen Kampf zugemessen wird».<sup>83</sup>

Zwischen den Weltkriegen gab es faschistische Bewegungen in vielen Ländern, darunter Frankreich, Grossbritannien, Belgien, die Niederlande und Norwegen. Diese Bewegungen nahmen Anleihen in Italien und Deutschland, hatten jedoch nur geringen Einfluss auf die politischen Systeme ihrer Länder. Paxton fasst zusammen, was ihnen fehlte: «Die meisten dieser schwachen Imitate zeigten, dass es nicht ausreichte, ein buntes Hemd überzuziehen, herumzumarschieren und irgendeine lokale Minderheit zusammenzuschlagen, um den Erfolg eines Hitler oder Mussolini zu haben. Dazu war eben auch noch eine vergleichbare Krise, ein vergleichbarer politischer Handlungsspielraum, vergleichbare Fähigkeiten zur Allianzenbildung und eine vergleichbare Kooperation von Seiten der politischen Eliten vonnöten.»<sup>84</sup> Es gibt eine Tendenz, die Definition des Faschismus übertrieben weit zu fassen, um sie auf möglichst viele Regime anwenden zu

können – aber so, wie es keine ausreichende Voraussetzung für den Erfolg einer politischen Bewegung war, eine Uniform zu tragen und Andersdenkende zusammenzuschlagen, war auch nicht jedes brutale und repressive rechtsextreme Regime faschistisch. Genau genommen können weder das franquistische Regime in Spanien noch das Salazar-System in Portugal als faschistisch gelten, obwohl beide ausgesprochen autokratisch waren. Beide Regime hatten ihren Ursprung in Militärdiktaturen und blieben autoritär, aber insbesondere in Spanien wurden schon vor der Transition in den siebziger Jahren pluralistische Elemente in das System eingebaut. Bezeichnend ist, dass beide Systeme eher an traditionellen Elementen des Konservatismus festhielten als Italien unter Mussolini und insbesondere Deutschland unter Hitler. Sowohl Franco als auch Salazar waren Katholiken, erkannten die Kirche als Institution an und bemühten sich um ihre Rückendeckung. Dennoch suchte Franco die Nähe der faschistischen Diktatoren und profitierte im spanischen Bürgerkrieg von der Unterstützung Mussolinis und Hitlers. Nach dem Sieg über die Republikaner setzte er eine blutige Repression in Gang, die etwa 200'000 Menschen das Leben kostete.<sup>85</sup>

Bis weit in den Zweiten Weltkrieg hinein erfreute sich Hitler immenser Popularität; die grosse Mehrheit der deutschen Bevölkerung stand hinter ihm.<sup>86</sup> Das nationalsozialistische Deutschland verband den Führerkult mit den Institutionen eines leistungsfähigen modernen Staates. Auch als Hitlers Strahlkraft in den verlustreichen Kriegsjahren schwand, funktionierten die staatlichen Institutionen weiter. Doch in Hitlers Augen bestand der Zweck des Staates vor allem darin, einen «grossen Führer» in die höchste Machtposition zu befördern und ihm loyal zu dienen. Bereits im Jahr 1920 hatte er erklärt: «Wir brauchen einen Diktator, der ein Genie ist.»<sup>87</sup> Von einem saarländischen Parteiführer als ein «neuer», «grösserer» und «mächtigerer» Jesus Christus gepriesen,<sup>88</sup> schlug Hitler, gestützt auf seine persönliche Anziehungskraft, auf den vordergründigen Erfolg all seiner Vorhaben bis Ende der dreissiger Jahre und auf den Mythos, Deutschland brauche

einen «grossen» und starken Führer, Millionen in seinen Bann. «Erfolg im Verein mit der Gunst des Volkes», schrieb Adam Smith, habe auch den grössten Führern «so sehr den Kopf verdreht, dass er sie veranlasst hat, sich eine Bedeutung zuzuschreiben und sich Fähigkeiten anzumassen, welche über diejenigen weit hinausgingen, die sie wirklich besaßen, und dass er sie in ihrem Eigendünkel bewogen hat, sich in so manche unbedachte, mitunter sogar verderbliche Abenteuer zu stürzen».<sup>89</sup> Sieht man von Hitlers Fähigkeit ab, das Böse zu entfesseln, war seine Grösse eine Illusion, aber zweifellos war diese Illusion geeignet, ein Land in ruinöse Abenteuer zu führen.

## MYTHEN ÜBER DIKTATORISCHE REGIME

Im 18. Jahrhundert schrieb Turgot: «Der Despotismus ist einfach. Zu tun, was man tun will, ist eine Regel, die ein König schnell lernt; es ist eine Kunst, Menschen zu überzeugen, während man keine Kunstfertigkeit braucht, um Befehle zu geben. Würde der Despotismus nicht jene gegen sich aufbringen, die ihm zum Opfer fallen, so würde er nie vom Antlitz der Erde verbannt.»<sup>90</sup> Der Despotismus bewegt seine Opfer früher oder später dazu, ihn zu stürzen (obwohl gewaltsame Revolutionen oft lediglich den Weg für eine andere Variante der autoritären Herrschaft ebneten). Selbst ein Autokrat kann jedoch nicht allein durch Gewalt herrschen, denn er muss seine Umgebung – seine Prätorianer, die Militärführer oder den Leiter der Geheimpolizei – davon überzeugen, dass Loyalität ihm gegenüber im Interesse des Landes oder ihres eigenen Wohlergehens (oder von beidem) ist. Wie es Turgots älterer Zeitgenosse David Hume ausdrückte: «Kein Mensch müsste den Zorn eines Tyrannen fürchten, wenn dessen Autorität über jeden Einzelnen nicht ausschliesslich auf Angst gegründet wäre. Denn als einzelner Mensch reicht seine körperliche Kraft nicht weit, und alle Macht, die er darüber hinaus besitzt, gründet sich ent-

weder auf unsere eigene Meinung oder die mutmassliche Meinung anderer.»<sup>91</sup>

Das Arsenal des autoritären Führers muss also sowohl Zwang als auch Überzeugungskraft beinhalten. Die Autokraten des 20. und 21. Jahrhunderts haben Mittel und Medien zur Verfügung gehabt, von denen die Denker der Aufklärung nicht einmal träumen konnten – vom Massenaufmarsch, den Mussolini und Hitler so wirksam einsetzten, über die elektronische Überwachung bis zum Monopol auf die im Rundfunk ausgestrahlten Botschaften.\* Mit dem Bedürfnis nach Beeinflussung der öffentlichen Meinung geht die Notwendigkeit gesellschaftlicher Organisation einher, da sich die Struktur eines modernen Staats vom Regierungssystem eines «primitiven Stammes» unterschied, wie die Autoren des 18. Jahrhunderts solche Gesellschaften nannten. Sieht man von den traditionellen Monarchien ab, so haben viele autoritäre Regime im Zeitalter der Demokratisierung das Bedürfnis, sich einen demokratischen Anstrich zu geben; dies schliesst «Wahlen» ein, die als Beleg für den Rückhalt des Regimes beim Volk ins Feld geführt werden, obwohl die Bürger keine wirkliche Wahl haben. Normalerweise beteiligt sich die mit dem Machtmonopol ausgestattete Partei an der Organisation solcher Wahlen und mobilisiert die Wähler. Es gibt Belege dafür, dass sich Autokraten, die sich auf eine politische Partei stützen können, länger an der Macht halten als solche, die eine rein personalistische Herrschaft ausüben. Eine Parteior-

---

\* Natürlich war dieses Monopol auf ihr Staatsgebiet beschränkt. Ausländische Sender wie Radio Liberty und Radio Free Europe, die das Territorium der kommunistischen Staaten erreichten, wurden von diesen gestört, was jedoch nicht in allen Landesteilen funktionierte. Daher war das Monopol der autoritären und totalitären Staaten auf Information und öffentliche Meinung schon vor der Ankunft des Internets unvollständig. Dieses stellte die autoritären Regime vor grosse Probleme, eröffnete ihnen zugleich jedoch auch neue Möglichkeiten.

ganisation ist nicht nur nützlich, um die Gesellschaft zu mobilisieren, sondern hilft auch dabei, «die Ambitionen politischer Rivalen zu steuern und sie an den Herrscher zu binden».<sup>92</sup>

Die Baath-Partei war eine wichtige Stütze des Regimes von Saddam Hussein im Irak.<sup>93</sup> Saddam verfolgte Kommunisten sowie radikale Islamisten erbarmungslos, aber die Organisation seiner Partei ähnelte jener der kommunistischen Parteien. Wie diese wurde die Baath-Partei zur Kontrolle der Armee und der Sicherheitsdienste eingesetzt. Ins Militär wurden politische Funktionäre eingeschleust, die sicherstellen sollten, dass die Armeeführung den Anweisungen der Partei, vor allem aber Saddams folgte.<sup>94</sup> Die Partei trug auch wesentlich zum Personenkult um Saddam Hussein bei. Dieser Kult nahm ebenso extreme Formen an wie die Unterwürfigkeit der Untergebenen in Gegenwart des Diktators. Städte, Moscheen, Theater und Flüsse wurden nach ihm benannt, und Dichter priesen ihn: «Saddam ist der Gipfel der Berge und das Rauschen des Meeres.»<sup>95</sup> Dennoch ist der Autor der umfassendsten Studie über Saddam Hussein und die Baath-Partei der Ansicht, dass dieses Regime, obwohl zweifellos tyrannisch, nicht als totalitär, sondern als autoritär einzustufen sei.<sup>96</sup>

Um den Anspruch der herrschenden Partei und ihres Führers auf totale Kontrolle zu rechtfertigen, entwerfen totalitäre Regime typischerweise die Vision einer glorreichen Zukunft, eines neuen goldenen Zeitalters. Eine solche Vision kann zumindest für eine Weile, wie im Fall der Sowjetunion, Italiens und Deutschlands, einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung inspirieren. Prosaischere Argumente zur Legitimierung totalitärer und autoritärer Regime lauten, dass sie eine stabile Regierung gewährleisten und die Ordnung aufrechterhalten. Dieses Versprechen ist verlockend, da die meisten Menschen in Frieden leben wollen. Wenn die Bürger der Behauptung Glauben schenken, die Alternative zu der vom diktatorischen Regime gewährleisteten «Ordnung» seien Bürgerkrieg und Anarchie, werden sie sich mehr oder weniger bereitwillig mit dem Regime abfinden.



Das Argument der «Ordnung» ist jedoch in sich widersprüchlich. Zunächst einmal beschwören die meisten autoritären Regime durch Missachtung der Rechtsstaatlichkeit und Gewaltanwendung, Trennung von Familien, Verhaftung und Tötung Tausender (wie im Fall des chilenischen Diktators Augusto Pinochet) oder Millionen ihrer eigenen Bürger (in der stalinistischen Sowjetunion und im maoistischen China) selbst erhebliche Unordnung herauf. Der «Grosse Sprung nach vorne» und die «Kulturrevolution» in China sind Inbegriffe des Chaos. Der zweite Widerspruch besteht darin, dass solche Regime unfähig sind, Probleme zu lösen, da sie der Gesellschaft keine Rechenschaft schulden und nicht auf die Klagen der Bürger eingehen. Sie beschränken sich darauf, die Probleme zu unterdrücken. Wenn es schliesslich zu Reformen oder zu einer Revolution kommt, hat das Regime die Gesellschaft normalerweise bereits in noch grössere Unordnung gestürzt. Ein dritter Widerspruch ist, dass die meisten Staaten ethnisch vielfältig sind, und die von einem autoritären Regime beherrschten Länder sind keine Ausnahme. Insbesondere in Afrika, aber auch im Nahen Osten wurden die Staatsgrenzen von Kolonialmächten gezogen, die wenig Rücksicht auf die ethnische Verteilung der Bevölkerung nahmen. Paul Collier stellt fest, dass «Autokraten in ethnisch heterogenen Gesellschaften auf Unterstützung durch ihre eigene ethnische Gruppe angewiesen sind. Und je vielfältiger die ethnische Zusammensetzung der Gesellschaft, desto kleiner ist die Gruppe, die den Autokraten unterstützt.»<sup>97</sup> Das bewegt den Autokraten dazu, seine eigene Gruppe politisch und wirtschaftlich zu bevorzugen. Die ungleiche Verteilung der Ressourcen erhöht die Spannungen zwischen den Volksgruppen und behindert die wirtschaftliche Entwicklung.

Es ist auch ein Mythos, dass die autoritäre Herrschaft eine Garantie für Stabilität ist. In einer stabilen Demokratie sind eine Wahl Niederlage und damit die Ablösung einer Regierung ein normaler Vorgang, der die Gesundheit des Systems gewährleistet. Ein Regierungswechsel beschwört keine Krise des politischen Systems oder der Ge-

sellschaft herauf. Hingegen führt der Sturz der Regierung in einem autoritären System zwangsläufig zu einer Systemkrise. Das hat sich in den vergangenen Jahrzehnten bei der Transformation Osteuropas im Jahr 1989 und bei den sehr viel turbulenteren Erhebungen im Nahen Osten seit 2011 gezeigt. Noch vor kurzer Zeit wurden demokratische Führer nach ihrer Ablösung mit einer bescheidenen Rente in einen wohlverdienten Ruhestand geschickt. Heute bevorzugen viele von ihnen einen keineswegs bescheidenen, sondern ausserordentlich einträglichen Ruhestand und schlagen Kapital aus ihrer Bekanntheit. So oder so unterscheidet sich ihr Schicksal nach dem Machtverlust sehr von dem Mussolinis (erschossen und an den Füßen aufgehängt), Hitlers (Selbstmord in seinem Berliner Bunker) Ceauşescus (gemeinsam mit seiner Frau von einem Erschiessungskommando hingerichtet) oder Muammar al-Gaddafis (von Rebellen misshandelt und erschossen). Allerdings sind viele andere Diktatoren eines natürlichen Todes gestorben.

Der hartnäckigste Mythos ist der des grossen und weitblickenden Führers. Das gilt insbesondere für Autokratien, weniger jedoch für Oligarchien, in denen im Allgemeinen nicht die Qualitäten eines individuellen Führers, sondern die «höhere Erkenntnis» und die «unvergleichliche Weisheit» der herrschenden Partei betont werden. Im Lauf der Herrschaftszeit Mussolinis, Hitlers und Stalins änderte sich die Bedeutung der Worte «Duce», «Führer» und «Woschd». In allen drei Fällen bezeichnete es schliesslich *den* Führer, das heisst den einen Menschen von übermenschlicher Kraft, Intelligenz und Weisheit, der wie ein Vater für sein Volk sorgte. Von ihren gläubigen Anhängern wurden diese Führer manchmal schon als Helden verehrt, noch bevor sie selbst begannen, sich dafür zu halten. Insbesondere Hitler gelangte von der Überzeugung, Deutschland brauche einen grossen und heroischen Führer, zu der sehr befriedigenden Erkenntnis, dass er diese Person sei. Anders als Mussolini versuchte Hitler Anfang der zwanziger Jahre noch nicht, einen Personenkult zu entwickeln, aber

seine Anhänger verkündeten bereits, sie hätten «etwas gefunden [...], wonach sich Millionen sehnen, einen Führer».<sup>98</sup> Ende der zwanziger Jahre war Hitler zu der Überzeugung gelangt, dass sie recht hätten, und die NSDAP richtete sich ganz auf ihren Führer aus. «Für uns», erklärte Hitler im Jahr 1930, «ist der Führer die Idee, und jedes Parteimitglied hat nur dem Führer zu gehorchen.»<sup>99</sup> Der Personenkult wurde in allen grossen Diktaturen des 20. Jahrhunderts vom Führer selbst gefördert (wobei im Kult um Stalin nicht zuletzt dessen angebliche Bescheidenheit hervorgehoben wurde), aber es mangelte nie an Gefolgsleuten und Speichelleckern, die ihren Teil zum Mythos vom Übermenschen beitrugen, der sie führte.



Ob es einem politischen Führer gelingt, sich diktatorische Machtbefugnisse anzueignen, hängt insbesondere davon ab, in welchem sozialen und politischen Kontext er an die Macht kommt, ob seine Gefolgsleute darauf hoffen können, von seiner Schutzherrschaft zu profitieren, ob sich die Eliten aus Furcht vor einer schlimmeren Alternative mit ihnen arrangieren (wie in Italien und Deutschland, wo konservative Kreise aus Furcht vor den Kommunisten mit Mussolini beziehungsweise Hitler kooperierten) und ob sich in der Bevölkerung der irrationale Glaube durchsetzt, eine einzige Person könne die Weisheit einer Nation verkörpern. Die Diktatur ist ein gefährlicher Beleg dafür, dass der «emotionale Schwanz» mit dem «rationalen Hund» wedelt.<sup>100</sup> Sie ist die Apotheose der Illusion, die Menschheit brauche starke Führer, und erinnert uns daran, dass die unkontrollierte Macht eines solchen Führers zu Unterdrückung und Blutvergiessen führt.

## 7

# AUSSENPOLITISCHE ILLUSIO- NEN ÜBER «STARKE FÜHRUNG»

Offenkundig wäre es irreführend zu behaupten, schlechte aussenpolitische Entscheidungen würden ausschliesslich von Politikern gefällt, die sich für starke Führer halten und glauben, die Welt besser zu verstehen als alle anderen. Solche Führer neigen jedoch eher zu schweren Fehlern, weil sie bereit sind, das akkumulierte Wissen derer zu ignorieren, die Fachwissen über eine bestimmte Weltregion besitzen. Charakteristisch für solche Führer ist auch eine Abneigung gegen offene Diskussionen, in denen Regierungskollegen, die Zugang zu umfassenden Informationen haben, Einwände erheben und darauf beharren können, dass alternative Lösungen in Erwägung gezogen werden. Im Grossen und Ganzen werden in autoritären Regimen schlechtere aussenpolitische Entscheidungen gefällt als in Demokratien (noch grösser ist die Kluft in der Innenpolitik), und in autokratischen Regimen sind die Entscheidungen noch schlechter als in Oligarchien. Alleinherrscher werden durch den Mangel an Widerspruch gegen ihre Ansichten in der Überzeugung bestärkt, sie seien am besten geeignet, Entscheidungen zu fällen. In einer Demokratie hat der Aussenminister normalerweise beträchtlichen Einfluss auf die aussenpolitischen Entscheidungen, und es gibt ein Kabinett, einen aussenpolitischen Ausschuss oder einen nationalen Sicherheitsrat, in dem hochrangige Minister und Beamte in die internationale Politik eingebunden werden, wenn ihr Einfluss auch von Epoche zu Epoche und von Land zu Land variiert.

Aus den in einem früheren Kapitel behandelten Gründen ist der Einfluss der Regierungschefs auf die Aussenpolitik gewachsen, und jene unter ihnen, die fest an ihre überlegene Urteilskraft glauben, sind anfällig für bestimmte Irrtümer. Politische Führer, die stolz auf ihre «Stärke» sind oder meinen, stark wirken zu müssen, haben eine besonders ausgeprägte Neigung zu Militärinterventionen. Politiker, die ihre Länder in Kriegszeiten führen, geniessen oft grösseres Ansehen als solche, die im Frieden regieren, obwohl die Gefahr, dass ihre Reputation Schaden nimmt, vor allem aber die Gefahr für das Leben anderer Menschen, in Kriegszeiten ebenfalls grösser ist. Es kann den Ruf eines Regierungschefs zerstören, wenn er sein Land in einen Krieg führt, der unnötig ist, gegen das internationale Recht verstösst, unter falschen Voraussetzungen begonnen wird oder Kosten verursacht, die seinen Nutzen übersteigen. David Owen konstatiert ein «Hybrissyndrom» bei übermässig von sich überzeugten, selbstherrlichen Führern und zählt folgende Symptome auf: eine «narzisstische Neigung, die Welt nicht als einen Ort zu betrachten, dessen Probleme pragmatisch und nicht selbstbezogen in Angriff genommen werden müssen, sondern als einen Raum, in dem sie Macht ausüben und nach Ruhm streben können»; den Glauben, nicht ihren Kollegen, sondern nur etwas Höherem wie der Geschichte oder Gott Rechenschaft zu schulden; mangelndes Interesse an möglichen Fehlentwicklungen, was zu «anmassender Inkompetenz» führt, da ein übertrieben selbstsicherer Führer leicht zu der Gewissheit gelangt, er müsse sich nicht mit den Details des politischen Alltagsgeschäfts abgeben.<sup>1</sup>

## AUSSENPOLITISCHE ILLUSIONEN TOTALITÄRER UND AUTORITÄRER FÜHRER

In diesem Kapitel werden wir uns in erster Linie mit den ausserpolitischen Illusionen demokratischer Führer beschäftigen, insbesondere mit denen der beiden britischen Premierminister Neville Chamberlain und Tony Blair. Eine noch gravierendere Selbsttäuschung, die oft verheerende Konsequenzen hat, ist jedoch bei einigen der in Kapitel 6 behandelten autoritären Führer zu beobachten. Allerdings stürzen sich nicht alle autoritären Führer in ausserpolitische Abenteuer. Einige konzentrieren sich darauf, ihr Regime im Inneren zu festigen. Unter den Führungen, die sich so verhalten, erwiesen sich jene mit einem chinesischen kulturellen Hintergrund als die erfolgreichsten ökonomischen Modernisierer.<sup>2</sup>

Man könnte auch Hitler, Stalin und Mussolini zugestehen, die Wirtschaft ihrer Länder modernisiert zu haben, obwohl es insbesondere den beiden Erstgenannten vor allem um eine erhöhte Rüstungsproduktion ging. Die Gemeinsamkeit der drei «grossen Diktatoren» der Zwischenkriegszeit war, dass ihre gravierendsten ausserpolitischen Fehleinschätzungen ihren Ursprung darin hatten, dass sie ihren eigenen Mythos glaubten. Sie waren überzeugt, Genies zu sein, und hatten keinen Zweifel daran, ihr unbezwingbarer Wille werde triumphieren. Von der eigenen Stärke berauschte Führer neigen sowohl in Diktaturen als auch in Demokratien dazu, im Lauf der Zeit die Gewissheit zu entwickeln, eine überlegene Urteilskraft zu besitzen. Ihre Bereitschaft, sich mit Einwänden auseinanderzusetzen, schwindet zusehends, selbst wenn die Kritik von ihren Regierungskollegen vorgebracht wird. Und ihre grösste Befürchtung ist, sie könnten als schwach oder als Führer wahrgenommen werden, der Schwäche gezeigt hat.

## Die Fehleinschätzungen Hitlers und Mussolinis

Militärinterventionen im Ausland, die ihre unmittelbaren Ziele erreichen, können im Rückblick ganz anders beurteilt werden. Hitlers Annexion der Tschechoslowakei war anfangs ein Erfolg. Mit dem Münchner Abkommen sicherte sich der deutsche Diktator das Sudetenland, aber Mitte Oktober 1938, nur wenige Wochen nach der Vereinbarung mit Chamberlain, plante er, diese zu brechen. Er gab der Wehrmachtführung Anweisungen, die «Erledigung der Rest-Tschechei» vorzubereiten.<sup>3</sup> Die Invasion der Tschechoslowakei im März 1939 löste keine unmittelbare militärische Reaktion der anderen europäischen Mächte aus, so dass es den Anschein hatte, als sei Hitler-Deutschland erfolgreich gewesen. Aber die Invasion führte zu einem Meinungsumschwung im Ausland, nicht zuletzt in Grossbritannien. Der mangelnde Widerstand gegen den deutschen Expansionismus nährte Hitlers Hybris, während sich in Europa die Erkenntnis durchsetzte, dass man diesem Mann nicht trauen konnte. Mit der Einverleibung der gesamten Tschechoslowakei brach er nicht nur sein Versprechen, Deutschland werde keine weiteren territorialen Ansprüche erheben; Hitlers Verhalten bewies auch, dass seine Behauptung, er wolle lediglich die deutsche Bevölkerung in einem einzigen Staat vereinen, falsch war.<sup>4</sup> Er erhob «den Mythos des allsehenden, allwissenden, unfehlbaren Führers» zum Regierungsprinzip, gab sich ab 1938 keine Mühe mehr, seine Skrupellosigkeit zu verbergen, und stürzte Europa in die Katastrophe.<sup>5</sup>

Die Invasion Polens im September 1939 zog Grossbritannien samt dem Empire und den Commonwealth-Staaten sowie Frankreich in den Krieg, denn beide Länder hatten Polen zugesagt, ihm im Fall eines Angriffs auf sein Territorium beizustehen. Hitler glaubte, freie Hand zu haben, nachdem er sich einen Monat früher mit Stalin darauf geeinigt hatte, Polen und die baltischen Staaten zwischen Deutsch-

land und der Sowjetunion aufzuteilen. Mit dem von den Aussenministern der beiden Staaten unterzeichneten Hitler-Stalin-Pakt schlossen die beiden ideologisch verfeindeten Staaten keinen ewigen Frieden, verpflichteten sich jedoch, einander in den folgenden zehn Jahren nicht anzugreifen. Indem er die territoriale Beute vorübergehend mit der Sowjetunion teilte, verschaffte sich Hitler Spielraum, da der Nichtangriffspakt die Gefahr eines Zweifrontenkriegs bannte, obwohl Grossbritannien und Frankreich den Überfall auf Polen nicht tatenlos hinnahmen wie seinerzeit die Invasion der Tschechoslowakei. (Hitler hatte bezweifelt, dass sie diesmal anders reagieren würden.) Auch Stalin kam der Nichtangriffspakt mit Deutschland entgegen, denn die Sowjetunion war zu jener Zeit militärisch geschwächt, was nicht zuletzt daran lag, dass der pathologisch misstrauische sowjetische Diktator das Offizierskorps der Roten Armee dezimiert hatte.

Mit der Erbarmungslosigkeit und dem Zynismus, die charakteristisch für ihn waren, erklärte sich Stalin bereit, Hunderte politische Flüchtlinge aus Hitler-Deutschland, darunter auch deutsche Kommunisten, an die Gestapo auszuliefern. Viele dieser Flüchtlinge waren bereits im Verlauf der Grossen Säuberung in der Sowjetunion verhaftet worden, weshalb einige von ihnen direkt aus dem sowjetischen Gulag in ein nationalsozialistisches Konzentrationslager verlegt wurden.<sup>6</sup> Und mit der für ihn charakteristischen Barbarei und Missachtung jeglicher Zusagen brach Hitler den Pakt und gab im Juni 1941 den Befehl zur Invasion der Sowjetunion. Mit Blick auf den Ausgang des Zweiten Weltkriegs war dies Hitlers verheerendster Fehler, denn an der Ostfront erlitten die Deutschen die mit Abstand schwersten Verluste, was entscheidend zur militärischen Niederlage und der folgenden Teilung Deutschlands beitrug. Die letzte ausführliche Besprechung, in der Hitler seinen Generälen Anweisungen zum militärischen Vorgehen gab, fand nur eine Woche vor Beginn der Invasion statt. Er sagte ihnen, die Russen würden erbitterten Widerstand leis-



ten, «aber der schlimmste Teil der Kämpfe werde in etwa sechs Wochen vorüber sein». Die Mehrzahl der Generäle sorgte sich wegen der Folgen eines Zweifrontenkriegs, aber das System war so organisiert und der Führerkult so fest verinnerlicht, dass keiner der Militärführer Einwände äusserte.<sup>7</sup>

Hitler hatte seine eigene Person im Sinn gehabt, als er in Mein Kampf geschrieben hatte: «Die Vereinigung aber von Theoretiker, Organisator und Führer in einer Person ist das Seltenste, was man auf dieser Erde finden kann; diese Vereinigung schafft den grossen Mann.»<sup>8</sup> Dass er sich als «Theoretiker» bezeichnete, war offenkundig eine Übertreibung, aber die Ideologie war Hitler wichtig, und er hatte einige wenige zentrale Vorstellungen entwickelt, die von seinen politischen Anfängen nach dem Ersten Weltkrieg bis zu seinem Selbstmord im Jahr 1945 weitgehend unverändert blieben. Eine seiner grundlegenden und unverrückbaren Überzeugungen war, dass Deutschland «Lebensraum» brauche und die Sowjetunion zerschlagen müsse, ein Vorhaben, das Hitler mit der Auslöschung der Juden verknüpfte. Er war von der Bedrohung durch den «jüdischen Bolschewismus» besessen und glaubte, «das Ende der Judenherrschaft in Russland» werde auch «das Ende Russlands als Staat sein».<sup>9</sup> In der ersten Hälfte des Jahres 1941 gelangte er zu dem Schluss, es sei an der Zeit, diese Ziele mit einem Sieg über die Sowjetunion rasch zu verwirklichen und die Reichtümer dieses Landes für Deutschland in Besitz zu nehmen. Die Invasion sollte die Verwirklichung von Hitlers beiden Obsessionen ermöglichen: die «Entfernung» der Juden und die Erschliessung neuen «Lebensraums».<sup>10</sup>

Mussolini war länger an der Macht als Hitler, aber auf aussenpolitische Abenteuer liess er sich erst in den dreissiger Jahren ein. Seine Entscheidung, ein Bündnis mit Hitler-Deutschland einzugehen, hatte schwerwiegende Folgen für sein Land. Schon früh hatte er keinen Hehl aus seiner von vielen Italienern geteilten Überzeugung gemacht, das Land sei leer ausgegangen, als die anderen europäischen Mächte

Kolonialreiche errichtet hatten; ausserdem sei Italien bei der Verteilung der Gebiete der unterlegenen Mittelmächte in Versailles im Jahr 1919 zu kurz gekommen. Mit der Gründung des Völkerbunds im Jahr 1920 sollten andere Regeln durchgesetzt werden als jene, auf die sich die europäischen Mächte im 19. Jahrhundert hatten berufen können. Das faschistische Italien jedoch festigte zunächst seine Kontrolle über Libyen, das schon vor dem Ersten Weltkrieg ein italienisches Protektorat gewesen war, um 1935/36 Äthiopien zu überfallen und zu erobern und 1939 Albanien zu besetzen. Durch den Erfolg dieser Feldzüge ermutigt, unterstützte Mussolini im spanischen Bürgerkrieg von Anfang an die von General Franco angeführten nationalistischen (und dem Faschismus nahestehenden) Aufständischen und erklärte sich bereit, 50'000 Soldaten zu entsenden. Als die Italiener schwere Verluste erlitten, bestand die Reaktion des Duce darin, das Engagement noch auszuweiten und grosse Mengen an Flugzeugen, Panzerfahrzeugen und Waffen nach Spanien zu schicken.<sup>11</sup> Mussolinis Unterstützung für Franco und die Bereitstellung von Truppen und Material trugen wesentlich zur Niederlage der spanischen Republik und zur Errichtung des autoritären franquistischen Regimes bei. Mussolini engagierte sich im spanischen Bürgerkrieg mehr als Hitler und Stalin.<sup>12</sup> Gleichzeitig vertiefte er ab 1936 das Bündnis mit Hitler und führte sein Land im Juni 1940 an der Seite Deutschlands in den Krieg. Die Niederlage Frankreichs hatte bei ihm jeglichen Zweifel beseitigt, dass er als wichtiger Partner auf der Seite der Sieger stehen würde. Aber Italien sollte sich im Krieg als zweitrangiger und wenig erfolgreicher Verbündeter Deutschlands erweisen. Im Sommer 1943 hatte Mussolini sogar die Unterstützung des Grossen Faschistischen Rats verloren und wurde vom König abgesetzt. Nach seiner Befreiung durch deutsche Fallschirmjäger leitete er bis zu seinem furchtbaren Ende einen Marionettenstaat von Hitlers Gnaden.

## Stalin: Eine Mischung aus Realismus und Illusionen

Stalin war der vorsichtigste Aussenpolitiker unter den drei «grossen Diktatoren». Während nationalistisch oder rassistisch motivierte Gewalt und territoriale Expansion ein fester Bestandteil der faschistischen Weltanschauung waren, konnte ein kommunistisches Regime nur einen einzigen – in der Regel fadenscheinigen – Grund für die territoriale Expansion vorbringen: Mit dem Einmarsch entspreche man dem «Wunsch» der Bevölkerung des betroffenen Landes, den Kapitalismus durch den Sozialismus zu ersetzen. Offenkundig wollten die meisten Einwohner der baltischen Staaten keine Bürger der Sowjetunion werden, aber der Hitler-Stalin-Pakt erlaubte es dem Kreml, sie im Jahr 1939 zunächst zur Aufnahme sowjetischer Militärstützpunkte zu zwingen und im Jahr darauf zu annektieren. Wie andernorts gab es auch im Baltikum genug einheimische Kommunisten, die nach der Pfeife Moskaus tanzten. Diese entschlossene Minderheit konnte mit Hilfe des sowjetischen Militärs ein unpopuläres Regime installieren. Auch Finnland war durch den Pakt zwischen Hitler und Stalin der sowjetischen Einflussphäre zugeschlagen worden, aber die Finnen leisteten erbitterten Widerstand. Im Winterkrieg von 1939/40 musste Finnland Gebietseinbussen hinnehmen, aber die Rote Armee erlitt so schwere Verluste, dass sich die Sowjetunion im März 1940 gezwungen sah, einen Friedensvertrag zu schliessen, der die finnische Unabhängigkeit garantierte.<sup>13</sup>

Nachdem Stalin gesehen hatte, auf welche Schwierigkeiten die Rote Armee im Krieg mit Finnland gestossen war, hütete er sich im Unterschied zu Hitler vor einem grösseren Konflikt. Er zog es vor, die kapitalistischen und imperialistischen Staaten untereinander einen verheerenden Krieg austragen zu lassen. Die Sowjetunion würde sich heraushalten und anschliessend von der Schwäche der Kriegsparteien profitieren. Im Kontext unserer Untersuchung ist es jedoch vor allem

relevant, dass der Glaube an seinen eigenen Weitblick Stalin dazu verleitete, zahlreiche Warnungen vor einem bevorstehenden deutschen Angriff in den Wind zu schlagen, die er unter anderem von sowjetischen Diplomaten in Deutschland, von dem Spion Richard Sorge in Japan und von Winston Churchill erhielt.<sup>14</sup> Die Informationen, die Stalin aus verschiedenen Quellen über die deutschen Invasionspläne überbracht wurden, hätten ihn dazu bewegen müssen, seine Annahme zu prüfen, dass ein solcher Angriff in absehbarer Zukunft unmöglich sei. Einen Tag vor dem deutschen Angriff schrieb NKWD-Chef Lawrenti Beria in der Hoffnung, später nicht zum Sündenbock gemacht zu werden, an Stalin: «Ich und meine Leute, Jossif Wissarionowitsch [Stalin], halten uns getreu an Ihren weisen Schluss: Hitler wird uns im Jahre 1941 nicht angreifen.»<sup>15</sup>

Je zahlreicher die Warner wurden, desto fester wurde Stalins Überzeugung, es handle sich um eine gezielte Desinformationskampagne. Was Hitler anbelangte, war der Kremlchef, der manchmal als der politische Realist schlechthin beschrieben wird, überraschend arglos. Offenkundig vertraute er dem deutschen Diktator mehr als seinen eigenen hochrangigen Mitarbeitern. Drei der fünf Marschälle der Sowjetunion waren im Verlauf der Säuberung von 1937/38 hingerichtet worden, und die verbliebenen zwei waren die am wenigsten kompetenten. Die sowjetischen Verluste in den ersten Kriegswochen wären nicht annähernd so hoch gewesen, hätte Stalin die Warnungen vor einer deutschen Invasion ernst genommen und davon abgesehen, zahlreiche Generäle der Roten Armee erschiessen zu lassen. Im Lauf des Krieges erhöhten sowohl Hitler als auch Stalin die Verluste ihrer eigenen Armeen erheblich, indem sie ihren Generälen auch dann einen Rückzug untersagten, wenn ihre Truppen in eine aussichtslose Lage geraten waren.

Stalin schätzte jedoch die wahrscheinlichen Reaktionen der Westmächte (einschliesslich des mächtigsten Landes, der USA) auf seine Aktionen besser ein als Hitler. So gelang es ihm, nach Kriegsende

Mittel- und Osteuropa dem sowjetischen Einfluss zu unterwerfen. Unmittelbar nach dem Krieg mit Deutschland war im Westen niemand gewillt, einen weiteren Krieg gegen den wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen Hitler zu führen; abgesehen davon fehlten Westeuropa zu diesem Zeitpunkt die Ressourcen für eine militärische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion. Ausserdem verstand Stalin, wo seine Grenzen waren. Die Sowjetunion lag nach dem Sieg ebenso am Boden wie Deutschland nach der Niederlage und hatte der militärischen Stärke der Vereinigten Staaten zu dieser Zeit nichts entgegenzusetzen. Selbst nachdem die sowjetische Hegemonie über Osteuropa gefestigt und dort kommunistische Regime installiert worden waren, die (zumindest anfangs) vollkommen loyal gegenüber Moskau waren, lehnte Stalin es ab, die Machtübernahme der griechischen Kommunisten zu unterstützen: Er wollte einer direkten Auseinandersetzung mit den Westmächten aus dem Weg gehen, um die jüngsten Gebietsgewinne der Sowjetunion auf dem europäischen Kontinent nicht aufs Spiel zu setzen.<sup>16</sup>

Die Russen und die übrigen Völker der Sowjetunion profitierten auf lange Sicht nicht von der Errichtung sowjetischer Satellitenstaaten in Osteuropa. Die Unterwerfung dieser Region war die Hauptsache des Kalten Kriegs, der auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs gewaltige Militärausgaben verursachte, die für die kleinere sowjetische Wirtschaft einen grösseren Aderlass bedeuteten als für die amerikanische. Indem sich Stalin nicht damit zufriedengab, in den osteuropäischen Staaten Regierungen zu installieren, von denen keine Bedrohung für die Sowjetunion ausgehen würde, sondern auf der Errichtung von Unterdrückungsregimen nach sowjetischem Vorbild beharrte, zerstörte er jede Chance, die Sympathien der Bevölkerung dieser «Volksrepubliken» zu gewinnen. Seine Vorliebe für «Moskauer» Kommunisten (das heisst für solche osteuropäischen Kameraden, die lange in der Sowjetunion gelebt hatten und den Mühlen des NKWD entronnen waren), die er jenen «Nationalkommunisten» vorzog, die

sich in ihren Heimatländern am antifaschistischen Widerstand beteiligt hatten, erschwerten diese Aufgabe zusätzlich. Die Volksaufstände in Osteuropa – sowie die Weigerung Titos, Anweisungen aus Moskau entgegenzunehmen – bereiteten dem Kreml erhebliches Kopfzerbrechen. Schliesslich hatte die Abneigung der Bevölkerungsmehrheit in den Ostblockstaaten gegen die Sowjetunion, die den Ländern Mittel- und Osteuropas den Kommunismus aufgezwungen hatte, zur Folge, dass in diesen Ländern grosses Misstrauen gegenüber den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und insbesondere gegenüber Russland herrschte.

Im Vorfeld des Koreakriegs legte Stalin eine Mischung aus Vorsicht und Draufgängertum an den Tag. Der Vorschlag, Nordkorea solle den Süden angreifen, um die kommunistische Herrschaft auf das ganze Land auszuweiten, stammte von Kim Il-sung, aber er brauchte Stalins Zustimmung, denn abgesehen davon, dass er in der Schuld der Sowjetunion stand, die ihn an die Macht gebracht hatte, brauchte er auch sowjetische Waffen. Als Kim im März 1949 erstmals einen nordkoreanischen Überraschungsangriff auf den Süden vorschlug, winkte Stalin ab. Zu diesem Zeitpunkt waren 7'500 amerikanische Soldaten im Süden stationiert, und Stalin wollte eine direkte Konfrontation mit den USA unbedingt vermeiden. Aber die Amerikaner rechneten nicht mit einem Angriff des Nordens und begannen noch im selben Jahr mit dem Abzug ihrer Truppen. Ende Januar 1950 hatte Kim den Kremlchef überzeugt. In der Zwischenzeit hatte sich einiges geändert. Der Abzug der amerikanischen Truppen war fast beendet; nur noch rund 500 Soldaten befanden sich auf koreanischem Boden. Noch wichtiger war jedoch, dass sich die chinesischen Kommunisten im Bürgerkrieg durchgesetzt und in Peking eine Regierung gebildet hatten. Sollten sich die Nordkoreaner nicht allein durchsetzen können, so bestand die Möglichkeit, dass China Truppen schickte. Stalin beabsichtigte nicht, sowjetische Truppen zu entsenden, war jedoch bereit, den Nordkoreanern mit Waffen zu helfen.<sup>17</sup>

Mao für seinen Teil sträubte sich gegen ein chinesisches Engage-

ment in einem Krieg auf der koreanischen Halbinsel. China und insbesondere seine Armee waren ausgelaugt, und Mao war zu jener Zeit noch auf Konsens im Politbüro der KPCh angewiesen, dessen Mitglieder sich mehrheitlich auf den Wiederaufbau Chinas konzentrieren wollten. Doch selbst Mao erkannte Stalin als übergeordnete und massgebliche Figur in der globalen kommunistischen Bewegung an (gegenüber späteren sowjetischen Parteichefs zeigte er keine solche Ehrerbietung). Mao schuldete den nordkoreanischen Kameraden auch Dank dafür, dass sie ihn im Bürgerkrieg mit Zehntausenden Soldaten unterstützt hatten. Diese Truppen kehrten nun kampferfahren nach Korea zurück.<sup>18</sup> Schliesslich erklärte sich Mao prinzipiell zur Entsendung von Truppen bereit, aber nachdem Nordkorea am 25. Juni 1950 den Krieg vom Zaun gebrochen hatte, zögerte er die Einlösung seines Versprechens hinaus. Anfangs schienen die Nordkoreaner, die den Süden erfolgreich überrascht und zügig die südkoreanische Hauptstadt Seoul eingenommen hatten, nicht auf chinesische Unterstützung angewiesen zu sein. Aber das Blatt wendete sich, als sich die USA an die Spitze einer von den Vereinten Nationen autorisierten multinationalen Streitmacht stellten, um den Südkoreanern beizustehen. Weder der Süden (die Republik Korea) noch der Norden (die Volksrepublik Korea) gehörte der UNO an. Noch wichtiger war, dass dasselbe für die Volksrepublik China galt. Aufgrund der amerikanischen Weigerung, der neuen chinesischen Regierung den für China reservierten Sitz in der UNO zuzugestehen, boykottierte die sowjetische Delegation die Vereinten Nationen. In ihrer Abwesenheit stimmte der Sicherheitsrat mit 9 zu 0 Stimmen (Jugoslawien enthielt sich) für eine Verurteilung Nordkoreas und beschloss zwei Tage später, die UNO-Mitglieder zum Widerstand gegen die Invasion aufzurufen.

Die UNO-Truppen drängten die nordkoreanischen Invasoren über den 38. Breitengrad zurück, der 1945 als Demarkationslinie zwischen den sowjetisch und amerikanisch besetzten Zonen festgelegt worden war. Nun forderte Stalin Mao auf, Truppen zu schicken, und versi-

cherte dem Chinesen, er werde nicht in einen «grossen Krieg» hineingezogen; sollte es doch dazu kommen, so würden die Sowjetunion und China «gemeinsam stärker sein als die USA und England». <sup>19</sup> Ein gewaltiges chinesisches Heer strömte über die koreanische Grenze: Nach amerikanischen Schätzungen schickte China drei Millionen Soldaten, von denen es nicht weniger als 900'000 verlor (Gefallene, Vermisste und Verwundete). <sup>20</sup> Im Jahr 1952 war Kim Il-sung bereit, Frieden zu schliessen, da er begriffen hatte, dass eine Wiedervereinigung des Landes unter kommunistischer Herrschaft nicht gelingen würde. Stalin hingegen wollte den Konflikt nicht beenden, da die Sowjetunion zwar grosse Mengen an Waffen, aber keine Truppen schickte, während die Amerikaner Verluste erlitten. Auch Mao wollte den Krieg trotz der gewaltigen chinesischen Verluste fortsetzen. Die Pattsituation hätte noch sehr viel länger anhalten und sehr viel mehr Menschenleben kosten können, wäre Stalin nicht im März 1953 gestorben. Die neue kollektive Führung der Sowjetunion war bestrebt, die Beziehungen zum Westen zu verbessern, und suchte nach einer Kompromisslösung zur Beendigung des Kriegs. Drei Millionen Koreaner – rund ein Zehntel der Bevölkerung – waren zu Tode gekommen, als im Juli 1953 ein Waffenstillstand geschlossen und die Teilung Koreas besiegelt wurde. <sup>21</sup>

Nachdem er anfangs geögert hatte, Kim Il-sung bei dessen Versuch zu unterstützen, ganz Korea der kommunistischen Herrschaft zu unterwerfen, hatte Stalin darauf beharrt, den Krieg fortzusetzen; wie viel Blut andere Völker lassen mussten, war ihm gleichgültig. Für ihn hatte der Koreakrieg den Vorteil, dass er das Bündnis zwischen China und der Sowjetunion gegen die Amerikaner festigte, und in seinen Augen waren die USA – der «grösste Feind» – der grosse Verlierer. Bis zu seinem Tod drängte Stalin Mao und Kim Il-sung, die Waffenstillstandsgespräche zu verschleppen. Aber seine Überzeugung, die Unterstützung des Kriegs sei eine kluge Entscheidung, war unangebracht. Wie der russische Historiker Wladimir Pechatnow festgestellt



hat, wirkte sich der Koreakrieg langfristig sehr nachteilig auf die Sowjetunion aus, führte er doch «zu einer massiven Aufrüstung der Vereinigten Staaten und zur Umwandlung der NATO in ein vollwertiges Militärbündnis». Ausserdem «förderte er die dauerhafte militärische Präsenz der Vereinigten Staaten in der Region».<sup>22</sup>

## **DIE SELBSTTÄUSCHUNG «STARKER FÜHRER» IN GROSSBRITANNIEN**

Wenden wir uns den Demokratien zu. In Grossbritannien finden wir mehrere Premierminister, die ihre Kabinettskollegen zu dominieren versuchten und aufgrund ihres übertriebenen Vertrauens in das eigene Urteil katastrophale aussenpolitische Entscheidungen fällten. Ein besonders klares Beispiel dafür ist Tony Blairs Entschluss zur Beteiligung an der Invasion des Irak im Jahr 2003. Es ist umstritten, inwieweit Blair die Öffentlichkeit täuschte, aber feststeht, dass er sich selbst täuschte: Er glaubte, was er glauben wollte, und ignorierte das Wissen und das Urteil derjenigen, die am besten qualifiziert waren, um die wahrscheinlichen Konsequenzen einer Intervention abzuschätzen. Im Lauf der Zeit schwand die Unterstützung der Öffentlichkeit, doch zuerst waren die Lager der Befürworter und Gegner der Kriegsbeteiligung etwa gleich gross; Millionen Bürger nahmen das Wort des Premierministers in einer wichtigen internationalen Angelegenheit für bare Münze.

Der konservative Oppositionsführer Iain Duncan Smith schien bemüht, die begeisterte Unterstützung Blairs und der Labour-Regierung für den von der amerikanischen Regierung vorgegebenen Kurs noch zu überbieten. Die Liberaldemokraten und die schottischen Nationalisten hingegen lehnten den Krieg ebenso ab wie eine beträchtliche Minderheit der Labour-Abgeordneten im Parlament, eine sehr viel kleinere Gruppe von konservativen Dissidenten sowie Millionen Bürger ohne Parteibuch. Aussenpolitische Fehlentscheidungen werden

oft von schiefen historischen Analogien beeinflusst.<sup>23</sup> In der Irakkrise wurden einmal mehr die abgegriffenen Vergleiche gezogen, die seit dem Zweiten Weltkrieg gewohnheitsmässig hervorgekramt werden. Neville Chamberlain ist posthum das Unglück widerfahren, wieder und wieder als Beispiel für das genannt zu werden, was man nicht tun sollte: Man sollte nicht versuchen, Diktatoren durch Entgegenkommen zu beschwichtigen. Sein Führungsstil lieferte gute Gründe dafür, ihn persönlich für eine Politik haftbar zu machen, die auf dem Irrglauben beruhte, es liesse sich ein vernünftiges Auskommen mit Hitler und Mussolini finden. Aber in ihrem Bemühen, wichtige aussenpolitische Entscheidungen allein zu fällen, haben ebenjene Premierminister, die sich unbedingt von Chamberlain abheben wollten, ein ähnliches Verhalten an den Tag gelegt.

## **Chamberlain und die Appeasement-Politik**

Chamberlains Vorgehen im September 1938 deckte sich eher mit den Wünschen der britischen Öffentlichkeit als das Blairs im Jahr 2003. Kaum jemand empörte sich darüber, dass Chamberlain den von Hitler geschürten Konflikt zwischen Tschechen und Sudetendeutschen als Auseinandersetzung zwischen Menschen bezeichnete, «über die wir nichts wissen». Obendrein fanden die Worte, die Chamberlain dieser Äusserung voranschickte, Anklang bei einem Grossteil der britischen Öffentlichkeit: Er bezeichnete die Vorstellung, die Briten könnten wegen eines Konflikts in diesem «weit entfernten Land Schützengräben ausheben und Gasmasken überstreifen», als «furchtbar, phantastisch und unglaublich». Als er im Jahr 1938 aus München zurückkehrte und erklärte, das Abkommen mit Hitler bedeute «Frieden für unsere Zeit», bereitete ihm die britische Öffentlichkeit einen begeisterten Empfang.<sup>24</sup> Nach dem Blutbad im Ersten Weltkrieg war der Wunsch, einen weiteren solchen Konflikt zu vermeiden, durchaus nachvollziehbar. Rückblickend kann zur Rechtfertigung Chamber-

lains ausserdem vorgebracht werden, dass es für Grossbritannien von Vorteil war, erst ein Jahr später in den Krieg mit Deutschland ziehen zu müssen, da die Wiederaufrüstung zu diesem Zeitpunkt weiter fortgeschritten war und das aggressive Vorgehen Hitler-Deutschlands in diesen Monaten die britische Bevölkerung psychologisch auf Kampf und Opfer vorbereitete.

Chamberlain unterzeichnete das Abkommen mit Hitler jedoch nicht, um Zeit zu gewinnen, so wie auch Stalin mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt nicht einfach nur Zeit gewinnen wollte. Beide Männer vertrauten tatsächlich darauf, dass Hitler Wort halten würde, und Chamberlain glaubte, nicht nur eine Verzögerung der militärischen Auseinandersetzung, sondern einen «ehrenhaften Frieden» gesichert zu haben.<sup>25</sup> Sein Vorgänger Stanley Baldwin hatte ebenfalls unbedingt einen Konflikt verhindern wollen, obwohl sein Interesse an der Aussenpolitik kleiner war als Chamberlains.<sup>26</sup> Roy Jenkins erklärt in seiner Baldwin-Biographie, dieser sei «ebenso sehr Beschwichtigungspolitiker» gewesen wie Chamberlain, wenn auch «weniger dogmatisch und selbstgerecht».<sup>27</sup> Der Earl of Swinton, der als Luftwaffenminister unter Baldwin und Chamberlain in neue Flugzeuge und in die Entwicklung des Radars investierte, wurde von Baldwin, der seinen Ressortchefs freie Hand zu geben pflegte, nie behindert. Für Chamberlain, der sich unentwegt in die Angelegenheiten der Fachminister einmischte, hatte die Aufrüstung keine hohe Priorität, was sich auch daran zeigte, dass er Swinton im Mai 1938 als Luftwaffenminister entliess. Jahre später sagte Churchill zu Swinton: «Sie wurden geschasst, weil Sie die Luftwaffe aufbauten, welche die Luftschlacht um England gewann, aber sie konnten nicht ungeschehen machen, was Sie geleistet hatten.»<sup>28</sup>

Der Kontrast zwischen Chamberlains egozentrischem Führungsstil und dem Baldwins, der beständig um Konsens bemüht war, hätte nicht schärfer sein können. Als Chamberlain begann, sich in der Aussenpolitik zu engagieren, wurde er besonders «autokratisch und unempänglich für Kritik», wie Swinton schrieb.

Ausgerechnet auf dem Gebiet, auf dem er am wenigsten Erfahrung besass, legte er «eine fast unerträgliche Selbstgerechtigkeit an den Tag». In der Aussenpolitik «fällte er manchmal sogar allein Entscheidungen und ergriff persönliche Initiativen, ohne seine Kollegen oder die Experten zu Rate zu ziehen». <sup>29</sup> Aussenminister Eden, der sich zuvor über Baldwins mangelndes Interesse an den äusseren Angelegenheiten beklagt hatte, sorgte sich nun mit gutem Grund, dass sich Chamberlain zu sehr für die Aussenpolitik interessierte. Das Verhältnis zwischen «einem eigenwilligen alten und einem eigenwilligen jungen Mann» war von Anfang an gespannt, und Eden «ärgerte sich mit Recht über Chamberlains Geheimniskrämerei mit seinen persönlichen Kontakten, seinen verstohlenen Botschaften und seinen Treffen mit mysteriösen Kontaktleuten». Der Aussenminister legte grossen Wert auf kollektive Sicherheit und die Stärkung des Völkerbunds, was zu Konflikten mit Chamberlain führte. Eden musste oft Massnahmen verteidigen, die eigentlich vom Premierminister durchgesetzt worden waren und für die er wenig übrig hatte. Etwas verspätet gelangte er zu dem Schluss, das nicht länger hinnehmen zu können: Im Februar 1938 trat er aus Protest gegen Chamberlains Vorhaben zurück, ohne Vorbedingungen Gespräche mit Mussolini zu beginnen.

Chamberlain umgab sich lieber mit Personen, die seine aussenpolitischen Ansichten teilten, und hielt die entschiedensten konservativen Kritiker der Appeasement-Politik von der Regierung fern. Harold Nicolson, ein Abgeordneter von «National Labour» und Mitglied der Koalitionsregierung, der die Beschwichtigungspolitik gegenüber Hitler ablehnte, schrieb in einem Tagebucheintrag am 26. August 1938 über den Premierminister: «Chamberlain hat eigentlich keine Ahnung von der Weltpolitik und nimmt keinen Rat von denen an, die etwas davon verstehen.» <sup>30</sup>

Hugh Dalton, einer der Labour-Abgeordneten, die für eine Aufrüstung Grossbritanniens eintraten, schrieb über Chamberlain, er sei in aussenpolitischen Fragen nicht nur «unerfahren, leichtgläubig und

schlecht informiert», sondern ziehe auch «Berater mit denselben Eigenschaften» vor, anstatt «kluge Männer mit Erfahrung» zu Rate zu ziehen. Zu den Verhandlungen mit Hitler nahm der Premierminister keinen hochrangigen Mitarbeiter des Foreign Office, sondern Horace Wilson mit, der in Arbeitskämpfen Erfahrung gesammelt hatte, nicht jedoch in internationalen Konflikten.<sup>31</sup> Nach Ansicht des Earl of Swinton handelte Chamberlain in dem Glauben, er könne «mit Diktatoren umgehen und sie zur Vernunft bringen».<sup>32</sup> Swinton erklärte:

Neville war ein Alleinunterhalter und geriet in Wut, wenn er den Eindruck gewann, dass jemand sein Urteil in Zweifel zog. All die Verhandlungen und geheimen oder offiziellen Kontakte zu Mussolini waren seine Privatangelegenheit. München war seine Privatangelegenheit. Er war überzeugt, er allein verstehe die Diktatoren, er allein könne ein Auskommen mit ihnen finden und sie zu einer friedlichen Regelung bewegen.<sup>33</sup>

Obwohl Swinton zu der Zeit, als das Münchner Abkommen geschlossen wurde, nicht mehr im Amt war, bat Chamberlain ihn um seine Einschätzung. Swinton antwortete, es sei gut, «eine Schonfrist von einem Jahr bekommen zu haben», denn in dieser Zeit würde das Programm zur Produktion von Kampfflugzeugen vorankommen. Sofern der Premierminister alles täte, um die Aufrüstung voranzutreiben, würde Swinton das Münchner Abkommen unterstützen. Chamberlain antwortete: «Aber ich habe doch Frieden geschlossen.»<sup>34</sup>

Bis zu dem Punkt, an dem klar wurde, dass sich Hitler nicht um die Einigung mit Chamberlain scherte, widersetzte sich nur eine Minderheit des Parlaments den Bemühungen des Premierministers, einen Krieg zu vermeiden. Der Labour Party war es nicht gelungen, ihre Ablehnung des Kriegs und ihren Antifaschismus unter einen Hut zu bringen; tatsächlich hatte sie 1935 gegen die von Swinton vorgeschlagene deutliche Aufstockung des Luftwaffenetats gestimmt.<sup>35</sup> Viele

Labour-Politiker hegten eine sowohl persönliche als auch politische Abneigung gegen Chamberlain, aber er hatte mehr als genug leidenschaftliche Anhänger in den eigenen Reihen. Nachdem Chamberlain am 28. September dem Unterhaus voller Stolz eröffnet hatte, dass Hitler ihn eingeladen habe, «morgen früh nach München zu kommen», schrieb der konservative Abgeordnete Henry Channon in sein Tagebuch, er empfinde «ewige Bewunderung» für den Premierminister und habe das Bedürfnis, «ihn zu umarmen». Channon beschrieb die Szene im House of Commons: «Wir standen auf unseren Bänken, wedelten mit unseren Tagesordnungen und schrien, bis wir heiser waren – eine Szene unbeschreiblicher Begeisterung. Der Frieden muss gerettet werden, und mit ihm die Welt.»<sup>36</sup> Alfred Duff Cooper, der entschiedenste Gegner der Appeasement-Politik in der Regierung, zeichnete in seinem Tagebuch ein nuancierteres Bild: «Die Szene war bemerkenswert. Alle Unterstützer der Regierung erhoben sich jubelnd, während die Abgeordneten der Opposition still sitzenblieben.»<sup>37</sup>

Duff Cooper gehörte zu den wenigen Kabinettsmitgliedern, die bereit waren, dem vollkommen von sich überzeugten Chamberlain die Stirn zu bieten. Er war unter Baldwin Kriegsminister gewesen und wurde unter Chamberlain zunächst Heeresminister, dann Erster Lord der Admiralität. Doch Duff Coopers Unzufriedenheit mit Chamberlain wuchs. «Chamberlain hasst jegliche Opposition», notierte er in seinem Tagebuch. Also entschloss er sich, dem Premierminister ein wenig Widerstand zu leisten.<sup>38</sup> Die Meinungen im Foreign Office waren geteilt, aber die gut informierten Mitglieder des Aussenministeriums befürworteten eine härtere und realistischere Haltung gegenüber den Diktatoren Deutschlands und Italiens als der Premierminister. Duff Cooper erwähnt ein «bewundernswertes» Telegramm vom 11. September 1938, in dem das Foreign Office den britischen Botschafter in Berlin, Neville Henderson, anwies, «der deutschen Regierung klarzumachen, wo wir im Fall eines Kriegs stehen werden». Hender-

son, ein eingefleischter Anhänger des Appeasement, antwortete mit einer Reihe von «beinahe hysterischen» Botschaften, in denen er «die Regierung anflehte, nicht auf dieser Anweisung zu beharren, da sie seiner Meinung nach das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung haben würde. Und die Regierung gab nach.»<sup>39</sup> Mit der «Regierung» meinte Duff Cooper jetzt nur noch vier Personen: den Premierminister, den Schatzkanzler John Simon, den Aussenminister Lord Halifax und den Innenminister Samuel Hoare.<sup>40</sup>

Während sich die Krise zwischen Deutschland und Grossbritannien zuspitzte, hielt Chamberlain am 27. September 1938 eine Radioansprache. «Es war eine niederschmetternde Verlautbarung», notierte Duff Cooper. «Weder erwähnte er Frankreich, noch hatte er ein Wort der Sympathie für die Tschechoslowakei. Verständnis äusserte er nur für Hitler, dessen Sorge um die Sudetendeutschen der Premierminister gut verstehen konnte. Und er verlor kein Wort über die Mobilisierung der Flotte. Ich war wütend.»<sup>41</sup> Am Abend desselben Tages fand eine Kabinettsitzung statt. Danach schrieb Duff Cooper in sein Tagebuch: «Ich ergriff sofort das Wort. Ich hielt es für wichtig, mir vor den Grossen Vier Gehör zu verschaffen, denn sobald sie gesprochen hätten, würden ihnen die Jasager, die im Kabinett in der Mehrheit waren, nach dem Mund reden.»<sup>42</sup> Also erklärte Duff Cooper seinen Kabinettskollegen, Henderson habe sich in Berlin «von Anfang an als Defätist erwiesen». Er äusserte seine Enttäuschung darüber, dass Chamberlain in seiner Radioansprache nicht imstande gewesen sei, den Tschechen Mut zuzusprechen, sondern «seine gesamte Sympathie für Hitler aufgespart» habe. Er fügte hinzu: «Würden wir jetzt die Tschechen im Stich lassen oder ihnen sogar zur Kapitulation raten, so würden wir uns eines schändlichen Verrats schuldig machen.»<sup>43</sup>

Am 29. September flog Chamberlain nach München und kehrte mit dem «Abkommen» zurück, das den Deutschen gestattete, in der Tschechoslowakei einzumarschieren. Chamberlain hatte Hitler die von diesem geforderten Zugeständnisse gemacht, die jedoch von Zu-

sicherungen begleitet wurden, Grossbritannien und Deutschland würden nie wieder gegeneinander in den Krieg ziehen. Am Tag darauf wurde Chamberlain in London mit «unbeschreiblicher Begeisterung» empfangen, wie Duff Cooper schreibt, der sich «sehr einsam inmitten all dieser Freude fühlte, die ich nicht teilen konnte». In einer Kabinettsitzung am selben Tag verurteilte Duff Cooper das Münchner Abkommen und reichte seinen Rücktritt ein.<sup>44</sup>

Selbst nachdem Hitler im Jahr darauf die übrige Tschechoslowakei besetzt hatte, gestanden Chamberlains Kritiker, darunter Harold Nicolson, dem Premierminister zu, eine «duale Politik» zu betreiben, die aus einem offenen Bekenntnis zur Rüstung und zu verdeckten Bemühungen um Entspannung bestand, wobei Chamberlain Horace Wilson als seinen persönlichen Appeasement-Gesandten einsetzte. Im April 1939 bildete der Premierminister die Regierung um, aber Nicolson schrieb am 20. in sein Tagebuch: «Chamberlains sture Weigerung, Männer in sein Kabinett aufzunehmen, die keine Jasager sind, ruft Bestürzung hervor.»<sup>45</sup> Ende der dreissiger Jahre stand die britische Regierung angesichts des Expansionismus des nationalsozialistischen Deutschland und des faschistischen Italien vor schweren Entscheidungen, nicht zuletzt, weil ein Bündnis mit der Sowjetunion für die meisten Mitglieder von Chamberlains Kabinett wenig verlockend und für den Premierminister selbst undenkbar war.

Chamberlains Fehler bestand nicht darin, dass er einen Krieg zu verhindern versuchte. Es gibt gute Gründe für Zweifel an Churchills Überzeugung, der Krieg mit Deutschland wäre vermeidbar gewesen, hätte Chamberlain sehr viel früher klargestellt, dass Grossbritannien (samt seines zu jener Zeit noch existierenden Empires) bereit war zu kämpfen, und hätte sich das Land ausreichend militärisch gerüstet. Denn was einen rationalen Akteur, selbst einen rationalen autoritären Herrscher, möglicherweise abgeschreckt hätte, hätte auf Hitler aufgrund seiner Persönlichkeit und des Wesens der nationalsozialisti-



schen Ideologie nicht zwangsläufig dieselbe Wirkung gehabt. Vorzuwerfen ist Chamberlain jedoch seine Illusion, er verstehe die Aussenpolitik besser als Kollegen, die sehr viel mehr über die Welt jenseits der britischen Küste wussten, und sei als Einziger imstande, den Frieden zu erhalten, indem er eine konstruktive Beziehung zu den Diktatoren knüpfte. Diese Illusion verleitete ihn dazu, die Aggression der deutschen und italienischen Regime gegen ihre Nachbarn und ihre Verbrechen gegen die eigene Bevölkerung herunterzuspielen. Wichtig ist auch, dass Chamberlain, indem er massgebliche Kritiker und potentielle Rivalen in seiner eigenen Partei nicht ins Kabinett holte, eine Debatte auf höchster Ebene unmöglich machte. So wurde sein aussenpolitisches Vorgehen zu einem Anschauungsbeispiel dafür, wie gefährlich eine übermässige Machtkonzentration in den Händen eines Regierungschefs ist.

## **Blair und der Irakkrieg**

Im Jahr 2003 führte Tony Blair sein Land unter falschen Voraussetzungen in einen Krieg. Nach der Entmachtung des säkularen Diktators des Irak brach ein ethnischer und religiöser Konflikt aus, der noch ein Jahrzehnt nach der von den USA angeführten Invasion zahlreiche Menschenleben kostete. Der amerikanische Gesundheitsexperte und ehemalige Offizier Gilbert Burnham gelangte in einer Studie zu dem Ergebnis, dass in den ersten vierzig Monaten nach der Invasion des Irak 655'000 Menschen infolge dieses Konflikts gestorben waren. Diese hohe Opferzahl wurde von den Befürwortern der Invasion zurückgewiesen, hielt jedoch der Prüfung durch andere Experten stand.<sup>46</sup> Die irakische Regierung schätzte die Zahl der zivilen Todesopfer in den ersten fünf Jahren nach der Invasion auf immerhin 100'000 bis 150'000. Bis 2009 wurden 4'300 amerikanische und 170 britische Soldaten im Irak getötet, und mehr als 31'000 ausländische Soldaten wurden von Aufständischen verwundet.<sup>47</sup>

Die Entscheidung für die Invasion des Irak fiel in Washington und zeichnete sich bereits im Sommer 2002 ab. Die Militärintervention hätte mit oder ohne Beteiligung Grossbritanniens oder anderer Länder stattgefunden. Saddam Hussein stand an der Spitze eines böserartigen autoritären Regimes, das die Vereinigten Staaten jedoch im Iran-Irak-Krieg, als Donald Rumsfeld der Sondergesandte Reagans gewesen war, noch unterstützt hatten.\* Der Terroranschlag am 11. September 2001 diente denen in der amerikanischen Regierung, die einen Vorwand für einen Angriff auf den Irak suchten, als Begründung. Dass Saddam Hussein, alles andere als ein Freund des radikalen Islamismus, nichts mit dem Terroranschlag zu tun hatte, bestätigte auch die CIA. Wie Präsident Bushs damalige Nationale Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice in ihren Memoiren feststellte: «Die CIA meinte, dass Saddam nichts mit Al-Qaida und den Angriffen von 9/11 zu tun hatte, und sagte das auch.»<sup>48</sup> Nach dem Golfkrieg von 1991 war eine Flugverbotszone über dem Irak eingerichtet worden, deren Einhaltung die amerikanische Luftwaffe mit Zustimmung der UNO überwachte. Vizepräsident Dick Cheney war während des Golfkriegs 1991 Verteidigungsminister gewesen und sah die Tatsache, dass Saddam Hussein trotz aller Einschränkungen immer noch über den Irak herrschte, als «unvollendete Angelegenheit». Seit dem Amtsan-

---

\* Rumsfelds Besuch in Bagdad im Jahr 1983 fand zu einer Zeit statt, als der Irak Massenvernichtungswaffen entwickelte und Saddam Hussein gerade bewiesen hatte, wie gefährlich die Aussenpolitik eines überheblichen Führers sein konnte. Er war derjenige, der 1980 den Krieg mit dem Iran vom Zaun gebrochen hatte, einen Krieg, der bis 1988 dauerte, mehr als eine halbe Million Menschen das Leben kostete und endete, ohne dass eines der beiden Länder irgendwelche Gebietsgewinne erzielte oder das Regime im anderen Land zu Fall gebracht hätte. In Reagans erster Amtszeit betrachtete die amerikanische Regierung Saddam jedoch als einen der «weniger schlimmen» Herrscher im Nahen Osten, vor allem im Vergleich zu denen im Iran und in Syrien. Vgl. Donald Rumsfeld, *Known and Unknown. A Memoir*, London 2011, S. 3-8, insb. S. 4.

tritt von Bush im Januar 2001 hatte der Irak für ihn hohe Priorität.<sup>49</sup> Insbesondere nach dem 11. September hatte Bush ein offenes Ohr für die Einschätzung, dass Saddam Hussein mit seinen vermeintlichen Massenvernichtungswaffen eine Bedrohung darstellte, der begegnet werden musste.<sup>50</sup>

Dass Saddam ein Tyrann war, lieferte keinen völkerrechtlich akzeptablen Grund für seine Entmachtung, doch war das internationale Recht ohnehin die geringste Sorge von Cheney, Verteidigungsminister Rumsfeld und dem stellvertretenden Verteidigungsminister Paul Wolfowitz, die unbedingt einen Regimewechsel im Irak herbeiführen wollten. Wolfowitz weigerte sich zu glauben, dass eine von Osama bin Laden geführte Terrororganisation die Angriffe auf New York und Washington im September 2001 ohne Unterstützung eines Staatsapparats hatte durchführen können, und war überzeugt, dass Saddam Hussein der Hintermann sei.<sup>51</sup> Cheney, Rumsfeld und Wolfowitz nutzten die Anschläge vom 11. September, um für einen Angriff auf den Irak zu werben. Obwohl die CIA keine überzeugenden Belege für die Verbindung zwischen dem Irak und al-Qaida sah, erklärte Condoleezza Rice: «Der Vizepräsident und sein Stab waren dennoch fest davon überzeugt, dass Saddam irgendwie verantwortlich sei.»<sup>52</sup> Cheney liefert in seinen Memoiren eine wenig überzeugende rückblickende Begründung dieser Haltung: «Als wir uns in den ersten Monaten nach dem 11. September in der Welt umsahen, gab es keinen Ort, an dem eine Verbindung zwischen Terrorismus und Massenvernichtungswaffen wahrscheinlicher war als in Saddam Husseins Irak. Diese Einschätzung trifft auch rückblickend zu, selbst wenn sich einige der nachrichtendienstlichen Informationen, die wir erhielten, als falsch erwiesen.»<sup>53</sup>

Als Tony Blair, der unbedingt britische Truppen für die Invasion des Irak entsenden wollte, in Grossbritannien auf beträchtlichen Widerstand stiess, erhielt er Anfang März 2003 kurz vor einer schwierigen Unterhausdebatte einen Anruf von Bush, der ihm versicherte, «er werde nicht schlechter von ihm denken, sollte Grossbritannien sich

nicht an der Invasion beteiligen». Blair antwortete: «Ich bin fest davon überzeugt. Ich werde alles dafür tun.» Bush hörte «ein Echo von Winston Churchill» in der Stimme seines Freundes.<sup>54</sup> Offenkundig hörte Blair dasselbe Echo. Er sagte zu einem Regierungsbeamten, der ihm zu Vorsicht riet: «Sie sind Neville Chamberlain, ich bin Winston Churchill und Saddam ist Hitler.»<sup>55</sup>

Um das Unterhaus für eine Beteiligung Grossbritanniens an der Invasion des Irak zu gewinnen, hielt es Blair für nötig, auf das Argument zurückzugreifen, der Irak besitze Massenvernichtungswaffen, die nicht nur die Region, sondern auch Grossbritannien bedrohten. Schliesslich verstösst ein Angriff auf ein anderes Land zum Zweck eines Regimewechsels eindeutig gegen das Völkerrecht.<sup>56</sup> Blair erklärte: «Der Irak bestreitet weiterhin, Massenvernichtungswaffen zu besitzen, obgleich kein ernstzunehmender Nachrichtendienst der Welt diese Behauptung glaubt.» Obwohl er eine Reihe von Gräueltaten von Saddam Husseins Regime auflistete und denen, die seinen Kurs ablehnten, zuerkannte, dass sie seine Abscheu für dieses Regime teilten, bestand er darauf, den Regimewechsel nie als Argument für eine Invasion vorgebracht zu haben.<sup>57</sup> Doch genau ein Jahr früher hatte Blair in einer (mittlerweile freigegebenen) Mitteilung an seinen Stabschef Jonathan Powell geschrieben:

Saddams Regime ist eine brutale, unterdrückerische Militärdiktatur. Er tötet seine Gegner, er hat die Wirtschaft seines Landes zerstört und ist eine Quelle von Instabilität und eine Gefahr für die Region. Ich kann verstehen, dass sich ein rechter Tory, der die ‚Nationenbildung‘ ablehnt, [einer Militärintervention] widersetzt, weil unsere nationalen Interessen nicht direkt betroffen sind. Aber eine politische Philosophie, welche die Sorge um das Wohlergehen anderer Nationen und die Bereitschaft beinhaltet, in ihrem Interesse einen Regimewechsel herbeizuführen, sollte in Bezug auf Saddam kampflustig sein.<sup>58</sup>

Blair selbst war zweifellos kampflustig. In der Unterhausdebatte drei Tage vor der Invasion am 20. März 2003 hielt Robin Cook (der vier Jahre lang Aussenminister gewesen war, bevor er als Leader of the House of Commons die Pflege der Beziehungen zwischen Regierung und Parlament übernahm) eine Rede, die noch über ein Jahrzehnt später Gültigkeit hat. Cook erklärte, hätte die umkämpfte amerikanische Präsidentschaftswahl von 2'000 mit einem Sieg Al Gores geendet, so hätte sich die Frage, ob britische Truppen in den Irak entsandt werden sollten, vermutlich nie gestellt. Das britische Volk bezweifle nicht, «dass Saddam ein brutaler Diktator ist, aber es ist nicht überzeugt, dass er gegenwärtig eine klare Bedrohung für Grossbritannien ist. Die Briten wollen, dass die [Waffeninspektoren] eine Chance bekommen, und sie haben den Verdacht, dass Grossbritannien von einer US-Regierung, die ihre eigenen Ziele verfolgt, überhastet in einen Konflikt hineingezogen wird.»<sup>59</sup>

Cook konnte seine Rücktrittsrede am 17. März 2003 ohne Bedenken in die Memoiren aufnehmen, die er später im selben Jahr veröffentlichte, während Blairs Rede in derselben Unterhausdebatte, für die er zu jener Zeit sehr viel Lob erhielt, den Test der Zeit nicht bestanden hat. 139 Labour-Abgeordnete stimmten gegen eine britische Kriegsbeteiligung, und Blair setzte sich nur dank der Unterstützung der Konservativen durch. Die Zahl der Kriegsgegner wuchs, als sich herausstellte, dass ein Grossteil der nachrichtendienstlichen Informationen über Saddam Husseins «Massenvernichtungswaffen» veraltet, irreführend oder von unzuverlässigen Informanten erfunden worden waren und dass alle derartigen Waffen, die der Irak besessen hatte, zerstört worden waren. Dazu kam, dass Blair und Präsident Bush aus den Geheimdienstberichten Erkenntnisse gewonnen hatten, welche die Geheimdienstexperten selbst nicht bestätigen konnten.

Grossbritannien besass sowohl im Aussenministerium als auch in der wissenschaftlichen Gemeinde genauere Kenntnisse der arabischen Welt als die Vereinigten Staaten, aber Blair war nicht bereit,

Meinungen zu berücksichtigen, die seiner Gewissheit oder seinem Wunsch widersprachen, stets an der Seite des amerikanischen Präsidenten zu bleiben, wer immer das gerade sein mochte. Charles Tripp, ein führender Irakspezialist, gehörte zu den Nahostexperten, die im November 2002 in der Downing Street an einer Sitzung mit Blair und Aussenminister Jack Straw teilnahmen. Tripp stellte zu seiner Besorgnis fest, dass «Blair überhaupt nicht am Irak als komplexer und verwirrender politischer Gesellschaft interessiert war, sondern lediglich eine Bestätigung dafür hören wollte, dass die Entmachtung Saddam Husseins das ‚Böse‘ aus dem Land entfernen würde».<sup>60</sup> Ein ehemaliger britischer Botschafter in der arabischen Welt, der im Jahr 2002 sah, dass es wahrscheinlich zum Krieg kommen würde, sagte: «Es wird eine Katastrophe werden. Sie haben keine Ahnung, worauf sie sich einlassen. Der Irak ist ein furchtbar kompliziertes Land. Und sie hören uns nicht zu.»<sup>61</sup> Unter den Nahostexperten im Aussenministerium, in der Armeeführung,<sup>62</sup> im Geheimdienst MI5, der für die Terrorbekämpfung in Grossbritannien verantwortlich war, herrschte grosse Besorgnis. Die MI5-Chefin, Eliza Manningham-Buller, erklärte, von Saddam Hussein gehe eine «sehr begrenzte» Bedrohung aus, während eine Invasion des Irak die Gefahr «deutlich» erhöhen würde. Leider hat sich ihre Warnung, die Militärintervention werde die Wahrscheinlichkeit von Terroranschlägen in Grossbritannien deutlich erhöhen, bewahrheitet. Im Jahr 2010 erklärte Manningham-Buller vor der Chilcot-Kommission, die den Irakkrieg untersuchte, sie habe Bombenanschläge wie die vom 7. Juli 2005 in London vorausgesagt.<sup>63</sup>

Ehemalige Regierungsmitglieder und Diplomaten konnten anders als ihre amtierenden Kollegen offen sagen, dass sie eine Invasion des Irak für einen katastrophalen Fehler hielten. Sir Michael Quinlan, zum Ende des Kalten Kriegs oberster Beamter im Verteidigungsministerium, erklärte mehr als ein halbes Jahr vor der Invasion im August 2002, dass sich die britische Regierung seiner Meinung nach von der amerikanischen distanzieren sollte:

Es liegt kein endgültiger Vorschlag auf dem Tisch. Aber jeder, derin der Regierung tätig gewesen ist und die Vereinigten Staaten kennt, weiss, dass keine wirksame Einflussnahme mehr möglich ist, sobald etwas auf dem Tisch ist; die Leute haben sich ihre Meinung gebildet und einen innenpolitischen Konsens ausgehandelt; die psychologische, wenn nicht sogar öffentliche Verpflichtung kann nicht mehr rückgängig gemacht werden.... Jüngst erklärte bei einer Umfrage in arabischen Ländern eine Mehrheit der Befragten, hinter dem Terrorangriff vom 11. September stecke eine zionistische Verschwörung; in Anbetracht einer solchen Stimmung wäre es naiv anzunehmen, dass eine von den USA angeführte Invasion zur Entmachtung von Hussein in der Region allgemein begrüsst würde. Und dann ist da die Frage, wie der Irak nach der Invasion regiert werden soll. Die Behauptungen, es stünden geeignete Regierungen bereit, insbesondere solche, die den USA gefallen und Rückhalt in der Bevölkerung geniessen, sind wenig überzeugend.<sup>64</sup>

Rodric Braithwaite schrieb im Jahr 2003: «Wenn Blair in den letzten sechs Jahren irgendeinen Einfluss auf die amerikanische Politik gehabt hat, so lediglich auf ihre Aussendarstellung.» Und: «Seine blinde Übernahme der amerikanischen Position in Bezug auf den Irak hat seine allgemeine Politik ruiniert.» Braithwaite war skeptisch bezüglich der Wirkung, den die «special relationship» Grossbritanniens zu den USA selbst in den besten Zeiten auf Washington ausübt, und meinte, die Vorstellung von dieser besonderen Beziehung schmeichle in erster Linie dem Ego der britischen Premierminister und ihrer Umgebung. Sie habe Blair «in Amerika zu einem Helden» gemacht (wenn auch nicht bei den Linken), und: «Das gefällt ihm und seinen Beratern.»<sup>65</sup>

---

\* In Grossbritannien war der Cabinet Secretary zu dieser Zeit sowohl eine Art Koordinator und Aufseher des Kabinetts als auch Berater des Premierministers.

tisch über seine Arbeitsweise geäußert, insbesondere in der Irakfrage. Richard Wilson, der das Amt von 1998 bis Mitte 2002 bekleidete, warnte Blair in der letzten Sitzung vor seinem Rücktritt «vor den Gefahren der Vorgänge» und «rief ihm die Rechtslage in Erinnerung». Was Blairs Einstellung zu einer Militärintervention anbelangte, erinnert er sich: «Ich würde sagen, in seinen Augen war ein Leuchten, das mir Sorgen machte.» Wilsons Nachfolger Andrew Turnbull erklärte, das Kabinett habe vor Kriegsbeginn wesentliche Dokumente nicht zu Gesicht bekommen, darunter «ein Papier aus dem März 2002, in dem die strategischen Optionen des Vereinigten Königreichs in Bezug auf den Irak dargelegt wurden, sowie ein Dokument aus dem Juli 2002, in dem die militärischen Alternativen analysiert wurden». Als die Minister in einer Sitzung im März 2003 eine Entscheidung fällen sollten, war es zu spät für eine Umkehr, denn diese hätte zu Blairs Rücktritt geführt. Das Kabinett «sass in der Falle». Nach Ansicht von Turnbull bestand die bevorzugte Vorgehensweise des Premierministers darin, «eine Gruppe von Leuten zu versammeln, die dasselbe Vorhaben verfolgten, und dieses rasch durchzusetzen». <sup>66</sup>

Robin Butler, der von 1988 bis 1998 als Cabinet Secretary mit drei Premierministern – Margaret Thatcher, John Major und Tony Blair – zusammenarbeitete, hat sich mehrfach kritisch über Blairs Regierungsstil geäußert, unter anderem in dem von ihm geleiteten Untersuchungsausschuss über Massenvernichtungswaffen. <sup>67</sup> In dem Bemühen, die Nachrichtendienste vor politischer Einflussnahme zu schützen, empfahl der Ausschuss, den Posten des Vorsitzenden des Joint Intelligence Committee jemandem zu übertragen, der «in einer hochrangigen Position Erfahrung im Umgang mit Ministern gesammelt hat und nachweislich nicht beeinflussbar ist, nach Möglichkeit jemanden, der sein letztes Amt bekleidet». Butler und seine Kollegen äusserten in ihrem Bericht die Besorgnis,

dass die Informalität und der begrenzte Charakter der Regierungsvorfahren, die wir im Kontext der zur Irak-Politik beobachtet ha-



ben, das Risiko erhöhen, die Möglichkeit einer kollektiven politischen Beurteilung auf der Grundlage solider Informationen zu verringern. Diese Gefahr ist auf einem Gebiet wie dem von uns untersuchten besonders gross, wo harte Fakten naturgemäss rar sind, so dass eine sorgfältige Beurteilung umso wichtiger ist.<sup>68</sup>

US-Verteidigungsminister Rumsfeld stellte Blair bloss, indem er weniger als einen Monat vor der Invasion öffentlich erklärte, was Präsident Bush dem Premierminister in einem persönlichen Gespräch anvertraut hatte: Der Angriff könne problemlos ohne britische Beteiligung stattfinden.<sup>69</sup> Die Angehörigen der amerikanischen Regierung hatten sich geschlossen für diesen Krieg ausgesprochen, wobei einige die Militärintervention deutlicher befürworteten als andere. In Grossbritannien lag die Entscheidung in erster Linie bei Tony Blair, da er die meisten aussenpolitischen Kompetenzen in der Downing Street gebündelt hatte. Obwohl Blair zu einem für ihn günstigen Zeitpunkt dem Aussenminister und anderen Kabinettsmitgliedern Verordnungsermächtigungen (statutory powers) eingeräumt hatte, war auf seine Weisung hin das Cabinet Office\* so reorganisiert worden, dass es eher dem Premierminister als dem Kabinett als Ganzem diene.<sup>70</sup> Das Kabinettskomitee für Verteidigung und äussere Angelegenheiten, in dem traditionell im Kollektiv die Entscheidungen über die Aussenpolitik gefällt wurden, wurde in Blairs Regierungszeit an den Rand gedrängt und trat in den Monaten vor dem Irakkrieg überhaupt nicht zusammen. Stattdessen berief Blair Sitzungen spontan zusammengestellter Komitees ein, in denen oft kein Protokoll geführt wurde. Dem Kabinett wiederum wurden Dokumente vorenthalten, welche die Minister unbedingt gebraucht hätten, um sich ein fundiertes Urteil zu

---

\* Hauptaufgaben des Cabinet Office sind die Koordination der Kabinettskomitees und die Unterstützung des Premierministers. Der Cabinet Secretary gehört dieser Behörde an.

bilden. Eines dieser Dokumente war die vorläufige Einschätzung der Rechtslage durch den Attorney General\* Peter Goldsmith, wonach die Besetzung des Irak ohne eine UN-Resolution, die eine Invasion ausdrücklich autorisierte, völkerrechtswidrig sei. (Nach einem Besuch in den Vereinigten Staaten änderte Goldsmith seine Meinung.)<sup>71</sup>

Die amerikanische Militäroperation erreichte erwartungsgemäss ihr Ziel, Saddam Hussein zu stürzen. Aber seiner Entmachtung fehlte die Legitimität, die sie gehabt hätte, wenn er von seinem eigenen Volk zu Fall gebracht worden wäre. Die Invasion des Irak verdeutlicht, wie bedeutsam die Lehre ist, die General Charles Keightley seinerzeit aus der gescheiterten britischen Sues-Intervention unter Premierminister Eden zog: «Die Berücksichtigung der Weltmeinung ist mittlerweile ein absoluter Grundsatz der Kriegführung.»<sup>72</sup> Die Invasion des Irak wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen,<sup>73</sup> von der Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten, von Völkerrechtsexperten und von der grossen Mehrheit der Araber verurteilt.<sup>74</sup> Die anfängliche Unterstützung in den Vereinigten Staaten schwand, als sich der Konflikt in die Länge zog und immer mehr amerikanische Soldaten fielen. In Grossbritannien, wo die öffentliche Meinung zu Kriegsbeginn gespalten war, wurde der Krieg zusehends unpopulär. Die irakischen Massenvernichtungswaffen konnten nicht zerstört werden, weil sie nicht mehr existierten. Die Invasion führte zu offenen Konflikten zwischen den Religionsgruppen und verschob das Machtgleichgewicht zugunsten der Schiiten, so dass der Einfluss des Iran auf die Regierung in Bagdad wuchs. Die Mehrheit jener, die am besten qualifiziert sind, um das zu beurteilen, darunter der Leiter der britischen Antiterrorbehörde, haben erklärt, dass die Invasion des Irak dem islamistischen Extremismus Auftrieb gab und die Zahl der Terrorzellen nicht senkte, sondern steigen liess (obwohl der MI5 die meisten geplanten Anschläge vereiteln konnte). Als Antwort auf den 11. September 2001,

---

\* In Grossbritannien ist der Attorney General (Generalstaatsanwalt) der oberste Rechtsberater der Regierung und gehört dem Kabinett an.

zu der auch die Bestrafung von dessen Urhebern gehören sollte, wurden Häftlinge im Irak erniedrigt, während andere ohne Prozess auf unbestimmte Zeit in Guantanamo inhaftiert wurden. Al-Qaida, die sich unter Saddam Hussein nicht im Irak hatte festsetzen können, ist dort seit der Invasion aktiver geworden. Den grössten Rückschlag mussten die radikalislamischen Extremisten hinnehmen, als die Bürger der arabischen Länder selbst im «Arabischen Frühling» Demokratie in der Region einforderten, obwohl sich ihre Hoffnungen bisher nur sehr beschränkt bewahrheitet haben.

Selbstverständlich waren diese Folgen der Invasion nicht beabsichtigt, doch fügten sie dem internationalen Ansehen der USA und Grossbritanniens grossen Schaden zu. Es genügt nicht, dass die Politiker, die sich damals für die Invasion aussprachen, darauf beharren, Fehler seien lediglich bei der Umsetzung einer im Grunde richtigen Entscheidung gemacht worden. Vor allem die amerikanischen Protagonisten geben in ihren Memoiren anderen Regierungsvertretern und Behörden die Schuld und werfen ihnen Inkompetenz und mangelnden Weitblick vor. Rumsfeld zum Beispiel schreibt: «Zu den schwersten Fehlern der Nachrichtendienste zählte ihre Unfähigkeit, auf die Gefahr eines Aufstands hinzuweisen. In den Geheimdienstberichten war gelegentlich von möglicher Unordnung und Instabilität nach dem Krieg die Rede, aber ich kann mich nicht an einen einzigen Bericht erinnern, in dem auf die Wahrscheinlichkeit eines andauernden Guerillakriegs gegen die Koalition hingewiesen worden wäre.»<sup>75</sup> Kenner der arabischen Welt überraschte es nicht, dass die ausländischen Truppen im Irak als feindliche Besatzer wahrgenommen wurden. Tatsächlich wurden viele der Probleme nach der Invasion schon vor Kriegsbeginn von Kritikern vorausgesagt. Nach Ansicht von Charles Tripp waren der Konfessionskonflikt zwischen Sunniten und Schiiten und der bewaffnete Widerstand gegen die Besatzer «nur für jene in den USA und in Grossbritannien eine Überraschung, welche sich vorwiegend um die militärische Besatzung gekümmert hatten».<sup>76</sup>

## Lehren aus dem Irakkrieg: Politik, Prozess und «starke Führer»

Saddam Hussein hätte die Invasion verhindern können. Er trug grosse Verantwortung sowohl für das Leid, das der Bevölkerung des Irak durch die Invasion zugefügt wurde, als auch für die Verhältnisse vor dem Einmarsch. Seine Sprecher hatten bestritten, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besass, doch wollte der Diktator gegenüber der Staatengemeinschaft in dieser Sache unbedingt mehrdeutig bleiben. Die UNO-Waffeninspektoren wurden oft genug behindert, um den Verdacht zu nähren, dass Saddam Hussein sehr wohl etwas zu verbergen habe. Chefinspektor Hans Blix selbst glaubte, dass der Irak noch Massenvernichtungswaffen besitze, bat jedoch um mehr Zeit für die Suche und lehnte die Invasion ab. Wie sich herausstellte, wollte Saddam Hussein in Wahrheit vor der Aussenwelt verbergen, dass er über keine solchen Waffen mehr verfügte. Er hatte sich jahrzehntelang um seinen Ruf als «starker Mann» bemüht; er wollte nicht zugeben, dass der Irak chemische und biologische Waffen nicht länger in seinem Arsenal hatte, weil er insbesondere gegenüber dem Iran *vermeiden wollte, schwach* zu wirken. Das jedenfalls sagte er den FBI-Agenten, die ihn nach seiner Gefangennahme befragten.<sup>77</sup> Mit grosser Sicherheit sagte er die Wahrheit.

Auch jene westlichen Regierungschefs, die den Krieg ablehnten, nahmen an, dass Saddam Hussein weiterhin Massenvernichtungswaffen besass, weil er sie in der Vergangenheit besessen hatte und sich so verhielt, als wären sie noch immer vorhanden. David Fisher, der viele Jahre im britischen Verteidigungsministerium arbeitete und von 1997 bis 1999 als hochrangigster Verteidigungsexperte im Cabinet Office Zugang zu allen Geheimdienstberichten hatte, glaubte ebenfalls, dass der Irak noch chemische und biologische Waffen verstecke. Der grosse Fehler bestand seiner Meinung nach darin, Saddams Verhalten so einzustufen, als stünde er an der Spitze einer demokrati-

schen Regierung, denn in einer Demokratie würde kein vernünftiger Politiker «sein Volk schwer schädigende Wirtschaftssanktionen und eine militärische Intervention in Kauf nehmen». Aber während kein demokratischer Regierungschef im Westen hätte überleben können, hätte er sich wie Saddam verhalten, «konnte sich ein skrupelloser arabischer Diktator trotzdem an der Macht halten, zumindest für zwölf Jahre». <sup>78</sup> Joseph Sassoon, ein führender Kenner Saddam Husseins und der Baath-Partei, führte aus: «Der Grundsatz, jederzeit und um jeden Preis stark zu wirken, begleitete Saddam Hussein sein Leben lang.» Selbst innerhalb eines autoritären Regimes ist der politische Prozess wichtig. Saddams obsessives Bedürfnis, Stärke zu zeigen, wurde in den Augen Sassoons dadurch verstärkt, «dass er stur an einer einmal gefällten Entscheidung festhielt und sich ab Mitte der achtziger Jahre bis zu seinem Ende weigerte, gegenteilige Ansichten zu akzeptieren». <sup>79</sup>

In den USA und Grossbritannien konnten in der Regierung selbstverständlich Ansichten geäußert werden, die denen des Präsidenten und des Premierministers widersprachen, und es versteht sich von selbst, dass in der Gesellschaft Meinungsfreiheit herrschte. Es bestanden jedoch Mängel im politischen Prozess, die dazu beitrugen, dass in beiden Ländern im Vorfeld des Irakkriegs eine schlecht konzipierte Politik verfolgt wurde. In den USA ist es nicht ungewöhnlich, dass Aussenministerium und Verteidigungsressort auf Kriegsfuss miteinander stehen. Unter Präsident Reagan kam es zu Konflikten zwischen den beiden Ministerien, aber in wichtigen Fragen wie der, welchen Kurs man gegenüber der Sowjetunion unter Gorbatschow einschlagen sollte, verliess sich Reagan auf das Urteil des State Department (insbesondere zog er den Rat von George Shultz dem von Caspar Weinberger vor). In der Auseinandersetzung mit dem Irak verschaffte das Bündnis des ungewöhnlich einflussreichen Vizepräsidenten Cheney mit Verteidigungsminister Rumsfeld dessen Ressort einen Vorsprung gegenüber dem Aussenministerium. Zwar setzte sich Bush gelegent-

lich über die Einwände Cheneys und Rumsfelds hinweg, etwa als er Blair folgte und eine UN-Resolution zur Autorisierung der Militärintervention wünschte, obwohl diese Bemühung voraussehbar fehlschlagen musste. Doch er liess zu, dass das Verteidigungsministerium vor und nach der Invasion die Irakpolitik massgeblich leitete. Condoleezza Rice, der es als Nationale Sicherheitsberaterin oblag, die Zusammenarbeit zwischen den relevanten Ministerien und Behörden zu fördern, schildert die Reaktion des Vizepräsidenten auf ihren Versuch, ihn unmittelbar nach dem Einmarsch in Bagdad von einer Koordination zwischen den Behörden zu überzeugen. «Das Pentagon hat gerade den Irak befreit», sagte Cheney. «Was hat das State Department getan?»<sup>80</sup>

Aussenminister Colin Powell besass als ehemaliger General sehr viel mehr Kriegserfahrung als die anderen in der Regierung und war ausserdem Nationaler Sicherheitsberater von Präsident Bush dem Älteren gewesen. Aber er konnte sich in den Revierkämpfen in Washington nicht so gut behaupten wie Cheney und Rumsfeld. Rice, die oft zwischen die Fronten geriet, registrierte das extreme Misstrauen zwischen Powell, der «um Konsensbildung in der internationalen Politik» bemüht war, und Rumsfeld, der «die Konfrontation suchte».<sup>81</sup> Im Nationalen Sicherheitsrat erklärte Rumsfeld, die USA müssten sich keine Gedanken darüber machen, was nach der Entmachtung Saddam Husseins komme: «Wenn ein neuer starker Mann an die Macht kommt, dann soll es halt so sein.»<sup>82</sup> Rice meint, Powell habe sich deshalb nicht nachdrücklicher beim Präsidenten über die vom Vizepräsidenten mitgetragene Einmischung des Verteidigungsministeriums in seinen Kompetenzbereich beschwert, weil es ihm als ehemaligen Soldat schwergefallen sei, den Oberkommandierenden zu kritisieren. Robin Cook, als britischer Aussenminister bis 2001 mit der Materie vertraut, gab zu bedenken, dass die Mitsprache des britischen Aussenministeriums zu den Irak-Entscheidungen auch deshalb gering gewesen sei, weil «das State Department selbst nur wenig Einfluss auf die Vorgänge im Weissen Haus hatte».<sup>83</sup>

Cooks Nachfolger Jack Straw unterstützte die Invasion, wenn auch mit sehr viel weniger «Kampfeslust» und Begeisterung als der Premierminister. Dennoch ist Straw der Ansicht, Blairs Ansehen habe zu Recht darunter gelitten, dass er eine informelle Entscheidungsfindung einer angemessenen Konsultation des Kabinetts und der Kabinettskomitees vorgezogen hatte. In seinen Memoiren schreibt Straw, es wäre «sowohl für Tony und sein Ansehen als auch für eine gute Regierungsführung sehr viel besser gewesen, wenn er und ich als Verteidigungsminister die Fortschritte mit einem Nationalen Sicherheitsrat besprochen und dessen Empfehlungen ernst genommen hätten – mit einem Sicherheitsrat, der wiederum dem Kabinett Bericht erstattet hätte, und zwar schriftlich, nicht in mündlichen Briefings».<sup>84</sup> Straw fügt hinzu, dass sich die britische Regierung letztlich in jedem Fall entschlossen hätte, an der Seite der USA im Irak einzumarschieren. Aber ein anderer Autor schreibt, ein nicht namentlich genannter britischer Minister habe kurz nach der Invasion im Jahr 2003 erklärt: «Wäre Colin Powell Präsident und Jack Straw Premierminister gewesen, so wäre es mit einiger Sicherheit nicht zum Krieg gekommen.»<sup>85</sup> Und hätten die von Powell und Straw geleiteten Ministerien eine entscheidende Rolle gespielt, so wäre es mit noch grösserer Sicherheit nicht dazu gekommen.

Blairs Kollegen in der Regierung fanden sich mit dessen sonderbarer und egozentrischer Vorstellung ab, die Entscheidung darüber, ob Grossbritannien in den Krieg ziehen sollte oder nicht, liege bei ihm – deshalb hätte wohl selbst ein angemessener politischer Entscheidungsprozess die Invasion nicht verhindert. Zudem genoss Geoff Hoon, damals Verteidigungsminister, kein annähernd so grosses Ansehen wie Denis Healey, 1964 bis 1970 Hoons Vorgänger in der Regierung Wilson, die Grossbritannien aus dem Vietnamkrieg heraushielt. In der Regel wird dieser Kurs Wilson zugutegehalten, doch erklärte Healey 2006 in einem Interview: «Wilson neigte zu einer Beteiligung, und ich sagte: ‚Unter keinen Umständen.‘»<sup>86</sup> In diesem Fall war das Verhältnis zwischen Minister und Regierungschef so, wie es

sein sollte. Wenn einer von beiden überhaupt nicht mit der Position des anderen einverstanden war, mussten die gegensätzlichen Argumente in einem Kabinettskomitee und anschliessend im Kabinett diskutiert werden. In diesem Fall war Wilson so vernünftig, sich dem Urteil des verantwortlichen Ressortchefs zu beugen, der sich in der Aussen- und Verteidigungspolitik genau auskannte und langjährige Erfahrung auf beiden Gebieten besass (Healey hatte im Zweiten Weltkrieg als Offizier im Heer gedient). Eine Regierungschefin eines nicht-präsidentialen System sollte hart arbeiten müssen, um Kollegen mit grossem Ansehen in der Partei und in der Öffentlichkeit für die Vorzüge der von ihm favorisierten Politik einzunehmen. Es sollte ihm nicht gestattet sein, seine Autorität auszuspielen. Ein sachlich fundiertes kollektives Urteil hätte im Fall des Irakkriegs dazu führen müssen, dass die optimistischen Annahmen zu den Folgen eines Sturzes Saddam Husseins gründlich überprüft worden wären.\*



Das Fehlen angemessener Entscheidungsprozesse stärkt die Macht des Regierungschefs und seiner nicht gewählten Berater, und es macht sich in den Ergebnissen des Regierungshandelns bemerkbar. In den beiden hier untersuchten Fällen handelten Chamberlain und

---

\* David Fisher, ein hochrangiger Beamter im Verteidigungsministerium, lehnte die Invasion des Irak seinerzeit nicht ab, erklärte später jedoch, es sei «klar, dass die sorgfältige Auseinandersetzung mit den möglichen Konsequenzen, die erforderlich gewesen wäre, um zu beurteilen, ob es sich um einen gerechten Krieg handelte, nicht stattfand. Auch gab es keine geeignete Planung, um die prompte Wiederherstellung friedlicher Bedingungen nach dem Abschluss der Militäroperationen und die Herstellung eines gerechten Friedens zu gewährleisten.» (David Fisher, *Morality and War. Can War be Just in the Twenty-First Century?*, Oxford 2012, S. 213)



Blair selbstherrlich und informierten ihre Kollegen in der Regierung nicht ausreichend über wichtige Entscheidungen und Dokumente. Eine Umgehung der spezialisierten Strukturen eines Regierungsrats wird dann besonders gefährlich, wenn ein Regierungschef das Image eines starken Führers anstrebt. Chamberlain und Blair umgingen die eingespielten Verfahren, aber während Chamberlain schlicht keinen Widerspruch ertragen konnte, legte Blair allergrössten Wert darauf, als starker Führer wahrgenommen zu werden. Andrew Rawnsley, ein britischer Journalist, der Tony Blairs Karriere seit den neunziger Jahren genau (und im Grossen und Ganzen wohlwollend) verfolgte, schrieb bereits in Blairs erstem Jahr in der Downing Street: «Blair hat viele Stärken. Zu seinen grössten Schwächen gehört seine Besessenheit, nicht schwach zu wirken.»<sup>87</sup> Hinzu kam Blairs unbedingtes Vertrauen in sein eigenes Urteil.

Die Art und Weise, wie der britische Premierminister und auf der anderen Seite des Atlantiks Cheney, Rumsfeld und letzten Endes Bush die Geheimdienstinformationen über den Irak interpretierten, ist ein gutes Beispiel für das Bedürfnis nach «kognitiver Geschlossenheit». Unsere Überzeugungen vereinfachen die Realität und beeinflussen unsere Informationsverarbeitung. Fakten, die unseren Überzeugungen widersprechen, werden ausgesiebt, und wir sind grundsätzlich offener für Informationen, die unsere vorgefassten Überzeugungen bestätigen, als für diesen widersprechende Daten.<sup>88</sup> Wenn ein Regierungschef so sehr an seinen Auffassungen hängt, dass er von seinen Beratern nur noch Bestätigung hören will, fällt er schliesslich der Selbsttäuschung anheim und richtet sein politisches Handeln an Illusionen aus. Daher dürfen die aussenpolitischen Entscheidungen nicht einem einzelnen politischen Führer und seinen ihm verbundenen Beratern überlassen werden. Die in einem vorherigen Kapitel behandelten Entwicklungen, darunter nicht zuletzt die erheblich kürzeren Reisezeiten und die beschleunigte Kommunikation, erlauben eine direktere Interaktion zwischen Regierungschefs, die umso mehr gefor-

dert sind, für ihre Länder zu sprechen. Daher ist es heute noch wichtiger, dass der von den Regierungschefs vertretene politische Kurs kollektiv in den gewählten Regierungen ihrer Länder erarbeitet wird. Es sollte nicht den Gefolgsleuten eines Regierungschefs überlassen bleiben, die Grundlinien der Politik festzulegen, da dies in der Verantwortung von unabhängigen Kabinettsangehörigen mit entsprechender sachlicher Zuständigkeit liegt, die oftmals nicht sämtliche Vorannahmen des Kabinettschefs teilen werden.

## 8

# WELCHE ART VON FÜHRUNG IST WÜNSCHENSWERT?

Ein grosser Teil der Literatur zum Thema Führung stammt aus den Vereinigten Staaten. In der Politikwissenschaft führt das normalerweise zu einer Konzentration auf die amerikanische Präsidentschaft, während andere Länder nur am Rand erwähnt werden. Noch dazu orientieren sich viele Studien über Präsidenten implizit an einer Vorstellung von Geschichte und Politik, die den «grossen Menschen» in den Mittelpunkt rückt, wie Hugh Hecllo bemängelt. Erfolg bedeutet, «über Widersacher zu triumphieren und den Lauf der öffentlichen Politik unübersehbar zu prägen»; Erfolg und Misserfolg «hängen davon ab, ob der Präsident seinen Willen durchzusetzen vermag». Solche Untersuchungen verteidigen oftmals eine starke Stellung des Präsidenten.<sup>1</sup> Wie ich in diesem Buch dargelegt habe, findet dieser Massstab bei der Bewertung politischer Führer immer breitere Anwendung. Allzu oft gelten Politiker, die eine Vorrangstellung in der Regierung anstreben und versuchen, ihre Kollegen zu dominieren, als stark und damit erfolgreich, während jene, die einen kollektiven Führungsstil pflegen, als wenig durchsetzungsfähig und erfolglos wahrgenommen werden.

Politische Führungen, ob nun individuell oder kollektiv ausgerichtet, verdienen die besondere Aufmerksamkeit, die ihnen traditionell gewidmet wird, da sie eine entscheidende Rolle beim Herbeiführen grosser Veränderungen spielen. Ich habe unterschieden zwischen den höchst seltenen transformativen Führern, die unverzichtbar für syste-

mische Veränderungen sind, und den gleichfalls nicht eben häufigen *neudefinierenden* Führern, die in der Lage sind, den Rahmen der politischen Debatte zu verschieben und die Grenzen des politisch Möglichen zu erweitern. Im Fall Grossbritanniens wurde die Neudefinition manchmal von einer überwiegend kollektiv arbeitenden Führung bewerkstelligt, wobei die Hauptaufgabe des Regierungschefs darin bestand, die Arbeit seiner Kollegen im Kabinett zu koordinieren. Das gilt zum Beispiel für die 1945 bis 1951 von Clement Attlee geführte Labour-Regierung. In anderen Fällen war der Premierminister die treibende Kraft, so zum Beispiel in der von Margaret Thatcher geführten konservativen Regierung 1979 bis 1990.

In den USA ist die Neigung verbreitet, vom Präsidenten mehr zu erwarten, als eine Regierungschefin einem politischen System mit derart vielen Kontroll- und Ausgleichsmechanismen überhaupt bewirken kann. In den vergangenen Jahrzehnten war in den politischen Kommentaren eine Tendenz zu bemerken, von Regierungschefs in parlamentarischen Demokratien zu verlangen, sie sollten doch bitte mehr tun als bisher. Man fordert von ihnen, ihre Macht einschliesslich ihrer Position gegenüber den Kabinettskollegen und der Partei vehementer einzusetzen. Viele Regierungschefs und Parteiführer versuchen, dem Folge zu leisten, und lassen sich von den Massenmedien (und politischen Gegnern, die dabei ihre eigenen Ziele verfolgen) dazu verleiten, einen Beweis ihrer politischen Stärke und Unabhängigkeit anzustreben. In Grossbritannien sind einige Beobachter und ehemalige Politiker der Meinung, der Premierminister habe nicht genug Befugnisse. Hin und wieder erheben Kommentatoren, denen es nicht genügt, dass die letzten Bewohner von 10 Downing Street sich das Cabinet Office unterworfen haben, die Forderung, der Premierminister benötige ein eigenes Ministerium.<sup>2</sup> In den Vereinigten Staaten hat der Ausbau des von Franklin D. Roosevelt ins Leben gerufenen Executive Office Klagen aus anderen Zweigen der Regierung provoziert, dass zu viele Leute versuchen würden, «sie mit den Zäh-

nen des Präsidenten zu beißen». Dabei ist eine Stärkung des Weissen Hauses aufgrund der Machtverteilung in den USA mit einer besonders mächtigen Legislative sehr viel eher gerechtfertigt als zusätzliche Vollmachten für den britischen Premierminister. Diese hätten zur Folge, dass sich seine Gefolgsleute (noch mehr als bisher) bemühen würden, die Wünsche des Regierungschefs zu erraten, welche bequemerweise oft mit ihren eigenen Ansichten übereinstimmen würden. So könnten sie die Parlamentsabgeordneten und sogar die Minister mit den Zähnen des Premierministers beißen.

Je mehr Angelegenheiten einem Regierungschef zu persönlicher Entscheidung vorgelegt werden, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese eine zufriedenstellende Klärung finden. Probleme sind oftmals schwieriger zu bewältigen, wenn sie an den Regierungschef delegiert werden, weil ihre Klärung sich dann so lange verzögert, bis er der Angelegenheit ein (oft nicht ausreichendes) Mindestmass an Aufmerksamkeit widmen kann.<sup>3</sup> Hecló verweist auf den chinesischen Philosophen Laotse, der erklärte, einen guten Führer erkenne man daran, dass «die Männer seine Gegenwart kaum bemerken», während ein weniger guter Führer daran zu erkennen sei, dass «die Männer ihm gehorchen und ihn preisen».<sup>4</sup> Hecló räumt ein, dass dies eine unrealistische Forderung an eine moderne Führungskraft sei, aber er weist mit Recht darauf hin, dass Regierungschefs, welche die Zusammenarbeit der übrigen Regierungsmitglieder gewährleisten und diese selbst Lösungen finden lassen, eine «subtilere und produktivere Führung» ausüben als «die aus der Populärkultur sattsam vertraute Führungsfigur, die in dramatischerweise Gefolgschaft einfordert».<sup>5</sup>

Vergleicht man das politische System der Vereinigten Staaten mit denen anderer Länder, so zeigt sich, dass ein moderner US-Präsident kaum «transformativ» in dem Sinn sein kann, den ich in Kapitel 4 definiert habe. Es ist für den Amtsinhaber so gut wie ausgeschlossen, das System zu verändern, und schon die Grenzen des Möglichen neu zu definieren ist nicht einfach. Franklin D. Roosevelt und Lyndon B.

Johnson bieten die besten Beispiele für eine neudefinierende Führung im 20. Jahrhundert, und sie bewirkten insgesamt positive Veränderungen.<sup>6</sup> (Die grosse tragische Ausnahme war Johnsons Verwicklung in den Vietnamkrieg.) Beide Präsidenten machten Gebrauch von ihrer «Überzeugungskraft», wobei Roosevelt bevorzugt die breite Öffentlichkeit ansprach, während Johnson von seinen Beziehungen zu einzelnen Senatoren und von seiner ausgezeichneten Kenntnis der Abläufe im Kongress Gebrauch machte.<sup>7</sup>

Einige amerikanische Präsidenten erreichten gerade dadurch besonders viel, dass sie anderen in wichtigen Fragen die Führung überliessen. Der unvollständige und hart umkämpfte Durchbruch bei den Bürgerrechten unter Präsident Eisenhower war in erster Linie das Werk von Justizminister Herbert Brownell (und wie wir in Kapitel 2 gesehen haben, verhielt sich Eisenhower im Allgemeinen zögerlicher als Brownell). Ronald Reagan galt als Hardliner, doch als er kooperationsbereit an den Kongress herantrat, gelangen ihm Änderungen des Sozialsystems und der Steuergesetze.<sup>8</sup> Dasselbe gilt für Reagans Aussenpolitik: Es machte ihm nichts aus, George Shultz und dem Aussenministerium den Vortritt zu lassen, als es darum ging, auf die radikalen Veränderungen in Moskau zu reagieren, während er selbst eine konstruktive Beziehung zu Michail Gorbatschow aufbaute.

Aber im Licht der Schranken, die das amerikanische politische System um das Weisse Haus zieht, muss ein Präsident viel mehr aus seinen Vollmachten herausholen, um ähnliche Durchschlagskraft zu entwickeln wie eine Regierungschefin einer parlamentarischen Demokratie, der sich im Parlament für gewöhnlich auf eine Mehrheit (seiner eigenen Partei oder einer Regierungskoalition) stützen kann. Daher sind Alfred Stepan und Juan Linz der Meinung, Präsident Obama hätte nach seinem Amtsantritt im Jahr 2009 eng mit der demokratischen Mehrheit im Senat zusammenarbeiten sollen, um in dieser Kammer die Blockaden mittels Filibuster «zu beseitigen oder erheblich zu verringern». Da der Senat seine Verfahrensregeln zu Be-

ginn einer neuen Legislaturperiode selbst festlegen kann, hätte eine einfache Mehrheit genügt, um den Filibuster für 2009/10 abzuschaffen.<sup>9</sup> Das politische System der USA ist als «Vetokratie» bezeichnet worden und kennt tatsächlich umfangreichere Vetobefugnisse als die meisten Demokratien. Vielleicht war Obama tatsächlich übertrieben zurückhaltend, als er davon absah, die Legitimität seines frisch erworbenen Mandats zu nutzen, um die Filibuster-Regeln, welche die «Macht der Mehrheit extrem einschränken», zu beseitigen. Andernfalls wäre es ihm mit einiger Sicherheit möglich gewesen, weniger verwässerte (und weniger komplizierte) Gesundheitsreformen durchzusetzen und mit einer überzeugenderen Botschaft in die Zwischenwahlen von 2010 zu gehen. Stattdessen trug die mühsame Verabschiedung der komplexen und unvollständigen Gesundheitsreform zur Niederlage der Demokraten bei.<sup>10</sup> Der schliesslich verabschiedete Patient Protection and Affordable Care Act war in Anbetracht des erbitterten Widerstands und seiner verzerrten Darstellung in der Öffentlichkeit als «gesetzgeberischer Erfolg» zu werten, während ein solcher «Erfolg» im britischen System als Fehlschlag eingestuft würde, der die Autorität des Premierministers beschädigte.<sup>11</sup>

Seit Abraham Lincoln hat es keinen wahrhaft transformativen amerikanischen Präsidenten mehr gegeben. Die Wiederaufnahme der elf secessionistischen konföderierten Staaten in die Union und die Anerkennung der schwarzen Amerikaner als Bürger stellten eine Transformation der föderalen Republik dar. Lincoln findet in diesem Buch, das sich auf das 20. und 21. Jahrhundert konzentriert, nur am Rande Erwähnung. Er ist jedoch ein herausragendes Beispiel dafür, wie eine kooperative und kollegiale Führung mit Prinzipientreue und bahnbrechenden Veränderungen einhergehen kann. Unter Präsident Lincoln wurde die amerikanische Republik gewissermassen neu gegründet. Der führende Lincoln-Experte James McPherson hält es für wahrscheinlich, dass «die *Vereinigten* Staaten ohne Lincolns entschlossene Führung zu existieren aufgehört hätten».<sup>12</sup> Lincolns Füh-

rung und der Sieg der Union im Bürgerkrieg lösten nach Ansicht McPhersons zwei grundlegende Probleme, welche die amerikanische Revolution und die Verfassung hinterlassen hatten: das Überleben der Republik als geeinte Nation und jene «monströse Ungerechtigkeit» (um Lincoln zu zitieren), die darin bestand, dass ein Land, das «in seiner Verfassung allen Menschen das unveräusserliche Recht auf Freiheit zusprach», zur «grössten Sklavenhalteration der Welt» geworden war.<sup>13</sup> In der zweiten Frage geriet Lincoln unter erheblichen Druck, die Abschaffung der Sklaverei als Bedingung für einen Friedensschluss aufzugeben, was er jedoch ablehnte. Erwies daraufhin, dass mehr als 100'000 schwarze Soldaten für die Union kämpften, und erklärte: «Wenn sie ihr Leben für uns aufs Spiel setzen, müssen sie vom stärksten Motiv angespornt werden – vom Versprechen der Freiheit. Und das einmal gegebene Versprechen muss gehalten werden.»<sup>14</sup> Lincoln verband hehre Prinzipien mit politischen Winkelzügen, um sich im Kongress die für die Verabschiedung des 13. Zusatzartikels benötigten Stimmen zu sichern, mit dem die Sklaverei abgeschafft wurde.<sup>15</sup>

Wie Doris Kearns Goodwin anschaulich geschildert hat, bestand Lincolns «politisches Genie» nicht nur in der Brillanz und dem Tief-sinn seiner Reden und in seiner Entschlossenheit. Es beruhte auch auf seinem Gespür für den richtigen Zeitpunkt und auf seiner Fähigkeit, sich an die Spitze der öffentlichen Meinung zu setzen, ohne ihr so weit vorauszuweichen, dass es die Erfolgsaussichten seiner politischen Massnahmen geschwächt hätte.<sup>16</sup> Und es beruhte auf seiner Bereitschaft, kollegial mit den fähigsten Politikern seiner Zeit einschliesslich seiner wichtigsten Rivalen zusammenzuarbeiten. Ein weniger selbstsicherer oder grossherziger Führer wäre kaum bereit gewesen, sich mit Männern zu umgeben, die zu Beginn seiner Amtszeit meinten, ein grösseres Anrecht auf das Weisse Haus zu haben als er. Ein Mann mit geringeren Führungsqualitäten wäre versucht gewesen, persönliche Gefolgsleute in sein Kabinett aufzunehmen, die seine Autorität nie in Frage gestellt hätten.<sup>17</sup> Lincoln hingegen besetzte die



wichtigsten Posten mit seinen stärksten Rivalen um die republikanische Präsidentschaftsnominierung im Jahr 1860, Senator William H. Seward aus New York, Gouverneur Salmon P. Chase aus Ohio und dem verdienten Staatsmann Edward Bates aus Missouri. Seward lernte Lincoln als «den besten und weisesten Mann» kennen, dem er je begegnet sei, und beobachtete an ihm eine «beinahe übermenschliche Grossherzigkeit».<sup>18</sup> Chase, der nie wirklich überwand, was Lincoln als sein «Weisses-Haus-Fieber» bezeichnete, schickte dem Präsidenten zu vier Gelegenheiten Rücktrittsgesuche, und beim vierten Mal überraschte Lincoln ihn, indem er es akzeptierte. Dennoch ernannte Lincoln seinen Rivalen, der wiederholt gegen ihn intrigiert hatte, später zum Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs. Der Präsident erzählte dem Senator Zachariah Chandler, er hätte «lieber seinen Sessel geschluckt, als Chase zu nominieren», aber es sei die richtige Entscheidung für das Land gewesen.<sup>19</sup>

Lincoln sagte oft, «nicht sein Kabinett, sondern er persönlich trage die Schuld an den Fehlern, die der Regierung angekreidet würden», wie das Kabinettsmitglied Gideon Welles beobachtete. Ein bekannter Fall war der von Simon Cameron, einem Politiker aus Pennsylvania, der einen ehrlichen Politiker so definierte: «Ist er einmal gekauft, bleibt er gekauft.»<sup>20</sup> Lincoln hielt es für unumgänglich, Cameron als Kriegsminister abzusetzen, nachdem ausufernde Korruption in seinem Ministerium aufgedeckt worden war. Anschliessend schrieb der Präsident jedoch einen langen Brief an den Kongress, in dem er erklärte, die unglückseligen Verträge seien «aufgrund der Notlage der Regierung» zustande gekommen und er und das gesamte Kabinett seien «für alle Fehler, Verstösse oder Übeltaten mindestens ebenso verantwortlich» wie Cameron.<sup>21</sup> Cameron fühlte sich Lincoln bis an sein Lebensende verpflichtet und wusste den Mut zu schätzen, den Lincoln aufbringen musste, um zu einer Zeit, als ihn, Cameron, alle Welt im Stich gelassen hatte, die Schuld mit ihm zu teilen.<sup>22</sup>

In einem System, das einen Präsidenten mit Exekutivbefugnissen

ausstattet, kann dieser im Allgemeinen mehr bewirken als ein Regierungschef in einer parlamentarischen Demokratie. Für die USA gilt dies jedoch nicht, wenn man von der Aussenpolitik absieht. Im modernen politischen System der Vereinigten Staaten ist die Macht auf derart viele Akteure verteilt – auf die Mitarbeiter des Weissen Hauses, die Ministerien und andere Regierungsbehörden, den Kongress, die Justiz und die fünfzig Mitgliedsstaaten der Föderation –, dass der Präsident innenpolitisch sehr viel geringeren Einfluss hat als die meisten Regierungschefs in anderen Demokratien (sofern diese ihre Kollegen im Kabinett von ihren Vorhaben überzeugen können). Das gilt insbesondere für Länder mit Mehrheitswahlrecht im Gegensatz zu denen mit Verhältniswahlrecht: In diesen Ländern besitzt die Partei, die den Regierungschef stellt, normalerweise eine absolute Mehrheit im Parlament.

Zu manchen Gelegenheiten allerdings zieht die Wahl eines amerikanischen Präsidenten gerade in der Aussenpolitik sehr viel weitreichendere Konsequenzen nach sich als die Wahl einer Regierung in einer parlamentarischen Demokratie. Die Präsidentschaftswahl von 2000 zeigt dies deutlich: Selbst wenn die Person, die in einem so mächtigen Land wie den Vereinigten Staaten an die Macht kommt, so durchschnittlich begabt ist wie George W. Bush, kann sie sehr viel bewegen, sei es zum Guten oder zum Schlechten. Diese Wahl unterstrich jedoch auch, welchen Einfluss der Zufall und blosses Glück darauf haben, dass ein Kandidat statt eines anderen das höchste Amt erlangt. Dem demokratischen Kandidaten Al Gore hätten ein paar zusätzliche Stimmen in ein oder zwei wichtigen Staaten genügt, um ins Weisse Haus einzuziehen. Vielleicht hätte es auch gereicht, wenn Palm Beach County in Florida auf eine zuverlässigere Wahlmethode als die «Schmetterlingswahlzettel» gesetzt hätte.<sup>23</sup> Vielleicht hätte Gore Arkansas gewonnen, wäre er einverstanden gewesen, dass Bill Clinton seine Beliebtheit in seinem Heimatstaat ausspielte.<sup>24</sup> Tatsächlich hatte Bush grosses Glück, sich dank solcher Kleinigkeiten die

Mehrheit der Wahlmänner zu sichern, obwohl er landesweit weniger Stimmen erhielt als sein demokratischer Widersacher. Und dies war zweifellos einer der Fälle, in denen die Wahl des politischen Führers in einer Demokratie erheblichen Einfluss auf Leben und Tod von Menschen in anderen Ländern hatte. Wie es Nannerl Keohane ausdrückt: «In Afghanistan hätte Gore möglicherweise einen ähnlichen Kurs eingeschlagen wie George W. Bush. Aber er hätte mit einiger Sicherheit keinen Krieg mit dem Irak begonnen, und allein das hätte dafür gesorgt, dass die Welt heute eine andere wäre.»<sup>25</sup>

### **EINE «NAPOLEONISCHE» HERRSCHAFT IN GROSSBRITANNIEN?**

Wenn der oberste politische Führer in einem autoritären Regime abseits beziehungsweise über der herrschenden Gruppe oder, in einer Demokratie, über seinem Kabinett steht, so stärkt das seine Macht auf Kosten der Mitwirkung seiner Kollegen. Eine solche Konstellation kommt dem Führer dann zugute, wenn sein Ziel weniger in einer guten Regierungsführung als in der Maximierung persönlicher Macht besteht. In einer Autokratie nähren die Unterwerfung unter das Kommando des Diktators und das Fehlen einer offenen Opposition die Eitelkeit des Führers. Doch auch demokratische Führer offenbaren einen Hauch von Eitelkeit, sobald sie nach grösserer persönlicher Macht streben. Max Weber schrieb, ein Politiker müsse täglich und stündlich «die ganz gemeine Eitelkeit» überwinden, «die Todfeindin aller sachlichen Hingabe und aller Distanz, in diesem Fall: der Distanz sich selbst gegenüber».<sup>26</sup> Weber betrachtete Unsachlichkeit und Verantwortungslosigkeit als «Todsünden» in der Politik, und die Eitelkeit, das heisst «das Bedürfnis, selbst möglichst sichtbar in den Vordergrund zu treten», fährt den Politiker in Versuchung, diese Sünden zu begehen, weshalb er stets Gefahr läuft, «sowohl zum Schau-

spieler zu werden wie die Verantwortung für die Folgen seines Tuns leichtzunehmen und nur nach dem ‚Eindruck‘ zu fragen, den er macht». <sup>27</sup>

Margaret Thatcher wird selbst vom Autor ihrer wichtigsten und wohlwollenden Biographie als «egotistisch» beschrieben, <sup>28</sup> doch ging es ihr mehr darum, ihre Wertvorstellungen umzusetzen, als aus persönlicher Eitelkeit das Rampenlicht zu suchen. Wie wir in Kapitel 3 gesehen haben, stiess sie eine Neudefinition des politischen Diskurses in Grossbritannien an, was Tony Blair nicht für sich in Anspruch nehmen kann. Blair akzeptierte die neuen Grundlagen der britischen Politik, die Thatcher und ihre gleichgesinnten Kollegen geschaffen hatten. Kenneth Clarke, der den konservativen Regierungen Thatchers und John Majors angehörte, erklärte, Majors Regierung «sei von innen heraus von Personen zerstört [worden], die sich als loyale Anhänger Margarets betrachteten», und es sei Tony Blair überlassen worden, «den Thatcherismus mit menschlichem Antlitz zu übernehmen». <sup>29</sup> Innenpolitisch beinhaltete dies eine Expansion des privaten Sektors auf Kosten des öffentlichen und die Einführung marktwirtschaftlicher Mechanismen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen. In der Aussenpolitik stimmte Blair mit dem rechten Flügel der Republikanischen Partei noch weitgehender überein als Thatcher und nahm in Bezug auf den Nahen Osten eine Position ein, die sich kaum von jener der amerikanischen Neokonservativen unterschied. Blair beeinflusste nur die Art und Weise, nicht jedoch die Richtung des Vorgehens der Regierung Bush gegenüber dem Irak; Thatcher zögerte nicht, trotz der ideologischen Affinität und des guten persönlichen Verhältnisses zu ihm Ronald Reagan in bestimmten Fragen die Stirn zu bieten. Nicht zuletzt bestärkte sie im Einklang mit ihren Beratern in der Regierung sowie mit aussenstehenden Experten Reagan in seinem Wunsch, mit der neuen sowjetischen Führung unter Gorbatschow zu kooperieren. <sup>30</sup> Im Lauf der Zeit hörte Thatcher jedoch immer weniger auf ihre Berater und zögerte nicht, ungarischen Besu-

chern die Vorgänge in Ungarn zu erklären.\* Beim Besuch einer Wohnanlage in Moskau im Jahr 1987 räumte sie immerhin ein, dass die Bewohner dieser Häuser «das System noch besser kannten als ich».<sup>31</sup>

Obwohl Tony Blair gegenüber den Kabinettsmitgliedern sehr viel höflicher auftrat als Thatcher und sich bemühte, seine Kollegen für sich einzunehmen, versuchte er, es ihr gleichzutun oder sie sogar zu übertreffen, als er mehr und mehr Macht in der Downing Street konzentrierte. Thatchers rechte Hand war ihr Privatsekretär Charles Powell. Blair holte dessen Bruder Jonathan in die Downing Street, der den hochtrabender klingenden Titel eines Stabschefs forderte und bekam.<sup>32</sup> (Beide Brüder waren fähige Beamte, die im Foreign Office Karriere gemacht hatten.) Sechs Jahre nach Thatchers Rücktritt, im Jahr 1996, erklärte Charles Powell in einem Interview: «Ich war immer der Meinung, dass Thatcher etwas Leninistisches an sich hatte, das in ihrem Regierungsstil zum Ausdruck kam: die absolute Entschlossenheit, der Glaube, dass es eine Avantgarde gibt, die weiss, was richtig ist, und dass dieses kleine, verschworene Team seine Vorhaben durchsetzen kann ... Sie konnten auf Konfrontationskurs gehen, das Gesetz beugen und ihre Gegner ein bisschen bedrängen.»<sup>33</sup> Noch bevor Blair sein Amt angetreten hatte, sagte Jonathan Powell in einer vertraulichen, an die Presse durchgestochenen Sitzung: «Wir wollten

---

\* In den ersten Jahren im Amt stellte sie gute Fragen und hörte sich die Antworten an – vor allem, wenn ihre Gesprächspartner Expertenwissen besaßen –, aber das änderte sich gegen Ende ihrer Regierungszeit. Ivan Berend, ein Mitglied des Reformflügels der ungarischen KP und Präsident der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, begegnete Thatcher im August 1990. Er erinnert sich daran, dass ihn die Premierministerin beiseite nahm, um ihn nach den aufregenden Geschehnissen in Ungarn zu fragen. Aber «bevor ich den Mund öffnen konnte, begann sie, ihre Fragen selbst zu beantworten und mir zu erklären, was in Ungarn wirklich geschehe». Vgl. Ivan T. Berend, *History in my Life. A Memoir of Three Eras*, Budapest/New York 2009, S. 225.

von einem feudalen zu einem napoleonischen System voranschreiten.» In einem einige Jahre später erschienenen Buch (dessen Held nicht Napoleon, sondern Machiavelli ist) erklärte er, was er damals gemeint hatte:

Das britische Regierungssystem ist traditionell ein feudales. Da gibt es die Barone (Minister) mit ihren Armeen und ihrer Kriegskasse (mit Beamten und Budgets), die ihrem Lehnsherrn Treue geloben, in Wahrheit jedoch tun, was sie wollen. Der Premierminister kann wenig tun, um für Geschlossenheit oder Kohärenz der Regierung zu sorgen. Er hat nur eine einzige, sehr grobe Waffe, nämlich seine Fähigkeit, Mitarbeiter zu engagieren und zu feuern... Wir brauchten eine bessere Koordination sowohl der Gestaltung als auch der Umsetzung politischer Massnahmen im Zentrum.<sup>34</sup>

Ob Lenin oder Napoleon geeignete Vorbilder für einen politischen Führer in einer Demokratie abgeben, oder ob ein Politiker, der nie auch nur einen untergeordneten Kabinettsposten bekleidete (was nicht auf Thatcher, aber auf Blair zutrif), von Ministern als ihr «Lehnsherr» angesehen werden sollte, sind Fragen, auf die es eigentlich nur eine Antwort geben kann. Zwar geschah nichts auch nur irgendwie Napoleonisches, doch wurde zu Beginn von Blairs zweiter Amtszeit eine neue Dienststelle eingeführt, welche die Durchführung politischer Massnahmen überwachen sollte. Ihr Urheber war Michael Barber, der die Ansicht vertrat, dass eine Regierung, die ein Ziel habe, auch einen Plan und geeignete Mittel haben sollte, um es zu erreichen.<sup>35</sup> Blair ernannte Barber zum Leiter einer neuen Delivery Unit (Durchführungseinheit), die dem Premierminister unterstellt war. Die Ziele, die diese Einheit für die Verkürzung der Wartezeiten in Krankenhäusern, für die Senkung der Kriminalitätsrate und für die Verbesserung von Schulleistungen vorgab, waren sehr umstritten und hatten neben den beabsichtigten auch einige unbeabsichtigte Conse-

quenzen. Dennoch beharrt Barber in einem Buch, in dem er seine Erfahrung in der Regierung reflektiert, darauf, dass die Vorteile die Nachteile überwogen (obwohl die «Zielkultur» umstritten bleibt).

Welche napoleonischen Neigungen Blair auch immer gehegt haben und wie ausgeprägt seine Überzeugung, zu Entscheidungen im Namen der Regierung berechtigt zu sein, auch gewesen sein mag – er konnte sein imperiales Ziel nie erreichen, denn selbst wenn er der Napoleon von io Downing Street gewesen sein sollte, der die Aussenpolitik gut im Griff hatte und die gesellschaftspolitischen Vorhaben beeinflusste, so gab es doch noch einen weiteren Napoleon im Nachbarhaus,\* wo Gordon Brown die Wirtschaftspolitik und damit ein wichtiges Feld der Innenpolitik beherrschte. Barber und vielen weiteren Insidern fiel auf, dass sich die Minister entschliessen mussten, «ob sie eher dem Brown-Lager oder dem Blair-Lager angehören oder einen Platz in beiden anstreben wollten». Der ungewöhnlich einflussreiche Schatzkanzler schränkte die Entscheidungsgewalt des Premiers unentwegt ein, und als Blairs Macht in seiner dritten Amtszeit «abebbte», spürte er diese Einschränkung noch deutlicher.<sup>36</sup>

Als Margaret Thatcher im April 2013 starb, äusserten viele ehemalige Weggefährten und Gegner Bewunderung für ihre Leistungen. Unter anderem war sie die erste Premierministerin Grossbritanniens gewesen und hatte sich obendrein in der Konservativen Partei durchgesetzt, die stets hinter der Labour Party hergehinkt war, wenn es darum ging, Frauen ins Parlament und in die Regierung zu bringen (obwohl auch Labour von einer Gleichberechtigung wie in Skandinavien weit entfernt war). Es war viel von Thatchers «starker Führung» und davon die Rede, dass sie eine «Politikerin mit Überzeugungen» gewesen sei. Tatsächlich spricht einiges für Politiker, die klare politische Vorstellungen haben und an bestimmten Werten festhalten. Sie machen sich nicht allzu abhängig von den Demoskopern, wenn sie

---

\* Der Amtssitz des Schatzkanzlers befindet sich in 11 Downing Street.

auch die öffentliche Meinung bei der Aussendarstellung ihrer Politik berücksichtigen. Aber feste Überzeugungen und die Entschlossenheit, sie in die Tat umzusetzen, sind nicht zwangsläufig ein Segen. Lenin, Mussolini, Hitler, Stalin und Mao (um nur einige offenkundige Beispiele zu nennen) waren «starke» und dominante Führer, und alle diese Männer, selbst Stalin, hatten feste Überzeugungen. Eine Mehrheit des Kabinetts von Margaret Thatcher (und ein grosser Teil der konservativen Parlamentsfraktion) kam schliesslich zu dem Ergebnis, ganz besonders eine Überzeugung der Premierministerin nicht länger ertragen zu können, nämlich die, sie sei immer im Recht. Noch fast ein Vierteljahrhundert später hegten jene, die der verlorenen Führerin nachtrauerten, Verachtung für die Minister, die ihre Regierungschefin einst zum Rücktritt aufgefordert hatten. Einer dieser Nostalgiker war der Historiker Andrew Roberts; sein Tonfall erinnerte sonderbar an den der Günstlinge Stalins, die in den dreissiger Jahren die Opfer der Moskauer Schauprozesse herabwürdigten, als er das Kabinett, das Margaret Thatcher 1990 absägte, «eine machthungrige Clique von Feiglingen, Dummköpfen und Verrätern» nannte.<sup>37</sup>

Geoffrey Howe, dessen Rücktrittsrede Thatchers erzwungenen Abgang einläutete, beschrieb, wie die Premierministerin die Reaktionen ihrer Kollegen im Kabinett so sehr bestimmte, dass sie «unterbewusst, unsichtbar und wortlos» an den Sitzungen in Whitehall und Westminster teilnahm: «Die Diskussion lief immer auf die Frage hinaus: Wie wird die Premierministerin darauf reagieren? Schliesslich gewöhnte sie sich so gründlich daran, ihren Willen durchzusetzen, dass sie unangemessen selbstsicher wurde. Sie zog ihre Kollegen immer seltener zu Rate und stützte sich nur noch auf einen kleinen Kreis von Vertrauten. Das passiert leicht. Es passierte Ted Heath. Es passierte Tony Blair.»<sup>38</sup>

Kenneth Clarke erinnerte sich, wie die Premierministerin einmal in einer Kabinettssitzung sagte: «Warum muss ich in dieser Regierung alles machen?» Clarke meinte, er sei wohl nicht der Einzige am Tisch gewesen, der gedacht habe: «Margaret, das Problem ist, dass Sie glau-



ben, Sie müssten alles selbst tun. Aber das sollten Sie nicht. Und Sie können es nicht.»<sup>39\*</sup>

Thatcher mag versucht haben, ihr Kabinett zu unterjochen (was schliesslich ihr Verderben war), aber sie umging ihre Minister weniger als Blair. Alistair Darling, der nicht nur durchgehend von 1997 bis 2010 dem Kabinett angehörte, sondern auch die Ausrichtung von «New Labour» auf die «britische Mitte» mittrug, zählt zu denen, die den Mangel an kollektiven Diskussionen und damit an einer wirklich kollektiven Verantwortung der Regierung für die Politik in jenen Jahren bemängelt haben. Seiner Meinung nach müsse man einem Leser von Blairs Memoiren den Eindruck verzeihen, für Tony habe es «New Labour, c'est moi» geheissen. Darling sagt sowohl über Browns als auch über Blairs Zeit an der Spitze der Regierung, allzu oft sei im Kabinett erst über Entscheidungen diskutiert worden, als sie eigentlich schon feststanden. Darling veranschaulicht an einem Beispiel, wie das Kabinett umgangen wurde: «Die Einführung von Studiengebühren, eine von Erfolg gekrönte Massnahme, wurde nie richtig dis-

---

\* Dass Regierungsmitglieder in einer Demokratie das Gefühl haben, ihre Überzeugungen dem Willen einer einzelnen Person unterordnen zu müssen, erinnert bedenklich an das politische Leben in einer Autokratie, wo in Abwesenheit des Diktators oder in Ermangelung klarer Anweisungen versucht wird, den Willen des Diktators zu erraten. In Hitler-Deutschland wurde diese Praxis als «dem Führer entgegenarbeiten» bezeichnet. Wie Ian Kershaw erklärt: «Wer im darwinistischen Dschungel des Dritten Reichs befördert werden und zu einer Machtposition gelangen wollte, musste den ‚Führerwillen‘ erahnen und, ohne auf Anweisungen zu warten, die Initiative ergreifen, um das voranzutreiben, was den Zielen und Wünschen Hitlers dienlich erschien.» (Kershaw, Hitler 1889-1936, S. 666) Minister in einer demokratischen Regierung, die sich ähnlich unterwürfig verhalten, um aufzusteigen (oder einen Abstieg zu vermeiden), sollten vielleicht daran erinnert werden, dass viele von denen, die das höchste Regierungsamt erreichten, früher einmal Kritiker und sogar Rebellen in ihrer eigenen Partei waren.

kutiert, weshalb die Regierung nicht kollektiv dazu stand. Über den Libanon wurde kaum gesprochen. Und weil er überzeugt war, das Richtige zu tun, war [Blair] bereit, die öffentliche Meinung und etwaige Vorbehalte des Kabinetts zu ignorieren.»<sup>40</sup>

## **POLITISCHE FÜHRER UND IHRE PARTEIEN**

Ejfektive Führung zu definieren ist leichter, als einen auch nur annähernden Konsens darüber herzustellen, was gute oder (noch seltener vorkommende) vorzügliche Führung ausmacht. Ob man eine Person als guten politischen Führer einstuft, hängt nicht zuletzt davon ab, wie sympathisch man diese Person findet oder ob man die von ihr verantwortete Politik gutheißt oder ablehnt. Verschiedene Situationen erfordern jedoch verschiedene Führungsstile und –qualitäten. «Der effektivste Führer in einem gegebenen Kontext ist jenes Gruppenmitglied, das am besten geeignet ist, die Gruppe darin zu unterstützen, ihre Ziele zu erreichen.»<sup>41</sup> Joseph Nye definiert einen Führer prägnant als eine Person, «die einer Gruppe hilft, gemeinsame Ziele zu entwickeln und zu erreichen».<sup>42</sup> In einer anderen Organisation als einer politischen Partei kann eine Führungskraft auch «Ziele festlegen oder klären»,<sup>43</sup> doch in einer Demokratie gehört die Festlegung von Zielen nicht zu den Funktionen eines Parteiführers. Die Definition der politischen Ziele sollte den Parteimitgliedern in Absprache mit der Parteiführung überlassen sein – warum sollten die Mitglieder sonst ihre Zeit der Partei opfern? In einer Demokratie muss ein effektiver politischer Führer seiner Partei dabei helfen, die Macht zu erringen, und nach der Bildung einer Regierung dazu beitragen, die von der Partei verfochtene Politik umzusetzen.

Die Beziehung der Regierungs- und Parteispitze zur Parlamentsfraktion (sowie die Beziehung zwischen der Parteiführung und den Parteimitgliedern) sollte ein wechselseitiger Austausch sein und ist es

normalerweise auch. Das Führungsteam hat das Vorrecht, die aktuellen Prioritäten zu setzen, aber wenn seine tatsächliche Politik eher von Medienzaren oder Finanzlobbys beeinflusst wird, handelt es sich weder um eine effektive noch um eine demokratische Führung, sondern um eine Form von Gefolgschaft. Für einen Parteichef ist es sehr viel leichter, sich das Wohlwollen der Medien zu sichern, indem er sich von seiner Partei distanziert, anstatt den Eigentümern der Medienkonzerne die Stirn zu bieten (mit Sicherheit gilt das für Grossbritannien). Stanley Baldwin war sehr viel standhafter gegenüber den Zeitungsverlegern als seine Nachfolger Ende des 20. und Anfang des 21. Jahrhunderts (eine Ausnahme ist mit Abstrichen Labour-Chef Ed Miliband). Im Jahr 1929 erklärte Baldwin in einer Rede: «Die von Lord Rothermere und Lord Beaverbrook geführten Blätter sind keine Zeitungen im üblichen Sinn des Wortes. Sie sind Propagandamaschinen im Dienst der sich stetig wandelnden politischen Vorhaben, Wünsche, persönlichen Vorlieben und Abneigungen von zwei Männern.» Er setzte seine berühmte Attacke auf die Pressezaren fort: «Das Ziel der Eigentümer dieser Zeitungen ist Macht, und zwar Macht ohne Verantwortung – zu allen Zeiten das Vorrecht der Hure ...»<sup>44</sup>

Tony Blair hingegen zeigte gegenüber reichen Zeitungseigentümern und Unternehmern sehr viel grösseres Entgegenkommen als gegenüber den Mitgliedern seiner eigenen Partei, die abgesehen von den Wählern seines nordenglischen Wahlkreises Sedgfield die Einzigen waren, die ihn je direkt gewählt hatten. Wie wir in Kapitel 2 gesehen haben, bezeichnete er sie geringschätzig als «Parteisoldaten, die jahrelang im sibirischen Exil fern vom Regierungszentrum geschuftet» hatten und «plötzlich wieder mit neuem Selbstwertgefühl im ‚Kreml‘» auftauchten.<sup>45</sup> In einer beiläufigen Bemerkung beschrieb ein anonymer Weggefährte von Premierminister David Cameron im Mai 2013 die Aktivisten der Konservativen Partei in den Wahlkreisen als «augenrollende Verrückte».<sup>46</sup> Eine solche Entfremdung zwischen der Parteibasis und ihrer Führung und eine derartige Geringschätzung

der Führung für die «Parteisoldaten» sind nicht nur beschämend. Sie sind auch gefährlich für die Demokratie.

Politische Führer dürfen ihre Partei nicht einfach als Vehikel für ihre persönlichen Ambitionen betrachten, sondern sollten ihre Aufgabe darin sehen, die Zielsetzungen und Wertvorstellungen der Partei zu verwirklichen. Um das zu erreichen, müssen sie offenkundig Wahlsiege anstreben. Eine Partei, die keine Kompromissbereitschaft zeigt, weil sie die Reinheit ihrer Prinzipien nicht beflecken will, wird wahrscheinlich nie aus der politischen Wüste herausfinden. Daraus muss keineswegs folgen, dass die Meinung des Parteivolks ignoriert oder seine Überzeugungen verraten werden. Diese werden wahrscheinlich nicht mit den Ansichten (oder der Apathie) des Wahlvolks übereinstimmen, aber jeder Parlamentsabgeordnete und jeder Parteiführer hat einen gewissen Spielraum für Verhandlungen zwischen den Aktiven und Inaktiven, zwischen den Überzeugten und den Skeptischen.

Es gibt jedoch zwei Erkenntnisse, über die weitgehende Einigkeit zwischen sämtlichen Experten besteht, die sich mit Demokratien und Ländern im Übergang zur Demokratie beschäftigen. Die erste lautet, dass ein funktionierendes Parteiensystem eine unverzichtbare Grundlage für eine Demokratie ist. Werden in einem Land, das versucht, eine autokratische oder oligarchische Herrschaft abzuschütteln, die Parteien von oben gesteuert, anstatt unabhängigen Einfluss zu erwerben, so stehen die Chancen für die Entwicklung einer stabilen Demokratie schlecht. Die Mehrheit der Nachfolgestaaten der Sowjetunion einschliesslich Russlands sind gute Anschauungsbeispiele dafür. Die zweite Erkenntnis ist, dass die politischen Parteien in weiten Teilen der Welt seit Mitte des 20. Jahrhunderts einen deutlichen Mitgliederschwind hinnehmen mussten und den Umfragen zufolge geringe Wertschätzung geniessen. Die Autoren einer grossen vergleichenden Studie über politische Parteien stellen fest: «In den meisten Ländern erklärt eine grosse Mehrheit der Bürger, dass es ,ohne Parteien keine Demokratie geben kann', aber dieselben Personen werfen den Partei-

en oft ein ‚spaltendes‘ Verhalten vor.»<sup>47</sup> Ein weiteres Dilemma, mit dem die Parteien in vielen Ländern konfrontiert sind, bringt Juan Linz auf den Punkt: «Parteien kosten Geld – aber es soll nicht mein Geld sein, ich will sie nicht mit meinen Steuern bezahlen, und sie sollen kein Geld von Interessengruppen nehmen.»<sup>48</sup> Ein Land, in dem sich die Demokratie in den letzten Jahrzehnten besser als in den meisten anderen entwickelt hat, ist interessanterweise das wiedervereinigte Deutschland (und dasselbe galt zuvor für die Bundesrepublik), wo die Parteien vom Staat finanziert werden und ihre Mitgliederzahlen in jüngster Zeit erhöhen konnten, obwohl dieser Zuwachs vor allem auf die Eingliederung der ostdeutschen Länder zurückzuführen war.

Da von den Führern politischer Parteien in einem freien und pluralistischen politischen System erwartet werden darf, dass sie sich grundsätzlich zur Demokratie bekennen, und da sie auf die Wähler eingehen müssen, ist es gefährlich, wenn sie das Parteivolk lediglich als notwendiges Übel betrachten. Die Autoren einer Studie über die Entwicklung der Parteiorganisationen im 20. Jahrhundert haben festgestellt, dass die Parteiführungen, um ihre Vormachtstellung zu festigen, «die Parteibasis marginalisieren und sogar absterben lassen». Ob beabsichtigt oder nicht, schien dies zu Beginn des 21. Jahrhunderts die «Erfahrung in den Grossparteien Dänemarks und der Niederlande zu sein».<sup>49</sup> In Grossbritannien hingegen wuchs die Mitgliederzahl der Labour Party in Tony Blairs ersten Jahren an der Parteispitze. Aber viele dieser Neankömmlinge sowie langjährige Mitglieder traten später enttäuscht wieder aus, wobei der Irakkrieg für viele das Fass zum Überlaufen brachte. Eine übermässige Machtkonzentration in den Händen des Vorsitzenden schadet der inneren Gesundheit der Partei. Die Mitglieder sind gefangen zwischen dem Wunsch, den politischen Gegnern nicht mit Kritik an ihrer Parteiführung in die Hände zu spielen, und dem Wunsch, dem Parteichef nicht zu viel Macht zuzugestehen.<sup>50</sup>

Kritik am Parteiführer aus der Parlamentsfraktion oder von der Ba-

sis führt selbstverständlich dazu, dass dem Vorsitzenden vorgeworfen wird, er habe «die Kontrolle über die Partei verloren», aber wir sollten uns fragen, wie viel «Kontrolle» ein politischer Führer über die Menschen haben sollte, die ihn auf diesen Platz gesetzt haben. Eine Parteiführung hat auch die Pflicht zu verhindern, dass intolerante Extremisten die Organisation übernehmen. So schloss die Labour Party unter Neil Kinnocks Führung die Militant-Tendency-Organisation aus, die eine Reihe von Ortsverbänden übernommen hatte, andere Mitglieder einschüchterte und zur Unterwerfung oder zum Austritt zwang. In den USA bedroht eine «feindliche Übernahme» durch die Tea Party die Existenz der Republikanischen Partei.<sup>51</sup> Das Ansehen der politischen Parteien hat länderübergreifend aus verschiedenen Gründen gelitten. Eine Ursache sieht Moisés Naim in einer unbeabsichtigten Konsequenz einer an sich gesunden Entwicklung, nämlich der wachsenden Freiheit der Medien und der unabhängigen Beobachtung des politischen Lebens, die zuvor verborgene oder stillschweigend geduldete Korruption zutage förderten.<sup>52</sup> Aber der Verlust an öffentlichem Ansehen hängt Naim zufolge auch damit zusammen, dass die Fähigkeit der politischen Parteien zur ideologischen Abgrenzung von ihren Gegnern schwindet.\* So stützen sie sich

---

\* In den USA wurde dieser Trend teilweise umgekehrt, wobei in mancher Hinsicht die entgegengesetzte Gefahr droht. Der gemässigte Republikanismus ist ebenso bedroht wie der erforderliche Mindestkonsens darüber, wie ein zivilisierter demokratischer Diskurs auszusehen hat. Anstatt die Umsetzung des Patient Protection and Affordable Care Act, der vom Kongress angemessen geprüft und verabschiedet und vom Obersten Gerichtshof bestätigt wurde, zu akzeptieren, verkündeten die Konservativen der Tea Party im Oktober 2013, sie seien bereit, die Bundesverwaltung lahmzulegen, Hunderttausende Beschäftigte zu entlassen, die medizinische Forschung zum Stillstand zu bringen und nicht nur den Dollar, sondern auch das internationale Ansehen ihres Landes zu schwächen. Während ihr Extremismus und ihre falsche Darstellung einer bescheidenen und lange überfälligen sozialen Reform nicht mehr überraschen

«weniger auf die Anziehungskraft ihrer Ideale und Ideen und mehr auf Marketingtechniken, die Medientauglichkeit ihrer Kandidaten und natürlich ihre Fähigkeit, Spendengelder zu beschaffen».<sup>53</sup>

Die berechtigte Kritik an übermässig mächtigen oder anmassenden politischen Führern bedeutet nicht, dass die Führung keine wichtige Funktion erfüllt. Nicht nur der Regierungschef, sondern alle Mitglieder des Führungsteams haben die Pflicht zu begründen, warum eine bestimmte Massnahme ergriffen wird, selbst wenn sie bei den Parteimitgliedern unpopulär ist oder in den Meinungsumfragen schlecht bewertet wird. Umfragen spielen eine wichtige Rolle in einer Demokratie – Länder, die auf eine autoritäre Herrschaft zusteuern, werden mit Sicherheit die unabhängige Meinungsforschung behindern –, entheben die politische Führung jedoch nicht ihrer Pflicht, den Kurs vorzugeben. Aber dabei muss sie auf ihre Partei eingehen und ihr die Führungsrolle im öffentlichen Diskurs überlassen, anstatt sie mit Scheinkonsultationen abzuspiesen. Denn wenn sich die politischen Parteien auflösen, löst sich die Demokratie auf.

Der engste Kreis seiner Gefolgschaft bestätigt einen politischen Führer bereitwillig in seinen Überzeugungen. Für einen Regierungschef ist es zudem nicht allzu schwierig, die Mehrheit der Mitglieder seines Kabinetts in Einzelgesprächen dazu zu bewegen, einem bestimmten Vorhaben zuzustimmen. Die meisten von ihnen werden sich nicht eingehend mit dieser Angelegenheit befasst haben, weil sie mit den Aufgaben ihrer eigenen Ressorts ausgelastet sind, und im persönlichen Gespräch mit dem Regierungschef werden sie sich überzeugen lassen. Handelt es sich jedoch um eine wichtige Frage, in der es um

---

konnten, ist bemerkenswert, dass es ihnen gelang, gemässigte republikanische Politiker einzuschüchtern und dazu zu drängen, ein Vorgehen zu unterstützen, das, wäre es länger durchgehalten worden, nicht nur der amerikanischen Gesellschaft, sondern der Weltwirtschaft schweren Schaden zugefügt hätte.

die politischen Grundsätze der Regierung und der Regierungspartei geht, so verlangen eine gute Regierungsführung und die demokratischen Grundwerte, dass die Frage dem Kabinett vorgelegt wird. Möglicherweise gibt es dort ein oder zwei Personen, die sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt haben, aber zu einem anderen Schluss als der Regierungschef gelangt sind und tatsächlich die besseren Argumente vortragen. Ob sich diese Minderheit in einer Kabinettsitzung in eine Mehrheit verwandelt, hängt von den anderen Mitgliedern des Führungsteams ab. Sie müssen nicht nur von den Argumenten für die abweichende Position und davon überzeugt werden, dass eine andere Politik zu bevorzugen wäre, sondern brauchen auch genug Rückgrat, um sich von der Haltung des Regierungschefs zu distanzieren.

Wenn der Niedergang der politischen Parteien voranschreitet, wird ihr Platz von jenen innerhalb und ausserhalb der Gesellschaft eingenommen, die am meisten Geld aufwenden können, um sich wirtschaftliche und politische Macht zu kaufen. Ungeachtet der umwälzenden politischen und sozialen Veränderungen seit dem 18. Jahrhundert haben die in Kapitel 1 zitierten Erkenntnisse von Adam Smith und John Millar nichts von ihrer Relevanz verloren: Smith erklärte, das Ansehen aufgrund von Vermögen sei selbst in reichen und zivilisierten Völkern gross. Sein Schüler Millar schrieb, der aus dem Vermögen abgeleitete Einfluss sei «nicht nur an sich grösser, sondern vor allem in sich gefestigter und von längerer Dauer als die Gewalt, die sich einzig auf persönliche Leistungen stützen kann».<sup>54</sup> Die Grossparteien mit zahlreichen Mitgliedern und einer starken Organisation sowie die Gewerkschaften bilden ein demokratisches Gegengewicht zu reichen Einzelpersonen, wohlhabenden Familien, Grossunternehmen und Finanzakteuren.\* Wenn die politischen Führer der

---

\* Die von Smith und Millar beschriebene Rolle des Vermögens der Familie und der familiären Verbindungen als «Quelle des Ansehens» scheint zweieinhalb Jahrhunderte später nichts von ihrer Relevanz eingebüsst zu haben. Diese Be-



zweiten Gruppe grössere Aufmerksamkeit schenken als der ersten, öffnen sie zwei gefährlichen Entwicklungen Tür und Tor. Zum einen verwandelt sich eine Demokratie auf diese Art in eine Plutokratie. Zum anderen wird die Arbeit politischer Parteien zusehends von direkten Aktionen mehr oder weniger spontan gebildeter Gruppen verdrängt. Diese zeigen oft kein Interesse an demokratischen Normen und Verfahren und neigen dazu, denselben Fehler zu begehen wie die russischen Revolutionäre vor einem Jahrhundert: Sie glauben, nur der Zweck zähle, und jedes Mittel, das geeignet ist, diesen Zweck zu erreichen, sei gerechtfertigt. Selbst wenn sie wie in den «führerlosen Revolutionen» im Nahen Osten von berechtigter Empörung über of-

obachtung lässt sich auf heutige autoritäre Regime – darunter insbesondere China – anwenden, während die politischen Parteien in den parlamentarischen Demokratien auf der Hut sein müssen, dass ihnen nicht die am besten vernetzten Kandidaten aufgedrängt werden, statt dass sie nach erfahrenen und kompetenten Führern Ausschau halten, die sich zu den Werten der Partei bekennen. Diese Gefahr ist in Grossbritannien unübersehbar. Selbst in den Vereinigten Staaten, die immer noch das Prinzip «Vom Blockhaus ins Weisse Haus» in Ehren halten (das gelegentlich, zum Beispiel im Fall Lincolns, Realität geworden ist), hat sich in den letzten Jahrzehnten der Trend herauskristallisiert, dass «es in der Familie bleibt». Es ist schwer zu glauben – und widerspricht der statistischen Wahrscheinlichkeit –, dass in einer Bevölkerung von mehr als 300 Millionen Menschen die besten Präsidentschaftskandidaten unter den engsten Familienangehörigen von Präsident George HW. Bush auftauchen sollten. Das Familienvermögen hat grossen Einfluss, so zum Beispiel bei den Söhnen von Joseph Kennedy. Noch bedeutsamer ist jedoch, dass Angehörige eines Präsidenten dessen reiche Freunde, Spendensammler und Unterstützer in einem System erben, in dem für einen Wahlsieg mehr Geld benötigt wird als in jedem anderen demokratischen Land. Ausserdem ist die Ungleichheit in keiner anderen westlichen Demokratie so ausgeprägt wie in den USA. Die Ungleichheit war dort am geringsten, als Johnsons Reformen für die Great Society griffen, aber auch damals war sie grösser als in anderen westlichen Demokratien, für die vergleichbare Daten vorliegen.

fenkundiges Unrecht angetrieben werden, können solche Bewegungen einem neuen Autoritarismus den Weg bereiten, denn ihnen fehlen Organisation, Kohärenz und ein Bekenntnis zum politischen Pluralismus von der Art, wie ihn demokratische Parteien gewährleisten.

## **FÜHRUNG IN AUTORITÄREN REGIMEN UND IN DEMOKRATIEN**

Ein Mythos kann einen wahren Kern haben und trotzdem sehr irreführend sein. Einige Personen, die als starke Führer galten – zum Beispiel Hitler, Stalin, Mao Tse-tung, Kim Il-sung oder Saddam Hussein –, besaßen grosse Macht. In diesem Sinn waren sie tatsächlich starke Führer. Der Mythos besteht hier darin, diese seien tatsächlich so ungewöhnlich klug, begabt oder weitblickend, wie sie selbst und ihre Propagandisten eifrig behaupteten – und wie es viele andere gern glaubten. In vielen totalitären und autoritären Regimen wird grosse Mühe darauf verwendet, die Botschaft zu verbreiten, das Volk habe grosses Glück, mit solch einem grossen Führer gesegnet zu sein. In Ermangelung von Kritik und alternativen Informationsquellen besteht die Möglichkeit, dass die vom Regime erzählte Geschichte eine Zeitlang geglaubt wird, und tatsächlich ist es oft so gewesen. Eine andere verbreitete Fiktion besagt, ein Land könne sehr davon profitieren, dass beträchtliche Macht in die Hände einer einzigen Person gelegt werde. In Wahrheit hat die tyrannische Herrschaft katastrophale Auswirkungen.

Selbst der anmassendste und selbstherrlichste politische Führer in einer Demokratie hat keine annähernd vergleichbaren Möglichkeiten zur Machtausübung wie ein Herrscher in einem autoritären oder totalitären Regime. Sosehr sich ein Führer in einer Demokratie auch bemühen mag, den politischen Prozess zu beherrschen: Er und, was noch wichtiger ist, seine Partei müssen letzten Endes den Wählern

Rechenschaft geben. Dennoch können wir aus der Auseinandersetzung mit der Führung nicht nur in autoritären, sondern auch in demokratischen Systemen wichtige Lehren ziehen.\* Die Vorstellung, ein einzelner Führer wisse es am besten und hätte einen Anspruch auf einen unverhältnismässig grossen Teil der Exekutivgewalt, ist nicht nur in diktatorischen Regimen anzutreffen. Und wie wir in den vorhergehenden Kapiteln gesehen haben, sind selbst autoritäre Systeme zumeist aussenpolitisch weniger gefährlich und innenpolitisch weniger mörderisch, wenn sie nicht von einem Autokraten, sondern von einer Oligarchie geführt werden.

Der Führerkult, der sich in den faschistischen sowie in vielen (wenn auch nicht allen) kommunistischen Staaten entwickelte, hatte verderbliche Auswirkungen. Dennoch haben das nationalsozialistische «Führerprinzip» und die in der Sowjetunion als *edionachalie* (Einzelleitung) bezeichnete stalinistische Führung einen unbewussten Widerhall in der Demokratie gefunden. Wir erkennen das in der Einstellung von Politikern und politischen Kommentatoren, die dem Regierungschef grössere Befugnisse übertragen wollen und auch auf regionaler Ebene die Herrschaft eines Einzelnen der kollektiven Führung vorziehen. Dieses Prinzip wurde sowohl in Hitler-Deutschland als auch in der Sowjetunion (insbesondere unter Stalin) angewandt –

---

\* Das gilt umso mehr, als es in der heutigen Welt zahlreiche Regime gibt, die als «Wahldemokratien» bezeichnet werden, weil dort Wahlen stattfinden, bei denen die Opposition jedoch keinen Zugang zu den massgeblichen Massenmedien hat und Oppositionsparteien und unabhängige politische Bewegungen behindert und schikaniert werden. Derartige Hybridregime – die zumeist eher der Kategorie des «elektoralen Autoritarismus» als jener der «elektoralen Demokratie» zuzuordnen sind – stellen einen Mittelweg (wenn auch keineswegs einen goldenen Mittelweg) zwischen echter Demokratie und einem eindeutig autoritären Regime dar.

das galt insbesondere für den «Führer» und den «Woschd» an der Spitze des nationalsozialistischen beziehungsweise sowjetischen Systems, aber der Grundsatz galt in der gesamten Hierarchie, so dass sich kleine Hitlers und Stalins auf den unteren Stufen bei ihren willkürlichen Entscheidungen auf den Grundsatz der Einzelleitung berufen konnten. Nach Stalins Tod begann die sowjetische Führung, die Notwendigkeit eines Ausgleichs zwischen *edinonachalie* und *kollezialnost* (Kollegialität) zu betonen.<sup>55</sup>

Ein politischer Führer in einem hochgradig autoritären politischen System, der die Organisation der herrschenden Partei umgehen will, um radikale Reformen durchzuführen, kann für dieses Vorgehen eine Rechtfertigung vorbringen, auf die sich ein Parteiführer in einer Demokratie nicht berufen kann. Da die Partei die Macht normalerweise gewaltsam an sich gerissen hat, um sie anschliessend zu monopolisieren und mit einer Mischung aus Belohnungen für Konformismus und Strafen für Abweichungen zu festigen (wobei die Sanktionen von langen Haftstrafen für oppositionelle Aktivitäten bis zur Todesstrafe reichen), kann sie weder ein moralisches noch ein demokratisches Recht auf die Herrschaft beanspruchen. Daher war Michail Gorbatschow in der Sowjetunion kaum verpflichtet, sich an die Normen des Systems zu halten, das er liberalisieren und schliesslich demokratisieren wollte, aber aus politischer Klugheit arbeitete er innerhalb dieses Systems, um transformative Veränderungen herbeizuführen.

Selbst Mitglieder des Politbüros, die zu Feinden des neuen Parteichefs wurden, räumten ein, dass unter Gorbatschows Leitung offener und umfassender diskutiert werden konnte als unter allen seinen Vorgängern. Kritische Ansichten durften ungehindert geäussert werden. Das Politbüro hatte Gorbatschow zum Parteichef und damit automatisch zum Herrscher über die Sowjetunion gemacht, ohne zu wissen, welche Politik er verfolgen würde. Bis zu dem Zeitpunkt, als sich qualitative Veränderungen des politischen Systems einstellten, hatte die kollektive Parteiführung die Macht, Gorbatschow die Leitung des Politbüros und damit auch der sowjetischen Politik wieder zu entzie-

hen. Daher war es für den Parteichef sinnvoll, seine «Überzeugungskraft» in diesem Gremium einzusetzen, um konservativere Kollegen für seine Vorhaben zu gewinnen, und einen taktischen Rückzug anzutreten, wenn das nicht möglich war. Von dem Moment an, als in der Sowjetunion ein Präsidentenamt mit Exekutivgewalt eingeführt wurde – das heisst ab März 1990 –, umging Gorbatschow immer häufiger das Politbüro, was dessen Mitglieder in Rage brachte. Fortan erfüllte das Politbüro nicht mehr die Funktion, die das Kabinett in einem System wie dem britischen erfüllt. Es war nurmehr das oberste politische Organ der Kommunistischen Partei, die rasch ihren Rückhalt im Land verlor und nicht länger das Machtzentrum im sowjetischen Staat war.<sup>56</sup>



Der Mythos des starken Führers beruht auf mehreren bedeutsamen Missverständnissen. In parlamentarischen Demokratien besteht die Neigung, der Person an der Spitze der Regierung grösseres Gewicht beizumessen, als sie tatsächlich besitzt. Politische Leistungen, die in erster Linie von anderen erbracht wurden, werden oft dem Regierungschef zugeschrieben. Genauso oft wird der Wahlsieg einer Partei als persönlicher Erfolg der Person an ihrer Spitze gefeiert, obwohl der Parteiführer nur in den seltensten Fällen den Unterschied zwischen Sieg und Niederlage ausmacht. Der grundlegendere Irrtum besteht darin, jenen Typus des individuellen politischen Führers als wünschenswert zu betrachten, der eine politische Vorrangstellung beansprucht, seine Kollegen im Kabinett und den Regierungsapparat umgeht und sich lieber auf die Seilschaft seiner persönlichen Mitarbeiter als auf seine Partei stützt. Die Usurpation von Befugnissen, die den verschiedenen Fachministern zustehen und bei Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung oder der Partei besser kollektiv von den Kabinettsmitgliedern zugewiesen werden sollten, sollte nicht als Merkmal eines guten Regierungschefs in einer Demokratie betrachtet

werden. Politische Führer, die glauben, sie hätten einen persönlichen Anspruch darauf, die Entscheidungsfindung in zahlreichen Politikbereichen zu dominieren, und versuchen, ein solches Vorrecht wahrzunehmen, schaden sowohl der guten Regierungspraxis als auch der Demokratie. Sie verdienen keine Gefolgschaft, sondern Kritik.

# ANMERKUNGEN UND QUELLEN

## Vorwort

- 1 Roberto Stefan Foa und Yascha Mounk, «The Signs of Deconsolidation», in: *Journal of Democracy*, Bd. 28, Nr. 1, Januar 2017, S. 5ff.
- 2 Ebd., S. 7.
- 3 Vgl. Stefan Kornelius, *Angela Merkel: Die Kanzlerin und ihre Welt*, Hamburg, 2013; Alan Crawford und Tony Czuczka, *Angela Merkel: A Chancellorship Forged in Crisis*, Wiley, Chichester, 2013; sowie Matthew Qvortrup, *Anyela Merkel: Europe's Most Influential Leader*, London/New York 2017.
- 4 <http://www.politico.com/story/2016/11/exit-polls-what-do-the-voters-want-230935>
- 5 Hillary Rodham Clinton, *What Happened?*, London 2017, S. 334.
- 6 Charles Laderman und Brendan Simms, *Donald Trump: The Making of a World View*, London 2017, S. 48.
- 7 Clinton selbst nennt gestützt auf umfangreiche Studienergebnisse seriöser Forscher einige wichtige Faktoren. Vgl. Clinton, *What Happened?*, insb. S. 289-425.
- 8 <http://www.foxnews.com/politics/2017/07/27/sessions-stands-by-russia-probe-recusal-in-face-trump-criticism-says-made-right-decision.html>
- 9 «U.S. Image Suffers as Publics Around World Question Trump's Leadership», <http://www.pewglobal.org/2017/06/26/u-s-image-suffers-as-publics-around-world-question-trumps-leadership>, S. 8.
- 10 Ebd., S. 1.
- 11 Ebd., S. 2 und 13-14.
- 12 Jeff D. Colgan und Robert O. Keohane, «The Liberal Order is Rigged», in: *Foreign Affairs*, Bd. 96, Nr. 3, 2017, S. 37c

- 13 [http://www.rasmussenreports.com/public\\_content/politics/trump\\_administration/trump\\_approval\\_index\\_history](http://www.rasmussenreports.com/public_content/politics/trump_administration/trump_approval_index_history)
- 14 Robert Mickey, Steven Levitsky und Lucan Ahmad Way, »Why the United States is in Danger of Backsliding«, in: *Foreign Affairs*, Bd. 96, Nr. 3, 2017, S. 27.
- 15 Ebd., S. 29.
- 16 Ebd. Aber wie Jeff Bergner, der unter Präsident George W. Bush von 2005 bis 2008 Leiter des Referats für Legislativangelegenheiten war, feststellt, muss Trump begreifen, dass die Verfassung dem Kongress »sehr viel größere Macht einräumt als dem Präsidenten«, wie Präsident Richard Nixon durch schmerzhaftes Erfahrung lernte. Vgl. Bergner, »The Congressional Apprentice: How Trump is Approaching Capitol Hill«, in: *Foreign Affairs*, Bd. 96, Nr. 5, S. 107.
- 17 Georgij Schachnasarow, *Zena swobodi: reformatsija Gorbatschewa glasami ego pomoschtschnika* (Rossika Sews, Moskau 1993), S. 77.
- 18 »Stalin Reloaded?«, in: *Berlin Policy Journal*, <http://berlinpolicyjournal.com/stalin-reloaded/>, 11. Juli 2017.
- 19 Wjatscheslaw Nikonow, *Liderstwo po russkij* (Izdatelstwo »e«, Moskau 2017). Für eine andere russische Einschätzung vgl. A.V. Obolonskij, *Etika publitschnoi sfery i realii polititscheskoj zhizni*, Moskau 2016, insb. den Abschnitt »Osobyj pjut w nikuda« (Der »Sonderweg« nach nirgendwo), S. 100–103.
- 20 *Obschestwennoe mnenie w tsyfrakh*, in: *VTsIOM*, 2 (9), Moskau, Januar 1990, S. 6.
- 21 Giacomo Chiozza und Dragomir Stoyanov, »The Myth of the Strong Leader in Russian Public Opinion«, *Problems of Post-Communism*, 2017, S. S. 1: <https://doi.org/10.1080/10758216.2017.1328984>.
- 22 Ebd., S. 8.
- 23 Ebd., S. 12.
- 24 Vgl. Archie Brown, »Political Culture and Democratization: The Russian Case in Comparative Perspective«, in: Detlef Pollack, Jörg Jacobs, Olaf Müller und Gert Pickel (Hg.), *Political Culture in Post-Communist Europe*, Ashgate, Aldershot 2003, S. 17–27; sowie Stephen Whitefield (Hg.), *Political Culture and Post-Communism*, Basingstoke/New York 2005.
- 25 Martin Fletcher, »The Long March from Freedom«, in: *New Statesman*, 28. Juli – 10. August 2017, S. 46.
- 26 Basharat Peer, *A Question of Order: India, Turkey, and the Return of Strongmen* (Columbia Global Reports, New York, 2017), S. 149.



- 27 Mehul Srivastava, »Erdogan's spats stretch limits of diplomacy«, in: *Financial Times*, 20. Oktober 2017.
- 28 Amr Hamzawy, »Legalising Authoritarianism in Egypt«, *Bulletin of the Centre for Arab & Islamic Studies (The Middle East and Central Asia)*, Australian National University, Bd. 24, Nr. 1, 2017, S. 7.
- 29 Alfred Stepan, »Multiple but Complementary, Not Conflictual, Leaderships: The Tunisian Democratic Transition in Comparative Perspective«, in: *Daedalus*, Bd. 145, Nr. 3, 2016, S. 103.
- 30 Gandhi, zitiert in: Alfred Stepan, Juan J. Linz und Yogendra Yadav, *Crafting State-Nations: India and Other Multinational Democracies*, Baltimore 2011, S. 53.
- 31 Ebd., S. 84.
- 32 Christophe Jaffrelot, »Toward a Hindu State?«, in: *Journal of Democracy*, Bd. 28, Nr. 3, 2017, S. 57.
- 33 Roula Khalaf, »Aung San Suu Kyi and reckless human rights abuses«, in: *Financial Times*, 7. September 2017; Emma Graham-Harrison, »Aung San Suu Kyi Damned by her silence«, in: *The Observer*, 10. September 2017; Julia Rampen, »Myanmar's fallen hero: The silence of Aung San Suu Kyi«, in: *New Statesman*, 8.–12. September 2017.
- 34 »Xi Jinping ›most powerful Chinese leader since Mao Zedong‹«, <http://www.bbc.co.uk/news/world-asia-china-41730948>, 24. Oktober 2017.
- 35 »Chinese universities launch institutes to spread ›Xi thought‹«, in: *Financial Times*, 31. Oktober 2017.
- 36 Omar G. Encarnación, »Homage to Catalonia?«, in: *New York Review of Books*, 9. November 2017, S. 37f.
- 37 »Catalan separatists must step back from the brink«, in: *Financial Times*, 3. Oktober 2017.
- 38 Sudhir Hazareesingh, »Man of the people«, in: *Times Literary Supplement*, 12. Mai 2017.
- 39 »Macron faces first crisis after armed forces chief quits«, in: *Financial Times*, 20. Juli 2017.
- 40 »Abe wins sweeping mandate for reform in decisive Japan election«, in: *Financial Times*, 23. Oktober 2017.
- 41 Ed Fieldhouse und Chris Prosser, »General election 2017«, <http://news.bbc.co.uk/news/uk-politics-40630242>
- 42 <https://blogs.spectator.co.uk/2017/10/theresa-mays-conservative-conference-speech-full-text/>, S. 2.

## Einleitung

- 1 Um willkürlich ein Beispiel herauszugreifen: Ein Artikel in einer angesehenen Zeitung beginnt mit folgendem Satz: »Seit Jahren herrscht allgemein Einigkeit darüber, dass Japan vor allem einen starken Führer braucht.« Vgl. David Pilling, »Why a strong leader in Japan is a plus not a minus«, in: *Financial Times*, 18. Juli 2013.
- 2 John Rentoul, *Tony Blair*, London 1995, S. 427.
- 3 Donald J. Savoie, *Power*, 2010 S. 96.
- 4 Ich danke Stephen Whitefield von der Universität Oxford, unter dessen Aufsicht diese Studie zu den Einstellungen der Öffentlichkeit durchgeführt wurde, dafür, dass er mir die Daten aus der Umfrage in diesen postkommunistischen Ländern zur Verfügung gestellt hat. Die Kursivschrift habe ich ergänzt, und die Interpretation der Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern stammt von mir.
- 5 Max Weber, Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft, [www.zeno.org/Soziologie/M/Weber, + Max/Schriften + zur + Wissenschaftslehre/Die + drei + reinen + Typen + der + legitimen + Herrschaft#F536](http://www.zeno.org/Soziologie/M/Weber,+Max/Schriften+zur+Wissenschaftslehre/Die+drei+reinen+Typen+der+legitimen+Herrschaft#F536).
- 6 S. Alexander Haslam, Stephen D. Reicher und Michael J. Platow, *The New Psychology of Leadership: Identity, Influence and Power*, Hove/New York 2011, S. 103.
- 7 Margaret Thatcher, *Downing Street No. 10: Die Erinnerungen* (Düsseldorf/Wien: Econ, 1993), S. 16f.
- 8 Alistair Darling, »The lure of common sense«, in: *The Guardian*, 11. September 2010.
- 9 Tony Blair, *Mein Weg*, München 2010, S. 572.
- 10 Vgl. Richard Gunther, José Ramón Montero und Juan J. Linz (Hg.), *Political Parties. Old Concepts and New Challenges*, Oxford 2002.
- 11 Als der britische Premierminister John Major im Juni 1995 als Vorsitzender der Konservativen Partei zurücktrat, um eine Neuwahl für dieses Amt zu erzwingen, war sein Vorgehen eine Ausnahme von dieser Regel. Major beanspruchte kein Monopol auf politische Weisheit, aber angesichts der hartnäckigen Querschüsse konservativer Hinterbänkler gegen seine Regierung und insbesondere gegen ihre Europapolitik hielt er es für nötig zu zeigen, wer mehr Unterstützung in der Partei genoss. John Redwood, sein Rivale um das Amt des Parteivorsitzenden, erhielt 89 Stimmen, Major 218. Die innerparteilichen Gegner des amtierenden Ministerpräsidenten (zu den Gegenstimmen kamen 8 Enthaltungen und 12 ungültige Stimmen) waren so zahlreich, dass der Sieg kaum

- dazu beitrug, Majors Autorität zu festigen, aber er versetzte ihn in die Lage, sich bis zur nächsten Parlamentswahl im Mai 1997 im Amt zu halten. Vgl. John Major, *The Autobiography*, London 2000, S. 617–647.
- 12 Blair, *Mein Weg*, S. 596.
- 13 Jonathan Powell, *The New Machiavelli: How to Wield Power in the Modern World*, London 2010.
- 14 Ebd., S. 59.
- 15 Thomas Carlyle, *Über Helden, Heldenverehrung und das Heldentümliche in der Geschichte*, Berlin 1917, S. 15f.
- 16 Louis Fisher, *Presidential War Power*, Lawrence (Kansas) 2004; sowie David Gray Adler, »Louis Fisher on the Constitution and War Power«, in: *PS. Political Science and Politics*, 46, 3 (2013), S. 505–509.
- 17 Fisher, *Presidential War Power*, S. 278f.
- 18 Ebd., S. 261f.
- 19 Ausgehend von der unbewiesenen Annahme, die britischen Parteien seien aufgrund des Mitgliederschwunds seit den fünfziger Jahren heute weniger repräsentativ für die Gesamtbevölkerung, äußerte ein prominenter politischer Kommentator die Sorge, die Parteien seien »für ihre Parteichefs noch schwerer zu führen«. Vgl. Andrew Rawnsley, »The numbers that add up to trouble for all political parties«, in: *Observer*, 14. Juli 2013. Um einen von Rawnsley angeführten Fall zu nehmen: Es ist nicht klar, warum ein politischer Führer, der von einem Wahlvolk gewählt wurde, zu welchem die Mitglieder seiner eigenen Partei gehören, »repräsentativer« sein sollte als die 190 000 Mitglieder der Labour Party (Stand 2013). Und in der Realität hat die kleinere und angeblich weniger repräsentative Basis der Partei den Labour-Chefs John Smith, Tony Blair, Gordon Brown und Ed Miliband das Leben sehr viel leichter gemacht als die sehr viel größere Partei (über eine Million Mitglieder), mit der sich Parteichef Hugh Gaitskell in den fünfziger Jahren auseinandersetzen musste.
- 20 In der Finanzkrise von 2008 und der folgenden langjährigen Wirtschaftskrise hielten die Länder eher nach Technokraten als nach charismatischen »starken Männern« Ausschau. Das ist keine der Bedrohung durch Figuren wie Mussolini und Hitler vergleichbare Entwicklung, aber sie ist gefährlich und keine Alternative zur Demokratie.
- 21 Ed Pilkington, »The Taliban thought the bullet would silence us. But they failed«, defiant Malala tells the UN«, in: *The Guardian*, 13. Juli 2013.
- 22 In dieser Rede erklärte Malala Yousafzai: »Die Extremisten fürchten sich vor Büchern und Stiftten.« Und: »Die Macht der Stimme der

- Frauen macht ihnen Angst.» Sie bekannte sich zum Islam, den sie als «Religion des Friedens, der Menschlichkeit und der Brüderlichkeit» bezeichnete, und betonte, dass die Religion nicht nur das Recht jedes Kindes auf Bildung anerkenne, sondern diese zu einer Pflicht mache. Sie spottete darüber, dass sich die Taliban ihren Gott als «winzigen Konservativen» vorstellten, der Mädchen in die Hölle schicken werde, «nur weil sie zur Schule gehen» (ebd.).
- 23 Ebd.
- 24 David Remnick, Barack Obama: Leben und *Aufstieg*, Berlin 2010, S. 882.
- 25 Jean Blondel, *Political Leadership. Towards a General Analysis*, London 1987, S. 19-26.
- 26 Die Dichotomie zwischen «transformativen» und «transaktionalen» Führern bevorzugt James MacGregor Burns. Vgl. Burns, *Leadership*, New York 1978; sowie Burns, *Transforming Leadership. A New Pursuit of Happiness*, London 2003.

## 1 Führung im Kontext

- 1 Ronald L. Meek, *Social Science and the Ignoble Savage*, Cambridge 1976.
- 2 Vgl. Christian Marouby, «Adam Smith and the Anthropology of the Enlightenment: The ‚Ethnographic‘ Sources of Economic Progress», in: Larry Wolff und Marco Cipolloni (Hg.), *The Anthropology of the Enlightenment*, Stanford 2007, S. 85-102; Alan Barnard, *Social Anthropology and Human Origins*, Cambridge 2011; sowie ders., *History and Theory in Anthropology*, Cambridge 2000.
- 3 Meek, *Social Science and the Ignoble Savage*, S. 238f.
- 4 Emma Rothschild, *Economic Sentiments. Adam Smith, Condorcet, and the Enlightenment*, Cambridge (Massachusetts) 2001, S. 242.
- 5 Adam Smith, *Lectures on Jurisprudence*, herausgegeben von R.L. Meek, D.D. Raphael und P.G. Stein, Oxford 1978. Ich habe mich durchweg auf diese wissenschaftlich genaueste Ausgabe des Gesamtwerks von Smith gestützt (die als Glasgow Edition bezeichnet wird und von der Clarendon-Abteilung der Oxford University Press herausgegeben wird). Allerdings habe ich Zitate aus diesen Werken dem modernen Sprachgebrauch angepasst, während die Herausgeber die Originalschreibweise beibehalten und die Fehler seiner Schüler, die seine Vorlesungen mitschrieben, nicht korrigiert haben. Smith war derart perfektionistisch, dass er kurz vor seinem Tod das Manuskript seines Buchs

- über Gesetz und Regierung zerstören liess, weil es ihm nicht gelungen war, es zu seiner Zufriedenheit fertigzustellen. Er wäre entsetzt gewesen, hätte er erfahren, dass stattdessen Mitschriften der Vorlesungen, auf denen dieses Buch beruhte, veröffentlicht wurden. Aber diese Notizen zeigen deutlich, wie wertvoll das verlorene Manuskript gewesen wäre. Smith unterrichtete von 1751 bis 1764 in Glasgow (ab 1752 war er Professor für Moralphilosophie).
- 6 Smith, *Lectures on Jurisprudence*, S. 201f.
  - 7 Wie John Locke 1690 erklärt hatte; vgl. Locke, *Über die Regierung* (*The Second Treatise of Government*), Stuttgart 2011, S. 95f
  - 8 Die Landwirtschaft begann früher als von Smith vermutet, und Mischformen der Subsistenzwirtschaften weiterverbreitet, als er und seine Zeitgenossen wussten. Archäologische Fundstücke deuten daraufhin, dass Jäger und Sammler in Neuguinea bereits um 7000 v. Chr. auch Landwirtschaft betrieben. Vgl. Jared Diamond, *Arm und Reich. Die Schicksale menschlicher Gesellschaften*, Frankfurt a. M. 1998, S. 185. Christian Marouby stellt dazu fest: «Mittlerweile wissen wir, dass die Jäger- und Sammlergesellschaften in aller Welt, sofern sie nicht unter extremen Bedingungen in subarktischen Regionen lebten, mehr als die Hälfte und oft mehr als 70 Prozent ihrer Nahrung aus gesammelten Pflanzen bezogen. Natürlich kann man Adam Smith nicht vorwerfen, wirtschaftsanthropologische Studien ignoriert zu haben, die erst nach 1960 durchgeführt wurden.» (Marouby, «Adam Smith and the Anthropology of the Enlightenment», S. 90)
  - 9 Ronald L. Meek (Hg.), *Turgot on Progress, Sociology and Economics*, Cambridge 1973, S. 72. Ich befasse mich in diesem Kapitel vor allem deshalb mit der Vier-Stufen-Theorie, weil sich jene Denker, die sie entwickelten, vor allem für die Entwicklung der Regierungsformen und für Politikwissenschaft interessierten. Die Stufentheorie muss insbesondere im Licht der neueren Forschung als übertriebene Vereinfachung betrachtet werden. Aber die gewagte Verallgemeinerung ist ein nützliches Gegengift gegen den Partikularismus jener Art von anthropologischer Forschung, welche die Einzigartigkeit jedes einzelnen Stammes herauszuarbeiten oder die Erfahrung in immer komplexere und umfangreichere Typologien einzuordnen versucht.
  - 10 David Hume, «Über die ursprünglichen Prinzipien der Regierung», in: *Politische und ökonomische Essays*, Bd. 1 (Hamburg: Meiner, 1988), S. 25.
  - 11 Hume, «Über den Ursprung der Regierung», in: *Politische und ökonomische Essays*, Bd. 1 (Hamburg: Meiner, 1988), S. 33.

- 12 Ebd. Die anthropologische Forschung hat in den letzten Jahrzehnten empirische Belege für Humes Annahme geliefert. Im Hochland von Papua-Neuguinea «beginnen sich manche militärische ‚Führer‘ wie grosse Männer zu verhalten, wobei sie sich insbesondere auf einen grösseren Bekanntenkreis als die Masse der gewöhnlichen Individuen stützen», so dass sich ein «Krieger-Organisator» Schritt für Schritt «in einen Manipulator der sozialen Beziehungen und des Wohlstands verwandelt». Vgl. Pierre Lemonnier, «From great men to big men: peace, Substitution and competition in the Highlands of New Guinea», in: Maurice Godelier und Marilyn Strathern (Hg.), *Big Men and Great Men. Personifications of Power in Melanesia*, Cambridge 1991, S. 7-27, Zitat auf S. 19.
- 13 Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen*, 13. Aufl., München 2013, S. 602.
- 14 Ebd.
- 15 Die Erkenntnisse der anthropologischen Forschung im 20. Jahrhundert decken sich mit einigen von Smith' verallgemeinernden Beobachtungen. Beispielsweise schreibt Lucy Mair in ihrer Auseinandersetzung mit dem Aufstieg von Führern bei den Neur im Südsudan: «Bei einer Person, die andere Menschen anzieht, wird es sich wahrscheinlich um den Ältesten in einer Gruppe von Brüdern handeln, die selbst erwachsene Kinder im Dorf haben.» Ein solcher inoffizieller Anführer wird (gemessen an der Zahl der Rinder, die er besitzt) vergleichsweise vermögend sein und Ansehen geniessen, weil er «in seiner Jugend ein guter Kämpfer war, in Debatten Geschick beweist oder rituelle Fähigkeiten besitzt (die als erblich betrachtet werden)». Vgl. Mair, *Primitive Government*, Harmondsworth 1962, S. 64. Allerdings hatten die Neur keine Stammesoberhäupter. Eine einzelne Person mit übergeordneten Machtbefugnissen gab es bei ihnen nicht. Stattdessen erlangten einzelne Personen Autorität, «weil sie es verdienten, dass man ihnen zuhörte». Bei den Neur und anderen afrikanischen Völkern ernannten die Kolonialverwaltungen (zum Beispiel die britischen District Commissioners) Stammesoberhäupter. Die Kolonialherren brachten ihre eigene hierarchische Kultur und den Wunsch mit, einen verantwortlichen Ansprechpartner zu haben (ebd., S. 257f.). Mairs Arbeit ist ungewöhnlich, weil sie die Erkenntnisse der anthropologischen Forschung über viele verschiedene Stämme in geographisch weit auseinanderliegenden Regionen Afrikas miteinander verschmolz und sich auf Führungssysteme, Machtverteilung und Konfliktlösung in diesen Gemeinschaften konzentrierte.

Mair zeigte deutlich, dass die Existenz eines Oberhaupts der Gemeinschaft keineswegs ein universelles Phänomen war. Bei den Alur, die im Westen Ugandas lebten, gab es «anerkannte Häuptlinge, die diese Position erbten», aber die benachbarten Lendu und Okebu kannten keine Stammesoberhäupter. Den Häuptlingen der Alur wurde eine mystische Fähigkeit zugesprochen, den Regen zu steuern, während ihre weltliche Funktion darin bestand, Streitigkeiten zu schlichten, die zu gewaltsamen Auseinandersetzungen geführt hatten. Benachbarte Stämme ohne Häuptlinge wandten sich gelegentlich an sie und baten darum, ihnen einen Sohn des Häuptlings zu schicken, damit er einen Konflikt beilegen konnte (ebd., S. 120f.). Selbst innerhalb einer bestimmten Personengruppe mit einer gemeinsamen Identität kann das Fehlen einer von allen Mitgliedern anerkannten Methode der Streitbeilegung tödlich sein. Beispielsweise schrumpfte die Jäger- und Sammlergesellschaft der Fayu in Neuguinea bis Ende der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts von etwa 2'000 auf rund 400 Menschen, die in vier Clans gespalten waren. In Ermangelung sozialer oder politischer Mechanismen der Konfliktlösung hatten sich die Fayu untereinander getötet. Vgl. Diamond, *Arm und Reich*, S. 252-324.

16 Smith, *Wohlstand der Nationen*, S. 602f.

17 Ebd., S. 603.

18 Ebd., S. 603ff.

19 Ebd., S. 603.

20 Ebd. Smith fugt hinzu, dass es «wohl niemals auf der Welt eine bedeutende Familie [gab], deren Ruhm gänzlich aus dem Erbe an Weisheit und Tugend abgeleitet war» (ebd., S. 604).

21 Smith, *Lectures on Jurisprudence*, S. 323.

22 Ebd.

23 Ebd. Bei den russischen «Revolutionen», auf die sich Smith bezieht, handelte es sich, soweit sie erfolgreich waren, eher um Palastrevolten. Die Bauernaufstände in Russland endeten im 18. Jahrhundert stets schlecht für die Aufständischen.

24 John Millar, *Vom Ursprung des Unterschieds in den Rangordnungen und Ständen der Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1985, S. 150f. John Locke hatte das Recht eines Volkes zur Rebellion gegen eine tyrannische Regierung verteidigt (wobei ihm insbesondere die Verteidigung der Eigentumsrechte am Herzen lag): «Der Zweck der Regierung ist das Wohl der Menschheit. Was aber ist besser für die Menschen: dass das

- Volk immer dem schrankenlosen Willen der Tyrannei ausgesetzt ist, oder daß die Herrscher manchmal Gefahr laufen, auf Widerstand zu stoßen, wenn sie maßlos werden im Gebrauch ihrer Gewalt und sie zum Verderben, nicht aber zur Erhaltung des Eigentums ihres Volkes gebrauchen?» (Locke, *Über die Regierung*, S. 173)
- 25 Millar, *Vom Ursprung des Unterschieds in den Rangordnungen und Ständen*, S. 160.
- 26 Ebd., S. 161.
- 27 Ebd., S. 195.
- 28 Ebd., S. 182 (kursiv im Original).
- 29 Locke schrieb im Jahr 1690: »[W]enn wir zum Ursprung der Staaten hin so weit zurückblicken, wie uns die Geschichte zu leiten vermag, werden wir sie gemeinhin unter der Regierung und Verwaltung eines einzigen Menschen finden.« (*Über die Regierung*, S. 80)
- 30 Die umfassendste wissenschaftliche Darstellung der Regierung von ihren Ursprüngen bis zum 20. Jahrhundert stammt von S.E. Finer, *The History of Government From the Earliest Times*, 3 Bde., Oxford 1997.
- 31 Finer, *The History of Government*, Bd. 3, S. 1476.
- 32 Der Ausdruck »Demokratie auf Raten« (*democracy on the installment plan*) stammt von Dankwart A. Rustow, »Transitions to Democracy: Toward a Dynamic Model«, in: *Comparative Politics*, Bd. 2/3, 1970, S. 337–363, Zitat auf S. 356. Zur im 19. Jahrhundert in Großbritannien geführten Debatte über die Frage, ob eine weitere Demokratisierung die Freiheit bedrohen würde, vgl. Albert O. Hirschman, *Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Reaktion*, München 1992, S. 83–96.
- 33 Die Beschreibung dieses Wortwechsels zwischen Johnson und Alexander Boswell (Lord Auchinleck) stammt von Walter Scott.
- 34 Robert A. Dahl weist darauf hin, dass sich in der verfassungsgebenden Versammlung nur ein Delegierter (Alexander Hamilton) für die Monarchie aussprach, was seinem Ansehen in der Versammlung schadete und seinen Einfluss schmälerte. Vgl. Dahl, *How Democratic Is the American Constitution?*, 2. Aufl., New Haven (Connecticut) 2003, S. 11.
- 35 Dahl, *How Democratic is the American Constitution?*, S. 16.
- 36 Ebd., S. 31. Dahl bezieht sich auf die Wahl von George W. Bush zu seiner ersten Amtszeit, als sein demokratischer Widersacher Al Gore landesweit rund 540 000 Stimmen mehr erhielt als Bush (rund 0,5 Prozent aller abgegebenen Stimmen), seinem republikanischen Widersacher jedoch aufgrund der unterschiedlichen Gewichtung der Bundesstaaten im Wahlmännerkollegium unterlag.



- 37 Alexis de Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika*, Stuttgart 2014, S. 101.
- 38 Finer, *The History of Government*, Bd. 3, S. 1526.
- 39 Die Gesetzesvorlage war an sich nicht ausgesprochen radikal und wurde vom Kongress weiter abgeschwächt, wobei den Gesetzgebern und Sonderinteressen zahlreiche Zugeständnisse gemacht wurden. Wie John Kay feststellte, debattieren die Amerikaner bezüglich des Gesundheitswesens «über Fragen, die in Europa überhaupt nicht zur Diskussion stehen. Die Erfahrung in aller Welt zeigt, dass sich nur die Reichen körperliche oder wirtschaftliche Sicherheit kaufen können. Alle anderen sind auf den Staat angewiesen, wobei ihre Chancen auf ausreichenden Schutz in Schweden besser stehen als in Somalia.» (Kay, «Only market evangelists can reconcile Jekyll with Hyde», in: *Financial Times*, 6. Juni 2012)
- 40 Edward Luce, «Obama wins a healthcare battle, but the war rages on», in: *Financial Times*, 2. Juli 2012.
- 41 Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika*, S. 171.
- 42 Die Französische Revolution polarisiert noch heute. Es gibt eine Denkschule, die ihren Bruch mit der Vergangenheit keineswegs für so radikal hält, wie die Revolutionäre behaupteten. Tocqueville ist der herausragende Vertreter jener Denker, die auf die Kontinuitätslinien zwischen dem Ancien Regime und dem postrevolutionären Frankreich hinwiesen. Indem Tocqueville die «Sinnlosigkeit» der Revolution hervorhob, machte er sich nach Ansicht Hirschmans weder bei den Protagonisten auf der einen oder anderen Seite noch bei späteren Historikern beliebt, die ihr Leben dem Studium der Revolution widmeten und diese als Schlüsselereignis der Neuzeit betrachteten. Vgl. Hirschman, *Denken gegen die Zukunft*, S. 62f. und 161f.
- 43 *Political Biography 1988-1938*, London 1974, insb. S. 131 und 144; sowie Baruch Knei-Paz, *The Social and Political Thought of Leon Trotsky*, Oxford 1978, S. 392-410.
- 44 Finer, *The History of Government*, Bd. 3, S. 1540.
- 45 Jonathan I. Israel, *Democratic Enlightenment. Philosophy, Revolution, and Human Rights 1750-1790*, New York 2011, S. 928.
- 46 Diese Daten beruhen auf einem Vergleich von Nachwahlbefragungen aus den Jahren 2004 und 2008. Vgl. Kate Kenski, Bruce W. Hardy, Kathleen Hall Jamieson, *The Obama Victory. How Media, Money, and Message Shaped the 2008 Election*, New York 2010, S. 103. Die Autoren fanden Belege dafür, «dass ethnisch motivierte Wahrnehmungen eine Rolle im Abstimmungsverhalten einiger Wähler spielten. Aber Obamas Wahlkampf mobilisierte ausrei-

chend schwarze und weisse Wähler ausserhalb des Deep South, um diese rassistisch motivierten Stimmen aufzuwiegen.» Es ist erwähnenswert, dass die Republikaner seit 1968 die Unterstützung einer Mehrheit der weissen Wähler geniessen, aber diese Gruppe schrumpft, da sich die ethnische Zusammensetzung der US-Bevölkerung ändert. Abgesehen davon, dass im Jahr 2008 mehr schwarze und spanischstämmige Bürger wählen gingen, unterstützten sie den demokratischen Kandidaten in diesem Jahr noch mehr als im Jahr 2004: Von den afroamerikanischen Stimmen gingen 7 Prozent mehr an Obama, als der demokratische Kandidat im Jahr 2004 erhalten hatte, und der Anteil der Hispanoamerikaner, die sich für Obama entschieden, war um bemerkenswerte 14 Prozent höher als der Anteil dieser Gruppe, der vier Jahre früher für Kerry gestimmt hatte.

- 47 Wenn Demokratie, wie John Dunn meint, «in erster Linie die Bezeichnung für eine Ordnung ist, in der die politische Macht ausschliesslich durch Überzeugung der Mehrheit ausgeübt wird», dann machte die Demokratisierung im 19. Jahrhundert tatsächlich grosse Fortschritte, was teilweise am Einfluss der amerikanischen und der französischen Revolution lag. Vgl. John Dunn, *Setting the People Free. The Story of Democracy*, London 2005, S. 132.
- 48 Vgl. W.G. Runciman, *The Theory of Cultural and Social Selection*, Cambridge 2009, S. 42-45; sowie Diamond, *Arm und Reich, Guns, Germs and Steel*, S. 330-341.
- 49 Alan Barnard, *Social Anthropology and Human Origins*, S. 49-50.
- 50 Diamond, *Arm und Reich*, S. 33f. Diamond erklärt auch: «In der traditionellen neuguineischen Gesellschaft kommt es vor, dass einander fremde Einheimische, die ausserhalb ihrer jeweiligen Dörfer durch Zufall aufeinandertreffen, zunächst lang und breit diskutieren, mit wem jeder von ihnen verwandt ist, um so eine Art von Beziehung aufzubauen und einen Grund zu haben, sich nicht gegenseitig nach dem Leben zu trachten» (ebd., S. 331).
- 51 Sahlins stand zu jener Zeit unter dem Einfluss der marxistischen Theorie, von der er sich später löste. Diese Zusammenfassung seiner Einschätzung des Übergangs von «grossen Männern» zu Stammesoberhäuptern stammt aus Adam Kuper, *Culture. The Anthropologists' Account*, Cambridge (Massachusetts) 2001, S. 163f.
- 52 Diamond, *Arm und reich*, S. 333.
- 53 Ebd., S. 525. Stammesoberhäupter kristallisierten sich in Mexiko, Guatemala, Peru und Madagaskar heraus, nicht jedoch in Neuguinea.

- 54 Paul Chaisty, Nic Cheeseman und Timothy Power, «Rethinking the ‚presidentialism debate conceptualizing coalitional politics in cross-regional perspective», in: *Democratization* (2012), DOI: 10.1080/13510347.2012.710604.
- 55 Paul Collier, *Gefährliche Wahl. Wie Demokratisierung in den ärmsten Ländern der Erde gelingen kann*, München 2009, S. 74. Collier stellt auch fest, dass die modische Begeisterung für den Multikulturalismus die Tatsache verschleiert, «dass Minderheitenrechte auf einem System beruhen, in dem zuvor ein vorrangiges Gefühl der gemeinsamen Nationalität geschaffen worden ist» (ebd., S. 195). Der Antikolonialismus erwies sich als nützlich im Bemühen um nationale Einheit. Dass es Julius Nyerere gelang, ein gemeinsames Nationalgefühl zu wecken, verdankte er insbesondere der Tatsache, dass es in Tansania eine Lingua franca gab, in diesem Fall Suaheli. Viele andere afrikanische Politiker konnten nicht auf einem solchen Fundament aufbauen. Manchmal erweist sich der Versuch, eine Nation zu formen, anstatt einen Staat aufzubauen, als kontraproduktiv. Vgl. dazu Alfred Stepan, Juan J. Linz, Yogendra Yadav, *Crafting State-Nations*, Baltimore 2011.
- 56 Collier, *Gefährliche Wahl*, S. 59f.
- 57 Ebd., S. 60.
- 58 Wodurch es natürlich nicht an Gültigkeit verliert. Würde ein mangelnder Konsens über die Definition eines Konzepts genügen, um es zu entwerten, so müssten wir aufhören, ernsthaft über so wichtige Konzepte wie die Freiheit und die Demokratie zu diskutieren. Eine bedeutsame Feststellung dazu macht Clifford Geertz: «Ich glaube wie Max Weber, dass der Mensch ein Tier ist, das in von ihm selbst gesponnenen Netzen der Bedeutung hängt, und verstehe unter diesen Netzen die Kultur, deren Analyse keine experimentelle Wissenschaft auf der Suche nach Gesetzmässigkeiten, sondern eine interpretative Wissenschaft auf der Suche nach Sinn ist.» Vgl. Geertz, *The Interpretation of Cultures*, New York 1973, S. 5. Für eine interessante Kritik der Anwendung der «Methode der Einstellungsforschung durch die Positivisten» und der Anwendung der «semiotischen ‚Deutung‘ der Kultur durch die Interpretivisten» vgl. Stephen Welch, *The Theory of Political Culture*, Oxford 2013.
- 59 Oder wie Richard W. Wilson feststellt: «Im allgemeinsten Sinn handelt es sich bei politischen Kulturen um sozial konstruierte normative Systeme, die das Produkt sozialer... und psychologischer... Einflüsse sind, aber weder auf die einen noch auf die anderen reduziert werden können. Sie haben präskriptive

- Eigenschaften und geben nicht nur wünschenswerte Zwecke, sondern auch die Mittel vor, die geeignet sind, um diese Zwecke zu erreichen. Die Normen grenzen nicht an Gesetze an, obwohl sie sich häufig mit diesen überlappen.» Vgl. Wilson, «The Many Voices of Political Culture: Assessing Different Approaches», in: *World Politics*, 52,2 (2000), S. 246-273, Zitat auf S. 264.
- 60 Wir müssen zwischen Werten und blossen Einstellungen unterscheiden. Wertvorstellungen sind sehr viel weniger zahlreich als Einstellungen, aber wie es Stanley Feldman ausdrückt, sind sie dennoch «zahlreicher als die einzelne ideologische Dimension, die normalerweise herangezogen wird, um politische Konflikte zu verstehen». Feldman erklärt, obwohl sich vorrangige Werte im Lauf der Zeit langsam ändern könnten, wenn sich Menschen einem Wandel ihrer Umwelt anpassen müssten, aber sie seien «unbeweglich genug», um «den Einschätzungen und dem Verhalten Stabilität zu verleihen». Vgl. Feldman, «Values, Ideology, and the Structure of Political Attitudes», in: David O. Sears, Leonie Huddy, Robert Jervis (Hg.), *Oxford Handbook of Political Psychology*, New York 2003, S. 477-508, Zitat auf S. 479.
- 61 Belege für diese These (im allgemeinen Kontext der Kultur) findet man bei Geert Hofstede, *Culture's Consequences. International Differences in Work-Related Values*, Beverly Hills/London 1980.
- 62 *Le Monde*, 13. September 2010; sowie *Financial Times*, 14. September 2010.
- 63 Robert Putnam hat in einer bemerkenswerten Studie die historisch gewachsenen politischen Kulturen in verschiedenen Regionen Italiens untersucht und die Bedeutung des öffentlichen Engagements in Norditalien und den Zusammenhang zwischen der Stärke von Bürgergruppen und der Funktionstüchtigkeit der demokratischen Institutionen dokumentiert. Vgl. Robert D. Putnam, *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton 1993.
- 64 *Vztah Cechů a Slováků k dejindm*, Prag 1968, S. 7; sowie Archie Brown, Gordon Wightman, «Czechoslovakia: Revival and Retreat», in: Brown, Jack Gray (Hg.), *Political Culture and Political Change in Communist States*, London 1977, S. 159-196, Zitat auf S. 164.
- 65 Die Bezeichnung «Oberschurke» stammte von Alexej Kossygin, dem Vorsitzenden des Ministerrats der Sowjetunion. Vgl. Archie Brown, *Aufstieg und Fall des Kommunismus*, Berlin 2009, S. 531.
- 66 Ivan Krastev und Stephen Holmes, «An Autopsy of Managed Democracy», in: *Journal of Democracy*, 23,3 (2012), S. 32-45, Zitat auf S. 35f.
- 67 Boris Dubin, «Stalin i drugije. Figury wyschey vlasti w obschest-

- wennom mneniiw sowremennoj Rossii«, *Monitoring obschestwennogo mnenija*, Nr. 2 (64), März/April 2003, S. 26–40.
- 68 Timothy J. Colton, Michael McFaul, *Popular Choice and Managed Democracy. The Russian Elections of 1999 and 2000*, Washington, D.C., 2003, S. 220–223.
- 69 Jeffrey W. Hahn, »Yaroslavl Revisited: Assessing Continuity and Change in Russian Political Culture«, in: Stephen Whitefield (Hg.), *Political Culture and Post-Communism*, Basingstoke 2005, S. 172.
- 70 Vgl. Dubin, »Stalin i drugije«, insb. S. 34.
- 71 Juri Lewada, *Ishchem cheloveka. Sotsiologicheskie ocherki, 2000–2005* (Nowoje izdatelstvo, Moskau 2006), S. 140. Es gibt Erkenntnisse, die darauf hindeuten, dass es tatsächlich ein allgemeineres Phänomen der »politischen Generationen« gibt. Diese These beruht teilweise auf einer Überprüfung der Hypothese, dass der Mensch insbesondere gegen Ende seiner Adoleszenz und zu Beginn seines Erwachsenenlebens empfänglich für die Beeinflussung seiner politischen Einstellung ist. Vgl. David O. Sears, Sheri Levy, »Childhood and Adult Political Development«, in: Sears, Huddy und Jervis (Hg.), *Oxford Handbook of Political Psychology*, S. 84–87.
- 72 Ebd., S. 77.
- 73 Peter der Große, der autokratische Modernisierer Russlands, wird in den Umfragen, in denen die Russen alle fünf Jahre nach den »herausragenden Persönlichkeiten der Weltgeschichte« gefragt werden, häufiger genannt als jede andere Figur. Vgl. Boris Dubin, »Stalin i drugije. Figury wyschey vlasti w obschestwennom mnenii w sowremennoj Rossii«, *Monitoring obschestwennogo mnenija*, Nr. 1 (63), 2003.
- 74 Daniel Kahneman, *Schnelles Denken, langsames Denken*, 2. Aufl., S. 421.
- 75 Adam Smith, *Theorie der ethischen Gefühle*, Hamburg, 2004, S. 74.
- 76 Ebd., S. 75.
- 77 Ebd., S. 88. (Hervorhebung vom Autor)
- 78 Ein bemerkenswertes Beispiel ist Barbara Kellerman. Vgl. z. B. *Bad Leadership. What It Is, How It Happens, Why It Matters*, Boston 2004; sowie Kellerman, *The End of Leadership*, New York 2012.
- 79 S. Alexander Haslam, Stephen D. Reicher, Michael J. Platow, *The New Psychology of Leadership. Identity, Influence and Power*, Hove/New York 2011, S. 199.
- 80 Jean Lipman-Blumen, *The Allure of Toxic Leaders. Why We Follow Destructive Bosses and Corrupt Politicians – and How We Can Survive Them*, New York 2005, S. 241.

- 81 Barbara Kellerman, *Reinventing Leadership. Making the Connection between Politics and Business*, Albany 1999, S. 46.
- 82 James Fallows, zitiert in: James MacGregor Burns, *Running Alone. Presidential Leadership – JFK to Bush II. Why It Has Failed and How We Can Fix It*, New York 2006, S. 126f.
- 83 Drew Westen, *Das politische Gehirn*, Berlin 2012, S. 130., 134f.
- 84 Haslam, Reicher und Platow, *The New Psychology of Leadership*, S. 200.
- 85 Ebd., S. 201.
- 86 Ebd., S. 200.
- 87 Kahneman, *Schnelles Denken, langsames Denken*, S. 269.
- 88 Harold Seidman, der viele Jahre eine hochrangige Position im Bureau of the Budget (der Haushaltsbehörde des Weißen Hauses) bekleidete, bevor er einen Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der University of Connecticut übernahm, prägte die Bezeichnung »Miles'sches Gesetz« für diesen Aphorismus von Rufus Miles, der Verwaltungsstaatssekretär im amerikanischen Gesundheits-, Bildungs- und Wohlfahrtsministerium war. Seidman formulierte den Aphorismus so: »Wo man steht, hängt davon ab, wo man sitzt.« Vgl. Seidman, *Politics, Position, and Power: The Dynamics of Federal Organization*, 3. Aufl. (New York: Oxford University Press, 1980), S. 21.
- 89 Roy Jenkins, Churchill, London 2001, S. 219–222, 397. Es sei angemerkt, dass sich sowohl die Umstände als auch Churchills politische Haltung geändert hatten. Vor 1914 hatte das Deutsche Reich Großbritannien als Seemacht herausgefordert. Mitte der zwanziger Jahre war das nicht der Fall.
- 90 Jennifer L. Hochschild, »Where You Stand Depends on What You See: Connections among Values, Perceptions of Fact, and Political Prescriptions«, in: James H. Kuklinski (Hg.), *Citizens and Politics: Perspectives from Political Psychology*, Cambridge 2001, S. 313–340.
- 91 Ebd., S. 321.
- 92 Ebd., S. 320.
- 93 Eine besondere Rolle spielt hier die kognitive Dissonanz, die in der experimentellen und theoretischen Literatur eingehend behandelt wurde. Vgl. z. B. J. Richard Eiser, *Cognitive Social Psychology. A Guidebook to Theory and Research*, London/New York 1980, insb. S. 127–163; sowie Robert A. Baron, Donn Byrne, *Social Psychology. Understanding Human Interaction*, 5. Aufl., Boston 1987, insb. S. 132–138.
- 94 Howard G. Lavine, Christopher D. Johnston, Marco R. Steenbergen, *The Ambivalent Partisan. How Critical Loyalty Promotes Democracy*, New

- York 2012, S. 125; sowie Charles S. Taber, Milton Lodge, Jill Glathar, »The Motivated Construction of Political Judgments«, in: Kuklinski (Hg.), *Citizens and Politics*, S. 213.
- 95 Vgl. insb. Westen, *Das politische Gehirn*, sowie Roger D. Masters, »Cognitive Neuroscience, Emotion, and Leadership«, in: Kuklinski (Hg.), *Citizens and Politics*, S. 68–102.
- 96 Westen, *Das politische Gehirn*, S. 133.
- 97 Ebd., S. 133f.
- 98 Vgl. Rajmohan Gandhi, *Gandhi. The Man, His People and the Empire*, London 2007; Louis Fischer, *Das Leben des Mahatma Gandhi*, Frankfurt a. M. 1959; B.R. Nanda, *Mahatma Gandhi. A Biography*, London 1958; Nelson Mandela, *Der lange Weg zur Freiheit*, Frankfurt a. M. 1994; Nelson Mandela, *Bekenntnisse*, München 2010; Tom Lodge, *Mandela. A Critical Life*, Oxford 2006; Aung San Suu Kyi, *Freedom from Fear*, herausgegeben von Michael Aris, London 2010; Justin Wintle, *Perfect Hostage. Aung San Suu Kyi, Burma and the Generals*, London 2007; Bertil Lintner, *Aung San Suu Kyi and Burma's Struggle for Democracy*, Chiang Mai (Thailand) 2011; Peter Popham, *The Lady and the Peacock. The Life of Aung San Suu Kyi*, London 2011; John Kane, *The Politics of Moral Capital*, Cambridge 2001.
- 99 Robert A. Caro, *The Years of Lyndon Johnson*, Bd. 3: *Master of the Senate*, New York 2003, S. xxii.
- 100 Robert A. Caro, *The Years of Lyndon Johnson*, Bd. 4: *The Passage of Power*, London 2012, S. 110.
- 101 Doris Kearns, *Lyndon Johnson and the American Dream*, New York 1976, S. 171.
- 102 Vgl. Caro, *The Years of Lyndon Johnson*, Bd. 4: *The Passage of Power*, S. 112–115.
- 103 Condoleezza Rice, *No Higher Honour. A Memoir of My Years in Washington*, London 2011, S. 23.
- 104 Jack F. Matlock, *Reagan and Gorbachev. How the Cold War Ended*, New York 2004, S. 314.
- 105 B. Guy Peters, *Institutional Theory in Political Science. The »New Institutionalism«*, London/New York 1999, S. 115. Obwohl die Parteistrukturen geschwächt wurden, ist der Hang zur Parteigängerschaft ungebrochen. Neuere Studien zeigen, dass die Zahl der überzeugten Parteigänger unter den amerikanischen Bürgern in den letzten zwei Jahrzehnten sogar gestiegen ist. Vgl. Lavine, Johnston, Steenbergen, *The Ambivalent Partisan*, S. 2.
- 106 Vgl. z. B. Arend Lijphart (Hg.), *Parliamentary versus Presidential Govern-*

- ment, New York 1992; Alfred Stepan, *Arguing Comparative Politics*, Oxford 2001, insb. Teil 3, «The Metaframeworks of Democratic Governance and Democratic States»; sowie Robert Elgie, *Semi-Presidentialism: Sub-Types and Democratic Performance*, Oxford 2011.
- 107 Elgie, *Semi-Presidentialism* (S. 24), listet 52 Länder mit semipräsidentialer Verfassung auf (Stand: Dezember 2010).
- 108 Dies ist eines der Hauptargumente von Elgie, der umfangreiche Belege für seine Einschätzung vorlegt. Vgl. Elgie, ebd.
- 109 Elgie, ebd., S. i5if. Einige Politikwissenschaftler, unter ihnen auch Elgie, bezeichnen ein System, in dem der Ministerpräsident und das Kabinett lediglich gegenüber dem Parlament verantwortlich sind, als «premier-präsidential», während sie die Form des semipräsidentialen Systems, in dem der Ministerpräsident und sein Kabinett sowohl dem Parlament als auch dem Präsidenten Rechenschaft schulden, als «präsidential-parlamentarisch» bezeichnen. Russland ist ein Beispiel für die zweite Variante. Für Analysen von Putin als Führer vgl. Richard Sakwa, *Putin. Russia's Choice*, London 2004; Alex Pravda (Hg.), *Leading Russia. Putin in Perspective*, Oxford 2005, Kapitel 2 sowie 6-13; Lilia Shevtsova, *Putin's Russia*, Washington, D.C., 2005; Angus Roxburgh, *The Strongman. Vladimir Putin and the Struggle for Russia*, London 2012; Fiona Hill, Clifford G. Gaddy, *Mr Putin. Operative in the Kremlin*, Washington, D.C., 2013.
- 110 Vgl. Lilia Shevtsova, Andrew Wood, *Change or Decay. Russia's Dilemma and the West's Response*, Washington, D.C., 2011; Angus Roxburgh, *The Strongman*.



## 2 Demokratische Führung: Mythen, Machtverhältnisse, Stile

- 1 Tony Blair, *Mein Weg*, München 2010, S. x.
- 2 Ebd., S. 51.
- 3 Anthony King (Hg.), *Leaders' Personalities and the Outcomes of Democratic Elections*, Oxford 2002, S. 216.
- 4 Vgl. z.B. Lauri Karvonen, *The Personalisation of Politics. A Study of Parliamentary Democracies*, Colchester 2010, insb. S. 4f. Das Fernsehen hat eine wichtige Rolle in der Personalisierung der Politik gespielt, denn Personen sind leichter darzustellen als Sachfragen. Aber auch die Presseberichterstattung über Politik hat sich verändert. Die Autoren einer Studie über die innenpolitische Berichterstattung der Times seit 1945 gelangten zu dem Ergebnis, dass die «allgemeine Präsenz der Premierminister gestiegen ist; Hinweise auf ihre Führungsqualitäten sind häufiger geworden, und sie werden heute mehr als Persönlichkeiten wahrgenommen als vor drei Jahrzehnten» (ebd., S. 87-93, insb. S. 93).
- 5 Vgl. insb. Thomas Poguntke und Paul Webb (Hg.), *The Presidentialization of Politics. A Comparative Study of Modern Democracies*, Oxford 2007.
- 6 Gelegentlich räumen das politische Kommentatoren ein. Beispielsweise schreibt Rafael Behr: «Die Einschätzung, in Grossbritannien fänden als Parlamentswahlen verkleidete Präsidentenwahlen statt, ist in Westminster verbreitet – und sie ist falsch ... Die Medien geben den Wahlen einen präsidentialen Anstrich, aber die Wähler haben eine breitere Perspektive.» («Project ‚Ed's Charisma‘ – the mission to help Miliband loosen up», in: *New Statesman*, 28. September - 4. Oktober 2012, S. 10)
- 7 Karvonen, *The Personalisation of Politics*, S. 102.
- 8 Amanda Bittner, *Platform or Personality? The Role of Party Leaders in Elections*, Oxford 2011, S. 73. Bittner zählt jedoch zu jenen wissenschaftlichen Autoren, die der Bewertung politischer Führer insbesondere in umkämpften Wahlen erhebliche Bedeutung beimessen. Sie stellt fest, dass «die bisherige wissenschaftliche Literatur über Parteiführer zu keinem klaren Urteil über die Frage gelangt ist, ob die Person der Parteiführer überhaupt von Bedeutung ist» (S. 139). Es wäre aber schwierig, einen seriösen Forscher zu finden, der behauptet, dass die Führer keinerlei Einfluss haben. Aus der Literatur lässt sich jedoch der Schluss ziehen, dass ihre Rolle von den meisten politischen Jour-

- nalisten, die tatsächlich eine Personalisierung der Politik betreiben, sowie von vielen Politikern erheblich überschätzt wird.
- 9 Karvonen, *The Personalisation of Politics*, S. 20.
- 10 Ebd.
- 11 Sören Holmberg und Henrik Oscarsson, «Party Leader Effects on the Vote», in: Kees Aarts, André Blais, Hermann Schmitt (Hg.), *Political Leaders and Democratic Elections*, Oxford 2011, S. 47.
- 12 King (Hg.), *Leaders' Personalities and the Outcomes of Democratic Elections*, S. 214. King fügt hinzu: «Wenn Kennedys Person überhaupt eine Rolle spielte, so war sie eher ein Handicap für seine Partei. Als Katholik kostete er die Demokraten zahlreiche Stimmen vor allem bei den Protestanten im Süden.» Die Autoren einer neueren Studie über amerikanische Wähler gelangen zu folgendem Ergebnis: «So wichtig die individuellen Akteure auch sind, so sind die politischen Parteien doch die Grundlage der politischen Auseinandersetzung in den USA. Die politischen Führer kommen und gehen auf der öffentlichen Bühne, aber die Parteien mit ihren Symbolen, Programmen und Gruppenbindungen bilden das langfristige Fundament des politischen Systems.» Vgl. Howard G. Lavine, Christopher D. Johnston, Marco R. Steenbergen, *The Ambivalent Partisan. How Critical Loyalty Promotes Democracy*, New York 2012, S. 2.
- 13 Peter Brown vom Quinnipiac University Polling Institute, zitiert in: Kate Kenski, Bruce W. Hardy, Kathleen Hall Jamieson, *The Obama Victory. How Media, Money, and Message Shaped the 2008 Election*, New York 2010, S. 14.
- 14 Kenski, Hardy, Jamieson, *The Obama Victory*, S. 289. Die Demokraten wiederholten in ihrer Wahlwerbung unablässig die «McSame»-Botschaft, die auch durch die Massenmedien verstärkt wurde. Kenski et al. stellen fest: «Je mehr man Fernsehnachrichten sah, Zeitung las oder im Internet nach Wahlkampfinformation suchte, desto wahrscheinlicher wurde es, dass man sich daran gewöhnte, McCain als McSame zu betrachten.» (S. 288f.).
- 15 Dieter Ohr und Henrik Oscarsson, «Leader Traits, Leader Image, and Vote Choice», in: Aarts, Blais, Schmitt, *Political Leaders and Democratic Elections*, S. 187-214.
- 16 Roy Pierce, «Candidate Evaluations and Presidential Election Choices in France», in: King (Hg.), *Leaders' Personalities and the Outcome of Democratic Elections*, S. 96-126.
- 17 Ebd., S. 126.

- 18 Sören Holmberg, Henrik Oscarsson, »Party Leader Effects on the Vote«, in: Aarts, Blais, Schmitt (Hg.), *Political Leaders and Democratic Elections*, S. 50.
- 19 Ebd., S. 49.
- 20 John Bartle, Ivor Crewe, »The Impact of Party Leaders in Britain: Strong Assumptions, Weak Evidence«, in: King (Hg.), *Leaders' Personalities and the Outcomes of Democratic Elections*, S. 77f.
- 21 Neil O'Brien, »The Language of Priorities«, in: *New Statesman*, 9. Juli 2012, S. 22.
- 22 Ebd.; sowie Dennis Kavanagh, Philip Cowley, *The British General Election of 2010*, Basingstoke 2010, S. 378.
- 23 David Butler, Michael Pinto-Duschinsky, *The British General Election of 1970*, London 1971, S. 24, 64.
- 24 Vgl. Kenneth O. Morgan, *Callaghan. A Life*, Oxford 1997, S. 692f. Vgl. auch Anthony King in: King (Hg.), *Leaders' Personalities and the Outcomes of Democratic Elections*, S. 214f.
- 25 Tony Blair im Interview mit Lionel Barber, »Waiting in the Wings«, in: *ft.com/magazine*, 30. Juni/1. Juli 2012.
- 26 Bartle, Crewe, »The Impact of Party Leaders in Britain«, S. 94.
- 27 John Major, *The Autobiography*, London 2000, S. 312.
- 28 Peter Mandelson, *The Third Man. Life at the Heart of New Labour*, London 2010, S. 150.
- 29 John Curtice, Michael Steed, »The Results Analysed«, in: David Butler, Dennis Kavanagh (Hg.), *The British General Election of 1997*, Basingstoke 1997, S. 295, 320.
- 30 Bartle, Crewe, »The Impact of Party Leaders in Britain«, S. 90.
- 31 David Butler, Dennis Kavanagh, *The British General Election of 2001*, Basingstoke 2002, S. 241.
- 32 David Butler, Dennis Kavanagh, *The British General Election of 2005*, Basingstoke 2005, S. 204.
- 33 Ähnlich äußerte sich Dwight D. Eisenhower, wenn auch ohne Macmillans oder Trumans Ironie. Nach dem Ende seiner Präsidentschaft schrieb er über Nikita Chruschtschow: »In dem Sinn, wie wir das Wort gebrauchen, ist er ... kein Staatsmann, sondern eher ein mächtiger, geschickter, rücksichtsloser und ungemein ehrgeiziger Politiker.« Vgl. Jim Newton, *Eisenhower. The White House Years*, New York 2011, S. 195.
- 34 Zitiert von Bill Clinton in seiner Rede auf dem demokratischen Parteikonvent 1984, zitiert in: Stephen Graubard, *The Presidents. The Trans-*

- formation of the American Presidency from Theodore Roosevelt to George W. Bush, London 2004, S. 626.
- 35 Harold M. Barger, *The Impossible Presidency. Illusions and Realities of Executive Power*, Glenview (Illinois) 1984, S. 227.
- 36 Harold Seidman, *Politics, Position, and Power. The Dynamics of Federal Organization*, 3. Aufl., New York 1980, S. 85f.
- 37 Vgl. Bill Clinton, *Mein Leben*, Berlin 2004, S. 794ff.
- 38 Ebd., S. 796. Vgl. auch Taylor Branch, *The Clinton Tapes. A President's Secret Diary*, London 2009, S. 70.
- 39 »Obama's trust wasn't enough to save Rice appointment«, in: *International Herald Tribune*, 15./16. Dezember 2012. Hingegen setzte sich Obama im selben Jahr über den Widerstand der Republikaner gegen die Nominierung von Chuck Hagel (selbst ein Republikaner) zum Verteidigungsminister hinweg (Hagel folgte Leon Panetta in diesem Amt nach).
- 40 William E. Leuchtenburg, »Franklin D. Roosevelt: The First Modern President«, in: Fred I. Greenstein (Hg.), *Leadership in the Modern Presidency*, Cambridge (Massachusetts) 1988, S. 23. Vgl. auch Charles M. Cameron, »The Presidential Veto«, in: George C. Edwards, William G. Howell (Hg.), *The Oxford Handbook of the American Presidency*, Oxford 2009, S. 362–382.
- 41 George C. Edwards, »The Study of Presidential Leadership«, in: Edwards, Howell (Hg.), *The Oxford Handbook of the American Presidency*, S. 833. Roosevelt verlor auch das Vertrauen vieler Demokraten im Süden, was jedoch an ihrer Befürchtung lag, die New-Deal-Gesetze könnten langfristig die rassistische Ordnung, die ihnen eine Vormachtstellung sicherte, untergraben (mehr dazu in Kapitel 3). Vgl. Ira Katznelson, *Fear Itself. The New Deal and the Origins of Our Time*, New York 2013, insb. S. 156–194.
- 42 Graubard, *The Presidents*, S. 807f.; Jim Newton, *Eisenhower. The White House Years*, S. 86.
- 43 Newton, *Eisenhower. The White House Years*, S. 218.
- 44 Ebd., S. 250ff.
- 45 Ebd., S. 202.
- 46 Randall Woods, *LBJ. Architect of American Ambition*, Cambridge (Massachusetts) 2007, S. 440.
- 47 Ebd., S. 512, 570.
- 48 Joseph S. Nye, *The Powers to Lead*, New York 2008, S. 80.
- 49 Michael Schaller, *Ronald Reagan*, New York 2011, S. xiii.

- 50 William K. Muir, »Ronald Reagan: The Primacy of Rhetoric«, in: Greenstein (Hg.), *Leadership in the Modern Presidency*, S. 260.
- 51 Schaller, *Ronald Reagan*, S. 45f.
- 52 Ebd., S. 39.
- 53 Ebd., S. 78.
- 54 Ebd., S. 77–80.
- 55 Alonzo L. Hamby, »Harry S. Truman. Insecurity and Responsibility«, in: Greenstein (Hg.), *Leadership in the Modern Presidency*, 73f.
- 56 Joe Klein, *The Natural. The Misunderstood Presidency of Bill Clinton*, London 2002, S. 123f.
- 57 Ebd., S. 179f. Am Ende seiner zweiten Amtszeit waren rund 60 Prozent der Amerikaner mit Clintons Amtsführung einverstanden, und auf die Frage, wen sie wählen würden, wenn die Wahl von 1996 wiederholt würde, »waren die Ergebnisse praktisch identisch mit den damaligen: 46 Prozent entschieden sich für Clinton, 36 Prozent für Dole, 11 Prozent für Perot« (ebd., S. 180).
- 58 Ebd., S. 209.
- 59 Earl of Swinton, *Sixty Years of Power. Some Memories of the Men Who Wielded It*, London 1966, S. 49.
- 60 A.G. Gardiner, *Certain People of Importance*, London 1926, S. 58.
- 61 Robert Blake, »How Churchill became Prime Minister«, in: Robert Blake und William Roger Louis (Hg.), *Churchill*, S. 264.
- 62 Ebd., S. 266.
- 63 Robert Blake, *The Conservative Party from Peel to Churchill*, London 1972, S. 248.
- 64 Diese Aussage stammt von Vita Sackville-West. Vgl. David Reynolds, »Churchill in 1940: The Worst and Finest Hour«, in: Blake, Louis (Hg.), *Churchill*, S. 254.
- 65 Robert Crowcroft, *Attlee's War. World War II and the Making of a Labour Leader*, London 2011, S. 231.
- 66 Ebd., S. 174.
- 67 Roy Jenkins, *Churchill*, London 2002, S. 775ff.
- 68 Colville, *The Fringes of Power*, S. 555.
- 69 Ebd., S. 554f.
- 70 Jenkins, *Churchill*, S. 777.
- 71 Lord Moran, *Winston Churchill. The Struggle for Survival, 1940–1965*, London 1966.
- 72 Mein Interview mit (Lord) Butler am 23. September 1966. Er leitete zu jener Zeit das Trinity College in Cambridge.

- 73 Ebd.
- 74 Moran, Winston Churchill, S. 404.
- 75 Ebd., S. 553.
- 76 Alan Bullock, Ernest Bevin. *Foreign Secretary 1945–1951*, Oxford 1985, S. 87.
- 77 Ebd.
- 78 Ebd., S. 89.
- 79 Ebd., S. 55.
- 80 Bernard Donoughue, G.W. Jones, Herbert Morrison. *Portrait of a Politician*, Neuaufl., London 2001, S. 490; Attlee, *As It Happened*, S. 239. Donoughue und Jones bezweifeln, dass es Attlee in diesem Fall gelungen wäre, die Wogen zu glätten: »Es ist kaum vorstellbar, dass Attlee oder jemand anderer eine Formel hätte finden können, die es ermöglicht hätte, Bevan im Kabinett zu halten, ohne Gaitskell zum Rücktritt zu zwingen.«
- 81 Clement Attlee, Rede des Parteivorsitzenden auf dem Parteitag der Labour Party in Scarborough 1948, <http://www.britishpoliticalspeech.org/speech-archive.htm?speech=158>
- 82 Ebd.
- 83 Da David Cameron der erste Premierminister seit dem Zweiten Weltkrieg war, der einer Koalitionsregierung vorstand, war in seinem Fall offenkundiger als bei den anderen drei Regierungschefs, dass er in seiner Macht beschränkt war. Das führte auch zu Spannungen und Unzufriedenheit bei den konservativen Hinterbänklern im Parlament.
- 84 Harold Wilson, *The Governance of Britain*, London 1976, S. 9.
- 85 David Cameron verteilte die Aufgaben im Kabinett im Sommer 2012 neu, und Lansley wurde aus dem Gesundheitsministerium abgezogen und mit der Funktion des für die Verbindung der Regierung zum Parlament zuständigen Leaders of the House of Commons betraut.
- 86 Butler, *The Art of the Possible*, S. 184.
- 87 D.R. Thorpe, *Supermac. The Life of Harold Macmillan*, London 2010, S. 86.
- 88 Ebd., S. 345f.
- 89 Meine Quelle ist hier Selwyn Lloyd. Ich führte am 7. Juli 1966 ein Interview mit ihm, wobei ich ihn zu diesem Zeitpunkt nicht als Quelle nennen durfte. Ich zitierte ihn in meinem Artikel als »hochrangiges Mitglied des Macmillan-Kabinetts«. Vgl. Archie Brown, »Prime Ministerial Power«, in: *Public Law*, Teil I, Frühjahr 1968, S. 41. Im selben Interview beschrieb Lloyd, der unter allen drei Premierministern gedient hatte, Churchill und (was vielleicht überraschender ist) Eden als Männer, die »mehr mit dem Kabinett arbeiteten als Macmillan«.

- 90 Mein Interview mit Selwyn Lloyd am 7. Juli 1966.
- 91 Thorpe, *Supermac*, S. 519.
- 92 *The Macmillan Diaries*, Bd. 2: *Prime Minister and After, 1957–1966*, herausgegeben von Peter Catterall, London 2012, S. 89.
- 93 Reginald Bevins, *The Greasy Pole. A Personal Account of the Realities of British Politics*, London 1965, S. 137f. Lord (R.A.) Butler sah es ähnlich, wenn auch weniger kategorisch: Er schrieb, ein solches Vorgehen könne eine Gegenbewegung in der Regierungspartei auslösen, »denn all jene, die ausscheiden, haben Freunde, die sich um sie sammeln« (*The Listener*, 16. September 1965, S. 409). Lloyd sprach später über Macmillans »absolute Rücksichtslosigkeit«: Macmillan habe versucht, sich mit ihm auszusöhnen, aber nicht aus Freundschaft, sondern »weil ich zu einer potentiellen Bedrohung geworden war« (Thorpe, *Supermac*, S. 524).
- 94 Percy Cradock, *In Pursuit of British Interests. Reflections on Foreign Policy under Margaret Thatcher and John Major*, London 1997, S. 100, 201.
- 95 Margaret Thatcher, *Downing Street No. 10* (Düsseldorf/Wien: Econ, 1993), S. 1162.
- 96 Ebd., S. 1177.
- 97 Ebd., S. 1171.
- 98 Ebd., S. 1190f.
- 99 Blair, *Mein Weg*, S. 125.
- 100 Ebd., S. 212.
- 101 Ebd., S. 308.
- 102 Ebd., S. 530. Blair glaubte, eine besondere emotionale Beziehung zum Volk zu haben, und spürte, dass diese Bindung im Lauf seiner Amtszeit schwächer wurde. »Für mich und die Bevölkerung war das schade«, schreibt er. »Mein Verhältnis zu den Bürgern war immer intensiver, emotionaler, wenn man das so sagen kann, als die normale Beziehung zwischen einem Regierungschef und dem Volk« (ebd., S. 717). Er führte die Entfremdung auf seine schwindende Bereitschaft zurück, seine Politik angesichts von Opposition und Widerspruch zu ändern: »Die öffentliche Meinung war nicht mehr länger mein Leitmotiv, wichtiger war jetzt, das zu tun, was ich für richtig hielt.« (Ebd., S. 718)
- 103 Ebd., S. 663.
- 104 Ebd., S. 117.
- 105 Tony Wright, *Doing Politics*, London 2012, S. 31.
- 106 Ebd.
- 107 Holmberg, Oscarsson, »Party Leader Effects on the Vote«, in: Aarts, Blais, Schmitt (Hg.), *Political Leaders in Democratic Elections*, S. 50.

### 3 Neudefinierende Führung

- 1 Jean Blondel verwendet den Begriff »Neudefinierer«, allerdings in einem anderen Sinn. Als Neudefinierer betrachtet er politische Führer, die »moderate Veränderungen« herbeiführen, und er unterscheidet sie von »Reformern«, die »große Veränderungen« durchsetzen. In meiner Definition des Begriffs sind neudefinierende Führer radikale Reformen. Vgl. Blondel, *Political Leadership. Towards a General Analysis*, London 1987, S. 97.
- 2 Theodore Roosevelts Amtsführung verlieh der Präsidentschaft Glanz, und sein Verständnis der Außenpolitik und der Welt jenseits der Grenzen der USA war sehr viel größer als das vieler seiner Vorgänger und nicht weniger seiner Nachfolger.
- 3 Vgl. James MacGregor Burns, *Leadership*, New York 1978; Burns, *Transforming Leadership. A New Pursuit of Happiness*, London 2003.
- 4 James MacGregor Burns, *Roosevelt. The Soldier of Freedom*, New York 1970, S. 351.
- 5 Ebd., S. 352.
- 6 Stephen Graubard, *The Presidents. The Transformation of the American Presidency from Theodore Roosevelt to George W. Bush*, London 2004, S. 272. Franklin D. Roosevelt und Joe Kennedy empfanden keine Zuneigung füreinander, und Harry Truman hegte bis an sein Lebensende eine heftige Abneigung gegen den älteren Kennedy. (David McCullough, *Truman*, New York 1992, S. 970)
- 7 Ira Katznelson, *Fear Itself. The New Deal and the Origins of Our Time*, New York 2013, S. 302f.
- 8 Ebd., S. 336f.
- 9 Zitiert in: Katznelson, *Fear Itself*, S. 337.
- 10 George McJimsey, *The Presidency of Franklin Delano Roosevelt*, Lawrence (Kansas) 2000, S. 41.
- 11 Ebd.
- 12 Ebd., S. 288.
- 13 Ebd., S. 287, 293.
- 14 Katznelson, *Fear Itself*, S. 162.
- 15 Ebd., S. 486.
- 16 McJimsey, *The Presidency of Franklin Delano Roosevelt*, S. 154.
- 17 Ebd., S. 163.
- 18 Katznelson, *Fear Itself*, S. 178f.
- 19 McJimsey, *The Presidency of Franklin Delano Roosevelt*, S. 169; zur Rolle und zum Einfluss Eleanor Roosevelts vgl. S. 151–170.



- 20 Graubard, *The Presidents*, S. 258f.
- 21 Harold M. Barger, *The Impossible Presidency. Illusions and Realities of Executive Power*, Glenview (Illinois) 1984, S. 101f.
- 22 Ebd., S. 102.
- 23 Vgl. Alfred Stepan, Juan J. Linz, »Comparative Perspectives on Inequality and the Quality of Democracy in the United States«, in: *Perspectives on Politics*, 9, 4 (2011), S. 843.
- 24 Graubard, *The Presidents*, S. 456f.
- 25 Randall B. Woods, *LBJ. Architect of American Ambition*, Cambridge (Massachusetts) 2007, S. 440, 442.
- 26 Robert A. Caro, *The Years of Lyndon Johnson*, Bd. 4: *The Passage of Power*, London 2012, S. 352. Caro schreibt über Johnsons relativ schlechte Ausbildung (er hatte nicht in Harvard oder Oxford, sondern am Southwest Texas State Teachers College studiert): »Die Kennedys konnten unmöglich eine geringere Meinung von Lyndon Johnson haben als er selbst.«
- 27 Robert A. Caro, *The Years of Lyndon Johnson*, Bd. 3: *Master of the Senate*, New York 2003, S. xxiii.
- 28 Ebd., S. xv–xvi.
- 29 Caro, *The Years of Lyndon Johnson*, Bd. 4, S. xvi.
- 30 Robert A. Caro, *The Years of Lyndon Johnson*, Bd. 2: *Means of Ascent*, London 1990, S. xxi.
- 31 Caro, *The Years of Lyndon Johnson*, Bd. 4, S. 419f. Mit den »Johnsons aus Johnson City« schloss Johnson auch die weißen Armen ein – und spielte auf seine eigene, alles andere als privilegierte Jugend an.
- 32 Ebd., S. 488.
- 33 Ebd., S. 484.
- 34 Ebd., S. xvii–xviii.
- 35 Randall B. Woods, *LBJ*, S. 884.
- 36 Brian Harrison, *The Transformation of British Politics 1860–1995*, Oxford 1996, S. 69.
- 37 Ebd.
- 38 Zitiert in: Roy Jenkins, *Churchill*, London 2002, S. 146.
- 39 Rhodri Walters, »The House of Lords«, in: Vernon Bogdanor (Hg.), *The British Constitution in the Twentieth Century*, Oxford 2003, S. 192.
- 40 Jenkins, *Churchill*, S. 160.
- 41 Ebd., S. 144.
- 42 Kenneth O. Morgan, *Labour in Power 1945–1951*, Oxford 1984, S. 37.
- 43 Ebd., S. 172.

- 44 Nicklaus Thomas-Symonds, *Attlee. A Life in Politics*, London 2010, S. 167.
- 45 Archie Brown, «The Change to Engagement in Britain's Cold War Policy. The Origins of the Thatcher-Gorbachev Relationship», in: *Journal of Cold War History*, 10,3 (2008), S. 3-47.
- 46 Richard Aldous, *Reagan and Thatcher. The Difficult Relationship*, London 2012, S. 207.
- 47 Zitiert in: Geoffrey Howe, *Conflict of Loyalty*, London 1994, S. 332.
- 48 Vgl. Howe, *Conflict of Loyalty*; Douglas Hurd, *Memoirs*, London 2003. Es ist erwähnenswert, dass Nelson Mandela angenehm überrascht von Thatcher war, obwohl auch er sie nicht davon überzeugen konnte, ihre ablehnende Haltung gegenüber Sanktionen gegen das Apartheidregime aufzugeben.
- 49 Die Neigung der politischen Kommentatoren, in Regierungen nichts anderes zu sehen als bloße Erweiterungen des politischen Willens ihrer Parteiführer, hat zur Folge, dass sogar der stets um Konsens bemühte Attlee, der nicht versuchte, den Ministern in seinem Kabinett seinen Willen aufzuzwingen, oft so dargestellt wird, als wäre er in den Jahren seiner Labour-Regierungen (1945-51) die beherrschende Figur gewesen. Beispielsweise schrieb der politische Redakteur der BBC, Nick Robinson, kurz vor dem Labour-Parteitag 2012, in einem Artikel mit dem Titel «Is Ed Miliband a Churchill or an Attlee?»: «Es war der Labour-Chef..., der zu einer Zeit, als ‚kein Geld da war‘, den NHS aufbaute, den Sozialstaat stärkte und das Arts Council gründete» ([www.bbc.co.uk/news/uk-politics-19773185](http://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-19773185), 29. September 2012).
- 50 Ian Gilmour, *Dancing with Dogma. Britain under Thatcherism*, London 1992, S. 5. Gilmour bemerkt auch: «Konfrontiert mit einer Premierministerin, die eine Abneigung gegen die Regierung mit dem Kabinett hatte und versuchte, dieses zu umgehen, um immer ihren Willen durchzusetzen, mussten ihre hochrangigen Kollegen entweder stillschweigend billigen, was sie wollte – sofern sie wussten, was das war –, oder ihr mit dem Rücktritt drohen, wenn sie nicht zu einem Kurswechsel bereit war. Da eine solche Vorgehensweise die Konservative Partei hätte spalten können, wären sie in ein gravierendes Dilemma geraten, hätten sie diese Möglichkeit je erwogen. Aber das taten sie nicht.» (Ebd., S. 33)
- 51 Für Darstellungen ihrer politischen Beziehungen zu Margaret Thatcher vgl. Nigel Lawson, *The View from No. 11. Memoirs of a Tory Radical*, London 1992, sowie Michael Heseltine, *Life in the Jungle. My Autobiography*, London 2001.

- 52 In seiner Rücktrittsrede im Unterhaus am 31. Oktober 1989 erklärte Lawson: »[D]amit unser System der Kabinettsregierung richtig funktionieren kann, muss der Premierminister Minister ernennen, denen er vertraut, und ihnen anschließend die Leitung ihrer Ressorts überlassen. Wenn es Meinungsverschiedenheiten gibt, was zwangsläufig hin und wieder vorkommt, sollten diese intern und nach Möglichkeit kollektiv ausgeräumt werden.« (Lawson, *The View from No. 11*, S. 1063)
- 53 Charles Moore, *Margaret Thatcher. The Authorized Biography*, Bd. 1: *Not for Turning*, London 2013, S. 423.
- 54 Tony Blair zeigte geringere Bereitschaft als Margaret Thatcher und andere seiner Vorgänger, sich im Unterhaus den Fragen der Abgeordneten zu stellen. In seiner Amtszeit fand die Fragestunde nur einmal in der Woche statt (wobei die Sitzung jedoch länger dauerte), und bei dieser Regelung ist es geblieben.
- 55 Moore, *Margaret Thatcher*, S. 424.
- 56 Ebd., S. 422.
- 57 Die umfassendste Darstellung des Aufstiegs von Margaret Thatcher und ihrer Regierungszeit findet man in Moores autorisierter Biographie, die zahlreiche neue Informationen enthält. Außerdem sind neben Gilmours kritischer Würdigung *Dancing with Dogma* und den Memoiren anderer Minister der Thatcher-Regierungen insbesondere zwei Darstellungen der Thatcher-Jahre zu empfehlen, deren Autoren unterschiedliche Standpunkte einnehmen: Geoffrey K. Fry, *The Politics of the Thatcher Revolution. An Interpretation of British Politics 1979–1990*, Basingstoke 2008; Hugo Young, *One of Us. A Biography of Margaret Thatcher*, London 1989.
- 58 Anthony King, *The British Constitution*, Oxford 2007, S. 316.
- 59 David Butler, Michael Pinto-Duschinsky, *The British General Election of 1970*, London 1971, S. 195.
- 60 Lawson, *The View from No. 11*, S. 7.
- 61 Peter Hennessy, *The Prime Minister. The Office and its Holders since 1945*, London 2001, S. 105f.
- 62 Lawson, *The View from No. 11*, S. 561.
- 63 Ebd., S. 574.
- 64 David Butler, Dennis Kavanagh, *The British General Election of 1992*, London 1992, S. 10, 72–75.
- 65 Frank Brettschneider, Oscar W. Gabriel, »The Nonpersonalization of Voting Behavior in Germany«, in Anthony King (Hg.), *Leaders' Personalities and the Outcomes of Democratic Elections*, New York 2002, S. 138.

- 66 Robert Elgie, *Political Leadership in Liberal Democracies*, Basingstoke 1995, S. 81–86.
- 67 Peter Pulzer, *German Politics 1945–1995*, Oxford 1995, S. 46f.
- 68 Mary Fulbrook, *History of Germany 1918–2000. The Divided Nation*, 2. Aufl., Oxford 2002, S. 52. Nach dem Krieg war Deutschland in Besatzungszonen unterteilt, die von den Siegermächten verwaltet wurden. Die amerikanischen Besatzungsbehörden wurden mit einem Dilemma konfrontiert, als in einer Ortschaft in ihrer Zone ein nationalsozialistischer Bürgermeister wiedergewählt wurde. Wie Fulbrook (S. 115f.) schreibt: »Es war nicht vollkommen klar, ob es das ›demokratischste‹ Vorgehen wäre, die demokratische Wahl eines undemokratischen Kandidaten nicht zu akzeptieren oder undemokratisch vorzugehen und einen demokratischen Kandidaten gegen den Mehrheitswillen einzusetzen. Klar war jedoch, dass viele Deutsche keine klare Vorstellung davon hatten, was ›Demokratie‹ bedeutete: Jene, die sie schon als Erwachsene in der Weimarer Republik erlebt hatten, verbanden dieses System mit einer demütigenden nationalen Niederlage, mit Wirtschaftskrisen und politischem Chaos.«
- 69 Köln stand unter britischer Verwaltung, als Deutschland nach Kriegsende in vier Besatzungszonen unterteilt wurde. Tatsächlich setzten die Briten Adenauer im Jahr 1945 als Bürgermeister der Stadt ab. Adenauer nutzte die Zeit, um sich der Christdemokratischen Union (CDU) zu widmen und die Führung der Partei zu übernehmen.
- 70 Tatsächlich ist Deutschland als »Europas ältester Wohlfahrtsstaat« bezeichnet worden. Vgl. Pulzer, *German Politics 1945–1995*, S. 63f.
- 71 Ebd.
- 72 Gordon A. Craig, zitiert von Giles Radice, *The New Germans*, London 1995, S. 79.
- 73 Willy Brandt, *Erinnerungen*, München 1989, S. 62.
- 74 Thomas A. Bayliss, *Governing by Committee. Collegial Leadership in Advanced Societies*, Albany 1989, S. 76.
- 75 Fulbrook, *History of Germany 1918–2000*, S. 168.
- 76 Zu diesem Schluss bin ich teilweise durch persönliche Erfahrung in jenen Jahren gelangt. Ich verbrachte bei zwei Besuchen in den Jahren 1966 bis 1968 insgesamt dreizehn Monate in der Sowjetunion und kehrte 1976 für weitere zwei Monate dorthin zurück. Bei dieser dritten Forschungsreise stellte ich fest, dass sich die Einstellung der Russen zu Deutschland erheblich verändert hatte. Es gibt kaum einen Zweifel

- darán, dass die Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik durch Willy Brandt wesentlich dazu beitrug.
- 77 Archie Brown, »Did Gorbachev as General Secretary Become a Social Democrat?«, in: *Europe-Asia Studies*, 65, 2 (2013), S. 198–220.
- 78 Bald nach Brandts Tod veröffentlichte Gorbatschow einen Artikel, in dem er sich mit der Rolle des Individuums in politischen und historischen Entwicklungen beschäftigte und seinem deutschen Kollegen einen warmen Tribut zollte. Vgl. Michail Gorbatschow, »Delaet li chelowek politiku? Delaet li chelowek istoriju: razmyschenija o nasledii Willi Brandta«, in: *Swobodnaja mysl*, Nr. 17, 1992, S. 17–21. Über Brandts Ostpolitik schrieb Gorbatschow: »Es gibt keinen Zweifel daran, dass sie beträchtlichen Einfluss auf die geistige und politische Atmosphäre nicht nur in Deutschland selbst, sondern auch in Europa einschließlich der Sowjetunion spielte. Die Ostpolitik förderte in unserer Gesellschaft eine eingehendere Auseinandersetzung mit der Beziehung zwischen Freiheit und Entwicklung, mit der Demokratie und mit der Zukunft unseres Landes.« (S. 19)
- 79 Brandt, *Erinnerungen*, S. 214.
- 80 Ebd.
- 81 Ebd. S. 14.
- 82 Zitiert in: Helga Haftendorn, »The Unification of Germany, 1985–1991«, in: Melvyn S. Leffler, Odd Arne Westad (Hg.), *The Cambridge History of the Cold War*, Bd. 3: *Endings*, Cambridge 2010, S. 335.
- 83 Timothy Garton Ash, *The Magic Lantern. The Revolution of '89 Witnessed in Warsaw, Budapest, Berlin and Prague*, New York 1990, S. 72.
- 84 Haftendorn, »The Unification of Germany«, S. 351.
- 85 Bush schrieb später, Thatcher habe »offenkundig wenig Sympathie für die Wiedervereinigung gehegt und ihr sogar misstraut«, fügte jedoch hinzu: »Während ich Margarets Bedenken bezüglich der Auswirkungen der Wiedervereinigung Deutschlands nicht teilte, war ich bis zu einem gewissen Grad ihrer Meinung, was die möglichen negativen politischen Auswirkungen auf Gorbatschow anbelangte.« Vgl. George Bush, Brent Scowcroft, *A World Transformed*, New York 1998, S. 192f. Vgl. auch Philip Zelikow und Condoleezza Rice, *Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft*, Cambridge (Massachusetts) 1995.
- 86 Frederick Taylor, *The Berlin Wall: 13 August 1961–9 November 1989*, London 2006, S. 645.
- 87 George C. Edwards, *The Public Presidency. The Pursuit of Popular Support*, New York 1983, S. 208.

- 88 Stephen Skowronek, »The Paradigm of Development in Presidential History«, in: George C. Edwards, William G. Howell (Hg.), *The Oxford Handbook of the American Presidency*, Oxford 2009, S. 761.
- 89 Richard Rose, *The Postmodern President. George Bush Meets the World*, 2. Aufl., Chatham 1991, S. 183.
- 90 Ebd.
- 91 Hugh Heclo, »Whose Presidency is This Anyhow?«, in: Edwards, Howell (Hg.), *The Oxford Handbook of the American Presidency*, S. 776.
- 92 Das galt auch für die vorangegangene Generation. Vgl. Edwards, *The Public Presidency*, S. 187–210.

#### 4 Transformative politische Führung

- 1 Charles de Gaulle, *Mémoires de guerre: L'Appel 1940–1942*, Paris 1954, S. 3.
- 2 Winston S. Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2: *Englands größte Stunde*, Hamburg 1950, S. 191f., 195.
- 3 Ebd., S. 189.
- 4 Ebd., S. 195.
- 5 Ebd.
- 6 Zitiert in: Philip M. Williams, Martin Harrison, *De Gaulle's Republic*, London 1960, S. 75.
- 7 Vincent Wright, *The Government and Politics of France*, 3. Aufl., London 1989, S. 4.
- 8 Williams, Harrison, *De Gaulle's Republic*, S. 3f.
- 9 Ebd., S. 35.
- 10 Ebd., S. 41.
- 11 John Gaffney, *Political Leadership in France. From Charles de Gaulle to Nicolas Sarkozy*, Basingstoke 2012, S. 15.
- 12 Gaffney, *Political Leadership in France*, S. 11.
- 13 Vgl. Michel Debré, *Entretiens avec le général de Gaulle 1961–1969*, Paris 1993.
- 14 Gaffney, *Political Leadership in France*, S. 32, erklärt: »Die Meinungsumfragen zeigten, dass zu jener Zeit 50 Prozent der Franzosen – wie bei den meisten derartigen Texten – keinen Blick auf den Verfassungsentwurf geworfen hatten, über den sie abstimmten; nur 15 Prozent behaupteten, ihn tatsächlich gelesen zu haben.«
- 15 Wright, *The Government and Politics of France*, S. 53f.
- 16 Ebd., S. 60.

- 17 Gaffney, *Political Leadership in France*, S. 33f.
- 18 Die Macht des Staatspräsidenten war auch deutlich geringer in den Zeiten, in denen er im Parlament nicht die Unterstützung einer Mehrheit genoss und zur »Kohabitation« mit einem politisch anders ausgerichteten Ministerpräsidenten gezwungen war. Allerdings war das in der elfjährigen Präsidentschaft de Gaulles nicht der Fall.
- 19 Robert Elgie, *Political Leadership in Liberal Democracies*, Basingstoke 1995, S. 64.
- 20 Wright, *The Government and Politics of France*, S. 37.
- 21 Williams und Harrison, *De Gaulle's Republic*, S. 209.
- 22 Sudhir Hazareesingh, *In the Shadow of the General: Modern France and the Myth of De Gaulle*, Oxford 2012, S. 172f.
- 23 Ebd., S. 179 und 182.
- 24 Ebd., S. 104.
- 25 De Gaulle riet den Präsidenten Eisenhower und Kennedy, sich nicht in den Konflikt in Vietnam hineinziehen zu lassen, und sprach sich anschließend öffentlich gegen Lyndon B. Johnsons Entscheidung für eine Eskalation des Kriegseinsatzes aus (Gaffney, *Political Leadership in France*, S. 54f.).
- 26 Wright, *The Government and Politics of France*, S. 18ff.
- 27 González, der sich an die Spitze der Sozialistischen Partei gesetzt hatte, als diese noch verboten war, zählte zu Suárez' schärfsten Kritikern. Er spielte selbst eine wichtige Rolle im Übergang vom autoritären Regime zur Demokratie und leistete noch wertvollere Beiträge zu deren Konsolidierung. Er hatte das Amt des Ministerpräsidenten von 1982 bis 1996 inne; dies ist der bisher längste Zeitraum, den sich ein Politiker an der Spitze einer demokratischen Regierung Spaniens hielt. Er war sehr viel populärer in Spanien und hatte sehr viel größeren internationalen Einfluss als Suárez, aber dieser leistete bedeutsamere Beiträge zur Transition.
- 28 Die »Eurokommunisten« versuchten sich von den moskautreuen kommunistischen Parteien abzuheben, indem sie in gewissen Grenzen Kritik an der Sowjetunion äußerten. Beispielsweise kritisierten sie den sowjetischen Einmarsch in der Tschechoslowakei im August 1968, da sie selbst mit den Reformversuchen im Prager Frühling sympathisiert hatten. Vgl. Paulo Filo della Torre, Edward Mortimer und Jonathan Story (Hg.), *Eurocommunism. Myth or Reality?*, Harmondsworth 1979; Richard Kindersley (Hg.), *In Search of Eurocommunism*, London 1981.

- 29 Simon Parlier, »Adolfo Suárez. Democratic Dark Horse«, in: Martin Westlake (Hg.), *Leaders of Transition*, London 2000, S. 144.
- 30 Juan Linz, Alfred Stepan, *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*, Baltimore 1996, S. 96f.
- 31 Die Zitate stammen aus: Adolfo Suárez González, *Un nuevo horizonte para España. Discursos del Presidente del Gobierno 1976–1978* (Imprenta del Boletín Oficial del Estado, Madrid, 1978). Ich danke Alfred Stepan für diese Hinweise. Im gesamten Abschnitt über Suárez stütze ich mich auf meine Gespräche mit Professor Stepan und auf die Erkenntnisse, die er aus einem langen Interview mit Suárez am 24. Mai 1990 gewann.
- 32 Ebd., S. 101.
- 33 Sollten Katalonien und möglicherweise auch das Baskenland in Zukunft unabhängige Staaten werden, so darf angenommen werden, dass sowohl in diesen Ländern als auch in Spanien die Demokratie erhalten bliebe.
- 34 Parlier, »Adolfo Suárez«, S. 148f.
- 35 Zitiert in: Linz und Stepan, *Problems of Democratic Transition and Consolidation*, S. 114.
- 36 Parlier, »Adolfo Suárez«, S. 149.
- 37 Ebd., S. 150. Die baskischen Nationalisten vom PNV forderten ihre Anhänger auf, sich der Stimme zu enthalten, und 50 Prozent der Wahlberechtigten folgten dieser Empfehlung.
- 38 Linz und Stepan, *Problems of Democratic Transition and Consolidation*, S. 89.
- 39 Viele der in diesem Abschnitt vorgebrachten Argumente habe ich an anderer Stelle ausführlich erläutert, angefangen mit einem zu Beginn der achtziger Jahre erschienenen Buch: Archie Brown und Michael Kaser (Hg.), *Soviet Policy for the 1980's*, London 1982. Danach habe ich zahlreiche Arbeiten über Gorbatschow und die Perestroika veröffentlicht, vgl. insb. Brown, *Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht*, Frankfurt a. M. 2000; ders., *Seven Years that Changed the World. Perestroika in Perspective*, Oxford 2007; ders., »The Gorbachev Factor Revisited«, in: *Problems of Post-Communism*, 58, 4–5 (2011), S. 56–65.
- 40 *New York Times*, 13. März 2010.
- 41 Vgl. Roald Sagdeev, *The Making of a Soviet Scientist. My Adventures in Nuclear Fusion and Space From Stalin to Star Wars*, New York 1994, S. 273.
- 42 Für eine genauere Beschreibung von Gorbatschows Aufstieg zum Generalsekretär im März 1985 vgl. Brown, *Seven Years that Changed the World*, S. 29–67, insb. 39f.



- 43 Michail Gorbatschow, *Zhyzn i reformy* (Moskau: Nowosti, 1995), Bd. 1, S. 395.
- 44 Michail Gorbatschow, *XIX Wsesoyuznaya konferentsiya Kommunisticheskoy partii Souetskoye Soyuz: Stenograsscheskiy otchet* (Politizdat, Moskau 1988), Bd. 1, S. 43.
- 45 Jean Blondel stellt generell fest, dass «Führer, deren Ziele sich ändern, zu den wichtigsten zählen», da sie «im Wesentlichen jener relativ kleinen Gruppe angehören, die lange und sogar sehr lange Zeit im Amt bleiben». Vgl. Blondel, *Political Leadership. Towards a General Analysis*, London 1987, S. 85. Aber Gorbatschows Ziele änderten sich innerhalb kurzer Zeit, nämlich innerhalb von wenig mehr als drei Jahren nach seiner Machtübernahme.
- 46 Michail Gorbatschow, *Ponjat perestrojku... Pochemu eto wazhno sejchas* (Moskau: Alpina, 2006), S. 180.
- 47 Alexander Jakowlew, *Predislouie, Obual, Posleslouie*, Moskau 1992, S. 267.
- 48 «Zasedaniye Politbyuro TsK KPSS, 15 Oktyabrya 1987 goda», Wolkogonov Collection, National Security Archive, Washington, D.C., S. 149f., 155. Gorbatschow hatte den Terminus «sozialistischer Pluralismus» bereits in einem Treffen mit Medienvertretern verwendet, über das die *Prawda* am 15. Juli 1987 berichtete. Sobald der Generalsekretär dem Wort «Pluralismus», das bis dahin tabu gewesen war, seinen Segen gegeben hatte, begannen reformorientierte Intellektuelle es zu verwenden, wobei sie manchmal unter den Tisch fallen liessen, dass der Pluralismus «sozialistisch» zu sein hatte. Gorbatschow selbst sprach im Februar 1990 bereits nicht mehr vom «sozialistischen Pluralismus», sondern vom «politischen Pluralismus».
- 49 Gorbatschow ersetzte den Aussenminister, die Leiter der Internationalen Abteilung und der Abteilung für die sozialistischen Länder beim ZK sowie seinen wichtigsten aussenpolitischen Berater. Besonders wichtig war die Ersetzung Aussenminister Andrei Gromykos durch Eduard Schewardnadse und der Austausch seines Beraters Anatoli Tschernajew durch Andrei Alexandrow-Agentow. Sehr viel schwerer fiel es ihm, die zahlreichen Schlüsselfiguren in der Wirtschaftspolitik zu ersetzen. Die Hälfte der mehr als zwanzig Abteilungen des Zentralkomitees beschäftigte sich mit Wirtschaftsfragen. (Im Herbst 1988, dreieinhalb Jahre nach seiner Machtübernahme, gelang es Gorbatschow, alle bis auf zwei Abteilungen aufzulösen.) Es gab Dutzende Wirtschaftsministerien, und jeder regionale Parteifunktionär und jeder Leiter einer grossen Fabrik war an der Umsetzung

- der Wirtschaftspläne beteiligt; die meisten dieser Personen waren Hindernisse für Reformen.
- 50 W.I. Worotnikow, *I bylo eto tak . . . Iz dnevnika chlena Politbyuro TsK KPSS* (Moskau: Sowet weteranow knigoizdanije, 1995), S. 260. Vgl. auch S. 460f.
- 51 Alexander Jakowlew, *Sumerki*, Moskau 2003, S. 501.
- 52 Ebd.
- 53 Worotnikow, *I bylo eto tak*, S. 461.
- 54 Ebd., S. 260.
- 55 Roald Sagdejew, *The Making of a Soviet Scientist*, S. 272. Gorbatschows Überzeugungskraft stieß an ihre Grenzen, als er den Litauern in den Jahren 1990/91 klarzumachen versuchte, dass es ihnen in einer demokratisierten und wirklich föderalen Sowjetunion besser gehen würde als in einem unabhängigen Staat.
- 56 Ebd.
- 57 Bei diesen Wahlen waren noch keine anderen Parteien zugelassen, und die meisten Abgeordneten gehörten der Kommunistischen Partei an. Entscheidend war jedoch, dass mehrere Kandidaten mit unterschiedlichen Programmen gegeneinander antraten, was zeigte, dass es hinter der monolithischen Fassade der KPdSU (die mit der Doktrin des »demokratischen Zentralismus« gerechtfertigt wurde) politische Differenzen innerhalb der Partei gab. Der innerparteiliche Pluralismus ebnete den Weg für die rasche Entwicklung konkurrierender politischer Parteien, die im März 1990 durch eine Verfassungsänderung legalisiert wurden.
- 58 Georgi Schachnasarow, *Tsena swobody: Reformatsija Gorbachewa glazami ego pomoschnika* (Moskau: Rossika Sews, 1993), S. 77f.
- 59 Nikolai Ryschkow, *Perestroika: Istorija predatelsts* (Moskau: Nowosti, 1992), S. 354f.
- 60 Ebd., S. 364.
- 61 Mikhail Gorbachev, Zdeněk Mlynář, *Conversations with Gorbachev. On Perestroika, the Prague Spring, and the Crossroads of Socialism*, New York 2002, S. 15.
- 62 Archie Brown, »Did Gorbachev as General Secretary Become a Social Democrat?«, *Europe-Asia Studies*, 65, 2 (2013), S. 198–220. Der ausländische Regierungschef, der Gorbatschow am meisten imponierte, war der spanische Sozialist Felipe González.
- 63 Alexander Dugin, »Perestroika poewrazijski: upuschennyj schans«, in: V.I. Tolstych (Hg.), *Perestroika dwadtsatlet spustja* (Moskau: Russkij put', 2005), S. 96.

- 64 Alexander Jakowlew, »Eto krupnejschij reformator«, in: *Ogonek*, Nr. 11, März 1995, S. 45.
- 65 Rana Mitter, *A Bitter Revolution. China's Struggle with the Modern World*, Oxford 2004, S. 161.
- 66 Vgl. Ezra F. Vogel, *Deng Xiaoping and the Transformation of China*, Cambridge (Massachusetts) 2011, S. 15–36.
- 67 Ebd., S. 38.
- 68 Vgl. Frank Dikötter, *Maos großer Hunger. Massenmord und Menschenexperiment in China*, Stuttgart 2014, S. 134, 172.
- 69 Roderick MacFarquhar, Michael Schoenhals, *Mao's Last Revolution*, Cambridge (Massachusetts) 2006, S. 358f.
- 70 Ebd., S. 359.
- 71 Vogel, *Deng Xiaoping and the Transformation of China*, S. 313.
- 72 Ebd., S. 247.
- 73 Ebd., S. 377.
- 74 *Khrushchev Remembers: The Last Testament* (London 1974), S. 253.
- 75 MacFarquhar, Schoenhals, *Mao's Last Revolution*, S. 457.
- 76 Peter Nolan, *China at the Crossroads*, Cambridge 2004, S. 3.
- 77 Ebd., S. 1.
- 78 Für eine ausgezeichnete Analyse der »Versicherungspolice« hochrangiger chinesischer Parteifunktionäre, die über Unternehmen im Ausland staatliche Produktionsmittel und Finanzvermögen in Privateigentum umwandeln (wobei die ausländischen Unternehmen zumeist von den Kindern der Parteikader geführt werden), vgl. X.L. Ding, »Informal Privatization Through Internationalization. The Rise of Nomenklatura Capitalism in China's Offshore Business«, in: *British Journal of Political Science*, 30, 1 (2000), S. 121–146.
- 79 Vogel, *Deng Xiaoping and the Transformation of China*, S. 703f.
- 80 Zhao Ziyang, *Prisoner of the State. The Secret Journal of Zhao Ziyang*, London 2009, S. 25–34, insb. S. 28.
- 81 Vgl. Richard McGregor, *The Party. The Secret World of China's Communist Rulers*, London 2011, S. 109f.
- 82 Wie es Adrian Guelke ausdrückte, war die von der Nationalen Partei geführte Regierung »zusehends auf den Antikommunismus angewiesen, um ihre Politik international zu rechtfertigen, vor allem, als in der westlichen Welt auch der Rest an Sympathie für eine rassische Oligarchie schwand«. (Guelke, »The Impact of the End of the Cold War on the South African Transition«, *Journal of Contemporary African Studies*, 14, 1 (1996), S. 97)

- 83 Nelson Mandela, *Der lange Weg zur Freiheit*, Frankfurt a. M. 1997, S. 33.
- 84 Ebd., S. 33f.
- 85 Ebd., S. 35.
- 86 Ebd., S. 154.
- 87 Ebd., S. 464.
- 88 Ebd., S. 465f.
- 89 William Beinart, *Twentieth-Century South Africa*, 2. Aufl., Oxford 2001, S. 166.
- 90 Ebd., S. 90, 92.
- 91 Nelson Mandela, *Bekenntnisse* (München: Piper, 2010), S. 97.
- 92 Ebd.; sowie Tom Lodge, *Mandela. A Critical Life*, Oxford 2007, S. 99.
- 93 Mandela, *Der lange Weg zur Freiheit*, S. 467.
- 94 Frederick Cooper, *Africa since 1940. The Past of the Present*, Cambridge 2002, S. 153.
- 95 Mandela, *Bekenntnisse*, S. 346.
- 96 Ebd., S. 347.
- 97 Lodge, *Mandela*, S. 211.
- 98 Ebd., S. 211.
- 99 Ebd.
- 100 Taylor Branch, *The Clinton Tapes. A President's Secret Diary*, London 2009, S. 303f.
- 101 Stefan Hedlund, *Russia's «Marketing» Economy. A Bad Case of Predatory Capitalism*, London 1999. Vgl. auch Hedlund, *Invisible Hands, Russian Experience, and Social Science. Approaches to Understanding Systemic Failure*, New York 2011.
- 102 Vgl. Peter Reddaway, Dmitri Glinski, *The Tragedy of Russia's Reforms. Market Bolshevism Against Democracy*, Washington, D.C., 2001; für eine wohlwollendere Darstellung des ersten postkommunistischen Präsidenten Russlands vgl. Timothy J. Colton, *Yeltsin. A Life*, New York 2008.

#### **4 Revolutionen und revolutionäre Führung**

- 1 Ludvik Vaculik, Rede auf dem Schriftstellerkongress in Prag, 21-29. Juni 1967, in: Dusan Hamsik, *Writers Against Rulers*, London 1971, S. 182.
- 2 Samuel P. Huntington, *Political Order in Changing Societies*, New Haven 1968, S.266.

- 3 John Dunn, *Moderne Revolutionen: Analyse eines politischen Phänomens* (Stuttgart: Reclam, 1974), S. 22.
- 4 Vgl. z.B. Sharon Erickson Nepstad, *Nonviolent Revolutions. Civil Resistance in the Late 20th Century*, New York 2011. Im Gegensatz dazu schreibt Chalmers Johnson, dass «eine ‚gewaltlose Revolutions insofern als diese Worte eine präzise Bedeutung haben, ein Widerspruch in sich selbst ist». Vgl. Johnson, *Revolutionary Change*, London 1968, S. 7. Johnson definiert «Gewalt» eher umfassend, um auch Revolutionen zu erfassen, die «ohne Blutvergiessen oder einen einzigen Toten» ablaufen (ebd.).
- 5 Nepstad, *Nonviolent Revolutions*, S. 4f. Die Autoren einer Umfrage zur Verwendung des Konzepts der Revolution gelangen zu folgendem Schluss: «Es besteht allgemeiner Konsens darüber, dass Gewalt ein notwendiger Bestandteil einer Revolution ist.» Nur einer der befragten Autoren (Charles Tilly) betrachtete sie nicht als definierendes Merkmal. Vgl. Christoph M. Kotowski, «Revolution», in: Giovanni Sartori (Hg.), *Social Science Concepts. A Systematic Analysis*, Beverly Hills 1984, S. 414.
- 6 Für einen guten Überblick über diese Erklärungsversuche vgl. Jack A. Goldstone, «Comparative Historical Analysis and Knowledge Accumulation in the Study of Revolutions», in: James Mahoney und Dietrich Rueschemeyer (Hg.), *Comparative Historical Analysis in the Social Sciences*, Cambridge 2003, S. 41-90.
- 7 Ich verwende den Terminus «institutionelle Beziehungen», um die Bedeutung dessen zu vermitteln, was Marx als «Produktionsbeziehungen» bezeichnete.
- 8 Vgl. insb. Karl Marx, *Kritik des Gothaer Programms*, Marx Engels Werke, Bd. 22, Ost-Berlin 1987, S. 11-32. (Marx verfasste seine Kritik am Programm der deutschen Sozialdemokraten im Jahr 1875 London; Friedrich Engels veröffentlichte es erstmals im Jahr 1891.) Es sollte hinzugefügt werden, dass Marx den Ausdruck «Diktatur des Proletariats» nur selten verwendete. Lenin war derjenige, der das Konzept zu einem zentralen Bestandteil der «marxistisch-leninistischen» Revolutionstheorie machte.
- 9 Obwohl sie nicht die von Marx angestrebte umfassende Erklärungsmacht für sich in Anspruch nehmen, sind zwei in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstandene Studien revolutionärer Veränderungen erwähnenswert: Barrington Moore, *Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Die Rolle der Grundbesitzer und Bauern bei der Entstehung der*

- modernen Welt, Frankfurt a. M. 1974; Theda Scocpol, *States and Social Revolutions. A Comparative Analysis of France, Russia, and China*, Cambridge 1979. Moore liefert eine nicht-marxistische Klassenanalyse und untersucht insbesondere die Umstände, unter denen sich die Bauern zur wichtigsten revolutionären Kraft entwickeln. Scocpol konzentriert sich auf den Staat, den sie als relativ unabhängig von Klasseninteressen betrachtet. Sie vergleicht die staatlichen Krisen, die den Weg zu den drei großen Revolutionen in Frankreich, China und Russland ebneten, sowie den Einsatz der staatlichen Macht im Anschluss an diese Revolutionen.
- 10 Jonathan D. Spence, *Chinas Weg in die Moderne*, München 2001, S. 305–325.
  - 11 Ebd., S. 331; sowie Jonathan Fenby, *The Penguin History of Modern China. The Fall and Rise of a Great Power, 1850–2008*, London 2008, S. 121.
  - 12 Fenby, *The Penguin History of Modern China*, S. 125f.
  - 13 Spence, *Chinas Weg in die Moderne*, S. 343ff.
  - 14 Fenby, *The Penguin History of Modern China*, S. 123.
  - 15 Spence, *Chinas Weg in die Moderne*, S. 345f.; Margaret MacMillan, *Peacemakers. Six Months that Changed the World*, London 2002, S. 331–353; Rana Mitter, *A Bitter Revolution. China's Struggle with the Modern World*, Oxford 2004, S. 35f.
  - 16 Vgl. Spence, *Chinas Weg in die Moderne*, S. 351–361.
  - 17 Für nähere Informationen zu dieser Bewegung vgl. ebd., S. 379–391; sowie Mitter, *A Bitter Revolution*, S. 6–11.
  - 18 Spence, *Chinas Weg in die Moderne*, S. 355f.
  - 19 Ebd., S. 361f.
  - 20 Mitter, *A Bitter Revolution*, S. 141f.
  - 21 Spence, *Chinas Weg in die Moderne*, S. 409–414.
  - 22 Fenby, *The Penguin History of Modern China*, S. 144.
  - 23 Russland hinkte im Jahr 1917 in der Zeitrechnung dreizehn Tage hinter Europa her, weil das Zarenreich den julianischen Kalender verwendete (an dem die orthodoxe Kirche bis heute festhält). Erst im Jahr 1920 stieg Russland auf den allgemein gebräuchlichen gregorianischen Kalender um.
  - 24 Den Weltfrauentag hatten die sozialistischen Parteien in mehreren Ländern im Ersten Weltkrieg eingeführt, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Gleichberechtigung der Frauen zu lenken.
  - 25 Ronald Grigor Suny, *The Soviet Experiment. Russia, the USSR, and the Successor States*, New York 1998, S. 35.

- 26 Die Bezeichnung »Bolschewiki« (Mehrheitler) hat ihren Ursprung in einer von Lenin betriebenen Spaltung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) im Jahr 1903. Die Bolschewiki vertraten radikalere und kompromisslosere Positionen als die Fraktion der Menschewiki (Minderheitler, die mit Ausnahme der Abstimmung, die zur Spaltung führte, eigentlich in der Mehrheit waren). Im Jahr 1918 wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (Bolschewiki) in Kommunistische Partei umbenannt. (Die Zusatzbezeichnung »Bolschewiki« blieb bis 1952 in Klammern Teil des Parteinamens.)
- 27 S.A. Smith, »The Revolutions of 1917–1918«, in: Ronald Grigor Suny (Hg.), *The Cambridge History of Russia*, Bd. 3, *The Twentieth Century*, Cambridge 2006, S. 124, 138.
- 28 Suny, *The Soviet Experiment*, S. 38.
- 29 Ebd.; Smith, »The Revolutions of 1917–1918«, S. 114f.
- 30 Sheila Fitzpatrick, *The Russian Revolution*, 3. Aufl., New York 2008, S. 49.
- 31 Fitzpatrick, *The Russian Revolution*, S. 47.
- 32 Robert Service, *Lenin: Eine Biographie* (München: C.H. Beck, 2000), S. 379f., 390, 393f., 396, 400ff.
- 33 Vgl. Leo Trotzki, *Die permanente Revolution*, [www.marxistsfr.org/deutsch/archiv/trotzki/1929/permrev/index.htm](http://www.marxistsfr.org/deutsch/archiv/trotzki/1929/permrev/index.htm)
- 34 Fitzpatrick, *The Russian Revolution*, S. 49f.
- 35 Suny, *The Soviet Experiment*, S. 59.
- 36 Ebd., S. 52.
- 37 Ebd., S. 64f.
- 38 Leonard Schapiro, *Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion*, Frankfurt a. M. 1962, S. 198.
- 39 Vgl. Ivo Banac (Hg.), *The Diary of Georgi Dimitrov 1933–1949*, New Haven 2003.
- 40 Ebd., S. 474.
- 41 F.W.D. Deakin, *The Embattled Mountain*, London 1971, S. 79f.
- 42 Deakin kämpfte an der Seite von Djilas und beschrieb ihn als Mann von »außergewöhnlichem Mut« (ebd., S. 84).
- 43 Milovan Djilas, *Die neue Klasse: Eine Analyse des kommunistischen Systems*, München 1957, S. 50–73.
- 44 Milovan Djilas, *Tito: Eine kritische Biographie*, Wien 1980, S. 28.
- 45 Phyllis Auty, *Tito. A Biography*, London 1970, S. 266.
- 46 Jon Halliday (Hg.), *The Artful Albanian. The Memoirs of Enver Hoxha*, London 1986.

- 47 Jürgen Domes, »The Model for Revolutionary People's War: The Communist Takeover of China«, in: Thomas T. Hammond (Hg.), *The Anatomy of Communist Takeovers*, New Haven 1975, S. 520f.
- 48 Spence, *Chinas Weg in die Moderne*, S. 511–519.
- 49 Roderick MacFarquhar, »Introduction«, in: MacFarquhar (Hg.), *The Politics of China. The Eras of Mao and Deng*, 2. Aufl., Cambridge 1997, S. 1.
- 50 Jean-Louis Margolin, »Kambodscha: Das Land der unfassbaren Verbrechen«, in: Stéphane Courtois u. a. (Hg.), *Das Schwarzbuch des Kommunismus: Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, München 1998, S. 647.
- 51 Ebd., S. 701, 707.
- 52 Nicholas Shakespeare, »Letter from Cambodia: How the dead live«, in: *New Statesman*, 15.–21. Februar 2013, S. 38.
- 53 Für Gorbatschows Abkehr von der kommunistischen Ideologie und für seine Hinwendung zur Sozialdemokratie in seiner Zeit an der Spitze der sowjetischen Führung vgl. Archie Brown, »Did Gorbachev as General Secretary Become a Social Democrat?«, in: *Europe-Asia Studies*, 65, 2 (2013), S. 198ff.
- 54 Die Zahl von tausend Angehörigen der Dissidentenbewegung Charta 77 gibt H. Gordon Skilling an; vgl. Skilling, *Charter 77 and Human Rights in Czechoslovakia*, London 1981, S. 79.
- 55 Timothy Garton Ash, *The Magic Lantern. The Revolution of '89 Witnessed in Warsaw, Budapest, Berlin and Prague*, New York 1990, S. 90.
- 56 Ebd., S. 89f.
- 57 Es ist nachvollziehbar, dass viele von denen, die an der systemischen Transformation in Mittel- und Osteuropa teilnahmen, die Vorgänge als Revolution bezeichnen möchten, denn das würde bedeuten, dass sie die wichtigsten Agenten des Wandels gewesen wären. Diese Deutung wird jedoch auch von zahlreichen Wissenschaftlern geteilt, die den Systemwandel in Osteuropa in den Jahren 1989/90 als Revolution einstufen. Vgl. z. B. Goldstone, »Comparative Historical Analysis and Knowledge Accumulation in the Study of Revolutions«; Nepstad, *Non-violent Revolutions*; Stephen K. Sanderson, *Revolutions. A Worldwide Introduction to Political and Social Change*, Boulder/London 2005. Für meine eigene Deutung der Ereignisse von 1989 bis 1991 vgl. Brown, *Aufstieg und Fall des Kommunismus*, Berlin 2009, insb. Kap. 26, »Das Ende des Kommunismus in Europa«, S. 696–730.
- 58 Timothy Garton Ash hat beobachtet, dass die Geschehnisse in Rumänien, wenn man das »unmittelbare Ergebnis (die Übertragung der Macht von einem Sektor der kommunistischen Partei auf einen



anderen)» betrachtet, verglichen mit den Ereignissen in anderen osteuropäischen Ländern «zu denen zählen, die am wenigsten als revolutionär bezeichnet werden können». Garton Ash hat so viel für das revolutionäre Ideal übrig, dass er es auf «neuartige, gewaltlose Formen der Machtübertragung» im Rahmen einer «neuartigen Revolution ausweiten möchte, die sich qualitativ vom jakobinisch-bolschewistischen Modell von 1789 und 1917 unterscheidet». Vgl. Garton Ash, «A Century of Civil Resistance: Some Lessons and Questions», in: Adam Roberts und Timothy Garton Ash (Hg.), *Civil Resistance and Power Politics. The Experience of Non-Violent Action from Gandhi to the Present*, Oxford 2009, insb. S. 375f.

- 59 Auch die internationale Gemeinschaft (der Westen) hat zur Neugestaltung des ehemaligen Jugoslawien beigetragen, insbesondere im Fall des Kosovo, das im kommunistischen Jugoslawien den Status einer «autonomen Provinz» innerhalb der Republik Serbien hatte. Charles King erklärt: «Das Kosovo ist der erste unabhängige Staat in der postkommunistischen Welt, der 1) seine De-facto-Unabhängigkeit im Wesentlichen dank der Intervention äusserer Mächte erlangte, (2) Grenzen hat, die nicht den inneren Grenzen eines administrativen Bestandteils der höchsten Ebene in einer zuvor bestehenden Föderation entsprechen, und (3) weithin de jure anerkannt wird.» Vgl. King, *Extreme Politics. Nationalism, Violence, and the End of Eastern Europe*, New York 2010, S. 127.
- 60 Vgl. Robin Okey, *The Demise of Communist East Europe. 1989 in Context*, London 2004, S. 97.
- 61 Vgl. Christopher de Bellaigue, *Patriot of Persia. Muhammad Mossadegh and a Very British Coup*, London 2012.
- 62 Ervand Abrahamian, «Mass Protests in the Iranian Revolution, 1977-79», in: Adam Roberts und Timothy Garton Ash (Hg.), *Civil Resistance and Power Politics. The Experience of Non-Violent Action from Gandhi to the Present*, Oxford 2009.
- 63 Ebd., S. 166f.
- 64 Ebd., S. 168.
- 65 Ebd., S. 173f. Vgl. auch Charles Tripp, *The Power and the People. Paths of Resistance in the Middle East*, Cambridge 2013, S. 77-82.
- 66 Abrahamian, «Mass Protests in the Iranian Revolution», S. 177.
- 67 Ebd., S. 174-177.
- 68 Jeremy Bowen, *The Arab Uprisings. The People Want the Fall of the Regime*, London 2012, S. 25.

- 69 Sudarsan Raghaven, »Powerful elite cast a shadow over reforms in Yemen«, in: *Guardian Weekly*, 22. Februar 2013 (ursprünglich erschienen in der *Washington Post*).
- 70 David Gardner, Vorwort zur Taschenbuchausgabe von *Last Chance. The Middle East in the Balance*, London 2012, S. xxi.
- 71 Bowen, *The Arab Uprisings*, S. 293.
- 72 Khosrokhavar, *The New Arab Revolutions That Shook the World*, S. 91ff.
- 73 Heba Saleh, »A revolution betrayed«, in: *Financial Times*, 28. Juni 2013. In diesem vorausschauenden Artikel, der eine Woche vor dem Militärputsch erschien, der Anfang Juli 2013 die Regierung der Muslimbruderschaft zu Fall brachte, analysierte Saleh die Fehler der Regierung Mursi und die gravierenden Spannungen, die sie heraufbeschworen hatte.
- 74 Ich danke Professor Stephen Whitefield von der Universität Oxford für die Umfragedaten und seine Interpretation der Resultate.

## 6 Totalitäre und autoritäre Führung

- 1 Abbot Gleason, *Totalitarianism. The Inner History of the Cold War*, New York 1995, S. 13–30; vgl. auch Leonard Schapiro, *Totalitarianism*, London 1972, S. 13–17.
- 2 Schapiro, *Totalitarianism*, S. 13.
- 3 Richard Overy, *Die Diktatoren. Hitlers Deutschland, Stalins Russland*, München 2005, S. 393.
- 4 Schapiro, *Totalitarianism*, S. 13f.
- 5 Im Sommer 1991 wurde im Entwurf des neuen, von Gorbatschow beeinflussten Programms der KPdSU angedeutet, das Regime sei totalitär gewesen. Der Entwurf beinhaltete die Feststellung, die Kommunistische Partei trage »unbestreitbar Verantwortung für die Tatsache, dass es ihr nicht gelang, eine Barriere gegen den Despotismus zu errichten, und dass es sich als Instrument des Totalitarismus benutzen ließ«. Das Programm selbst, das eine Mehrheit der Parteifunktionäre nicht umzusetzen gedachte (und das kurze Zeit später durch den Putschversuch im August 1991 zur Makulatur wurde), war eher sozialdemokratisch als kommunistisch. Der Entwurf »Sotsializm, demokratija, progress« wurde am 23. Juli 1991 in der *Nesawisimaja gaseta* veröffentlicht. Das kommunistische System der Sowjetunion war 1989/90 zusammengebrochen.

- 6 Die KPdSU war als politische Institution in der Sowjetunion noch mächtiger als die NSDAP im deutschen System. Aber Stalin hatte sich Mitte der dreissiger Jahre derart umfassende Machtbefugnisse angeeignet, dass er wie Hitler die verschiedenen Institutionen gegeneinander ausspielen konnte. Die Partei hatte im Prinzip grössere Autorität als die Geheimpolizei, aber es gelang Stalin, die GPU/den NKWD gegen die Partei einzusetzen, so dass selbst den anderen Mitgliedern der Parteiführung die Verhaftung und Hinrichtung auf seinen Befehl drohte.
- 7 Zwischen Hitler-Deutschland und der stalinistischen Sowjetunion gab es ebenfalls grosse Unterschiede, und in mehrerlei Hinsicht passte Deutschland in den dreissiger Jahren weniger gut in die Kategorie des idealtypischen Totalitarismus als die Sowjetunion. In jedem Fall ist das Konzept, obwohl es sich zur Klassifizierung eignet, von beschränktem Erklärungswert. Wie Ian Kershaw beobachtet hat, hat das Konzept des Totalitarismus «als Deutung des Verhaltens gewöhnlicher Deutscher während des Dritten Reiches» an Bedeutung verloren. «Die neuere Forschung neigt in zunehmendem Masse dazu, das Schwergewicht auf die enthusiastische Unterstützung des deutschen Volkes für das NS-Regime sowie auf seine begeisterte Mitwirkung und Komplizenschaft bei einer Politik zu legen, die zu Krieg und Völkermord führte.» Vgl. Kershaw, *Das Ende. Kampf bis in den Untergang – NS-Deutschland 1944/45*, Berlin 2013, S. 27. Für eine massgebliche Untersuchung der Beziehung zwischen Regime und Gesellschaft vgl. Richard J. Evans, *Das Dritte Reich. Diktatur*, München 2006. Die Autoren zweier herausragender vergleichender Studien über Hitler und Stalin verzichten ebenfalls weitgehend auf den Begriff des Totalitarismus. Vgl. Alan Bullock, *Hitler und Stalin. Parallele Leben*, Berlin 1991; sowie Overy, *Die Diktatoren*.
- 8 Orwell schrieb das Buch 1948 (er vertauschte also lediglich die letzten beiden Ziffern, um die Geschichte in der Zukunft anzusiedeln), und es erschien im Jahr 1949. Für eine wissenschaftliche Ausgabe des Buchs vgl. George Orwell, *Nineteen Eighty-Four*, mit einer kritischen Einführung und Anmerkungen von Bernard Crick, Oxford 1984.
- 9 Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, [www.textlog.de/7351.html](http://www.textlog.de/7351.html)
- 10 Vgl. Jeane J. Kirkpatrick, «Dictatorship and Double Standards», in: *Commentary*, November 1979. Kirkpatrick erklärte, keine «revolutionäre ‚sozialistische‘ oder kommunistische Gesellschaft» sei jemals demokratisiert worden, während sich «rechte Autokratien manchmal

- zu Demokratien entwickeln« (S. 37). Aus dieser historischen Verallgemeinerung leitete die Autorin eine Voraussage ab: »Die Geschichte dieses Jahrhunderts gibt keinen Anlass zu der Erwartung, dass sich die radikalen totalitären Regimes selbst wandeln werden« (S. 44). Es überrascht nicht, dass ein Buch, das sie mehr als ein Jahrzehnt später veröffentlichte, folgenden Titel trug *The Withering Away of the Totalitarian State – and Other Surprises*, Washington, D.C., 1990.
- 11 Diese Bemerkung von Smith stammt aus einer seiner Glasgower Vorlesungen. Für den Kontext vgl. Adam Smith, *Lectures on Jurisprudence*, herausgegeben von R.L. Meek, D.D. Raphael, P.G. Stein, Oxford 1978, S. 322f.
  - 12 R.W. Davies, »Stalin as economic policy-maker«, in: Sarah Davies und James Harris (Hg.), *Stalin. A New History*, Cambridge 2005, S. 138.
  - 13 David R. Shearer, »Stalinism, 1928–1940«, in: Ronald G. Suny (Hg.), *The Cambridge History of Russia*, Bd. 3: *The Twentieth Century*, Cambridge 2006, S. 196f.
  - 14 Davies, »Stalin as economic policy-maker«, S. 131.
  - 15 Oleg V. Khlevniuk, »Stalin as dictator: the personalization of power«, in: Davies und Harris (Hg.), *Stalin. A New History*, S. 109.
  - 16 Diese Zahlen nennt die russische NRO Memorial, die es sich zum Ziel gemacht hat, die Repression aufzuarbeiten und dafür zu sorgen, dass die Opfer nicht in Vergessenheit geraten (Zahlen aus Johnson's *Russia List*, Nr. 203, 27. September 2007).
  - 17 Shearer, »Stalinism, 1928–1940«, S. 214.
  - 18 William Taubman, *Khrushchev. The Man and His Era*, London 2003, S. 616.
  - 19 Ebd., S. 620.
  - 20 Am häufigsten genannt wurde die Breschnew-Zeit, beispielsweise in einer Studie, die 1999 vom angesehensten russischen Meinungsforschungsinstitut Lewada durchgeführt wurde. Vgl. Juri Levada, *Ischtschem tscheloweka: Sotsiologitscheskie otscherki, 2000–2005*, Moskau 2006, S. 68.
  - 21 Frederick C. Teiwes, »The Establishment and Consolidation of the New Regime, 1949–1957«, in: Roderick MacFarquhar (Hg.), *The Politics of China. The Eras of Mao and Deng*, 2. Aufl., Cambridge 1997, S. 14f.
  - 22 Roderick MacFarquhar und Michael Schoenhals, *Mao's Last Revolution*, Cambridge 2006, S. 9f.
  - 23 Rana Mitter, *A Bitter Revolution. China's Struggle with the Modern World*, Oxford 2004, S. 189.
  - 24 Lorenz M. Lüthi, *The Sino-Soviet Split. Cold War in the Communist World*, Princeton 2008, S. 72.

- 25 Frank Dikötter, *Maos großer Hunger. Massenmord und Menschenexperiment in China*, Stuttgart 2014, S. 357–372. Dikötter, der die neueste Studie über den »Großen Sprung nach vorn« vorgelegt hat, schätzt die Zahl der Opfer auf etwa 45 Millionen (ebd., S. 419–435).
- 26 Kenneth Lieberthal, »The Great Leap Forward and the Split in the Yan'an Leadership 1958–65«, in: MacFarquhar (Hg.), *The Politics of China*, S. 117.
- 27 MacFarquhar und Schoenhals, *Mao's Last Revolution*, S. 10.
- 28 Andrew G. Walder, Yang Su, »The Cultural Revolution in the Countryside: Scope, Timing and Human Impact«, in: *The China Quarterly*, 173 (2003), S. 76.
- 29 MacFarquhar und Schoenhals, *Mao's Last Revolution*, S. 215f.
- 30 Zitiert in: ebd., S. 3.
- 31 Walder und Su, »The Cultural Revolution in the Countryside«, S. 95f.
- 32 Harry Harding, »The Chinese State in Crisis, 1966–1969«, in MacFarquhar (Hg.), *The Politics of China*, S. 244.
- 33 Ebd., S. 242f.
- 34 MacFarquhar und Schoenhals, *Mao's Last Revolution*, S. 417.
- 35 Ebd., S. 444–455.
- 36 Harding, »The Chinese State in Crisis«, S. 246f.
- 37 Joseph Fewsmith, »Reaction, Resurgence, and Succession. Chinese Politics since Tiananmen«, in: MacFarquhar (Hg.), *The Politics of China*, S. 497.
- 38 Joseph Fewsmith, *China Since Tiananmen. From Deng Xiaoping to Hu Jintao*, 2. Aufl., Cambridge 2008, S. 284.
- 39 Bullock, *Hitler und Stalin*, S. 562.
- 40 »Sekretarju TsK N.S. Chruschtschow«, APRF, f. 3, op. 24, Volkogonov Papers, National Security Archive (Washington, D.C.), R 1217. Das Datum auf Tschagins Schreiben scheint der 14.2.56 zu sein, aber der Brief wurde offenkundig im März 1956 geschrieben (vermutlich am 14. März), denn Tschagin nimmt auf Chruschtschows Rede auf dem XX. Parteitag Bezug, die der Parteichef am 24. und 25. Februar hielt. Tschagin, der 1926 Chefredakteur der Zeitung *Krasnaja gaseta* war, erklärt, er betrachte es als seine Pflicht gegenüber der Partei, Chruschtschows Aufmerksamkeit auf Stalins Äußerung zu lenken. Das Dokument wurde beim ZK am 22. März 1956 abgestempelt und an das Archiv der Allgemeinen Abteilung weitergeleitet. (Hervorhebung vom Autor.)
- 41 David Brandenberger, »Stalin as symbol. A case study of the per-

- sonality cult and its construction«, in: Davies und Harris (Hg.), *Stalin. A New History*, S. 250.
- 42 Ebd., S. 261.
- 43 Für den Kontext von Kádárs Aussage vgl. Roger Gough, *A Good Comrade. János Kádár, Communism and Hungary*, London 2006, S. 135.
- 44 Gough, *A Good Comrade*, S. 249–253.
- 45 Ebd., S. 139.
- 46 Christopher Duggan, *Fascist Voices. An Intimate History of Mussolini's Italy*, London 2012, S. 81.
- 47 Ebd., S. 30.
- 48 Ebd., S. 50 und 57.
- 49 Ebd., S. 87–90.
- 50 Ebd., S. 91–94.
- 51 Donald Sassoon, *One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century*, London 1997, S. 75.
- 52 Duggan, *Fascist Voices*, S. 108.
- 53 Zitiert in: Juan J. Linz, *Totalitarian and Authoritarian Regimes*, Boulder 2000, S. 166.
- 54 Duggan, *Fascist Voices*, S. 70.
- 55 Ebd., S. 101.
- 56 Ebd., S. 231.
- 57 Ebd., S. 280.
- 58 Ebd., S. 305. Im Jahr 1933 zählten die jüdisch-amerikanischen Verleger Mussolini zu den »zwölf größten christlichen Unterstützern« der Juden. Vgl. Robert O. Paxton, *Anatomie des Faschismus*, München 2006, S. 244.
- 59 Duggan, *Fascist Voices*, S. 305.
- 60 F.W. Deakin, *Die brutale Freundschaft. Hitler, Mussolini und der Untergang des italienischen Faschismus*, Köln 1964, S. 368–389.
- 61 Duggan, *Fascist Voices*, S. 416f.
- 62 Paxton, *Anatomie des Faschismus*, S. 143.
- 63 Adolf Hitler, *Mein Kampf. Eine kritische Edition*, Bd. 1, Hg. Christian Hartmann u. a., München/Berlin 2016, S. 346.
- 64 Ebd., S. 305.
- 65 Evans, *Das Dritte Reich. Diktatur*, S. 128.
- 66 Ian Kershaw, *Hitler. 1889–1936*, München 2002, S. 422.
- 67 Ebd., S. 424.
- 68 Ebd., S. 446.
- 69 Ebd., S. 276f.
- 70 Ebd., S. 593.

- 71 Evans, *Das Dritte Reich. Diktatur*, S. 17; Kershaw, *Hitler. 1889–1936*, S. 631.
- 72 Evans, *Das Dritte Reich. Diktatur*, S. 23.
- 73 Ebd., S. 11.
- 74 Kershaw, *Hitler. 1889–1936*, S. 650; für eine genauere Darstellung der Zerschlagung der SA sowie der Ermordung führender Konservativer auf Hitlers Befehl im Juli 1934 vgl. ebd., S. 644–657.
- 75 Ebd., S. 659f.
- 76 Ebd., S. 26.
- 77 Hitler, *Mein Kampf*, S. 194, S. 217; Kershaw, *Hitler. 1889–1936*, S. 755.
- 78 Kershaw, *Hitler. 1889–1936*, S. 436f.
- 79 Ebd., S. 670f.
- 80 Kershaw, *Hitler. 1936–1945*, München 2002, S. 67–70.
- 81 Kershaw, *Hitler. 1889–1936*, S. 743.
- 82 Evans, *Das Dritte Reich. Diktatur*, S. 786.
- 83 Paxton, *Anatomie des Faschismus*, S. 66f.
- 84 Ebd., S. 114.
- 85 Ebd., S. 219.
- 86 Ian Kershaw, *Das Ende: Kampf bis in den Untergang*, München 2011, S. 33.
- 87 Overy, *Die Diktatoren*, S. 151.
- 88 Ebd., S. 174.
- 89 Adam Smith, *Theorie der ethischen Gefühle*, Hamburg 2004, S. 424.
- 90 Ronald G. Meek (Hg.), *Turgot on Progress, Sociology and Economics*, Cambridge 1973, S. 76.
- 91 David Hume, »Über die ursprünglichen Prinzipien der Regierung«, in: *Politische und ökonomische Essays*, Bd. 1, Hamburg 2013, S. 27.
- 92 Jason Brownlee, *Authoritarianism in an Age of Democratization*, Cambridge 2007, S. 202–205.
- 93 Für genauere Informationen über den Ursprung der Baath-Partei vgl. William R. Polk, *Understanding Iraq*, London 2006, S. 109.
- 94 Joseph Sassoon, *Saddam Hussein's Ba'th Party: Inside an Authoritarian Regime*, New York 2012, S. 130f.
- 95 Ebd., S. 5 und 181.
- 96 Ebd., S. 5.
- 97 Paul Collier, *Die unterste Milliarde. Warum die ärmsten Länder scheitern und was man dagegen tun kann*, München 2008, S. 72f.
- 98 Kershaw, *Hitler*, S. 233.
- 99 Ebd., S. 414.
- 100 Daniel Kahneman, *Schnelles Denken, langsames Denken*, 2. Aufl., München 2012, S. 176.

## 7 Aussenpolitische Illusionen über «starke Führung»

- 1 David Owen, *The Hubris Syndrome. Bush, Blair and the Intoxication of Power*, London 2012, S. if.
- 2 Francis Fukuyama hat beobachtet, dass «praktisch alle autoritären Regimes, die ihr Land erfolgreich modernisiert haben, darunter Südkorea, Taiwan, Singapur und das moderne China selbst, in Ostasien angesiedelt sind und ein chinesisches kulturelles Erbe haben». Vgl. Fukuyama, *The Origins of Political Order. From Prehuman Times to the French Revolution*, London 2011, S. 313. In den Fällen von Taiwan und Südkorea wurde diese Modernisierung natürlich teilweise nach dem Übergang von der Autokratie zur Demokratie bewerkstelligt.
- 3 Zitiert in: Ian Kershaw, *Hitler 1936-1945*, München 2002, S. 225.
- 4 Ebd., S. 232.
- 5 Ebd., S. 145.
- 6 Richard J. Evans, *Das Dritte Reich. Diktatur*, München 2006, S. 838f.
- 7 Kershaw, *Hitler. 1936-1945*, S. 508.
- 8 *Mein Kampf*, S. 650f., hier zitiert nach Kershaw, *Hitler. 1889-1936*, S. 328f.
- 9 Kershaw, *Hitler. 1889-1936*, S. 326.
- 10 Kershaw, *Hitler. 1936-1945*, S. 452.
- 11 Christopher Duggan, *Fascist Voices. An Intimate History of Mussolini's Italy*, London 2012, S. 298.
- 12 Stanley G. Payne, *The Spanish Civil War, the Soviet Union, and Communism*, New Haven 2004, S. 172.
- 13 Archie Brown, *Aufstieg und Fall des Kommunismus*, Berlin 2009, S. 134f.
- 14 Für nähere Informationen zu den zahlreichen Warnungen, die Stalin erhielt und in den Wind schlug, vgl. Winston S. Churchill, *The Second World War*, Bd. 4: *The Hinge of Fate*, London 1951, S. 443; John Erickson, *The Road to Stalingrad. Stalin's War with Germany*, London 1975, S. 87-98; Christopher Andrew, Wassili Mitrochin, *Das Schwarzbuch des KGB. Moskaus Kampfe gegen den Westen*, Berlin 1999, S. 138-142.
- 15 Andrew, Mitrochin, *Schwarzbuch des KGB*, S. 140.
- 16 Vgl. Ivo Banac (Hg.), *The Diary of Georgi Dimitrov 1933-1949*, New Haven 2003, S. 434-441; Milovan Djilas, *Conversations with Stalin*, London 1962, S. 164f.
- 17 William Stueck, «The Korean War», in: Melvyn S. Leffler, Odd Arne Westad (Hg.), *The Cambridge History of the Cold War*, Bd. 1: *Origins*, Cambridge



- 2010, S. 266-287, insb. S. 273-276. Vgl. auch Odd Arne Westad, *The Global Cold War*, Cambridge 2005, S. 66.
- 18 Stueck, «The Korean War», S. 274.
- 19 Brief Stalins an Mao, 4. Oktober 1950, übermittelt vom sowjetischen Botschafter in Peking, 5. Oktober 1950, *Cold War International History Project-Bulletin*, Nr. 14/15, S. 375f.
- 20 Craig Dietrich, *People's China. A Brief History*, 3. Aufl., New York 1998.
- 21 Stueck, «The Korean War», S. 283.
- 22 Vladimir O. Pechatnov, «The Soviet Union and the World, 1944-1953», in: Leffler und Westad, *The Cambridge History of the Cold War*, Bd. 1: *Origins*, S. 109f.
- 23 Für eine umfassende Auseinandersetzung mit historischen Analogien im Prozess der politischen Wahrnehmung vgl. Robert Jervis, *Perception and Misperception in International Politics*, Princeton 1976; Richard E. Neustadt, Ernest R. May, *Thinking in Time. The Uses of History for Decision Makers*, New York 1986. Vgl. auch Yuen Foong Khong, *Analogies at War. Korea, Munich, Dien Bien Phu, and the Vietnam Decisions of 1965*, Princeton 1992.
- 24 Keith Feiling, *The Life of Neville Chamberlain*, London 1946, S. 381. Iain Macleod meint in seiner wohlwollenden Chamberlain-Biographie, den Äußerungen, die Chamberlain im Überschwang des Augenblicks vor der Menge in Downing Street machte, sei zu grosses Gewicht beigemessen worden. In seinen nach Ansicht von Macleod «besser durchdachten Worten im House of Commons» drückte Chamberlain die Hoffnung aus, die Parlamentsmitglieder würden «nicht mehr in diese Worte hineininterpretieren, als damit gemeint war», und fugte hinzu: «Ich glaube tatsächlich, dass wir Frieden für unsere Zeit erreichen können, aber ich habe nie gesagt, dass wir das durch Abrüstung erreichen sollten, sofern wir nicht auch andere dazu bewegen können abzurüsten ...» Vgl. Iain Macleod, *Neville Chamberlain*, London 1961, S. 256.
- 25 Patrick Cosgrave schreibt in R.A. Butler. *An English Life*, London 1981: «Butler erklärt, [die britische Regierung] habe das Münchner Abkommen geschlossen, weil ihr bewusst gewesen sei, dass Grossbritannien zu schwach war und Zeit brauchte, um seine Verteidigung zu stärken. Das ist nicht wahr» (S. 53). Cosgrave, dessen Darstellung von Butlers politischer Laufbahn eher nuanciert als feindselig ist, weist auch daraufhin, dass Butler «nicht einfach nur mit der Appeasement-Politik einverstanden war: Er setzte sich hartnäckig und begeistert dafür ein, und in den öffentlichen Dokumenten aus jener Zeit gibt es kaum

- Hinweise darauf, dass er damals irgendein Interesse an dem Wiederaufrüstungsprogramm zeigte, mit dem er sich in seinen Memoiren so eingehend beschäftigt« (S. 43).
- 26 Roy Jenkins, *Baldwin*, London 1987, S. 147f.
  - 27 Ebd., S. 164.
  - 28 Ebd., S. 81.
  - 29 Earl of Swinton, *Sixty Years of Power. Some Memories of the Men Who Wielded It*, London 1966, S. 111.
  - 30 Harold Nicolson, *Diaries and Letters 1930–1939*, London 1969, S. 351.
  - 31 Hugh Dalton, *The Fateful Years. Memoirs*, Bd. 2: 1931–1945, London 1957, S. 176.
  - 32 Swinton, *Sixty Years of Power*, S. 121.
  - 33 Ebd., S. 116.
  - 34 Ebd., S. 120. Swinton fügt hinzu, Chamberlain habe der Fortsetzung der Rüstungsanstrengungen zugestimmt, worauf er geantwortet habe, er akzeptiere München, mache sich jedoch »keine Illusionen, was den Frieden anbelangt«.
  - 35 Ebd., S. 123.
  - 36 Robert Rhodes James (Hg.), *Chips. The Diaries of Sir Henry Channon*, Harmondsworth 1970, S. 213.
  - 37 John Julius Norwich (Hg.), *The Duff Cooper Diaries 1915–1951*, London 2005, S. 245.
  - 38 *The Duff Cooper Diaries*, S. 258.
  - 39 Ebd., S. 257f.
  - 40 Ebd., S. 258.
  - 41 Ebd., S. 268.
  - 42 Ebd.
  - 43 Ebd., S. 268f.
  - 44 Ebd., S. 271.
  - 45 Nicolson, *Diaries and Letters 1930–1939*, S. 392.
  - 46 John Tirman, *The Deaths of Others. The Fate of Civilians in America's Wars*, New York 2011, S. 324–336, insb. S. 327. Tirman ist Forschungsleiter und Direktor des Center for International Studies am Massachusetts Institute of Technology.
  - 47 Eugene Rogan, *The Arabs. A History*, London 2010, S. 615.
  - 48 Condoleezza Rice, *No Higher Honour. A Memoir of My Years in Washington*, London 2011, S. 170f.
  - 49 Bob Woodward, *Der Angriff – Plan of Attack*, München 2004, S. 12f.
  - 50 George W. Bush, *Decision Points*, New York 2010, S. 229.

- 51 Richard A. Clarke, *Against All Enemies: Der Insiderbericht über Amerikas Krieg gegen den Terror*, Stuttgart 2004, S. 55.
- 52 Rice, *No Higher Honour*, S. 170.
- 53 Dick Cheney, Liz Cheney, *In My Time. A Personal and Political Memoir*, New York 2011, S. 369.
- 54 Rice, *No Higher Honour*, S. 202f.; Bush, *Decision Points*, S. 246.
- 55 Simon Jenkins, »Blair may itch to return, but he faces a cruel reality check«, in: *The Guardian*, 27. Juli 2012. Jenkins fügt hinzu: »Wir verstehen, warum Blair gegenüber Roy Jenkins zugab, er bedaure es, nicht Geschichte studiert zu haben.«
- 56 Die große Mehrheit der Völkerrechtsexperten betrachtete die Invasion im März 2003 als Verstoß gegen das Völkerrecht. Für eine gute Darstellung der Gründe, warum der Krieg völkerrechtswidrig war, vgl. Tom Bingham, *The Rule of Law*, London 2011, S. 120–129. Vgl. auch Roy Allison, *Russia, the West, and Military Intervention*, Oxford 2013, insbesondere S. 106–112.
- 57 House of Commons Hansard Debates, 18. März 2003, Blairs Rede in Spalte 763 und 772.
- 58 [www.iraqinquiry.org.uk/media50751/Blair-to-Powell-17March2002-minute.pdf](http://www.iraqinquiry.org.uk/media50751/Blair-to-Powell-17March2002-minute.pdf)
- 59 Robin Cook, *Point of Departure*, London 2003, S. 364.
- 60 Charles Tripp, »Militias, Vigilantes, Death Squads«, in: *London Review of Books* 29, 2, 25. Januar 2007, S. 30.
- 61 James Craig im Gespräch mit dem Autor Ende 2002.
- 62 Der wichtige Grundsatz, dass das Militär der Kontrolle der Politik unterworfen sein muss, bedeutete, dass Offiziere im aktiven Dienst keine öffentliche Kritik an der Entscheidung für die Invasion äußern durften. Offiziere außer Dienst waren weniger zurückhaltend. So erklärte General Michael Rose (ehemaliger Kommandeur der UNO-Truppen in Bosnien), Tony Blairs Vorgehen sei irgendwo zwischen falscher Politik und illegalem Handeln anzusiedeln. ([news.bbc.co.uk/1/hi/uk\\_politics/4594216.stm](http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk_politics/4594216.stm), 9. Januar 2006)
- 63 Vgl. Alex Barker, »Security chief exposes Blair's gamble on Iraq«, und James Blitz, »MI5 head dismayed by stance on Saddam felt ignored by premier«, in: *Financial Times*, 21. Juli 2010; sowie Tim Ross, »Iraq was not a threat to Britain before invasion, says former head of MI5«, in: *Daily Telegraph*, 29. August 2011.
- 64 Michael Quinlan, »War on Iraq: a blunder and a crime«, in: *Financial Times*, 7. August 2002.

- 65 Rodric Braithwaite, »End of the affair«, in: *Prospect* 86, Mai 2003, S. 22.
- 66 Richard Wilson und Andrew Turnbull sagten vor der Chilcott-Kommission aus, die Großbritanniens Beteiligung am Irakkrieg untersuchte. Vgl. [www.bbc.co.uk/news/uk-politics-12278788](http://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-12278788), 25. Januar 2011.
- 67 *Review of Intelligence on Weapons of Mass Destruction. Report of a Committee of Privy Counsellors. Chairman: The Rt Hon The Lord Butler of Brockwell*, London 2004.
- 68 Ebd., S. 159, 160.
- 69 Tony Blair, *Mein Weg*, München 2010, S. 470; Stothard, *30 Days*, S. 20f.
- 70 Peter Hennessy, *The Prime Minister. The Office and its Holders Since 1945*, London 2001, S. 532; Owen, *The Hubris Syndrome*, S. 80f.
- 71 Vgl. dazu Philippe Sands, »A Very British Deceit«, in: *New York Review of Books*, 30. September 2010.
- 72 Keith Kyle, »Britain and the Suez Crisis, 1955–1956«, in: Roger Louis, Roger Owen (Hg.), *Suez 1956. The Crisis and its Consequences*, Oxford 1989, S. 130.
- 73 Kofi Annan, Nader Mousavizadeh, *Interventions. A Life in War and Peace*, London 2012, insb. S. 344–358.
- 74 Insbesondere galt das für den Irak selbst. Ein führender amerikanischer Nahostexperte schrieb im Jahr 2005, eine unabhängige Umfrage habe gezeigt, »dass nur zwei Prozent der irakischen Araber die amerikanischen Truppen als Befreier betrachten«. Vgl. William R. Polk, *Understanding Iraq*, London 2006, S. 190.
- 75 Donald Rumsfeld, *Known and Unknown: A Memoir*, London 2011, S. 520.
- 76 Charles Tripp, *The Power and the People. Paths of Resistance in the Middle East*, Cambridge 2013, S. 42.
- 77 Bush, *Decision Points*, S. 269; Joseph Sassoon, *Saddam Hussein's Ba'th Party. Inside an Authoritarian Regime*, Cambridge 2012, S. 165.
- 78 David Fisher, *Morality and War. Can War be Just in the Twenty-first Century?*, Oxford 2012, S. 202.
- 79 Sassoon, *Saddam Hussein's Ba'th Party*, S. 165.
- 80 Rice, *No Higher Honour*, S. 208.
- 81 Ebd., S. 20. Vgl. auch Bush, *Decision Points*, S. 87f.
- 82 Rice, *No Higher Honour*, S. 187.
- 83 Cook, *Point of Departure*, S. 323.
- 84 Jack Straw, *Last Man Standing. Memoirs of a Political Survivor*, London 2012, S. 544f. Im Jahr 2010 wurde der Nationale Sicherheitsrat eingerichtet, dessen Funktion der des früheren Defence and Overseas

Policy Committee des Kabinetts entspricht. Der Sicherheitsrat ist im Cabinet Office untergebracht und wird von einem ehemaligen hochrangigen Mitarbeiter des Aussenministeriums geleitet, der den (in der britischen Politik neuen) Titel eines Nationalen Sicherheitsberaters trägt. Im Sicherheitsrat vertreten sind das Aussenministerium, das Innenministerium, das Verteidigungsministerium, das Ministerium für Internationale Entwicklung, das Energieministerium und im Fall einer Koalitionsregierung der stellvertretende Ministerpräsident (der Führer der Minderheitspartei in der Koalition). Den Vorsitz führt der Premierminister.

- 85 Philip Stephens, Tony Blair. *The Price of Leadership*, London 2004, S. 319.
- 86 Archie Brown, «The myth of the boundless debt Labour owes Blair», in: *Financial Times*, 11. September 2006.
- 87 Andrew Rawnsley, «Tony Blair's obsession with size», in: *Observer*, 14. Dezember 1997.
- 88 Jack S. Levy, «Political Psychology and Foreign Policy», in: David O. Sears, Leonie Huddy, Robert Jervis (Hg.), *Oxford Handbook of Political Psychology*, New York 2003, S. 264f.

## 8 Welche Art von Führung ist wünschenswert?

- 1 Hugh Heclo, «Whose Presidency is This Anyway?», in: George C. Edwards III, William G. Howell (Hg.), *The Oxford Handbook of the American Presidency*, New York 2009, S. 782.
- 2 Michael Barber, *Instruction to Deliver. Tony Blair, Public Services and the Challenge of Achieving Targets*, London 2007, S. 291-340. Dieses interessante Buch enthält ein langes Kapitel mit der Überschrift «Ausweitung der Befugnisse des Premierministers». Barber, der mit Tony Blair zusammengearbeitet hatte, war zu dem Schluss gelangt, dass der Premierminister nicht genug Macht habe. Es ist zweifellos wünschenswert, die Befugnisse der Regierung zu erhöhen, damit sie ihre Ziele erreichen kann – solange sie der Kritik und Kontrolle des Parlaments unterworfen ist. Im Gegensatz zu Barber halte ich es jedoch keineswegs für wünschenswert, «die Fähigkeit des Premierministers zur Ausübung seiner Macht zu stärken» (S. 339).
- 3 Heclo, «Whose Presidency is This Anyway?», S. 791.
- 4 Ebd.
- 5 Ebd.

- 6 Ich bin überzeugt von der Notwendigkeit, in der Auseinandersetzung mit politischer Führung strikt zwischen Fakten und Wertvorstellungen zu trennen, was stets bewusst und offen geschehen sollte. So habe ich argumentiert, dass der Begriff «transformativ» wie in «transformativer Führung» im alltäglichen Sprachgebrauch eine positive Konnotation hat, und in diesem Sinn habe ich das Wort in diesem Buch verwendet. Adolf Hitler spielte in den dreissiger Jahren die Hauptrolle bei tiefgreifenden Veränderungen des politischen Systems und der Gesellschaft Deutschlands, aber es wäre unpassend, ihn als «transformativen Führer» zu bezeichnen und ihn damit in eine Reihe mit de Gaulle, Gorbatschow und Mandela zu stellen. Der Begriff «neudefinierende Führung» ist in meiner Verwendung wertneutral. Die Neudefinition dessen, was in einem System möglich ist, kann in eine Richtung zielen, der man zustimmt oder die man ablehnt.
- 7 Ein angesehener Experte für die amerikanische Präsidentschaft ist sogar überraschend skeptisch, was die Fähigkeit des Präsidenten anbelangt, durch Überzeugung Veränderungen herbeizuführen. George C. Edwards glaubt, dass die Belege dafür lediglich anekdotisch sind, und erklärt: «Es gibt keine einzige systematische Studie, die belegen würde, dass ein Präsident andere zuverlässig dazu bewegen kann, ihn zu unterstützen» (Edwards, «The Study of Presidential Leadership», in: Edwards, Howell (Hg.), *The Oxford Handbook of the American Presidency*, S. 821). Selbstverständlich ist es praktisch unmöglich, eine «systematische» Studie dazu durchzuführen, wenn damit gemeint ist, den Einfluss des Präsidenten von allen anderen Mitteilungen und Informationsquellen zu trennen.
- 8 Heclo, «Whose Presidency is This Anyhow?», S. 791.
- 9 Alfred Stepan, Juan J. Linz, «Comparative Perspectives on Inequality and the Quality of Democracy in the United States», in: *Perspectives on Politics*, 9,4 (2011), S. 848f.
- 10 Ebd., S. 849.
- 11 Keith Dowding, «Prime Ministerial Power. Institutional and Personal Factors», in: Paul Strangio, Paul't Hart, James Walter (Hg.), *Understanding Prime Ministerial Performance. Comparative Perspectives*, Oxford 2013, S. 61.
- 12 James S. McPherson, *Abraham Lincoln. A Presidential Life*, New York 2009, S. 62.
- 13 Ebd., S. 64.
- 14 Ebd., S. 57.

- 15 Doris Kearns Goodwin, *Team of Rivals. The Political Genius of Abraham Lincoln*, London 2009, S. 686-690.
- 16 Ebd., S. 571f. Goodwin zitiert einen Zeitgenossen Lincolns, John Forney vom Washingtoner Daily Chronicle, für den Lincoln der «progressivste Mann seiner Zeit» war, weil er «immer im Einklang mit günstigen Umständen handelt und nicht darauf wartet, bis ihn die Gewalt der Ereignisse mitreisst, oder in verführten Auseinandersetzungen mit ihnen Kraft vergeudet» (S. 572). James McPherson erklärt, hätte sich Lincoln in der grossen Frage der Sklavenbefreiung «im ersten Kriegsjahr klar gegen die Sklaverei ausgesprochen, wie es die Radikalen forderten, so hätte seine Kriegskoalition zerbrechen können», da diese Forderung die Unionisten in den Grenzstaaten in die Arme der Konföderierten getrieben hätte. So hätte er möglicherweise den Krieg verloren, und die Sklaverei hätte mindestens für eine weitere Generation Bestand gehabt. (McPherson, Abraham Lincoln, S. x)
- 17 Goodwin, *Team of Rivals*, S. 319.
- 18 Ebd., S. 364 und 507.
- 19 Ebd., S. 633 und 680.
- 20 Ebd., S. 217.
- 21 Ebd., S. 4i2f.
- 22 Ebd., S. 413.
- 23 Nannerl O. Keohane, *Thinking about Leadership*, Princeton 2010, S. 12.
- 24 Ebd.
- 25 Ebd. Keohane sieht auch zahlreiche Belege dafür, dass Gore «insbesondere in der Umweltpolitik, aber auch allgemein in der Innen- und Aussenpolitik ganz andere Ziele verfolgt hätte», obwohl fraglich ist, inwieweit er diese Ziele durch den republikanisch dominierten Kongress gebracht hätte.
- 26 Max Weber, «Politik als Beruf», in: ders., *Geistige Arbeit als Beruf*, München/Leipzig 1919, S. 50. Weber räumt ein, dass die Eitelkeit keineswegs ein exklusiver Makel von Politikern ist: «Und in akademischen und Gelehrtenkreisen ist sie eine Art von Berufskrankheit. Aber gerade beim Gelehrten ist sie, so antipathisch sie sich äussern mag, relativ harmlos in dem Sinn: dass sie in aller Regel den wissenschaftlichen Betrieb nicht stört» (Ebd., S. 51).
- 27 Ebd. Im April 2000 forderte Tony Blair seine Mitarbeiter in einer persönlichen Mitteilung auf, «eine Reihe publikumswirksamer Initiativen» (insbesondere in den Bereichen Kriminalität, Familie und Verteidigung) zu entwickeln, und stellte klar: «Sie sollten nach

- Möglichkeit mit meiner Person verknüpft werden.« Philip Stephens, der darüber berichtete, fügt hinzu: »Der Premierminister wollte also mehr Initiativen, die Schlagzeilen machten und ihn ins öffentliche Rampenlicht rückten.« Vgl. Stephens, Tony Blair. *The Price of Leadership*, London 2004, S. 188.
- 28 Charles Moore, *Margaret Thatcher. The Authorized Biography*, Bd. 1.: *Not for Turning*, London 2013, S. xiv, 432.
- 29 *The Guardian*, 9. April 2013.
- 30 Archie Brown, »Margaret Thatcher and the End of the Cold War«, in: Roger Louis (Hg.), *Resurgent Adventures with Britannia. Personalities, Politics and Culture in Britain*, London 2011, S. 259–273.
- 31 Rodric Braithwaite, *Across the Moscow River. The World Turned Upside Down*, New Haven/London 2002, S. 45.
- 32 Jonathan Powell, *The New Machiavelli. How to Wield Power in the Modern World*, London 2010, S. 2.
- 33 Peter Hennessy, *The Prime Minister. The Office and its Holders since 1945*, London 2001, S. 397.
- 34 Powell, *The New Machiavelli*, S. 78.
- 35 Barber, *Instruction to Deliver*, S. 84.
- 36 Ebd., S. 306f.
- 37 *The Guardian*, 9. April 2013.
- 38 Ebd. Howe fügt hinzu: »Margaret gewöhnte sich daran, ihren Willen bis zur Zerstörung durchzusetzen. Erst trat Michael Heseltine zurück, dann Leon Brittan, gefolgt von Nigel Lawson und mir.«
- 39 *The Guardian*, 9. April 2013.
- 40 *The Guardian*, 11. September 2010.
- 41 Michael A. Hogg, »Influence and Leadership«, in: Susan T. Fiske, Daniel T. Gilbert, Gardner Lindzey (Hg.), *Handbook of Social Psychology*, 5. Aufl., Hoboken (New Jersey) 2010, S. 1190.
- 42 Joseph S. Nye, *The Powers to Lead*, New York 2008, S. 18.
- 43 Keohane, *Thinking about Leadership*, S. 23.
- 44 Roy Jenkins, *Baldwin*, London 1987, S. 120.
- 45 Tony Blair, *Mein Weg*, München 2010, S. 308.
- 46 Vgl. z. B. George Parker, »PM ›losing control‹ of his party«, in: *Financial Times*, 20. Mai 2013.
- 47 José Ramón Montero, Richard Gunther, »Introduction: Reviewing and Reassessing Parties«, in: Richard Gunther, José Ramón Montero, Juan J. Linz (Hg.), *Political Parties. Old Concepts and New Challenges*, New York 2002, S. 31.



- 48 Juan J. Linz, «Parties in Contemporary Democracies. Problems and Paradoxes», in: Gunther, Montero und Linz (Hg.), *Political Parties*, S. 307.
- 49 Richard S. Katz, Peter Mair, «The Ascendancy of the Party in Public Office», in: Gunther, Montero, Linz (Hg.), *Political Parties*, S. 126.
- 50 Linz, «Parties in Contemporary Democracies. Problems and Paradoxes», in: Gunther, Montero, Linz (Hg.), *Political Parties*, S. 303. In einer neueren Arbeit haben Robert Rohrschneider und Stephen Whitefield gezeigt, wie wichtig die Massenorganisation politischer Parteien für die demokratische Repräsentation ist und dass sie in Westeuropa trotz des Rückgangs der Mitgliederzahlen viel effektiver ist als in Mittel- und Osteuropa. Vgl. Rohrschneider und Whitefield, *The Strain of Representation. How Parties Represent Diverse Voters in Western and Eastern Europe*, Oxford 2012, insb. S. 174–183.
- 51 Moisés Naim, *The End of Power*, New York 2013, S. 239. Vgl. auch Richard McGregor, «America Goes Dark», in: *Financial Times*, 576. Oktober 2013.
- 52 Naim, *The End of Power*, S. 240. Naim erklärt: «Man kann unmöglich mit Sicherheit sagen, ob die politische Korruption in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat, aber die Öffentlichkeit ist zweifellos besser darüber informiert als je zuvor.»
- 53 Ebd., S. 239f.
- 54 Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen*, 13. Aufl., München 2013, S. 603; John Millar, *Vom Ursprung des Unterschieds in den Rangordnungen und Ständen der Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1985, S. 161.
- 55 Jelena Wiktorowna Schorina, *Kollegialnost i edinonachalie tu soivjetskom gosudarstvennom upravlenij*, Moskau 1959.
- 56 Am Ende gewannen weder Gorbatschow noch seine Widersacher, die im Parteiapparat auf allen Ebenen in der Mehrheit waren, die Oberhand. Der Putsch konservativer Kommunisten und russischer Nationalisten im August 1991 beschleunigte nur den Zerfall der Sowjetunion und damit das Ende der KPdSU sowie der politischen Führung Gorbatschows, denn er war am 15. März 1990 Präsident eines Landes geworden, das am 31. Dezember 1991 zu existieren aufhörte. Mit diesen Vorgängen habe ich mich andernorts eingehender beschäftigt. Vgl. z.B. Archie Brown, *Der Gorbatschow-Faktor*, Frankfurt a. M. 2000; ders., *Seven Years that Changed the World: Perestroika in Perspective*, Oxford 2007.

*Ulrike Guérot*

## **Der neue Bürgerkrieg**

Das offene Europa  
und seine Feinde

Broschur.

Auch als E-Book erhältlich.

[www.ullstein-buchverlage.de](http://www.ullstein-buchverlage.de)



### ***Wir müssen Europa von Grund auf erneuern***

Europa steckt tief in der Krise. Die von den Rechtspopulisten angestrebte Rückkehr zu nationalstaatlicher Konkurrenz kann nicht die Lösung sein. Ulrike Guérot plädiert für einen radikalen Neuanfang: Dem gemeinsamen Markt und der gemeinsamen Währung muss endlich eine gemeinsame europäische Demokratie folgen. Nur so können wir das weltoffene Europa bewahren, das die Mehrheit der Europäer nach wie vor will.

**ullstein** 

Jason Brennan

## Gegen Demokratie

Warum wir die Politik  
nicht den Unvernünftigen  
überlassen dürfen

Aus dem Amerikanischen von  
Stephan Gebauer.  
Gebunden mit Schutzumschlag.  
Auch als E-Book erhältlich.  
[www.ullstein-buchverlage.de](http://www.ullstein-buchverlage.de)



***Wir müssen das politische System ändern, um unsere  
freiheitlichen Werte zu retten***

Demokratie führt oft dazu, dass lautstarke Meinungsmacher den Bürgern ihre fatalen Entscheidungen aufzwingen. Zumal die Mehrheit der Wähler uninformiert ist, grundlegende ökonomische und politische Zusammenhänge nicht begreift, aber dennoch maßgeblich Einfluss auf die Politik ausübt. Der renommierte Philosoph Jason Brennan stellt fest: Das Wahlrecht sollte kein universales Menschenrecht sein, sondern nur verantwortungsvollen, informierten Menschen mit politischen Kompetenzen zustehen.

*»Brennans Gedanken sind erfrischend tabulos und wichtig.«*  
Cicero

ullstein 

Claus Leggewie

## Europa zuerst!

Eine

Unabhängigkeitserklärung



Gebunden mit Schutzumschlag.

Auch als E-Book erhältlich.

[www.ullstein-buchverlage.de](http://www.ullstein-buchverlage.de)

**»Wir brauchen eine realistische, reife, demokratische  
Debatte über das Europa, das wir haben wollen.«**

*Emmanuel Macron*

In der politischen Debatte spielte der europäische Rechtspopulismus mit seinen fremdenfeindlichen Parolen lange eine viel zu große Rolle. Längst hat sich an der europäischen Basis eine starke Gegenbewegung gebildet, die sich ein freiheitliches, weltoffenes und gerechtes Europa nicht nehmen lässt. Claus Leggewie, einer der führenden deutschen Intellektuellen, analysiert diese Initiativen und Netzwerke und zeigt, dass die europäischen Bürger schon viel weiter sind und radikaler denken als ihre zaudernden Regierungen.

ullstein 